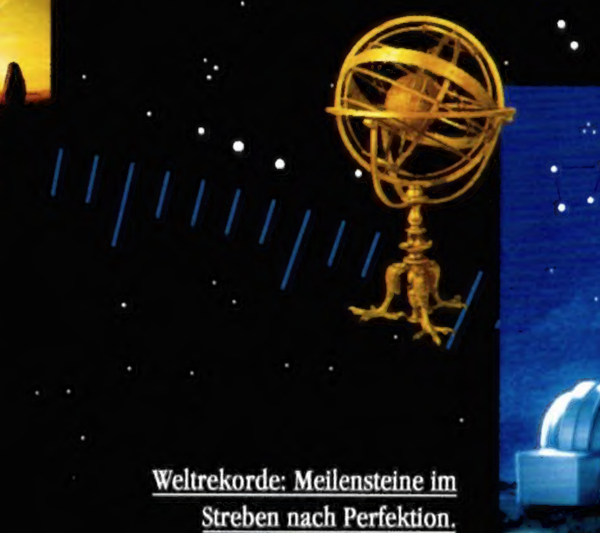
DER SPIEGEL

C 7007 C
Nr. 33 / 45. Jahrgang
12. August 1991
4,50 DM



WENN ZEIT GESCHICHTE MACHT



Weltrekorde: Meilensteine im Streben nach Perfektion.

Eine Serie ungebrochener Weltrekorde bei den Observatoriums-Wettbewerben in Neuenburg, Kew-Teddington und Genf beweist: Omega kommt der absoluten Vollkommenheit immer näher. Das Zeichen der Sternwarte auf der Rückseite der Constellation ist das Symbol für den selbstgewählten hohen Anspruch.

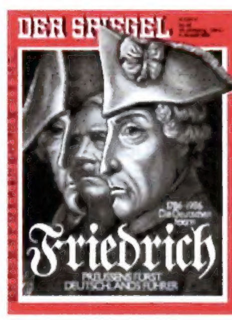




Hausmitteilung Betr.: Friedrich II., Archäologie

Als "deutsche Selbstreinigung, die seit 20 Jahren überfällig war", wertete Karl-Heinz Janßen 1968 in der *Zeit* Rudolf Augsteins 568-Seiten-Streitschrift "Preußens Friedrich und die Deutschen". Der Autor habe "den Muff und Plunder von zweihundert Jahren borussischer Heldenverehrung" weggefegt. Die Titelgeschichte dieses Heftes, von Augstein, Wolfgang Malanowski und Peter Zolling, ist die vierte größere Auseinandersetzung des SPIEGEL mit dem Thema – dabei wurde nicht nur gefegt. 1969 fragte Alexander Mitscherlich im SPIEGEL, ob der Absolutismus überhaupt einen "einigermaßen unbeschädigten Charakter" zugelassen habe oder ob er "ein institutionalisiertes neurotisches Syndrom" sei. 1981, aus Anlaß der Berliner Preußen-Ausstellung, endete eine Titelgeschichte mit der für blindwütige Preußenhasser wie -anbeter eindeutigen Frage, ob die Welt besser aussähe, wenn es Preußen nie gegeben hätte. SPIEGEL-Antwort: "Wir wissen nicht zu sagen, ob besser oder (noch) schlimmer." 1986, zu Friedrichs 200. Todestag, zweifelte Augstein am Ende eines Artikels über den "zum Bösen geneigten und zum Bösen geprügelten Glücksprinzen und Schmerzensmann": "Soll man ihn feiern?" Kohl möchte, soll er doch. 41 Prozent der Deutschen ist es laut SPIEGEL-Umfrage egal. Aber: 65 Prozent sehen Preußens Geschichte als "sehr positiv" und "eher positiv" an. Da wird man doch im Ausland wieder sagen: Seltsam, diese Deutschen (Seite 28).





Titel 1-2/1981 und 32/1986

+

In Südostanatolien scheint der deutsche Archäologe Harald Hauptmann "die Schwelle zur Zivilisation" entdeckt zu haben. Ein zu großes Wort? Bei Nevali Çori fand Hauptmann Teile eines mehr als 9000 Jahre alten Tempels: die mit Abstand älteste Kultstätte der Welt, älter als die früheste Hochkultur Ägyptens. Welche Menschen hier welchem Kult gedient haben, ist allerdings "mit unserem Wissen der Welt nicht zu erklären", so Hauptmann zu SPIEGEL-Redakteur Joachim Hoelzgen, den deutsche Ingenieure am Atatürk-Staudamm auf die Grabungen des Heidelberger Professors aufmerksam gemacht hatten. Der entstehende Stausee, 500 Kilometer lang, wird auch jenes Seitental überfluten, in dem Nevali Çori liegt. Die Ausgrabungen finanziert unter anderem der Schweizer Konzern Sulzer Escher Wyss, und das macht Sinn: Er baute das Kraftwerk am Damm. Hoelzgens Bericht auf Seite 160.

INHALT

Engholm: Lieber mitregieren

Seite 25


Engholm im Spreewald

Nach seiner Sommerreise durch Ostdeutschland muß sich SPD-Chef Engholm entscheiden: Er zieht Mitregieren aus der Opposition in nationaler Verantwortung vor – Lafontaine dagegen findet es „idiotisch“, der Regierung aus der Misere zu helfen.

FDP im Stasi-Strudel

Seite 75

Die DDR-Vergangenheit holt die Ost-Liberalen ein: Sachsen-Anhalts Vize-Ministerpräsident Brunner mußte wegen Stasi-Spitzeleien zurücktreten. Die Übernahme der SED-Schwesterpartei LDPD in die Bundes-FDP erweist sich mehr und mehr als politisches Risiko.

Verfolgung und Versöhnung

Seite 21

Einen Mittelweg zwischen Verfolgung und Versöhnung strebt Justizminister Kinkel bei der Bewältigung der DDR-Vergangenheit an. „Das Schlimme ist nur“, sagt er im SPIEGEL-Gespräch, „vieles von diesem Unterdrückungssystem wird strafrechtlich gar nicht faßbar sein.“ Auf die „Befindlichkeit der Menschen drüben“ möchte Kinkel Rücksicht nehmen. Sie dürften „nicht zum zweiten Mal Verlierer werden“.


Kinkel

Neue Hoffnung im Osten

Seite 82

Das Stimmungstief in Ostdeutschland scheint überwunden, es gibt erste zarte Anzeichen einer wirtschaftlichen Belebung. Doch der Aufschwung Ost läßt noch auf sich warten. Vorerst werden die Arbeitslosenzahlen weiter steigen, und die Wirtschaft schrumpft noch immer.

Wenn Mütter zuviel lieben

Seite 68

Impotenz, Frauenhaß, Selbstmordgefährdung – so beschreiben Ärzte mögliche Folgen von Mutter-Sohn-Inzest. Das Thema, lange total tabu, beschäftigt neuerdings Therapeuten und Kinderschützer. Opfer sind oft Söhne, die ohne Vater aufwachsen und als Partnerersatz mißbraucht werden. Die Täterinnen, fanden Forscher heraus, sind oft „einsam, verbittert, zu kurz gekommen“.


Mutter badet Sohn

Jugoslawien: Brüchiger Friede
Seiten 114, 116, 118



Bergung von Verwundeten in der serbischen Exklave Borovo Selo

Nachdem ihre Sturmtruppen in Kroatien vollendete Tatsachen geschaffen haben, predigen die Serben jetzt Frieden. Die Kroaten haben gegen den serbischen Expansionismus keine Chance und hoffen auf den Beistand der EG. Präsident Franjo Tudjman zum SPIEGEL: „Die Freiheit Kroatiens ist die Sache ganz Europas." Nun droht in Mazedonien eine neue Runde im jugoslawischen Bürgerkrieg.

Half Teheran Ronald Reagan?
Seite 127

Noch glaubt Jimmy Carter nicht, daß seine Präsidentschaft 1980 einem Komplott zum Opfer fiel. Doch jetzt will der Kongreß ermitteln, ob Helfer Ronald Reagans in einem Deal mit dem Iran die Befreiung der 52 US-Geiseln bis nach der Wahl hinauszögerten.

Rachenkrebs durch Rauchen und Trinken
Seite 178

Krebs des Kehlkopfs und der Mundhöhle wird immer häufiger. Zugleich wächst der Anteil jüngerer Patienten, die an den meist durch Alkohol und Zigaretten verursachten Tumorarten leiden. Trotz verbesserter Behandlungsmethoden stehen die Heilungschancen schlecht: Nur einer von vier Rachenkrebs-Kranken überlebt die kritische Fünf-Jahres-Frist.



Rachenkrebs-Operation

Fußball: Dubiose Geschäfte in Ungarn
Seite 150

Ein deutscher Versicherungskaufmann ließ sich beim ungarischen Klub Bányász Siófok zum Präsidenten küren. Er verspricht mit Hilfe deutscher Spieler und Sponsoren internationalen Fußball. Am Plattensee wird der Makler als Missionar der freien Marktwirtschaft gefeiert – in Wahrheit will er seine Privatgeschäfte ankurbeln.

Computer: Speichern mit Licht
Seite 182

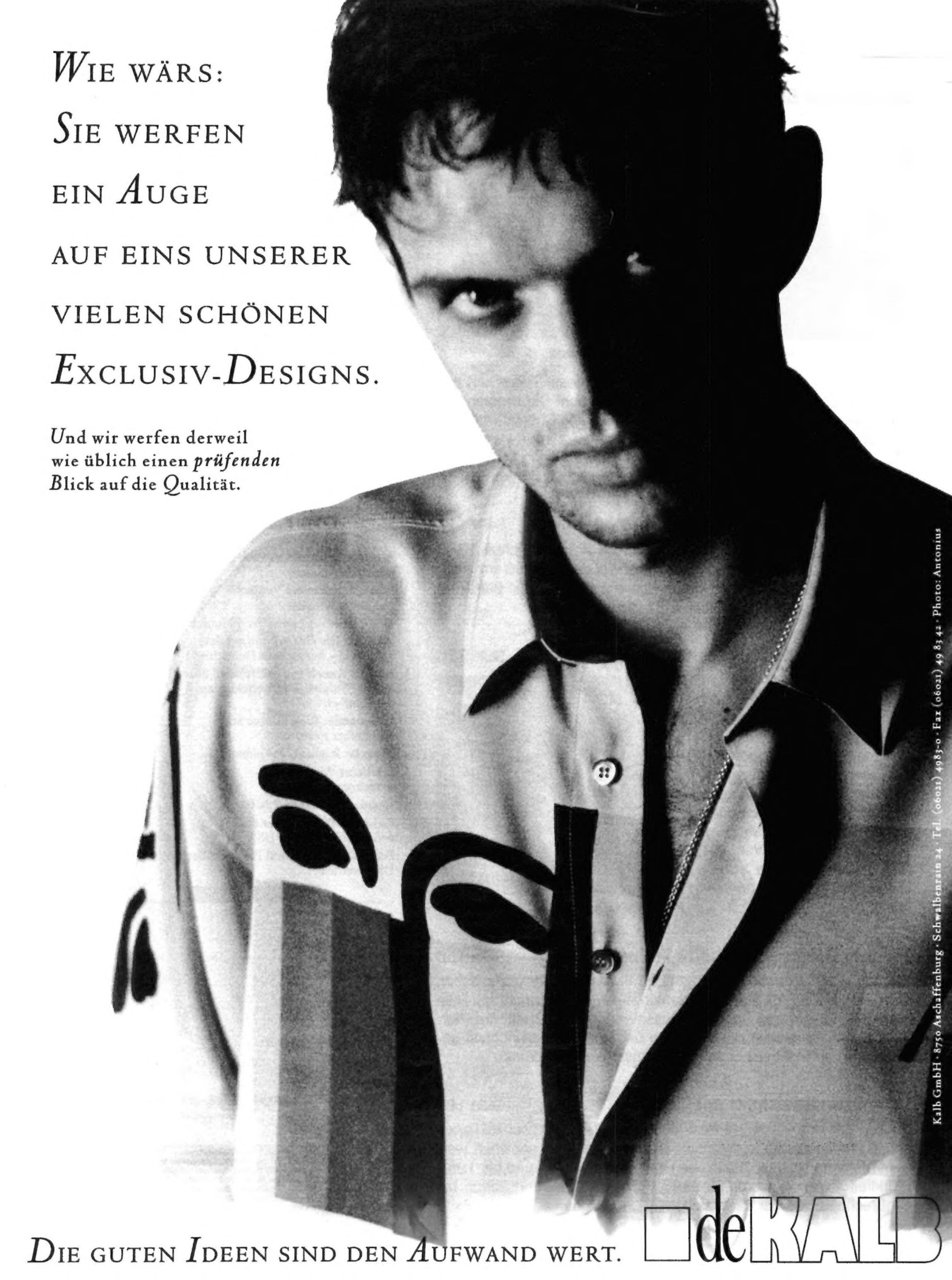
Ähnlich wie das versteckte Beethoven-Porträt auf Euroscheckkarten sollen künftig Computerdaten als Hologramme abgespeichert werden. Die neue Technik, die in den USA entwickelt wird und bis 1995 marktreif sein soll, würde für einen immensen Leistungsschub bei Großrechnern wie bei Personalcomputern sorgen.

SPORT

KULTUR

RUBRIKEN

DER SPIEGEL (USPS 154-520) is published weekly. The subscription price for the USA is $ 250,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DER SPIEGEL, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.


WIE WÄRS:
SIE WERFEN
EIN AUGE
AUF EINS UNSERER
VIELEN SCHÖNEN
EXCLUSIV-DESIGNS.
Und wir werfen derweil
wie üblich einen *prüfenden*
Blick auf die Qualität.
Kalb GmbH · 8750 Aschaffenburg · Schwalbenrain 24 · Tel. (06021) 4983-0 · Fax (06021) 49 83 42 · Photo: Antonius
DIE GUTEN IDEEN SIND DEN AUFWAND WERT.
deKALB

An „Altlasten“ erinnert

(Nr. 31/1991 und Nr. 32/1991, SPIEGEL-Titel: SPIEGEL-Reporter Cordt Schnibben über die Entwicklung des Giftes Dioxin und die schrecklichen Folgen)

. . . Vietnam, Libyen, Irak . . . Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.

Haspe (Nrdrh.-Westf.) ANDRÉ MÜLLER

So langsam beginne ich zu begreifen, daß das Kriegsverbrechen von Hiroschima einen Nachfolger hatte, den chemischen Krieg gegen Vietnam und Laos. Gewußt habe ich von diesen Chemie-Einsätzen schon vorher, doch begriffen habe ich die Art und das Ausmaß des Verbrechens erst jetzt.

Stuttgart ALFONS LAUPHEIMER

Die Ungeheuerlichkeit Ihrer Titelgeschichte ist nicht faßbar. Wo, um Gottes Willen, bleibt die Verantwortlichkeit der beteiligten Führungspersonen?

Hamburg GERD SPORLEDER

Ob eine persönliche Verstrickung des Herrn von Weizsäcker vorliegt, weiß ich nicht. Und wer mag sich schon zum Richter erheben. Aber wie lebt man mit so einer Vergangenheit? Und wie kann man mit so einer Vergangenheit solche Reden halten?

Kempten (Bayern) ROBERT BULLINGER

Mir imponiert Ihr Mut, unüberlesbar Herrn von Weizsäcker an seine „Altlasten“ zu erinnern.

Isny (Bad.-Württ.) M. JUHNKE

Wieder einmal einer, der von allem nichts gewußt hat.

Schwalmstadt (Hessen) DIETRICH MÖBIUS

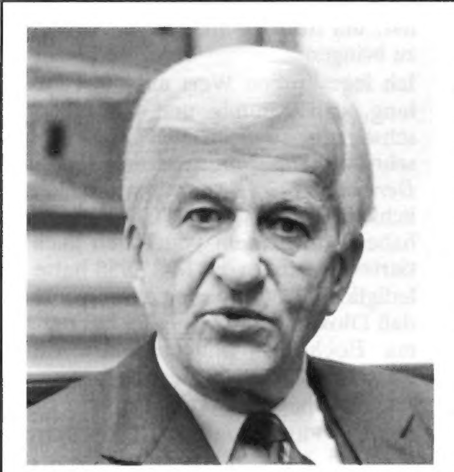
Wenn sich ein Personalvorstand abrakkert, für den oberen Firmenbereich Chlorchemiker zu gewinnen und zu führen, kann er sich doch nicht gleichzeitig um die Chlorakne der Arbeiter im unteren Bereich kümmern!

Böblingen (Bad.-Württ.) TONI STÖCKL

Richard von Weizsäcker wußte als zweiter Mann Boehringers nicht, was im Werk produziert wurde. Vater Ernst von Weizsäcker wußte als zweiter Mann Ribbentrops nicht, was in Auschwitz geschah. Wenn das Obenaufschwimmen zum Familienerbe gehört, sieht man eben nicht, was auf dem Grund los ist.

Salem (Schlesw.-Holst.) A. BOYSEN

Es ist schier unfaßbar, daß ein Mann Präsident des deutschen evangelischen Kirchentages war und vorher in der



8. VIII. 1991

Leserbrief an den Herausgeber des Spiegel Herrn Rudolf Augstein.

Sehr geehrter Herr Augstein, Seit Jahren beschäftigt sich einer Ihrer Redakteure mit den Gefahren chemischer Gifte. Jetzt hat er eine Serie über schreckliche

Von Weizsäcker, Weizsäcker-Brief: Wachsende Einsicht

Seit Jahren beschäftigt sich einer Ihrer Redakteure mit den Gefahren chemischer Gifte. Jetzt hat er eine Serie über schreckliche Folgen von Dioxin geschrieben. Ich achte seinen unermüdlichen Einsatz für Dioxinopfer und für die Notwendigkeit unserer wachsenden Einsicht in Konsequenzen wissenschaftlich-technischer Industrieentwicklung. Nicht hinnehmen kann ich, daß für diese Ziele mein Name und Amt instrumentalisiert werden. Die mir vom Verfasser übermittelten Fragen habe ich nach bestem Wissen beantwortet. Mit den daraus verwendeten Bruchstücken und seinen eigenen Deutungen wurde ein falsches Bild meiner damaligen Stellung und Kenntnis in der Industrie gezeichnet. Immer wieder habe ich Ihren moralischen Anspruch verspürt, der Vergangenheit klar ins Auge zu sehen. Das ist, wie Sie wissen, auch meine Überzeugung. Weiter kommen wir nur mit einem äußersten Maß an Redlichkeit untereinander.

Bonn RICHARD VON WEIZSÄCKER
Bundespräsident

Chefetage eines Unternehmens wie Boehringer saß.

Birken-Honigsessen (Rhld.-Pf.)
ALBRECHT NASDALA
Dipl.-Theologe

Es ist höchste Zeit, dem Verfall von Denkmälern entgegenzuwirken", spricht der Schirmherr der Deutschen Stiftung Denkmalschutz, Bundespräsident Richard von Weizsäcker. Sollte dieser Aufruf Erfolg haben?

Mannheim RUDOLF DEICHNER
Amtsgerichtsdirektor a. D.

Ihre Reportage hat mich auch deshalb bewegt, weil ich von 1965 bis 1967 als kaufmännischer Angestellter bei Boehringer in Ingelheim tätig war, zunächst als Mitarbeiter der Revision und dann als Leiter der Stabsstelle Organisation. Ihr Bericht deckt ein Problem auf, das seinen Ursprung in der ausschließlich vom Rentabilitätsstreben geprägten Unternehmenskultur eines patriarchalisch geführten Familienbetriebs hat. Im Falle der Firma C.H. Boehringer Sohn hieß das (wie bei vielen anderen Unternehmen in den fünfziger und sechziger Jahren): Die Unternehmensspitze wird schon die richtigen Entscheidungen treffen, denen man im Prinzip vertrauen kann, gegen die sich aufzulehnen aber auf keinen Fall ratsam ist. Insofern gibt es auch nichts zu beschönigen.
Allerdings muß ein gewichtiger Einwand vorgebracht werden: Zum CHBS-Führungsstil gehörte stets der faktische Unterschied zwischen der Nachgründer-Generation – Dr. Ernst Boehringer und Julius Liebrecht als zweiköpfiger Vorstand – und den vier bestellten Geschäftsführern („Chemie und Technik", „Produktion und Forschung", „Vertrieb", „Finanzen" sowie „Personal, Recht und Stabsstellen"). Mit dieser Reorganisation bekam der CHBS-Führungsstil eine neue Variante und führte zu einem beträchtlichen Ressortpartikularismus, bei dem jeder Geschäftsführer strikt auf die Wahrung seiner fachgebundenen Kompetenzen achtete.

Frankfurt
PROF. DR. HARTMUT KREIKEBAUM
Johann Wolfgang Goethe-Universität
Seminar für Industriewirtschaft

Breiten Kreisen Ihrer Leserschaft ist wahrscheinlich nicht bekannt, daß es neben C.H. Boehringer Sohn mit Sitz in Ingelheim eine namensähnliche Firma gleicher Größenordnung mit überlappendem Tätigkeitsgebiet gibt, nämlich die Firma Boehringer Mannheim GmbH. Dies führt immer wieder zu Verwechslungen sowie zu der falschen Annahme, daß finanzielle oder handelsrechtliche Verbindungen zwischen Boehringer Ingelheim und Boehringer Mannheim existieren. Wir weisen daher erneut daraufhin, daß es zu keinem Zeitpunkt in der Firmengeschichte beider Unternehmen solche Verbindungen gab und daß es sich um miteinander konkurrierende Unternehmen handelt.

Mannheim DR. P. STÖCKER
Boehringer Mannheim GmbH

Der SPIEGEL berichtet korrekt, daß Firmenchef Ernst Boehringer seinem Abteilungsleiter Dr. Sorge untersagt habe, unsere mit dem Dioxin (2, 3, 7, 8-TCDD) erzielten Ergebnisse zu veröffentlichen. Es entspricht weiterhin den Tatsachen, daß die Firma Boehringer am 7. November 1956 zwei ihrer Leute zu meinem damaligen Vorgesetzten, Professor Joseph Kimmig, geschickt hat, um mich ebenfalls zum Schweigen zu bringen.
Ich lege großen Wert auf die Feststellung, daß Kimmig und ich nicht geschwiegen, sondern 1957 in den Zeitschriften *Die Naturwissenschaften* und *Dermatologica* (Basel) über die Gefährlichkeit des 2, 3, 7, 8-TCDD publiziert haben. In meinem von Ihnen auch zitierten Vortrag vom Mai 1956 hatte ich lediglich die Vermutung ausgesprochen, daß Dioxin die Ursache der bei der Firma Boehringer aufgetretenen Chlorakne-Erkrankungen sein könnte, was sich erst später bestätigt hat.

Hamburg PROF. DR. KARL-HEINZ SCHULZ

Ihre Titelgeschichte enthüllt einmal mehr kaltes Profitdenken als Motiv der Entscheidungen von Großunternehmen, die Menschenleben wirtschaftlichen Interessen opfern. Die US-amerikanische Politik, die sich diese Rationalität des Todes durch die barbarischen Agent-Orange-Einsätze gegen das vietnamesische Volk zunutze machte, wird diese Schande nicht tilgen können, am allerwenigsten durch neue Verbrechen wie im Golfkrieg.

Traunstein (Bayern) TOBIAS FEMBACHER

Druckpotential überschätzt

(Nr. 30/1991, Union: Wettstreit in der Fraktionsführung)

In Ihrem Artikel schreiben Sie, daß CDU-Fraktionsvize Heiner Geißler im Laufe der Abstimmung im Bundestag zur Frage des Regierungssitzes, mit Unterstützung von Generalsekretär Volker Rühe, „zahlreiche Abgeordnete, die ursprünglich für Bonn stimmen wollten", umgedreht hätte. Hier nennen Sie einige „CSU-Prominente", neben anderen auch mich. Dies ist schlichtweg falsch. Abgesehen davon, daß Sie meiner Meinung nach Herrn Geißlers Druckpotential auf


Geiger

CSU-Abgeordnete überschätzen, weise ich Sie darauf hin, daß ich mich bereits Wochen vor der Abstimmung deutlich und auch öffentlich für Berlin ausgesprochen habe.

Bonn MICHAELA GEIGER
Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit

Tore zur Welt

(Nr. 31/1991, Städte: München ist out, Hamburg in)

Neid, Neid, Neid! Ihr Nordlichter könnt es einfach nicht verkraften, daß Euer Hamburg geographisch am Arsch der Welt liegt.

Erding (Bayern) FLORIAN GSTETTENBAUER

Vielleicht ist es gut, daß „die Schöne" aufgewacht ist – aber meinetwegen braucht sie es wirklich nicht jedem lautstark mitzuteilen!

Hamburg CATHRIN GRAFF



Einheimischer Münchner
Urban und bunt?

Beide Städte bleiben auch nach der Wiedervereinigung das, was sie sind: Hamburg die Freie und Hansestadt und München die Isarmetropole.

München DR. DIETMAR KEESE
Vorsitzender der SPD-Stadtratsfraktion

Nur im Süden ist das wahre Leben möglich: das urbane, bunte. Hartherzige, preußische Kulturärmlichkeit – menschlich unsere norddeutsche Realität – macht unglücklich. Nicht ohne Grund siedelte sogar Hans Albers, als er es nicht mehr aushielt, um – nach Bayern.

Tarvisio (Italien) REIMER BAHR

Nebenbei: Die Tore zur Welt sind, trotz Bananenumschlag, längst nicht mehr die Wasserhäfen, sondern die Flughäfen.

Stuttgart DR. GÜNTER HUHNDORF

Alle bundesdeutschen Großstädte werden unter der Sogwirkung Berlins leiden, auch und gerade die ostdeutschen. Das wohl austarierte Gleichgewicht im deutschen Städtesystem ist ernsthaft bedroht. Vielleicht ist es mittelfristig doch günstiger, wie München nicht abhängig von einer fragwürdigen Kooperation mit Berlin zu sein.

Hamburg DR. JENS S. DANGSCHAT
Forschungsstelle Vergleichende Stadtforschung der Universität Hamburg

Hamburgs Schmuddelwetter trübt halt die Sicht, und der Föhn wäre ganz sicher Champagner für Hamburg. Der Senat, so berichteten Sie, veranstaltet mit Steuergeldern einen Wettbewerb mit neun Werbeagenturen zu guter Hamburg-Werbung. Der Kandidat Springer & Jacoby steht bereits fest. Das ist doch eine gesteuerte Posse von provinziellem Format. Übrigens: Springer & Jacoby (ein Hamburger/ein Berliner), vormals Springer & Nicolai (ein Hamburger/ein Münchner), vormals Eiler & Riemel (eine Münchner Initiative in Hamburg) zeigt ebenso wie der Verlag Axel Springer (Herr Wille und Herr Prinz) die beschleunigenden Mutations- und Erfolgschancen Hamburgs durch Münchner Befruchtungen.

München FRANK EILER
Werbeagentur Eiler & Riemel

Das nenne ich „wishful thinking". Wer möchte schon, wenn er die Wahl hat, in Hamburg wohnen, in der einen Hand den Regenschirm und in der anderen ein Fischbrötchen? Nicht einmal ein Gastarbeiter, nehme ich an.

St.-Geneviève-des-Bois (Frankreich)
G. ERNOUL



Tourist in Hamburg
Hartherzig und preußisch?


AUGUSTASTRASSE 1 D-6750 KAISERSLAUTERN 06 31-84 00 20 FAX 8 40 02 31



OTTO KERN

THE MAGIC OF FASHION

Dicke in den Osten

(Nr. 30/1991, Medizin: SPIEGEL-Redakteur Dr. med. Hans Halter über Karsten Vilmar und die Speck-Steuer; Nr. 31/1991, Gesundheit: SPIEGEL-Gespräch mit Ärztekammerpräsident Karsten Vilmar über Kiloprämien und Kostenexplosionen)

Hatten wir das nicht schon einmal, Herr Vilmar: Alles soll rein und gesund und genormt sein? Diejenigen, die es nicht sind, werden „leichtsinnig, charakterschwach oder minderwertig“ genannt und ausgesondert.

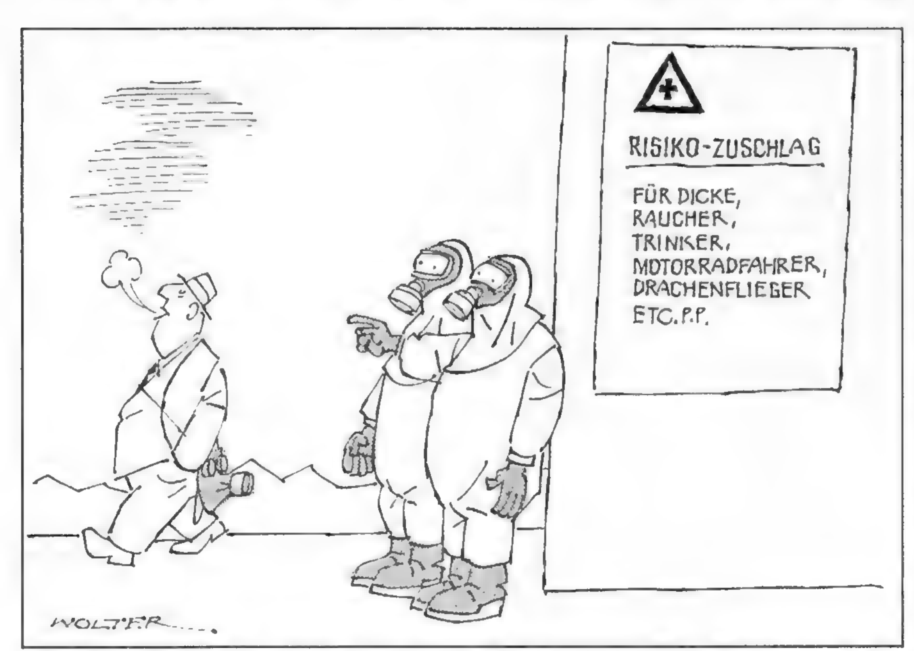
Koblenz JÜRGEN HORN

Das Gesundheitssystem sollte nach dem Verursacherprinzip neu geordnet werden! Sogar ungefähr 80 Prozent der Krebserkrankungen sind durch eigenes Fehlverhalten verursacht (laut WHO)!

Friedrichstadt (Schlesw.-Holst.) DR. MED. FELIX-RÜDIGER G. GIEBLER

Ist dieses – im nachhinein natürlich nicht ernst gemeinte – Gefasel Vilmars nicht vielleicht doch ein Testballon, um Stimmung für eine Aufweichung der allgemeinen Krankenversicherung zu machen?

Berlin DANIEL RÜHMKORF



„Jetzt sollten wir auch nicht auf halbem Wege stehenbleiben! Was ist mit den Dünnen, den Radfahrern und diesen leichtsinnigen Freiluftatmern?“

Es ist nun wirklich Schwachsinn zu behaupten, ein Drachenflieger würde die Kosten der Kranken(!)-Versicherung in die Höhe treiben. So ein Ikarus stürzt vielleicht mit 50 Jahren ab – dann ist es aber kein Fall der Kranken-, sondern der Lebensversicherung. Die Krankenversicherung wird sogar stark entlastet.

Kiel MANFRED MÖBIUS

Erst haben wir die Einheit am Hals, dann den Umzug der Regierung und des Parlaments nach Berlin und jetzt auch noch die Dicken und die Raucher. Am besten exportieren wir alle Dicken in den Osten. Da können die die Einheit verwirklichen und Aufbauarbeit leisten.

Detmold CHRISTOPH HAARBECK
Karikaturist

Ausdrücklich betont

(Nr. 31/1991, Luftfahrt: SPIEGEL-Gespräch mit Dasa-Chef Jürgen Schrempp über Jäger 90, Airbus und Subventionen)

Im Grunde genommen ist es ein Skandal, was Jürgen Schrempp zur Zukunft des Jäger-90-Projektes geäußert hat. „Der wird doch gebaut.“ Als ob es beschlossene Sache gewesen wäre, daß der Bundestag der Restfinanzierung für die Entwicklung des Jäger 90 zugestimmt hat und damit auch die Genehmigung für die Produktion erteilt wurde. Das Gegenteil ist der Fall: Der Bundestag war nur deshalb für die Zustimmung der Restfinanzierung für die Entwicklungskosten des Jäger 90 zu gewinnen, weil die „Ausstiegskosten“ aus der Entwicklung durch Entschädigungsforderung unserer Partner höher gewesen wären als die Restkosten zur Entwicklung. Aber es wurde damals ausdrücklich betont, daß damit keine Verbindlichkeit für die Produktion des Jäger 90 entsteht. Aus den Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden der Dasa erkennt man, wie eiskalt und marktwirtschaftsfremd die Manager der Rüstungsindustrie manchmal heute denken. Wir brauchen keine Produktion des Jäger 90, zumal das „Erbe“ aus der NVA, die Übernahme der MiG-29, gar nicht so schlecht zu sein scheint und zumal es eben – wenn denn tatsächlich eine Notwendigkeit gegeben wäre – auch leistungsfähige bemannte Flugzeuge im Ausland zu kaufen gibt. Die FDP wird auf ihrem bevorstehenden Parteitag in Suhl dieses Thema sicher auf der Tagesordnung haben, zumal die bayerische FDP einen entsprechenden Beschluß auf ihrem Landesparteitag fast einstimmig bereits gefaßt hat und diesen Antrag auf dem Bundesparteitag einbringen wird. Demnach wird die Bundestagsfraktion aufgefordert, einer Produktion des Jäger 90 nicht zuzustimmen. Erfreulicherweise nehmen die Stimmen auch in den Unionsfraktionen zu, die diesem Projekt immer skeptischer gegenüberstehen.

Höchstädt (Bayern) JOSEF GRÜNBECK, MdB
Obmann der FDP im Wirtschaftsausschuß des Deutschen Bundestages

„Sozial“- und „Mörder-Gen“

(Nr. 30/1991, SPIEGEL-Titel: Eingriff ins Erbgut des Menschen)

Bald können wir unseren Nachwuchs aus dem Quelle-Katalog bestellen.

München PER GÜTTLER

Gegen genetische Untersuchungen hätte ich nichts einzuwenden, wenn an erster Stelle alle Mächtigen dieses Landes, Politiker, Juristen, Journalisten, auf die Gene für Größenwahn, Intoleranz und Menschenverachtung untersucht würden.

z. Zt. Hamburg RALPH FAUSS
Institut für Humanbiologie
Universität Hamburg

Sie unterschieben den Genwissenschaftlern das Versprechen, der Mensch werde, nach Ermittlung seiner Genomstruktur, nach Idealvorstellungen, „die von der Haarfarbe bis zum Talent zur Musik oder Mathematik reichen“, planvoll modelliert werden können. Ganz abgesehen davon, daß selbst nach vollständiger Sequenzierung des Genoms ein solches Unterfangen schon allein aus wissenschaftlichen Gründen undenkbar wäre, ist mir nicht bekannt, daß irgendeinem Molekulargenetiker ein solches Ziel vorschwebt. Ginge es nach Ihrem Willen, so würde die Entwicklung der Gentechnik bei uns wohl weitgehend unterbunden. Um Zugang zu modernen Diagnose- und Therapieverfahren zu erhalten, hätten unsere Mitbürger in die USA zu pilgern.

Zürich PROF. CHARLES WEISSMANN
Institut für Molekularbiologie

Eltern konnten in der gesamten Menschheitsgeschichte kein Kind nach Maß bestellen, weil die absolute Ungleichheit als Grundgesetz des Universums dies völlig ausschließt. Daran werden auch die Genwissenschaftler nie etwas ändern.

Madrid THEODOR VIKTOR SOUCEK

BuchSzene '91

Aktuell Attraktiv Anders

697907 Studs Terkel **Der gute Krieg**

Amerika im Zweiten Weltkrieg. Zeitzeugen sprechen. In dem mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnete Buch berichten 72 Zeitzeugen, was sie empfunden, erlebt, reflektiert haben: „Große" der Geschichte, Atom-Wissenschaftler, der Pilot, der das Flugzeug über Nagasaki steuerte, 18- oder 19jährige GIS, Soldaten, die die ersten bei der Befreiung der Konzentrationslager waren, Männer und Frauen, die zuhause blieben, Geschäftsleute, die unerwartete Gewinne machten u.a.
552 S., geb., (1989) früher DM 64.-★ **nur DM 29,80**

262242 Lutz Irgel (Hrsg.). **Der Kaufmann. Das große Praxis-Handbuch des kaufmännischen Wissens.** Das Standardwerk informiert umfassend über alle Bereiche des Wirtschaftslebens. 580 S., geb., (Orig.Ausg. DM 49,80★) **Sonderausgabe DM 29,80**

082961 A. Comfort **More Joy of Sex**

Noch mehr Freude am Sex. Alle Sexualpraktiken, die Sprache des Körpers, spezielle Bedürfnisse etc. 223 S., 78 Abb., geb., (1981), (M) früher DM 48.-★ **nur DM 19,95**

145009 Enkelmann. **Überzeugen, aber wie? ABC der Beeinflussungskunst. Rhetorik.** Ein Handbuch für Rhetorik und Persönlichkeitsbildung. 213 S., geb., (2., erw. Aufl. 1987) früher DM 39.-★ **nur DM 19,95**

059340 Pierre Barret/Jean-Noel Gurgand. **Gott will es! Die Geschichte des ersten Kreuzzuges 1095-1099.** Tausende - Ritter, Fußvolk, Bischöfe und Mönche, Frauen, Greise und sogar Kinder - nahmen unglaubliche Strapazen auf sich, um das Heilige Grab in Jerusalem aus der Hand der Ungläubigen zu befreien. 343 S., geb., (1983) früher DM 36,- **nur DM 9,95**

182486 A. Frontoni **Magic Women**

Die schönsten Aktfotos bekannter Filmstars. Ursula Andress, Anita Ekberg, Nastassia Kinski, Alessandra Mussolini und Ornella Muti ließen für die schmeichelnde Kamera des Meisters der Aktfotografie Angelo Frontoni die Hüllen fallen. 160 S., 127 farb. Fotos, Format 21x29 cm, geb., (1991) **DM 29,80**

240818 Hesse/Schrader. **Testaufgaben. Das Übungsprogramm. Alle gängigen Testaufgaben mit Lösungen:** Allgemeinwissen/Intelligenz/Rechnen/Rechtschreibung/Konzentration/Persönlichkeit/Assessment Center/Technik/Büro/Banken, Wirtschaft/Pilot u.a. 188 S., kart., (1991) **DM 16,80**

374768 **Wladimir Iljitsch Lenin - Ausgewählte Schriften in zwei Bänden.** Die für ein Grundlagenstudium des Marxismus-Leninismus wichtigsten Arbeiten von Lenin. Hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED
1504 S., geb., früher DM 39,80 **nur DM 19,95**

Einer der einflußreichsten Klassiker der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte
582123 W. Sombart. **Der moderne Kapitalismus.** Das monumentale Werk ist eine historische und systematische Darstellung, eine Entwicklungsgeschichte und zugleich eine Theorie des Kapitalismus. 6 Teilbände in Kassette. 3303 S., Tb
früher DM 165.- **nur DM 68,-**

013781 Arnold/Eysenck/Meili (Hrsg.). **Lexikon der Psychologie. 3 Bände.** Das führende Nachschlagewerk auf dem Gebiet der Psychologie und aller ihrer Anwendungsgebiete. 5000 Artikel, darunter 300 Einführungsbeiträge zu Kernfragen des Fachs, von 300 Experten aus 22 Ländern. 1336 S., (ungekürzte Ausgabe der geb., neu bearb. Ausgabe von 1980 DM 504,-)
kart. Sonderausgabe DM 49,80

231886 Hartmann/Fithian **Jeder Mann kann**

Die Erfüllung männlicher Sexualität. Ein sensationelles Trainingsprogramm wie jeder Mann seine sexuelle Potenz erheblich steigern kann - und zwar auf natürliche Weise, durch einfache Übungen 192 S., Tb., (1990) **DM 9,80**

409448 Manstein. **Verlorene Siege. Erinnerungen 1939-1944.** Die Kriegserinnerungen des Generalfeldmarschalls gehören zu den im In- und Ausland am meisten beachteten Werken zur Geschichte des 2. Weltkrieges. 676 S., 20 Fotos, 24 Karten, geb., (11.Aufl.1987) **DM 48,-**

818755 Dr.A. Yorke. **Die Kunst der erotischen Massage. 140 Fotos** und ausführliche Erläuterungen. Praktiken und Techniken der gegenseitigen Massage zur Bereicherung des erotischen Lebens. 144 S., geb., **Sonderausgabe DM 24,80**

697915 Studs Terkel **Arm und reich**

Das Amerika der Reagan-Ära. Zeitzeugen sprechen. Eine faszinierende Innenansicht des Amerikas der 80er Jahre. Rund 60 Zeitzeugen geben ihre persönlichen Sorgen und Ansichten preis 408 S., geb., früher DM 58.-★ **nur DM 29,80**

767514 **Die Wehrmachtsberichte 1939-1945.** Vollständige Ausgabe einschließlich der Sondermeldungen, der zusammenfassenden Berichte und der Ergänzungen. 3 Bde, 2277 S., 75 Karten, in Kassette, (1986) früher DM 58.-★ **nur DM 29,95**

331163 **Synonymwörterbuch. Sag es besser.** Treffend schreiben, reden, formulieren. Über 30000 Stichworter
336 S., geb. früher DM 16,80★ **Sonderausgabe DM 8,80**

294438 A. Jaubert **Fotos, die lügen**

Politik mit gefälschten Bildern. In den Archiven und Bibliotheken zahlreicher Länder hat der Autor Hunderte von fotografischen Dokumenten gesammelt, die die Propagandaministerien totalitärer Regimes gefälscht hatten, ehe sie in der ganzen Welt Verbreitung fanden. 195 S., über 200 Abb., kart., (1989) früher DM 48.-★ **nur DM 29,80**

Die berühmteste Weltgeschichte in deutscher Sprache - aktualisierte Ausgabe bis 1985
481491 **Propyläen-Weltgeschichte. Universalgeschichte in 10 Bänden.** Hrsg. von Golo Mann, Alfred Heuss und August Nitschke. 7250 S., 1070 Abb., in Kassette, geb., (Orig.-Ausgabe, Ln. in 12 Bdn., kostete DM 1.800,-★)
einmalige ungekürzte Sonderausgabe DM 199,-

241091 Ulrich Haarmann (Hrsg.)

Geschichte der arabischen Welt

Die erste jüngere umfassende Darstellung der arabischen Geschichte von dem Aufstieg der Araber zu welthistorischer Bedeutung im 7. Jh. bis zu den arabischen Natinalstaaten des 20. Jhs. 720 S., 14 Karten, Ln., früher DM 128.-★ **nur DM 68,-**

374326 S. Lerner. **Immunkraft. Der mentale Weg zur Stärkung unserer Gesundheit.** Ein konkreter Wegweiser zur Stärkung der eigenen Abwehrkräfte
384 S., 15 Abb., geb., (1989) früher DM 39,80★ **nur DM 19,80**

088510 Otto von Corvin. **Der Pfaffenspiegel / Die Geißler. Dokumente des kirchlichen Fanatismus.** Das oft verbotene berühmte Werk prangert Mißstände und Fehlauslegungen der Kirche durch die Jahrhunderte an. Neubearbeitung des 1845 46 zuerst erschienenen Originals. 2 Bände,
602 S., geb., **Sonderausgabe DM 39,80**

120685 Betty Dodson **Sex for One**

Die Lust am eigenen Körper. Selbstbefriedigung als Ausgangspunkt sexueller Selbsterfahrung, die Techniken, Masturbation u. Partnersex. 160 S., zahlr. Abb., Tb., (1989) **DM 12,80**

425192 **Friedrich Nietzsche - Das Hauptwerk. 4 Bände in Kassette.** Hrsg. von Jost Perfahl. Alle wichtigen Werke.
2772 S., geb., (M) früher DM 68.- **nur DM 38,-**

018457 H.L.Arnold (Hrsg.)

Komm. Zieh dich aus

Das Handbuch der lyrischen Hocherotik deutscher Zunge. "Wer schweinische Gedichte schreibt, kann nie und nimmer ein echter Dichter sein." Daß viele Autoren zu allen Zeiten anders darüber dachten und dichteten, beweist diese Sammlung, die deutsche erotische Gedichte aus fünf Jahrhunderten vorstellt.
Ca. 336 S., geb., (1991) **DM 33,-**

489948 Peter Przybylski. **Tatort Politbüro. Die Akte Honecker.** Die Enthüllungen des ehemalige Pressesprechers des Generalstaatsanwalts der DDR sind sensationell. 427 S., kart., (1991) **DM 29,80**

399507 **Meyers Großes Taschenlexikon in 24 Bänden.** Das größte deutsche Taschenbuchlexikon in der 2., neu bearb. Aufl 1987. Rund 150.000 Stichworter, über 6000 Abb., 5000 Literaturangaben. 8.640 Seiten. früher DM 235.-★ **nur DM 148,-**

374334 Rüdiger Liedtke

Wem gehört die Republik?

Die Konzerne und ihre Verflechtungen. Namen, Zahlen, Fakten von allen Konzernen und Großunternehmen, die in der Bundesrepublik Macht und Einfluß haben.
447 S., kart., (1991) **DM 36,-**

605115 W. Schmidtbauer/J. vom Scheidt. **Handbuch der Rauschdrogen. Darstellung sämtlicher Drogen und verwandter Substanzen - Herkunft, Geschichte, Wirkungsweise, Gefahren.** 751 S., geb., (6. überarb. u. erw. Aufl 1981) (M) früher DM 68.- **nur DM 39,80**

774170 E.-U. Winteler. **Steueroasen der Welt. Bankgeheimnis, Vermögenssicherung, Renditechancen.** Ein Ratgeber, nicht nur für Unternehmer. 349 S., kart., (1991) **DM 16,80**

221732 Heinz Höhne

Der Orden unter dem Totenkopf

Die Geschichte der SS. Das berühmte Werk erschien 1967 und wurde in alle Weltsprachen übersetzt
600 S., geb., **Sonderausgabe DM 19,80**

Wie Rapunzel schwanger wurde
209430 **Die Kinder- und Hausmärchen der Brüder Grimm. Urfassung 1812/1814.** Aus allen späteren Fassungen wurden die ursprünglichen Hinweise auf Inzest, Schwangerschaft, unerlaubte Sexualität usw. getilgt.
604 S., geb. **DM 58,-**

★ Viele Titel sind erheblich preisgünstiger geworden. Zur Information zitieren wir die früheren gebundenen Ladenpreise der herausgebenden Verlage. (M) = mit leichten Lagerspuren

Service, wie ich ihn will!

Kaufen ohne Risiko —
keine Mitgliedsbindung; Lieferung für 14 Tage zur Ansicht.

Perfekter Lieferservice:
Versand an jede gewünschte Adresse — sogar ins Ausland. Auch als Geschenk verpackt.

Für eilige Wünsche: Rhenania-Buch-Express bis 14.00 Uhr, Telefon 0261 / 61031. Wir liefern dann am Tag der Bestellung per Schnellpaket aus (Mehrkosten DM 3.-)

Wir besorgen jedes in Deutschland lieferbare Buch, auch fremdsprachige Titel. Für diesen Service können wir jedoch kein Rückgaberecht gewähren.
(Bitte Autor und Titel vollständig angeben!)

Literatur zu einem bestimmten Thema / Schlagwort?
Für nur DM 1,- in Briefmarken (Rückporto) schicken wir Ihnen eine Auswahlliste zu.

RHENANIA VERSAND SERVICE

Bitte ausschneiden und einsenden an

Rhenania Versand Service
Postfach 2260, 5400 Koblenz
Telefon: (0261) 61031

St.	Bestell-Nr.:	Preis:

Versandkosten: ab DM 30,- Bestellwert DM 3.90 (sonst DM 4,90), ab DM 90,- versandkostenfrei (Inland)

Name, Vorname

Straße

PLZ/Ort

Datum / Unterschrift **AP 7/91**

Herr Hien mag es zwar berichtet haben, es entspricht aber trotzdem nicht den Tatsachen: Die BASF führt entgegen Ihrer Darstellung keine Chromosomenanalysen durch, um „überanfällige Chemiearbeiter auszusondern". Chromosomenuntersuchungen sind nicht geeignet, erblich bedingte Anfälligkeiten für bestimmte chemische Substanzen festzustellen. Im Bereich der Arbeitsmedizin werden sie – wie andere Methoden auch – eingesetzt, um frühzeitig Hinweise auf Schädigungen zu erhalten. Die Chromosomenanalysen ergänzen andere Vorsorge- und Überwachungsuntersuchungen. Sie stellen ein zusätzliches Bewertungskriterium für technische Arbeitsschutzmaßnahmen dar.

Ludwigshafen (Rhld.-Pf.) MEYER
BASF-Aktiengesellschaft

Welch wundersame Möglichkeiten: Der Regierung werden die „göttlichen Eingebungen" eingepflanzt, rücksichtslose Unternehmer bekommen das „Sozialgen", bei Diktatoren wird das „Mördergen" verändert, bei Waffenhändlern das „Friedfertiggen", beim Papst das „Verhütungssyndrom", bei SPIEGEL-Redakteuren wird das „linke Kampfpressegetue", der CSU das „Law-and-Order-Gehabe" genetisch ausgetrieben, dem Herrn Waigel das „Schuldenmachsyndrom" usw. usw.

Calw (Bad.-Württ.) GERHARD SCHMIDT

Eine Teilauflage dieser SPIEGEL-Ausgabe enthält eine Beilage der Hannoverschen Lebensversicherung, Hannover.

Die Redaktion des SPIEGEL behält sich vor, Leserbriefe gekürzt zu veröffentlichen

DER SPIEGEL
DAS DEUTSCHE NACHRICHTEN-MAGAZIN

2000 Hamburg 11
Postfach 11 04 20
Brandstwiete 19/Ost-West-Straße
Telefon (040) 3007-0
Telex 2 162 477
Telefax (040) 3007 247

HERAUSGEBER
Rudolf Augstein

CHEFREDAKTION
Dr. Wolfgang Kaden, Hans Werner Kilz

REDAKTION
Karen Andresen, Ariane Barth, Dieter Bednarz, Wolfram Bickerich, Wilhelm Bittorf, Peter Bölke, Jochen Bölsche, Dr. Hermann Bott, Stephan Burgdorff, Werner Dähnhardt, Dr. Thomas Darnstädt, Bernd Dörler, Dr. Martin Doerry, Adel S. Elias, Manfred Ertel, Rüdiger Falksohn, Nikolaus von Festenberg, Uly Foerster, Klaus Franke, Gisela Friedrichsen, Bert Gamerschlag, Angela Gatterburg, Matthias Geyer, Henry Glass, Rudolf Glismann, Jens Glüsing, Johann Grolle, Wolfgang Gust, Dr. Hans Halter, Werner Harenberg, Dietmar Hawranek, Manfred W. Hentschel, Ernst Hess, Almut Hielscher, Hans Hielscher, Heinz Höfl, Heinz Höhne, Joachim Hoelzgen, Dr. Jürgen Hohmeyer, Hans Hoyng, Thomas Hüetlin, Dr. Olaf Ihlau, Ulrich Jaeger, Urs Jenny, Dr. Hellmuth Karasek, Klaus-Peter Kerbusk, Sebastian Knauer, Ansbert Kneip, Dr. Walter Knips, Susanne Koelbl, Siegfried Kogelfranz, Christiane Kohl, Dr. Joachim Kronsbein, Karl Heinz Krüger, Wulf Küster, Stephan Lebert, Dr. Romain Leick, Jürgen Leinemann, Heinz P. Lohfeldt, Udo Ludwig, Armin Mahler, Dr. Wolfgang Malanowski, Hans Hermann Mans, Matthias Matussek Gerhard Mauz, Walter Mayr, Gerd Meißner, Fritjof Meyer, Dr. Annette Meyhöfer, Manfred Müller, Rolf S. Müller, Bettina Musall, Hans-Georg Nachtweh, Irma Nelles, Dr. Renate Nimtz-Köster, Hans-Joachim Noack, Gunar Ortlepp, Rainer Paul, Jürgen Petermann, Dietmar Pieper, Joachim Preuß, Klaus Reinhardt, Dr. Rolf Rietzler, Dr. Gerd Rockel, Dr. Fritz Rumler, Karl-Otto Saur, Marie-Luise Scherer, Heiner Schimmöller, Cordt Schnibben, Hans Joachim Schöps, Dr. Mathias Schreiber, Bruno Schrep, Matthias Schulz, Hajo Schumacher, Ulrich Schwarz, Claudius Seidl, Mareike Spiess-Hohnholz, Dr. Gerhard Spörl, Hans Gerhard Stephani, Günther Stockinger, Peter Stolle, Barbara Supp, Dr. Rainer Traub, Dieter G. Uentzelmann, Klaus Umbach, Hans-Jörg Vehlewald, Hartmut Volz, Dr. Manfred Weber, Rainer Weber, Alfred Weinzierl, Marianne Wellershoff, Carlos Widmann, Erich Wiedemann, Dr. Dieter Wild, Dr. Peter Zolling, Helene Zuber

REDAKTIONSVERTRETUNG BONN
Winfried Didzoleit, Dr. Richard Kiessler, Dirk Koch, Ursula Kosser, Bernd Kühnl, Dr. Paul Lersch, Heiko Martens, Olaf Petersen, Rainer Pörtner, Hans-Jürgen Schlamp, Alexander Szandar, Klaus Wirtgen, Dahlmannstraße 20, 5300 Bonn, Tel. 26 70 3-0, Telefax 21 51 10

REDAKTIONSVERTRETUNGEN DEUTSCHLAND
Berlin: Wolfgang Bayer, Christian Habbe, Axel Jeschke, Dieter Kampe, Claudia Pai, Hartmut Palmer, Norbert F. Pötzl, Michael Schmidt-Klingenberg, Diethelm Schröder (beurlaubt), Steffen Uhlmann, Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91-0, Telefax 25 40 91 10; Kronenstraße 70, 0-1080 Berlin, Tel. 208 2319, Telefax 200 2037 · Düsseldorf: Georg Bönisch, Hans Leyendecker, Richard Rickelmann, Rudolf Wallraf, Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf 1, Tel. 1 68 90-0, Telefax 35 83 44 · Erfurt: Ulrich Bieger, Anger 37 – 38, 0-5010 Erfurt, Tel. 226 96 · Frankfurt a. M.: Peter Adam, Wolfgang Bittner, Rudolf Kahlen, Ulrich Manz, Jürgen Scherzer, Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 71 71 81, Telefax 72 17 02 · Hannover: Wolfgang Becker, Jürgen Hogrefe, Rathenaustraße 16, 3000 Hannover, Tel. 32 69 39, Telefax 32 85 92 · Karlsruhe: Rolf Lamprecht, Amalienstraße 25, 7500 Karlsruhe 1, Tel. 225 14, Telefax 276 12 · Leipzig: Jan Fleischhauer, Clemens Höges, Gabor Steingart, Käthe-Kollwitz-Straße 115, 0-7010 Leipzig, Tel. 47 54 44, Telefax 47 04 84 · Mainz: Felix Kurz, Wilfried Voigt, Rheinstraße 101, 6500 Mainz, Tel. 23 24 40, Telefax 23 47 68 · München: Dinah Deckstein, Dr. Joachim Reimann, Lutz Spenneberg, Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425 · Schwerin: Uwe Klußmann, Goethestraße 14, 0-2755 Schwerin, Tel. 86 96 05 · Stuttgart: Dr. Hans-Ulrich Grimm, Sylvia Schreiber, Peter Stähle, Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65

REDAKTIONSVERTRETUNGEN AUSLAND
Athen: Kostas Tsatsaronis, Omirou 13, 10672 Athen, Tel. 363 6577, Telex 21 54 18 · Bangkok: Dr. Tiziano Terzani, 18 Soi Prommitr, Sukhumvit Soi 39, 10 110 Bangkok, Tel. 258 8410, Telefax 259 5980 · Basel: Jürg Bürgi, Spalenring 69, 4055 Basel, Tel. 271 6363, Telefax 271 6344 · Belgrad: Renate Flottau, Koste Zivkovica 2, 11000 Belgrad, Tel. 46 73 09, Telefax 46 73 09 · Brüssel: Marion Schreiber, Bd. Charlemagne 45, 1040 Brüssel, Tel. 230 61 08, Telefax 231 1436 · Budapest: Csalogány u 13-19/A VIII.35, 1027 Budapest, Tel. 202 1793, Telefax 201 8528 · Jerusalem: Dr. Stefan Simons, 1, Bet Eshel, Old Katamon, Jerusalem 93227, Tel. 61 09 36, Telefax 61 76 40 · Kairo: Volkhard Windfuhr, 18, Shari' Al Fawakih, Muhandisin, Kairo, Tel. 360 4944, Telefax 360 7655 · Kapstadt: Paul M. Schumacher, 4th Floor, Dumbarton House, 1 Church Street, Kapstadt 8001, Tel. 22 24 44, Telefax 22 11 55 · London: Lutz Krusche, 66 Great Russell Street, London WC1B 3BN, Tel. 430 0323, Telefax 430 0348 · Madrid: Walter Tauber, Marques de Cubas 12, 28 014 Madrid, Tel. 420 19 94, Telefax 420 0181 · Moskau: Jörg R. Mettke, Dr. Christian Neef, Krutizkij Wal 3, Korp. 2, Kw 36, 109 044 Moskau, Tel. 274 0009, Telefax 274 0003 · Neu-Delhi: Sri Prakash Sinha, 35 B Nizamuddin East, Neu-Delhi 110 013, Tel. 462 97 33, Telefax 3 162 469 · New York: Dr. Werner Meyer-Larsen, 516 Fifth Avenue, Penthouse, New York, N. Y. 10036, Tel. 221 7583, Telefax 302 6258 · Paris: Helmut Sorge, 17 Avenue Matignon, 75008 Paris, Tel. 4256 1211, Telefax 4256 1972 · Peking: Andreas Lorenz, Qijiayuan 7. 2. 31, Peking, Tel. 532 3541, Telefax 532 5453 · Prag: Gorkeho Namesti 1565/16, 11 000 Prag, Tel. 235 0667, Telefax 235 0667 · Rio de Janeiro: Dr. Hans-Peter Martin, Avenida São Sebastião, 157 Urca, 22291 Rio de Janeiro (RJ), Tel. 275 1204, Telefax 542 6583 · Rom: Valeska von Roques, Largo Chigi 9, 00187 Rom, Tel. 679 7522, Telefax 679 7768 · Stockholm: Hermann Orth, Scheelegatan 4, 11 223 Stockholm, Tel. 650 82 41, Telefax 652 99 97 · Warschau: Ul. Polna 44/24, 00-635 Warschau, Tel. 25 49 96, Telefax 25 49 96 · Washington: Siegesmund von Ilsemann, Dr. Martin Kilian, 1202 National Press Building, Washington, D. C. 20 045, Tel. 347 5222, Telefax 347 3194 · Wien: Dr. Martin Pollack, Schönbrunner Straße 26/2, 1050 Wien, Tel. 587 4141, Telefax 587 4242

ILLUSTRATION
Renata Bleck, Martina Blume, Barbara Bocian, Ludger Bollen, Katrin Bollmann, Thomas Bonnie, Regine Braun, Manuela Cramer, Josef Csallos, Volker Fensky, Rüdiger Heinrich, Antje Klein, Eva-Maria von Maydell, Ingeborg Molle, Ursula Morschhäuser, Monika Rick, Jan Rieckhoff, Chris Riewerts, Julia Saur, Claus-Dieter Schmidt, Manfred Schniedenharn, Frank Schumann, Karin Weinberg, Rainer Wörtmann, Jürgen Wulf, Monika Zucht

SCHLUSSREDAKTION
Rudolf Austenfeld, Horst Beckmann, Sabine Bodenhagen, Jens Eggers, Horst Engel, Hermann Harms, Rolf Jochum, Karl-Heinz Körner, Inga Lembcke, Dr. Karen Lührs, Reimer Nagel, Andreas M. Peets, Wolfgang Polzin, Gero Richter-Rethwisch, Thomas Schäfer, Wilhelm Schöttker, Ingrid Seelig, Hans-Eckhard Segner, Tapio Sirkka, Hans-Jürgen Vogt, Kirsten Wiedner, Holger Wolters, Peter Zobel

VERANTWORTLICHER REDAKTEUR
dieser Ausgabe für Panorama, Rüstung, Kinkel-Gespräch, SPD: Dr. Gerhard Spörl; für Schalck-Golodkowski, Anwälte, Behörden, Frauen, Geheimdienste, Kriminalität, Polizei: Jochen Bölsche; für Titelgeschichte, Zeitgeschichte: Dr. Wolfgang Malanowski; für SPIEGEL-Umfrage, Schach: Werner Harenberg; für Trends, Konjunktur, Biedenkopf-Interview, Pharmaindustrie, Presse, Großbritannien, Steuern, Treuhand: Armin Mahler; für Banken, Panorama Ausland, Jugoslawien, Tudjman-Interview, Kurden, Flüchtlinge, Geiseln, Scharon-Interview, Affären, Bücher (S. 132), USA, Italien, Karibik, Schiffahrt: Dr. Olaf Ihlau; für Fußball, Städte: Alfred Weinzierl; für Archäologie: Joachim Hoelzgen; für Architektur, Kino, Bücher (S. 171), Bestseller, Szene: Dr. Mathias Schreiber; für Wallraff, Politiker, Fernsehen: Karl-Otto Saur; für SPIEGEL-Essay, Astronomie, Krebs, Speicher, Prisma, Homosexuelle: Klaus Franke; für namentlich gezeichnete Beiträge: die Verfasser; für Briefe, Personalien, Register, Hohlspiegel, Rückspiegel: Dr. Manfred Weber; für Titelbild: Rainer Wörtmann; für Hausmitteilung: Dr. Dieter Wild (sämtlich Brandstwiete 19/Ost-West-Straße, 2000 Hamburg 11)

DOKUMENTATION
Jörg-Hinrich Ahrens, Werner Bartels, Sigrid Behrend, Dr. Jürgen Bruhn, Lisa Busch, Heinz Egleder, Dr. Herbert Enger, Johannes Erasmus, Wolfgang Fischer, André Geicke, Ille von Gerstenbergk-Helldorff, Dr. Dieter Gessner, Hartmut Heidler, Wolfgang Henkel, Gesa Höppner, Jürgen Holm, Christa von Holtzapfel, Joachim Immisch, Günter Johannes, Petra Kleinau, Sonny Krauspe, Hannes Lamp, Marie-Odile Jonot-Langheim, Walter Lehmann, Michael Lindner, Dr. Petra Ludwig, Sigrid Lüttich, Roderich Maurer, Rainer Mehl, Ulrich Meier, Gerhard Minich, Wolfhart Müller, Bernd Musa, Christel Nath, Anneliese Neumann, Werner Nielsen, Paul Ostrop, Nora Peters, Anna Petersen, Peter Philipp, Axel Pult, Ulrich Rambow, Anke Rashatasuvan, Dr. Mechthild Ripke, Hedwig Sander, Constanze Sanders, Karl-H. Schaper, Rolf G. Schierhorn, Ekkehard Schmidt, Marianne Schüssler, Margret Spohn, Rainer Staudhammer, Anja Stehmann, Monika Tänzer, Dr. Wilhelm Tappe, Dr. Eckart Teichert, Jutta Temme, Dr. Iris Timpke-Hamel, Carsten Voigt, Horst Wachholz, Dieter Wessendorff, Andrea Wilkens, Georg Wöhner

BÜRO DES HERAUSGEBERS
Wolfgang Eisermann

NACHRICHTENDIENSTE
ADN, AP, dpa, Newsweek, New York Times, Reuters, Time

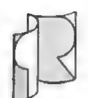
SPIEGEL-VERLAG RUDOLF AUGSTEIN GMBH & CO. KG
Verantwortlich für Anzeigen: Horst Görner
Gültige Anzeigenpreisliste Nr. 45 vom 1. Januar 1991
Verlagsgeschäftsstellen: Berlin: Kurfürstenstraße 72 – 74, 1000 Berlin 30, Tel. 25 40 91 25/26, Telefax 25 40 0130; Düsseldorf: Immermannstraße 15, 4000 Düsseldorf, Tel. 16 89 0-0, Telefax 168 9055; Frankfurt a. M.: Oberlindau 80, 6000 Frankfurt a. M., Tel. 72 03 91, Telefax 72 43 32; Hamburg: Brandstwiete 19, 2000 Hamburg 11, Tel. 3007-0, Telefax 3007 247; München: Stuntzstraße 16, 8000 München 80, Tel. 41 80 04-0, Telefax 4180 0425; Stuttgart: Kriegsbergstraße 11, 7000 Stuttgart, Tel. 22 15 31, Telefax 29 77 65
Abonnementspreise: Normalpost Inland: sechs Monate DM 117,00, zwölf Monate DM 234,00. Normalpost Europa: sechs Monate DM 156,00, zwölf Monate DM 312,00; Seepost Übersee: sechs Monate DM 163,80, zwölf Monate DM 327,60; Luftpostpreise auf Anfrage. Abonnement-Service: Tel. 0130-3006
Postgiro-Konto Hamburg Nr. 7137-200
BLZ 200 100 20
Druck: Gruner Druck, Itzehoe; maul belser, Nürnberg

VERLAGSLEITUNG
Fried von Bismarck, Burkhard Voges

GESCHÄFTSFÜHRUNG
Rudolf Augstein, Karl Dietrich Seikel

ANZEIGE

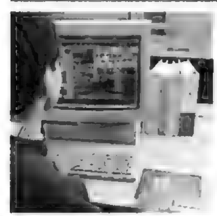
HANNOVER EXKLUSIV



Unternehmen einer Stadt

Eine Veröffentlichung der **PR GRUPPE FRANKFURT** Giel u. Partner GmbH · Telefon (0 69) 4 05 86–0, Telefax (0 69) 4 05 86–111, Telex 4 12 532 PRFFM D

Schrittmacher Mikroelektronik



Entwicklungs-Ingenieur der SICAN an einer Workstation

Für die Nachrichten- und Datentechnik, die Konsumgüter-, Industrie- und Automobilelektronik bietet SICAN Dienstleistungen vom Entwurf mikroelektronischer Systeme, über Chip-Design (CAD) und Test (CAT) bis zur Produktqualifikation an. SICAN hat mit Hilfe der Länder Niedersachsen und Hamburg den Mikroelektronik-Verbund Norddeutschland geschaffen. Damit wird die Anwendung hochintegrierter mikroelektronischer Systeme in Norddeutschland gestärkt.

In der Industriebeteiligung von ca. 50% an der SICAN GmbH ist ein hoher Anteil der mittelständischen Industrie vertreten.

SICAN GmbH – Gesellschaft für Silizium-Anwendungen und CAD/CAT Niedersachsen mbH
Garbsener Landstraße 10 · W-3000 Hannover 21
Tel.: 05 11-2 79 51 60 · Fax: 05 11-2 79 52 40

Eine Idee hat viele Freunde

Was dem Großinvestor billig ist, kann dem Kleinanleger recht sein. Für Investoren mit einem monatlichen Nettoeinkommen ab DM 2.200 hat die Zeitex Vermittlungsgesellschaft für Kapitalanlagen mbH die Immobilie als renditebringende Anlage und Altersversorgung entdeckt. Die Idee der Zeitex ist einfach: Im Spannungsfeld zwischen Steuer und Inflation hat der Kleinanleger wenig Möglichkeiten, sein Kapital gewinnträchtig zu vermehren. Immobilien, die von der Steuer absetzbar sind und enorme Wertsteigerungen erfahren, waren für ihn bisher unattraktiv.



Geschäftsführer Holger Sass

Zeitex bietet Immobilien, die eine interessante und gewinnbringende Alternative zur herkömmlichen Altersversorgung, etwa der Lebensversicherung, darstellen. Die Projekte in den Preislagen zwischen DM 100.000 und DM 150.000 verfügen über ein Mietsteigerungspotential und sind in technisch einwandfreiem Zustand.

Für den Käufer einer solchen Immobilie heißt dies hoher Gewinn mit hoher Sicherheit bei geringem Aufwand. Fachleute übernehmen die gesamte Abwicklung.

Zeitex
Vermittlungsgesellschaft für Kapitalanlagen mbH
Pappelbrink 10
W-3000 Hannover
Tel.: 05 11-65 10 05
Fax: 05 11-65 10 37

Umweltbewusste Qualität – Mit Sicherheit



Die Faltschachteln der Firma Ernst Boldt KG bewähren sich täglich auf zahlreichen Verpackungsautomaten anspruchsvoller Produzenten der pharmazeutischen Industrie. Der hohe Standard des seit über 80 Jahren bestehenden Familienunternehmens wird durch ein ständig verbessertes Qualitätssicherungssystem und hochmoderne Druck- und Weiterverarbeitungsmaschinen erreicht. Dies erlaubt nicht nur ein hohes Maß an Flexibilität, sondern garantiert auch umweltfreundliche und recyclebare Faltschachteln zuverlässig und erfolgsversprechend – mit Sicherheit.

Ernst Boldt KG – Faltschachtelwerk
Lister Meile 33 · W-3000 Hannover 1
Tel.: 05 11-31 30 51 · Fax: 05 11-34 45 98

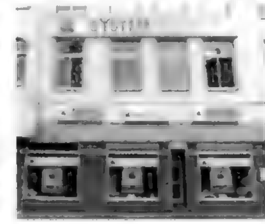
Der etwas andere Messebau

Umfassende, kreative Messekonzeptionen, wie sie von der Knotz & Partner Messebau GmbH entwickelt werden, sind nicht alltäglich. Seit mehreren Jahren bieten Jürgen Knotz und seine Partner neben dem üblichen Messebau, inklusive Fullservice auch Industrie- und Produktdesign an. Darüber hinaus ist das Unternehmen beratend in allen Bereichen des Messe- und Ausstellungswesens tätig. Auf Wunsch wird der Kunde also umfassend betreut, vom Konzept über das Design und die Ausführung bis hin zum Cateringservice.



Knotz & Partner Messebau GmbH
Immengarten 16–18 · W-3000 Hannover 1
Tel.: 05 11-69 50 88/89 · Fax: 05 11-69 50 44

Der Macintosh Pionier!



Größter deutscher Applehändler Systematics GmbH

Die Hannoveraner EDV-Systemberatung Systematics ist ein qualifizierter Fachpartner bei allen Fragen, die den Vertrieb, die Beratung und Benutzung der Apple Macintosh-PC's betreffen. Unternehmen aller Branchen finden hier ein qualifiziertes Expertenteam, das branchenspezifische Benutzerlösungen, Vernetzungen, intensive Schulungsseminare in modernen Räumen anbietet - daneben zeigt Systematics im ersten Apple Center Shop Hannovers Apple-Computer zum „Anfassen und Ausprobieren".

Systematics hat die Zukunft des Apple Macintosh erkannt und läßt Hannovers Kundschaft von seinen reichen Erfahrungen profitieren.

SYSTEMATICS EDV-Systemberatung GmbH
Schiffgraben 20 · W-3000 Hannover 1
Tel.: 05 11-32 71 69 · Fax: 05 11-32 88 96

ALL PLAN plant rund um den Bau

und das jeweils mit größter Präzision. Die ALL PLAN GmbH bietet öffentlichen und privaten Auftraggebern Gesamtplanungen, aber auch Einzelleistungen, für Neubauprojekte, Modernisierungen sowie Sanierungen. Die langjährige Erfahrung der mehr als dreißig qualifizierten Mitarbeiter von ALL PLAN garantiert hohe Qualität, Kostensicherheit und Termintreue. Zu den Standbeinen des Unternehmens zählen Objektentwicklung, Projektmanagement, Entwurf und Planung, Ingenieurleistungen der technischen Gebäudeausrüstung, Bauunterhaltung und Sanierungen sowie Kontrolle der Realisierungsaktivitäten. Kosten- und Terminsteuerung erfolgen EDV-gestützt. ALL PLAN bearbeitet wichtige Baumaßnahmen überregional im gesamten Bundesgebiet erfolgreich. Über das umfangreiche Dienstleistungsangebot rund um den Bau informiert Sie gern detailliert die

ALL PLAN GmbH – Bauplanungs- und Projektierungsgesellschaft – Geschäftsführer Dipl.-Ing. Klaus Lüders
Berliner Allee 9–11 · W-3000 Hannover
Tel.: 05 11-3 48 49 10 · Fax: 05 11-3 48 49 33

Partner bei Engpässen



Geschäftsführerin Ortrud Krüger-Schonebohm

Bei Engpässen und Produktionsspitzen gibt es für Unternehmen im Großraum Hannover seit 1968 eine zuverlässige Adresse: Die Dienstleistung GmbH. Die Unternehmen erhalten qualifiziertes, sorgfältig geprüftes und ihren Arbeitsplatzbeschreibungen entsprechendes Zeitpersonal. Die 180 fest angestellten Mitarbeiter der Dienstleistung GmbH werden ihren Qualifikationen gemäß eingesetzt. Kein Wunder, daß die Dienstleistung GmbH zu den Zeitarbeitagenturen gehört, die eine unbefristete Gewerbeerlaubnis besitzen.

Die Dienstleistung GmbH
Ortrud Krüger-Schonebohm
Marienstraße 61 · W-3000 Hannover 1
Tel.: 05 11-85 11 00+32 67 75 · Fax: 05 11-32 67 76

steindesign macht Werbung



Firmengründer und Geschäftsführer Andreas Stein

Mit fast 10 Jahren Praxiserfahrung und einer technisch absolut perfekten Ausstattung bietet steindesign eine auf seine Kunden optimal zugeschnittene Betreuung. Modernste Grafik-Computer-Technik (DTP-Netzwerk, Color-Printer, Farbscanner, Laserbelichter) gepaart mit Ideenreichtum und Kreativität führen zu bestmöglichen Ergebnissen. Ob Idee, Konzeption, Neugestaltung von Firmenzeichen, Anzeigen, Prospekte, Außenwerbung – steindesign ist der kompetente Partner in allen Bereichen der Werbung. Ein dynamisches, freundliches Team betreut jeden Kunden individuell und sorgt für das komplette Werbekonzept in Entwicklung und Ausführung aus einer Hand.

steindesign Werbeagentur GmbH
Stadtstraße 15/16 · W-3000 Hannover 1
Tel.: 0511-818085 · Fax: 0511-810882


Aussiedler in Bielefeld

Heimlich verschärft

Entgegen allen öffentlichen Beteuerungen plant die Bonner Koalition aus CDU/CSU und FDP eine Verschärfung des Aufnahmeverfahrens für deutschstämmige Aussiedler. In einem Entwurf zur Reform des Bundesvertriebenengesetzes heißt es, „die bloße Abstammung" solle künftig nicht mehr genügen. Vielmehr müßten Kinder in erster Linie durch die „Vermittlung der deutschen Sprache als Muttersprache" das Bewußtsein deutscher Volkszugehörigkeit erworben haben. Das Bundesverwaltungsamt mit Hauptsitz in Köln nimmt die Gesetzesreform bereits vorweg: Die Beamten haben jetzt mehreren mit gültigen Papieren eingetroffenen Familien mitgeteilt, ein bereits erteilter Aufnahmebescheid sei „rechtswidrig", da die Betroffenen untereinander nicht Deutsch sprächen. So wurde einem Aussiedler aus Kasachstan von der Behörde vorgehalten, „daß Ihre Frau und Sie zwar über ausreichende deutsche Sprachkenntnisse verfügen, besonders Ihre Kinder jedoch nicht". Aber: Laut Urteil des Bundesverwaltungsgerichts von 1986 ist „die Beherrschung der deutschen Sprache als Muttersprache und eine deutsche Erziehung" für die Anerkennung als Aussiedler „nicht erforderlich". Der neue Entwurf stellt immerhin noch die Frage, inwieweit „die Benutzung der deutschen Sprache mit Gefahren verbunden war". Beamte in Rastatt hingegen teilten dem kasachischen Antragsteller im Ablehnungsbescheid mit, da seinen Kindern die „erforderliche Prägung im deutschen Volkstum" fehle, müsse angenommen werden, „daß sich Ihre Frau und Sie ohne Zwang vom deutschen Volkstum abgewendet haben".

Ein Herz für Spieler

Der rheinland-pfälzische FDP-Landesvorsitzende, Wirtschaftsminister Rainer Brüderle, hält seine Hand schützend über die Spielgeräteindustrie. Vergangene Woche blockte Brüderles Ministerium in der Koalitionsregierung einen Vorstoß des SPD-Innenministers Walter Zuber ab, der die im Gesetz vorgesehenen steuerlichen Höchstbeträge für Automaten aufheben lassen wollte. In Rheinland-Pfalz dürfen die Gemeinden Geldspielgeräte, die Gewinnmöglichkeiten bieten, mit höchstens 60 Mark je Monat besteuern. Im Saarland liegt der Höchstsatz bei 180 Mark, in Hamburg bei 200 und in Nordrhein-Westfalen bei 270 Mark. Vergebens hatte der Mainzer Innenminister argumentiert, durch die Aufhebung der Obergrenzen würde den Gemeinden die Möglichkeit gegeben, die Steuersätze „angemessen zu erhöhen" und somit der „Spielhallenflut entgegenzuwirken". Das erfolgreiche Brüderle-Veto wird den FDP-Bundesvorsitzenden Otto Graf Lambsdorff freuen. Der sitzt im Aufsichtsrat eines der größten Münzgerätehersteller der Bundesrepublik, der NSM Aktiengesellschaft, mit Sitz im rheinland-pfälzischen Bingen.

Ab in die Kur

Ein düsteres Bild vom Zustand der Bundeswehr hat der Bonner Führungsstab der Streitkräfte in einer internen Analyse gezeichnet. In den neuen Bundesländern schlage die „Stimmung in der Bevölkerung, die sich dem Nullpunkt nähert", auf die Streitkräfte durch; im Westen hätten „Ausbildungsstand, Einsatzbereitschaft und Betriebsklima" nach der Vereinigung der beiden deutschen Armeen „einen deutlichen Rückschlag erlitten". Die Rahmenbedingungen des Dienstes seien „in Unordnung geraten". Soldaten aller Dienstränge klagten, es falle ihnen schwer zu begründen, warum sie noch Dienst in der Bundeswehr leisteten: „Man konnte den Eindruck gewinnen, als befänden sich die Soldaten bis in den Generaldienstgrad hinein in einer Identitätskrise." Kritik gibt es in diesem Zusammenhang auch an Generalinspekteur Dieter Wellershoff und


Bundeswehr-Rekruten

Angst vor den Deutschen

Die pausenlosen Vermittlungsversuche von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) im Jugoslawien-Konflikt nähren im Ausland zunehmend antideutsche Ressentiments.

Verschreckt registrieren der Minister und seine Beamten, daß neuerdings bei den EG-Partnern längst vergessen geglaubte Animositäten gegenüber den Deutschen eine „unangemessen große Rolle" (Genscher) spielen. Vor allem der amtierende EG-Ratsvorsitzende, der niederländische Außenminister Hans van den Broek, reagierte gereizt auf Genschers anti-serbischen Kurs in der Jugoslawien-Krise: „Solange Herr Genscher nicht erzählt, daß er im Namen der EG spricht", blaffte der Minister vergangene Woche in Den Haag, „kann er sagen, was er will."

Genscher hatte van den Broek, der mit seiner Vermittlungsmission in Jugoslawien gescheitert war, vorige Woche in der Krisensitzung der Zwölfergemeinschaft in Den Haag merken lassen, daß er an dessen Professionalität zweifelt.

Der Bonner Außenamtschef hat nicht vergessen, daß sein niederländischer Kollege versucht hatte, sich in die „Zwei plus Vier"-Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung zu drängeln, und daß er noch atomare landgestützte Kurzstreckenraketen auf deutschem Boden stationieren wollte, als die Amerikaner bereits davon abrückten.

Durch eigenmächtige Telefon-Diplomatie mit den verfeindeten Republiken Jugoslawiens rächt sich Genscher nun

Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg: „Die Führung der Bundeswehr muß ihre übertriebene intellektuelle und zu bürokratische Attitüde verändern und lebendiger werden.“ Sie orientiere sich „zu sehr an Parlament und Öffentlichkeit und widmet sich zuwenig den Sorgen ihrer Soldaten“. Fazit der Analyse: „Die Bundeswehr muß zur Kur.“

Reine Hysterie

Die Bonner Freidemokraten nehmen die Drohung ihres christlichen Koalitionspartners, das Asylgrundrecht notfalls mit Hilfe der Sozialdemokraten auszuhebeln, nicht ernst. Grund: Der entscheidende Artikel 16 des Grundgesetzes soll auch nach Meinung der Partei- und Fraktionsspitze der SPD nicht angetastet werden. „SPD und FDP gehen davon nicht ab“, so der liberale Justizminister Klaus Kinkel, „alles andere ist reine Hysterie.“ Vor allem der bayerische Innenminister Edmund Stoiber (CSU) hofft seit langem auf eine rotschwarze Koalition, weil die Länderfürsten und Oberbürgermeister der SPD sich dem Asylantenzuwachs nicht mehr gewachsen fühlen. Auch der CDU-Innenminister und Fraktionschef in spe, Wolfgang Schäuble, spekuliert auf wechselnde Mehrheiten im Bundestag. Und Johannes Gerster, innenpolitischer Sprecher der Unionsfraktion, kündigte bereits einen Gruppenantrag an, dem sich Mitglieder aller Parteien anschließen könnten. SPD-Parteichef Björn Engholm jedoch erteilt einer schwarzroten Mehrheit beim Asylgrundrecht eine klare Abfuhr. Engholm: „Mit uns nicht.“

am niederländischen Ratspräsidenten. Auch ließ er seine Forderung nach einer Dringlichkeitssitzung der zwölf EG-Mitgliedstaaten über die eigene Pressestelle verbreiten und erst dann van den Broek zukommen. Nicht nur in Den Haag wächst deshalb die Besorgnis vor Bonner Alleingängen.
Auch in Italien, Großbritannien und Frankreich, so wird während der Krise deutlich, geht das diplomatische Engagement zugunsten des jugoslawischen Zentralstaats zunehmend einher mit der Angst vor einer neuen deutschen Großmachtstellung in Zentraleuropa.
Am deutlichsten drücken sich die französischen Diplomaten aus. Ein Spitzenbeamter von Außenminister Roland Dumas stellte klar, warum die pro-kroatische Politik der Deutschen gestoppt werden müsse: „Weil sie sonst als nächstes die Selbstbestimmung für Schlesien und das Elsaß verlangen.“

„Angreifer unter Risiko halten“

Neue französische Atomraketen an der deutschen Grenze, neue britische Nuklearwaffen am Niederrhein – Paris und London rüsten auf, als ginge der Kalte Krieg weiter. Der Nato ist es nur recht, daß Deutschland Ziel- und Stationierungsland bleibt – und die Bonner Regierung verhält sich passiv, behält sich Einspruch für später vor.

Die Regierung in Bonn hat das heikle Thema für tabu erklärt, die Bonner Stallwachen des Kanzlers stellen sich taub. Arbeitsurlauber Hans-Dietrich Genscher, Tag für Tag aus dem Berchtesgadener Land mit Interviews und Statements zu allem und jedem auf dem Medienmarkt, möchte „jetzt keine“ öffentliche Diskussion.

Das betretene Schweigen hat Gründe: Briten und Franzosen enthüllten in der letzten Juli-Woche aberwitzige Pläne für die nächste Runde nuklearer Aufrüstung in Europa.

Betroffen sind vor allem die Deutschen. Sie bleiben weiterhin, als drohe morgen schon ein sowjetischer Großangriff, Zielgebiet und Stationierungsland französischer und britischer Atomraketen.

Gerade erst haben George Bush und Michail Gorbatschow den Start-Vertrag über die Reduzierung ihrer strategischen Nuklearwaffen feierlich unterzeichnet; seit geraumer Zeit bemühen sich die Supermächte einträchtig um die Eindämmung regionaler Konflikte weltweit; in Europa ist vom traditionellen Ost-West-Antagonismus nicht mehr viel zu spüren. Gleichzeitig aber halten die ehemaligen Weltmächte England und Frankreich am alten Denken fest.

Dem CDU/CSU-Fraktionsführer Alfred Dregger, einst Verfechter einer deutsch-französischen Nuklearstreitmacht, blieb es vorbehalten, sich über die Ankündigung aus Paris zu empören, nahe der deutschen Grenze 40 neue Kurzstreckenraketen vom Typ „Hadès“ in Stellung zu bringen (siehe Kasten Seite 20).

Jahrelang habe er sich mit Kohl und Genscher darum bemüht, schimpfte Dregger verbittert, Präsident François Mitterrand von der „Sinnlosigkeit“ neuer Kurzstreckenwaffen zu überzeugen, die gerade „bis Würzburg oder Prag“ reichten. Doch Mitterrand, so der ansonsten allem Militärischen aufgeschlossene Fraktionschef außer sich, verhalte sich „wie eine Ente, die aus dem Wasser kommt und sich schüttelt – alles ist wieder weg, und die deutschen Sicherheitsbelange sind nicht mehr im Spiel“.

Dregger steht nicht allein. Im Bonner Auswärtigen Amt gilt Mitterrands neue Rakete als „reiner Unfug“.

Ungerührt von den politischen Umwälzungen in Osteuropa, ohne Rücksicht auf deutsche Interessen verkündete auch Großbritanniens Wehrminister Tom King die britischen Aufrüstungspläne. Die Regierung in London will eine neue nukleare Abstandswaffe entwikkeln und in Deutschland stationieren.

Die Briten haben schon das niederrheinische Brüggen als Stationierungsort ihrer für Deutschland bestimmten vier Tornado-Staffeln mit den neuen Raketen festgelegt.

Die „substrategischen Waffen“, wie die Franzosen und Briten verharmlosend sagen, kommen der Nato gelegen. Für den Stellvertretenden Nato-Oberbefehlshaber Europa, den deutschen Vier-Sterne-General Dieter Clauss, bleiben sie „die notwendige Verbindung zwischen konventionellen und strategischen Streitkräften“.



Partner Mitterrand, Kohl*: Keine Rücksicht auf deutsche Interessen

* Im Juli in Bad Wiessee.

Flugzeuge mit neuen atomaren Abstandswaffen, so Clauss in schönstem Nato-Deutsch, „müssen in ausreichender Zahl disloziert und in ihrer Wirkung dergestalt sein, daß sie einen Angreifer unter Risiko halten können und dieser sein Territorium nicht als Sanktuarium betrachten kann".

Im Klartext: Auf deutschem Boden stationierte Atomwaffen sollen auch künftig das „Restrisiko Sowjetunion" (Nato-Jargon) in Schach halten.

Die Deutschen müssen, spätestens beim November-Gipfel der Nato in Rom, Farbe bekennen.

„Will die Bundesregierung wirklich Kooperation an die Stelle von Konfrontation mit der Sowjetunion setzen", umschreibt der geschaßte Bundeswehr-Admiral Elmar Schmähling die Bonner Zwangslage nach der deutschen Einheit, „muß sie zuallererst für eine Aufgabe dieser Nuklearstrategie der Nato eintreten."

Doch davon ist nicht das Geringste zu spüren.

Im Gegenteil: Noch bei der Frühjahrstagung der Nato-Verteidigungsminister im Mai hatte Bonns Gerhard Stoltenberg einen „Bedarf für in Europa stationierte substrategische Streitkräfte" ausgemacht. Die neuen Luft-Boden-Raketen haben einen Zweck: Sie sollen strategische Ziele in der Sowjetunion vernichten, die bisher Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles vorbehalten waren.

Da Amerikaner und Sowjets im Mai ihre letzten landgestützten atomaren Mittelstreckenwaffen nach dem INF-Abkommen von 1987 verschrottet haben, will sich die Nato andere Optionen für ein nukleares Gefecht auf dem europäischen Kontinent schaffen.

Mit den Flugkörpern, die nach dem Willen der Nato-Planer bald auch die Bundeswehr unter ihre Tornado-Bomber klinken soll, wird jedoch der INF-Vertrag de facto unterlaufen.

Das Abkommen, von den Deutschen hochgelobt als „erster echter Abrüstungsvertrag" (Helmut Kohl), legte die Supermächte darauf fest, sämtliche landgestützten Raketen und Marschflugkörper mit Reichweiten zwischen 500 und 5000 Kilometern zu beseitigen. Flugkörper, die von Flugzeugen, U-Booten oder Schiffen gestartet werden können, blieben jedoch unberücksichtigt.

Die Nato will weiterhin „Flexibilität" (Clauss). Für die neue Rüstungsrunde hält sie ein Argument parat, das aus der „Nachrüstungs"-Debatte der frühen achtziger Jahre stammt: Die Sowjets hätten schon vorgerüstet.

Wie gelähmt verfolgt die Kohl-Regierung die Ouvertüre zu einem neuen Rüstungswettlauf, zu dem die finanziell strapazierten Deutschen Milliarden zuschießen sollen. Obendrein müssen die Bonner mitansehen, wie ihre atomaren Partner im Westen die geplanten Verhandlungen über den Abbau der atomaren Kurzstreckenwaffen in Europa blockieren.



Französische Hadès-Rakete
„Bis Würzburg oder Prag"

Dabei hatte die Westallianz, von den Deutschen bedrängt, fest versprochen, über die Beseitigung dieser Waffen zu verhandeln, sobald das im November 1990 unterschriebene Wiener Abkommen über den Abbau konventioneller Streitkräfte zwischen Atlantik und Ural abgeschlossen sei.

Die Sowjets beteuern ihrerseits, sie hätten mittlerweile ihre Kurzstreckenraketen und atomaren Artilleriegeschosse aus Ostdeutschland abgezogen. Spätestens Ende 1994 wird die Sowjetunion keine Nuklearwaffen mehr außerhalb des eigenen Staatsgebietes stationiert haben.

Briten und Amerikaner hingegen machen keine Anstalten, ihr Kurzstreckenpotential abzuräumen, das seit dem Fall der Mauer nur noch die Deutschen und ihre tschechoslowakischen Nachbarn treffen kann.

Selbst der designierte Bundeswehr-Generalinspekteuer Klaus Dieter Naumann hält diese Waffen, in seltener Übereinstimmung mit Friedensfreund Genscher und dem CDU-Rechten Dregger, schlicht für „überflüssig".

Die Briten sehen das ganz anders. Verteidigungsminister King ließ in seinem Weißbuch Ende Juli wissen, daß die schrumpfende Rheinarmee ihre Atomartillerie und die Lance-Kurzstreckenraketen in Deutschland „wahrscheinlich reduziert" – von Abzug ist keine Rede mehr.

Die Franzosen wollen sich ihre neuen Hadès-Raketen ebenfalls nicht gleich wieder wegverhandeln lassen.

Auch die beiden Supermächte haben offenkundig kein Interesse mehr daran, über die Verschrottung der Kurzstreckenwaffen zu verhandeln.

Zwar mache die US-Regierung, so meldete die deutsche Botschaft am Mittwoch voriger Woche aus Washington, Ansätze, über mögliche Verhandlungen nachzudenken – aber sie tut dies nur halbherzig.

Die Amerikaner rechtfertigen ihr Zögern mit der Unterstellung, daß die Sowjets die Entwicklung neuer luft- und seegestützter Atomwaffen blockieren könnten. Denn Moskau will Massenvernichtungsmittel kurzer Reichweite an der chinesischen Grenze behalten – „als klassische Abschreckung für konventionelle Massenangriffe" (ein Genscher-Gehilfe).

Bonn steht vorerst allein mit seinem Wunsch nach einem weiteren Abbau der Atomrüstung. Allerdings ist es der Bundesregierung schon einmal gelungen, ihre Interessen gegen den geball-

„Waffe der letzten Warnung"

Die französischen Hadès-Raketen bedrohen vor allem die Deutschen

Der Verteidigungsminister meldete dem Staatschef Vollzug: „Die Waffen sind entfernt worden, wie Sie es gefordert haben."

„Wer", fragte François Mitterrand, „hat diese idiotische Anweisung erteilt?"

Charles Hernu rechtfertigte sich, daß der Befehl wohl aus dem Elysée gekommen sei. Begründung: Der Präsident wolle bei seiner Visite der Luftfahrtshow in Le Bourget weder vor Raketen noch vor bewaffneten Kampfflugzeugen fotografiert werden.

Auf Hernu wirkte dieser Befehl, nur zwei Monate nach der Machtübernahme der Linken im Jahr 1981, nur allzu logisch. Hatte doch sein Freund Mitterrand, wie es einem aufrechten Sozialisten gebührt, in früheren Tagen oft genug Waffenexporte gerügt und die nukleare Force de frappe verketzert.

Aber bereits in den ersten Sitzungen des Verteidigungsrates dokumentierte der Präsident, daß er die nukleare Logik seines alten Widersachers Charles de Gaulle übernehmen wollte. Die Entwicklungsarbeiten an der Neutronenwaffe, so entschied der Sozialist, sollten fortgesetzt, die Reichweite der geplanten „Hadès"-Atomrakete von 200 auf 350 Kilometer erhöht werden.

Demnächst, zehn Jahre nach diesem ersten Mitterrand-Entscheid, werden die ersten Hadès in Stellung gebracht: in Elsaß-Lothringen unweit der deutschen Grenze, Reichweite: 480 Kilometer. Sie würden im Ernstfall also deutschen Boden treffen ebenso wie die noch im Elsaß stationierten 44 Pluton-Raketen, Reichweite 120 Kilometer.

Die militärische Nützlichkeit der Hadès, urteilte der Pariser *L'Express*, sei zumindest „fragwürdig".

Noch seien ungefähr 8000 sowjetische Atomsprengköpfe auf Ziele im Westen programmiert, warnen dagegen Mitterrand-Berater. Niemand wisse, ob und wie die ehemaligen Kommunistenstaaten ihre Freiheit verkraften werden.

Für das Verteidigungs-Budget 1992 sind zwar Kürzungen von einem Prozent vorgesehen, die Modernisierung der Atomstreitmacht wird aber gleichwohl vorangetrieben. Denn jetzt schon sind etwa die Silos der 18 auf dem Plateau d'Albion stationierten Raketen (Reichweite bis zu 3500 Kilometer) vom Typ S-3 nicht mehr ausreichend gehärtet – soll heißen: gesichert.

Die derzeit auf sechs strategischen U-Booten stationierten M-4-Raketen sind mit sogenannten Mirv-Sprengköpfen bestückt – mit einem flächendeckenden Streu-Schuß sollen sie den Feind zerstäuben. Spätestens in einem halben Jahrzehnt könnte das Nachfolge-Modell einsatzbereit sein: die M-5-Rakete (Reichweite 5000 Kilometer), eine Mirv-Waffe, deren nukleare Ladung die Ziele präzise ansteuert. Mit zehn modifizierten Raketen dieses Typs, hoffen die Militärs, wird das Plateau d'Albion modernisiert – in den Jahren 2005 bis 2010.

Neue Flugzeugtypen wie der 1996 einsatzbereite „Raphale", ein Aufklärungssatellit, mit dem die Franzosen das Mittelmeer und Nordafrika bis hin zum Äquator beobachten können (vorausgesetzt die Wolken nehmen ihnen nicht die Sicht), und ein siebtes Atom-U-Boot stehen im Modernisierungsprogramm – um die Jahrhundertwende kann der französische Staatschef über rund 400 nukleare Trägersysteme verfügen.

Im März vorigen Jahres hatte François Mitterrand entschieden, die Hadès von der Entwicklungs- in die Produktionsphase umzuschalten.

Zunächst sollten 120 Hadès produziert werden, am Ende werden wohl allenfalls 40 aufgestellt. Die aber scheinen François Mitterrand unerläßlich. Die Hadès ist für ihn eine „Waffe der letzten Warnung". Sie soll die Absichten der Angreifer prüfen.

Rückt der Feind trotz des Warnschusses vor, der das Vielfache an Spreng- und Zerstörungskraft der Hiroschima-Bombe freisetzt, dann folgt „der große Hammer", so ein französischer Generalstäbler.

François Mitterrand hat zwar den deutschen Alliierten mehrfach versichert, die neue Rakete sei nicht für den Einsatz auf deutschem Boden gedacht. Gleichwohl stellt sich einmal mehr die Frage, die ein deutscher Botschafter schon vor etlichen Jahren an den damaligen Staatschef Georges Pompidou richtete: Wo die französischen Kurzstreckenraketen im Krieg einschlagen würden?

Pompidou damals: „Hoffentlich beim Feind."

Raketengegner Genscher
Reiner Unfug

ten Widerstand der Nuklearmächte in der Nato durchzusetzen: Ende der achtziger Jahre, als Kohl und Genscher Briten und Amerikanern den Verzicht auf die Modernisierung landgestützter Kurzstreckenraketen abhandelten.

Deshalb wiegelt das Bonner Verteidigungsministerium auch diesmal fürs erste ab: Die neuen Rüstungspläne der Alliierten würden „sorgfältig beobachtet". Aber, so ein Generalstäbler, „interessant wird es für uns erst, wenn es um die Stationierung geht".

Dann nämlich müßten die Deutschen konsultiert werden.

Daueroptimist Genscher weiß auch schon, wie die Konsultationen ausgehen werden: „Es gibt unser Einverständnis genausowenig wie bei der Modernisierung der Kurzstreckenwaffen."



Raketenbefürworter King
Restrisiko Sowjetunion

„Sie wußten, was sie taten"

Bundesjustizminister Klaus Kinkel über DDR-Unrecht und eine Amnestie für Stasi-Täter

SPIEGEL: Herr Kinkel, die Nazi-Vergangenheit haben die Deutschen lieber verdrängt als aufgearbeitet. Sollen nun die Verantwortlichen des SED-Regimes um so unnachsichtiger verfolgt werden?

KINKEL: In der Tat: Noch sind wir mit der höchst unvollkommenen Aufarbeitung des Dritten Reiches gar nicht fertig, siehe den Prozeß gegen Schwammberger in Stuttgart, und schon haben wir uns einer zweiten traurigen Vergangenheit zu stellen. 40 Jahre SED-Unrecht müssen jetzt aufgearbeitet werden; aber nicht etwa besonders rigoros, nur weil wir damals versagt haben. Nein – rechtsstaatgemäß.

SPIEGEL: „Spielt euch jetzt nicht auf wie Sieger, ihr Westdeutschen", warnt SPD-Vize Wolfgang Thierse.

KINKEL: Wir müssen in der Tat vermeiden, jetzt eine Art Siegerjustiz durchzuführen, und darum bemühen wir uns. Ich weiß auch aus Erfahrung, daß die Menschen in den neuen Ländern ungeheuer starke Vorbehalte haben gegen ihre frühere Justiz.

SPIEGEL: Gerade diejenigen schreien am lautesten nach Verfolgung, die sich jahrelang geduckt oder gar mitgemacht haben. Das ist auch eine Erfahrung.

KINKEL: Da mag was dran sein – allgemein gilt das aber nicht.

SPIEGEL: Etwa 25 bis 30 Prozent der DDR-Bevölkerung haben vermutlich als Spitzel der Stasi gedient. Liegt der Verdacht nicht nahe, daß diese Leute nach Sündenböcken suchen, um sich selbst zu entlasten?

KINKEL: Da möchte ich auf eine ganz eigenartige Entwicklung aufmerksam machen: Relativ selten zeigen die Menschen drüben frühere Stasi-Mitarbeiter an, die sie gepeinigt und drangsaliert haben, offenbar deshalb, weil sie alte Dinge nicht wieder aufrühren wollen. Sicherlich wollen sich viele auch entlasten, die sich fragen, wie konntest du dich so weit einlassen auf dieses System. Die Stasi ist so zum Sündenbock geworden, zum Synonym für das 40jährige SED-Unrechtsregime, obwohl die SED-Führung die eigentliche Verantwortung trug.

SPIEGEL: Sie selber haben erfahren müssen, daß gegen eine Stimmung in der Bevölkerung eine Amnestie für ehemalige DDR-Spione nicht durchzubringen war, daß ein bestimmtes Bedürfnis nach Abrechnung besteht – mit Honecker und dem letzten Mauerschützen.



Kinkel beim SPIEGEL-Gespräch*: „Siegerjustiz vermeiden"

KINKEL: Nach 40 Jahren SED-Unrechtsregime plus 12 Jahren Nazi-Herrschaft gibt es in der ehemaligen DDR das Gefühl: Es kann doch nicht plötzlich alles erledigt sein. Die für den „mählichen und leisen Terror", wie Thierse das nennt, über Jahrzehnte hinweg verantwortlich waren, müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

SPIEGEL: Und in der alten Bundesrepublik sehen Sie kein Bedürfnis nach Abrechnung, zumal bei denen, die sich als Sieger über den Sozialismus fühlen?

KINKEL: Ich weiß nicht, ob jetzt wirklich die stolze Schlußabrechnung mit dem kommunistischen System stattfindet. Es mag Gedanken in diese Richtung geben, aber unstreitig ist der Versuch des Marxismus-Leninismus, ein neues Deutschland aufzubauen, gescheitert.

SPIEGEL: Müssen Sie nicht ehrlich zugeben, daß die Amnestie von DDR-Spionen an der unerbittlichen CSU gescheitert ist?

KINKEL: Nein, so nicht. Mir haben die fünf Justizminister aus den neuen Ländern klipp und klar gesagt, daß die Stimmung dort eine Straffreiheit für die früheren Mitarbeiter von Markus Wolf einfach nicht zulasse. Herr Schäuble und ich wären vielleicht im Endeffekt auch in den alten Ländern mit dem Plan nicht durchgekommen, da mögen Sie recht haben. Man wünscht, daß vor allem die Großen wie Honecker, Schalck, Mittag, Mielke und andere Größen strafrechtlich verfolgt

Klaus Kinkel

ist zwar erst seit Januar 1991 offiziell Bundesjustizminister, doch regierte er das Ressort mit allseits gerühmtem Sachverstand bereits seit 1982 als beamteter Staatssekretär, der nur formal dem farblosen FDP-Minister Hans Engelhard unterstellt war. Kinkel, 54, hatte zuvor als – parteiloser – Vertrauter von Hans-Dietrich Genscher im Innen- und Außenministerium eine steile Beamtenkarriere gemacht. Von 1979 bis zur Bonner Wende war er Chef des Bundesnachrichtendienstes (BND). Seit dem Frühjahr ist Kinkel Mitglied der FDP.

* Mit Redakteur Paul Lersch.

werden. Und natürlich auch die Mauerschützen.

SPIEGEL: Das Franco-Regime in Spanien und lateinamerikanische Diktaturen wurden abgelöst, die Sieger aber saßen danach kaum zu Gericht über die Verlierer, sie bemühten sich um Versöhnung.

KINKEL: In der Tat ist in den von Ihnen angesprochenen Beispielen vorrangig amnestiert, verdrängt und auf diesem Weg eine Versöhnung versucht worden. Ich glaube, wir müssen Mittelwege finden. Wir dürfen nicht ganze Bevölkerungskreise ins Abseits drängen, aber auch nicht eine vorauseilende Vergebung in breitem Umfang praktizieren. Die würde keinen Frieden bringen.

SPIEGEL: Die Länder, die gerade ihre sozialistischen Machthaber abgeschüttelt haben, wie die Tschechoslowakei, sind einen ganz anderen Weg gegangen: Sie haben die Opfer rehabilitiert und die Täter amnestiert.

KINKEL: In der Tschechoslowakei ist in der Tat relativ schnell eine Rehabilitierung versucht worden. Aber die Aufarbeitung steckt dort noch in den Anfängen, so daß wirkliche Vergleiche noch nicht möglich sind.

SPIEGEL: An oberster Stelle steht der Streit ums Eigentum und die strafrechtliche Abrechnung, urteilt die Grüne Antje Vollmer. Der Schriftsteller Erich Loest, selbst Bautzen-Häftling, beklagt, die Beamten hätten eine bessere Lobby als die Opfer.

KINKEL: Nein, das ist so nicht richtig. Ein erstes Unrechtsbereinigungsgesetz haben wir schon vorgelegt. Und diejenigen, die um ihr Eigentum gebracht worden sind, waren auch Opfer dieses Regimes. Ich selber bilde mir ein, daß ich mich mit meiner ganzen Kraft für die Opfer eingesetzt habe.

SPIEGEL: Ist es überhaupt sinnvoll, zu sehr in der Vergangenheit herumzugraben, anstatt einen „neuen Anfang" zu suchen, wie es Bischof Forck wünscht?

KINKEL: Obwohl bei uns eine breitere Diskussion über friedensstiftende Versöhnung noch nicht stattfindet, wissen wir doch: Das Strafrecht allein kann die Aufarbeitung der SED-Herrschaft nicht schaffen. Ohne strafrechtliche Bewältigung andererseits ist nach den Ereignissen in der früheren DDR Versöhnung jetzt noch nicht möglich.

SPIEGEL: Warum nicht?

KINKEL: Weil sich zuviel an Mißtrauen und Haß bei den Gedrückten und Gepeinigten angesammelt hat, bei denen etwa, die jahrelang wegen Nichtigkeiten in Bautzen eingesessen sind. Im Dritten Reich ist wahrhaftig schreckliches Unrecht geschehen, was den Holocaust anbelangt unvergleichbar. Aber dieses SED-Unrechtsregime hat auch etwas Einmaliges produziert: diese totale Bespitzelung, dieses totale Mißtrauen. Da wurden die Menschen gegeneinander aufgebracht. Den Freund, die Ehefrau, die Tochter, den Vater, den Großvater mußten sie bespitzeln. Das Schlimme ist nur: Vieles von diesem Unterdrükkungssystem wird strafrechtlich gar nicht faßbar sein.

SPIEGEL: Sie selber haben, wie fast alle Mitglieder der Bundesregierung, mit DDR-Politikern verhandelt, Honecker wurde in Bonn mit Pomp empfangen. Kommen Ihnen keine Skrupel, wenn Sie Ihre Gegenüber von einst jetzt vor Gericht stellen?

KINKEL: Ich habe selber vor sieben Jahren Rechtshilfeverhandlungen mit der DDR geführt. Gegen *meine* damaligen Gesprächspartner läuft, soweit ich das sehe, kein Ermittlungsverfahren. Es gibt viele Länder auf dieser Erde, mit denen die Bundesrepublik offizielle diplomatische Beziehungen pflegt, in denen schlimme Dinge geschehen. Das darf uns nicht hindern, schon der Menschen wegen Kontakte zu pflegen und auch solches Unrecht massiv anzuprangern. Ich würde für mich persönlich sagen, man macht sich sehr wohl Gedanken darüber, wenn sich frühere Partner nach dieser Revolution rechtsstaatlichen Prozessen zu stellen haben. Das läßt sich nicht einfach abstreifen. Aber das hindert auch nicht zu tun, was rechtsstaatlich notwendig ist.



Staatsgast Honecker (M.), Gastgeber*: „Wir dürfen nicht vorauseilende Vergebung praktizieren"

SPIEGEL: In diesen Rechtsstaat haben die DDR-Bürger ihre Hoffnungen gesetzt. Ihr sächsischer Kollege Heitmann aber meint, daß der Rechtsstaat in der DDR als „Kulturschock" empfunden wird.

KINKEL: Wir konnten die Hoffnungen bisher nur teilweise erfüllen, das haben wir gewußt. Nur, was sind die Alternativen nach einer Revolution? Verdrängen, amnestieren, an die Wand stellen oder eben dieser unser Versuch. Wir konnten die Wiedervereinigung nicht proben.

SPIEGEL: Daß der Rechtsstaat drüben als „Ungerechtigkeit ankommt", wie die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley sagt, schockt Sie nicht?

KINKEL: Ich kann verstehen, daß teilweise dieser Eindruck entsteht. Da kehrt jetzt beispielsweise die alte Eigentumsordnung zurück und nimmt den Menschen – aus ihrer Sicht unberechtigterweise – das wieder weg, was ihnen ihr früheres Regime gegeben hatte. Das ist aus ihrer Sicht schwer zu begreifen, trifft aber so nicht zu. Redlich erworbene Rechte haben Bestand.

SPIEGEL: Unbegreiflich muß ihnen auch sein, daß gegen Honecker zunächst nur ermittelt wurde wegen persönlicher Bereicherung, gegen Stasi-Chef Mielke wegen Amtsmißbrauchs. Hätten Sie nicht von vornherein klar sagen müssen: Unser Rechtsstaat kann nicht erfüllen,

* Beim Bonn-Besuch 1987 mit Forschungsminister Riesenhuber (3.v.r.), Kanzler Kohl und Umweltminister Töpfer im Palais Schaumburg.

was ihr erwartet – die strafrechtliche Abrechnung mit der Führungsschicht?

KINKEL: Wir sind eben erst allmählich auf die schwierige Beweislage und all die anderen Probleme gestoßen, konnten nicht, wie von drüben gewünscht, die Verantwortlichen gleich wegen Straftaten gegen Leib und Leben vor Gericht bringen. Aber inzwischen liegen gegen Honecker und Mielke Haftbefehle vor wegen Anstiftung zur Tötung an der Mauer. Den früheren SED-Führern kommt allerdings jetzt zugute, was der Rechtsstaat zu bieten hat – bitter vor allem für die Opfer.

SPIEGEL: Keine Strafe ohne gesetzliche Grundlage heißt ein entscheidender rechtsstaatlicher Grundsatz. Gilt er auch für die Schüsse an der Mauer?

KINKEL: Ja, selbstverständlich.

SPIEGEL: Aber was drüben Rechtens war, soll jetzt nach unseren Maßstäben als Unrecht verurteilt werden.

KINKEL: Rechtlich gilt sowohl für Honecker wie für die Mauerschützen, daß das DDR-Strafrecht, genau wie das unsere, Strafvorschriften für Tötungsdelikte enthält. Den Herren Honecker oder Mielke wie auch den Mauerschützen muß allerdings noch eine individuelle Schuld, ein Unrechtsbewußtsein nachgewiesen werden.

SPIEGEL: Können eigentlich Menschen ein Unrechtsbewußtsein entwickeln, die großgeworden sind in dieser Ideologie, erst recht ein eingefleischter Kommunist wie Honecker?

KINKEL: Zu schnell wird immer der Eindruck vermittelt, als ob in einer Diktatur dem Individuum praktisch keine Entscheidungsfreiheit bleibe. Die Aufarbeitung des Dritten Reiches und anderer Diktaturen hat aber ergeben, daß der Druck aus dem Kollektiv gar nicht so unausweichlich ist, vor allem, wenn es um Leben oder Tod geht.

SPIEGEL: Sie sprechen jetzt über den Fall des Befehlsnotstandes. Der wurde von Nazi-Tätern oft genug reklamiert.

KINKEL: Natürlich muß und wird auch einer, der in einer solchen Ideologie großgeworden ist, Hemmungen haben, wenn er an der Mauer auf einen Menschen schießt, der nur in ein anderes Land reisen will.

SPIEGEL: Honecker wollte die DDR vor dem Ausbluten bewahren. Deswegen wurde die Mauer ja gebaut – aus seiner Sicht eine elementare Aufgabe.

KINKEL: Richtig, aber das rechtfertigt doch nie und nimmer die Todesschüsse und die entsprechenden Befehle.

SPIEGEL: Aus Ihrer Sicht nicht, der Sie in rechtsstaatlichen Verhältnissen aufgewachsen sind.

KINKEL: Allein schon die Humanität verbietet so etwas, und es ist ja auch nicht so, daß die SED-Oberen alle Hinterwäldler waren. Sie haben die KSZE-Akte unterschrieben und an Menschenrechtsdeklarationen mitgewirkt. Nein, sie wußten, was sie taten.



Sturm auf die Stasi-Zentrale*: „Kein totaler Wechsel der Eliten"

SPIEGEL: „Bei uns ist alles erlaubt", lautet ein Lenin-Zitat, „denn unsere Humanität ist absolut."

KINKEL: Das zeigt gerade die ungeheure Verblendung, die in diesem Regime geherrscht hat. Es hat sich antifaschistisch gerechtfertigt. Das war die Legitimation bis zum Schluß. In der Praxis aber wurde in der früheren DDR – zumindest teilweise – vergleichbares Unrecht begangen wie im NS-Staat. Dieses System gilt es jetzt zu delegitimieren.

SPIEGEL: Unter Experten ist die Beurteilung keineswegs so eindeutig, wie Sie das darstellen. Das DDR-Recht hat die Schüsse an der Grenze immerhin erlaubt.

KINKEL: Was die Rechtsfragen anbelangt, bin ich auch nicht in allen Fragen absolut sicher. Da werden die unabhängigen Gerichte entscheiden.

SPIEGEL: Problematisch sind auch die Verfahren gegen einstige DDR-Spione, denen 5000 weitere folgen sollen, während westdeutsche Kollegen straflos bleiben. Das Berliner Kammergericht sieht darin einen Verstoß gegen die Rechtsgleichheit – und der Justizminister?

KINKEL: In dem von Ihnen angesprochenen Verfahren gegen Werner Großmann, den letzten Chef der Stasi-Hauptverwaltung Aufklärung (HVA), ist der Bundesgerichtshof zu einem anderen Ergebnis gekommen: Nur oberflächlich, formal betrachtet kann danach die Tätigkeit der Nachrichtendienste in der Bundesrepublik und in der früheren DDR gleich bewertet werden. Der entscheidende Unterschied: In unserem System hat die operative Auslandsaufklärung Schutzfunktion, die Arbeit der HVA aber hatte einen aggressiv gefährlichen, die äußere Sicherheit der Bundesrepublik gefährdenden Charakter, mit bis in die Gegenwart wirkenden Folgen.

SPIEGEL: Als Sie eine Amnestie forderten für DDR-Spione, haben Sie sich offenbar vom Gleichheitsgedanken leiten lassen und von der Einsicht, daß alle Staaten solche Dienste unterhalten.

KINKEL: Als der Innenminister und ich eine solche Amnestie versucht haben, hatte das eine Fülle von Gründen. Die Sie anführen, haben in unsere Überlegungen auch hineingespielt. Wir haben im Einigungsvertrag klare gesetzliche Vorschriften geschaffen. Danach ist die Arbeit der früheren HVA nach wie vor strafbar. Ob das rechtlich Bestand hat, muß das Bundesverfassungsgericht entscheiden.

SPIEGEL: Was die Bundesregierung betreibt, läuft auf einen möglichst weit-

* In der Ost-Berliner Normannenstraße im Januar 1990.



Stasi-Chef Mielke, Stasi-Generale (1989)*: „Vergleichbares Unrecht wie im NS-Staat"

reichenden Wechsel der DDR-Führungsschicht hinaus, eine Säuberungsaktion zumindest bis in die mittleren Etagen. Glauben Sie, daß dieses Experiment gelingen kann?

KINKEL: So, wie Sie es schildern, ist es doch gar nicht. Man wird in einem gewissen Umfang auch nach dieser Revolution zurückgreifen müssen auf diejenigen, die früher schon Verantwortung getragen haben. Aber bei einer subjektiven oder objektiven Kompromittierung ist ein Austausch unumgänglich.

SPIEGEL: Die alte Bundesrepublik wurde von alten Nazis und begeisterten Mitläufern mit aufgebaut. War das Ergebnis – bei allen Klagen über die unbewältigte Vergangenheit – eigentlich so übel?

KINKEL: Nach einer Revolution oder einem Regimewechsel ist es nicht möglich, ein ganzes Volk auszutauschen. Und selbstverständlich kann auch kein totaler Wechsel der Eliten, der geistigen Führungsschicht folgen. Für Politiker hat schon die Volkskammer Kriterien aufgestellt, wann der Betroffene kompromittiert ist: Mitarbeit bei der Stasi, gegen Geld und zum Schaden anderer. Das ist schon ein ganz brauchbares Raster.

SPIEGEL: Daß ehemalige Stasi-Offiziere als Grenzschützer eingestellt werden oder Pensionen erhalten, hat viele aufgeregt. Soll tatsächlich die Regel gelten: Wer zur Stasi gehörte, wird sozial ausgegrenzt?

KINKEL: Wer in einem Unrechtsregime für diese Organisation in nicht ganz nachgeordneter Funktion tätig war, muß die Folgen tragen. Insofern halte ich es für berechtigt, daß deren Pensionen gekürzt werden. Wenn Stasi-Leute sich nichts Schlimmes haben zuschulden kommen lassen, können sie durchaus wieder beschäftigt werden.

SPIEGEL: Mit SED-Richtern sei kein Rechtsstaat zu machen – ein neuer Radikalen-Erlaß?

KINKEL: Nein. Aber viele Richter und Staatsanwälte in der DDR gehörten zu den absolut Linientreuen und haben diesem Unrechtsregime als Steigbügelhalter gedient. Deshalb ist es nötig, gerade in diesem Bereich jeden besonders scharf überprüfen zu lassen. Da sind schreckliche Urteile gerade wegen Republikflucht ergangen.

SPIEGEL: Die Richter und Staatsanwälte mußten sich dem herrschenden Grundsatz der Parteilichkeit unterordnen. Werden Sie sich nicht ebenso dem neuen rechtsstaatlichen System und seinen Gesetzen anpassen?

KINKEL: Das ist so kein Maßstab. Ein unabhängiger Richter darf nicht an Unrechtsurteilen mitgewirkt haben. Es reicht nicht, wenn einer rein rechtspositivistisch betrachtet mal jenem und mal diesem Regime dient.

SPIEGEL: Die Nazi-Richter aber durften weiter amtieren, sogar beim Bundesgerichtshof. Und allzuviel Unheil, läßt sich nachträglich sagen, haben sie auch nicht angerichtet.

KINKEL: In der Tat haben wir nach 1945 unser Rechtssystem mit viel zuviel NS-Belasteten aufgebaut. Die Fehler von damals sollten wir nicht wiederholen.

SPIEGEL: Die Konsequenz: Den neuen Ländern wird die westdeutsche Justiz übergestülpt.

KINKEL: So ist es; weil es anders nicht geht. Von den über 1000 ehemaligen DDR-Richtern werden etwa 500 übrigbleiben. Wir brauchen in den neuen Ländern etwa 4000 bis 5000 Richter.

SPIEGEL: Eine „Besatzungsjustiz"?

KINKEL: Mag sein, daß es solche Befürchtungen gibt. Aber die Betroffenen wollen im Grunde in den neuen Ländern überhaupt keine alten Richter sehen.

SPIEGEL: In den Betrieben herrscht riesiger Unmut über die alten Bonzen, die wieder oben sitzen. Andererseits sind die Klagen wegen Überfremdung und Bevormundung weit verbreitet.

KINKEL: Ja, mit Recht. Nur, da beißt sich die Katze in den Schwanz. Die eigenen unbelasteten Leute sind von der Ausbildung her nicht in der Lage, das zu bringen, was jetzt gefordert ist. Ein trauriges Thema, das mir sehr am Herzen liegt: Auf die Befindlichkeit der Menschen drüben wird zweifellos zuwenig Rücksicht genommen. Wir versuchen, organisatorisch alles typisch deutsch, und zwar westdeutsch, zu lösen. Wir schrecken die Menschen aber zugleich auf aus einer gewissen Geborgenheit, die ihnen – trotz allem – dieser Staat geboten hat. Da sehe ich ein Riesenproblem. Die Menschen in der alten DDR dürfen nicht zum zweiten Mal Verlierer werden.

SPIEGEL: Gilt Ihre Selbstkritik auch für die Art, wie in den neuen Bundesländern der westdeutsche Rechtsstaat etabliert wird?

KINKEL: Mein Kollege Heitmann hat nicht ganz zu Unrecht gesagt: Dieser Rechtsstaat ist bisher noch nicht die bergende Hütte. Aber: Was sollten wir machen? Das ist auch eine Frage der Kraft, der Kapazität und der Zeit. Wir brauchen noch Jahre.

SPIEGEL: War es vielleicht falsch, verführt von der Stimmung hüben und drüben, der Justiz vor allem die Bewältigung der Vergangenheit aufzubürden? Muß sie nicht denen überlassen bleiben, die von Berufs wegen dafür zuständig sind, den Historikern?

KINKEL: Nein, wir werden es nur zusammen schaffen. Die Historiker haben ihre Aufgabe, die Politiker habe eine, aber eben auch die Justiz.

SPIEGEL: Herr Kinkel, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

* 4.v.l.: Werner Großmann, letzter Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung im Ministerium für Staatssicherheit.

SPD

Glänzende Position

Die SPD streitet um die richtige Strategie auf dem Weg zur Macht – Sonthofen- oder Schmusekurs?

Es sollte eine der üblichen Telefonkonferenzen werden, die der SPD-Vorsitzende Björn Engholm immer dann ansetzt, wenn nichts Besonderes anliegt und er den Mitgliedern des Parteipräsidiums die Reise ins Bonner Hauptquartier ersparen will. Am Montag letzter Woche war der Chef hinterher froh, seine Genossen nicht an den Tisch, sondern nur an den Apparat gebeten zu haben.

Allein das komplizierte Ritual der Konferenzschaltung zügelte die Spitzensozis, die sich in einem handfesten Streit über die richtige Strategie der Opposition zu verheddern drohten.

Das SPD-Schaltproblem: Soll die Partei – eingedenk der Methode Sonthofen des unvergessenen Franz Josef Strauß – auf eigene Vorschläge zur Regierungspolitik verzichten und statt dessen darauf hoffen, daß sich die Koalition im Chaos horrender Staatsverschuldung, alarmierender Arbeitslosenzahlen im Osten und einer beängstigenden Geldentwertung bei steigenden Zinsen verfängt?

Reicht es zu warten, daß Kanzler und Finanzminister aufgeben oder daß die Freidemokraten irgendwann die Koalition aufkündigen?

Oder aber: Soll sich Björn Engholm als verantwortungsvoller Staatsmann präsentieren, der jederzeit das Ruder übernehmen und den Deutschen auch sagen kann, welche Steuern erhöht und welche Wohltaten gestrichen werden?

Anfang September muß sich der Kieler Ministerpräsident äußern. Dann nämlich, so hat es Fraktionschef Hans-Jochen Vogel vor seiner Abreise in die bayerischen Berge kürzlich in einem Privatissimum bei Helmut Kohl festgelegt, wird Engholm für die SPD in der Haushaltsdebatte des Bundestages zum Kanzleretat reden.

Herbstoffensive oder Schmusekurs, Wille zum Machtwechsel oder Mitregieren in nationaler Verantwortung – Björn Engholm kann sich nicht länger um die Antwort drücken.

In der SPD hat sich inzwischen herumgesprochen, daß der schöne Rote aus dem hohen Norden bei den Leuten gut ankommt, in West wie Ost, in Sanierungsgebieten wie bei den Bayreuther Festspielen. Dieser Bonus ist gebucht. Der politische Härtetest steht noch aus. NRW-Ministerpräsident Johannes Rau: „Der Anfang kommt erst."

Den Anfang gab es am Montag über die Lautsprecheranlage in Engholms Büro. Zu Wort meldete sich einer, der gerade aus der Bretagne zurückgekehrt war und der es im Urlaub abgelehnt hatte, sich an vorangegangenen Schaltkonferenzen zu beteiligen: Oskar Lafontaine, saarländischer Ministerpräsident, und – derzeit noch hinter Engholm – Kanzlerkandidat im Wartestand.

Mit Interesse habe er im Urlaub gelesen, so meldete der Rückkehrer, daß es um Wirtschaft und Finanzen noch viel schlimmer stehe, als er es vorausgesagt habe: Im nächsten Jahr müsse der Finanzminister für Schulden von fast 140 Milliarden Mark geradestehen, einschließlich der Verluste der Treuhand, des Fonds „Deutsche Einheit" und zusätzlicher Ausgaben für Verkehr, Umwelt und Wohnungsbau. In den beiden folgenden Jahren steigen diese Risiken auf 150 Milliarden Mark.

Geradezu „idiotisch" finde er es daher, wenn jetzt Sozialdemokraten der Regierung Kohl aus den Miesen helfen wollten, indem sie höhere Steuern verlangten, auf den Verbrauch allgemein, aufs Fahrradfahren, auf die Elektrizität.

Lafontaines Telefonmonolog: Die Regierung habe „die Leute über die Kosten der Einheit belogen"; nun dürften die Sozis „nicht diejenigen sein, die von den Leuten neue Steuererhöhungen verlangen". So werde „die glänzende Position der SPD" verdunkelt.

Sein Gegenvorschlag: Die SPD solle an dem festhalten, was er als Kandidat im Wahlkampf vertreten habe: Einkommensteuerzuschläge für Besserverdienende und höhere Mineralölsteuern, mit einem sozialen Ausgleich für weniger Betuchte, die ihr Auto stehenlassen und damit die Umwelt entlasten.

Wenn einige Ministerpräsidenten ihre leeren Schatullen mit Mehreinnahmen aus einer höheren Umsatzsteuer füllen wollten – die Mehrwertsteuer fließt zu 35 Prozent an die Länder –, verstehe er das zwar, es sei aber politisch falsch. Nach seiner Ansicht sollte erst die SPD-Mehrheit im Bundesrat um höhere Steuereinnahmen verhandeln.

Den härtesten Widerspruch erntete Lafontaine von seinem engsten Verbündeten Gerhard Schröder, Ministerpräsident in Niedersachsen. Der war schon im Bundestagswahlkampf, unterstützt von dem Hamburger Henning Voscherau und dem Kieler Engholm, dem Kandidaten in den Rücken gefallen und hatte – immer mit Blick auf die defizitären Länderetats – einer Mehrwertsteuererhöhung das Wort geredet.



Kontrahenten Lafontaine, Schröder: „Sagen, wofür wir stehen"

Schröder monierte, Lafontaine unterschätze die Intelligenz der Bürger: „Jeder im Land weiß inzwischen, daß die Regierung die Steuern erhöhen will – und zwar die Mehrwertsteuer. Dieser Regierung traut sowieso niemand mehr etwas zu, so tief sitzt die im Dreck."

Schröder rät Engholm deshalb dringend, den Bürgern bereits in der Haushaltsdebatte zu sagen, was Sache ist: „Die SPD will regieren, in Gemeinden, in Ländern und im Bund. Dann reicht es nicht zu sagen, es ist alles ausgereizt. Wir müssen sagen, wofür wir stehen."

Dazu gehört für ihn nicht nur ein gerechter Einkommensteuertarif und die – vom Verfassungsgericht kürzlich gebo-

tene – Zinsbesteuerung, sondern auch ein Zuschlag zur Mehrwertsteuer, damit die Länder wieder handlungsfähig werden.

Die Mehrwertsteuer müßten schließlich auch die Ostdeutschen zahlen, während die Westbürger bisher „immer für die da drüben" bluteten und erlebten, „wie ihre Kohle in die neuen Bundesländer geschoben" werde. Die Wessis aber hätten davon „die Schnauze voll".

Anders als Lafontaine hält Schröder, Ministerpräsident in einem Flächenland, die Mineralölsteuer nach der 25-Pfennig-Erhöhung zum 1. Juli fiskalisch für „total ausgereizt" und auch für ökologische Experimente ungeeignet. Jeder Pendler in Ostfriesland fahre täglich 70 Kilometer hin und 70 zurück: „Das jagt uns die ganz normalen Arbeitnehmer in Scharen von der Fahne weg."

Der Streit zwischen zwei ideologisch so verwandten Typen wie Lafontaine und Schröder, beide überdies mit ausgeprägtem Machtinstinkt, zeigt das Dilemma der Sozialdemokraten: Sie haben in den zurückliegenden Landtagswahlkämpfen von den Turbulenzen der Einheit profitiert, in die Kohls Regierung geriet. Jetzt wird die Kehrseite des Erfolges sichtbar: Durch die Wahlsiege in der Provinz ist der Bonner Opposition über die Mehrheit im Bundesrat Mitverantwortung zugewachsen.

Gefragt sind nicht nur Kritik an der Koalition und Gegnerschaft zur Regierung, sondern eigene Rezepte gegen die Krise. Gefragt ist Björn Engholm, noch keine 100 Tage im Amt, zwischen Lafontaine und Schröder zu entscheiden und seiner Partei einen Kurs zu weisen.


SPD-Chef Engholm*: „Der Anfang kommt erst"

Welchen Weg er in der Haushaltsdebatte wählt, ihm droht Ärger mit wichtigen Teilen seiner Partei. Schröder geht davon aus, daß die meisten Länderchefs so denken wie er, sich aber aus taktischen Gründen zurückhalten. Nach einer Berechnung des nordrhein-westfälischen Finanzministers Heinz Schleußer hat der Bund bis zum Jahr 1994 Steuermehreinnahmen von 81 Milliarden Mark zu erwarten, die alten Länder hingegen nur 17 Milliarden. Schleußer leitet eine Kommission, die in Engholms Auftrag bis zum Herbst ein neues Finanzkonzept entwerfen soll.

Hinter Lafontaine steht vor allem die Bundestagsfraktion. Die Truppe um Hans-Jochen Vogel war dem früheren Spitzenkandidaten im Bundestagswahlkampf wenig zugetan, da sie in dem Saarländer einen Gegner der Einheit vermutete. Doch jetzt paßt den Abgeordneten Lafontaines Crashkurs gegen die Regierenden ins Konzept.

Die Parlamentarier wollen verhindern, daß die Länder mit dem Bundesfinanzminister eine höhere Mehrwertsteuer auskungeln, und statt dessen Einsparungen – vor allem im Verteidigungsetat – sowie eine Arbeitsmarktabgabe für Beamte und Freiberufler vorschlagen. Angebliche Mehreinnahmen: zwischen 18 und 21 Milliarden Mark.

Unterstützung finden diese Vorschläge beim baden-württembergischen Oppositionsführer Dieter Spöri, der fürs Jahr seiner Wahl einen „Overkill" aus höheren Steuern, höheren Preisen und höheren Zinsen fürchtet. Spöri: „Ich kann nur warnen: Halt an, SPD! Das kostet Tausende von Arbeitsplätzen."

Björn Engholm hat sich bislang nicht entschieden.

Einerseits mag er sich als Parteichef nicht an gültigen SPD-Beschlüssen gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer, „der häßlichsten aller Steuern" (Engholm), versündigen; sie trifft, fürchtet er, Ärmere stärker als Reiche.

Anderseits haben ihn seine Kieler Berater gewarnt, sich nicht von den um ihre Kassen besorgten Kollegen um den Niedersachsen Schröder abtrennen zu lassen. Schließlich gehöre Schleswig-Holstein zu den finanzschwachen Ländern.

Nach der Telefondebatte am vorigen Montag hoffte Engholm – ganz Enkel des Ehrenvorsitzenden Willy Brandt –, sich im Duell gegen Helmut Kohl mit einem kräftigen Sowohl-als-Auch durchmogeln zu können: Er will der Regierung genau vorrechnen, wieviel Geld gebraucht wird und wieviel zur Verfügung steht.

Wie er die Lücke mit welchen Steuern zu decken gedenkt, das möchte der Schöne aus dem Norden allerdings gern für sich behalten.

* Bei einem Grillfest im brandenburgischen Dahme.

Schalck-Golodkowski



Ins Schwarze getroffen

„Widerlich", „infam", „ruchlos" – nach einer Sendung über Strauß-Kontakte zu Schalck-Golodkowski deckt die CSU das ZDF mit Protesten ein.

Wilfried Scharnagl, 52, läßt normalerweise auf seinen Kollegen Klaus Bresser, 55, nichts kommen. „Wir verstehen uns gut", sagt der Chefredakteur des CSU-Blattes *Bayernkurier* über den Chefredakteur des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF). Bresser sei ihm dermaßen sympathisch, daß er mit ihm gewöhnlich sogar seine „Zigarillos teilen" würde.

Mit solchen Artigkeiten darf der Fernsehchef beim nächsten Treffen nicht rechnen. Statt freundschaftlicher Zigarillos soll der sonst wohlgelittene Bresser von Scharnagl, dem Vize-Vorsitzenden des ZDF-Fernsehrats, eine dicke Zigarre verpaßt bekommen.

Den Tadel, meint ZDF-Aufseher Scharnagl, habe sich Bresser verdient, weil er am 25. Juli die Sondersendung „Die Schalck-Connection – Bayerische Verbindungen des SED-Staates" ins Programm gehoben hat. Darin habe sich ein „gewisser Egmont R. Koch in schamloser Weise" am verstorbenen CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß vergriffen. Das sei ein „sauschlechter Beitrag gewesen und eine schlampige Recherche", zürnt Scharnagl, der einst zu Straußens engsten Vertrauten gehörte.



tz, München

„Was nur beweist, daß mir die deutsche Einheit lang vor Kohl gelungen ist!“

Zwar wird die ZDF-Sendung von der Presse durchweg gerühmt. Die Zeitschrift *Bild + Funk* etwa pries die „frappierende Hintergrund-Information“ und fragte: „Wann war das ZDF je so mutig? War (ZDF-Chef) Stolte in Urlaub? Oder lernt man bei SPIEGEL TV?“

Aus dem CSU-Land Bayern hingegen bekommen das ZDF und Autor Koch seit dem Report über die Beziehungen zwischen Strauß und dem DDR-Schieber Alexander Schalck-Golodkowski sowie den bayerischen Fleischhandelsunternehmen Moksel AG und März AG nur Böses zu hören. Es hagelte Proteste, einstweilige Verfügungen und Gegendarstellungen. „Offensichtlich“, sagt Chefredakteur Bresser, „haben wir da ins Schwarze getroffen.“

Als erster meldete sich CSU-Chef Theo Waigel zu Wort. „Mit Empörung“ wies der Bundesfinanzminister schon am Tag nach der Sendung Kochs Vorwürfe zurück, er habe Ermittlungen der Zollfahndung gegen März und Moksel niedergeschlagen. Noch am selben Tag bedauerte ZDF-Bresser kleinlaut, den Eindruck erweckt zu haben, es sei „Begünstigung im Spiel“ gewesen.

Mit dieser eiligen Verbeugung waren die aufgebrachten Bayern jedoch nicht mehr zu befrieden. Schließlich hatte das ZDF zur besten Sendezeit und vor einem Millionenpublikum eine der Ikonen des Freistaates beschmutzt, den CSU-Übervater Strauß.

Die bayerische Regierungspartei, ohnehin in schwächlicher Verfassung und deshalb leicht reizbar, war schwer getroffen. Steuererhöhungsminister Waigel und Ministerpräsident Max Streibl, der sich vergangene Woche veranlaßt sah, seine Amtstauglichkeit mit einer strammen Bergwanderung unter Beweis zu stellen, mobilisierten ihre Truppen.

Seither übertreffen sich die Lautsprecher der CSU in immer neuen Angriffen auf den Mainzer Sender. Der Münchner Parteichef Peter Gauweiler, früher einer der treuesten Strauß-Paladine, sprach von „beispielloser Gemeinheit und Ruchlosigkeit“. „Infame Unterstellungen“, schäumte CSU-Vize Edmund Stoiber. „Widerliches Gebräu“, stimmte Generalseketär Erwin Huber ein.

Auch die Strauß-Kinder meldeten sich. „In skandalöser Weise“ habe das ZDF den Vater „herabgewürdigt“ und „sein Ansehen geschändet“, polterte Sohn Franz Georg, 30. Ein „übles Machwerk im Stil von Jud Süß“ erkannte Bruder Max Josef, 32. In einem Brief an Bresser verlangen die Brüder zusammen mit Schwester Monika, 29, vom ZDF eine öffentliche Entschuldigung.

Die Aufgeregtheit wirkt gekünstelt – fast alle ZDF-Angaben über das enge Zusammenspiel von Strauß und Schalck waren, so und ähnlich, anderswo schon publiziert worden, unter anderem im SPIEGEL (19/1991).

Im ZDF, das bislang nicht gerade für Enthüllungsjournalismus bekannt war, tat das Trommelfeuer aus München am Donnerstag vergangener Woche seine Wirkung. Unmittelbar nach dem „heute-journal“ mußte Bresser zwei Gegendarstellungen verlesen lassen, eine von Stoiber, die andere vom Fleischkonzern Gebr. März AG.

Fünf Minuten lang mußten sich die Zuschauer mit Einfuhrkontingenten für Mastbullen und der tierseuchenrechtlichen Behandlung von Importvieh beschäftigen. Hängen blieben beim genervten Publikum auf dem Weg zum Kühlschrank oder ins Badezimmer nur die Worte „falsch“, „unrichtig“ und „irreführend“ – als ob das ZDF und sein Koch nichts als Unsinn verbreitet hätten.

So erfuhr das Publikum zwar einiges über peinliche Patzer des ZDF, über die sich Bresser „schwarz ärgern kann“, nichts aber zu dem zentralen Vorwurf, der in der Sendung erhoben worden war: Staatsmann Strauß habe bei vertraulichen Treffen mit Stasi-Oberst Schalck-Golodkowski auf dem oberbayerischen Gut Spöck der Gebrüder März allzu offen geplaudert – mal über seinen Männerfreund Helmut Kohl („feige, Spießbürger“), mal über neue Raketen „für die Bekämpfung von Überwasserzielen“.

Für ähnliche Enthüllungen ist so manche Bonner Sekretärin ins Gefängnis gegangen; Schalck meldete die Interna flugs an Stasi-Minister Erich Mielke weiter.

Kein Wort erfuhr der interessierte Zuschauer am Donnerstag abend über die Rolle des zwielichtigen Simon Goldenberg, der „seit 1956 als Kontaktperson östlicher Nachrichtendienste“ (Münchner Landesamt für Verfassungsschutz) bekannt ist. Goldenberg konnte 1976 nach seiner Übersiedlung aus der DDR ausgerechnet auf besagtem Gut Spöck unterschlüpfen.

Ungeklärt sind auch viele weitere Fragen rund um die „Schalck-Connection“ von Strauß – etwa der Verbleib jener Millionen, die als Provision für die Vermittlung des Milliardenkredits an die DDR geflossen sind.

An den Spekulationen darüber beteiligen sich, zum Verdruß der CSU-Führung, nun auch rechtsradikale Blätter, die nicht ohne Einfluß auf die ländliche CSU-Basis sind: „War am Ende der seinerzeit von Strauß eingefädelte Milliarden-Kredit für Honecker nur die Schmierseife für Schiebungen?“ fragt anzüglich die *Deutsche National-Zeitung* des Münchner Verlegers Gerhard Frey.

Der CSU schadet das Gemisch aus Unterstellung und Wahrheit enorm. Deshalb „muß noch einiges nachkommen“, meint Strauß-Propagandist Scharnagl. Den Fernsehautor Koch haben die Bayern bereits ausgiebig mit Verleumdungs- und Beleidungsklagen eingedeckt. Den Kollegen Bresser will sich Scharnagl nun persönlich vornehmen.

Der Termin für die Abrechnung steht schon fest: Am 20. September tagt der Ausschuß für Politik und Zeitgeschehen des ZDF-Fernsehrats. Zwei Wochen später trifft sich das Plenum. Beide Male soll über Kochs Beitrag debattiert werden. „Dafür werden wir schon sorgen“, kündigt Scharnagl grimmig an.

Chefredakteur Bresser ist dennoch guten Mutes: „Bis dahin ist ja noch ein wenig Zeit.“ Vielleicht könnten in der Zwischenzeit andere Medien mit „ein paar Neuigkeiten in der Angelegenheit Schalck aufwarten“. ◀

„Aktion Sarg und Asche“

Bundeskanzler Helmut Kohl will dabei sein, wenn, am Samstag, die Gebeine König Friedrichs II. auf Schloß Sanssouci umgebettet werden. Historiker kritisieren das Erscheinen des „Privatmannes" im prinzlichen Gefolge als „absolute Geschmacklosigkeit" und „aufgesetzte Traditionspflege". Bundeswehr-Offiziere halten die Totenwache, Musikkorps intonieren Trauermärsche, Hunderttausende werden zur Hohenzollern-Folklore erwartet.

Ich habe als Philosoph gelebt und will als solcher begraben werden, ohne Pomp, ohne Prunk und ohne die geringsten Zeremonien ... Sterbe ich in Berlin oder Potsdam, so will ich der eitlen Neugier des Volkes nicht zur Schau gestellt werden und am dritten Tage um Mitternacht beigesetzt werden. Man bringe mich beim Schein einer Laterne, und ohne daß mir jemand folgt, nach Sanssouci und bestatte mich dort ganz schlicht ... in einer Gruft, die ich mir habe herrichten lassen."

So hatte es Friedrich II. von Preußen, schon für die Zeitgenossen ein legendärer „Großer", gewollt. Nur, es hielt sich niemand daran, weder, im Sommer 1786, die kaum trauernden Hinterbliebenen, noch, im Sommer 1991, des Kaisers Sproß Prinz Louis Ferdinand von Preußen („Wir geben den Anspruch auf die Krone nicht auf") noch, im prinzlichen Gefolge, Helmut Kohl, der es sonst vorzieht, die Geschichte auszusitzen.

„Ganz schlicht", preußisch eben, sollte es zugehen, nachdem der gichtige Monarch am 17. August 1786 seinen „Lebensodem der wohltätigen Natur" zurückgegeben hatte.

Nachfolger Friedrich Wilhelm II. kümmerte das wenig. Aus der Trauerfeier seines Oheims machte er, mit Pfeife, Trommel und Gewehr, ein rechtes Spektakel, eben preußisch. Er brachte es sogar fertig, Friedrich nicht, wie gewünscht, in seine Gruft mit den geliebten Windspielen zu senken, sondern er bestattete ihn in der Potsdamer Garnisonkirche neben dem gehaßten Vater, dem „Soldatenkönig", der den Musensohn zeitlebens kujoniert hatte.

Auch jetzt drohen Riesenrummel und militärischer Mumpitz, wenn am Freitag Friedrichs Gebeine und die seines Vaters, Friedrich Wilhelm I., von der Burg Hohenzollern bei Hechingen nach Schloß Sanssouci in Potsdam umgebettet werden: Der Sarg-Transfer des Jahrhunderts rollt an.

Die Deutschen halten immer noch viel vom Großen Friedrich, wenig oder nichts dagegen, ergab eine SPIEGEL-Umfrage (siehe Seite 32), von dem Rückführungsrummel um seinen Leichnam. Dennoch werden über 100 000 Königstreue zur Umbettungszeremonie nach Potsdam pilgern. Und da darf einer nicht fehlen: Helmut Kohl.

Der Mann für historische Stunden und sinnstiftende Posen unterbricht seinen Urlaub am Wolfgangsee, um, wieder einmal, den Atem der Geschichte zu spüren. Bei der Gedenkandacht und beim mitternächtlichen Gruftgang in Sanssouci will er partout dabeisein – „als Privatmann und Freund unserer Familie" tut er das, wie Prinz Louis Ferdinand, Chef des Hauses Hohenzollern, den Kondolenzbesuch des Kanzlers herunterzuspielen versucht. Kohl: „Mich reitet überhaupt nichts".

Wieder einmal bringt die Geschichte den gelernten Historiker in die Bredouille, und wieder mit peinlichen Folgen. Wie bei seinem Besuch in Israel 1984, als er vor den Opfern des Holocaust von der „Gnade der späten Geburt" faselte. Wie 1985, beim gemeinsamen Besuch mit US-Präsident Ronald Reagan auf dem Solda-



Friedrich-Grabstätte in Potsdam 1991: „Eitle Neugier des Volkes"

tenfriedhof in Bitburg, wo auch SS-Tote liegen; ein Abstecher ins KZ Bergen-Belsen wurde erst nachträglich in die Präsidenten-Visite aufgenommen. Wie 1986, mit seinem unsäglichen Vergleich des Sowjet-Reformers Michail Gorbatschow mit dem Hitler-Propagandisten Joseph Goebbels.

Jetzt huldigt der „Privatmann", der stets die Geschichte beschwört, „wie sie wirklich war", einem Autokraten und gibt sich arglos.

Zwar wird der Preußen-Fimmel wohl keine Renaissance einläuten, sind das wieder installierte Glockenspiel in Potsdam („Üb immer Treu' und Redlichkeit") sowie die Bestrebungen des Traditionsvereins „Vereinigung Freistaat Brandenburg-Preußen" (Motto: „Mehr sein als scheinen"), den Hohenzollern-Staat wiederauferstehen zu lassen, eher ein Kuriosum. Sie passen indes ins Bild einer zumal in den neuen Bundesländern verunsicherten Bevölkerung, die an konservativen Leitbildern und Symbolfiguren Halt und Orientierung sucht.

Schon warnen Historiker, wie etwa der Bochumer Professor Hans Mommsen, vor „aufgesetzter Traditionspflege", aus der ein „verquerer deutscher Nationalismus" aufsteigen könne. Selbst der linker Neigungen unverdächtige Golo Mann spricht von einer „absoluten Geschmacklosigkeit" Kohls. Und der Publizist und Preußen-Kenner Sebastian Haffner sieht mit der Kanzler-Stippvisite gar einen neuen „Tag von Potsdam" heraufziehen, wo sich am 21. März 1933 Adolf Hitler am Grab Friedrichs des Großen verbeugte und so die Brücke zwischen Kaiserreich und Drittem Reich schlug.

Für die Nazis waren die Hohenzollern-Särge Kultobjekte, die ihrem Regime Legitimität und Tradition verleihen sollten. 1943 barg Hitlers Reichsmarschall Hermann Göring die einbalsamierten Leichname vor drohenden Fliegerangriffen in seinen Kellern, zwei Jahre danach entdeckten amerikanische Soldaten die Sarkophage in einem Kalibergwerk bei Bernterode im Eichsfeld und schafften sie dann nach Marburg in die Elisabethkirche – Codewort: „Leichenklau". Prinz Louis Ferdinand holte die Überreste seiner Ahnen 1952 schließlich nach Hechingen.

Nun, nach der „Wiedervereinigung unseres deutschen Vaterlandes", so der Enkel von Wilhelm Zwo, will „Seine Kaiserliche Hoheit" die beiden Friedriche auf ihrer letzten Fahrt in die märkische Heimat begleiten. Denn, so Job Ferdinand von Strantz, Generalbevollmächtigter derer von Preußen und Leiter des Festkomitees, Friedrich II. sei schließlich „Symbolfigur der deutschen Einheit".

Die Bundeswehr ist immer mittenmang, vorneweg der Befehlshaber des Heereskommandos Ost, Generalleutnant Werner von Scheven. Am Freitagnachmittag sollen acht Stabsoffiziere an den Särgen im Burghof „Ehrenwache" halten. Nach dem Choral „Nun danket alle Gott" (Preußens Siegeshymne nach der Schlacht bei Leuthen 1757) erklingt



König Friedrich II.: „Ich spiele ein hohes Spiel"

qui a Daigné me le preter, et mon Corps aux Elements dont il a eté Composé. J'ai Vecu en filosofe et je veux etre enteré Come Tel, sans apareil, sans faste, sans Pompe, je ne veux être ni Disequé ni embaumé, qu'on m'entere a Sansouci au haut des terasses dans une Sepulture que je me suis fait preparer. Le prince de Nassau Morisse a eté inhumé de meme dans un bois proche de Cleves, si je meurs en temps de Guerre oudans en Voyage il n'y a qu'a deposer mon Corps dans le premier Lieu et le transporter en hiver a Sansouci au Lieu que j'ai designé ci dessus.

Fait a Berlin le 8 de Janvier 1769.

Federic

Friedrich-Testament 1769 (Ausriß): „Ohne Gepränge, ohne feierlichen Pomp"



Hohenzollern-Chef Louis Ferdinand*
„Wir geben den Anspruch nicht auf"

„Aktion Sarg und Asche", wie in der Staatskanzlei Brandenburg über die Umbettung intern gewitzelt wird, ist beendet. Helmut Ostrower, Sprecher der Pressestelle: „Dann wird sich der Planungsstab erst mal besaufen."

Brandenburgs Ministerpräsident Manfred Stolpe sieht das gar nicht gern; er hätte, verlautet aus seinem Büro, die Bundeswehr am liebsten rausgehalten; aber mitgedenken wollte er schon.

Der Sozialdemokrat, für den Preußen immer noch „für Toleranz, Aufbauwillen, Gemeinschaftssinn" steht, lädt am Samstag zu einer Feierstunde ins Neue Palais ein. Gastredner: der Politikwissenschaftler Christian Graf von Krockow, der kritische Töne anschlagen will. Kohl ist auch gebeten worden, aber er kommt lieber nicht.

Wer die Bundeswehr nun eigentlich gerufen hat, bleibt einstweilen im dunkeln. Louis Ferdinand will es nicht gewesen sein; er verweist nach Bonn: „Der Wunsch ist von dort geäußert worden." Im Verteidigungsministerium heißt es empört, der Hohenzoller habe auf Militärpräsenz gedrängt. Tatsächlich, bestätigt ein Louis-Intimus, soll der Kaiser-Enkel den Kanzler selbst um offiziellen Segen und militärischen Beistand gebeten haben, und der Privatmann Kohl sei sofort Feuer und Flamme gewesen. Inzwischen hat auch die Bundeswehr ihre Zurückhaltung aufgegeben. Die Armee, so Hardthöhen-Sprecher Karlheinz Reichert, habe das „Staatswesen" zu vertreten.

Der Kult um den Toten zehrt von dem ungebrochenen Mythos des Großen Friedrich. Doch, was war so groß an ihm, das heute noch erschauern läßt?

Daß er der „erste Diener" seines Staates sein wollte und doch selbstherrlich regierte? Daß die Untertanen nach ihrer „Faßon" selig werden sollten, weil ihm Religionen schnurzpiepe waren? Daß er aufgeklärte Schriften verfaßte, an die er sich selber nicht hielt? Daß der Feldherr Kriege anzettelte, sich heldenhaft in die Schlacht warf und das Reich mehrte?

Geehrt wird eine Legende.

Als Friedrich am 17. August 1786 starb, herrschte „Totenstille, aber keine Trauer", empfand der französische Politiker Graf Honoré Mirabeau, häufiger Gast am königlichen Hof zu Potsdam: „Alle Welt wünschte das Ende herbei – alle Welt beglückwünscht sich."

Die Preußen hatten offenbar genug von ihrem „Alten Fritz", dessen Taten „über seine Worte dahinjagten wie ein Regiment schwerer Kavallerie über den Töpfermarkt" (der sozialistische Historiker Franz Mehring).

Wie inniglich spielte der Schöngeist Flöte, wie weltvergessen komponierte und dichtete er, wie geistreich korrespondierte er mit Europas Geistesgrößen – und wie rühmte er sich: „Ich habe Europa mit der Seuche des Krieges angesteckt."

Ernst Moritz Arndt, der Dichter der Freiheitskriege, urteilte: „Friedrichs Größe hat Deutschland klein gemacht."

Gleichwohl, die Nachwelt flocht ihm jede Menge Kränze, mehr als jedem anderen deutschen Monarchen. Zu den Verehrern zählten der Schöpfer des kleindeutschen Reiches, der Preuße Otto von Bismarck, ebenso wie der Zerstörer des großdeutschen, der Österreicher Adolf Hitler, und nach dem Zweiten Weltkrieg sah so mancher in Friedrich Hitlers historischen Ur-Ahnen.

Historiker und Biographen, die lange den Ton angaben, wie der konservative

der von Louis Ferdinand eigens komponierte Trauermarsch „Fridericus Rex".

Dann geht es unter „Trommelwirbel" und „Glockengeläut" zum Bahnhof Hechingen. Trauermarsch und „Ehrenformation der Bundeswehr", anschließend wieder „Trommelwirbel", Offiziere hieven die Särge von den zwei „Lafetten" in den historischen Sonderzug (angehängt: der Kronprinzenwagen Nummer 10 375).

Auf fackeltragende Soldaten entlang der Bahnstrecke wurde doch noch verzichtet. Dafür aber Preußen-Pomp in Potsdam: Das Musikkorps der 1. Panzerdivision Hannover begrüßt den Trauertroß mit Dampflok am einstigen Kaiserbahnhof Wildpark („Was Gott tut, das ist wohlgetan"), dann übernehmen zwei schwarze Kutschen des altehrwürdigen Berliner Bestattungsunternehmens Grieneisen (Slogan: „Traurigkeit hat keinen Zweck, Grieneisen schafft die Leiche weg") die 13 Zentner schwere Fuhre.

Im Schrittempo zieht der Kondukt durch Potsdam nach Sanssouci. Am Samstagnachmittag, während Schaulustige im Schloßhof Gelegenheit zum Defilee haben, wachen abermals Offiziere am Sarg Friedrichs II. In zwei Gottesdiensten wird des längst Verblichenen gedacht, den Religion nicht kümmerte. Gegen Mitternacht dann Gruftgang der Hohenzollern mit Ehrengast Kohl. Die



Hohenzollern-Freund Kohl*
„Mich reitet überhaupt nichts"

* Oben: 1990 vor dem Sarkophag Friedrichs II. auf Schloß Hohenzollern bei Hechingen/Baden-Württemberg. Mitte: 1985 mit US-Präsident Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof Bitburg/Eifel.

Gerhard Ritter, haben das „weltgeschichtliche Ausmaß" des „politischen und militärischen Genies" verklärt, dessen „stahlhartes, durch nichts zu beugendes Pflichtbewußtsein" bewundert. Friedrich habe „die politischen Traditionen der absoluten Monarchie" „vergeistigt", sie über „den Machtgenuß herausgehoben".

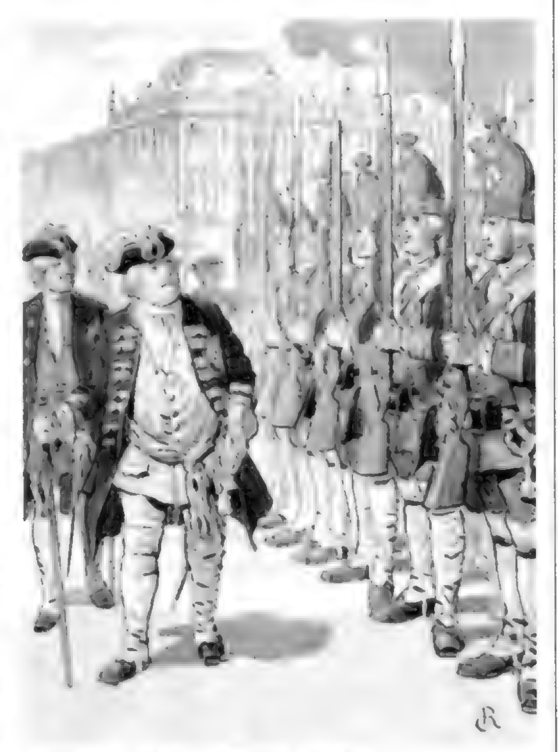
„Es hagelt Superlative", hielt Rudolf Augstein, 1968, in seiner Friedrich-Biographie dagegen, „wo doch in Wahrheit nur gesagt werden soll und kann, daß der König sich um alles selber kümmerte, daß er besserem Rat unzugänglich war . . . oder, noch kürzer, daß er ein Autokrat, ein Selbstherrscher aller Preußen war."

Als Friedrich am 24. Januar 1712, einem Sonntag, geboren wurde, war das gerade elf Jahre alte Königreich Preußen ein armes Land. Es wollte sich nicht einmal ein Feuerwerk leisten. Aber „die Glocken wurden alsbald geläutet und alle Stücke (Kanonen) auf den Wällen gelöset, so daß in einem Augenblick die ganze Stadt und der Hof in eine unaussprechliche Freude versetzt wird" (zeitgenössische Chronik).

Friedrichs Großvater, Friedrich I., der 1701 zum ersten Preußenkönig gekrönt worden war, freute sich, daß der kleine Prinz „brav schreiet" und „recht fet und frisch" sei. Friedrichs Vater, Kronprinz Friedrich Wilhelm, der ein Jahr darauf König wurde, freute sich wohl auch, denn sein Sohn war der ersehnte Thronfolger; zwei ältere Brüder waren noch im ersten Lebensjahr gestorben.

Doch bald begann, was als „Königsdrama" in die leidvolle Geschichte Preußens eingegangen ist: das Hauen und Stechen zwischen Vater und Sohn.

Der Vater rackerte sich ab, um sein zurückgebliebenes Land in einen schlagkräftigen Kasernenstaat zu verwandeln. Er kurbelte die lahmende Wirtschaft an, räumte mit dem Schlendrian in der Staatsverwaltung auf, schuf ein gefügiges Beamtentum und machte sich zum unumschränkten Alleinherrscher. Die Untertanen sollten ihn lieben, die „Canaillen".



Friedrich-Vater, „Lange Kerls"
„Wer hätte geglaubt, daß die Vorsehung . . .

Preußen legte sich eine Armee zu, wie es sie ihresgleichen nicht gab: 83 000 Mann standen unter den preußischen Fahnen, bei einer Bevölkerung von nur 2,25 Millionen.

„Die preußische Monarchie ist nicht ein Land, das eine Armee, sondern eine Armee, die ein Land hat, in welchem sie gleichsam einquartiert ist", soll Mirabeau bemerkt haben. Nur so, davon war Friedrich Wilhelm I. überzeugt, könnte das zwischen Memel und Rhein zerstükkelte Preußen vor fremdem Zugriff geschützt werden*.

Am wohlsten fühlte sich der kleine, dickliche, bald von Gicht und Wassersucht geplagte „Soldatenkönig" im Kreis seiner „Langen Kerls" vom Potsdamer Garderegiment und in seinem allabendlichen „Tabakskollegium", wo es nach Pfeifenqualm und Kohlsuppe roch.

„Das schönste Mädchen, das man mir verschaffte, wäre mir gleichgültig", bekannte er: „Aber Soldaten, das ist meine Schwäche, damit kann man mich so weit bringen, wie man will."

Mit seiner Frau Sophie Dorothea aus dem Welfenhaus von Hannover, seit 1714 mit dem englischen Königshaus in Personalunion verbunden, kam der einfältige Monarch gar nicht zurecht; sie hatte zu kuschen und Kinder zu kriegen – insgesamt 14. Ständig mäkelte er an ihren höfischen Allüren herum, während sie sich, heimlich, die entbehrten Abwechslungen verschaffte, um sich dem stickigen Regiment zu entziehen. Die schlechten Manieren des Gatten, die wüsten Trinkgelage, wilden Par-

* Zum Königreich Preußen gehörten damals das Kernland, die Mark Brandenburg, Hinterpommern, die Stadt Magdeburg, das Fürstentum Halberstadt, die Enklaven jenseits von Weser und Rhein, die Mark, Kleve, Minden und Ravensberg.





. . . sich einen Poeten kürt, das europäische System umzustürzen?": **Flötenspieler Friedrich, Philosophen Voltaire, Friedrich**

Nur wenige sind dafür

SPIEGEL-Umfrage über Preußenkönig Friedrich II. und seine Beisetzung in Potsdam

Vom Preußenkönig Friedrich II. halten die Deutschen viel, vom Spektakel seiner Rückführung nach Potsdam wenig oder nichts.

Dieses Ergebnis brachte eine SPIEGEL-Umfrage des Bielefelder Emnid-Instituts, bei der vom 1. bis 6. August per Telefon 1000 erwachsene Männer und Frauen in der alten Bundesrepublik befragt wurden.

Auf die neuen Bundesländer konnte sich diese Umfrage nicht erstrecken, weil es in der Ex-DDR noch immer zu wenige Telefone gibt und deren Besitzer nicht repräsentativ für die dortige Bevölkerung sind.

Nur jeder dritte der im Westen befragten Bundesbürger ist dafür, daß Kanzler Kohl am kommenden Sonnabend in die Hohenzollern-Gruft hinabsteigt. Und sogar nur jeder fünfte Bundesbürger ist für eine Ehrenwache der Bundeswehr am Sarg des einstigen Monarchen.

Gegen die militärischen Ehren und gegen Kohls Dabeisein sind auch nur Minderheiten. Vorherrschend ist Gleichgültigkeit, was die Leichen-Feier in Sanssouci angeht.

Als nach dem Interesse für die Ereignisse um den König und den Kanzler gefragt wurde, erklärte es eine Zwei-Drittel-Mehrheit (61 Prozent) für „gering“, weitere 28 Prozent nannten es „durchschnittlich“, lediglich 10 Prozent „groß“.

Ginge es nach der Mehrheit der Bundesbürger, so gäbe es keine Rückkehr des 205 Jahre alten Leichnams „in feierlichem Rahmen“. Den bejahten nur 13 Prozent der Befragten, als Emnid diese und zwei andere Möglichkeiten zur Diskussion stellte:

42 Prozent hätten es für besser gehalten, man hätte den uralten Fritz in Baden-Württemberg ruhen lassen, und etwa ebenso viele (40 Prozent) hätten es lieber gesehen, wenn er „mit sowenig Aufwand wie möglich“ überführt worden wäre.

Für die meisten Deutschen ist es kein Widerspruch, sich einerseits für den bevorstehenden Tag von Potsdam nicht zu interessieren oder ihn abzulehnen, andererseits positiv über den König und über Preußen zu urteilen. Das eine hat sowenig mit dem anderen zu tun wie ein Otto-Gebühr-Film mit dem Leben Friedrichs II.

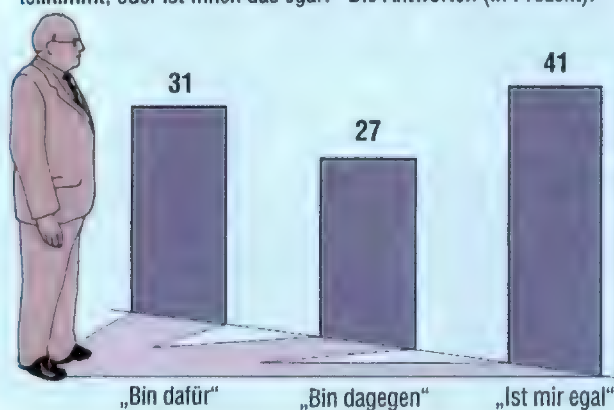
60 Prozent der Bundesbürger halten Friedrich für einen „großen Deutschen“. Von Frauen wird er ebenso verehrt wie von Männern, von SPD-Wählern ebenso wie von FDP- und Grün-Wählern, von früheren Volks- oder Hauptschülern wie von Deutschen mit Abitur.

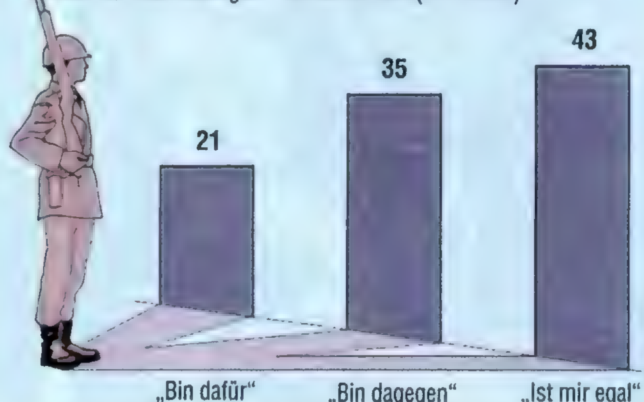
Und es macht auch keinen Unterschied, ob Bundesbürger erst nach dem Krieg aufgewachsen sind oder noch miterlebt haben, wie dem Preußenkönig in der NS-Zeit als vorgeblichem Vorgänger Hitlers gehuldigt wurde.

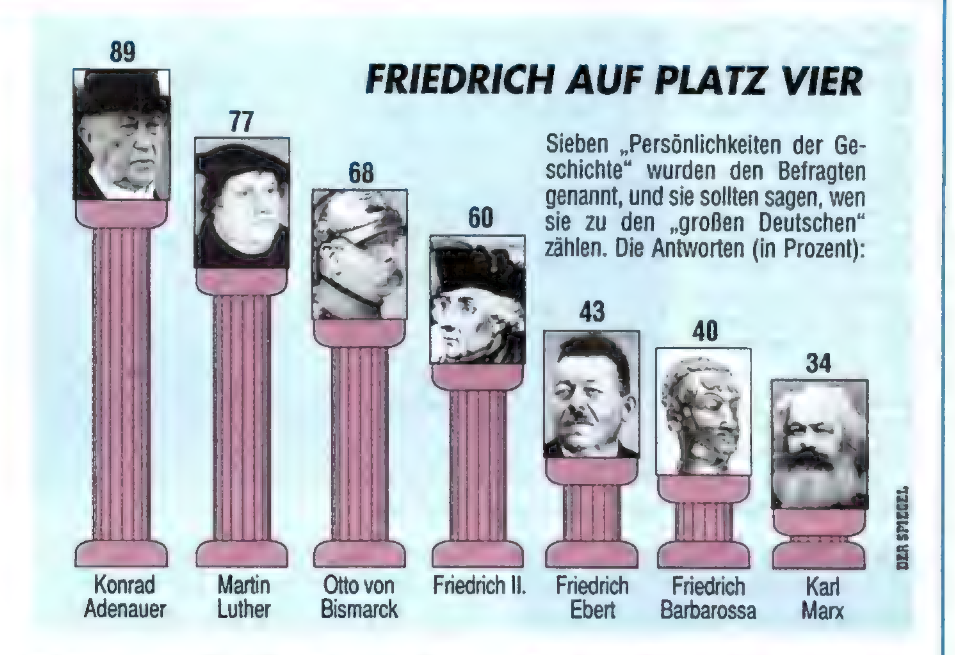
Immerhin, zu den Großen zählen Friedrich II. nicht so viele Deutsche wie Adenauer, dem 24 Jahre nach seinem Tode auch die meisten SPD-Anhänger nicht mehr zürnen; wie Luther, der nun auch – anders als noch in den sechziger Jahren – den allermeisten Katholiken nicht mehr suspekt ist; und wie Bismarck, mit dem sich Kohl als zweiter Einheits-Kanzler gar zu gern in eine Reihe stellen möchte.

Nur Minderheiten rechnen drei andere Deutsche zu den Großen. Vielen ist Friedrich Ebert, der erste Präsident der Weimarer Republik, so fern wie Friedrich Barbarossa, obwohl acht Jahrhunderte den Sozialdemokraten von dem Hohenstaufer trennen. Und Karl Marxens Ansehen hat sich 40 Jahre lang ver-









mindert, weil die Ulbrichts und Honeckers so lange behaupteten, die DDR in seinem Geiste zu regieren.

Im Streit, ob der Preußenkönig „Friedrich II.“ oder „Friedrich der Große“ genannt werden soll, gibt es keine Mehrheit. 23 Prozent sind für den schlichten, 37 Prozent für den reputierlichen Titel. Weiteren 37 Prozent ist es egal, wie man den König nennt.

Die Hoch- oder Geringschätzung hat mit dem Gebrauch des einen oder des anderen Namens wenig zu tun, wie der Vergleich der Antworten auf die entsprechenden Emnid-Fragen zeigt. Auch für viele Verehrer ist er nur Friedrich II., vielen Verächtern ist es gleich, ob andere ihn „den Großen“ nennen.

Als einzige Gruppe heben sich bei dieser SPIEGEL-Umfrage die CDU/CSU-Wähler von allen anderen Bundesbürgern ab. Aber auch ihre Sonderposition ist nur relativ.

Sogar bei ihnen überwiegt das „geringe“ Interesse an den Potsdamer Ereignissen. Nur ist es eben nicht ganz so gering wie bei den anderen (54 gegenüber 68 Prozent).

Auch 79 von 100 Unionsanhängern wäre es lieber gewesen, man hätte Friedrich in Südwestdeutschland gelassen oder schlichter heimgeführt. Nur denken eben noch mehr andere Bundesbürger so (88 Prozent).

Auch nur 35 Prozent der CDU/CSU-Wähler sind für eine Ehrenwache der Bundeswehr, aber von den anderen Bundesbürgern sind lediglich 17 Prozent dafür.

Eine knappe Mehrheit der Unionsanhänger (53 Prozent) ist für Kohls Potsdam-Visite, aber dieser Meinung sind lediglich 24 Prozent der FDP-, 18 Prozent der SPD- und 6 Prozent der Grün-Wähler.

Bei einem Wissens-Test nannte Emnid fünf Namen und fragte, bei welchem man am sichersten sei, daß es sich um einen Zeitgenossen des Preußenkönigs handele.

Die Antworten zeugen nicht gerade von hoher Bildung der Deutschen. 30 Prozent konnten gar keinen Namen ankreuzen. Die meisten nannten einen, einige deren zwei.

Immerhin, die richtigen Antworten überwogen. 25 Prozent entschieden sich für Goethe (der 37 Lebensjahre mit dem König gemeinsam hatte), 16 Prozent für den Friedrich-Freund Voltaire und 13 Prozent für Napoleon; der war allerdings erst 17 und Leutnant, als Friedrich starb.

Der Rest irrte. 10 Prozent machten Luther, 9 Prozent den US-Präsidenten Lincoln zum Zeitgenossen des Preußen. Doch Luther lebte zwei Jahrhunderte früher, Lincoln ein Jahrhundert später.



forcejagden und Rüpeleien waren ihr zuwider.

Der Ehekonflikt verschärfte das Königsdrama zwischen dem Vater, der nur Preußen und sonst gar nichts im Kopf hatte, und dem hochbegabten, musisch veranlagten Sohn – in den königlichen Augen ein „Querkopf und Poet“.

Er konnte den „effemierten Kerl“ nicht leiden, der „nicht reiten noch schießen kann, und dabei malpropre an seinem Leibe, seine Haare sich frisiert und nicht schneidet“, der „mit dem Gesicht Grimassen mache, als wenn er ein Narr wäre“; er tue „nichts aus Liebe“ zu seinem Vater.

Der Sohn verkroch sich bei der Mutter, suchte Zuflucht in einer Gegenwelt, die er mehr erträumte als erleben konnte, spielte Flöte, las die Schriften der französischen Aufklärer, vor allem die des großen Voltaire, und legte sich, heimlich, eine Bibliothek zu: 3000 Bände. Bald sprach er, nach eigener Einschätzung, Französisch wie ein Franzose, Deutsch dagegen wie ein „Kutscher“.

Der Vater grübelte, „was wohl in seinem kleinen Kopf vorgeht“, doch er fand es nie heraus. Der verstörte Sohn wurde nur noch störrischer. Ständig in der Bredouille, wurde er überheblich und verschlagen, wuchs seine Fähigkeit, sich zu verstellen und seine Umgebung über seine Gedanken und Absichten zu täuschen.

Der König spürte anhaltenden Widerstand, brechen konnte er ihn nicht, nicht einmal mit roher Gewalt. Mal stürmte er das Zimmer seines Sohnes, warf Bücher, Papiere und die Flöte in den Kamin. Mal verprügelte er den Kronprinzen vor versammelten Offizieren und der Dienerschaft. Mal ließ er die 16jährige Tochter eines Potsdamer Schulrektors, die Friedrich poussiert hatte, öffentlich auspeitschen, obwohl Hebamme und Arzt ihre Unschuld attestiert hatten.

„Wir erleben hier alle Tage die abscheulichsten Auftritte“, klagte Friedrich seiner drei Jahre älteren Schwester Wilhelmine: „Ich bin dessen so müde, daß ich lieber um mein Brot betteln möchte, als in diesem Zustand weiterzuleben.“

Tatsächlich entschloß Friedrich sich zur Flucht; er wollte nach England oder Frankreich. Auf einer Reise mit dem König durch Süddeutschland versuchte er, aus dem Scheunenlager zu entkommen; doch sein Plan wurde verraten. Friedrich wurde festgenommen und in einer plombierten Kalesche auf die Festung Küstrin geschafft.

Es ging um Leben und Tod und um Thronverzicht. Der Vater ließ ihm 178 Fragen stellen, unter anderem: „Derweil Er sich der Nachfolge unfähig gemacht hatte durch Brechung der Ehre,

ob er wolle die Nachfolge abtreten, um sein Leben zu erhalten?" Friedrich, durch tägliche Drangsal gewitzt, antwortete: „Sein Leben wäre ihm so lieb nicht, aber Seine Königliche Majestät werde so sehr ungnädig nicht auf ihn werden."

Wurde er dann auch nicht. Aber Leutnant Hans Hermann von Katte, Friedrichs Freund und Verschworener, ließ der König hinrichten. Er wollte „diejenigen vernichten, die es mit seinen Kindern gegen ihn halten". Am 6. November 1730 wurde Katte, strafmildernd mit dem Schwert, hingerichtet – vor den Augen des Kronprinzen. Friedrich brach zusammen.

Der Kronprinz wurde begnadigt und konnte die Festung verlassen, mußte aber in Küstrin bleiben. Er wurde der Kriegs- und Domänenkammer zugeteilt, wo er Erfahrungen in staatlicher Verwaltung machen sollte. Als sein Vater ihn ein Jahr später in der Verbannung aufsuchte, fiel der Sohn vor ihm nieder und küßte ihm die Stiefel. Der Vater nahm ihn in den Arm, aber zur Versöhnung kam es nicht.

Bald kündigte sich der nächste Akt in dem Königsdrama an. Nach dem Willen des Vaters sollte Friedrich mit der Prinzessin Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern, einer Großnichte der späteren österreichischen Kaiserin Maria Theresia, verheiratet werden. Der Kronprinz rebellierte, fügte sich dann aber doch, weil ihn die Heirat aus der Verbannung befreien würde. Einem Vertrauten schrieb er: „Wenn ich gezwungen werde, sie zu heiraten, werde ich sie verstoßen, sobald ich Herr bin", woran er sich auch hielt.

1736 bezog Friedrich das Schloß Rheinsberg. Vier Jahre, bis zu seiner Thronbesteigung, verbrachte er dort in vertrauter Männerrunde. „Das Unglück hat mich immer verfolgt", schrieb er. „Ich bin nur in Rheinsberg glücklich gewesen."

Der aufgeklärte Prinz verfaßte eine ziemlich unaufgeklärte Streitschrift gegen das Buch „Der Fürst" des florentinischen Staatsmanns und Staatsdenkers Niccolò Machiavelli (1469 bis 1527), das 200 Jahre zuvor so etwas wie ein Rezept geliefert hatte, wie fürstliche Macht zu erwerben und zu behaupten sei. Nämlich machiavellistisch: mit List und Tücke, Verrat und Krieg.

Wie der florentinische Machiavelli verklärt der preußische Antimachiavelli die unumschränkte Herrschaft des Monarchen als höchste Staatskunst. Ebensowenig wie der kennt er Skrupel, Verträge und Bündnisse zu brechen, wenn „mißliche Notwendigkeiten" den Fürsten dazu zwingen.

Der Königsvater, zwar militaristisch, aber nicht kriegerisch, hatte seinem Sohn eingebleut, „fanget niehmalen einen ungerechten Krig an". Doch daran hielt der Sohn sich nicht, weder in Wort noch in Tat. Auch Präventivkriege, selbst Angriffskriege, lehrte er, könnten gerechte Kriege sein.

1739 erschien der „Antimachiavelli", mit Voltaires Hilfe. Wenig später las sich die aufklärerische Empörung gegen den Machiavellismus wie Heuchelei und arglistige Täuschung.

Jetzt empfahl der preußische Machiavellist: „Besser also zum Angriffskrieg schreiten, solange man noch zwischen Ölzweig und Lorbeer zu wählen hat." Später höhnte er: „Wer hätte geglaubt, daß die Vorsehung (sic) sich einen Poeten erküren würde, um das europäische System umzustürzen."


Ludwig-Mätresse de Pompadour


Zarin Elisabeth

Friedrich-Gegnerinnen
„Die drei ersten Huren Europas"

Am frühen Morgen des 31. Mai 1740 war der Vater im Alter von 51 Jahren gestorben. Der Soldatenkönig hatte den Tod kommen sehen; schon seit Tagen stand der Sarg neben seinem Bett.

„Die Possen haben ein Ende", nahm der neue König, Friedrich II., sich vor, und Voltaire begrüßte den neuen Monarchen noch überschwenglich als „Salomon des Nordens": „Ein Philosoph und König, oh, unser Jahrhundert wünschte dies zweifellos und wagte nur nicht, es zu erhoffen."

Ein halbes Jahr später entlarvte sich der Philosoph als skrupelloser Aggressor. Er überschritt den „Rubikon mit fliegenden Fahnen und klingendem Spiel" (Friedrich). Ein für allemal. Preußen stieg zu einer von Anfang an mißtrauisch beäugten und verachteten Großmacht auf.

„Der Fürst der Aufklärung", formuliert der Historiker und Friedrich-Biograph Theodor Schieder, „und der offenherzige Bekenner reiner Machtpolitik stehen sich wie zwei völlig unvereinbare Größen gegenüber, die nicht miteinander identisch sind. Diese Unvereinbarkeit und das Dilemma, das sie unablässig herstellte, ist das Grundproblem der Persönlichkeit Friedrichs."

Am 16. Dezember 1740 fielen preußische Truppen in das österreichische Schlesien ein – zum „Rendezvous mit dem Ruhm" (Friedrich). Als sein Kabinettsminister Heinrich von Podewils rechtliche Bedenken geltend gemacht hatte, erwiderte der König: „Die Rechtsfrage ist die Sache der Minister, es ist Zeit, insgeheim daran arbeiten zu lassen." Als er las, was Podewils zu Papier gebracht hatte, spottete er: „Bravo, das ist die Arbeit eines trefflichen Scharlatans!"

Das ohnedies labile europäische Gleichgewicht der Kräfte war durch den Tod Kaiser Karls VI. von Habsburg aus den Fugen geraten. Der Monarch, der am 20. Oktober gestorben war, hatte keinen männlichen Nachfolger; seine Tochter Maria Theresia, Erzherzogin von Österreich und Königin von Ungarn und Böhmen, damals gerade 23, sollte den Thron besteigen.

Obgleich die europäischen Herrscher förmlich zugestimmt hatten, wurden alte Begehrlichkeiten auf Teile des Vielvölkerstaates wach. Preußen, Franzosen und Briten, Bayern und Sachsen machten, mal miteinander verbündet, mal gegeneinander, Maria Theresia das Erbe streitig.

Der König ereiferte sich: „Zu lehren . . . verstatte ich dem Weibe nicht, noch sich zu erheben über den Mann, sondern sich ruhig zu verhalten."

Die Königin schwor sich: „Eher Bayern eine ganze Provinz, als Preußen ein einziges Dorf." Doch dann verlor sie eine Provinz an den „bösen Mann".


Königin Maria Theresia

Schlesien war schnell überrannt; den 27 000 Angreifern standen nur 7000 Verteidiger gegenüber, schlecht bewaffnet und nur mäßig kampfbereit. Als jedoch die Österreicher Verstärkung herbeischafften und sich, im April 1741, bei Mollwitz nahe der Oder zur ersten Schlacht des „Ersten Schlesischen Krieges“ stellten, machte Friedrich, der als Schlachtenlenker in die Geschichte eingehen wollte – und später auch ging –, eine schlechte Figur. Er flüchtete und wäre beinahe in Gefangenschaft geraten.

Als die Bayern und Franzosen in Böhmen vorrückten und Wien bedrohten, schloß Maria Theresia am 11. Juni 1742 den Frieden von Breslau. Preußen erhielt Niederschlesien, große Teile von Oberschlesien und die Grafschaft Glatz.

Bei seinem Einzug in Berlin wurde der König als der „Große“ empfangen. Er versprach, die „getroffenen Verabredungen“ mit Österreich „als heilig“ anzusehen und „unverbrüchlich“ zu befolgen. Aber nach wie vor sah er in der „Vergrößerung“ das „Grundgesetz“ der Regierungen.

Also begann er, im August 1744, den „Zweiten Schlesischen Krieg“. Eigentlich wollte er den „Österreichern den Fuß auf die Gurgel setzen“, aber dazu kam es nicht. Er mußte sich mit dem bescheiden, was er schon geraubt hatte. Obendrein sah er sich genötigt, die verhaßte Maria Theresia als Königin von Ungarn anzuerkennen.

„Ich werde fortan keine Katze mehr angreifen, es sei denn, um mich zu verteidigen“, täuschte er abermals: „Was sind wir armen Menschenkinder, daß wir Projekte schmieden, die soviel Blut kosten.“

Elf Jahre später, 1756, brach er einen Krieg vom Zaune, der knapp sieben Jahre dauerte und weit mehr Blut kostete. Wiederum war es kein Verteidigungskrieg: „Ich spiele ein hohes Spiel“, gestand Friedrich, „und sollte sich alles Unheil der Welt in einer solchen Stunde wider mich verschwören, so bin ich verloren.“

Um die Kriegsschuld wurde hernach beinahe ebenso heftig gestritten wie später über die Ursachen des Ersten Weltkrieges. Und wieder lieferte die Legitimationsfloskel vom Präventivkrieg eine griffige Begründung.

Fest steht, daß Friedrich den Krieg mit seinem Überfall auf das Kurfürstentum Sachsen begann, ohne Kriegserklärung. Fest steht ferner, daß er nicht nur Sachsen im Visier hatte, sondern auch Westpreußen und Schwedisch-Vorpommern, Territorien, die er, wie Sachsen, seinem Königreich gern zugeschlagen hätte, wie er überhaupt Kriege ohne Eroberungen für reichlich naiv hielt: „Jeder Krieg, der nicht zu Eroberungen führt, schwächt den Sieger und entnervt den Staat“, lehrte Friedrich.

Derweil sann die verletzte Maria Theresia („verschließe ich mein Herz dem Mitleid“) nicht nur auf Rache für Schlesien, sie wollte auch die preußische Großmacht erledigen. Sie fand eine Verbündete in der Nachfolgerin Peters des Großen, der russischen Zarin Elisabeth, einer ruhm- und trunksüchtigen Herrscherin, die nur mit Mühe zu bremsen war, gegen Preußen loszuschlagen, noch ehe Österreich kriegsbereit war. Und in Paris zog die Geliebte König Ludwigs XV., die Marquise de Pompadour, die Fäden.

Verächtlich sprach Friedrich von den drei Frauen als den „drei ersten Huren Europas“. Aber er sollte sich noch wundern.

Die Bündniskonstellation in Europa veränderte sich völlig – zuungunsten Preußens, und Friedrichs diplomatisches Ungeschick trug dazu bei. Statt das Bündnis mit Frankreich zu verlängern, das zu gern die österreichischen Niederlande kassiert hätte, verbündete er sich mit Großbritannien, mit dem Frankreich in Nordamerika einen Kolonialkrieg führte.

Schließlich sah sich Preußen einer zumindest zahlenmäßig mächtigen Koalition gegenüber. Österreich, Rußland, Frankreich, Schweden und die Reichsfürsten hatten sich gegen ihn zusammengerauft. Sie konnten 382 000 Mann aufbieten, Preußen nur 141 000. Die Engländer zahlten zwar, pro Jahr vier Millionen Taler, aber sie kämpften nur in Übersee.

Der konservative Historiker Ritter folgerte daraus, Preußen habe einen Präventivkrieg führen müssen, wegen


Preußen-Sieg bei Leuthen 1757: „Nun danket alle Gott“



Friedrich (M.), Preußen-Niederlage bei Kunersdorf 1759: „Ich halte alles für verloren"

der „feindlichen Koalitionen", die ihn bedrängten, ähnlich wie die angeblich eingekreisten armen Deutschen 1914. Und ebenso wie die Deutschen das neutrale Belgien „überrannten", *mußte* Preußen Sachsen „überrumpeln". „Jetzt oder nie?" wie 1914?

Am 29. August fielen preußische Truppen in Sachsen ein. Wieder, wie im Ersten Schlesischen Krieg, errang der König große Anfangserfolge. Die Sachsen schlug er bei Pirna, eine österreichische Streitmacht im böhmischen Vorfeld bei Lobositz.

Das zweite Kriegsjahr jedoch begann mit einem Debakel – und endete mit zwei Siegen, die Friedrichs Kriegsruhm begründeten und seinen Mythos vom genialen und verwegenen Schlachtenlenker unsterblich machten – so bitter die folgenden Niederlagen auch waren.

Nach dem Blitzkrieg gegen Sachsen setzte sich der König mit einem 120 000-Mann-Heer in Marsch nach Böhmen, wo es ihm schon in den Schlesischen Kriegen schlecht ergangen war. Er belagerte Prag, konnte es aber nicht bezwingen; es fehlte an Kanonen.

Bei Kolin, unweit der böhmischen Hauptstadt, stellten sich die Österreicher zur Schlacht und schlugen die Preußen in die Flucht. Seitdem gelang es ihnen nicht mehr, in Feindesland vorzudringen. Friedrich klagte: „Das Glück ist eine Frau, und ich bin kein Liebhaber."

Die Siege gegen Jahresende, am 5. November bei Roßbach, genau einen Monat später bei Leuthen, machten die Schlappe vergessen, aber kriegsentscheidend waren sie nicht.

Bei Roßbach, in der Nähe von Halle, schlugen 20 000 Preußen 50 000 Franzosen; bei Leuthen, in der Nähe von Breslau, 25 000 Preußen 65 000 Österreicher. Nach der Schlacht stimmten sie den Choral an, der als der von Leuthen in die Sangesgeschichte eingegangen ist: „Nun danket alle Gott."

Napoleon, der dem preußischen Oberbefehlshaber so manchen Fehler in Strategie und Taktik angekreidet hatte, lobte das „Meisterwerk der Bewegungen, des Manövers und der Entschlossenheit". Diese Schlacht „allein würde genügen, um Friedrich unsterblich zu machen und ihm einen Rang unter den größten Feldherrn zuzuweisen" – was auch geschah.

Friedrich selbst gab sich bescheidener: „Was sich in der Entfernung so großartig ausnimmt, ist in der Nähe betrachtet recht armselig."

Das dritte Kriegsjahr begannen Elisabeths Russen mit der Eroberung Ostpreußens. Am 46. Geburtstag des Preußenkönigs eroberten sie Königsberg, wo, 1701, sein Großvater zum ersten Preußenkönig gekrönt worden war.

Als sie im folgenden Frühjahr in die Mark Brandenburg eindrangen, sie hatten Hinterpommern schon erobert, bei Zorndorf 80 000 Soldaten aufeinanderschlugen, an einem einzigen Tag 35 000 auf dem Felde der Ehre umkamen, lag Preußens Hauptstadt in Reichweite. Aber die Russen setzten sich ins Winterlager jenseits der Weichsel ab. Im Sommer siegten die Russen über die Preußen, wieder war Berlin bedroht.

Friedrich glaubte schon, „alles ist verloren", und nahm sich wieder einmal vor, „den Untergang des Vaterlands" nicht zu überleben: „Adieu für immer." Aber wiederum wagten die Russen nicht den Marsch auf Berlin.

Im Oktober 1760 erschienen sie dann doch, zusammen mit den Österreichern, in Preußens Hauptstadt. Aber sie plünderten nur, und nach zehn Tagen drehten sie nach Osten, die Österreicher nach Süden ab.

Aus dem Sieger von Leuthen war längst ein geschlagener Krieger geworden, der den Feinden nur noch sich selbst entgegenwerfen konnte. *Wie* er das tat, überliefern zahllose Legenden, an denen folgende Generationen sich aufrichteten. *Daß* er es in sinnlosem Gemetzel immer wieder tat, machte den „Alten Fritzen" erst richtig zum strahlenden Helden. Viel Feind, viel Ehr.

Mit der Preußenfahne in der Hand warf sich der König ins Getümmel, wo ein Oberbefehlshaber eigentlich nichts zu suchen hatte. Er scheuchte kriegsmüde Grenadiere, und von denen gab es immer mehr, nach vorn. Eine Tabaksdose, an der ein feindliches Geschoß abgeprallt war, ersparte ihm den Heldentod. Und dann, im Biwak, spielte der Musensohn wieder die Flöte oder schrieb geistreiche Episteln.

In jammervollen Briefen schilderte er das Elend, das er über sich und seine Grenadiere gebracht hatte: „Ich führe ein Leben wie ein Hund. Wenn nur die kleinste Sache unglücklich ausgeht, bin ich verloren."

Er dachte aber auch, anders als seine kriegerischen Nachfahren, über den Unsinn des Krieges nach – aber auch selbstkritisch? „Keine Seite hat mehr aufzuweisen als den Verlust vieler braver Leute ... die Vernichtung und Einäscherung blühender Städte. Das ... sind traurige Wirkungen der Verworfenheit und des Ehrgeizes gewisser mächtiger Männer, die alles ihrer unbegrenzten Leidenschaft aufopfern."

Die entscheidende Schlacht war schon geschlagen. Bei Kunersdorf, in der Nähe von Frankfurt/Oder, trieben Russen und Österreicher im August 1759 die preußischen Haufen zu Paaren. Nun wankte selbst der besessene Friedrich, er gab, vorübergehend, den Oberbefehl ab und lamentierte: „Mein Rock ist von

Schüssen durchbohrt, zwei Pferde sind mir unter dem Leib gefallen. Mein Unglück ist, daß ich noch lebe ... Ich halte alles für verloren."

Doch dem Geschlagenen winkte noch einmal das Kriegsglück. Die Sieger zogen ab, statt ihm den Gnadenstoß zu versetzen.

Preußen *war* verloren, nur Wunder konnten es noch retten – eines davon war Kunersdorf.

Am 6. Januar 1762 schrieb Friedrich noch: „Da unsere jämmerliche Lage uns nicht länger erlaubt ... auch nur den kommenden Feldzug zu überstehen, müssen wir uns mit dem Gedanken vertraut machen ... durch Verhandlungen so viel zu retten, wie wir aus unseren gierigen Feinden herausholen können."

Da geschah wieder ein Wunder, das geschichtsträchtige „Mirakel des Hauses Brandenburg". Am 5. Januar 1762 starb eine der „Huren", die Zarin von Rußland, Elisabeth. Nun trat ein, was sich, ähnlich, der klapprige Hitler in seinem Bunker herbeigesehnt hatte, als er, am 12. April 1945, vom Tod des amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt erfuhr.

„So groß ist das Spiel des Zufalls", sinnierte der König: „Es spottet der eitlen Klugheit der Sterblichen, erhält die Hoffnung der einen und zerstört die des anderen."

Elisabeths Nachfolger, Peter von Holstein-Gottorp, war ein tumber Preußen-Fan. Er huldigte dem Großen Friedrich und bekam dafür den Schwarzen Adler-Orden angeheftet. Peter schloß Frieden mit Preußen und verstärkte das Preußenheer auch noch mit 20 000 russischen Söldnern.

Doch bald wurde Zar Peter von seiner Frau, der späteren Katharina der Großen aus dem Hause Anhalt-Zerbst, vom Thron gestoßen und umgebracht. „Wenn ich schon mal Kaiser habe, die mir wohlwollen", klagte Friedrich, „erdrosselt man sie mir." Aber das Drama ging glimpflich aus. Katharina zog zwar ihre Soldaten ab, hielt sich aber an den geschlossenen Frieden. Und nun mochten auch die Österreicher nicht mehr.

Am 15. Februar 1763 wurde in Hubertusburg, nahe Leipzig, Frieden geschlossen. Obgleich Preußen wiederum nur behielt, was es schon hatte – Schlesien –, freute Friedrich der Große sich: „Ein gutes Ding, dieser Frieden, aber man muß es sich nicht merken lassen."

Müde und zermürbt kehrte der „Alte Fritz" heim, ein alter, gekrümmter Mann in zerschlissener Uniform. Dem „armen Greis" (Friedrich über Friedrich, damals 52) war nach Siegesfeiern nicht zumute. „Das Ende meiner Tage ist vergiftet", fand er, „und der Abend meines Lebens ist ebenso schrecklich wie der Morgen."

Es wurde wider Erwarten ein recht langer Lebensabend, und Friedrich brachte in den ihm verbleibenden zwei Jahrzehnten Regentschaft noch manches zuwege. Die meisten der fortschrittlichen Reformen stieß der Alleinherrscher freilich nur an. Und stets ließ er sich von dem Grundsatz leiten, den er, 1768, in seinem zweiten „Politischen Testament" festgelegt hatte: „Wir müssen Preußen als einen Militärstaat betrachten; alles muß darauf eingestellt sein."



Friedrich-Totenmaske 1786
„Totenstille, aber keine Trauer"

Immerhin, eine Justizreform gab es, die das chaotische Feudalrecht kodifizierte und in der Rechtsprechung für klare Instanzen sorgte. 1794, acht Jahre nach dem Tod des Königs, trat das Allgemeine Preußische Landrecht in Kraft; es galt bis 1900.

„Ich habe mich entschlossen", verkündete der Monarch, „niemals in den Verlauf des gerichtlichen Verfahrens einzugreifen; denn in Gerichtshöfen sollen die Gesetze sprechen, und der Souverän soll schweigen." Aber, schränkte er souverän ein: „Zu gleicher Zeit ... hat mich dieses Schweigen keineswegs darin gehindert ... das Verhalten der Richter zu überwachen." Wenn ihm danach war, fegte er mißliebige Urteile beiseite – „Fickfackerei" – und entschied selbstherrlich.

Die Folter, die er abgeschafft haben soll, wurde nie ganz abgeschafft; das barbarische Spießrutenlaufen der zwangsrekrutierten Soldaten – „bis die blutigen Fetzen vom Rücken hingen" – überhaupt nicht.

Mit der religiösen Toleranz war es auch nicht so weit her: Katholiken konnten weder Minister noch Staatsräte werden. Und mit der vielgerühmten Lockerung der Pressezensur war es so eine Sache. „Gazetten, wenn sie ein bißchen amüsant sein sollen", dürften „nicht geniert werden", meinte Friedrich, doch Kritik an seiner Majestät Person und Politik war unter Strafandrohung verboten.

Der König hatte erfahren, daß der Krieg „ein Abgrund" sei, der „Menschen verschlingt" – rund 180 000 Preußen, Soldaten wie Zivilisten, waren in seinen Kriegen umgekommen. Also rief er Einwanderer ins Land, etwa 300 000, aus aller Herren Länder. Sie halfen, ausgedehnte Bodenflächen am Oderbruch, in den Warthe- und Netze-Niederungen zu kultivieren. So erwarb Friedrich, wie er sich rühmte, „eine Provinz im Frieden".

1772 kam, ohne Krieg, aber mit Gewalt, eine hinzu – ein Teil des mit Russen und Österreichern zum ersten Mal geteilten Polen.

Geblieben ist von alledem die Kartoffel, die der König seinem Volk bescherte. Die Gesindeköchin Amanda Woyke von der Staatsdomäne Preußisch-Zukau würdigte die historische Tat: „Frihä da jab es nur Gritze und nuscht nech, wenn es kaine Gritze nech jab. Da had ons Ollefritz mit seine Dragoners Kartuffeln jeschickt, damid wia Buhren (Bauern) mechten väpflanzen."

Wenn am Tag von Potsdam des Jahres 1991 Friedrichs Gebeine zur – letzten? – Ruhe umgebettet werden, Kaiserspröß Louis Ferdinand und Kanzler Kohl an der Gruft verharren, Bundeswehr-Offiziere Totenwache schieben, Trauermärsche erklingen – dann kehrt das untergegangene Preußen zu den Deutschen zurück. Nur für einen flüchtigen Augenblick?

Sinnstiftende Politiker und Historiker werden ihn zu nutzen wissen, die da lehren: „Die Zukunft wird nur der gewinnen, der die Erinnerung füllt, die Begriffe prägt und die Vergangenheit deutet."

Einer von ihnen ist der Politiker, Historiker und Privatmann Helmut Kohl.

Der Name der Hose.

SEIT 1932 – UND DAS IST KEINE LEGENDE – SIND UNSERE JEANS »MADE BY THE MUSTANG-FAMILY«. WENN ES SIE INTERESSIERT, WAS WIR SONST NOCH MACHEN: NEUEN KATALOG ANFORDERN!
MUSTANG,
PF 1322, D-7118 KÜNZELSAU
(NAME, ADRESSE UND GEBURTSTAG NICHT VERGESSEN).


MUSTANG
JEANS

Preußens Friedrich und die Folgen

Rudolf Augstein über die Wirkung Friedrichs II. auf die deutsche Geschichte

Friedrich II. von Preußen war in seinem, dem 18. Jahrhundert der bedeutendste und interessanteste Machtmensch, „die erste führende Gestalt auf der deutschen Bühne seit Karl V.", so das Urteil des britischen Historikers George P. Gooch.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ist es Mode geworden, von Luther über Friedrich und Bismarck bis hin zu Hitler und damit zu Auschwitz einen Bogen zu schlagen, so als wäre das Werk des einen notwendig die Voraussetzung des anderen und seiner Taten gewesen. Friedrich mußte Pate stehen bei der Gründung des Bismarck-Reiches im Spiegelsaal zu Versailles im Januar 1871 und sah noch 1945 aus einem Gemälde von Anton Graff Hitler beim Selbstmord in seinem Berliner Bunker zu. Der „dämonische" Mensch, ohne den Geschichte nicht gedacht werden kann, fortzeugend „Dämonen" gebärend?

Eine Beisetzung „ohne Pomp, ohne Prunk und ohne die geringsten Zeremonien" hatte Friedrich sich gewünscht, dies dem Privatkanzler Helmut Kohl ins Stammbuch. Nunmehr werden im Ausland Befürchtungen wegen eines neuen deutschen Nationalismus geäußert. Deshalb sollten wir eine Antwort auf die folgenden Fragen versuchen:

▷ Ist Friedrich II. schuld an Hitler und Auschwitz?

▷ Ist er schuld an Preußens Gloria?

▷ Hat er die Gewichte in Europa verschoben?

Die Frage nach der Gewichtsverschiebung in Europa läßt sich am leichtesten beantworten. Ohne Friedrich wäre Preußen nicht zur kleinsten der fünf europäischen Großmächte aufgestiegen, wäre, wie er es ausdrückte, von seinem „hermaphroditischen" Wesen nicht erlöst worden. Durch die Eroberung Schlesiens 1740 und die Erste Teilung Polens 1772 hat er Preußen um ein Drittel seiner Fläche und die Zahl seiner Einwohner um ein Viertel vergrößert. Daß die eroberten Gebiete samt und sonders längst wieder verloren sind, sei nur am Rande vermerkt. Doch Berlin, Preußens Hauptstadt, ist heute die Hauptstadt einer der drei führenden Wirtschaftsmächte der Welt.

Die beiden anderen Fragen muß man aufteilen. Friedrich konnte nicht wollen, was er wollte, sondern eben nur sein, was er war, ein Kind seiner Zeit, und ohne seine Umgebung, ohne die Anstöße und Motivationen von außen nicht

* Gemälde von Carl Röchling (1904).



Friedrich zu Fuß und mit Fahne bei Zorndorf 1758*: Niemand folgte ihm

denkbar, ein leeres Gefäß. Nur daß er eben nicht als erbuntertäniger Bauer, sondern als Preußens künftiger König zur Welt kam.

Der Gedanke an ein vereintes Deutschland war ihm fremd. Weder dachte er an die Rückständigkeit seiner ehedem ruhmvollen Armee noch an ihren Wiederaufstieg nach der Zerschlagung durch Napoleon; nicht an Schlieffens Plan und Tirpitzens Flotte; nicht an Stalingrad und schon gar nicht an Auschwitz. Ein Massenmord an Juden wäre ihm, bei dem jeder nach seiner „Faßon" selig sein sollte, nicht in den Sinn gekommen. Juden waren Menschen zweiter Klasse, wie etwa bei Elisabeth I. von England, aber auch er schätzte seinen Geldverschlechterungsjuden Ephraim.

Etwas anderes ist, ob er wirkmächtige Traditionen hinterlassen hat. Nehmen wir einmal philosophisch an, daß er auch da nicht frei war und daß er in Testamenten niederschrieb, was er mußte, so ist er immer noch nicht schuld an Hitler und Auschwitz, allenfalls, obwohl Geschichte sich nicht antizipieren läßt, am Untergang Preußens**.

Der stand ihm freilich oft genug vor Augen, und nicht ohne Grund. Vermutlich ist er, der den Siebenjährigen Krieg 1756 recht leichtsinnig begann, doch nur durch den Tod der russischen Zarin Elisabeth am 5. Januar 1762 gerettet worden. Trotz der Künste seines wie er reich begabten Bruders Heinrich war er damals so ziemlich am Ende, und Preußen hätte seinen Großmachtstatus eingebüßt.

Aber Realist war Friedrich auch. Darum stand ihm der Schwedenkönig Karl XII., der sich bis ins ukrainische Poltawa verirrt hatte, immer als abschreckendes Beispiel vor Augen. Er wußte 1762, daß ihm Fortuna hold gewesen war, und so sah er in Karl einen „Hanswurst im Furchtbaren".

Was meint man also, wenn man von einer preußisch-friderizianischen Tradition spricht, die zu zerschlagen im Zweiten Weltkrieg jedes Mittel recht schien? Vielleicht folgendes:

▷ Die Neigung zum Vabanquespiel, der Friedrich 1740 und 1756, Bismarck 1866, Moltke und Waldersee 1889 nachgaben; Wilhelm mit seiner Flotte, Schlieffen mit seinen überfallartigen Angriffsplänen gegen Holland und Belgien, Bethmann Hollweg 1914 („Sprung ins Dunkle"), Hitler 1939, alle unter Berufung auf den „Choral von Leuthen", Bismarck auch schon mal mit Zitaten aus Schillers „Wallenstein".

▷ Das Losschlagen ohne Verhandlungen und Skrupel. Friedrich war 1740 kurzerhand ohne ernsthafte Rechtsansprüche in Schlesien eingefallen, nur weil ihm nach dem Tod des Wiener Kaisers Karls VI. die Gelegenheit günstig schien. Das hätte selbst sein Vorbild Ludwig XIV. diplomatischer bewerkstelligt, Stichwort „Reunionen".

▷ Der Präventivkrieg ohne Beratung und Nachdenken. Noch Bismarck berief sich 1874 gegen das gedemütigte Frankreich auf den von Einkreisung durch Frankreich, Österreich und Rußland bedrohten Friedrich, der so eingekreist nicht war, sondern lediglich Sachsen wollte. Noch 1914 wird Thomas Mann in seinem Pamphlet „Friedrich und die große Koalition" Wilhelm II. rechtfertigen, weil der wie Friedrich 1756 seinen Gegnern habe zuvorkommen müssen. In diesem Ersten Weltkrieg setzten die Heeresgeneräle ihren Souverän auf recht unpreußische Art ab, als sie ihm die Entlassung Bethmanns aufzwangen, ohne einen anderen Kanzler zur Hand zu haben. Dem kriegerischen Ruf Preußens tat dies naturgemäß keinen Abbruch.

▷ Die rückständige, „verspätete" Sozialstruktur Ostelbiens, die immer in kriegerisches Handeln umschlagen konnte. Preußen-Deutschland galt als *die* Militärmacht schlechthin.

▷ Der „Preußenschlag" des Reichskanzlers Franz von Papen im Juli 1932, geführt gegen die sozialdemokratisch dominierte Regierung des Landes Preußen. Auch dieser Verfassungsbruch bewies, daß westlich-konstitutionelles Denken in die Weimarer Republik keinen Eingang gefunden hatte. Schon der Junker Bismarck, so genial er gewesen sein mag, hatte die konstitutionelle Monarchie à la Großbritannien verabscheut und das Republikanertum in Frankreich verachtet. Als Staatsmann war er ein „verspäteter", doch wenn er sich nicht „verspätet" hätte, wäre er zur rechten Zeit gar nicht erst an den Drücker gekommen.

Auch Friedrich war ein Genie, ein manchmal generöser, zumeist aber recht ekelhafter Kerl. Die jetzigen Hohenzollern, die nicht direkt von ihm, sondern von seinem nächstgeborenen Bruder August Wilhelm abstammen, haben wenig Grund zu der Pietät, die sie ihm bezeigen.



Staatsmänner Friedrich, Bismarck, Hitler*: „Sprung ins Dunkle"

Nach Kolin 1757, wo nun in Wahrheit mehrere, und nicht zuletzt der König selbst, den Rückzug aus Böhmen zu verantworten hatten, demütigte er August Wilhelm vor allen Generälen derart, daß der sein Kommando niederlegte und im Jahr darauf starb.

Der empörte Heinrich, 14 Jahre jünger als Friedrich und damals 31 Jahre alt, weigerte sich, an August Wilhelms Stelle zu treten. Er verabscheute das sprunghafte, auf Schauspielerei bedachte Wesen des königlichen Bruders bis zur Idiosynkrasie. Für ihn war er nur „die Person", „ein gewisser Mensch",

* NS-Propagandapostkarte von 1933.

** Ich bin einmal anderen Gedanken nachgegangen, in der 1968 erschienenen Streitschrift „Preußens Friedrich und die Deutschen". Immerhin hat die Darmstädter Akademie für Sprache und Dichtung im März 1969 diesen Versuch einer Annäherung zum Buch des Monats gewählt.


Alte LEIPZIGER
Reden Sie mit uns. Sicherheitshalber.



Friedrich (M.), Brüder*: „Ein gewisser Mensch"

„der garstige und boshafteste Dummkopf", der „größte Schmutzfink und Geizhals", ja, „die gemeinste Bestie, die Europa hervorgebracht hat", Herabsetzungen, die fast ein ganzes Buch füllen.

Wie denn diese beiden wichtigsten Figuren auf Preußens Seite, beide Kriegsherren und Diplomaten, als eine Art Zwillingswerk bis zum Tode Friedrichs zusammenarbeiten konnten, muß rätselhaft bleiben. „Hätte es doch Gott gefallen, daß unsere verstorbene Mutter am 24. Januar 1712 eine Fehlgeburt gehabt hätte", stöhnte Heinrich, und das war ja nicht ganz ungefährlich.

Er traute Friedrich 1778 zu, er könnte ihn absichtlich in die Fallen des Feindes laufen lassen. Noch am Abend der fürchterlichen Niederlage von Kolin fand er Zeit, einen Boten mit der triumphalen Botschaft „Enfin Phaéton est tombé!" an beider Schwester Amalie loszuschicken. Phaeton, Sohn des Sonnengottes Helios, hatte die Pferde des Sonnenwagens nicht lenken können.

Friedrich hingegen verfaßte noch am gleichen Abend ein Gedicht zum Lobe Heinrichs („Bruder, stehe uns zur Seite!"). Er wird ihn schurigeln, wo er nur kann, weil er ja alles besser weiß.

Mit diesem König war schlecht Kirschen essen. Die schmählichste Niederlage handelte er sich 1759 bei Maxen ein, als er den Einwände vorbringenden General Finck mit den Worten „Mach' Er, daß Er fort kommt!" abfertigte. Schließlich war er nicht Prokurist, sondern Firmeninhaber, Einwänden kaum zugänglich, siehe Prag, Kolin, Hochkirch, Torgau, Kunersdorf.

Gewisse Parallelen müssen uns hier auffallen. „Difficultäten" konnte auch dieser oberste Kriegsherr nicht leiden, über „Zwirnsfäden" wollte schon er nicht stolpern. 1759, nach Kunersdorf, wo man ihm den Gnadenstoß hätte versetzen können, teilt er Heinrich fast ungläubig mit, der Feind sei „von Müllrose nach Lieberose" gezogen, „le miracle de la maison de Brandebourg".

Gewiß, Heinrich hätte 1756 den Krieg nicht begonnen, weil er das Risiko für zu groß hielt, was es ja auch war. Nach Kolin riet er Friedrich, „eine Provinz" aufzugeben. Unter dem 16. Januar 1762 schrieb er ihm sarkastisch, es handele sich ja wohl nur noch darum herauszufinden, „welcher Tod der langsamste sei".

Man wird dem Prinzen Heinrich, einem der vorzüglichsten Strategen seiner Zeit, gewiß nicht den Vorwurf machen dürfen, er würde einen Krieg vorzeitig beendet haben, den er gar nicht erst angefangen hätte.

Aber daß Friedrich gerade in aussichtsloser Lage durchhielt, macht seinen Ruhm aus. Er begann Kriege und schlug Schlachten aus seiner Befindlichkeit heraus. Nur wollte er eben kein „Hanswurst" wie Karl XII. sein (für den Heinrich ihn längst hielt). Seine Unberechenbarkeit machte ihn für seine Feinde wie für seine Unterführer so gefährlich.

Napoleon stellt den Marschall Turenne über Friedrich. Friedrich seinerseits kann mit Gustav Adolf nichts anfangen, dem indirekten Mitbegründer der preußischen Königsdynastie, der nur den einen Fehler beging, sich zu weit in die vorderste Linie zu begeben, so daß er bei Lützen 1632 den Tod fand. Friedrich begab sich nur bei Zorndorf in diese Gefahr, aber niemand folgte ihm.

Er muß, so dichtet er an Voltaire, „mourir en roi", muß, vom Schiffbruch bedroht, „als König denken, leben, sterben".

Er kann nicht, wie Voltaire, in seiner Klause leben. Vielmehr, so lesen sich die drei berühmtesten Zeilen, die dieser Zeilenschinder je zu Papier gebracht hat, im Original:

Pour moi, menacé du naufrage,
Je dois, en affrontant l'orage,
Penser, vivre et mourir en roi**.

Napoleon, der nun wirklich geniale Großfeldherr, hatte an Friedrich man-

* August Wilhelm, Heinrich von Preußen.
** Ich, vom Schiffbruch rings umdroht,
Trotzen muß ich dem Verderben,
Muß als König denken, leben, sterben.


GORDON'S.
EINE ERFRISCHENDE BEGEGNUNG.
Gordon's empfiehlt Tonic.
GORDON'S
ESTD 1769
SPECIAL
LONDON
DRY GIN
ENGLAND
DMB&B

cherlei auszusetzen. So habe er etwa die Rolle der Artillerie nicht erkannt. Dies stimmt insofern, als Friedrichs Blick ohnehin rückwärtsgewandt war; von Reformen hielt er nichts, und das gilt auch für seine Armee. 20 Jahre nach seinem Tod bekam sie die Quittung. Andererseits muß man zugeben, daß eine wirksame Artillerie bessere Straßen gebraucht hätte, als sie Friedrich zur Verfügung standen. Er baute auch keine.

Er ist König wider Willen, wäre lieber seinen künstlerischen Neigungen gefolgt, auch hier wieder eine Parallele. Und noch eine: Der 33jährige schreibt Anfang 1745, 200 Jahre vor Hitlers Ende, aus seinem schlesischen Hauptquartier an seinen Minister Podewils nach Berlin:

> Entweder werde ich meine Macht behaupten, oder ich will, daß alles zugrunde geht und samt dem preußischen Namen mit mir begraben werde!

Er will, und man muß es ihm glauben, alles verlieren oder nichts.

Natürlich darf der Selbstmord nicht fehlen. Bei Kolin gedemütigt, schreibt der König 208 Zeilen an seinen Berliner Freund, den Marquis d'Argens; die beiden ersten lauten:

> Mein Freund; mit mir ist's aus. Der Würfel fiel.

18 „äußerst giftige" Opiumpillen hat er ständig um den Hals hängen, er zeigt sie gern herum. An Voltaire schreibt er: „Falls es an Gift fehlt, wird der Stahl es vollbringen." Sein Kosewort für den Selbstmord ist „den Purzelbaum schlagen" (faire la culbute).

Hier fehlt es an einer schlüssigen Parallele. Goebbels und Hitler, die im plötzlichen Tod der „Zarin" Roosevelt am 12. April 1945 wiederum ein „Mirakel des Hauses Brandenburg" sehen wollten und sich sowieso ständig an Friedrich klammerten, wußten, was ihnen geschehen würde, sollten sie lebend in Feindeshand fallen (Göring scheint das nicht gewußt zu haben).

Friedrich hingegen hätte ja nur – und auf das „nur" kommt es an – an Ruhm und Ehre eingebüßt. Man hätte ihm vielleicht Ostpreußen und Schlesien weggenommen, die Kurwürde nicht unbedingt. Sogar König hätte er sich unter Umständen weiter nennen dürfen. Er hatte ja viel weniger verbrochen als jener Napoleon, der auf Elba noch den Kaiser spielen durfte und der heute in Paris an prominentester Stelle liegt.

Zwar hatte der Korse – vielleicht – 1813 einen Selbstmordversuch unternommen. Aber sie beide waren ja Literaten. Die Gründe der beiden anderen Künstler, jener im Bunker der Reichskanzlei, waren zwingend, die Friedrichs wären es keineswegs gewesen. Und Napoleon hatte sogar auf St. Helena ein Motiv, nicht zu sterben, weil er seine Märtyrer-Legende weiter illuminieren wollte.

Friedrich war Anfang des Jahres 1762 so heruntergekommen, daß er in Breslau auf die Hilfe der Türken und Tataren wartete. Er schickte dem Marquis d'Argens folgende hübsche Parabel:

> Ein geschickter Musiker soll gefragt worden sein: Könnten Sie wohl auf einer Vio-

* 1807 in der Potsdamer Garnisonkirche.



Napoleon an Friedrichs Sarg*: Rolle der Artillerie nicht erkannt

A FISH CALLED SWATCH. HAPPY FISH: DAS PRACHTSEXEMPLAR AUS DER ARTENREICHEN SCUBA-KOLLEKTION 91. VERSTUMMT FRÜHESTENS IN 200 METER TIEFE.



line spielen, die nur drei Saiten hat? Er spielte einigermaßen darauf. Dann zerriß man noch eine Saite. Er spielte, aber noch schlechter. Schließlich zerriß man auch die letzte und verlangte, daß er seinem Instrument noch Töne entlocke. Aber da war es aus, er spielte nicht mehr.

Friedrich liest seine Geschäftspost nicht. Er kann nicht mehr. Den 20. oder 28. Februar 1762 hatte er sich als Termin gesetzt. Würden die Türken bis dahin Rußland nicht den Krieg erklärt haben, wollte er, das schrieb er d'Argens am 18. Januar, „Catos Rat folgen" (des jüngeren Cato, der lieber sterben als unter Cäsar leben wollte). Zu seinem Vorleser sagt er: „Ich habe keinen Hoffnungsschimmer, mich zu retten . . . Wenn ich am 28. Februar sehe, daß alles vergebens war, werde ich mich an meine Stoiker und an meine Dose halten."

Am 5. Januar war in Sankt Petersburg die Zarin Elisabeth gestorben, Friedrich ist gerettet. Er wird für weitere 24 Jahre seinen Staat regieren.

Wenn Preußen denn in einer Kanonenkugel ausgebrütet wurde, welches Bonmot dem Grafen Mirabeau anhängt, so hatte ihm doch sein Vater, der „Soldatenkönig" („Größter innerer König"), die schlagkräftigste Armee hinterlassen, samt einer funktionierenden Verwaltung. Wie, wenn er 1740 die Armee Augusts des Starken von Sachsen hätte übernehmen müssen? Sadisten waren sie übrigens beide, der Vater ein frommer, der Sohn nach den Maßstäben seiner Zeit aufgeklärt.

Daß nicht nur Preußen der Schurke auf europäischer Bühne war, versteht sich von selbst. Da müssen wir nicht die damalige britische Flotte mit ihren drakonischen Strafen bemühen, und auch nicht Lord Kitchener, der im Burenkrieg noch 18 000 Frauen und Kinder in Konzentrationslagern elend hatte verrecken lassen. Der Saddams kein Ende.

Auch Hitler selbst liefert uns den Beweis. Zwischen 1870 und 1939 gab es keine stärkere Landmacht als die deutsche (das 100 000-Mann-Heer nach Versailles einmal ausgenommen). Daß der Bohemien aus Braunau ein widerwärtiger Diktator war, der nicht nur Juden verfolgte, war bekannt; daß er sich mit der preußischen Generalität verbunden hatte, ebenso.

Dennoch wollten England, Frankreich und Italien ihm konzedieren, was „friedliche" Revisionisten niemals von ihnen erlangt hätten: die kontinentale Führerschaft über Europa. Er aber wollte mehr, Hanswurst im Furchtbaren, der er war.

Wäre das ohne Friedrich möglich gewesen? Welche Frage. Hitler, über dessen kargem Bunkerbett als einziges Bild das des großen Friedrich hing, hätte die Antwort sicher auch nicht gewußt, und die „culbute" schlug er tatsächlich.



Kaiser Wilhelm II. in Parade-Uniform
Ständige Überdehnung der Kräfte

Was war es dann, was Preußen und später Preußen-Deutschland von seinen Nachbarn unterschied? Das hängt mit Friedrich zusammen: die ständige Überdehnung der Kräfte (von der freilich zwischen 1815 und 1863 nichts zu spüren war). Der „preußische Militarismus" ging auf Friedrich zurück, er übertrug sich auf Bismarck, Schlieffen, Tirpitz, Ludendorff, Seeckt, Hitler.

Das stärkste Reich ist das gefährdetste, und Preußen-Deutschland war nur der militärischen Präsenz nach am stärksten. Den russischen Raum samt seinen Ressourcen, die amphibischen Mächte mit ihrem Einfallsreichtum hat man in Berlin nicht begriffen. Und auch nicht, daß geniale Heeresmonarchen nicht wie vom Fließband aus der Wiege rollen. Nichts Unfähigeres gab es 1914 als Deutschlands Wilhelm, Österreichs Franz Joseph und Rußlands Nikolaus.

Der Wilhelm II. von Friedrich überkommene Staat war freilich eine Militär-Monarchie, gegründet auf den Offiziers- und Landadel. Aber Hitlers Staat war das nur in Rudimenten. Die Männer und Frauen des 20. Juli 1944 wagten den schon zu Beginn verlorenen Staatsstreich erst, als auch der Krieg unwiderruflich verloren war (was ihre Gloriole nicht mindert).

Einen Staatsstreich gegen Friedrich kann man sich nicht vorstellen. Er mag jetzt ruhig in Potsdam neben seinen Hunden als Philosoph begraben werden. Jene Tausende zum Kriegsdienst gepreßten und zu Tode geprügelten Spießrutenläufer sind den Elementen, denen Friedrich sich anvertraut wissen wollte, auch ohne Pomp und Prunk übergeben worden.

Sein Reich hingegen wird nicht, wie er es sich in seinem Testament gewünscht hat, bis an das Ende der Zeit in höchster Blüte fortdauern. Es ist nicht mehr.



Sowjetsoldaten in den Trümmern der Reichskanzlei 1945: Untergang Preußens

DER OPEL VECTRA

WER REITET SO SPÄT DURCH NAC



Beim Zeus – wenn das Wetter tobt, als ob einem gleich der Himmel auf den Kopf fällt, fühlt man sich im Opel Vectra CD sicher aufgehoben. Dann merkt man, daß sein fortschrittliches Design dem Wind nur wenig Angriffsfläche bietet. Dann merkt man, daß seine Motoren besonders temperamentvoll sind. Dann merkt man, daß sein modernes Fahrwerk auch zu nassen Straßen sicheren Kontakt hält und er genauso spurstabil bremst – durch serienmäßiges ABS. Zum ent-

HT UND WIND? NA, WER WOHL?



spannten Fahren bietet der Vectra CD z. B. Servolenkung, einen höhenverstellbaren Fahrersitz und ein Stereo-Cassetten-Radio. Voraussage für die Zukunft: Wetter unberechenbar, Vectra weiterhin beständig. Probefahrt bei jeder Witterung, beim freundlichen Opel Händler. OPEL

DER OPEL VECTRA. TECHNIK, DIE BEGEISTERT.

Die blaue Blume der Moderne

ULRICH BECK

Mich beunruhigt die Frage: Was würde geschehen, wenn der ökologische Gefahrenindustrialismus zusammenbricht wie der Stalinismus? Ich weiß, das ist ausgeschlossen. Aber ausgeschlossen war auch der Zusammenbruch des Ostblocks. Also: Was würde geschehen, wenn die Menschen nach dem nächsten Großunfall auf die Straße gehen: Schluß mit der Gefährdung! Wir sind das Volk!

Wenn man die Programme der Grünen ernst nimmt (und wenn man etwas Konsensfähiges aus ihnen herausfiltern kann), dann lautet die Devise: Abschalten, anhalten, kleiner, langsamer! Die politische Zielrichtung läuft bei aller Vielfalt im Detail auf Askese hinaus. Wenn man die CDU ernst nimmt, wird sie nach dem nächsten GAU noch einen Ventilverschluß einbauen lassen und ein zweites Umweltministerium gründen: eines für die Information, das andere für die Information über die Information. Die SPD würde wahrscheinlich neue Steuern einführen und mit ihren Flügeln flattern.

Das ist – vielleicht – eine karikaturistische Überspitzung. Aber es kommt darauf an, daß wir endlich die Chancen einer Vereinbarkeit von Ökologie und Demokratie diskutieren. Wie auf die soziale Frage im 19. Jahrhundert gibt es auch auf die ökologische Frage heute eine autoritäre, bürokratische Antwort. Im poststalinistischen Europa stellt sich dagegen die Frage: Wie sind mehr Freiheit, mehr Demokratie, eine Radikalisierung der Moderne *und* mehr Umweltschutz, mehr Technikkontrolle möglich? Anders gesagt: Wie sieht eine grüne Moderne, eine ökologische Demokratie aus?

Die jetzt viel gebrauchte Zauberformel lautet: Nicht nur soziale, sondern auch ökologische Marktwirtschaft muß her. Selbst die CSU und die Industriegewerkschaft Chemie springen auf diesen offenbar fahrenden Zug auf. Spätestens im rollenden Zug wird man überlegen müssen: Wohin geht die Reise?

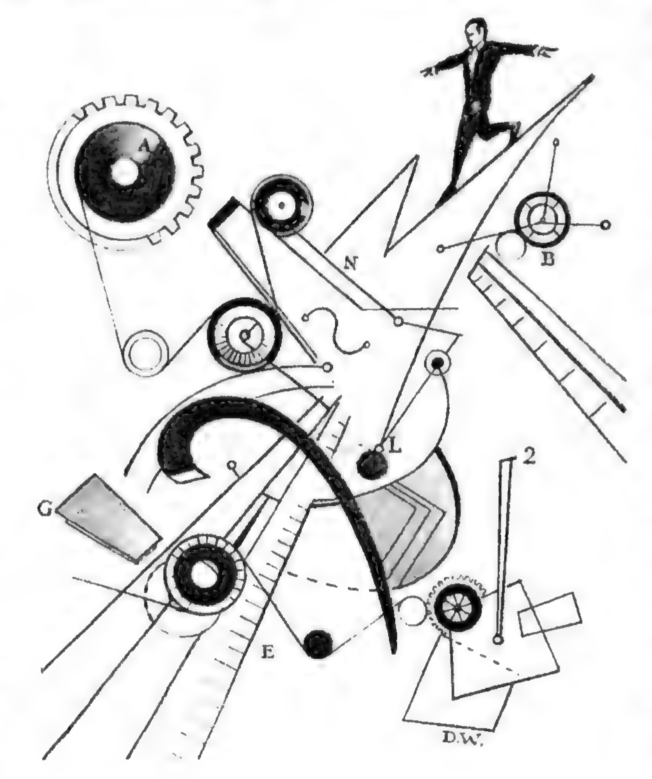
Der hessische Umweltminister und stellvertretende Ministerpräsident Joschka Fischer will noch mehr. Er will wissen: Welches sind die politischen Kosten eines „ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft"? Diese sind in seinen Augen hoch. Die Erfolgschancen stehen sowieso schlecht.

Wenn dennoch etwas gelingen soll, dann müssen erstens – so Fischer – die wirtschaftlichen und technologischen Gewinner-Interessen aktiviert werden. Es muß sich lohnen, ökologisch zu denken und zu handeln. Zweitens müssen die Grünen die „Herren der Grenzwerte" werden. Dies setzt den Aus- und Aufbau entsprechender Ökobürokratien und Ökotechnokratien voraus. Die Lösung ökologischer Probleme muß einer ökologischen Intelligenz Macht-, Markt- und Karrierechancen eröffnen.

Der Vorsatz, auf Eigeninteressen statt auf ökologische Moral zu setzen, klingt gut und erfreulich undeutsch. Auch macht dieser Pragmatismus die Grünen wohl überhaupt erst politikfähig. (Das Bekenntnis zum Industriesystem als Basis seiner Korrektur wäre ihr „Godesberg" und Joschka Fischer ihr „Herbert Wehner".) Doch diese zustimmende Beurteilung darf nicht den Punkt einer notwendigen Kontroverse verdekken.

Mit der Größe der Gefahr wächst der Ruf nach der starken Hand. Aber kommt die Suche nach einer Vereinbarkeit von Ökologie und Demokratie wirklich dem entsagenden Verlangen gleich, „die blaue Blume der linken Romantik zu küssen" (wie Fischer, mich zitierend, als Vorwurf formuliert)? Oder ist es umgekehrt gefährlich, das Bemühen um eine solche Aussöhnung als romantisch abzutun?

Der Fehler des technokratischen Ökopragmatismus, wie ihn Joschka Fischer, aber auch aufgeschlossene Teile der SPD und der CDU vertreten, tritt hervor, sobald man sich klarmacht: Auf welche Gefahrenziele soll der ökologische Umbau der Industriegesellschaft eigentlich ausgerichtet werden? Auf Gefahren, die vor zehn Jahren schon oder noch nicht, heute schon oder noch nicht, morgen schon oder noch nicht ins Blickfeld der Öffentlichkeit gehoben wurden und werden?



Wir haben es inzwischen mit einer Art Weltschönheitswettbewerb der Großrisiken um den Titel der aussichtsreichsten Untergangsperspektive zu tun. Wie lange wurde die Kernenergie allgemein begrüßt? Wann wird das Ozonloch, wann der sterbende Wald mit welchen Gegengiften, welchen konkurrierenden Risiken hoch- und weggerechnet? Und welche Überlebensfragen werden in Zukunft aus den Wunder- und Schreckenskisten des technischen Fortschritts (Gentechnik, Humangenetik, prädiktive Medizin) hervorgezaubert, die alsdann unsere Aufmerksamkeit und unser politisches Nothandeln alarmieren?

Erkennbar wird so, wie die pragmatische Orientierung das sehr bewegliche Medienbild der jeweils „anerkannten" oder um

Anerkennung ringenden Gefahren zur Richtschnur eines an die Substanz gehenden Gesellschafts-Umbaus macht.

Jedoch, die herrschende Kind-im-Brunnen-Politik – erst Entwicklung und öffentliche Finanzierung neuer Technologien, dann Nachdenken und Nachforschen (im wahrsten Sinne des Wortes) über Gefahren und Folgen, dann öffentliche Diskussionen unter dem Fallbeil getroffener Investitionen – muß aufgebrochen und umgedreht werden. Nur so können – könnten, vielleicht – Gefahren minimiert und Selbstkontrolle, Selbstbegrenzung, Mitsprachemöglichkeit eröffnet und gesichert werden. Bliebe noch darüber nachzusinnen: wie?

Große Bereiche der Zukunftsindustrien operieren jenseits der Versicherungsgrenze. Der fehlende private Versicherungsschutz ist die Warnblinkanlage für Unkontrollierbarkeit. Man müßte einmal die Techniker, die der Reaktortechnologie, aber auch der Chemie und der Gentechnologie praktisch ein Nullrisiko bescheinigen, an einen Tisch setzen mit den Versicherungsexperten, die sich dieses Riesengeschäft mit dem Nullrisiko offenbar aus guten Gründen entgehen lassen.

Allein die Einforderung des scheinbar Selbstverständlichen, dessen, was man jedem Pkw-Fahrer strafrechtlich verbindlich vorschreibt, würde die Zukunftsindustrien in größte Verlegenheit bringen. Anstatt sich im Weltuntergang zu sonnen, sollte man mal etwas ganz Kleinkariertes durchsetzen: Gleichheit mit dem Auto! Privaten Versicherungsschutz für alle! Alle Industrien, alle medizinischen Experimente, alle Forschungen!

Ein Vorschlag, bei dem Selbstkontrolle und Selbstbegrenzung geradezu wunderbar ineinandergreifen: keine Großbürokratien, keine Amtsschimmelei! Die Wirtschaft selbst zieht im Wechselspiel der Konkurrenz und mit dem strengen Maßstab der Rentabilität die Grenzen. Wo der Versicherungsschutz fehlt, regiert das Nein, greifen politische Mechanismen: radikale Umkehr der Beweislasten, „gläserne“ Produktion, öffentliche Debatten, hohe Legitimationsanforderungen.

„Gefordert wäre: ein Kubismus der Ingenieure“

Gerade diese Selbstverständlichkeit des Versicherungsschutzes wird allerdings in der Risikogesellschaft zu einer uneinlösbaren Utopie. Daher gilt es noch ein paar Forderungen nachzuschieben. Wie die „soziale Frage“ im 19. Jahrhundert, so muß heute die „ökologische Frage“ theoretisch und politisch münden in Veränderungen der Institutionen.

Auch beim Betriebs- und Berufsunfall im 19. Jahrhundert gab es keine eindeutige Antwort auf die Kausalitätsfrage: Hat der Arbeiter selbst den Unfall verursacht, weil er den nun abgetrennten Arm falsch in die Maschine gehalten hat? Liegt die Ursache beim Ingenieur, der den Maschinenpark entwarf? Kausalität bleibt immer mehrdeutig, schon aus wissenschaftstheoretischen Gründen. Das Zurechnungsproblem mußte und muß durch konfliktvoll errungene Übereinkünfte, gesellschaftliche Verträge, Rechtsnormen geregelt werden.

Diese historische Erfahrung der Sozialgesetzgebung gilt es auf das Problemfeld der Ökologie zu übertragen. Das bedeutet zum Beispiel:

▷ Statt strikter Kausalnachweise, die sowieso nur in Ausnahmefällen gelingen können, müssen festzulegende Vereinbarungen (etwa über die Gesundheitsgefährlichkeit bestimmter Abfallstoffe) zur Grundlage der rechtlichen Anerkennung von Schädigungen gemacht werden;

▷ Umverteilung der Beweislasten in kleinen und großen Schritten, mit der Konsequenz, daß die betrieblichen und wissenschaftlichen Akteure rechtfertigungspflichtig in der Öffentlichkeit werden;

▷ überall, wo technische Sicherheit behauptet wird, diese Behauptung mit Gefährdungshaftung quittieren lassen;

▷ das Verursacherprinzip neu formulieren: mit regionalen Zurechnungen von Gewinner- und Verliererbranchen, beispielsweise zwischen Küstenregionen mit Gaststätten- und Hotelstruktur und den Chemie- und Industrieregionen, die jenen die Giftsuppe einbrocken und die Gäste vertreiben;

▷ regionale Abkommen aushandeln zwischen Industriebetrieben und der Bevölkerung über die Anerkennung von Schädigungen und Entschädigungsleistungen (wie zum Teil in Japan schon geschehen).

Die Schlüsselfrage jedoch lautet: Wie läßt sich das Ja zur Freiheit von Technik und Wissenschaft mit einem demokratisch kontrollierten Nein ihrer Anwendung vereinbaren?

Die gesellschaftliche Organisation der Technik in der modernen Gesellschaft ist alles andere als modern; sie ist, soziologisch gesehen, geradezu antiquiert, wenn man zum Maßstab der Moderne (was unter Soziologen völlig unstrittig ist) „funktionale Autonomie“ gegenüber anderen Handlungsfeldern der Gesellschaft heranzieht.

Ähnlich wie die Wissenschaft viele Jahrhunderte der Religion, wie die Wirtschaft ständischen Restriktionen unterworfen war, so wird die Technik in der Industriegesellschaft von der Wirtschaft dominiert. Würde jenes elementare Prinzip der Moderne, die funktionale Autonomie, auf die „industriefeudale“ Organisation der Technik angewendet, so ließe sich das – im Gedankenexperiment – in zwei Schritten konkretisieren:

Erstens eine Freisetzung der Technik von den Prinzipien und Zusammenhängen ihrer ökonomischen Verwertbarkeit. Technik als l'art pour l'art! Gefordert wäre: ein Kubismus der Ingenieure! Ein technikwissenschaftlicher Kandinsky und Klee! Die Technikwissenschaften müßten ihre konstruktive Phantasie, ihre Logik, ihre Zweifel, Reflexivität und Professionalität entfalten. Mehr technische Optionen eröffnen mehr politische Entscheidungsspielräume – die Technik schafft ihre Sachzwänge ab!

Dies setzt voraus, daß – zweitens – der direkte Zugriff der Wirtschaft gebrochen wird; und dies wiederum ermöglicht neue Entscheidungsstrukturen der Verwendung, neue Filter- und Kontrollinstitutionen der Techniknutzung: Recht, Ethik, demokratische Mitbestimmung, Gewaltenteilung, Lernschleifen, Revidierbarkeit, auch: Nein, so wollen wir nicht leben!

Die Grundlage dafür ist nicht eine für alle verbindliche Moral – die gibt es nicht. Grundlage dafür wären Verfahrensregeln, die erfunden, erstritten werden müßten. So könnte – vielleicht – das Legitimationsvakuum der Technikentwicklung im Milieu wachsender demokratischer Ansprüche abgebaut werden.

Dieses Modell einer Kunst der Technik einerseits und der rechtlichen, politischen, ethischen Kontrolle ihrer Anwendung und Umsetzung andererseits liegt nun wirklich quer zu allen Forderungen und realen Entwicklungen, etwa dem Kurzschluß zwischen Universität und Wirtschaft, der von den Modernisierungsparteien mit Energie forciert wird. Gleichzeitig spricht diese Utopie nur das aus, was immer schon versprochen wird: nämlich die Modernität der Technologieentwicklung.

Auch wenn diese scheinbar längst eingelöste Utopie heute uneinlösbar erscheint, läßt sich allein an ihrem Maßstab zweierlei erkennen: Erstens, wir leben noch lange nicht in einer modernen Gesellschaft, und zweitens, Antworten auf die ökologische Frage können auch in der Suche nach mehr Moderne, mehr Freiheit, mehr Demokratie gefunden werden.

Ulrich Beck, 47, Professor für Soziologie und Autor vielbeachteter Bücher (sein letztes: „Politik in der Risikogesellschaft“), arbeitet zur Zeit am Wissenschaftskolleg Berlin.



Was trägt man im

Na gut, der Nikkei-Index steht im Wirtschaftsteil Ihrer Zeitung, der neue High-Tech-Kopierer steht auf der Cebit und die High-Fidelity-Anlage steht in Ihrem Wohnzimmer.

Aber wenn Ihnen der direkte Kontakt zu Ihren japanischen Freunden wichtig ist, wenn Sie wissen wollen, was in Nippon gerade angesagt ist, dann sollten Sie nicht in den nächsten

Herbst in Tokio?

besten Samurai-Film gehen, und Ihre Koffer brauchen Sie auch nicht zu packen:

► Ein Anruf erspart 16 Stunden im Düsen-Jet und bringt Sie auf den neuesten Stand. Zu einem Preis, der Sie angenehm überraschen wird. Und vergessen Sie nicht, nach der Mode zu fragen, auch da reden die Japaner mit.



Anwälte

Gib mir 'nen Stempel

Hochbelastete SED-Richter, die in Ostdeutschland ihr Amt verloren haben, machen nun Karriere als Rechtsanwälte.

Die Zuschauer, die regelmäßig die Strafverhandlungen beim Stadtbezirksgericht Lichtenberg in Ost-Berlin verfolgten, kamen häufig durch den Heizungskeller. „Die hatten Schlüssel für den Hintereingang", erinnert sich Hausmeister Detlef Schrader an die Zeit vor der Wende, „schließlich waren es unsere Nachbarn."

Die Nachbarn waren Männer aus dem Stasi-Ministerium gleich gegenüber, und am liebsten schauten sie bei Jürgen Wetzenstein-Ollenschläger herein.

Der Richter verhandelte als Gerichtsdirektor die besonders delikaten Polit-Strafsachen. Zum Gefallen der Nachbarn verurteilte er beispielsweise die Regime-Kritikerin Vera Wollenberger wegen „versuchter Beteiligung an einer Zusammenrottung" zu sechs Monaten Freiheitsstrafe. Wollenberger, 39, heute Bundestagsabgeordnete für das Bündnis 90/Grüne, hatte im Januar 1988 am Rande der offiziellen Liebknecht-Luxemburg-Gedenkdemonstration mit einem Transparent an die Freiheit der Meinungsäußerung erinnern wollen, die auch in der DDR-Verfassung garantiert war.

Der Weg der alten Stasi-Leute zu dem Juristen ist heute viel einfacher. Wetzenstein-Ollenschläger, 48, schon vor der Wende im März 1989 aus dem Justizdienst ausgeschieden, hat eine florierende Anwaltskanzlei in Ost-Berlin.

Binnen kurzem hat der ehemals berüchtigte Chef des als „MfS-Gericht" verrufenen Lichtenberger Tribunals erneut Karriere gemacht. Sein prominentester Mandant ist der frühere Stasi-Minister Erich Mielke, 83, zur Zeit unter anderem wegen seiner Beteiligung an den Mauer-Morden in Untersuchungshaft. Wetzenstein: „Ein Jahrhundert-Mandat."

Die Karriere ist kein Einzelfall – Hunderte ehemaliger SED-Richter, Staatsanwälte und Juristen aus der DDR-Ministerialbürokratie haben sich bereits in den Anwaltsberuf abgesetzt. Und die westdeutschen Rechtsanwälte müssen damit rechnen, immer mehr Ost-Kollegen mit dunkler Vergangenheit zu bekommen. Die meisten der Ex-DDR-Richter, die in den kommenden Monaten von Prüfungsausschüssen aus der Ost-Justiz als hochbelastet aussortiert werden, dürften sich umgehend nach einem Anwaltsbüro umsehen.



Ex-SED-Richter Wetzenstein-Ollenschläger: „Die neue Macht ...



SED-Opfer Wollenberger
... rechnet mit der alten Macht ab"

Daß die bundesdeutsche Anwaltschaft so zur Zufluchtstätte für hochbelastete SED-Juristen wird, macht auch Justizpolitikern Sorge. Um zu verhindern, daß die Anwaltskanzleien zum „Auffangbecken für ehemalige Stasi-Offiziere, gnadenlose Richter und Staatsanwälte" werden, hat Bundesjustizminister Klaus Kinkel (FDP) Anfang des Monats ein Berufsverbot für Rechtsanwälte eingefordert, die zu DDR-Zeiten „unmenschlich und rechtsstaatswidrig gehandelt" haben.

Notfalls werde er, so Kinkel, sogar eine Gesetzesänderung herbeiführen, um ehemalige Stasi-Juristen auch nachträglich aus der Anwaltschaft zu vertreiben. Dabei war es die Bundesregierung selbst, die im Einigungsvertrag den Ost-Juristen freundliches Entgegenkommen versprochen hatte.

Im Einigungsvertrag ist geregelt, daß jeder Jurist, der noch in den letzten Tagen der DDR seine Zulassung als Anwalt bekommen hat, mit derselben Zulassung nach der deutschen Einheit weitermachen darf. Ein Sprecher des Bonner Justizministeriums: „Das war ein sehr nachhaltig vorgetragener Wunsch der DDR-Regierung."

Der hartnäckige Einsatz der ostdeutschen Unterhändler um Ministerpräsident und Rechtsanwalt Lothar de Maizière (CDU) galt einem aufstrebenden Berufsstand im sterbenden Arbeiter-und-Bauern-Staat. In der gesamten DDR waren bis Ende 1989 gerade mal 600 Rechtsanwälte registriert, gut neun Monate später – nach dem 3. Oktober 1990 – mußte allein die (West-)Berliner Anwaltskammer 800 neue Kollegen aus Ost-Berlin aufnehmen.

Diese wundersame Vermehrung war gut organisiert. Mit der „Verordnung über die Tätigkeit und die Zulassung von Rechtsanwälten mit eigener Praxis" vom 22. Februar 1990 hatte die DDR-Regierung rechtzeitig den Juristen eine berufliche Perspektive im heraufziehenden Rechtsstaat gewiesen. Wer den „minimalen Anforderungen" genügte, so der altgediente Ost-Anwalt Friedrich Wolff, wurde vom Justizministerium noch schnell zugelassen.

Mit dem Ergebnis quält sich nun vor allem die Berliner Justiz. „Wir könnten eine komplette Regierungsmannschaft der DDR stellen", bilanziert die Hauptgeschäftsführerin der Berliner Anwaltskammer, Vera von Doetinchem, nach einer ersten Durchsicht der neuen Mitglieder. Tatsächlich liest sich die Liste der Ost-Anwälte wie ein „Who is Who" des Unrechtsstaates.

Als neue „Organe der Rechtspflege" (Bundesrechtsanwaltsordnung) re-

gistrierte die Anwaltskammer beispielsweise

- ▷ Günter Wendland, 60, ehemals Generalstaatsanwalt der DDR;
- ▷ Günter Sarge, 60, vormals Präsident des Obersten Gerichts;
- ▷ Hans-Dietrich Lehmann, 41, früher Richter am Obersten Gericht;
- ▷ Kurt Wünsche, 61, bis August 1990 DDR-Justizminister, der die Zulassung als Rechtsanwalt noch am 13. Juni 1990 vom eigenen Hause erhielt.

„Mindestens 200 Anwälte aus Ost-Berlin sind belastet im weiteren Sinne", schätzt von Doetinchem. Viele hätten eine Zulassung erhalten, obwohl sie eine Anwaltskanzlei „noch nie von innen gesehen" haben: „Das lief bei der Zulassung noch nach dem Motto ‚Alter, gib mir 'nen Stempel'."



Anwalt Wendland
„Für Gespräche keine Zeit"

Der Widerstand der Anwaltskammern gegen die aufgedrängten Kollegen war vergeblich. „Wir sind verpflichtet, allen noch in der DDR zugelassenen Anwälten auch bei uns die Zulassung zu erteilen", ist die Rechtsauskunft, die etwa die Berliner Justizsprecherin Jutta Burghart den Protesten entgegenhält.

Fast ebenso hilflos ist die bundesdeutsche Justiz gegenüber den Nachzüglern, die jetzt erst im Osten ihren Dienst als Richter oder Staatsanwälte quittieren müssen. Ihnen ist der Weg in den freien Beruf nur versperrt, wenn die Anwaltskammern und die Justizverwaltungen der Länder sie für „unwürdig" (Bundesrechtsanwaltsordnung) befinden.

Auf solche Prüfungen ist die Juristerei weder im Westen noch im Osten vorbereitet. Für „unwürdig" werden nach dem traditionellen Berufsbild der westdeutschen Anwaltschaft allenfalls mal Kollegen befunden, die Mandanten betrogen oder Steuern hinterzogen haben.

Doch bei den Kollegen aus der DDR geht es um sehr viel diffizilere Fragen. „Sichere Kriterien dafür, was Würde ist, gibt es nicht", klagt nun der Präsident des Deutschen Anwaltvereins, Günter Schardey, 62. Klar sei nur, daß allein die Mitgliedschaft in der SED „keinesfalls" zur Verweigerung der Zulassung genüge.

Zudem bleibt die vollständige Vorgeschichte der Bewerber den Anwaltskammern meistens verborgen. Wolfgang Schmidt, 53, Präsident der Anwaltskammer Sachsen: „An die Stasi-Akten kommen wir bisher nicht ran." Die Folge: Seine Kammer habe „nicht einmal ein Dutzend Zulassungsanträge" abgewiesen.

Abhilfe könnte das Versprechen von Justizminister Kinkel schaffen, die Stasi-Archive auch zur Überprüfung von verdächtigen Anwälten zu öffnen. Bis dahin aber können die Standespolitiker nur auf ihre Juristen-Kollegen von der Staatsanwaltschaft hoffen.

Ehemalige DDR-Richter, die wegen Rechtsbeugung angeklagt und verurteilt werden, haben auch in der Anwaltschaft keine Chance mehr – Rechtsbeugung ist nach westdeutschem Strafgesetzbuch als Verbrechen mit einer Mindest-Haftstrafe von einem Jahr bedroht.

Eine solche Haftstrafe muß nun auch Mielke-Verteidiger Wetzenstein-Ollenschläger fürchten. Die Staatsanwaltschaft Berlin führt gegen den früheren Richter gleich drei Ermittlungsverfahren wegen Rechtsbeugung.



Anwalt Schnur
„Torsten" vom Demokratischen Aufbruch

Der Ex-Gerichtsdirektor stellt die Verfahren der Berliner Justiz gegen ihn noch immer als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR dar: „Die neue Macht rechnet mit der alten Macht ab." Ideologisch unerschüttert, vermutet Wetzenstein-Ollenschläger, die Untersuchung seiner Rechtsprechung habe wohl eher politische als rechtliche Motive: „Das Recht ist der Politik – auch in der Bundesrepublik – nachgeordnet."

Sollte Ex-Stasi-Minister Mielke demnächst einen neuen Anwalt brauchen, könnte er es in Hessenwinkel im Ost-Berliner Stadtteil Köpenick probieren. In idyllischer Lage an der Müggelspree wohnt dort ein ehemaliger Mitarbeiter seines Hauses – der Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, 47.

Der Jurist hat sich schon auf vielen Feldern einen Namen gemacht: einerseits als rühriger Anwalt von angeklagten DDR-Oppositionellen und, während der friedlichen Revolution, als Vorsitzender des konservativen „Demokratischen Aufbruchs", andererseits als „Torsten", so sein Deckname bei der Stasi.

Auch der im März 1990 vom SPIEGEL (11/1990) als Stasi-Spitzel enttarnte Schnur bietet als wohlbestalltes Mitglied der Berliner Anwaltskammer Rechtsrat an. Schnur, der sich seit seiner Entlarvung mit einem Vollbart tarnt, will demnächst eine Kanzlei in der Duisburger Straße in Wilmersdorf (West-Berlin) eröffnen.



Anwalt Wünsche
Lizenz aus dem eigenen Haus

Der ehemalige Ober-Ankläger Wendland geht seiner Arbeit als freier Jurist lieber gleich auf heimischem Terrain nach: In einer ehemaligen Baracke der DDR-Grenztruppen hat er seine West-Gesetzbücher aufgebaut. Zusammen mit seiner Ehefrau Anneliese arbeitet er dort als Angestellter des Notars und Rechtsanwalts Lothar Schellner.

Schellner hält beschützend die Hand über den einstmals mächtigen SED-Juristen: „Herr Wendland ist mein Angestellter – für Gespräche hat er keine Zeit."

Gegenüber der West-Justiz zeigt sich Schützling Wendland ganz kulant – er ließ es bei der Anwaltszulassung bewenden. Um den Berliner Behörden „die Entscheidung zu erleichtern", habe er seine „Bewerbung zum Notar zurückgezogen".

Und als Rechtsanwalt, verspricht er, wolle er sich künftig auf ganz zivile Rechtsgebiete konzentrieren: „Strafsachen mache ich nicht mehr." Der ehemalige Ankläger bemüht sich sehr um Ehe- und Gesellschaftsrecht: „In den letzten Monaten habe ich gebimst wie in meinem Leben noch nicht." ◀

„Man saß wie auf einer Bombe“

SPIEGEL-Reporterin Gisela Friedrichsen zur Einstellung des Verfahrens um das Unglück im „Riessersee“-Hotel



Bergung der Verletzten am 27. Dezember 1986: Bis heute keine Entschädigung

In den Tagen nach dem Unglück, nach dem 27. Dezember 1986, strömte Anteilnahme. Franz Josef Strauß wünschte den Familien, „die Tote zu beklagen haben oder um ein Leben bangen“, Gottes Beistand und den Verletzten rasche und völlige Genesung. Der Bürgermeister der Marktgemeinde, Toni Neidlinger, möge ihn verständigen, wenn er weiteres Personal oder technisches Gerät benötige, „um die für Garmisch-Partenkirchen so schwere Herausforderung zu bestehen“.

Der damalige bayerische Finanzminister Max Streibl versprach bei einer Trauerfeier in der katholischen Pfarrkirche St. Martin hoch und heilig, die Staatsregierung werde alles tun, daß auch über die unmittelbare Katastrophenhilfe hinaus allen Betroffenen wirksame und rasche Hilfe zuteil werde.

Viereinhalb Jahre später aber, als endlich die Hauptverhandlung um das Gas-Unglück im Hotel „Riessersee“ vor dem Landgericht München II beginnen konnte – die Explosion hatte 11 Menschen das Leben gekostet und 18 weiteren zum Teil erhebliche und irreparable Verletzungen zugefügt –, warten die Hinterbliebenen und Geschädigten noch immer auf „rasche und wirksame Hilfe“. Wenn es damals nicht stark geschneit hätte, wären die auf den Gasgeruch hin alarmierten Rettungsfahrzeuge mitten in die Explosion hinein beim Hotel angekommen, und es hätte möglicherweise noch mehr Tote und Verletzte gegeben.

Lackschäden und Beulen an Autos, entstanden durch umherfliegende Trümmer, waren von den Versicherungen reguliert worden, auch zerbrochene Brillengestelle und die Kosten ärztlicher Behandlung. Das Hotel ist wieder aufgebaut, es befindet sich in neuer Hand, die Sachschäden sind längst beseitigt.

Doch der Mann, dem die 21jährige Tochter an Ort und Stelle starb und die 23jährige ältere, nachdem ihr die Druckwelle beide Beine abgerissen hatte, wenige Tage später? Die Großmutter, die im Wasser des Swimming-pools überlebte, während Tochter und Enkelin sich auf den Weg gemacht hatten, Gasgeruch zu melden, und erschlagen wurden?

Ihre Toten, die haben die Familien auf eigene Kosten begraben müssen. Sie haben selbst zusehen müssen, wie sie ohne den Familienvater, ohne die Mutter, ohne Sohn oder Tochter, ohne den Lebensgefährten weiterlebten. Sie haben auf eigene Faust neue Existenzen aufbauen müssen. Mit Behinderung und Einschränkung der Lebensmöglichkeiten hatten sie sich abzufinden. Nicht einmal die im voraus über den 27. Dezember 1986 hinaus bezahlten Hotelkosten wurden zurückerstattet. Erst müßten Unglücksursache und die Schuldigen herausgefunden werden, hieß es.

Das neue Sport- und Konferenzhotel „Riessersee“, Nachfolger eines traditionsreichen, von der Garmischer Familie Buchwieser um die Jahrhundertwende erbauten Hotels, in dem 1921 der Eishockeyclub SC Riessersee als Hotelmannschaft gegründet worden war, wurde im Lauf des Jahre 1985 fertig. Baulöwen und Spekulanten hatten sich über Jahre an dem Projekt versucht, die Suche nach finanzstarken Erwerbern von Eigentumsanteilen aber stieß nur auf schwaches Interesse.

„Seit zehn Jahren“, schrieb die Lokalpresse, „wird um ein Haus in einer der schönsten Landschaften der Welt nichts als geplant, projektiert und geschwafelt.“ Das „Riessersee“ sei ein „besonders krasses Beispiel von mißlungener Spekulation mit dem Geld anderer Leute“, denn Eigenkapital habe keiner der „Möchtegern-Hotelbauer“.

So kam es denn auch nicht zu einer Eröffnung im herkömmlichen Sinn. Ein ehemaliger Geschäftsführer der Altbayerischen Hotel Betriebs GmbH, die damals als Betreiber fungierte, erinnert sich heute an ein „soft opening“, einer Inbetriebnahme nach und nach, so die vorhandenen Mittel es zuließen. Er erinnert sich an eine „Ruine, die nie fertig wurde“. „Wie soll man eine Küche eröffnen, wenn kein Herd da ist?“ Er habe die Geschäftsführung niedergelegt, weil das Ganze „ein finanzielles Fiasko“ gewesen sei, bei dem überdies eine undurchsichtige Treuhand-Steuergesellschaft ihre Finger im Spiel hatte.

An der Erstellung der Neubau-Ruine waren zahlreiche Unternehmen mit Sub- und wieder Sub- und noch einmal Subunternehmen beteiligt. Es ist ordentlich gearbeitet und geschlampt wor-

Lösen Sie jetzt Ihre Rücklagen auf und investieren Sie in reines Cashmere.



Unter Experten gilt die Kaschmirziege der Inneren Mongolei als interessantes Investitionsobjekt. Ihr weißer Flaum ist zwar heute schon haarsträubend teuer, gewinnt aber weiter ständig an Wert. Deshalb ist das feine White Cashmere Jacket von BenBarton eines der besten Anlagemodelle dieser Saison.



BenBarton · P.O. Box 1107 D-8758 Goldbach

BENBARTON
REGISTERED TRADE MARK



Angeklagte, Verteidiger im „Riessersee"-Prozeß: Wer hat die Handsteuerung zu verantworten?

den wie überall, jeder kennt es aus eigener Anschauung, wenn er Handwerker im Haus hat. Da kommt der Installateur, und der Elektriker ist noch nicht fertig, und der Fliesenleger will weitermachen, und der Maler hat inzwischen Konkurs angemeldet. Geht etwas schief, dann lautet der Auftrag anders, dann ist man just für den Mangel nicht kompetent.

Im Fall des „Riessersee"-Hotels gerieten fünf Männer – Zufall? Irrtum? Absicht? – schließlich auf die Anklagebank: der Heizungsbauer und Ingenieur Martin Willibald, 40, aus Mittenwald, die Angestellten Carsten Meyer, 54, und Karl-Heinz Schmid, 62, der Monteur Johann Pöller, 48, und der ehemalige Sachverständige des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) München Karl Ebert, 68.

Nicht erst die Hauptverhandlung vor der 3. Strafkammer unter dem Vorsitz von Christian Schreiber, 56, zeigte, daß ihnen entweder überhaupt kein oder höchstens minimales oder geringfügiges Verschulden anzulasten ist. Aus detaillierten Schriftsätzen der Verteidigung hatte sich längst ergeben, daß weit mehr und vor allem ganz anderen Leuten der Prozeß hätte gemacht werden müssen. Wer mußte den Wust an Vorschriften im Kopf haben? Der Schweißer, der Monteur?

„Mindestens fünfzehn weitere Personen", rechnet Verteidiger Steffen Ufer, München, nach, „hätten ebenfalls angeklagt werden müssen."

Das „Riessersee"-Hotel war, bevor eine Erdgasleitung an das etwa einen Kilometer vom Ort entfernt liegende, nur über eine schmale Bergstraße erreichbare Gebäude gelegt wurde, entsprechend einer Forderung der Marktgemeinde Garmisch-Partenkirchen nach umweltfreundlicher Energie mit einer Propangas-Heizanlage ausgestattet worden. Die Energie, die in Flüssiggas gespeichert sei, so ein Sachverständiger im Prozeß, übertreffe bei weitem Sprengstoff: „Man saß wie auf einer Bombe." Einer umweltfreundlichen freilich.

Das Flüssiggas lagerte in einem vom Hotel knapp sieben Meter entfernten, erdgedeckten 64 000-Liter-Tank. Zum Gebäude fiel das Gelände ab – *auch* ein für das Unglück ursächlicher Faktor (den der Landschaftsgärtner zu verantworten hat), denn das Gas ist schwerer als Luft, kriecht also am Boden.

Der Tank war innen mit Warmwasser-Heizschlangen ausgestattet, um den Gasdruck, der durch wetterbedingte Temperaturänderung oder durch Gasentnahme sinken konnte, auf einer bestimmten Mindesthöhe zu halten. Die gastechnische Anlage, so wie sie von der Firma Gloria-Gas GmbH durch die Angeklagten Meyer, Schmid und Pöller nach den damals allgemein anerkannten Regeln der Technik geplant, geliefert und montiert worden war, funktionierte automatisch. Sank der Druck im Tank unter 3 bar, wurde das Gas mittels der Heizschlangen erwärmt. Waren wieder 3 bis 4 bar erreicht, schaltete sich die Heizung ab.

Die Anlage konnte aber auch per Hand betrieben werden, wodurch die Sicherheit nicht mehr automatisch gewährleistet war. Der Einbau einer elektrischen Handschaltung, so argumentiert Pöllers Verteidiger Dr. Eckhart Müller, München, war von der Firma Gloria-Gas weder konzipiert noch veranlaßt. Pöller habe ordnungsgemäß gearbeitet und, als er den von Gloria-Gas gelieferten Anlagenteil in Betrieb nehmen wollte, festgestellt, daß die elektrische Anlage noch nicht in Ordnung war. Dies aber sei seine Sache nicht mehr gewesen.

„Grundsätzlich", so Müller, „ist aus technischer Sicht festzuhalten, daß es keinen nachvollziehbaren Grund gibt, warum die Handschaltung überhaupt eingebaut worden ist, und zwar zusätzlich zur Automatik. Aber selbst wenn es dafür einen plausiblen Grund geben sollte, bleibt unerklärlich, warum diese ohne Sicherheitsbegrenzung gegen unzulässig langen Betrieb durch den Veranlasser ausgeführt wurde. Wenn die Automatik ausfällt, dann wird allenfalls das Gebäude kalt, aber es kann nichts weiter passieren. Das Unglück rührt daher, daß mit der Handschaltung zeitlich unkontrolliert die Anlage weitergefahren werden konnte, ohne daß weitere Sicherheitsmaßnahmen gegriffen hätten."

Von den Angeklagten hatte keiner den verhängnisvollen, nicht geplanten, damals aber von den gesetzlichen Vorschriften her zulässigen Einbau der Handsteuerung zu verantworten. Von der Elektrofirma, die den Schaltschrank gebaut hatte und möglicherweise von den Gefahren wußte, war niemand angeklagt. Auch niemand von der Firma Hero GmbH, der die Koordination der gas- und elektrotechnischen Gewerke oblag. Niemand von der Baubetreuungsfirma Held & Franke, niemand von HL-Technik GmbH, nicht der Ersteller des Gebäudes, nicht der Betreiber.

Es war auch nicht der – weiter seine Funktion ausübende – Hoteldirektor angeklagt, der sich als Zeuge nur für den kaufmännischen Teil und die Gästebetreuung zuständig erklärte und der nicht einmal gewußt haben will, ob und gegebenenfalls wo Bedienungsanleitungen und Alarmpläne aufbewahrt wurden.

Es war auch nicht angeklagt der Hausmeister, der vier Tage vor dem Unglück die Tankheizung möglicherweise irrtümlich auf Handbetrieb umgestellt hatte. Das grüne Lämpchen habe nicht gebrannt, sagt er vor Gericht und meint damit, ein Störfall habe vorgelegen. Auch sei die Temperatur abgefallen. Das grüne Lämpchen aber brannte nur, so ein Sachverständiger, wenn beheizt werden mußte. Im Störfall hätte ein *rotes* Lämpchen gebrannt.

Der Hausmeister rief bei der Heizungsfirma Willibald an und vergewisserte sich, ob er auf „Hand" als Notbehelf umstellen dürfe. Eine Männerstim-

Ihr Krankenhaus ist das erstbeste.



Oder das erste, beste.



Für den Krankheitsfall sollte man sich die besten Versorgungsleistungen sichern, die man bekommen kann. Wie im Rahmen einer IDUNA/NOVA Privatversicherung. Da ist es zum Beispiel nicht dem Zufall überlassen, ob Sie im Einzelzimmer liegen oder nicht. Sie haben einen verbrieften Anspruch darauf! Ebenso auf die Wahl „Ihrer" Klinik. Oder die Betreuung durch den Arzt Ihres Vertrauens. Wir wollen, daß Sie so umsorgt werden, wie Sie es sich ganz persönlich wünschen. Und das muß keineswegs teuer sein.



Aktiv im Rahmen Ihrer Ziele.

Versicherungen Altersvorsorge Bausparen Investment

me (wer?) habe ihm bedeutet, das sei in Ordnung. Am ersten Weihnachtsfeiertag, als der Senior der Firma Willibald zum Essen ins Hotel kam, sei er mit diesem in den Keller gegangen, um zu fragen, ob alles seine Richtigkeit habe.

Der Handbetrieb lief weiter, bis am 27. Dezember das Flüssiggas eine Temperatur von 48 Grad und der Gasdampfdruck 15,6 bar erreichten. Das Sicherheitsventil öffnete sich, das Gas strömte ins Freie, kroch, sich mit Luft vermischend, auf das Hotel zu, es drang in Lüftungsschächte ein, von der Klimaanlage angesogen, und detonierte, als ein Lichtschalter, eine Klingel oder ein Telefonapparat bedient wurde.

Willibald sen. ist mittlerweile gestorben. Sein Sohn, der bestritt, mit dem Hausmeister telefoniert zu haben, war angeklagt. Warum? Wie ein Treppenwitz mutet es an, daß der ehemalige TÜV-Beauftragte Ebert auf der Anklagebank saß, der den „Druckbehälter“ – keineswegs die gesamte Heizungsanlage – zu prüfen hatte und geprüft hat. Er war angeklagt aufgrund einer falschen Information, die der Verantwortliche des Gewerbeaufsichtsamtes, Oberamtsrat Nowak, der Staatsanwaltschaft gegeben hatte. Nowak wiederum war von der Staatsanwaltschaft als Sachverständiger aufgeboten.

Nach dem Unglück wurden ähnliche Flüssiggasanlagen reihenweise stillgelegt. Die Vorschriften wurden geändert, die Prüfungsmodalitäten angepaßt. Innenbeheizte Flüssiggastanks sind inzwischen überhaupt nicht mehr erlaubt. Es ist, soweit absehbar, schnell und umfassend reagiert worden.

So ging es bei der Hauptverhandlung, dem letzten Akt der Aufarbeitung des Unglücks im „Riessersee“-Hotel, nur noch um die bisher sträflich vernachlässigten Opfer – eine Einsicht, der sich die Staatsanwaltschaft in Person des skurrilbizarren Oberstaatsanwalts Albrecht Burger, 59, hartnäckig versperrte. Am vierten Verhandlungstag regte der Vorsitzende Schreiber nach einem Gespräch mit den Verteidigern Müller und Ufer an, das Verfahren gemäß Paragraph 153 a der Strafprozeßordnung einzustellen, vor allem, um eine finanzielle Wiedergutmachung nicht in noch weitere Ferne zu rücken. Er sprach mit eindrucksvollem Ernst, er beschwor den starrköpfigen Staatsanwalt geradezu.

Doch Burger, wie ein sendungsbewußter Rechtswahrer, bestand auf einem Urteil. Er bestand darauf, als seien nicht endlich die Verletzungen der Opfer zu mildern, sondern Verletzungen des Gesetzes, eines Staates zu ahnden, dessen Prinzip es ist, die Stelle der Opfer einzunehmen. Als er schließlich nachgab, unbeeindruckt von der Noblesse des Vorsitzenden ihm gegenüber und der Beherztheit der Verteidigung, unbeeindruckt selbst von den zustimmenden Nebenklägern – es war eine bedrückende Vorstellung in aller Öffentlichkeit.

Die Angeklagten Willibald und Pöller haben nun je 5000 Mark zu zahlen, Schmid und Meyer je 10 000 Mark. Gegen Ebert wurde das Verfahren ohne Auferlegung einer Geldbuße und unter Übernahme der Verteidigungskosten durch die Staatskasse eingestellt. Die Versicherungen der am Bau der explodierten Heizungsanlage beteiligten Firmen haben bereits signalisieren lassen, daß ein Pool gebildet werde, aus dem die Ansprüche der Geschädigten beglichen würden.

Noch einmal zu Oberstaatsanwalt Burger, der die Aussage einer von Glassplittern am ganzen Körper verletzten Frau mit den Worten zu resümieren sich erlaubte: „Also als Striptease-Tänzerin können Sie nicht mehr auftreten.“

Vorsitzender Richter Schreiber: Beschwörung des starrköpfigen Staatsanwalts

Behörden

Flucht mit Blaulicht

Mit einer beispiellosen Köpenickiade hat ein Schwindler aus dem Westen ostdeutsche Behörden genarrt.

Der junge Mann stellte sich den Polizisten im Schweriner Innenministerium als uneigennütziger Aufbauhelfer vor. Er sei von Hamburg nach Mecklenburg übergesiedelt und habe gleich einen Umweltverein ins Leben gerufen, berichtete Olaf Traugott Schröder, 34.

Die Ordnungshüter nickten anerkennend. Nun wolle er, erklärte Schröder, einen Rettungsdienst aufbauen, der bei Autounfällen für „die Bergung von Gefahrgütern“ sorge. Die Polizisten waren hellauf begeistert.

Zweifel an seiner Glaubwürdigkeit ließ der smarte Wessi gar nicht erst aufkommen. Aus seinem Aktenkoffer holte er eine dicke Fotomappe mit Unfallbildern hervor („Hier sickern gerade 1000 Liter Diesel ins Erdreich“). Dazu zeigte Schröder Zeitungsausrisse, in denen Lokalblätter seinen Umweltverein als „kompetente Einrichtung“ würdigten.

Auch der Referatsleiter Einsatz im Ministerium, Olaf Streeck, war von dem Besucher angetan: „Sprachlich gewandt, im Auftreten sicher“, urteilte der hohe Polizeibedienstete, „der Mann kann uns nützen.“

Streeck sicherte Schröder die Unterstützung des Ministeriums zu. Eine Überprüfung des neuen inoffiziellen Mitarbeiters schien ihm nicht nötig – ein böser Schnitzer.

Denn Schröder, dem das Schweriner Innenministerium Anfang des Jahres so treuherzig Hilfe versprach, wird bundesweit per Haftbefehl gesucht. Der Name steht im Computer der Polizei und auf jeder Fahndungsliste.

In Schröders Strafakte finden sich Verurteilungen wegen Betruges, Urkundenfälschung, Unterschlagung, Diebstahls und Mißbrauchs von Aus-



COINTREAU
SPÉCIALITÉ
FRANCE
VOULEZ-VOUS
COINTREAU AVEC MOI ?

Für den Ausbau Ihrer gemeinnützigen Einrichtung sind wir Ihnen dankbar.

Der Minister
des Innern des Landes Mecklenburg
Vorpommern
i.A.
Der Innenminister
des Landes
Mecklenburg-Vorpommern
Karl Marx ...
O-2750 SCHWERIN

Alle Behörden und Institutionen werden gebeten, Herrn Schröder bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben tatkräftig behilflich zu sein.

Die Konzeption erfolgt in Abstimmung mit dem Unfallrettungszentrum Zarrentin in Mecklenburg-Vorpommern, deren Leiter Herr Schröder ist.

Ministerium
für Stadtentwicklung, Wohnen u. Verkehr
des Landes Brandenburg
Dortustraße 30-33
O-1561 Potsdam

Amtliche Schröder-Empfehlungsschreiben: „Ist erst einmal ein Stein umgefallen, kippen die anderen nach"

weispapieren. Knapp drei Jahre saß er dafür in der Hamburger Haftanstalt Fuhlsbüttel. Weil er nach seiner Entlassung dem Bewährungshelfer entwischte, ordnete das Hamburger Landgericht im März letzten Jahres erneut Haft an: „Auf Grund seines Vorlebens" sei „mit der Begehung weiterer erheblicher Straftaten zu rechnen".

Doch Schröder hatte sich längst in den Osten abgesetzt. Und dort waren die Behörden nur allzugern bereit, dem Flüchtling mit dem forschen Auftreten und den hehren Plänen nach Kräften unter die Arme zu greifen.

„Die waren total froh, daß ihnen jemand beim Umweltschutz auf die Sprünge helfen wollte", sagt Schröder: „Da hat niemand Fragen gestellt."

Das Innenministerium in Schwerin besorgte dem kleinen Gauner eine „Autorisierungsbescheinigung des Ministers" und attestierte dem Umweltdienst, „im Interesse des Landes Mecklenburg-Vorpommern" zu agieren. Die Stadt Wismar erteilte Schröder in einer „Ausnahmegenehmigung" das Recht, bei Einsätzen auch mal Verkehrsregeln zu mißachten und „in Fällen, wo oberste Dringlichkeit geboten erscheint", mit Blaulicht durch die Stadt zu kurven.

Das brandenburgische Verkehrsministerium stellte Schröder gar einen „Dienstnachweis" aus: „Alle Behörden und Institutionen" des Landes werden darin aufgefordert, dem Hochstapler „bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben tatkräftig behilflich zu sein".

Die beispiellose Köpenickiade belegt, wie luschig noch immer in vielen Ost-Behörden gearbeitet wird. Häufig setzte der gelernte Einzelhandelskaufmann die Amtsschreiben selbst auf, die Ministerialen mußten nur noch unterschreiben und ihren Dienststempel draufdrücken.

Bei seinen Behördengängen ging Schröder nach „der Dominotheorie" vor: „Ist erst einmal ein Stein umgefallen, kippen die anderen nach." Als der clevere Wessi etwa beim Finanzamt in Wismar seinen alten Opel anmelden wollte, halfen ihm die Empfehlungen aus dem Wirtschaftsministerium. Nach Vorlage der Briefe wurde das Auto zum „Einsatzfahrzeug" deklariert und anstandslos steuerbefreit.

Auch bei der Suche nach geeigneter Unterkunft war die Rückendeckung aus den Ministerien dienlich. Bei einer Erkundungsfahrt durch Mecklenburg hatte Schröder ein leerstehendes Gebäude beim ehemaligen Grenzübergang Zarrentin entdeckt. Das zuständige Bundesverkehrsministerium erklärte dem vermeintlich seriösen Umweltverein auf Nachfrage, gegen eine Vermietung bestünden „keine Bedenken".

Schröder durfte das Domizil beziehen, ohne einen Pfennig Miete zahlen zu müssen. Die notwendige Ausrüstung für den Rettungsdienst kaufte er sich billig im Westen zusammen, einen ausgemusterten Mercedes-Krankenwagen erstand er günstig bei einer Versteigerung. Über Zeitungsannoncen und Flugblätter warb er ehrenamtliche Mitarbeiter, denen er eine Einstellung durchs Arbeitsamt in Aussicht stellte. Fortan düste die Truppe über die ostdeutschen Autobahnen, um Schlagkraft zu demonstrieren. Wenn die Helfer dabei mal auf einen umgestürzten Lastwagen stießen, nutzte Umweltchef Schröder seine Kenntnisse aus einer ABC-Abwehr-Ausbildung bei der Bundeswehr. Auch die Zusammenarbeit mit der lokalen Presse klappte bestens: Als Gefangenensprecher in Hamburg-Fuhlsbüttel hatte er gelernt, wie man effektive Öffentlichkeitsarbeit betreibt.

Schröder-Rettungsdienst*: „Da hat niemand Fragen gestellt"

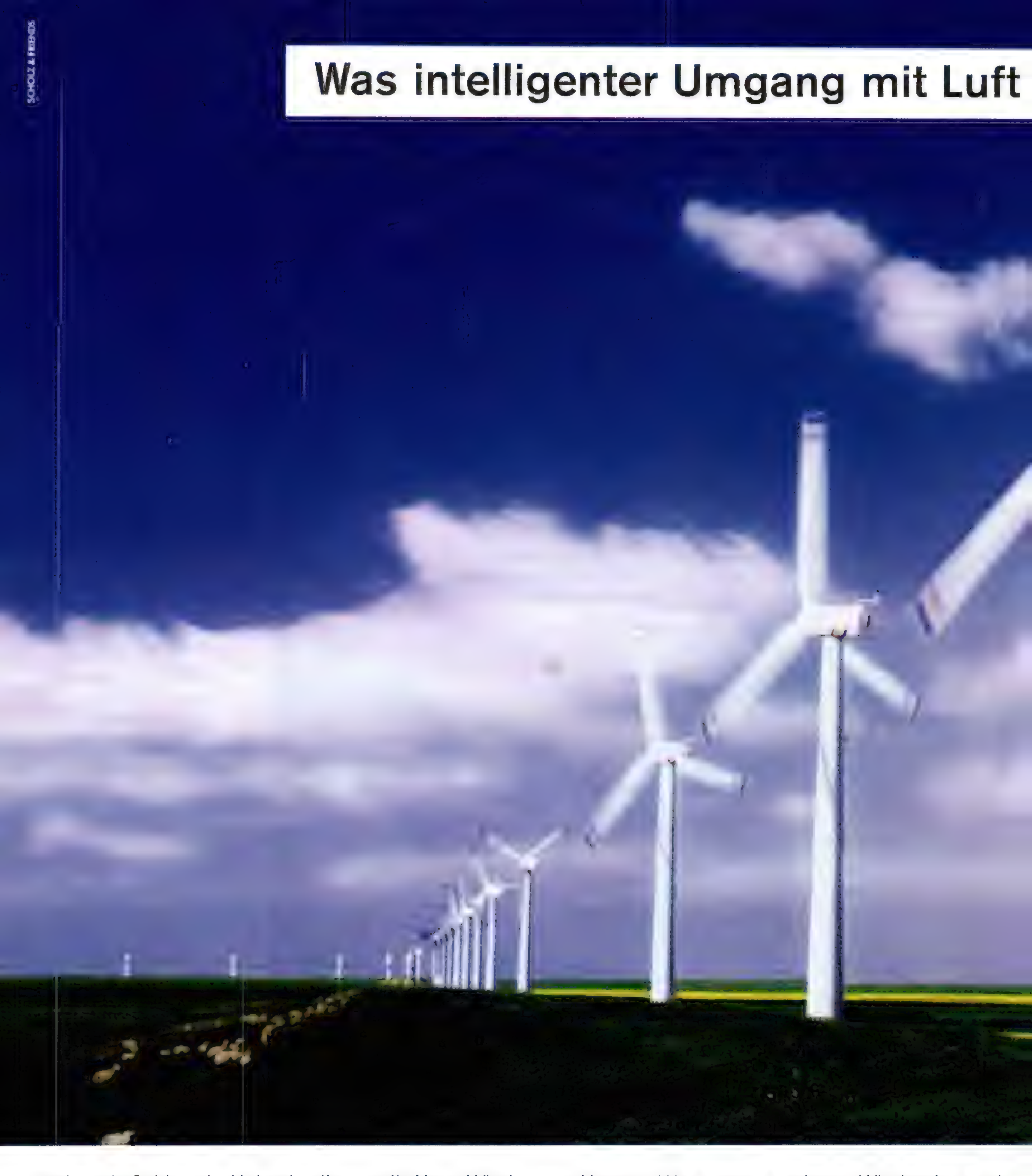
In Schwierigkeiten kam Schröder erst, als sich das Landratsamt in Hagenow Mitte Mai über die dubiosen Staatsgäste im nahen Zarrentin beim Innenministerium beschwerte. Dort begann Referatsleiter Streeck Erkundigungen über die selbsternannten Umweltschützer einzuholen. Die unfreiwillige Resozialisierung mit Landesförderung endete jäh, Schröder setzte sich wieder Richtung Heimat ab.

Doch lästige Nachstellungen durch die Polizei muß der Mann auch in Norddeutschland kaum fürchten. Schröder besitzt jetzt Dokumente, aus denen zweifelsfrei hervorgeht, daß er mittlerweile Peter Uhlmann heißt und in Frankfurt/Oder wohnt.

Für alle Fälle trägt Schröder auch noch einen gefälschten DDR-Wehrdienstausweis bei sich, der ihn als Soldaten ausweist. Das Papier hatte er bei der Besichtigung einer Kaserne im brandenburgischen Beelitz abgestaubt.

Schröders Geburtsort Quickborn bei Pinneberg ist in dem Paß, zwecks Tarnung, ostdeutsch verfremdet: Geburtsort Quitt, Kreis Pin. ◄

* Bei einer Übung vor dem Firmensitz am ehemaligen Grenzübergang Zarrenthin.



Bei uns in Schleswig-Holstein gibt uns die Natur Wind im Überfluß. Was liegt da näher, als diese natürliche Ressource innovativ in saubere Energie umzusetzen. Ein Prototyp: der *Nordfriesland Windpark* – hier im Bild mit dem technischen Leiter Ing. Udo Postmeyer aus Husum. Wie unsere anderen Windparks auch arbeitet dieser umweltfreundlich, steigert die Lebensqualität und macht unser Land zum Zentrum für neue, zukunftsweisende Energien. Wenn Sie mehr über Schleswig-Holstein wissen möchten, schreiben Sie uns.



Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (SP1), Lorentzendamm 43, 2300 Kiel 1

Name ______________________

PLZ/Ort ______________________

Straße ______________________

Schleswig-Holstein

Die Luft, die Zukunft atmet

„Er war der perfekte Geliebte“

Zunehmend müssen sich Kinderschützer mit einem Delikt befassen, das lange Zeit ignoriert worden ist: dem sexuellen Mißbrauch von Söhnen durch ihre Mütter. Neuen Untersuchungen zufolge kann diese Inzest-Variante, eines der letzten sexuellen Tabus, bei den Opfern später zu Impotenz, Suchtverhalten oder Selbstmord führen.

Der gutaussehende junge Mann, der unter seelischen Störungen litt, gab den Ärzten Rätsel auf.

Obwohl 1,90 Meter groß und ausgesprochen kräftig, litt er unter der Zwangsvorstellung, er sei klein und mickrig. Jedermann könne ihm ansehen, so seine Befürchtung, daß seine Arme und Beine nicht richtig ausgewachsen seien.

Gegenüber Frauen hatte der Patient große Hemmungen. Beziehungen zu Mädchen brach er stets ab, bevor es zu Zärtlichkeiten oder gar Sex kam. Er hatte Angst, er könnte als Mann versagen.

Nach monatelangen intensiven Gesprächen in einer Hamburger Familienberatungsstelle rückte der junge Mann voller Scham mit einem Geheimnis aus seiner Kindheit heraus: Im Alter von elf, zwölf Jahren war er von seiner Mutter verführt worden.

Die Erinnerung löste völlig gegensätzliche Empfindungen aus. Einerseits entsann sich der Patient an Momente voller Glück und Stolz, andererseits an Zeiten heftiger Schuldgefühle. Eingegraben hatte sich jedoch vor allem die schmachvolle Erkenntnis, als kleiner Junge den Ansprüchen der geliebten Mutter nicht gewachsen gewesen zu sein – ein Trauma, das er als Erwachsener immer noch mit sich herumschleppte.

Besserung brachte erst die Trennung von der Familie. Der junge Mann, immerhin 22, suchte sich eine eigene Wohnung und zog von zu Hause aus.

Was ihm widerfuhr, kommt auch in anderen Familien vor. Gesprochen wird darüber fast nie: Der Inzest zwischen Mutter und Sohn gehört zu den letzten sexuellen Tabus, mehr noch verschwiegen als Übergriffe von Vätern an Töchtern.

Die Ächtung reicht zurück bis ins Altertum. Schon in der Ödipus-Tragödie von Sophokles, der berühmtesten Dichtung über Inzest, lastet über der Mutter-Sohn-Verbindung ein Fluch, der die Rache der Götter herausfordert und Tod und Verderben über das ganze Land bringt.

Die Geschichte vom Sohn, der seinen Vater erschlägt, seine Mutter heiratet und mit ihr Kinder zeugt, inspirierte Sigmund Freud zu seiner Theorie, daß jeder kleine Junge zunächst seine Mutter begehre, seinen Vater als lästigen Rivalen empfinde und sich sehnlichst an dessen Stelle wünsche.



Mutter und Sohn beim gemeinsamen Bad: „Exzessive Beziehung“

Der Begründer der Psychoanalyse hütete sich jedoch, den Müttern eine aktive Rolle zuzuweisen – ein Tabu im Tabu, an das bis in die Gegenwart selten gerührt wird.

Die Vorstellung, daß Frauen ihre Machtposition gegenüber eigenen Kindern sexuell mißbrauchen können, widerspricht dem auch heute noch weit verbreiteten Bild aufopferungsbereiter, von jeglichen erotischen Empfindungen losgelöster Mütterlichkeit.

„Die Mutter als Täterin zu verdächtigen wird als Ungeheuerlicheit empfunden“, bestätigt Sigrid Richter-Unger, Leiterin des Vereins „Kind im Zentrum“, einer Berliner Beratungsstelle für sexuell mißbrauchte Kinder und ihre Angehörigen.

Bis vor kurzem hätten sich die Mitarbeiter bei Anzeichen sexuellen Mißbrauchs stets die Frage gestellt: „Welcher Mann im Umfeld könnte es gewesen sein?“ Inzwischen aber gelte in der Beratungsstelle die Regel, „offen zu sein, hinzugucken, sich jede mögliche Form vorzustellen“. Grund: Den Mitarbeitern werden immer häufiger sexuelle Nachstellungen durch Mütter und Stiefmütter bekannt.

Anfang Juli etwa sprachen bei „Kind im Zentrum“ Bedienstete einer Kindertagesstätte vor. Dort hatte ein Neunjähriger geklagt, daß ihn die Mutter, mit der er allein lebte, „nur für sich“ haben wolle. Er durfte keine Freunde mit nach Hause bringen, nicht mit Schulkameraden radeln, in keinen Sportverein eintreten.

Auf die richtige Spur führte – wie schon öfter – das Mittel der Maltherapie, bei der mißbrauchte Kinder, US-Studien zufolge, Täter etwa als bedrohliche grüne Drachen oder als Riesen abbilden. Als der Neunjährige seine familiäre Situation zeichnen sollte, malte er eine erwachsene Frau, die einem kleinen Jungen den Penis küßt. Bildunterschrift: „Mama und ich“. Bei Nachfra-



Junge an der Mutterbrust: Eher die eigenen Bedürfnisse gestillt?

dern und Jugendlichen als „vorwiegend männerspezifische Form von Gewalt", die sich „überwiegend gegen Mädchen" richte. Inzwischen ist ihre Analyse überholt: Von den 1990 in Frankfurt registrierten Opfern waren 37 Prozent Jungen. Ein Drittel davon wurden von Müttern oder Stiefmüttern mißbraucht.

Die bislang auf Männer reduzierte Schuldzuweisung beruht auch auf einer Idealisierung weiblicher Sexualität, die immer noch als passiv und vorwiegend hingebungsvoll dargestellt wird.

„Ob man mal was anderes denken darf als Frauen sind Opfer und immer nur Opfer, Frauen haben nur diese kuschelige Sexualität?" fragt provozierend die Hamburger Diplompsychologin Marina Knopf, die an der Uni Bremen über sexuelle Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern forschte.

Übergriffe von Frauen seien jahrelang „aus ideologischen Gründen ignoriert" worden, behauptet Katharina Abelmann-Vollmer, Referentin in der Zentrale des Deutschen Kinderschutzbun-

gen stellte sich heraus, daß der Neunjährige von seiner Mutter regelmäßig zu sexuellen Spielen mißbraucht worden war.

Bei einer Langzeituntersuchung von Familien, in denen Heranwachsende Psychosen entwickelt hatten, machte auch die Hamburger Jugendpsychiaterin Charlotte Köttgen eine überraschende Entdeckung: Mehrere der männlichen Patienten berichteten, als Kinder ein intimes Verhältnis zu ihren Müttern unterhalten zu haben.

Die Mütter sprachen das Thema – bis auf wenige Ausnahmen – von sich aus nicht an; einige weigerten sich, auf direkte Fragen überhaupt einzugehen. Für die Jugendpsychiaterin waren die Aussagen der Jugendlichen „absolut glaubhaft".

Besonders einprägsam fand die Medizinerin den Fall eines 20jährigen, den die Mutter in Krisensituationen stets zu sich ins Ehebett ließ. Der Vater, der Angst vor seinem Sohn hatte, räumte dann das eheliche Schlafzimmer.

„Die Fälle nehmen zu", behauptet auch Julius Niebergall, Familientherapeut beim Deutschen Kinderschutzbund, Bezirksverband Frankfurt. Laut Jahresbericht des Kinderschutzbundes wurden fast 25 Prozent der Inzest-Delikte, die 1990 in Frankfurt bekannt wurden, von Müttern verübt. Zwei Jahre zuvor waren es nur 6,5 Prozent gewesen.

Untersuchungen aus England ergaben ähnliche Ergebnisse. Bei der „Incest Crisis Line" (ICL), einem telefonischen Beratungsdienst für mißbrauchte Kinder, klagten vorletztes Jahr 14 Prozent der jugendlichen Anrufer über sexuelle Belästigungen der Mutter. „Vor zehn Jahren kam uns so etwas nicht ein einziges Mal zu Ohren", berichtet ICL-Chef Richard Johnson.

Die Steigerung bedeutet jedoch nicht, daß sich plötzlich viel mehr Mütter an ihren Söhnen vergreifen als zuvor. Geändert hat sich die Wahrnehmung: Frauen in der Rolle sexueller Ausbeuter werden nicht mehr so geflissentlich übersehen wie bisher.

Einer der Gründe: Auch Jungen wagen zunehmend, sich als Opfer von sexuellem Mißbrauch zu offenbaren – was den meisten äußerst schwer fällt. Denn als Opfer dazustehen gilt für Knaben, die früh in eine Männerrolle gedrängt werden, noch immer als ausgesprochen unmännlich.

Hinzu kommt, daß die Debatte um sexuelle Übergriffe offener geworden ist. Bis vor wenigen Jahren kamen Männer in Anzeigen oder Jugendamtsberichten fast ausschließlich als Täter vor. Nur langsam setzte sich die Erkenntnis durch, daß auch männliche Jugendliche zu Opfern von Sexdelikten werden können.

Noch 1986 beschrieb die Psychologin Helga Saller vom Kinderschutzbund Frankfurt sexuelle Nötigung von Kin-



Inzest im Film*: „Sie war unheimlich zärtlich"

des in Hannover. Die Frauenbewegung habe die Diskussion um Kindesmißbrauch „dogmatisch beherrscht" und Erkenntnisse, die ihr nicht ins Konzept paßten, unterdrückt.

Mißbrauch von Söhnen durch Mütter sei als abträglich für den Feminismus bewertet worden und als Thema „unter den Tisch gefallen". Die Parteilichkeit habe zu „blinden Flecken" geführt.

Unbestritten ist das Verdienst der Frauenbewegung, Anfang der achtziger Jahre das Thema Kindesmißbrauch, dieses „bestgehütete Geheimnis der Gesellschaft" (so die amerikanische Autorin Florence Rush), ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt zu haben. Zum Vor-

* Lea Massari und Benoit Ferreux in „Herzflimmern".

MC&LB 1104 372/91



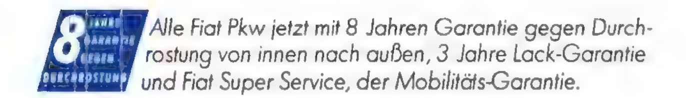
Fiat Tempra. 1.6 i.e. mit 57 kW (78 PS) und 2.0 i.e. mit 83 kW (113 PS). Geregelter 3-Wege-Kat, klassenbester c_W-Wert (= 0,28), 70% Ver

Die Sicherheit von Anti-Dive.
Der Platz von
500 Liter Kofferraum.
Der beste c_W-Wert
seiner Klasse.
Die Kraft von 83 kW (113 PS).

zinkung. Servolenkung, höhenverstellbares Lenkrad serienmäßig. Abb.: Fiat Tempra 2.0 i.e. SX, LM-Felgen und Radio Sonderausstattung.

FIAT TEMPRA

Und der nächste Weg führt zur Autobahn.





schein kam Erschreckendes: Kinder, die oft vom dritten oder vierten Lebensjahr an von Familienmitgliedern sexuell mißbraucht und mißhandelt worden waren und die für ihr weiteres Leben gezeichnet waren.

In der Berliner Selbsthilfeorganisation „Wildwasser" berichteten Frauen erstmals öffentlich, was ihnen Väter, Stiefväter oder Großväter angetan und welche Folgen die oft beispiellos brutalen Übergriffe später hatten: Selbstzerstörungswillen, Süchte, Depressionen, Ängste (SPIEGEL-Titel 29/1984).

Die Schäden, die auch von Müttern mißbrauchte Jungen erleiden können, waren bisher nicht Gegenstand öffentlicher Erörterungen. In der deutschsprachigen wissenschaftlichen Literatur gibt es dazu nicht eine einzige Veröffentlichung. In den USA dagegen, wo das Thema weit weniger tabuisiert ist, haben sich zahlreiche Wissenschaftler mit den Ursachen und Folgen von Mutter-Sohn-Inzest beschäftigt.

In der amerikanischen Studie „Betrayal of Innocence" („Verrat an der Unschuld") etwa versuchen die Autoren Susan Forward und Craig Buck, inzestuöse Beziehungen zwischen Müttern und Söhnen in drei Phasen aufzuteilen.

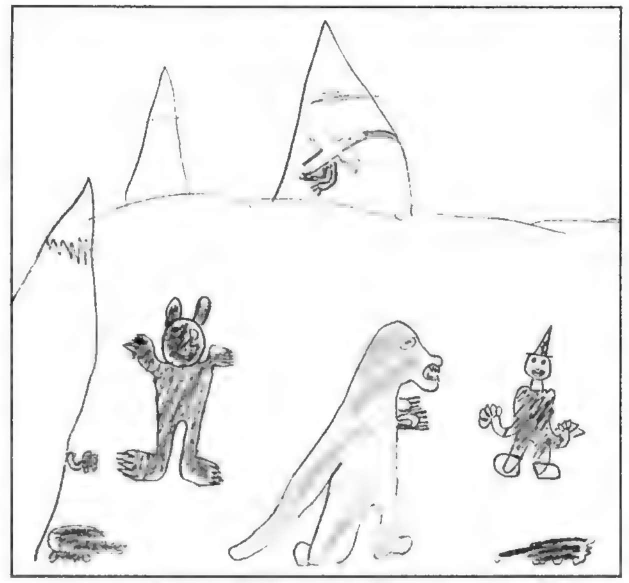
Die von ihnen dargestellte erste Stufe gilt allgemein noch nicht als Inzest: Mutter und heranwachsender Sohn schlafen im selben Bett, kleiden sich gemeinsam an und aus, baden zusammen. Was harmlos scheint, ist jedoch nach Ansicht der Autoren gefährlich: Obwohl es zu keinem direkten sexuellen Kontakt komme, könne die übergroße Nähe „für das Opfer genauso traumatisch sein wie inzestuöser Geschlechtsverkehr".

Die vielen beiläufigen Körperkontakte und der ständige Anblick der nackten Mutter, schreiben die Autoren, lösten bei Söhnen zwangsläufig erotische Träume und Besitzwünsche aus, womöglich entstehe eine ebenso „exzessive Bindung" an die Mutter wie bei vollzogenem Beischlaf.

Als eindeutig sexuell beschreiben die Wissenschaftler Phase zwei: Die Mutter stimuliert ihren Sohn, vielleicht schon von frühester Kindheit an, läßt aber mehr nicht zu. Die dritte Form, ein intensives erotisches Verhältnis wie zwischen erwachsenen Partnern, muß nach Auffassung der Autoren nicht unbedingt schlimmere Folgen haben als die Vorstufen.

Nur selten verläuft in der Realität eine Liebesbeziehung zwischen Mutter und Sohn so leicht und folgenlos, wie sie der französische Regisseur Louis Malle in seinem Film „Herzflimmern" vorgeführt hat: Der 15jährige Laurent, den seine bildschöne Frau Mama (Lea Massari) zur Kur begleitet, wird in den Armen der zärtlichen Mutter zum Mann und wendet sich anschließend unbeschwert gleichaltrigen Mädchen zu.

Die Vorstellung, eine solche Affäre sei womöglich harmlos, jedenfalls harmloser als Vater-Tochter-Inzest, gründet sich auch auf die Vorgehensweise: Während Männer häufig Gewalt anwenden und beim Eindringen nicht selten Verletzungen verursachen, scheinen Mütter, die ihre Söhne verführen, meistens nur zärtlich.



Inzest-Indiz Kinderzeichnung*: Täter als grüner Drache



Kinderschützerin Richter-Unger
Ungeheuerlicher Verdacht

In den „weniger aggressiven weiblichen Sexualpraktiken" sieht Jugendpsychiaterin Köttgen denn auch Gründe, warum Übergriffe von Müttern leicht übersehen werden. Bisweilen, vermutet die Medizinerin, sei Frauen selbst nicht klar, wo mütterliche Zärtlichkeit ende und der Mißbrauch beginne.

Gelegentlich tarne sich sexuelle Neugier als gewissenhafte Kinderpflege – etwa wenn eine Mutter beim Windeln immer wieder spielerisch das Glied ihres Säuglings reibe und anfasse. Auch Mütter, die ihre Söhne noch im Alter von vier, fünf Jahren an die Brust nehmen, stillen nach Auffassung von Frau Köttgen eher eigene Bedürfnisse als die ihrer Kinder.

Als möglichen Übergriff wertete die Jugendpsychiaterin die Praxis einer Mutter, ihren zwölfjährigen Sohn zu baden wie ein Baby und ihn dabei jeweils von Kopf bis Fuß sorgfältig einzuseifen. Der Junge, der solche Rituale einerseits genoß, andererseits als irritierend empfand, hatte sich der Ärztin hilfesuchend anvertraut.

Gerade die obligatorische Fürsorge und Zärtlichkeit, die mütterlichen Inzest begleiten, machen es Jungen schwer, gegen Übergriffe zu rebellieren. Denn die liebevoll geöffneten Arme der Mutter sind die Antwort auf viele erotische Phantasien, bedeuten Erfüllung unterbewußter Wünsche.

„Sie war unheimlich zärtlich, ich fand es einfach schön", schwärmte ein 16jähriger Schüler aus Berlin nach dem ersten Zusammensein mit der Mutter. Ratschläge, es bei der einmaligen Erfahrung zu belassen, lehnte er ab: „Ich möchte öfters mit ihr schlafen, denn ich weiß nicht, ob ich mit anderen Frauen dasselbe erlebe."

Zurück bleiben häufig niederschmetternde Schuldgefühle. Wohl wissend, welches unerhörte Tabu gebrochen wurde, plagt die Opfer das Gewissen. Die Seelenqualen, die der verbotenen Lust folgen, werden noch verstärkt, weil sich die meisten Betroffenen niemandem anzuvertrauen wagen. „Das eigentliche Trauma ist die Isolierung durch das Schweigen", behauptet Carl Nedelmann, Direktor des Hamburger Michael-Balint-Instituts für Psychoanalyse und Psychotherapie.

Der Druck, Inzest-Erlebnisse allein zu verarbeiten, könne zu erheblichen seelischen Schäden führen. Allerdings, schränkt Nedelmann ein, sei bei psychisch Kranken mitunter schwer festzustellen, ob der behauptete Inzest tatsächlich stattgefunden habe: „Es gibt kaum einen männlichen Patienten, bei dem Phantasien über ein Liebesverhältnis zur Mutter keine Rolle spielen."

* Aus einer US-Untersuchung.

Klar zu sein scheint: Die Loslösung von der Mutter, bei Einzelkindern oder Söhnen alleinerziehender Mütter auch ohne Inzest-Problematik häufig ein langwieriger, quälender Prozeß, fällt sexuell mißbrauchten Söhnen noch viel schwerer. Bisweilen mißlingt die Trennung total: Beim Kontakt zu anderen Frauen werden die Gefühle von früher wieder akut, neue Begegnungen scheitern an der alten Zerrissenheit zwischen Schuldgefühlen, Verlangen, Liebe und Haß.

Auch der im Unterbewußten verankerte Vorsatz, der geliebten Mutter treu zu bleiben, schließt häufig die Aufnahme neuer Beziehungen aus. Lebenslange Mutter-Sohn-Symbiosen, die als Alternative bleiben, tragen oft groteske Züge: etwa der Fall eines 40jährigen Junggesellen aus Hamburg, der nur mit seiner 70jährigen Mutter verreist. Die Mutter besteht dabei stets auf einem gemeinsamen Zimmer mit Doppelbett.

Weil erotische Kontakte mit Müttern oft noch vor der Pubertät stattfinden, in einem Alter, in dem sich sexuelle Erregung bei Jungen nur ausnahmsweise einstellt und selten anhält, bleiben häufig Versagensängste zurück, die bis zur Impotenz führen können.

Inzest mit der Mutter, behaupten die US-Forscher Forward und Buck, könne im Extremfall in blanken Haß umschlagen: „Das Opfer kann zum Frauenfeind werden, zu einem, der seine Frau schlägt, seine Tochter mißbraucht, der vergewaltigt oder mordet."

Fallstudien von Männern, die als Jungen ein sexuelles Verhältnis zu ihrer Mutter hatten, führten an der medizinischen Fakultät der Universität von Oklahoma (USA) zu deprimierenden Resultaten: Alle Patienten waren außerstande, längere Partnerschaften einzugehen. 88 Prozent litten unter Depressionen, 38 Prozent hatten schwere sexuelle Probleme.

Besonders auffallend: 63 Prozent der Opfer waren drogensüchtig geworden. Exemplarisch scheint der Fall eines 29jährigen, der vom siebten Lebensjahr bis weit nach der Pubertät das Bett mit der Mutter, einer diplomierten Soziologin, teilte.

Um seine widersprüchlichen Gefühle und Spannungen auszuhalten, schluckte er bereits als 10jähriger Tabletten, trank Alkohol. Mit 15 Jahren griff der Patient erstmals zu Heroin – einem Suchtstoff, von dem er auch dann nicht mehr loskam, als der Sexkontakt zur Mutter schon längst nicht mehr bestand.

Daß mißbrauchte Mädchen aus Verzweiflung, Scham und Ekel zu Drogen greifen, behaupten deutsche Frauen-Selbsthilfegruppen schon lange. Nach Schätzungen des Berliner Vereins „Frau und Sucht" etwa waren mehr als 75 Prozent aller drogenabhängigen Frauen als Kind Opfer sexueller Übergriffe.

Parallelen bei männlichen Opfern fand der Frankfurter Familientherapeut Nie-

bergall bei der Behandlung älterer Alkoholiker. Viele der Männer waren als einzige Söhne von Kriegerwitwen aufgewachsen; mehrere von ihnen berichteten über sexuelle Beziehungen zur Mutter.

Nur mit Hilfe des Alkohols, vermutet Niebergall, hätten seine Patienten im prüden Nachkriegsdeutschland ihre Ängste und Gewissensbisse verscheuchen können – ohne Droge wären sie womöglich gewalttätig geworden oder hätten sich umgebracht. Der Preis, den sie für das Überleben gezahlt hätten, sei lebenslange Sucht.

Opfer sind oft auch die Täterinnen. In den meisten Fällen suchen sie nicht sexuelle Abenteuer, sondern Nähe und Zuwendung. Häufig als „einsam, verbittert, zu kurz gekommen" beschreibt Psychiaterin Köttgen in Inzest verstrickte Mütter. Die Zärtlichkeit und Liebe, die ihnen in Ehen und Partnerschaften von Männern vorenthalten worden seien, wollten sie sich „von den Söhnen holen".

Viele seien aufgrund schlimmster Erfahrungen nicht mehr imstande, Beziehungen zu Erwachsenen einzugehen. Unbewußt versuchten solche Mütter, Komplikationen und Enttäuschungen zu vermeiden, die in Beziehungen zu gleichberechtigten Partnern drohen.

Schicksalsschläge, etwa soziale Notlagen durch Arbeitsplatz- oder Wohnungsverlust, aber auch Verlust von Partnern oder Freunden können letzte Auslöser sein. Die Frauen, behauptet Familientherapeut Niebergall, seien vielfach „am untersten Ende der Macht- und Einflußleiter angelangt".

Fast immer fehlen die Väter – mal aus beruflichen Gründen, mal infolge Scheidung oder Tod. Die Söhne, auch wenn sie noch klein sind, werden ganz allmählich in ihre Rolle gedrängt: zunächst, noch durchaus legitim, als Beschützer und Tröster, schließlich als Liebhaber.

„Ich zeigte ihm Schritt für Schritt, was er tun mußte, ich machte einen perfekten Geliebten aus ihm", gestand eine Witwe, die ihren 14jährigen Sohn verführt hatte, viele Jahre später ihrer Therapeutin. Sie hatte ihren Ehemann durch einen Unfall verloren, als der Sohn fünf Jahre alt war, und seitdem mit ihrem Kind allein gelebt.

Das Verhältnis dauerte mehrere Jahre: „Wir brauchten niemand anderen, unsere Welt war perfekt. Wir gehörten für immer zusammen. Ich war selig, und auch er schien ein glücklicher und entspannter junger Mann zu sein."

Als der Sohn zu studieren begann, mehr mit Gleichaltrigen zusammenkam, reagierte er auf die Annäherungsversuche mehr und mehr abwehrend und bitter. Die Mutter, völlig verzweifelt, drohte mit Selbstmord; der Sohnemann verließ sie trotzdem.

Der Verlust löste bei der Mutter tiefe Depressionen aus: „Ohne ihn ist mein Leben überflüssig."

Geheimdienste

Loch im Gehirn

Die Ost-FDP gerät mehr und mehr in den Strudel von Stasi-Enthüllungen. Ein Spitzenpolitiker mußte zurücktreten.

Die Mitglieder des Magdeburger Stasi-Untersuchungsausschusses verloren langsam die Geduld, einige drohten sogar, ihr Amt niederzulegen. Stundenlang hatten sie mit Gerd Brunner, 63, die Unterlagen erörtert – doch der Jura-Professor wollte partout nicht zugeben, was ihm schwarz auf weiß präsentiert worden war.

Erst nachdem Vertreter des Parlamentsausschusses selber in die Stasi-Archive gestiegen waren, um jeden Zweifel auszuschließen, trat FDP-Mitglied Brunner am Donnerstag letzter Woche als stellvertretender Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt und als Bundesratsminister zurück. Einen Tag später legte er auch alle Parteiämter und sein Landtagsmandat nieder.

Schon als Student hatte Brunner begonnen, Spitzelberichte für die Stasi zu liefern. Diese „Tatsache" habe er offenbar „verdrängt", teilte Brunner später mit. Kommentar eines Ausschuß-Mitgliedes: „Der hat ein Loch im Gehirn."

Das mühsame Eingeständnis der eigenen Vergangenheit markiert mehr als das Drama eines alten Mannes. Wie Brunner möchten viele Mitglieder der ostdeutschen FDP-Landesverbände am liebsten nicht mehr wissen, wem sie im SED-Staat gedient haben.

Brunner war jahrzehntelang Funktionär der ostdeutschen Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDPD), die zu den tragenden Säulen der Bonzen-Diktatur gehörte. Seine Karriere begann er 1955 als Chefredakteur der Parteizeitung in Halle, wo er, wie er inzwischen zugibt, acht Jahre lang Informationen an die Stasi geliefert hat. Später wurde er Hochschullehrer in Magdeburg.

Nach der DDR-Wende gelang es dem Blockpartei-Mitglied spielend, so zu tun, als sei die Demokratie die Fortsetzung der LDPD-Politik mit anderen Mitteln. Brunner wurde der erste Landesvorsitzende der FDP in Sachsen-Anhalt.

Allmählich dämmert der Partei-Zentrale in Bonn, welche Last sie sich mit der Übernahme der alten Blockpartei aufgeladen hat. Mehr und mehr bekommt es die FDP-Führung mit dem häßlichen Teil des politischen Erbes aus dem Osten zu tun.

Allzu verlockend schienen den West-Liberalen die Gelegenheiten, die sich ihnen nach dem Fall der Mauer in Ostdeutschland boten. Parteichef Otto Graf Lambsdorff und Hans-Dietrich Genscher wußten, daß sie mit der Anfang Februar 1990 gegründeten Minipartei FDP-Ost bei Wahlen kaum reüssieren würden. So vereinigten sie im August 1990 ihren unbelasteten Ost-Ableger kurzerhand mit den Blockflöten von der LDPD, die weit mehr als 100 000 Mitglieder, diverse Immobilien und einen funktionierenden Apparat mitbrachten.

Hinzu stieß noch die National-Demokratische Partei (NDPD) mit rund 70 000 Mitgliedern, eine Gruppierung, die der DDR-Führung als Instrument zur Einbindung einstiger Nazis in den Arbeiter- und Bauernstaat diente und die sich nun plötzlich zur FDP hingezogen fühlte. Die Aussicht auf Mitgliederzuwachs und Millionenbeträge für die Parteikasse verdrängte in der Bonner FDP-Spitze alle Skrupel (SPIEGEL 25/1991).



Freidemokraten Menzel, Brunner, Genscher: Häßliches Erbe

Die Parteiführung hoffte, die Vergangenheit schon dadurch bewältigt zu haben, daß sie Manfred Gerlach, der 22 Jahre lang die LDPD geführt hatte, abservierte und den ehemaligen DDR-Justizminister Kurt Wünsche, den es zu den Liberalen zog, nicht hochkommen ließ. Zunächst ging die Rechnung auf.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt im Oktober letzten Jahres holte die FDP, erweitert um LDPD und NDPD, 13,5 Prozent. Bei der Wahl im Dezember kam sie sogar auf 19,7 Prozent.

Neuerdings jedoch ist die Ost-FDP deutlich ins Trudeln geraten. Zu Tausenden laufen der Partei im Osten die Mitglieder davon. Die „FDP hier im Lande zerbröselt", sagt Conrad-Michael Lehment, freidemokratischer Wirtschaftsminister in Mecklenburg-Vorpommern. Jüngste Umfragen sehen die Ost-FDP nur noch bei zehn Prozent.

Schuld am Abstieg ist nicht nur die ruppige Wirtschaftspolitik der Bonner FDP, die im Osten gar nicht gut ankommt, sondern auch das Übergewicht der Block-Politiker, die den weitaus größten Teil der Funktionäre und Mandatsträger stellen – sehr zum Ärger der überwiegend unbelasteten Neo-Liberalen aus der Deutschen Forumpartei und der neugegründeten Ost-FDP, die ebenfalls in der Genscher-Partei aufgegangen sind.

Nachfolger des gestürzten Freidemokraten Brunner als Vize-Ministerpräsident soll nun der liberale Umweltminister Wolfgang Rauls werden. Im Ministeramt soll Brunner durch einen Wessi ersetzt werden: den zwar in Görlitz geborenen, aber in Hamburg aufgewachsenen Hans-Jürgen Kaeßler, bislang Staatssekretär bei Brunner, davor Referatsleiter im Bonner Kanzleramt.

Mit solchem personellen Wandel ist es nach Ansicht mancher Parteifreunde nicht getan. Der Bonner FDP-Fraktionsvize Bruno Menzel möchte in Sachsen-Anhalt „alle leitenden Funktionäre" seiner Partei „am liebsten sofort" auf eine mögliche Stasi-Vergangenheit „überprüfen" lassen. Für Verdrängungskünstler wie Brunner, der sich an seine Stasi-Kontakte tagelang nicht zu erinnern vermochte, hat er keinerlei Verständnis. „Solche gravierenden Momente", so Menzel, „vergißt man doch im Leben nicht." ◀

„Dem wahren Leben näher“

SPIEGEL-Reporter Hans-Joachim Noack über den Regierungschef von Sachsen-Anhalt, Werner Münch


Ministerpräsident Münch: „Erlebnisreiche Überlandfahrten in Sachen Mut“

Mit dem Kennerblick eines Architekten, der sich auf seiner Baustelle umsieht, prüft der Landesherr „attraktive Liegenschaften“. Mal durchstreift er verwilderte Gärten, mal interessieren ihn repräsentative Räumlichkeiten, Fassaden und Stuckdekken: Werner Münch, seit Anfang Juli in Sachsen-Anhalt Ministerpräsident, sucht im Magdeburger Umland nach einem Gästehaus.

Und das hat jenen Charakteristika zu entsprechen, die sich in seiner Phantasie von Größe und Glanz festgesetzt haben. Ein Staat, der auf sich hält, doziert der Professor, während er Blütenstaub und Gräserpollen von der Krawatte klopft, muß sich in seiner Erscheinung auch selbst gefallen. Konkret schwebt dem regierenden Christdemokraten ein feines Ambiente vor, in dem sich „zum Beispiel der Genscher mit 130 Mann diplomatischem Corps wohlfühlen kann“.

Werner Münch mag es überhaupt gern ein bißchen hübsch. Natürlich ist ihm klar, daß der Kleinstaat, dem er nun präsidiert, in der einstigen DDR zu den kaputtesten gehört – aber das ficht ihn kaum an. In den wenigen Monaten, in denen der 50jährige Niedersachse aus dem südoldenburgischen Lohne an der Elbe arbeitet, hat er stets dem Positiven nachgespürt.

Gleich nachdem der vormalige Europa-Abgeordnete Ende letzten Jahres als Finanzminister der ersten frei gewählten Regierung beitrat, reizten ihn allem voran „die erlebnisreichen Überlandfahrten“. Als ein „Dienstreisender in Sachen Mut“ habe er sich da bewegt, spendete ihm die *Magdeburger Volksstimme* Beifall – eine Belobigung, der er sich jetzt um so mehr verpflichtet weiß.

Denn daß die CDU seinen ungeliebten Vorgänger Gerd Gies nicht bloß deshalb vom Kabinettstisch verstieß, weil der einige Mandatsträger schofel behandelt hatte, gilt in der Christenpartei mittlerweile als unstrittig. Die Mehrheitsfraktion sehnte sich anstelle des miesepetrigen Tierarztes aus Stendal nach einer Frohnatur – und ein mächtiger Bonner unterstützte sie dabei.

So führt nun ein Mann im Magdeburger „Palais am Fürstenwall“ die Regierungsgeschäfte, der seinen Aufstieg fast gänzlich dem Kanzler verdankt. „Ich will, daß Sie das machen“, hatte ihn der einflußreiche Parteifreund schon vor der Wahl ermuntert. Werner Münch ist nach Wesensart und Politikverständnis eine klassische Kohl-Kopie.

Wie der schwarze Riese nach der Wende durchmißt jetzt der bullige Adept mit raumgreifenden Schritten das Land, um sein ermattetes Fußvolk über die „Vermittlung des Prinzips Hoffnung zu aktivieren“. In Wernigerode etwa preist der gottesfürchtige Katholik „die Wernigeroder, daß gerade Sie soviel Fröhlichkeit ausstrahlen“; in Gräfenhainichen die Gräfenhainicher.

Ein wenig verblüffend wirkt das schon, wie da ein Politiker zur vollen Form aufläuft, der daheim im Westen über die Jahrzehnte hinweg fast nichts zu sagen hatte. In der sogenannten Alt-BRD ein Hintersasse, scheint ihm im Osten Unwiderstehlichkeit zuzuwachsen. Der Bonner Finanzminister Theo Waigel rühmt seinen Sachverstand, der Magdeburger SPD-Fraktionsvorsitzende Reinhard Höppner die geschliffene Rhetorik des Rivalen. Der habe ihn bei den letzten Haushaltsdebatten „zur Schnecke gemacht“.

Das überrascht um so mehr, als so ziemlich alles, was von dem Politik- und Sozialwissenschaftler bislang gedruckt vorliegt, eine erstaunlich unakademische Bedürfnislosigkeit offenbart. Insbesondere seine Regierungserklärung erschöpft sich ausnahmslos in Platitüden – tote Verwaltungssprache auf mehr als 30 Schreibmaschinenseiten.

Aber die Stärke Münchs liegt ja auch weniger im Filigranen; ausgefeilte Gedankengänge sind ihm suspekt. Wird dem Ministerpräsidenten ein Vorgang vermittelt, der seinem Drang nach Vereinfachung zuwiderläuft, kann es passie-

ren, daß er mahnend die massigen Hände hebt. Zu erkennen gibt sich dann der unkompliziert durch die Welt gehende Duzkumpel: „Also, jetzt komm mal raus damit – zur Sache, Schätzchen!“

Mit Münch hat in Sachsen-Anhalt ein gewaltiger Egozentriker die Macht übernommen: „Ich ... ich bin ... ich gebe bekannt ... in mir hat sich der Entschluß verfestigt.“ Kaum ein Satz entschlüpft dem großen Vormund, in dem nicht der allumfassende eigene Machtanspruch deutlich würde. Aber den vertritt er sympathisch. Eine bessere Presse hat in den vormaligen DDR-Provinzen derzeit niemand.

Gewiß ist das auch das Resultat einer glücklichen Fügung. Schon immer hatte der gebürtige Westfale, Sohn eines kleinen Angestellten, „verantwortlich Politik gestalten“, explizit Landesvater werden wollen. Nun, da er es endlich sein darf, wirkt er so happy, daß das natürlich ansteckt. Sicher schafft sich Freunde, wer wie Münch beteuert, „das Schlaraffia Straßburg“ bewußt verlassen zu haben, um im öden Magdeburg „dem wahren Leben näherzustehen“.

Und überdies macht ihn das dankbar. „Dem Wortprotokoll einer vom Kanzler gegebenen Pressekonferenz“ hat er entnommen, wie günstig der in Geldnöten steckende Bonner Schirmherr seine restriktive Finanzpolitik beurteilt: Sachsen-Anhalt hat von allen neuen Bundesländern bisher die wenigsten Kredite aufgenommen.

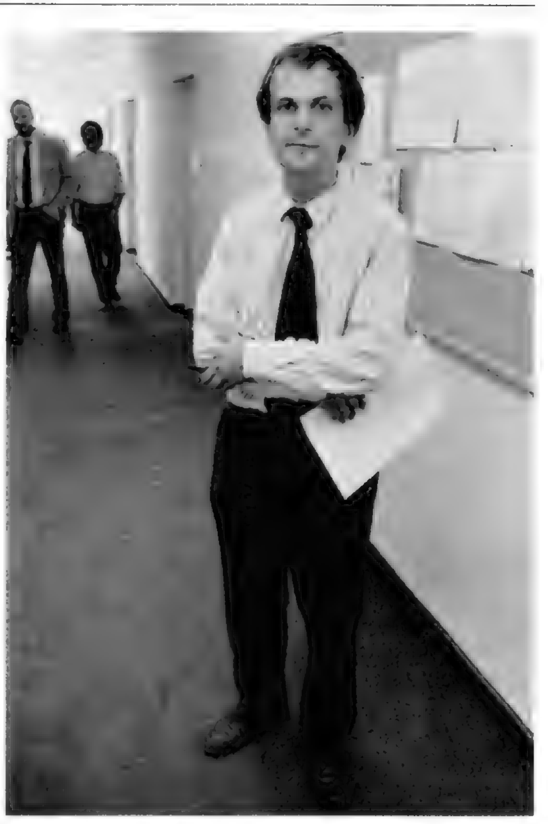
Kann es da verwundern, daß die Magdeburger Opposition den Regenten verdächtigt, er habe sich gerade erst durch solche Genügsamkeit in die Staatskanzlei vorgerobbt? Der im Parlament verabschiedete Haushalt, bemängelt der Sozialdemokrat Höppner, sei „das reine Gefälligkeitswerk; die dicken Brocken kommen erst noch“.

Dabei ist die mickrige SPD mit ihren gerade mal 27 von insgesamt 106 Landtagsabgeordneten gar nicht der wirkliche Widerpart Münchs. Dessen Wohlverhalten zielt auf einen prominenten Mitchristen, den Sachsen Kurt Biedenkopf, der den Kanzler ständig mit neuen Forderungen nervt. Für den Musterschüler Kohls sind das „Publicity-Schnellschüsse“ – daß der nörgelnde Professoren-Kollege in den ehemaligen DDR-Regionen noch immer als CDU-Wortführer akzeptiert wird, muß ein Ende haben.

Ein parteipolitischer Konkurrenzkampf mit gereizt formulierten Briefen hin und her beginnt sich da aufzuschaukeln, den Münch zu einem Prinzipienstreit ausweitet. Gegen „Bedenkenträger“ tritt er am liebsten an, weil, „wie historisch bewiesen ist, der Pessimist die Welt noch nie verändert hat“. Und sollte das nicht ausreichen, steht zu guter Letzt ja noch der unbeirrbare Bonner für seinen Statthalter ein: „Der mag keine aggressiven Schreier.“

Der Kanzler mag den ganz normalen Deutschen – einen wie Münch, der das zäh aufeinander sich zubewegende Vaterland gleichsam aus einem Guß weiterzuentwickeln trachtet. Die Entdeckung des einheimischen Reinhard Höppner, erst der Fall der Mauer habe den einstigen DDR-Bürgern ihre „gewachsene Eigenheit“ vor Augen geführt, möchte der West-Soziologe „so nicht bestätigen“. Sicher halte sich da noch eine „gewisse Andersartigkeit“, der man aber beikommen könne.

Klar, daß „die Identitätsfrage“ wichtig ist, und „dieser Thematik“ will er sich auch widmen. Die Menschen Sachsen-Anhalts haben einen Anspruch darauf, sagt der Regierungschef bedeutungsschwer, „daß sie nicht so einfach mit der Norddeutschen Landesbank zusammengetan werden – künftig wird es eine Mitteldeutsche Landesbank in Magdeburg geben“.


Münch-Gegner Höppner
„Die Brocken kommen erst noch“

Statt sich über die lädierte Ossi-Psyche unablässig in Betroffenheitsarien zu ergehen, müssen die Programme nach dem Geschmack Münchs handfest sein. Soll die in einem halben Jahrhundert zweier diktatorischer Systeme geschädigten Brüder und Schwestern therapieren, wer sich dazu berufen fühlt – er, der Praktiker, macht das auf seine Art.


Münch-Vorgänger Gies
Statt Miesepeter eine Frohnatur

Frischwärts hat es voranzugehen; wo immer ein bißchen Spaß aufkommen kann, wird der Entlastung bringen. In Studentenzeiten ist der athletische Christdemokrat Niedersachsen-Meister im Basketball geworden, und zwar in der Rolle „des unter dem Korb wühlenden Centermanns“. Das hat ihn geprägt; in Magdeburg gehört er als Aktivist einem Tennisklub an.

Nämlich, wer Großes leistet, etwa den „Aufschwung Ost“ mitbewerkstelligt, darf sich wohl gelegentlich auch zerstreuen. Mit Vergnügen besucht der Kabinettsherr den kürzlich in seiner Hauptstadt eröffneten ersten Biergarten und ist Privatfeten nicht abgeneigt. Eine Bratwurst genügt ihm da schon. Was Münch erreichen möchte, ist ein „Erstaunen darüber, was ich für ein fröhlicher Zeitgenosse bin“.

Gewiß käme solchem Naturell zupaß, wenn sich desgleichen die ernsthafteren Dinge im lockeren Tête-à-tête aus der Welt schaffen ließen. „In Sachen noch nicht abgeschlossener Vergangenheitsbewältigung“ hat er das ausdrücklich angeboten, aber das Ergebnis bleibt unbefriedigend. Die im Stasi-Sumpf verfangenen ostdeutschen Politiker mochten sich dem netten Patriarchen nun doch nicht anvertrauen.

Und das stimmt ihn mißmutig. In Momenten, in denen das vermeintlich bekannte Beitrittsgebiet wie ein fremder Kontinent aufscheint, entstehen im Münchschen Redefluß die einzigen Stockungen. Kann es sein, daß da vielleicht tatsächlich etwas übersehen worden ist?

Hat er nicht allen Mitgliedern der christlich-liberalen Regierungsmann-



Müßiggänger Münch: Wer was leistet, braucht Zerstreuung

schaft eigens abverlangt, sich per schriftlich fixierter Ehrenerklärung freizusprechen? Und nun dieser Eklat um seinen Stellvertreter, den Freidemokraten Gerd Brunner, der ihn am Ende selbst nicht mehr so gut aussehen läßt. Spätestens seit Donnerstag letzter Woche ist für den schwungvollen Erneuerer wieder jener Graben aufgerissen, der in seinem Elbland zwischen Wunsch und Wirklichkeit klafft.

Doch in Wahrheit überrascht ihn das nicht. Insgeheim hat Münch, der in seinem konservativen Staats- und Gesellschaftsverständnis schon die West-Bürgerinitiativen für eine arge Belastung hält, die im Osten konfliktträchtige Gemengelage von Anfang an skeptisch beäugt. Mehrfach mahnte er die Parlamentarier, „den quälenden Klärungsprozeß endlich abzuschließen, um zur ungestörten Arbeit übergehen zu können".

Das muß halt durchgebissen werden, wie er sich immer durchbeißen mußte. Beinahe genüßlich reiht der Ministerpräsident die Kette seiner innerparteilichen Niederlagen auf, die ihn doch nicht umgeworfen haben. Einem, der im Oldenburgischen selbst bei Kreisvorstandswahlen die Mehrheit verfehlte und gleichwohl nie verzagte, braucht auch jetzt nicht bange zu werden.

Werner Münch, eine politische Karriere, die ihre Power aus dem Widerstand bezieht. Schon als Heranwachsender hat er „kämpfen müssen", um gegen das biedere Elternhaus sein Abitur zu erstreiten. „Aus schierem Trotz" gegen familiäre Vorbehalte ging er dann später zur Bundeswehr.

Wer den Vater besiegt, wird ja wohl auch mit dem kleinen Sachsen-Anhalt fertig werden.

Kriminalität

Tanz mit der Bestie

Experten rätseln über die Tatmotive des „Rosa Riesen", wie Boulevardblätter den jetzt verhafteten Massenmörder von Beelitz titulieren.

Im März entdeckten Spaziergänger in den Wäldern rings um das märkische Städtchen Beelitz die Leichen zweier ermordeter Frauen. Beide trugen Spuren von sexuellem Mißbrauch, an beiden Tatorten waren um die Toten herum Wäschestücke drapiert – so als habe sich der Täter „durch die Kleider in Erregung bringen" wollen, wie der ermittelnde Polizeioberrat kombinierte.

An der zweiten Mordstelle lag zudem ein rosa Rock. Und weil früher schon im selben Waldgebiet Frauen von einem etwa 1,90 Meter großen Mann belästigt worden waren, hatte der unbekannte Wäschefetischist bei der Boulevardpresse schnell einen Namen – der „Rosa Riese".

Anfang April tauchte der Unbekannte wieder auf: Zwei zwölfjährige Mädchen, die von einem Messerstecher angefallen worden waren und verletzt entkommen konnten, bezeugten, der Täter habe über dem Jogginganzug eine Kittelschürze getragen. Unweit vom Tatort entdeckte die Polizei ein Depot mit Damenwäsche.

Eine Sonderkommission des Potsdamer Kriminalamts startete daraufhin eine Öffentlichkeitsfahndung gegen den offenbar psychisch schwer gestörten Täter, der, wie Soko-Chef Volker Kelm warnte, „seine Handlungen nur schlecht oder gar nicht steuern kann".

Die Suche dauerte ein Vierteljahr. Die Soko wuchs auf 48 Köpfe, die Zahl der Hinweise aus der Bevölkerung auf 1100 an. Die Berliner Mordkommission wurde ebenso eingeschaltet wie die UdSSR-Militärstaatsanwaltschaft; denn unter den Opfern war auch eine russische Offiziersfrau mit ihrem Baby. Am Donnerstag vorletzter Woche schließlich nahm die Polizei den „Rosa Riesen" fest: den Kranfahrer Wolfgang Schmidt, 24, aus dem Dörfchen Rädel bei Beelitz.

Der Tatverdächtige war zwei Joggern im Wald durch sein seltsames Verhalten aufgefallen – er masturbierte und trug unter der Jacke einen Büstenhalter. Die beiden Männer hielten den Mann fest und übergaben ihn einem Polizeisuchtrupp im Wald. Auf die Beamten wirkte Schmidt bei der Festnahme „wie erleichtert", auf die Staatsanwälte später „kooperativ".

Der Häftling gestand den Überfall auf die Mädchen, einen weiteren Tötungsversuch sowie insgesamt sechs Morde, darunter die beiden vom März. Die Opfer hatte Schmidt erstochen, erwürgt oder erschlagen.

Kleidungsstücke, die der Mann hinterher am Tatort wie Kultgegenstände auslegte, stammten von einer Müllkippe, wo Schmidt im letzten Sommer eine Obdachlose beim Streit um verwendbare Abfälle mit einem Knüppel beinahe erschlagen hatte. Eine Haussuchung brachte weitere Frauenkleidung zutage.

Auf seine persönliche Umgebung hatte Wolfgang Schmidt stets zwiespältig gewirkt. Freunde schildern ihn als umgänglich. „Frisiert, im Anzug und in seiner freundlichen Art könnte man ihn für einen Versicherungsvertreter halten", urteilt auch Staatsanwalt Hans Grünwald.

Das Vorleben des höflichen Sonderlings scheint allerdings bewegt. Mitschüler haben Schmidt als ausländerfeindlich und rechtsradikal in Erinnerung. Aus der Armee wurde er 1989 wegen Alkoholmißbrauchs und Nazi-Verherrlichung aus Anlaß von Hitlers 100. Geburtstag gefeuert.

Aufgefallen war er außerdem durch Diebstahl am Arbeitsplatz, Prügeleien mit Kollegen und häufige Jobwechsel zwischen Tankstelle, Stahlwerk und Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaft. Alkoholisiert hatte Schmidt auch schon die eigene Wohnung demoliert. Verwandte einer Freundin fanden in seinem Zimmer mehrere Messer und gingen zur Polizei: „Mit dem Kerl stimmt etwas nicht."

Der spektakuläre Fall offenbart erneut, wie überfordert die Polizei in den neuen Bundesländern noch immer ist. Zwischen dem Zusammenbruch und Neuaufbau der Strafverfolgung ist für Rechtsbrecher ein schützendes Vakuum entstanden.

Allein in der Region um Potsdam harren aus den letzten Jahren noch an die 50 Morde der Aufklärung. Im Ostharz sind im Frühjahr vier junge Frauen Opfer von Sexualverbrechen geworden.

Im Süden von Sachsen-Anhalt zieht die Polizei zwischen zwei versuchten und zwei vollendeten Morden an jungen Mädchen Parallelen: Als „Würger von Halle" wird der Fahrer eines roten Opel-Kadett gesucht.

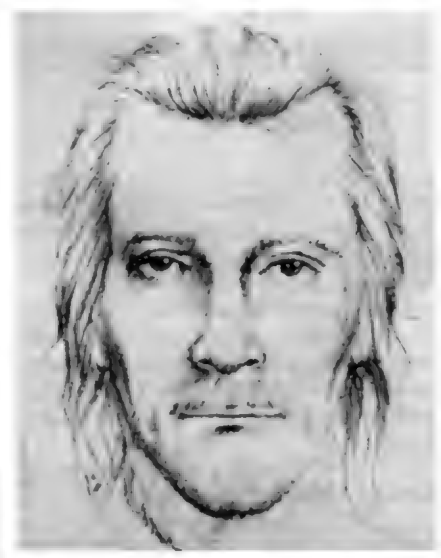
Unter den Bürgern macht sich massiv Unsicherheit breit, wie die Reaktion der Beelitzer Bevölkerung belegt. In dem Städtchen stieg der Umsatz von Selbstverteidigungsgeräten „sprunghaft" an, berichtet der örtliche Werkzeughändler. Jugendliche gingen Streife im Wald, eine Bürgerwehr stand vor der Gründung.

Das von der Polizei gezeigte Phantombild des „Rosa Riesen" löste eine Flut von Bezichtigungen aus. Da wurden Kollegen am Arbeitsplatz und Bettnachbarn im Krankenhaus denunziert; die Polizei setzte mehrere schnurrbärtige Langhaarträger vorübergehend fest. Allerdings: Auch die Eltern einer Freundin des Verdächtigen hatten die Polizei schon vor Wochen auf die Ähnlichkeit des jungen Mannes mit der Phantom-Beschreibung hingewiesen, doch die Beamten reagierten nicht.

Von Hilflosigkeit und tiefer Verunsicherung zeugt auch Volkes Stimme, die Reporter des Berliner *Tagesspiegel* einfingen. „Zum nächsten Baum und aufhängen", „Todesstrafe ist noch zu milde", zischelte es im Supermarkt, aber auch: „Das alte System wäre mit einer solchen Sache besser umgegangen."

Mit eigenen Ratschlägen mischte sich die Boulevardpresse ein. So entdeckte das Haus Springer eine junge Frau, die von Schmidt ein Baby erwartet. *Bild:* „Sie ging mit der Bestie tanzen – und dann ins Bett." Alsbald startete das Blatt eine sonderbare Kampagne. Parole: „Treib das Kind vom Rosa Riesen ab."

Als Zeugen für die von *Bild* kreierte Druckauflagen-Indikation mußten die Eltern der Braut („Unsere Christina war dem Monster hörig") herhalten.



Phantomzeichnung von Schmidt
„Mit dem Kerl stimmt was nicht"

Die fürchten nun, so zitierte sie das Boulevardblatt, ihr Enkelkind könnte „wie sein Vater werden". Ein ungenannter Humangenetik-Professor assistierte mit der Einsicht, daß derlei „Defekte über die Gene weitergegeben" würden.

Daß die junge Frau schließlich zusammenbrach („Ich kann nicht mehr"), wie die in Ostdeutschland erscheinende Boulevardzeitung *Super* Mitte letzter Woche mitfühlend vermeldete, vermochte kaum zu überraschen. Die konkurrierenden Groschenblätter hatten nicht einmal versäumt, neben ihren Porträtfotos auch die Wohnanschrift und den Arbeitgeber der Frau bekanntzugeben.



Frauenmörder Schmidt, Freundin: „Treib das Kind ab"

Derweil befassen sich im Fall Schmidt längst Scharen von Psychologen, Graphologen und Hobby-Gutachtern damit, die Tatmotive des „Rosa Riesen" zu ergründen. Eine verbreitete These: Es lag an dem gestörten Verhältnis des Täters zu seiner Mutter. Unklar blieb bisher nur, ob die ihn nun „abgöttisch" *(Stern)* oder gar nicht *(Bild)* geliebt hat.

Graphologen bescheinigen dem 24jährigen, sein Trieb habe die Intelligenz ausgeschaltet, so der ehemalige Leiter der Polizeitechnischen Untersuchung in der West-Berliner Kripo, Friedrich Koppe: „Er verliert die Kontrolle über sich." Andere Experten lesen aus Schmidts Schrift „Parallelen zu der von Hitler".

Amtlich ist allerdings erst eine Erkenntnis: Potsdams Oberstaatsanwalt Theodor Bosche mag „nicht ausschließen, daß der Mann, der offenbar unter starken Triebstörungen leidet, vermindert zurechnungsfähig ist".

Gegendarstellung

Im SPIEGEL Nr. 29 vom 15. Juli 1991 berichten Sie unter der Überschrift „Stasi – Hilfe durch Code 609000" unter anderem: Die rund 350 der einstmals geheimsten unter den geheimen Helfern der Stasi, die sogenannten U-Mitarbeiter, „wechselten im Sommer letzten Jahres auf Geheiß des damaligen Innenministers Peter-Michael Diestel (CDU) klammheimlich aus den streng konspirativen Observationsgruppen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) nahtlos in die gewendete Polizei".

Hierzu stelle ich fest:

Auf mein Geheiß sind keinerlei Einstellungen von ehemaligen Mitarbeitern des MfS in die Polizei vorgenommen worden; insbesondere mit der Übernahme sogenannter U-Mitarbeiter hatte ich nichts zu tun.

Potsdam, den 23. Juli 1991

Dr. Peter-Michael Diestel

Die Mitglieder der streng geheimen Observationsgruppen, die als Fahnder einer Diensteinheit IIU des DDR-Innenministeriums firmierten, tatsächlich aber auf der Gehaltsliste des Ministeriums für Staatssicherheit standen, wechselten nach Aussage von Bernd Gasch, Amtierender Leiter der Landespolizeidirektion Leipzig, aufgrund einer Richtlinie aus dem damals noch von Diestel geführten Innenministerium zum 1. August 1990 in den Polizeidienst. Auf Anweisung von Diestels Stabschef hätten, so Gasch, die Bezirksbehörden der damaligen Volkspolizei die Observationsgruppen übernehmen müssen. -Red.

Polizei

Auf sicherem Terrain

Kriminologische Erkenntnis nach dem Entführungsdrama von Gelsenkirchen: Ausländische Straftäter schädigen vorwiegend eigene Landsleute.

Der Türkenjunge Aziz Dakin, 11, sah keinen Grund, mißtrauisch zu sein. Die Männer, die ihn nach dem Weg zum Geschäft seines Vaters fragten, waren Landsleute, sprachen deutsch mit türkischem Akzent wie er. Arglos stieg er in ihr Auto ein.

Zwölf Tage später, am Mittwoch letzter Woche, wurde Aziz aufgefunden – tot. Polizisten entdeckten die bereits stark verweste Leiche auf dem Gelände der ehemaligen Zeche „Pluto“ an der Stadtgrenze zwischen Gelsenkirchen und Wanne-Eickel.

Der Junge war Opfer einer der spektakulärsten Entführungen der letzten Jahre geworden. Die Täter, die drei Türken Serif Gökce, 24, Kamil Büyükyilderim, 22, und Osman Tasli, 18, wollten von Aziz' Vater, dem Gemüsegroßhändler Bekir Dakin, eine Million Mark Lösegeld erpressen. Ein vierter Türke soll den Tip gegeben haben, daß bei dem Landsmann „viel Geld“ zu holen sei.

Nach der Zahlung von 700 000 Mark gerieten die Kidnapper in Panik: Weil sie Angst bekamen, Aziz, der als aufgewecktes Kind galt, könnte sie später wiedererkennen, töteten sie ihr Opfer.

Um das Leben des Kindes zu retten, hatte die Polizei zunächst nur verdeckt gefahndet, auch bei der Lösegeldübergabe nicht eingegriffen – eine Taktik, die sich hinterher als falsch erwies.

Als Lebenszeichen ausblieben, entfalteten die Fahnder hektische Aktivitäten: Beamten verteilten im Ruhrgebiet Tausende von Fahndungsaufrufen, die Stimme eines Entführers wurde über Lautsprecherwagen und Telefondurchsage verbreitet. Der Vater richtete im Fernsehen einen Appell an die Entführer – da lebte Aziz schon nicht mehr.

Der tragische Tod des Türkenjungen macht ein Problem sichtbar, das bislang in der Öffentlichkeit wenig Beachtung gefunden hat: Straftaten, die von Ausländern begangen werden, richten sich in hohem Maß gegen eigene Landsleute.

„Die wären nie darauf gekommen, ein deutsches Kind zu entführen“, glaubt Hans-Heiner Kühne, Kriminologieprofessor an der Uni Trier. Das Verbrechen von Gelsenkirchen sei „geradezu typisch“: Die Täter hätten die Reaktionen ihrer Opfer einschätzen können, sich auf „sicherem Terrain“ bewegt.



Mordopfer Aziz Dakin
Von Landsleuten getötet

In einer Studie kommt der Kriminologe zu überraschenden Resultaten. Leidtragende der ständig als Sicherheitsrisiko Nummer eins beschworenen Ausländerkriminalität sind danach vor allem Ausländer.

„Über 60 Prozent“ aller Delikte, so Kühne, würden zum Nachteil von Landsleuten verübt. Bei Kapitalverbrechen wie Mord und Totschlag betrage der Anteil sogar „bis zu 80 Prozent“.

Flüchtige Täter Tasli, Büyükyilderim: „Schlicht geplant“

Erfahrungen aus Frankfurt, der deutschen Kriminalitätshochburg, scheinen Kühne in der Tendenz zu bestätigen. Bei „30 bis 50 Prozent“ aller von Ausländern begangenen Delikte, schätzt Polizeisprecher Kurt Kraus, handele es sich um „Straftaten untereinander“. Die deutsche Polizei wird häufig gar nicht erst eingeschaltet. „Anzeigen gegen Landsleute haben Seltenheitswert“, berichtet Polizeisprecher Kraus, viele Volksgruppen würden „die Dinge lieber untereinander lösen“.

Das gilt vor allem beim organisierten Verbrechen. Wenn in Deutschland mafiaähnliche Gruppierungen italienische Pizzabäcker erpressen, chinesische Triaden die Besitzer von China-Lokalen ausnehmen, jugoslawische Hütchenspieler sich Schießereien um die besten Reviere liefern, gucken die deutschen Beamten häufig ohnmächtig zu.

„Täter und Opfer sind völlig abgeschottet“, klagt Klaus Lang von der Inspektion Organisierte Kriminalität in Hamburg. Die verschiedenen ethnischen Gruppen bildeten meist „einen undurchdringlichen Kreis“. Sprachbarrieren, fremde Mentalität und rigide Schweigegebote, an die sich auch die Opfer eisern hielten, machten die Ermittlungsarbeit oft aussichtslos.

„Um da ranzukommen, brauchen wir auch Ausländer als Polizisten“, fordert der Frankfurter Kriminaldirektor Peter Walter. Der schon öfter erhobene Vorschlag scheiterte bislang an gesetzlichen Hürden: Beamter werden und Polizeigewalt ausüben können nur deutsche Staatsbürger.

Ob ein besser funktionierendes Konzept gegen organisierte Kriminalität die Tat von Gelsenkirchen hätte verhindern können, ist fraglich. Denn der kleine Aziz fiel nicht professionellen Erpressern zum Opfer, sondern Dilettanten.

Die Tat sei „sehr schlicht geplant und ausgeführt“ worden, analysierte der Essener Staatsanwalt Jochen Rehling. Die Entführer seien „kleine Ganoven“, die beim Coup gegen den erfolgreichen Landsmann hätten „groß herauskommen“ wollen.

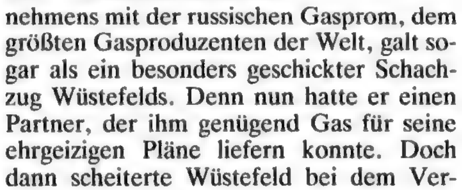
Die drei Türken gehören zu jener Generation von Deklassierten, vor deren Aggressivität Soziologen und Sozialarbeiter schon seit langem warnen: Alle drei sind als Gastarbeiterkinder im Randständigenmilieu des Ruhrgebiets aufgewachsen, haben keinen Schulabschluß, keine Ausbildung, keine Arbeit. Gelernt haben sie nur, sich in der Subkultur zurechtzufinden, in Spielhallen und Imbißbuden.

Büyükyilderim und Tasli konnten vorerst mit dem Lösegeld fliehen; sie werden nun in der Türkei gesucht. Gegen Gökce, der letzte Woche festgenommen wurde und ein Geständnis ablegte, erging Haftbefehl wegen Mordes und erpresserischen Menschenraubes.

Der Tipgeber, der die Täter erst auf die Entführungsidee gebracht haben soll, wurde nach seiner Vernehmung wieder freigelassen.

Wintershall-Chef scheiterte an Ruhrgas

Vergangenes Jahr erst war sein Vertrag von der Konzernleitung in Ludwigshafen um fünf Jahre verlängert worden, nun räumt Heinz Wüstefeld, 57, „im gegenseitigen Einvernehmen" zum 1. November den Chefsessel bei der BASF-Tochter Wintershall. Der Spitzenmanager des in Kassel beheimateten Energie-Unternehmens hat sich den Unwillen der Konzern-Oberen zugezogen, weil er seine Gesellschaft in einen immer schärfer gewordenen Machtkampf mit Europas größtem Gas-Verteiler, der Essener Ruhrgas, getrieben hatte. Zunächst genoß Wüstefeld die volle Unterstützung der Konzernleitung, als er versuchte, in das von der Ruhrgas beherrschte lukrative Gasvertriebsgeschäft einzusteigen. Die 1990 vorgenommene Gründung eines Gemeinschaftsunternehmens mit der russischen Gasprom, dem größten Gasproduzenten der Welt, galt sogar als ein besonders geschickter Schachzug Wüstefelds. Denn nun hatte er einen Partner, der ihm genügend Gas für seine ehrgeizigen Pläne liefern konnte. Doch dann scheiterte Wüstefeld bei dem Versuch, sich gemeinsam mit den Russen einen ebensogroßen Anteil an dem ostdeutschen Gasvertriebs-Monopolisten Verbundnetz Gas (VNG) zu sichern wie die Ruhrgas und deren Verbündeter BEB (SPIEGEL 51/1990). Es gelang ihm zudem nicht, für Gas, das er gemeinsam mit Gasprom an VNG liefert, jenen Preis durchzudrücken, den er den Russen in Aussicht gestellt hatte. Die von der Ruhrgas gesteuerte VNG lehnte die Preisforderung als um 25 Prozent überhöht ab, und Wüstefeld ließ sich auf eine gerichtliche Auseinandersetzung mit der ostdeutschen Gasgesellschaft um die Höhe eines angemessenen Gaspreises ein. Das war dem ansonsten durchaus nicht konfliktscheuen BASF-Chef Jürgen Strube denn doch zuviel. Er läßt nun den kämpferischen Wüstefeld durch den verbindlicheren Mobil-Manager Herbert Detharding, 53, ersetzen. Der in der Londoner Europa-Zentrale des amerikanischen Öl-Multis tätige Detharding hatte in seiner Zeit als Chef der deutschen Mobil-Tochter im Aufsichtsrat der Ruhrgas gesessen.





Wüstefeld

Verdacht gegen Hamburger Reeder

Die argentinische Staatsanwaltschaft ermittelt in einem Korruptionsfall, in den die Hamburger Reederei Christian F. Ahrenkiel verwikkelt ist. Die deutsche Firma soll 1987 zwei Containerfrachter zu überhöhten Preisen an die argentinische Staatsreederei Empresa Líneas Marítimas Argentinas (Elma) verkauft haben. Ein Teil des Überpreises soll, so Staatsanwalt Luís Moreno Ocampo, „in die Taschen der Elma-Direktoren" geflossen sein. Die Elma hatte für die beiden gebrauchten Schiffe „Andalusia" und „Aquitania" jeweils 22 Millionen Dollar bezahlt. Nach einer Schätzung Londoner Experten sollen diese höchstens 11 bis 13 Millionen wert sein. Die Reederei bestreitet die Vorwürfe. Die Preise für die Schiffe seien, so der stellvertretende Ahrenkiel-Geschäftsführer Thomas Meier-Hedde, durchaus „marktüblich gewesen". Ahrenkiels Broker, der die Firma in Argentinien vertrat und das Geschäft einfädelte, ist verschwunden.



Argentinisches Containerschiff „Andalusia"

Verluste mit Deutscher Bank

Die Deutsche Bank muß um ihren guten Ruf bei Käufern neuer Wertpapiere fürchten. Die Volksfürsorge-Aktie, die das Bankhaus Mitte Juli zum Einführungspreis von 800 Mark an die Börse gebracht hatte, notierte Ende vergangener Woche bei 774 Mark. Einst waren neue Aktien, die von der Deutschen Bank in den Börsenhandel geschleust wurden, so begehrt, daß sie verlost werden mußten. Sogar die Erwerber von Anleihen, die mit Hilfe der Deutschen Bank in den Effektenmarkt gelangten, können sich nicht darauf verlassen, daß sie ein erstklassiges Papier erworben haben. Dies zeigt eine DM-Auslandsanleihe von 1988. Der Schuldner, das britische Hypothekeninstitut National Home Loans, geriet in den Strudel, der vom Skandal um die Bank of Credit & Commerce International ausgelöst worden war. Der Kurs des Papiers sackte innerhalb weniger Wochen um 10 auf 81 Mark – für Anleihen ein ungewöhnlich steiler Kurssturz.

UPS kassiert Ostzuschlag

United Parcel Service, privater Brief- und Paketbeförderer, fordert in den neuen Ländern happige Zuschläge. Der Ostkunde muß für den Transport eines Ein-Kilo-Pakets 14,30 Mark zahlen. In der gleichen Tarifzone kann der Westkunde für diesen Preis ein Zwölf-Kilo-Paket transportieren lassen. Beschwerden von Ostbürgern wies UPS zurück. Die im Osten eingesetzten Fahrer, erwiderte UPS einem Dresdner Geschäftsführer, stammten vorwiegend aus dem Westen. Dadurch seien Zusatzkosten entstanden. Doch von den 400 UPS-Mitarbeitern im Osten sind 95 Prozent Einheimische.



Verladung von UPS-Fracht

Warten auf das Wunder

Das teuerste Konjunkturprogramm der Welt scheint Wirkung zu zeigen: Die Talfahrt der ostdeutschen Wirtschaft wird allmählich gebremst. Die Baubranche macht bereits gute Geschäfte, die Auftragsbücher vieler Firmen beginnen sich langsam zu füllen. Hoffnung macht sich breit. Doch die Arbeitslosenzahlen steigen weiter.

Rathaus und Bahnhof sind mit monströsen Gerüsten verstellt, überall in Leipzig wird gebuddelt, gebaggert und planiert. Fußgänger stolpern im Clara Zetkin Park über die Kabelstränge der Telekom. Autofahrer teilen sich den dreispurigen Cityring mit Betonmischern.

„Aufschwung ist ätzend“, flucht ein genervter Taxifahrer. Die *Bild*-Lokalausgabe jubelt: „Leipzig wird wieder Klein-Paris.“

Der Bauboom hat begonnen. Die ostzonale Tristesse verschwindet aus den Städten. Frische Farbe schönt einst graue Fassaden. Vor den Toren aller Oststädte entstehen Gewerbeparks und Einkaufscenter.

„The new Germany“, kommentiert euphorisch das amerikanische *Wall Street Journal*, „will make it.“

Zehn Monate nach der Einheit sind erste Zeichen des wirtschaftlichen Neubeginns unübersehbar. In einigen Branchen beginnt sich der Umschwung bereits abzuzeichnen, einzelne Betriebe melden sogar gute Geschäfte. Das Stimmungstief scheint überwunden.

Soweit die gute Nachricht. Der wirtschaftliche Niedergang ist allerdings noch nicht beendet. Die Arbeitslosenzahlen werden weiter steigen, viele Betriebe werden noch schließen.

Daß Niedergang und Neuaufbau zeitgleich verlaufen, verwirrt ökonomische Laien, auch die in höchsten Ämtern. Erst kürzlich verkündete Kanzler Kohl, es gehe im Osten aufwärts. Fast täglich behauptet SPD-Chef Björn Engholm das Gegenteil. Beide haben recht.

Der kleine Aufschwung hat den großen Crash nur gedämpft. Er ist vor allem die Folge eines beispiellosen Milliarden-Transfers.



Ost-Manager Luft: Gegen Konkurrenz aus dem Westen durchgesetzt

140 Milliarden Mark überweist der Westen allein in diesem Jahr. Westdeutschland finanziert rund zwei Drittel des östlichen Sozialprodukts. Nie zuvor hat eine starke Volkswirtschaft eine schwache Volkswirtschaft derart umfassend alimentiert.

Gegen das Konjunkturprogramm der Kohl-Regierung wirkt selbst die Marshallplan-Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg bescheiden. Gerechnet in heutigen Preisen, subventionierte der Marshallplan jeden Bundesbürger mit 800 Mark pro Jahr. Das Bonner Programm bringt dem Ostler die elffache Summe.

Geld allein löst die Probleme nicht. Die Industrieproduktion der neuen Bundesländer schrumpfte auf ein Drittel des DDR-Niveaus. Das Bruttoinlandsprodukt, also die Summe aller dort produzierten Waren und Dienstleistungen, wird 1991 nach einer Schätzung des Münchner Ifo-Instituts gegenüber dem von 1990 erneut um rund 25 Prozent absacken.

Doch das Tempo des Niedergangs verlangsamt sich. Im Sommer 1990 meldete jedes zweite Ost-Unternehmen Produktionsrückgänge, jetzt sind es nur noch zwölf Prozent. Die Hälfte der Fir-



Baustelle in der Leipziger Innenstadt: „Die unternehmerischen Gene zum Wachsen bringen"

men rechnet laut Ifo-Umfrage für das zweite Halbjahr mit einem Auftragsplus.

Die Deutsche Bundesbank, bislang nicht durch Schönfärberei aufgefallen, spricht in ihrem Juli-Bericht von „ersten Anzeichen für ein Ende der Talfahrt". Ihr neuer Präsident, Helmut Schlesinger, erwartet in Kürze sogar Wachstumsraten im Osten, „spätestens 1992".

Dieter Luft, 39, ist seiner Zeit voraus. Der Vorstandschef der Berliner Elpro AG legte am Mittwoch vergangener Woche als erster Ostmanager seine Bilanz öffentlich vor. Luft hatte eine Rarität zu bieten: schwarze Zahlen.

Bereits das zweite Halbjahr 1990 schloß die Elpro ohne Verlust ab. Im ersten Halbjahr dieses Jahres erwirtschaftete der Elektro- und Anlagenbaukonzern (Planumsatz 1991: 400 Millionen Mark) ein Plus von einer Million Mark.

Radikaler als andere hat Luft den Verwaltungsapparat des einst 4800-Mann-Unternehmens gekappt. Rund 2000 Bleistifthalter aus den Büroetagen mußten gehen. Angeheuert wurde statt dessen Vertriebspersonal.

Gegen die Westkonkurrenz von AEG und Siemens ergatterten die Ost-Berliner einen Großauftrag zur Modernisierung der Berliner S-Bahn. Auch beim Hafenausbau in Hamburg und beim Airport-Neubau in München ist das Unternehmen dabei. Rund 30 Prozent der Umsätze werden mittlerweile im Westen erlöst. Schon klagt der Vorstandschef über Fachkräftemangel.

Elpro ist der Ausnahmefall. Wann folgen die anderen Ost-Betriebe? Die Trendwende ist in den Auftragsbüchern vieler Großbetriebe bereits ablesbar. Die leeren Seiten füllen sich, wenn auch langsam.

Die Baukema AG, einst mit 18 500 Beschäftigten größter Baumaschinenhersteller der DDR, hat im ersten Halbjahr 1991 nur 5 Bagger und 3 Straßenwalzen verkauft. Im zweiten Halbjahr sind immerhin 30 Bagger und 40 Walzen bestellt.

Der Leipziger Kranbauer Takraf AG steigerte seinen Umsatz im ersten Halbjahr um zwölf Prozent. Die Magdeburger Sket Schwermaschinen- und Anlagenbau AG hat ihr Westgeschäft seit der Währungsunion sogar vervierfacht.

Gewinn erwartet in diesem Jahr keines der einstigen Großkombinate. „Aber die roten Zahlen", sagt Takraf-Finanzvorstand Hans-Jürgen König, „werden jetzt nicht mehr röter."

Weil die Westmärkte schwer zu erobern sind, umwerben die Betriebe erneut ihren Großabnehmer von gestern, die Sowjetunion. Lieferungen für 5,6 Milliarden sind bereits mit den Sowjets fest verabredet. Bonn bürgt für die Bezahlung.

Die Baukema AG wird in den nächsten Monaten Asphalt- und Betonmischanlagen in die Sowjetunion liefern. Volumen: 450 Millionen Mark. Aufsichtsratschef Heinrich Axer war zunächst sprachlos, als ihm die Kaufverträge vorgelegt wurden. Empört rief er schließlich: „Dieses Geschäft ist doch in höchstem Maße unseriös."

Der Westler, ehemals Vorstandschef des Mannheimer Baumaschinenherstellers Vögele, empfand den Preis, den die Sowjets zu zahlen haben, als „gnadenlos überzogen". Der herbeigerufene Vorstand nickte und schwieg. Technikvorstand Horst Schulze später: „Wir haben die Kritik als Lob verstanden."

Im Inland ist mit Schlitzohrigkeit allein wenig zu erreichen. Hier zählen Preis und Leistung. Viele Ostler tun sich mit dieser Mischung noch schwer.

„Umdenken braucht Zeit", sagt der sächsische Wirtschaftsminister Kajo Schommer. Er verpflichtete seine Bürgermeister und Landräte, bei Aufträgen Ostfirmen zu bevorzugen. Die einheimischen Bautrupps dürfen fünf Prozent, in Ausnahmefällen sogar zehn Prozent teurer sein als der Westkonkurrent. Schommer will so „die unternehmerischen Gene der Sachsen zum Wachsen bringen".

An Geld herrscht kein Mangel. Fünf Milliarden Mark hat Bonn den Ost-Kommunen im Januar fürs Bauen überwiesen. Jede zweite Mark ist schon vergeben. Bei den Ost-Baufirmen stiegen die Auftragszahlen sprunghaft an: plus 25 Prozent im Wohnungs- und Gewerbebau, plus 30 Prozent im Straßenbau.

Weil der Bau boomt, machen auch Maler, Klempner und Elektriker gute

„Der Westen muß abwickeln“

SPIEGEL-Interview mit dem sächsischen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf

SPIEGEL: Wann erwirtschaftet der Osten die Milliarden, die er verbraucht?

BIEDENKOPF: Egal, wie wir es anpacken, wir können es nicht schaffen, in den nächsten drei oder vier Jahren 70 Prozent der West-Wirtschaftskraft und 70 Prozent der West-Steuerkraft zu haben.

SPIEGEL: Was bremst den Aufschwung?

BIEDENKOPF: Uns fehlen Leute, die unternehmerisches Handeln organisieren können; uns fehlen entscheidungsfreudige Kommunalverwaltungen, funktionierende Gerichte; uns behindert noch immer die Eigentumsfrage. Die Menschen brauchen Zeit, sich auf die neue Ordnung umzustellen. Das heißt, die Aufbauarbeit dauert länger . . .

SPIEGEL: . . . und wird damit teurer.

BIEDENKOPF: Was wir derzeit an Geldern von West nach Ost leiten, ist das Notwendigste zum Aufbau des Staates. Ohne Universitäten, Schulen, Straßen, Gerichte und Verwaltungen kommt kein privater Investor. In dieser Übergangszeit sind Bund und Länder verpflichtet, den ostdeutschen Ländern finanziell zu helfen.

SPIEGEL: Die Hilfsbereitschaft der westlichen Länder ist gering.

BIEDENKOPF: Es ist im Interesse von Bund und Altländern, daß im Osten keine chaotischen Verhältnisse entstehen. Der Westen Deutschlands kann sich dem Aufbau im Osten nicht entziehen. Er ist durch das Grundgesetz zum Beistand verpflichtet.

SPIEGEL: Wie wollen Sie die Westländer zum Beistand zwingen?

BIEDENKOPF: Durch Überzeugungsarbeit, notfalls mit Hilfe des Bundesverfassungsgerichtes. Die Ostdeutschen sind der Bundesrepublik beigetreten. Sie haben damit auch den Anspruch auf gleiche Lebensverhältnisse erworben. Dafür leisten sie ihren Teil. Der Westen Deutschlands muß seinen Teil leisten – jeder nach seiner Wirtschaftskraft. Das ist ein generelles Prinzip unserer föderativen Ordnung. Diese Ordnung ist ausdrücklich der verfassungsändernden Mehrheit entzogen.

SPIEGEL: Was wollen Sie mit dieser Diskussion erreichen?

BIEDENKOPF: Ich will die Voraussetzungen für die Bewältigung der Aufbauarbeit im Osten schaffen. Dazu gehört die Neuordnung des Finanzausgleichs zwischen Bund und Ländern. Er ist in seiner jetzigen Form für die im Osten anstehenden Probleme nicht geeignet.

SPIEGEL: Im Klartext heißt das, Sie wollen die Steuern zwischen Bund und Ländern neu verteilen?



Ost-Politiker Biedenkopf: „Die Menschen brauchen Zeit“

BIEDENKOPF: Eine stärkere Beteiligung der Länder am Aufbau Deutschlands bedeutet in der Tat, die eingefahrenen Wege der Steuerverteilung zwischen Bund und Ländern zu verlassen. Die Länder sollten auch das Recht erhalten, selbst Steuern zu erheben.

SPIEGEL: Ist der Föderalismus mit seinem Hang zum Egoismus der Regionen überhaupt fähig, die Einheit zu bewältigen?

BIEDENKOPF: Könnte er sie nicht bewältigen, würde er notleidend. Ich gehe jedoch davon aus, daß Institutionen zu enormen Veränderungen fähig sind, wenn sie ihre Existenz gefährdet sehen. Bislang war die Gefahr noch nicht sehr groß. Man hat die Entscheidungen aufgeschoben, indem man Geld gepumpt hat. Die Bundesbank wird diesen Ausweg jedoch bald beenden.

SPIEGEL: Und dann werden erneut die Steuern erhöht?

BIEDENKOPF: Das wird sich möglicherweise nicht vermeiden lassen. Aber hier sind die politischen Grenzen bald erreicht.

SPIEGEL: Was bleibt als Alternative?

BIEDENKOPF: Das Sparen und das Teilen. Im Westen werden Jahr für Jahr rund 130 Milliarden Mark an Subventionen ausgeschüttet. Davon ließen sich 30 Milliarden einsparen. Ein Teil dieser Gelder könnte für neue Aufgaben im Osten verwendet werden. Wir müssen jetzt gesamtdeutsch denken. Im Moment denken wir nur additiv: Die Besitzstände im Westen bleiben unangetastet, die Gelder für den Aufbau im Osten packt man obendrauf.

SPIEGEL: Sie wollen das „Abwickeln“ also auch in Westdeutschland auf die Tagesordnung setzen?

BIEDENKOPF: Wenn „abwickeln“ heißt, sich von Überholtem zu trennen, ja. Selbstverständlich muß dann auch im Westen abgewickelt werden. Auf dem 40jährigen Weg zum Wohlstand ist manches entstanden, das nicht zwingend erforderlich ist. Vieles wurde nur noch erhalten, weil kein Zwang zur Änderung bestand. Jetzt muß neu bewertet werden – im Osten wie im Westen.

SPIEGEL: Wo konkret wollen Sie Subventionen kappen?

BIEDENKOPF: Bei Investitionshilfen im Westen, im Kohlebergbau, bei Steuervergünstigungen, in der Landwirtschaft, bei den Werften. Bisher muten wir nur den Menschen im Osten riesige Umstellungen und Hunderttausende von Entlassungen zu. Aber auch politische Zumutungen müssen auf Dauer in Ost und West mit gleichem Maß gemessen werden. Sonst finden wir nicht zur Einheit.



Ost-Kaufmann Lamla: Wie ein Museum der DDR-Lebensart

Geschäfte. Die Zahl der selbständigen Handwerksbetriebe stieg von ehemals 80 000 auf über 130 000; und es werden immer mehr.

Viele Ostdeutsche melden ein eigenes Gewerbe an, doch viele fliehen nur aus Angst vor der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit. Worauf sie sich einlassen, ahnen nur wenige. Gewinnbringende Geschäftsideen sind rar.

Videotheken und Imbißbuden entstehen überall. Aber auch Schlemmer-Restaurants, Fahrschulen und Fitneßstudios werden eröffnet. Nur die Namen klingen noch ostzonal: In Leipzig gibt es jetzt „Hemden-Fix" und „Foto-Flott", Ost-Friseure nennen sich gern „Salon Variante".

Noch ist die Gründerszene wirtschaftlich schwach. Mehr als ein Drittel aller Firmen schlossen das Geschäftsjahr 1990 mit Verlust ab. Experten vermuten, daß rund 50 Prozent der Existenzgründer wieder aufgeben.

Andreas Lamla, 36, könnte es packen. Der Ost-Berliner baute aus dem Nichts die Lebensmittelkette Park-Markt auf. In seinen zehn Läden mit insgesamt 2200 Quadratmetern verkauft er ausschließlich Ostprodukte. Sein unausgesprochenes Motto: Hauptsache billig.

Lamlas Laden wirkt wie ein Museum für DDR-Lebensart. Kistenweise steht der süß-klebrige Rotkäppchen-Sekt in den Regalen, daneben der Rotwein „Kaminfeuer" aus Sofia. Schulkinder ordern das prickelige DDR-Brausepulver, die Eltern packen sich die Essiggurken der LPG „Thomas Müntzer" in den Korb. Selbst das kratzige Klopapier (DDR-Spott: „Damit der letzte Arsch noch rot wird") ist plötzlich ein Verkaufsschlager. Die rauhe Rolle kostet nur Pfennigbeträge.

Lamlas Konzept scheint aufzugehen. Für 1991 erwartet er einen Umsatz von 15 Millionen Mark. Die Gewinne will er investieren, in Magdeburg sollen zehn weitere ParkMärkte eröffnen.

Seit auch der Westhandel Ostware ordert, kommt die Nahrungsmittelindustrie wieder zu Kräften. In viele Firmen sind Westkonzerne eingestiegen. Philip Morris produziert in Dresden und Berlin die Ost-Zigaretten F6 und Karo, der Düsseldorfer Henkel-Konzern in Genthin das Waschmittel Spee, fast alle Brauereien sind in West-Besitz.

Von der Zahl und dem Engagement der privaten Investoren hängt der Wirtschaftserfolg im Osten ab. Nur wenn der Investor Staat vom Privatkapital abgelöst wird, kann der Aufschwung gelingen.

Gleich nach der Wende kamen die Privaten – Mittelständler, Großkonzerne und Spekulanten – in Scharen. Sie witterten das große Geschäft. Als das nicht gleich anlief, zogen viele ernüchtert wieder ab.

Inzwischen aber sind viele Hemmnisse beseitigt. Die Treuhand funktioniert nach zähem Start einigermaßen, die Verwaltung kommt langsam in Gang. Selbst Grundstücke sind inzwischen zu haben.

In den Kaufverträgen mit der Treuhand sind bis heute rund 65 Milliarden Mark als Investitionssumme verbindlich zugesagt. Mit dem Tempo der Privatisierung beschleunigt sich auch der Kapitalfluß.

Das Lieblingsland der Investoren ist Sachsen. Das traditionelle Industriedreieck Chemnitz-Dresden-Leipzig lockte Großunternehmen wie Quelle, VW und den Elektrokonzern Siemens. „Wir werden das Silicon Valley des Ostens", jubelte übermütig der Leipziger Landrat Siegfried Horn.

Auf dem Tisch des Dresdner Wirtschaftsministers stapeln sich die Förderanträge. Bis zum Freitag vergangener Woche hatten 356 Unternehmen an Schommer geschrieben und Investitionen in Höhe von 15 Milliarden Mark angemeldet. Sie lockt die 23prozentige Investitionszulage. Der Sog der Subventionen hat eingesetzt.

Ob der Kapitalfluß in Richtung Osten ausreicht, weiß heute niemand. Auf das zweite deutsche Wirtschaftswunder muß weiter gewartet werden, möglicherweise bis weit in das nächste Jahrtausend.

Nach Berechnungen des Internationalen Währungsfonds braucht die Ex-DDR bis zum Jahr 2000 jährlich 120 Milliarden Mark an privaten Investitionen. Nur dann könne der Osten 80 Prozent des Westniveaus erreichen, sagen die Banker. Vieles spricht dagegen, daß diese Summen auf die schnelle zusammenkommen.

Trotz aller Zweifel schlägt die Stimmung im Osten um. Die meisten glauben: Das Schlimmste ist ausgestanden. Die jüngste Untersuchung des Allensbach-Instituts belegt, daß immer mehr Ostbürger hoffnungsfroh in die Zukunft blicken.

In einer internen Analyse „zur Stimmungslage der ostdeutschen Bevölkerung" kommt die Hauptabteilung Volkswirtschaft der Frankfurter Bundesbank zum selben Ergebnis. Die Banker sehen in ihrem Fazit „den Hoffnungsfunken glimmen".

Die Politiker tun alles, um die Hoffnung zu schüren. Die Bonner Regierung liefert die Sprüche (Kohl: „Das Bild hat sich grundlegend zum Besseren gewandelt"), die Treuhand unter Führung der CDU-Politikerin Birgit Breuel ist für die Zahlenbelege zuständig. Kleine Tricksereien sind dabei anstaltsüblich.

Unter der Überschrift „Treuhandfirmen im Aufwind" hat die Treuhandchefin vergangenen Donnerstag einen neuen Erfolg verkündet: 42 Prozent der Firmen aus dem Fahrzeugbau, so der vorbereitete Pressetext für den Auftritt, schreiben bereits schwarze Zahlen.

Die frohe Botschaft ist eine Falschmeldung. In einer internen Aktennotiz der Treuhand schrieb der Chef-Dokumentarist an seine Oberen: „Die Zielstellung der Pressenotiz ist etwas schöngefärbt." Zwölf Firmen, die ins Minus rutschten, seien unberücksichtigt geblieben. „Im Interesse des Image der Treuhandanstalt", so die Aktennotiz, „sollte dies jedoch zulässig sein." ◀

„Gier, Diebstahl, Gesetzlosigkeit“

Der Zusammenbruch der Bank of Credit and Commerce International entwickelt sich zum weltumspannenden Skandal: Geheimdienste vieler Länder sahen zu, wie BCCI-Manager Politiker schmierten, Drogengelder verschoben, Waffenhändlern die Arbeit erleichterten und sich als Hausbanker für Terroristen profilierten.

Agha Hasan Abedi, 69, Gründer und bis Anfang 1988 Chef der damals angeblich erfolgreichsten Bank der Dritten Welt, lebt als Rentner in Karatschi. Sein Vermögen – nur wenige Millionen Dollar, sagt seine Familie – kann er gleichwohl nicht genießen. Abedi ist ein gebrochener Mann.

Ein Schlaganfall, nach zwei Herzinfarkten, hat seine Hirnfunktionen geschädigt. Mühsam beschwört Abedi die Erinnerung an bessere Zeiten.

Seine 1972 gegründete Bank of Credit and Commerce International (BCCI), so sagt er, sei nicht einfach nur ein auf Profit und Wachstum erpichtes Geldinstitut gewesen wie andere auch. In einem Interview erläuterte Abedi der Londoner *Financial Times*, daß „Güte“ die Geschäftsgrundlage von BCCI gewesen sei. Er habe etwas Menschheitsumfassendes schaffen wollen in der Überzeugung, „daß alle Religionen und Völker im Kern eigentlich gleich“ seien.

„Er hat geglaubt“, hilft ihm seine junge Frau Rabia, „daß Moral und Materialismus in Einklang zu bringen sind.“

Zumindest hat er es geschafft, Prominente in aller Welt von seiner Selbstlosigkeit zu überzeugen – vornehmlich solche, die wenig Ahnung von Bankgeschäften hatten. Nach der Schließung der BCCI am 5. Juli in London standen Politiker in aller Welt blamiert da, weil sie den pakistanischen Financier wegen seiner Großzügigkeit hofiert hatten. Der amerikanische Ex-Präsident Jimmy Carter zum Beispiel hatte acht Millionen Dollar für seine Wohltätigkeitsprojekte erhalten, Großbritanniens Ex-Premier James Callaghan konnte seine Lieblingsstiftungen mit Geldern des Bankiers aufpäppeln.

Für Abedis Londoner Dritte-Welt-Stiftung durfte Prinzessin Anne jährlich Preise in Höhe von 100 000 Dollar verteilen. Empfänger unter anderen: Tansanias Julius Nyerere, Südafrikas Nelson Mandela, Deutschlands Willy Brandt.

Abedis „Pflege einflußreicher Personen“ (so der Report der Wirtschaftsprüfer von Price Waterhouse) schuf den Anschein von Respektabilität, in deren Schatten die Bank ihrem eigentlichen Geschäftszweck nachgehen konnte. Und der hieß Wachstum um jeden Preis.

BCCI verdiente am Ölboom, als arabische Scheichs ihre Petrodollar bei der Bank anlegten. Pakistanische Gastarbeiter im Nahen Osten schickten jährlich drei Milliarden Dollar nach Hause, vorzugsweise via BCCI.

Die Jagd nach neuen Anlegern wurde um so dringender, je weniger Erfolg BCCI in klassischen Bankgeschäften aufweisen konnte. Verluste in Devisen- und Wertpapiergeschäften zwangen die Manager zur Aufgabe der vom Gründer beschworenen Moral. Weltweit geriet BCCI in den Ruf, keine Fragen nach der Herkunft von Anlagegeldern zu stellen. In ihren besten Zeiten war die Bank in der Lage, mit 400 Niederlassungen in 73 Ländern beispiellosen Service zu bieten.

Vorzugskunden konnten anrufen und erhielten überall auf der Welt Darlehen, ohne den geringsten Nachweis an Sicherheiten. Wurde ein Kredit nicht zurückgezahlt, bei guten Freunden des Hauses passierte das häufig, ließ sich der Verlust buchungstechnisch ausgleichen, von Zweigstelle zu Zweigstelle verschieben, notfalls von Land zu Land.

Noch besser war BCCI darin, heiße Gelder in ihrem Zweigstellennetz zu verstecken. Genau diese Fähigkeit lockte eine spezielle Klientel an: private Steuerhinterzieher, Terroristen aus dem Nahen Osten, internationale Waffenhändler, lateinamerikanische Diktatoren, korrupte Staatsdiener – und auch Geheimdienste, vorneweg die CIA.

Wie ein Riesenkrake hatte BCCI seine Fangarme um den gesamten Globus gestreckt: In Indien wollen Oppositionsparteien von der Regierung wissen, ob Vertraute des ermordeten Premiers Rajiv Gandhi mit BCCI-Geldern geschmiert worden waren. In Pakistan erhebt sich der Verdacht, daß BCCI den Bau der islamischen Atombombe mitfinanziert hat.

BCCI soll versucht haben, argentinische Mirage-Jets in den Irak zu verschachern. In Guatemala wurde ein Journalist ermordet aufgefunden, der vor Ort nach BCCI-Schmiergeldern recherchierte. In Peru will ein Parlamentsausschuß untersuchen, ob sich der ehemalige Staatspräsident Alan García mit BCCI-Geldern bereichert hat.

Das Großherzogtum Luxemburg, Sitz der BCCI-Holding, muß sich erneut die Frage gefallen lassen, ob es überhaupt eine funktionsfähige Bankenaufsicht hat. Und in Washington geht die Angst um vor einer angeb-



BCCI-Gründer Abedi: Wachstum um jeden Preis

lich langen Liste amerikanischer Politiker, deren Protektion sich BCCI erkauft haben soll.

Auf mindestens fünf, wahrscheinlich sogar auf zehn Milliarden Dollar beläuft sich der Schaden, den der BCCI-Krach sowohl Kleinanlegern in aller Welt als auch afrikanischen Elendsstaaten gebracht hat, die Teile ihrer Staatskasse bei BCCI angelegt hatten. Dieser größte Bankbetrug in der Finanzgeschichte könnte sich wahrlich zur „Mutter aller Skandale" entwickeln, so ein in den USA kursierender Scherz.

Der US-Senator John Kerry, seit vier Jahren den kriminellen Machenschaften der Banker auf der Spur, höhnt: „Benötigen Sie ein Mirage-Kampfflugzeug für Saddam Hussein? BCCI macht's möglich. Brauchen Sie Waffen für den Nahen Osten, womöglich sogar Atomwaffen? Wen rufen Sie an? BCCI. Möchten Sie Drogengelder in Sicherheit bringen? BCCI erledigt auch das."

Für den Terroristen Abu Nidal, dem die Verantwortung für mehr als 250 Morde in aller Welt angelastet wird, war BCCI die Hausbank. Zusammen mit zehn Vertrauten unterhielt er 42 Konten in den Londoner Geschäftsstellen, über die in zehn Jahren eine halbe Milliarde Dollar flossen.

Westliche Geheimdienste wußten Bescheid – Agenten des britischen MI-5 zwangen den BCCI-Manager Ghassam Ahmed Kassim zum Spitzeldienst. Sie hatten den Zweigstellenleiter dabei erwischt, telefonisch Anweisungen für eine Entführung in Beirut zu geben. Das Lösegeld sollte auf das Londoner BCCI-Konto eines syrischen Regierungsbeamten geleitet werden.

Abu Nidals Waffengeschäfte liefen vor allem über die Warschauer SAS Trade & Investment Co., deren Chef Samir Nadschm el-Din sein Büro in der vornehmen BCCI-Filiale an der Londoner Park Lane einrichtete. Im britischen Fernsehen schilderte Kassim: „Es war fast sein Heim. Er kam jeden Morgen um 8.30 Uhr. An einigen Tagen hatten die Angestellten an den Fernschreibern den ganzen Tag damit zu tun, seine Telexe zu verschicken." Rund 100 Millionen Dollar soll Abu Nidal während der achtziger Jahre an den Waffengeschäften verdient haben.

Gegen moderate arabische Staaten führte der Superterrorist einen regelrechten Erpressungsfeldzug. Eine Attentatswelle im Ölemirat Kuweit hörte schlagartig auf, nachdem die kuweitische Botschaft in London 80 Millionen Dollar auf einem Abu-Nidal-Konto bei der BCCI deponiert hatte, wie ein französischer Geheimdienstbericht behauptet.

Obwohl der Botschafter die Zahlungen leugnet, sind sich westliche Terrorismus-Experten sicher: „Das waren schlicht und einfach Schutzgelder", so ein ehemaliger Mitarbeiter des US-Außenministeriums. Vieles von dem, was andere Araber als Unterstützung für die Palästinenser ausgaben, seien „kaum verhüllte Erpressungszahlungen" gewesen, behauptet ein Ex-CIA-Agent. Ein anderer: „Auch die Saudis haben ihm viel gezahlt, um ihn von Terrorakten abzuhalten."


Nyerere


Brandt


Carter


Mandela

Empfänger von BCCI-Spenden
„Pflege einflußreicher Persönlichkeiten"

BCCI entwickelte sich auch zur Vorzugsbank für Waffenhändler aus aller Welt. Großzügig boten die Manager Finanzierungen an, Endverbraucher-Zertifikate wurden selten gefordert.

„BCCI", erläuterte ein Informant dem Nachrichtenmagazin *Time*, „finanzierte nicht nur Waffengeschäfte, wenn eine Regierung sie geheimhalten wollte; BCCI übernahm den Versand auf eigenen Schiffen, versicherte die Waren bei ihrer eigenen Agentur und stellte sowohl die notwendigen Arbeitskräfte als auch die Sicherungsmannschaft."

Über die Londoner BCCI-Niederlassungen erhielt Argentinien Waffen selbst während des Falklandkriegs. BCCI organisierte die heimliche Unterstützung, die Saudi-Arabien auf Bitten des US-Präsidenten Ronald Reagan den nicaraguanischen Contras gewährte. Als der Waffenhändler Manutschehr Ghorbanifar im Auftrag der Reagan-Regierung Waffen an den Iran des Ajatollah Chomeini lieferte, gingen anschließend im Weißen Haus auf BCCI bezogene Schecks ein.

Bei einem solchen Serviceangebot verstand es sich von selbst, daß Diktatoren das weltweite Bankennetz von BCCI ebenfalls gern nutzten, wenn sie die Staatskassen ihrer Länder plünderten. Panama kann als Paradebeispiel dafür gelten.

BCCI erhielt die Erlaubnis, ihre Geschäfte in dem mittelamerikanischen Kleinstaat aufzunehmen, von General Omar Torrijos. Bankmanager hatten dem Caudillo, der „gutaussehende Frauen liebte", auf Bankkosten zuvor „wunderbare Zeiten in London" spendiert, so ein US-Ermittler.

Torrijos-Nachfolger Manuel Noriega weitete die Geschäftsbeziehungen aus. In London unterhielt er ein BCCI-Konto, von dem die Kreditkartenausgaben seiner Frau und seiner drei Töchter abgebucht wurden. Auf ihren weltweiten Shopping-Touren zwischen Paris, Tokio und Miami kauften die Damen für mehrere hunderttausend Dollar ein.

Für den Diktator richtete BCCI Offshore-Konten im Namen der panamesischen Nationalgarde und des Finanzministeriums ein, von denen sich Noriega auch privat bediente. In einer Klage gegen den ehemaligen Machthaber, der derzeit in Miami auf seinen Drogenprozeß wartet, beschuldigt ihn Panamas Regierung, sich allein auf diese Weise 23 Millionen Dollar aus der Staatskasse ergaunert zu haben. Doch das war weder Noriegas noch BCCIs Hauptgeschäft. „Taschengeld", urteilt Eucebio Marchowsky, Panamas Chefermittler gegen Noriega, „im Vergleich zu den astronomischen Summen an Drogengeld, die er ins Ausland verschoben hat."

BCCI-Filialen rund um die Karibik, so schätzen US-Ermittler, haben in den achtziger Jahren mehr als eine Milliarde Dollar Drogengelder gewaschen. Der größte Teil lief über Panama, wo die Händler eine Art „Meistbegünstigungsstatus" genossen, wie ein Drogenfahnder sagt.

Falls nötig sorgte der Diktator dafür, daß ganze Flugzeugladungen Geld am Sonnabend oder Sonntag, wenn die Banken geschlossen hatten, in Panama eintrafen. BCCI übernahm es dann, die

Beute auf über 100 Konten in der ganzen Karibik zu verteilen. „BCCI war spezifisch hinter Narco-Geldern her", urteilt der US-Ermittler, „ihre Vertreter berieten diese Typen und verrieten ihnen, wo sie investieren müßten, um die Spur zu verdecken."

Eigens zur Bequemlichkeit kolumbianischer Drogenbarone kaufte BCCI 1985 die marode Banco Mercantil in Bogotá. Freunde des damaligen Präsidenten Belisario Betancur setzten sich für die dubiosen Investoren ein. Der Staatschef erteilte ihnen prompt die Ausnahmegenehmigung, als einzige Ausländer eine kolumbianische Bank zu besitzen. Bogotás Medien feierten die „Scheichs und Prinzen" als Retter.

Doch die auf diese Weise gegründete Banco de Crédito y Comercio de Colombia hat kaum legitime Geschäfte gemacht. Sie diente, so ein örtlicher Banker, lediglich als „Vertriebsbüro, das Interessenten für die Einrichtung von Auslandsdollarkonten gewinnen sollte".

Der diskrete weltweite Service der BCCI erwies sich natürlich auch für Geheimdienste in aller Welt als wertvoll. „Wir, die CIA, haben sie benutzt, wie jedermann eine Bank benutzt", berichtete der stellvertretende CIA-Direktor Richard Kerr. Er bestätigte, daß BCCI-Konten zur Finanzierung diverser Geheimdienst-Operationen benutzt worden seien – alles „absolut legal".

Kerr weiter: Die CIA habe überdies „äußerst aggressiv Informationen über BCCI gesammelt, weil von Anfang der achtziger Jahre an ziemlich offensichtlich war, daß sie sich in illegale Geschäfte verstrickt hatte". Angeblich um den Informationsfluß nicht zu gefährden, schlug die Spionagebehörde selbst dann noch nicht Alarm, als US-Gesetze gebrochen wurden.

Die britische Tageszeitung *The Guardian* behauptet, über BCCI-Konten hätte die CIA etwa 500 britische Mitarbeiter bezahlt, darunter 124 in Regierungsdiensten und 90 in den Medien. Die britischen Mitarbeiter sollen auch Details über Londons Waffenverkäufe nach Übersee gemeldet haben.

Der sowjetische Einfall in Afghanistan 1979 und die wachsende strategische Bedeutung des Nachbarstaats Pakistan machten die Kooperation zwischen BCCI und CIA besonders eng. Mitte der achtziger Jahre unterhielt die CIA in Islamabad einen ihrer größten Auslandsposten.

Von dort versorgten die USA die afghanischen Mudschahidin mit Waffen, darunter auch die begehrten Stinger-Flugabwehrraketen. Ein Großteil der insgesamt zwei Milliarden Dollar geheimer Finanzhilfe für die afghanischen Widerstandskämpfer soll über die Heimatniederlassung der BCCI in Pakistan gelaufen sein.



BCCI-Kunde Noriega
Geldtransporte per Flugzeug



BCCI-Kunde Abu Nidal
Erpressungsfeldzug gegen Kuweit

Nicht alles kam bei den Empfängern an: Korrupte pakistanische Beamte zweigten Provisionen für sich ab. Die CIA drückte wahrscheinlich auch ein Auge zu, wenn die Rebellen sich am blühenden Heroinschmuggel der Region beteiligten. Die CIA hätte ihr Wissen nutzen können, um die „Weltbank des Verbrechens" *(Die Zeit)* schon Jahre früher hochgehen zu lassen. Doch die US-Spione hatten es nicht eilig, ihre Erkenntnisse auch anderen Regierungsstellen zugänglich zu machen.

William von Raab, Direktor in der Zollbehörde, sagte vor dem US-Senat aus, daß er lediglich ein Memo von der CIA bekam, als er 1988 um alle Informationen über BCCI nachgesucht habe. Zwar hatte der damalige CIA-Vize Robert Gates am Telefon gescherzt, daß BCCI im Hausjargon als „Bank of Crooks and Criminals International", als Bank für internationale Schurken und Kriminelle, bekannt sei, verwendbares Material für eine Untersuchung gegen BCCI schickte er aber nicht.

Auch der New Yorker Oberstaatsanwalt Robert Morgenthau, Sohn jenes Henry Morgenthau, der Deutschland nach dem Krieg in einen Agrarstaat verwandeln wollte, beschwerte sich darüber, von Regierungsstellen keine Auskunft für seine Ermittlungen über die kriminellen Aktivitäten der Bank erhalten zu haben. BCCI-Verfolger Kerry warf dem Justizministerium vor, ihm „Steine in den Weg" gelegt zu haben. Jahrelang wurden seine Warnungen, die Bank repräsentiere „Gier, Diebstahl und Gesetzlosigkeit", als Marotte belächelt.

Das auffällige Zögern der US-Behörden, gegen BCCI vorzugehen, hat den Verdacht geweckt, daß die Bank politischen Schutz genoß. Anfang der achtziger Jahre hatte sich BCCI über Strohmänner auf dem amerikanischen Bankenmarkt eingekauft und 1981 heimlich die First American Bankshares, die Holding-Gesellschaft der größten Washingtoner Bank, übernommen.

Weil BCCI nicht als Käufer in Erscheinung treten durfte, bemühten sich die Banker um politische Fürsprecher. Als Cheflobbyist trat in Washington der Rechtsanwalt Clark Clifford auf, einer der angesehensten Politiker der Stadt, der allen demokratischen Präsidenten seit Roosevelt als Berater oder Minister zur Verfügung gestanden hat.

BCCI-Gelder flossen als Spende auf die Wahlkampfkonten einflußreicher Politiker, die, Zufall oder auch nicht, sich bei Kerry und Morgenthau dafür einsetzten, die BCCI-Ermittlungen abzubrechen. Nun geht in Washington die Furcht vor einer ominösen Liste um, auf der auch Schmiergeldzahlungen verzeichnet sein sollen.

Senator Kerry will die Senatsanhörungen fortsetzen, bis alle offenen Fragen geklärt sind – und er sich vermutlich dank der neuen Popularität um die Präsidentschaftskandidatur bei den Demokraten bewerben kann.

Den früheren Chefbuchhalter des BCCI-Konzerns, Masihur Rahman, fragte er am vorigen Donnerstag in Washington, was der heute über Abedi denke. Dessen Anwort: „Ich will nicht mehr an ihn denken. Er hat so viele Leben zerstört, die Leben von 14 000 Angestellten aus 83 Nationen und die Leben von mehr als einer Million Kunden. Das alles ist sehr traurig."

Pharmaindustrie

Alte Mär

Die deutschen Arzneimittelhersteller verlieren an Boden. Trotz aufwendiger Forschung fehlen neue Präparate.

Der Festakt in Paris fand weltweit Beachtung. Verliehen wurde der Prix Galien, ein Preis für herausragende Pharmaforschung. Die Wahl des „besten Medikaments des Jahres" fiel auf das Präparat TPA, ein Mittel zur Bekämpfung von Herzinfarkten, von Boehringer Ingelheim.

Die Preisverleihung liegt gut zwei Jahre zurück, und sie wird für deutsche Pharmafirmen eine Sternstunde bleiben. Denn die heimische Arzneimittelbranche, einst als „Apotheke der Welt" gepriesen, verliert international an Bedeutung.

Betroffen ist einer der erfolgreichsten deutschen Industriezweige. Traditionsreiche Weltfirmen wie Hoechst und Bayer, Schering und Merck prägen den internationalen Ruf der Branche.

Die offiziellen Daten sind immer noch eindrucksvoll. Die deutschen Hersteller von Pillen und Pulvern, Säften und Seren sind mit einem Volumen von 10,6 Milliarden Mark die Weltmeister im Pharmaexport. Auch die Gewinne sind ansehnlich.

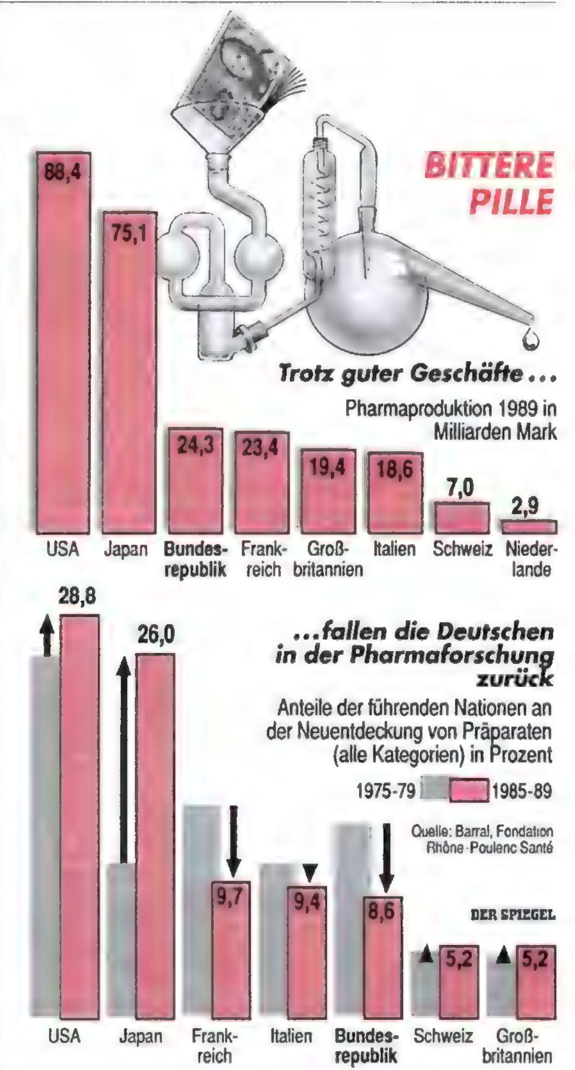
Doch der schöne Schein trügt. Gemessen an der Produktion, liegen die Deutschen auf Rang drei, aber der Abstand zu den Spitzenreitern USA und Japan nimmt seit Jahren deutlich zu. Selbst die dritte Position ist den Deutschen nicht mehr sicher. Die beiden Rivalen Frankreich und England sind auf einigen Feldern längst vorbeigezogen.

Es bestehe die Gefahr, warnten bereits Ende der achtziger Jahre die Marktforscher Günter Kießling und Wolfgang Kühn, daß die deutsche Arzneimittelindustrie noch weiter absacken oder gar ganz vom Weltmarkt verschwinden werde.

Das Szenario der beiden Boehringer-Manager ist sicherlich überzogen. Es war wohl hauptsächlich als Attacke gegen Bundesarbeitsminister Norbert Blüm und seine Pläne zur Kostendämpfung gedacht.

Die Tendenz allerdings stimmt. Die bundesdeutschen Pharmaunternehmen verlieren vor allem im Bereich Forschung, dem Gradmesser für künftiges Wachstum, kräftig an Boden.

In dieses düstere Bild paßt eine Untersuchung der amerikanischen Wirtschaftsberatungsfirma McKinsey. Zwischen 1975 und 1986 wurden weltweit 54 Spitzenpräparate, die wissenschaftlich als Durchbruch gewertet werden, eingeführt. Nicht ein einziges dieser Mittel stammt aus den Labors deutscher Firmen. Die meisten (66 Prozent) wurden in den USA, der Rest in Frankreich, Großbritannien und in der Schweiz entwickelt.



Pharmaproduktion in Deutschland: Klasse nur bei Massenprodukten

Schlechte Noten bekommen die Deutschen auch von den französischen Wissenschaftlern der Fondation Rhône-Poulenc Santé. Ihre vergleichende Studie über 15 Jahre weltweite Arzneimittelforschung belegt, daß die deutsche Pillenindustrie vor allem in den letzten Jahren stark zurückgefallen ist.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre noch, so die Studie, stammten rund 14 Prozent aller neuen Medikamente aus deutschen Fabriken, zehn Jahre später waren es nur noch 8,6 Prozent.

Die deutsche Pharmaindustrie rutschte in dieser Rangliste der Innovationen auf den fünften Platz ab. Die Japaner aber konnten im gleichen Zeitraum ihren Anteil sogar mehr als verdoppeln (siehe Schaubild).

Klasse haben die Deutschen offenbar nur noch bei Massenprodukten. Bei den weltweit vermarkteten sogenannten Metoo-Präparaten, den Imitationen anderer Medikamente, haben sie nach wie vor eine Spitzenstellung.

Quantität hat auch weiterhin Vorrang. Von den 1421 im vorigen Jahr in der Bundesrepublik neu zugelassenen Medika-

menten sind, wie der Kölner Pharmakologe und Toxikologe Uwe Fricke feststellte, nur vier „von der Struktur oder dem Wirkprinzip" her als „wirklich neuartig zu bezeichnen".

Es sind weitgehend die Erfolge früherer Jahre und die im internationalen Vergleich hohen Arzneimittelpreise hierzulande, die Deutschlands Pharmamanager so behäbig gemacht haben. Bestes Beispiel dafür ist Hoechst.

Anfang der achtziger Jahre noch rangierte der Frankfurter Pharmamulti vor dem US-Konzern Merck & Co. auf Platz eins in der Welt. Inzwischen haben ihn englische und amerikanische Konkurrenten überrundet.

Verständlich, denn weit mehr als die Hälfte aller Hoechst-Präparate sind älter als 20 Jahre. Das älteste Hoechst-Medikament, das Schocktherapeutikum Suprarenin, wurde bereits 1906 eingeführt. Einer der letzten Marktrenner, das Antibiotikum Claforan, kam 1980 auf den Markt. Es entstammt nicht einmal den Forschungslabors von Hoechst, sondern war von der französischen Tochterfirma Roussel Uclaf abgezogen worden.

Zur Schließung seiner Sortimentslükken mußte Hoechst zukaufen. Das Antibiotikum Tarivid beispielsweise, eines der erfolgreichsten Präparate der Hoechster, ist ein Lizenzprodukt aus Japan.

„Generell brauchen wir bei Merck", beklagte bereits Ende der achtziger Jahre der damalige Personalchef Klaus Gruber den Zustand des Darmstädter Pillenkonzerns, „mehr Initiative, mehr Ideen, mehr Begeisterung, mehr Schwung."

Die Sorgen sind verständlich. Das erfolgreichste Medikament des Merck-Konzerns, ein Magen-und-Darm-Mittel mit dem Wirkstoff Ranitidin, wurde beim englischen Konkurrenten Glaxo entwickelt.

Mit mehr als 20 Jahre alten Präparaten bestreitet die deutsche Pharmaindustrie heute rund die Hälfte ihres Umsatzes. Sie hat nach Berechnungen des Londoner Finanzhauses Shearson, Lehman, Hutton unter den führenden Herstellern mit das älteste Sortiment.

An mangelnden Forschungsaufwendungen kann das nicht liegen. Rund 14 Prozent ihres Gesamtumsatzes in Höhe von rund 30 Milliarden Mark gibt die Branche durchschnittlich für Entwicklung und Forschung aus – ein internationaler Spitzenwert.

Viel Aufwand, wenig Nutzen. Das Klotzen mit Milliarden, stellte die US-Zeitschrift *Financial World* fest, sei noch lange keine Garantie für den Markterfolg.

Die deutschen Pillenfirmen stecken beispielsweise die größten Beträge in die Entwicklung von Molekülvarianten erfolgreicher Präparate oder in die zahllosen Imitationen, für die es keinen medizinischen Bedarf gibt. Die Entwicklung innovativer Präparate aber vernachlässigen sie.

Auch da können die Deutschen von der japanischen Konkurrenz, die noch Anfang der achtziger Jahre auf dem Weltmarkt kaum vertreten war, eine Menge lernen. Nippons steiler Aufstieg zur Pharmagroßmacht ist das Ergebnis konsequenter Forschung.

Japan forcierte die Entwicklung von Spitzenarzneien – mit großem Erfolg. Immer häufiger müssen sich die trägen deutschen Firmen dort mit Lizenzen eindecken.

Das japanische Beispiel widerlegt allerdings eindrücklich eine von heimischen Pharmamanagern stereotyp wiederholte alte Mär. Staatliche Reglementierungen, so verbreitet seit Jahren die Pillenlobby, reduzieren angeblich die Gewinne und beschneiden damit die Forschungs-Milliarden.

Japan hat schon vor Jahren drastische Preiskontrollen eingeführt. Auch die sonstigen Maßnahmen zur Kostenreduzierung im Gesundheitswesen sind schärfer als die der Bundesregierung.

Nahezu alle Dutzend-Arzneien und sämtliche Me-toos sind vom japanischen Markt verbannt. Anerkannt und erstattet werden, wie auch in Frankreich und Großbritannien, nur therapeutisch sinnvolle Mittel. Auf die äußerst einträglichen Präparate hat sich daher die Pharmaforschung in den drei Ländern konzentriert.

Solche Vorbilder beeindrucken die deutsche Pharmaindustrie offenbar wenig. Sie macht sich dafür stark, daß selbst die medizinisch umstrittensten Medikamente auch weiter in das bequeme Erstattungssystem der Krankenkassen einbezogen werden – zur Freude der internationalen Konkurrenz.

Die Japaner, resümierte der Duisburger Wirtschaftswissenschaftler Dieter Cassel in einer Untersuchung über Nippons Pharmaindustrie, könnten nun „die Früchte ihrer jahrzehntelangen Forschungsanstrengungen ernten". Die „Innovationsschwäche" der Deutschen wird ihnen den Erfolg leichtmachen.

Pharmaforschung in den USA: Die Deutschen sind gut im Imitieren

Gegendarstellung

In der Ausgabe DER SPIEGEL Nr. 26 vom 24. Juni 1991, S. 106, wird unter der Überschrift „Auf Treu und Glauben" behauptet:

„Doch der neue Präsident fordert zusätzlich die 17 000 Mark im Monat. Dieses Gehalt hatte ihm, in souveräner Mißachtung des Vorstandsbeschlusses, der scheidende Präsident Theodor Paul versprochen."

Hierzu stelle ich fest:

Ich habe zu keiner Zeit dem neuen Präsidenten des „Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer", Herrn Jahn, ein Gehalt von DM 17 000 im Monat versprochen.

Düsseldorf, den 3. Juli 1991

Dr.Theodor Paul

Der SPIEGEL bleibt bei seiner Darstellung. Friedrich-Adolf Jahn hat dem SPIEGEL wie auch Verbandskollegen bestätigt, daß ihm vor seiner Wahl zum Präsidenten vom scheidenden Präsidenten Theodor Paul der „Status Dr. Paul" versprochen, mithin ein Monatsgehalt von über 17 000 Mark zugesichert wurde.

Presse

Restlos verbraucht

Der Springer-Konzern hat sich in Spanien übernommen. Das Boulevardblatt *Claro* ist gescheitert.

Der Arbeitstag in der Redaktion war lang, heiß und anstrengend. Endlich lief die Dienstag-Ausgabe des spanischen Boulevardblattes *Claro* mit Hochgeschwindigkeit über die Rotationen.

Es ging schon auf Mitternacht zu, als Chefredakteur Wolfgang Kryszohn, 49, im Madrider Hotel Palace eintraf. Dort wartete ein Informant besonderer Art.

Ohne Umschweife teilte ein Springer-Manager dem *Claro*-Chef mit, das Blatt sei mit sofortiger Wirkung eingestellt. Kryszohn, erst eine Woche im Amt, solle nur noch zur „Abwicklung der Redaktion" in Madrid bleiben, dann nach Hamburg zurückkehren. Das war's.

So abrupt beendete der Springer-Konzern Montag vergangener Woche, nur vier Monate nach dem pompösen Start, sein bislang größtes Engagement im Ausland. Aus war der Traum einer spanischen Zeitung nach deutscher *Bild*-Manier.

Kaum jemand kaufte das Blatt. Statt der erhofften Millionenauflage wurden zuletzt landesweit knappe 130 000 Exemplare abgesetzt. An schlechten Tagen waren es nicht einmal 60 000.

Nur die Verluste, die sich Springer mit seinem spanischen *Claro*-Partner Prensa Española teilt, erreichten imposante Dimensionen: 150 Millionen Mark kostet das kurze Boulevard-Abenteuer.

Eigens für *Claro* waren in Madrid und Barcelona neue Druckereien gebaut worden, ein dritter Betrieb sollte zum Jahresende in Cadiz anlaufen. Jetzt stauben die teuren Maschinen vor sich hin. „Wir haben", gesteht ein Springer-Mann in Madrid, „am Anfang ziemlich viele Fehler gemacht."

Trotz zweijähriger Vorbereitungszeit ging in der Tat einiges schief. Der für die geplante Massenauflage wichtige Straßenverkauf etwa, in Spanien unüblich, wurde vom Verband der 25 000 Quiosqueros verhindert. Die Kioskbesitzer, quasi Monopolisten im spanischen Pressevertrieb, witterten Konkurrenz und drohten, *Claro* zu boykottieren. Springer mußte auf den neuen Vertriebsweg verzichten.

Noch schlechter lief es in der Gemeinschaftsfirma von Springer und Prensa Española, dem Herausgeber der rechtskonservativen Zeitung *ABC*. Stolze Spanier und deutsche Besserwisser aus dem Hause Springer standen sich zeit-



Springer-Chef Wille
Das schnelle Aus kommt nicht ungelegen



Un héroe

Joven arriesgó su vida para rescatar a tres niños de un incendio en Vigo

CLARO DE MADRID

Un cobarde

El capitán del crucero que naufragó en Suráfrica fue el primero en abandonar el barco

¡Ay, qué calor!

El Rey se moja

Letzte *Claro*-Ausgabe
Zweitklassige Experten

weilig im redaktionellen Kriegszustand gegenüber – zweisprachig, claro.

Dolmetscher mußten hin- und herübersetzen, was teutonische Redaktionsberater für absolut richtig hielten, ihre iberischen Kollegen hingegen für „absolutamente falso". Da war es schwer, Zeitung zu machen – zumal Springer zunächst nur zweitklassige Experten nach Madrid geschickt hatte, die von den Lokalmatadoren kaum ernst genommen wurden.

Als ein Berater etwa die Story eines angeblich beim zu heftigen ehelichen Verkehr geplatzten Penis zur verkaufsträchtigen Schlagzeile verarbeiten wollte, reagierte die Redaktion ablehnend. Solche Geschichten seien nichts für die Titelseite, nicht in Spanien.

Auch im Umgang mit der Muttersprache hatten die *Claro*-Schreiber plötzlich ihre liebe Mühe. Iberische Journalisten lieben verschlungene Schachtelsätze, blumigen Stil und zarte Andeutungen. Der Leser soll mitdenken. Das paßt nun ganz und gar nicht zum kreischenden *Bild*-Stakkato.

Schwierigkeiten bereitete beiden Seiten auch der Tagesablauf. Um zehn Uhr morgens sollten die ersten Themen für die nächste Ausgabe diskutiert, gegen Mittag die Schlagzeilen erdacht werden. Doch die spanischen Kollegen dachten anfangs gar nicht daran, ein derartiges Tempo vorzulegen. „Was wollt ihr", bekamen die deutschen Schwerarbeiter zu hören, „die meisten Dinge passieren hier erst am späten Nachmittag oder am Abend." Wozu also die Hetze?

Schon nach wenigen Wochen war die Startauflage von 300 000 auf unter 60 000 abgesackt. Chefredakteur Ferrán Monegal mußte gehen. Eilig wurde mit Willi Schmitt ein Blattmacher der ersten Springer-Garnitur als Berater nach Madrid geschickt. Kurz darauf übernahm der ehemalige *Bild am Sonntag*-Chef die Leitung des Blattes.

Immerhin konnte Schmitt, der nur bis Ende Juli in Madrid bleiben wollte, die Auflage mit groß aufgemachten Gewinnspielen für die Leser und der kürzlich in *Bild* abgedruckten Sexserie „Kinsey-Report 1991" auf rund 130 000 verdoppeln. Ein Konzept für eine Massenauflage aber fand auch Schmitt nicht.

Schneller als erwartet wurde das Geld knapp. Die für mindestens ein Jahr geplante Startinvestition von mehr als 150 Millionen Mark war bereits nach vier Monaten restlos verbraucht.

Als Schmitt-Nachfolger Kryszohn in Madrid eintraf, war für den neuen Springer-Chef Günter Wille, 47, das Ende des teuren Spanien-Abenteuers so gut wie beschlossen.

Am Freitag vorvergangener Woche flog Wille mit Gefolge zu einer letzten Krisensitzung nach Madrid. Die Manager von Prensa Española wollten das Projekt *Claro* zwar fortführen. Das Geld aber, allein in den kommenden Monaten geschätzte 50 Millionen Mark, sollten die Deutschen allein aufbringen. Wille lehnte ab.

Dem Springer-Chef, der erst Mitte Juli sein Amt offiziell antrat, kommt das schnelle Aus in Spanien durchaus nicht ungelegen. Zum einen hat der ehemalige Zigaretten-Manager („Marlboro") die *Claro*-Pleite nicht zu vertreten – das Projekt hatte sein Vorgänger Peter Tamm angeschoben. Zum anderen braucht er jetzt eine Menge Geld für seine deutschen Zeitungen: Im Westen fehlt für die verlustreiche *Welt* ein langfristiges Überlebenskonzept. Im Osten führt *Bild* einen harten teuren Kampf gegen Burdas Boulevardblatt *Super*.

Hätte Wille das Projekt weiterbetrieben, wäre er für *Claros* Wohl und Wehe voll verantwortlich – und das will er nicht. ◄

Ende einer Industrienation?

Nach elf Jahren Thatcherismus steht Britannien wieder da, wo Margaret Thatcher angefangen hat: in einer verheerenden Rezession. Eine beispiellose Pleite-Welle erschüttert das Land, die Arbeitslosigkeit steigt dramatisch, die Infrastruktur des Landes zerfällt. Thatcher-Nachfolger Major hat eine Kehrtwende angekündigt.

Im Londoner Büro von Keith Goodman ist derzeit Hochkonjunktur. Ständig klingelt das Telefon, und „jeder Anruf", so Goodman, „ist ein Problemfall".

Keith Goodman ist Konkursverwalter. Seit Monaten wachsen seine Aufträge in atemraubendem Tempo.

Die Unternehmen auf der Insel, findet Goodman, erleben ein „Blutbad". Woche für Woche melden über 600 Firmen Konkurs an. Großbritanniens Wirtschaft wird von der Pleitewelle praktisch überrollt.

Das Jahrzehnt des Thatcherismus, in dem das Land Anschluß finden sollte an die prosperierenden Länder des industrialisierten Westens, ist verrauscht. Zum zweiten Mal innerhalb nur einer Dekade steckt das Königreich in einer schweren Rezession. Es könnte, fürchtet das renommierte Institute of Economic and Social Research, der schlimmste Niedergang seit Ende des Zweiten Weltkriegs werden.



Ex-Premierministerin Thatcher
War all die Pein umsonst?



Leerstehende Büros in London: Der Niedergang ist unübersehbar

Kein Tag vergeht ohne Katastrophenmeldungen aus der Wirtschaft, und sie alle erinnern nur allzusehr an die überwunden geglaubte Vergangenheit, als England der kranke Mann Europas war.

Schneller als irgendwo sonst in EG-Europa (vom Sonderfall Ostdeutschland einmal abgesehen) steigt in Großbritannien die Arbeitslosigkeit. Derzeit sind über 2,3 Millionen Briten ohne Job; das sind 8,2 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung. Die Arbeitslosenquote liegt damit weit höher als beim Machtwechsel von Labour zu den Konservativen unter Margaret („Maggie") Thatcher im Mai 1979.

Ob Autowerker bei Jaguar, Triebwerkstechniker bei Rolls-Royce oder Kreditbearbeiter beim Bankkonzern NatWest – die Zahl der Briten, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, nimmt ständig zu. In der Werbebranche, die ein besonders empfindlicher Sensor für das Auf und Ab einer Volkswirtschaft ist, erhielten in den letzten Wochen zehn Prozent der Beschäftigten die Kündigung.

Der industrielle Ausstoß verringert sich mit einer Jahresrate von zehn Prozent; die Umsätze von Kaufhäusern, Supermärkten und Boutiquen schmelzen dramatisch dahin. Die Banken, gebeutelt durch notleidend gewordene Kredite in Milliardenhöhe, „standen in den siebziger Jahren besser da als heute", weiß Unternehmensberater Ian Bond.

„Alle Kollegen reden von weiteren Entlassungen", sagt Edward Roberts, Chef des Unternehmerverbands Confederation of British Industries (CBI) für die Region West-Midlands in Birmingham, einem Herzstück der britischen Wirtschaft. Geschieht nicht ein Wunder, dann wird es in Britannien wieder wie 1983 über drei Millionen Arbeitslose geben, urteilen Experten.

Die Rezession hat sich in jeden Sektor der Wirtschaft hineingefressen, tiefer, als es andere krisengeschädigte westliche Industrieländer wie etwa die USA in jüngster Zeit erlebt haben. Das Sozialprodukt schrumpft in diesem Jahr womöglich um bis zu drei Prozent.

In der Finanz- und Wirtschaftsmetropole London ist der verheerende Niedergang sogar für unbekümmerte Touristen vom Kontinent unübersehbar. Reihenweise, dicht an dicht, verkünden Schilder an den Verwaltungs- und Geschäftsbauten in der City: „Office to let", „Shop to let" – Büro zu vermieten,

Laden zu vermieten. In anderen Städten von Plymouth bis Liverpool sieht es kaum anders aus.

Margaret Thatcher, 65, hinterließ ihrem Nachfolger und zeitweiligen Schatzkanzler John Major, 48, eine „Depressions-Wirtschaft“, so der frühere Sozialdemokraten-Führer David Owen; eine Wirtschaft, in der trotz rapide steigender Arbeitslosigkeit die Teuerung hartnäckig hoch bleibt (siehe Grafik).

Die Nation stellt sich die bange Frage: War all die Pein umsonst, die Britanniens „Eiserne Lady“ ihrem Land auferlegte, um die kranke Wirtschaft zu sanieren?

Gleich nach Amtsantritt hatte Maggie Thatcher dem Patienten eine Roßkur verordnet, viele Betriebe überlebten sie nicht. Der Thatcherismus trieb 170 000 Firmen in den Bankrott. Ein Zehntel aller Produktionsanlagen mußten Anfang der achtziger Jahre verschrottet werden.

Die Werkzeugmaschinenindustrie beispielsweise, über Jahrzehnte hinweg eine Vorzeige-Branche der Briten mit Weltgeltung, ist seither „nur noch ein Witz“ (CBI-Direktor Roberts). In der verarbeitenden Industrie gingen damals mehr als ein Drittel aller Jobs verloren. Lange Zeit waren über drei Millionen Menschen arbeitslos.

Dann auf einmal, in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre, „konnte man“, so der Wirtschaftsjournalist Simon Caulkin, „fast an ein Wunder glauben“. Die Wirtschaft kam tatsächlich in Schwung.

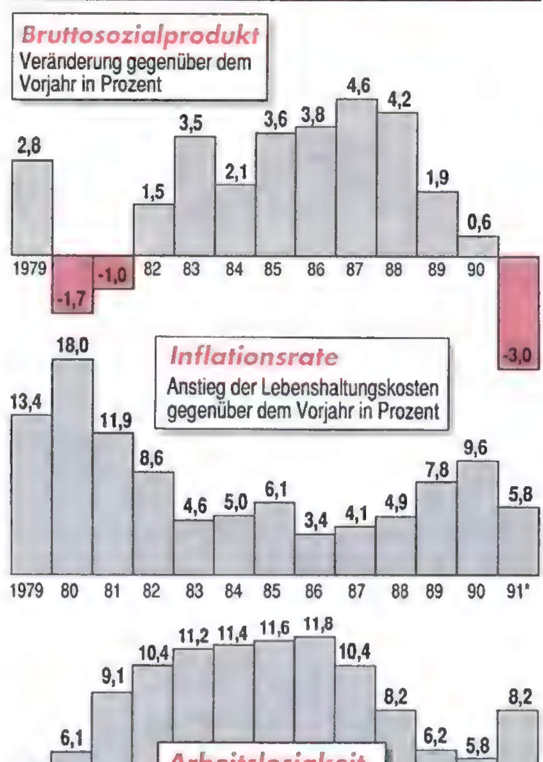
Die englische Krankheit, so meinte Margaret Thatcher, sei überwunden, der Patient nach der brutalen Schrumpfkur gestärkt. Jahrelang hatte das Inselvolk mehr konsumiert als produziert, hatte die Industrie von der Substanz gezehrt statt investiert – nun schien die Wende geschafft.

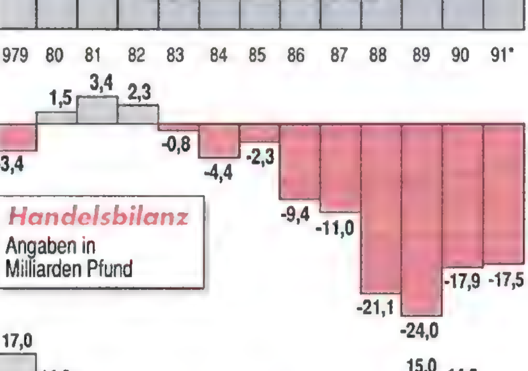
Es war ein Irrglaube, wie sich bald herausstellte. Der Aufschwung war kein Erfolg des Thatcherismus.

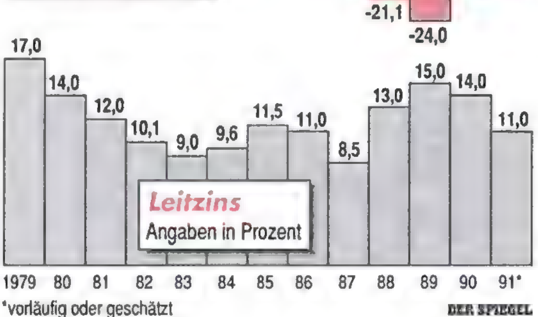
Schatzkanzler Nigel Lawson, lange Zeit Maggie Thatchers treuester Erfüllungsgehilfe, kurbelte vor den Unterhauswahlen 1987 mit billigem Notenbankgeld die Konjunktur an. Üppige Steuergeschenke für die Wohlhabenden heizten die Nachfrage zusätzlich an. Gleich mehrmals drückte Lawson die Zinsen kräftig nach unten.

Die Folge: Ratenkredite, die so leicht und billig zu haben waren wie selten zuvor, verführten die Verbraucher zu einem wahren Konsumrausch. Niedrige Hypothekenzinsen machten es zunächst leicht,

SCHATTEN ÜBER GROSSBRITANNIEN







*vorläufig oder geschätzt

ein Haus oder eine Wohnung zu kaufen.

Die Unternehmen mochten nicht abseits stehen. Schuldenmachen war problemlos, denn, so erinnert sich der Unternehmer Fred de Duve, die Regierung „warf Geld wie Konfetti“ in die Wirtschaft.

Ein Superboom war geboren – und die Preise liefen wieder davon. Großbritannien verfügte nun nicht mehr über genügend Fabriken, um all die gewünschten Güter herzustellen. Importprodukte mußten her; der Fehlbetrag in der Handelsbilanz stieg trotz wachsender Einnahmen aus Nordseeöl-Exporten gewaltig an.

Nun verfiel Lawson ins andere Extrem. Mit hohen Zinsen wollte er dem Kampf gegen die Inflation wieder „höchste Priorität“ einräumen. Der Leitzins erreichte wieder die Rekordhöhen der frühen achtziger Jahre.

Die Weichen für die Superrezession waren gestellt. Zuerst traf es die Immobilien-Besitzer und Häuserbauer, die ihre Raten nicht mehr bezahlen konnten. Zehntausende verloren wieder ihr Eigentum.

Dann folgte die Bauindustrie. Der größte Industriezweig des Landes rutschte in die tiefste Krise seit 40 Jahren.

Die Spirale nach unten drehte sich immer schneller. Angst vor wiederkehrender Arbeitslosigkeit und die schweren Zinslasten für ihre Ratenkredite und Hypotheken verdarben immer mehr Briten die Kauflust.

Die Unternehmen gerieten in die Klemme. Zum einen ließ die geringere Nachfrage die Umsatzerlöse zusammenschmelzen. Zum anderen mußten auch sie für den Schuldendienst immer gewaltigere Summen aufwenden. Tausende von Firmen meldeten Konkurs an.

Den dramatischen Niedergang wollten die Konservativen lange nicht wahrhaben. Als sich im vorigen Jahr die wirtschaftliche Schußfahrt abzeichnete, tat die Regierung erst einmal gar nichts. Thatcher-Nachfolger Major und sein Schatzkanzler Norman Lamont zogen es bis vor kurzem noch vor, die Mahner im Lande als „Miesmacher“ abzukanzeln.

Der Grund für die Untätigkeit ist leicht auszumachen: Kräftige Zinssenkungen, wie sie Britanniens Wirtschaftsexperten einmütig fordern, würden den Kurs des Pfundes nach unten drücken. Das käme, mutmaßt Bryan Gould, Wirtschaftsexperte der Labour Party, „in den Augen der Konservativen

„Funken in der Finsternis"

Japanische Firmen drängen nach Großbritannien

Eine „Übernahme im stillen" befürchtet die Londoner Sonntagszeitung *Sunday Correspondent*, doch die Übernommenen haben gegen die neuen Herren offensichtlich nichts einzuwenden.

Bedenken haben vor allem die Nachbarn, Frankreich vornweg. Als „Trojanisches Pferd der Japaner" stellt sich für die Pariser Regierungschefin Edith Cresson das Vereinigte Königreich dar. Frankreichs Peugeot-Chef Jacques Calvet nennt Großbritannien gar den „japanischen Flugzeugträger".

In England, Schottland und Wales produzieren fast 200 japanische Unternehmen, weit mehr als in 15 anderen europäischen Ländern zusammen. Sie fertigen Autos und Pullover, Chips und Angelgerät, Fernseher und Kekse.

Über 40 000 Briten stehen auf den Lohn- und Gehaltslisten japanischer Firmen; bis zur Jahrhundertwende, schätzen Experten, könnte jeder fünfte Arbeitnehmer auf der Insel bei Japanern beschäftigt sein.

Ganze Wirtschaftszweige wie Automobilbau und Computerfertigung wären ohne die Japaner am Ende. Japans Investoren hätten einen „Funken in der Finsternis" der industriellen Wirklichkeit Britanniens geschlagen, kommentierte die *Sunday Times*. „Japanische Jobs sind besser als (englische) Arbeitslosenschlangen", freute sich Der *Economist* über die Invasion aus Fernost.

Der abgewirtschafteten britischen Automobilindustrie wollen die Japaner zu neuem Glanz verhelfen. 1,7 Milliarden Pfund haben Nissan, Toyota und Honda in neue Werke investiert. Nissan produziert in Sunderland mit 2800 Beschäftigten in diesem Jahr 120 000 Autos. Toyota errichtet zwei Fabriken in Derbyshire und Nord-Wales, Honda ein Werk in Swindon. Bald soll Britannien dank der Japaner wieder ein großer Auto-Exporteur sein.

Erst im vorigen Jahr brachten die Japaner ein besonderes Juwel britischer Industrie in ihren Besitz. Japans Elektronik-Gigant Fujitsu erwarb für 743 Millionen Pfund (fast 2,2 Milliarden Mark) den Computerhersteller ICL. Die Firma ist der einzige britische Produzent von Zentralprozessoren und Hauptlieferant von Computerausrüstungen für den Staat.

Daß Firmen, deren Namen so etwas wie nationale Gütesiegel waren, nun Fremden gehören, daran müssen sich die Angelsachsen erst noch gewöhnen.

Das renommierte Bekleidungsunternehmen Aquascutum ging letztes Jahr für 74 Millionen Pfund an die japanische Renown International; für 65 Millionen Pfund kaufte die Gruppe Sankyo Seiko das ruhmreiche Kaufhaus Daks Simpson Piccadilly.



Nissan-Autoproduktion in Sunderland
Brückenkopf für Angriff auf die Festung Europa

Japanisch geworden sind große Edelmarken wie das Textilunternehmen Laura Ashley und kleine Nobelausstatter wie Blades in Londons Savile Row, wo die angesehensten Schneider ihre Ateliers haben.

Die schottische Whisky-Distillery Thomatin, das Riverplate House am Londoner Finsbury Circus oder der weltberühmte Hersteller von Ballettschuhen Freed of London haben ebenfalls neue Besitzer aus Fernost.

Insgesamt 14 Milliarden Pfund – weit mehr als in irgendeinem anderen EG-Land – haben die Japaner nach Angaben ihrer Außenhandelsorganisation Jetro bislang im Vereinigten Königreich investiert. Tatsächlich liegt die Summe weit höher. Denn veröffentlicht werden nur die direkt aus Japan transferierten Summen; nicht erfaßt sind Finanzierungen über europäische oder US-Banken.

Im Geldgewerbe haben sich die Japaner auch schon eingenistet. In London sind mindestens 50 japanische Banken tätig. Die jährlich erscheinende Rangordnung der Institute, die Euro-Anleihen emittieren – ein Bereich, in dem zu Beginn der achtziger Jahre amerikanische und europäische Emissionsfirmen eine Vorrangstellung innehatten –, wurde gegen Ende der Dekade von den Großen Vier, den japanischen Wertpapierhäusern Nomura, Daiwa, Yamaichi und Nikko, angeführt.

„Offen gesagt, wenn die Japaner morgen alle nach Hause zurückkehrten, wäre Londons Rolle als internationales Finanzzentrum beendet", sagt Minoru Mori, der bis vor kurzem den Vorsitz über Daiwa Europa von der King William Street in der Londoner City aus führte. „Natürlich haben wir nicht die Absicht zu gehen", fügte er mit einem Lächeln hinzu.

Das Inselreich ist für die Japaner ein idealer Brükkenkopf für Angriffe auf die Festung EG-Europa. Anders als in Deutschland oder in Frankreich gibt es für die fast durchweg englischsprechenden japanischen Manager hier kaum eine Sprachbarriere.

Wie kein anderes Land hieß Großbritannien zudem die Japaner willkommen. Margaret Thatcher buhlte förmlich um die fernöstlichen Investoren. Bei der EG in Brüssel sind es häufig die Briten, die sich für japanische Wünsche in die Bresche werfen. Und auf der Insel gibt es für japanische Investoren großzügige Erleichterungen.

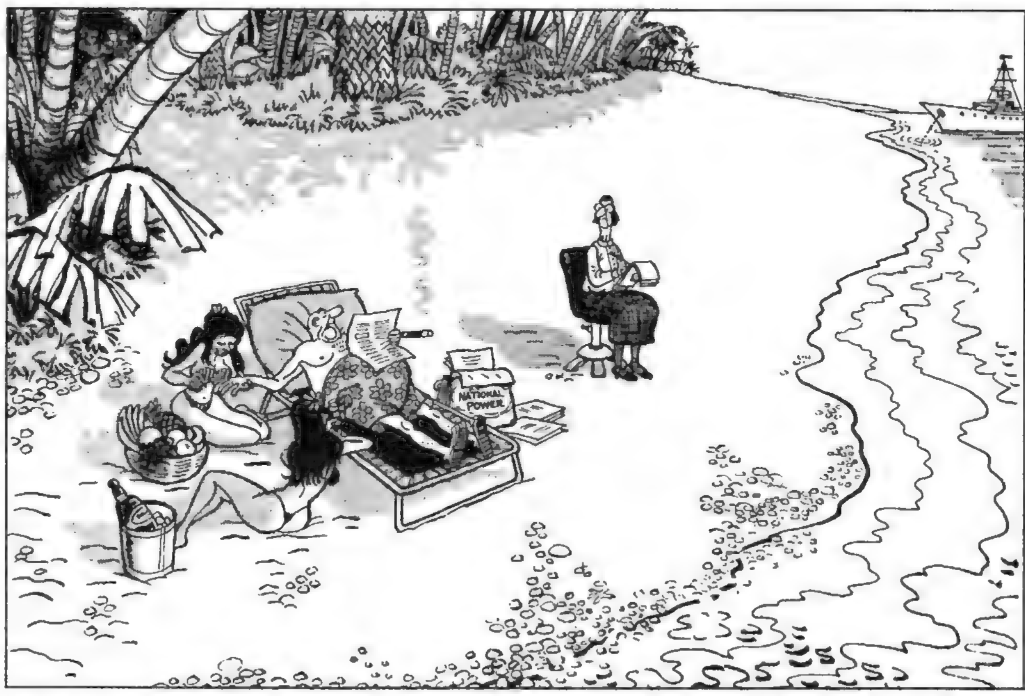
Schließlich kommt auf der Insel auch das Vergnügen nicht zu kurz. Für Manager aus Japan, für die das Golfspiel unverzichtbar zur Lebensqualität gehört, bedeuten die 2000 britischen Golfanlagen einen nicht zu unterschätzenden zusätzlichen Standortvorteil.

einer Art Offenbarungseid ihrer Wirtschaftspolitik gleich".

Nach über zehn Jahren Thatcherismus müssen die Briten erkennen, daß die Wirtschaft ihres Landes kaum weniger verwundbar ist als zuvor.

Dabei hat Margaret Thatcher in den Jahren ihrer Herrschaft durchaus Erfolge erzielt. Sie befreite ihr Land von einem der Grundübel britischer Wirklichkeit der sechziger und siebziger Jahre.

Es waren die Gewerkschaften, die ihre Macht häufig rücksichtslos und willkürlich gebrauchten und so immer wieder die Wirtschaft lähmten. Die Gewerkschafts-Gesetze, die Margaret Thatcher erzwang, verpflichteten die Trade Unions zu mehr Demokratie im Innern und machten sie für durch wilde Streiks angerichtete Schäden haftbar. Die Zähmung der selbstherrlichen Gewerkschaftsbosse fand den Beifall auch der Tory-Gegner.



Daily Mail

„Miss Jones, sehen Sie bitte im Wörterbuch nach – was bedeutet Rezession?"

Umstrittener war da schon die Privatisierung von Staatsunternehmen. Gewiß, aus maroden Gesellschaften wie British Airways und British Steel wurden, befreit von staatlicher Gängelung, leistungsstarke Firmen. Doch inzwischen mehren sich die Bedenken, die Privatisierung könnte zu weit getrieben worden sein.

So hegt die Monopolkommission bereits den Verdacht, die privatisierten Stromerzeuger und Wasserlieferanten gönnten sich „exzessive Profite" auf Kosten der Verbraucher.

Doch immerhin: Bei Britanniens vielfach verschlafenen Managern sorgte die Premierministerin für ein neues Klima des Wettbewerbs. Die Chefs besannen sich auf Unternehmertugenden wie Effizienz, Schnelligkeit und Qualitätsbewußtsein.

Freimütig bekennt CBI-Direktor Roberts: „Früher war mein exklusiver Klub in London von halb eins bis halb vier Uhr voll von Kollegen. Alkohol floß nicht wenig. Heute gibt es das nicht mehr."

Nun nagen bei den Unternehmenslenkern allerdings Zweifel, ob der Klimawechsel eine solide neue Basis für wirtschaftliches Wohlergehen schuf oder lediglich Illusionen nährte. „Die Rechten werden gewahr", sagt Professor David Curie von der London Business School, „daß die Märkte allein auch nicht alles in Ordnung bringen."

Die viel zu lange geübte rigorose „Politik des Hände-weg", urteilt Sir William Barlow, ein angesehener Mann der Industrie, und „der völlige Mangel an Interesse bei der Regierung an industriellen Notwendigkeiten" hätten sich für Britanniens Unternehmer als schweres Handikap erwiesen. In einer „zynischen Wegwerfmentalität" sei das Industrieministerium seiner Machtbefugnisse beraubt worden.

Die schwere Rezession, in die das Land noch von Margaret Thatcher gesteuert wurde, deckt die Versäumnisse und Fehler der ideologisch einseitig auf das freie Spiel der Märkte ausgerichteten Tory-Herrschaft auf.

Besonders kraß, urteilen Experten, zeigt sich die Gleichgültigkeit der Regierung gegenüber dem industriellen Niedergang bei Forschung und Entwicklung. Von der Innovationstätigkeit hängt entscheidend ab, ob die Unternehmen im harten Kampf um die Zukunftsmärkte mithalten können.

Doch getreu der Philosophie, der Staat habe sich aus der Wirtschaft herauszuhalten, verkümmerte unter den Konservativen die Technologieförderung. Das Vereinigte Königreich war in den achtziger Jahren das einzige Industrieland, in dem – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – die Ausgaben für Forschung und Entwicklung zurückgingen.

„Die Regierung tat einfach so, als sei der industrielle Niedergang ziemlich einerlei", sagt David Lipsey, leitender Redakteur der konservativen *Times*. Sie verstärke auf diese Weise sogar noch psychologisch die traditionell geringe Wertschätzung, die die Eliten des Landes den Fabrikanten gegenüber hegen. Weit höheres Prestige genießen Bankiers und Finanziers.

Die Produzenten jedenfalls fühlten sich nicht gerade angespornt, kräftig in neue Anlagen und Maschinen zu investieren. Lediglich Investitionen ausländischer Unternehmen hätten Britannien „von den schlimmsten Auswirkungen des industriellen Niedergangs abgeschirmt", folgerten die Ausschußmitglieder des House of Lords nach einem Experten-Hearing (siehe Seite 94).

Die Regierung, meinten die Lords, müsse endlich „aufhören, so zu tun, als lebten wir in der besten aller denkbaren Welten". Die Statistiker belegen, auf welch schwachen Füßen die Industrie im Kampf um die internationalen Märkte noch immer steht. Ihr Anteil am Weltexport ging von 10 Prozent 1980 auf zuletzt 8,2 Prozent zurück. In der Handelsbilanz klafft wie eh und je ein riesiges Loch.

„Unterentwickelt" sei Großbritannien, empörte sich unlängst das Unternehmermagazin *Management Today* – eine bemerkenswerte Feststellung nach elf Jahren Thatcherismus.

Tatsächlich weckt die Bilanz in vielen Lebensbereichen Vorstellungen von einem Dritte-Welt-Staat. Die Zahl der Menschen, die in Armut leben, stieg von fünf Millionen auf zwölf Millionen. In keinem anderen Land der Europäischen Gemeinschaft, ermittelte die EG-Kommission, gibt es soviel Elend. Nie seit dem Zweiten Weltkrieg war der Anteil der unteren Bevölkerungsschichten am Volkseinkommen so niedrig wie heute.

In der Industriemetropole Birmingham beispielsweise lebt mindestens jeder dritte unterhalb der offiziellen Armutsgrenze. „Armut ist eine wirkliche

Epidemie, die unser Land heimsucht", fand *The Independent*. Am meisten trifft es die Jugendlichen. In beklagenswertem Zustand befindet sich die Berufsausbildung.

Zwar konnte sich die Regierung rühmen, zeitweilig einen nahezu ausgeglichenen Staatshaushalt zu haben. Den Preis dieser Sparpolitik aber zahlen die weniger Bemittelten im Land.

Weil es an Lehrern, Schulen und Büchern mangelt wie nie zuvor, können sich die Kinder der Arbeiterklasse und unteren Mittelschicht kaum noch das geistige Rüstzeug für ein erfolgreiches Berufsleben erwerben.

Heruntergekommen ist auch die Infrastruktur, die in jedem Land Gradmesser für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist. Entgleiste Züge, endlose Verspätungen und völliger Zusammenbruch des Nahverkehrs gehören längst zur Normalität der geplagten Inselbewohner.

Die Regierung Major kündigte inzwischen eine Kehrtwende an, sie versprach, das desolate Eisenbahnwesen zu sanieren. Doch die Reparaturen, die Nachlaßverwalter Major am Thatcher-Erbe vornehmen müßte, überfordern womöglich seine Kräfte.

Britannien sei, lautet die düstere Analyse des Expertengremiums im Londoner Oberhaus, „kaum noch in der Lage, als Industrienation zu überleben".

Steuern

Sanfter Druck

Theo Waigel will die Sparer nicht verschrecken: Das Zinsurteil soll schonend umgesetzt werden.

Bevor Theo Waigel zum Wandern in die Alpen aufbrach, verdonnerte er seine Beamten in Bonn zur Verschwiegenheit. Das Thema Zinsbesteuerung sei derzeit tabu, schärfte der Finanzminister seinen Leuten ein. Ein Waigel-Mitarbeiter: „Wir wollen die Menschen nicht unnötig erschrecken."

Lange wird Waigel nicht mehr schweigen können. Das Bundesverfassungsgericht hat Ende Juni im Namen des Volkes die deutsche Praxis der Zinsbesteuerung für verfassungswidrig erklärt. Seither zerbricht sich eine ausgesuchte Schar von Steuerexperten im Finanzministerium den Kopf über einen schier unlösbaren Zielkonflikt.

Bis zum 1. Januar 1993 muß Waigel, so bestimmten es die Verfassungsrichter, ein Besteuerungssystem einführen, das nicht nur die Steuerpflicht für Zinsempfänger festschreibt, sondern auch eine Kontrolle der Steuerehrlichkeit zuläßt.

Aus Kapitaleinkünften beziehen die Deutschen im Schnitt 5120 Mark pro

Haushalt, insgesamt rund 150 Milliarden Mark. Fast die Hälfte davon, so unterstellen die Richter, wird widerrechtlich steuerfrei in die Tasche gesteckt. Erwischt werden die Täter nicht, am Bankschalter endet die Macht des Finanzamtes.

Doch Theo Waigel darf die Sparer nicht schocken – er braucht sie zur Finanzierung der deutschen Einheit. Nur wenn die Bürger genügend Geld zur Sparkasse tragen, kann sich der Finanzminister Kapital zu annehmbaren Zinsen ausleihen.

Ein zu starker Durchgriff des Finanzamts auf die Konten der Bürger könnte das Kapital ins Ausland vertreiben. Die Zinsen würden steigen. Waigel hätte das Nachsehen.

Es hilft nichts: Das Urteil der Richter zur unpassenden Zeit zwingt den Finanzminister zum Handeln. In einem Arbeitspapier haben die Experten des Finanzministeriums inzwischen zusammengestellt, „welche Maßnahmen überhaupt in Betracht kommen und wie diese dann möglichst kapitalmarktverträglich, praktikabel und international konsensfähig ausgestaltet werden können".

Einigkeit besteht bei Waigels Experten vor allem darin, was nicht geht. Ausgeschlossen wird die Möglichkeit, die 1989 von Waigel gekippte Quellensteuer auf Kapitalerträge neu zu beleben. Die politische Blamage wäre zu groß. Außerdem schreckt der hohe Verwaltungsaufwand.

Eine Verpflichtung der Kreditinstitute, Kapitalerträge in vollem Umfang oder stichprobenweise an die Finanzverwaltung zu melden, wird ebenfalls nicht für praktikabel gehalten. Es gibt weit über 200 Millionen Konten und Depots und eine noch viel größere Zahl von Ertragsgutschriften pro Jahr, Kreditinstitute und Finanzverwaltung wären überfordert.

Nachdem die Experten diese Lösungen ausgemustert hatten, blieben schließlich zwei „ernsthafte Varianten" (ein Beteiligter) übrig.

Die erste mögliche Problemlösung bieten die Banken selber an. Jeder Kapitalertrag würde mit einer – zum Beispiel 25prozentigen – linearen Steuer belegt. Auch der Kuponschneider müßte anonym wie alle anderen dieses Viertel abgeben. Die Steuerschuld der Zinserträge wäre mit dieser Zahlung abgegolten. Der umstrittene Bankenerlaß, der die Schalterhalle für Finanzbeamte zum exterritorialen Gebiet erklärt, bliebe unangetastet.

Der Finanzminister könnte ebenfalls zufrieden sein. Er würde 1993 etwa 37,5 Milliarden kassieren – 22 Milliarden mehr als zur Zeit bei ähnlich hohen Erträgen die freiwillig deklarierten Zinseinkommen bringen.

Was auf dem ersten Blick so schön erscheint, hat bedeutende Schwachstellen. Die pauschale, anonyme Belastung von Zinserträgen müßte in jenen Fällen durchbrochen werden, in denen der durchschnittliche Einkommensteuersatz der Zinsbezieher unter dem Satz der Abgeltungssteuer liegt. Ein kompliziertes Erstattungssystem wäre unumgänglich.

Andererseits hat die Pauschalsteuer eine bedenkliche unsoziale Schlagseite. Die Reichen dieser Republik, die nicht selten Jahr für Jahr zweistellige Millionenbeträge aus ihren Kapitalien ziehen, bezahlen derzeit darauf 53 Prozent Einkommensteuer. Käme die Pauschale


Finanzminister Waigel
Die Schlupflöcher bleiben

von zum Beispiel 25 Prozent, dann würde ihre Steuerbelastung glatt halbiert.

„Welche Partei will das politisch durchhalten", fragt sich Adalbert Uelner bis vor kurzem selbst Steuerexperte im Finanzministerium und jetzt Leiter des Bonner Instituts Finanzen und Steuern. Der „definitiven Quellensteuer", wie die lineare Abgeltungssteuer von den Fachleuten genannt wird, werden deshalb auch nur geringe Chancen eingeräumt.

Bleibt ein System vorsichtiger Kontrolle, das Waigels Auftrag an seine Beamten gerecht wird, „eine schonende Regelung zu suchen, die das Vertrauen von Kapitalmarkt und Bankkunden möglichst wenig tangiert".

Die Idee ist, eine Kontrolle des Steuerbürgers durch die Hintertür einzuführen. Der sogenannte Bankenerlaß, seit 1988 Bestandteil der Abgabenordnung, untersagt nicht nur Kontrollmitteilungen der Kreditinstitute an die Finanzbehörden. Er verhindert auch, daß Finanzbeamte, die bei der Außenprüfung von Banken Einsicht in die Bücher nehmen, von dieser Kenntnis zum Nachteil der Bankkunden Gebrauch machen.

Würde zumindest diese Passage der Abgabenordnung gestrichen, dann könnte die Finanzverwaltung über den Umweg der Betriebsprüfungen an potentielle Steuerhinterzieher herankommen. Die Großbanken werden permanent geprüft, auch bei den kleineren erscheint alle paar Jahre der Finanzprüfer. Der Bankkunde liefe deshalb ein Risiko, mit seinem unversteuerten Zinseinkommen aufzufliegen.

Unter solch sanftem Druck, meinen Waigels Berater, würden freiwillig mehr Steuern gezahlt. Deshalb könnten



gleichzeitig die Freibeträge für Zinseinkommen (jetzt 600 Mark für Ledige/1200 Mark für Verheiratete) deutlich angehoben werden. Bei Freibeträgen von zum Beispiel 5000/10 000 Mark müßten rund 80 Prozent der Zinsbezieher nichts abführen.

Bleibt das Problem der Kuponschneider. Für sie, so die Überlegung, könnte eine definitive Kuponsteuer erhoben werden. Bei jedem Schnitt würden dann anonym 25 oder 30 Prozent einbehalten und von der Bank an das Finanzamt abgeführt.

Die endgültige Lösung soll, so hat es der Kanzler bestimmt, noch dieses Jahr präsentiert werden. Egal wie sie im Detail aussieht. Das Ergebnis wird sein, daß Zinseinkommen in Deutschland deutlich stärker als bisher mit Steuern belastet werden.

Der Verlockung, sein Geld über die Grenze, etwa in das steuergünstige Luxemburg, zu tragen, werden viele nicht widerstehen können. Wie diese Schlupflöcher zu stopfen sind – dazu ist Theo Waigel und seinen Experten bisher nichts eingefallen.

Treuhand

Spielregeln geändert

Das Schicksal des Berliner Glühlampenwerks Narva scheint besiegelt: Die Treuhandanstalt überließ das Unternehmen Immobilienspekulanten.

Vom Geschäft glaubte Stephan Müller, technischer Leiter der Berliner Glühlampenfabrik Narva, alles zu verstehen. „Aber was da jetzt gelaufen ist, das habe ich nicht ganz begriffen."

Da ist Müller nicht der einzige. Nachdem die Treuhandanstalt sich in der vergangenen Woche von der Fabrik im Ost-Berliner Bezirk Friedrichshain trennte, grübeln Wirtschaftler und Politiker einmal mehr über den Sinn der Anstalt und die Weisheit ihrer Entscheidungen.

Ein japanischer und ein westdeutscher Investor, die in den rotgeklinkerten Fabrikhallen der Narva weiterhin Glühbirnen und Energiesparlampen produzieren wollten, kamen nicht zum Zuge. Statt dessen verkaufte die Treuhand das Unternehmen an ein buntes West-Berliner Investorenkonsortium.

Treibende Kraft ist die sogenannte Klingbeil-Gruppe, die im Westen Berlins riesige Wohnkomplexe errichtet hat und immer mal wieder durch Immobilienspekulationen aufgefallen ist. Die Firma, aus der sich der Namensgeber Karsten Klingbeil schon Mitte der achtziger Jahre in sein Bildhauer-Atelier zurückgezogen hat, gehört seitdem zu 90 Prozent den Geschäftsführern Klaus Groenke und Axel Guttmann.

Die beiden Gesellschafter der Trigon Holding – so heißt die Klingbeil-Firma inzwischen – sind als gewiefte Spekulanten und harte Geschäftspartner bekannt. Groenke und Guttmann gehören unter anderem ein gutes Stück des Kurfürstendamms sowie die Berliner Hotels Interconti und Schweizerhof. Sofort nach der Wende haben sie in fast allen größeren Städten der ehemaligen DDR Millionenprojekte angeschoben.

Guttmann und Groenke zeigen denn auch für die Lampenproduktion der Narva und ihre 1400 Beschäftigten kein Interesse. Um die Fabrik soll sich ein anderer kümmern, der beim Geschäft mit der Treuhand dabei ist: der Mittelständler Heinz Pietzsch.

Durch familiäre Kontakte in den Ostteil der Stadt hatte Pietzsch sich schon lange vor dem Fall der Mauer als Händler zwischen Ost und West etabliert. Inzwischen besitzt er auch einige kleinere Produktionsbetriebe und ist gern gesehener Gast auf den Stehpartys der Berliner Schickeria.

Der dritte Partner im Narva-Konsortium ist die Wert-Konzept Berlin. Die Firma soll das Kapital für die Investoren einsammeln. Geschäftsführender Gesellschafter ist der Architekt Reinhard Müller, der seit längerem mit der Klingbeil-Gruppe zusammenarbeitet.

Es scheint zweifelhaft, ob es überhaupt lohnt, ein kleineres Lampenwerk wie Narva zu erhalten. Sicher ist, daß Pietzsch wohl kaum die Erfahrung und das Interesse mitbringt, das Berliner Werk für den Konkurrenzkampf mit Osram oder Philips zu rüsten. „In Wahrheit", meint Betriebsrat Gerald Karg, „geht es denen allen doch wohl nur um unser Grundstück."

In der Tat ist es Guttmann und Groenke wieder einmal gelungen, sich ein städtisches Filetgrundstück zu sichern. Gut 90 000 Quadratmeter umfaßt das in Zentrumsnähe liegende Narva-Werksgelände. Bis zum zukünftigen Regierungsviertel sind es fünf Autominuten, auf dem Gelände liegt ein U-Bahnhof, der bis 1994 reaktiviert wird. Der Ost-Berliner Hauptbahnhof ist gleich nebenan.

Aus der Sicht der Trigon-Gesellschafter ist der Narva-Kauf goldrichtig. Neue Büro- und Geschäftsgebäude auf dem Gelände versprechen gute Renditen. Anrüchig ist das Geschäft, weil verlogen von Arbeitsplätzen und industrieller Produktion die Rede ist, wo es nur um eiskalte Immobilienspekulation geht.

Der Vorwurf trifft vor allem die Treuhand. Berlins IG-Metall-Chef Horst Wagner spricht von einem „undurchsichtigen Grundstücksdeal hinter dem Rücken von Betroffenen und Beschäftigten". Der Narva-Betriebsratsvorsitzende Michael Müller fühlt sich „von der Treuhand über den Tisch gezogen".

Zunächst hatte die Treuhand alle Interessenten wissen lassen, es gehe bei dem Narva-Geschäft vor allem darum, die Lampen-Produktion zu erhalten. Doch als die Angebote für den Kauf der Firma auf dem Tisch lagen, zeigte sich, daß andere deutlich mehr Arbeitsplätze über einen längeren Zeitraum erhalten wollten als das Berliner Konsortium mit Pietzsch und der Trigon-Holding. Da änderte die Treuhand plötzlich die Spielregeln.



Narva-Lampenkontrolle: Die Japaner boten mehr



Narva-Gebäude in Berlin-Friedrichshain: „In Wahrheit geht es allen doch wohl nur um unser Grundstück"

„Wir wissen doch, was wir von solchen langfristigen Arbeitsplatzgarantien zu halten haben", spöttelte Treuhandvorstand Wolf Klinz nun auf einmal. Wichtig sei nur, wieviel Leute „unter dem Strich" und „langfristig" dort einen Job finden. Und da ist, glaubt Klinz, das Dreier-Konsortium nicht zu schlagen. Der „Narva-Gewerbepark Berlin" werde über 5000 Arbeitsplätze an diesen Standort bringen.

Mehr als das Versprechen von Immobilienspekulanten ist das nicht. Die nämlich rechnen anders als Glühlampen-Hersteller.

Um zumindest formal mit dem Angebot gleichziehen zu können, das die japanische Firma Phoenix Electric für Narva vorlegte, garantieren auch Pietzsch und die Trigon 1050 Arbeitsplätze bis Ende 1992. Doch während die Japaner industrielle Arbeitsplätze in der Lichttechnik meinten, wird Pietzsch nur 550 Leute in qualifizierten Elektroberufen arbeiten lassen. Über 500 Personen werden in eine mit Steuergeldern finanzierte Beschäftigungsgesellschaft abgeschoben.

Für die Hälfte der Mannschaft gibt damit nicht der Narva-Käufer, sondern die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit eine Beschäftigungsgarantie. Treuhand-Direktor Harald Lang, der die Verhandlungen leitete, sah darin kein Problem. Schließlich, meint er optimistisch, würden diese 500 Leute ja qualifiziert für Berufe, die in dem neuen Gewerbepark mit Sicherheit gebraucht würden.

Auch bei den Investitionen fallen Versprechen und Wirklichkeit weit auseinander. Von 570 Millionen Mark ist die Rede. Doch nur 70 Millionen sollen in die Narva-Lichttechnik fließen; eine halbe Milliarde steht für Sanierungen und Neubauten zur Verfügung, also für zum Teil spekulative Baugeschäfte. Mit „Investitionen zur industriellen Standortsicherung", die der Treuhand bisher am Herzen lagen, hat diese Summe nichts zu tun.



Narva-Manager Müller
„Ich habe das nicht ganz begriffen"

Folgenschwerer Ärger, der vielleicht sogar zu peinlichen Prozessen führt, droht der Treuhand, weil sie die anderen Bewerber unfein austrickste. Das Interesse des schweizerisch-israelischen Konsortiums Tabfin etwa nahm Treuhandvorstand Klinz gar nicht erst zur Kenntnis, weil die Gruppe angeblich keine von einer Bank unterzeichnete Bonitätserklärung vorlegte.

Alle Unterlagen seien rechtzeitig in Berlin gewesen, meint Tabfin-Chef Gerhard Fuchs-Kitlowski. „Aber für die Treuhand waren wir offenbar ein unwillkommener Konkurrent, der schon feststehende Pläne stört." Jetzt denken die abgeblitzten Investoren über rechtliche Schritte nach.

Einmal mehr hat die Treuhandanstalt offenbar nur den Ehrgeiz gehabt, einen lästigen Betrieb rasch abzustoßen. Sie hat sich nicht einmal die Mühe gemacht, den Preis der Immobilie – wenn schon, denn schon – durch einen Wettbewerb der Spekulanten hochzutreiben.

Noch bedenklicher ist, daß die Treuhand über ihren Auftrag, Firmen zu privatisieren, in diesem Fall weit hinausging. Ohne hinreichende Kenntnisse beteiligte sich die Anstalt am Grundstückskarussel der Metropole Berlin; ohne Kompetenz machten sich die Betriebswirte der Treuhand zu Stadtplanern, die Einfluß nehmen auf die Gestaltung wichtigen städtischen Areals.

Entsprechend verbittert reagierte der übergangene Berliner Senat. Er sei „nicht besonders glücklich" über das Vorgehen der Treuhand, sagt Wirtschaftssenator Norbert Meisner zurückhaltend. Sein Büroleiter Lothar Stock wird deutlicher: „Man hat uns überhaupt nicht informiert, obwohl man solche Großverkäufe doch eigentlich nicht an der Landesregierung vorbei durchziehen kann."

Wie wenig die Investoren sich darum scheren, ob ihre Aktivitäten auch richtig verstanden werden, demonstrierten sie sofort nach Abschluß des Narva-Geschäfts. Zur Pressekonferenz der Treuhand erschienen die Hauptakteure Guttmann und Groenke gar nicht erst. Ihr kleiner Partner Pietzsch verließ die Veranstaltung vor Schluß und fuhr in den Urlaub. ◀

JOOP!

JEANS

Jeans sind
schönste Zeugen

für mich das
teil von Mode.

„Gipsbrei für die Rattenlöcher“

Wie Walter Ulbricht und Erich Honecker vor 30 Jahren die Berliner Mauer bauten

Oberstleutnant Martin Löffler, Regimentskommandeur in der 1. Motorisierten Schützendivision der Nationalen Volksarmee (NVA), ahnte nicht, warum er am Abend des 12. August 1961 ins Hauptquartier in Strausberg nahe Ost-Berlin gerufen wurde. Er vermutete, man feiere den Geburtstag eines verdienten Genossen.

Es ging, mit Wodka und Krimsekt, Lachs und Kaviar, durchaus feierlich zu. Als DDR-Verteidigungsminister Heinz Hoffmann das Wort ergriff, wurde es dienstlich. Vor 70 NVA-Kommandeuren eröffnete der General die Einsatzbesprechung über eine unmittelbar bevorstehende heikle Operation, von der selbst die meisten DDR-Minister erst in diesem Augenblick erfuhren.

In der kommenden Nacht, so Hoffmanns Vortrag, würden die Grenzen zwischen West- und Ost-Berlin und um West-Berlin herum dichtgemacht. Falls die Westalliierten eingreifen sollten, müßten die Kommandeure nach vorliegenden Einsatzbefehlen handeln: Warnschüsse in die Luft, dann den Schießbefehl des Divisionskommandeurs abwarten – außer bei Lebensgefahr, die sofortige Selbstverteidigung erfordere.

Die Truppen der Nationalen Volksarmee sollten sich zurückhalten, befahl der Verteidigungsminister, mindestens 300 Meter hinter der Sektorengrenze. Die Grenze selbst würde von Volkspolizei, Bereitschaftspolizei und den paramilitärischen Betriebskampfgruppen abgeriegelt.

SED-Politbüromitglied Erich Honekker, Sekretär für Sicherheit im Zentralkomitee, wurde von SED-Chef Walter Ulbricht mit der Durchführung des Projektes „Chinesische Mauer II“ beauftragt. Das Amt hatte Honecker erhebliche Machtfülle und engen Kontakt zum Verteidigungs-, Stasi- und Innenminister eingebracht. Honecker nach der Wende: „Sie waren mir sozusagen unterstellt, denn das war mein Arbeitsbereich im ZK.“

Honecker bezog sein Hauptquartier im Ost-Berliner Polizeipräsidium. Sein Stab war der strikten Geheimhaltung wegen nur acht Mann stark. Befehle wurden nur mündlich weitergegeben. Gegen 23 Uhr tauchten einige Minister auf, später erschien auch Ulbricht; er



Mauerbau vor dem Brandenburger Tor am 13. August 1961: „Den Bonner Ultras Einhalt gebieten“

blieb aber nur eine Stunde.

Gegen Mitternacht rief Honecker den Verteidigungsminister auf der Kommandeursversammlung in Strausberg an, gab die X-Zeit durch – 13. August 1961, 01.00 Uhr – und sagte: „Die Aufgabe kennst du! Marschiert!“ Sowjetmarschall Iwan Konew alarmierte die sowjetischen Streitkräfte – 20 Divisionen. In den Garnisonsstädten der DDR heulten die Sirenen.

Kurz nach Mitternacht klingelte das Telefon beim Kommandeur des 7. Bataillons der Ost-Berliner Kampfgruppen, Walter Lembke. „Von einer ihm bekannten Stimme“, schilderte später eine SED-Illustrierte im Stil kitschiger Landserhefte die Szene, „hörte er nur einen kurzen Satz, keinen Befehl, keine Losung, nur eine schlichte Aufforderung: ‚Walter, mach dich fertig . . . Es ist soweit.‘“



DDR-Volksarmisten beim Errichten des Stacheldrahtzaunes: „Häßliche Sache“

In seiner Kaserne in Röntgental am Berliner Stadtrand fuhr Unteroffizier Rudi Thurau aus dem Schlaf, als sowjetische Panzer an seinem Fenster vorbeirasselten – so viele hatte er noch nie gesehen. Der Kompaniechef instruierte seine Männer, sie hätten an einer „verläßlichen Bewachung“ und „wirksamen Kontrolle“ der Sektorengrenze mitzuwirken. „Unruhe“ in der Bevölkerung sei zu erwarten, „militärische Konflikte“ dagegen schloß er aus. Der Grenzpolizist Horst Ewald beobachtete, wie Unmengen von Stacheldraht auf Lastern verladen wurden. Der NVA-Unteroffizier Conrad Schumann (der zwei Tage später über die Grenze nach West-Berlin sprang) wurde wachgerüttelt: „Los, Mann, wir müssen an die Grenze.“

An der Grenze zu West-Berlin zog, klammheimlich, die „politische und militärische Kampfkraft der Arbeiterklasse“ auf (Honecker), insgesamt waren es rund 25 000 Mann: „Werktätige aus den sozialistischen Betrieben in den Uniformen der Kampfgruppen“; ihnen waren Platzpatronen und, versiegelt, auch je 60 Schuß scharfe Munition ausgehändigt worden. Die Betriebskampfgruppen standen zusammen mit Volks- und Bereitschaftspolizisten, ausgerüstet mit sowjetischen Kalaschnikow-Gewehren, an vorderster Front.

Die „2. Staffel“ bildeten Truppen der Nationalen Volksarmee und Spezialeinheiten des Ministeriums für Staatssicherheit. „Nur bei einem etwaigen Eingreifen der Nato-Armeen“ sollten, so Honecker, „die sowjetischen Streitkräfte in Aktion treten“.

30 Jahre nach dem Bau der Mauer und anderthalb Jahre nach ihrem Zerfall bieten Dokumente aus Ost-Berliner Aktenbeständen neue Einblicke in Planung, Begründung und Durchführung des Projekts, das weltweit zum Symbol kommunistischen Terrors und politischen Staatsbankrotts geworden ist*.

Im Archiv des Präsidiums der ehemaligen Volkspolizei wurden die Einsatzbefehle an Volkspolizisten und Kämpfer der SED-Betriebsgruppen sowie das „Journal der Gefechtshandlung“ entdeckt, in dem Hunderte militärisch aufgemotzter Meldungen der „Kontrollpunkte“ entlang der Berliner Sektorengrenze zusammengefaßt sind. Die Berichte über die Stimmung in der Bevölkerung wie unter SED-Genossen vermitteln gelungene Überrumpelung und, vereinzelt, ohnmächtige Wut.

Bei Nacht und Nebel hatte die DDR mit dem Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“ (SED-Jargon), der „häßlichen Sache“ (Kremlchef Nikita Chruschtschow 1961), begonnen. Alle zwei Meter zog ein Posten auf, Betriebskampfgruppen errichteten Stacheldrahtverhaue und Straßensperren. 193 Haupt- und Nebenstraßen wurden abgeriegelt, 74 der 81 Sektorenübergänge geschlossen. Die „Einstiegsschächte des Kanalisationssystems“ seien, lautete ein Vopo-Befehl, „ständig durch . . . Streifen zu sichern“.

Als das monströse Bollwerk vollendet war, trennten 165,7 Kilometer Betonmauer und Metallgitterzaun, bewehrt mit Wachtürmen, Kfz-Gräben und Hundelaufanlagen, den einen Teil Berlins von dem anderen. Mindestens 78 Menschen kamen bei dem Versuch ums Leben, die unmenschlichen Hindernisse zu überwinden.

„Hundert Jahre“ sollte die Mauer noch stehen, meinte Mauerbauer Honecker noch Anfang 1989. Im revolutionären Herbst 1989 zerfiel sie wie von selbst. Bemalte Mauerteile werden zu Preisen bis 20 000 Mark gehandelt, der Rest wird von Recycling-Firmen für Hochöfen und Straßenbau geschreddert (siehe Kasten Seite 110).

Als im Kalten Krieg mit dem Bau des Monstrums begonnen wurde, beschwor der Anschlag des Ostblocks – nach der sowjetischen Berlin-Blockade 1948/49 – ein zweites Mal die Gefahr eines heißen Krieges herauf.

Schon seit 1958 hatte Moskau eine neue Berlin-Krise angeheizt. Ultimativ

* Werner Filmer / Heribert Schwan: „Opfer der Mauer. Die geheimen Protokolle des Todes“. C. Bertelsmann Verlag, München; 432 Seiten; 39,80 Mark.



DDR-Flüchtlinge im West-Berliner Lager Marienfelde (im Juli 1961): „Weil wir am Ende sind"

und zunehmend aggressiv forderte der sowjetische Partei- und Staatschef Nikita Chruschtschow den Abschluß eines Friedensvertrags mit Deutschland, den Abzug der alliierten Besatzungstruppen und die Umwandlung West-Berlins in eine „entmilitarisierte und Freie Stadt". Lehnten die Westmächte ab, würden die Sowjets mit der DDR einen separaten Friedensvertrag abschließen und Ost-Berlin die Kontrolle über die Berlin-Zugänge übertragen. Intervenierten die Westalliierten mit Gewalt, gebe es Krieg – einen „thermonuklearen" (Chruschtschow).

„Den Bonner Ultras bei ihren Kriegsvorbereitungen Einhalt gebieten, das ist die vordringlichste Aufgabe", hieß es am 13. August 1961 in einem „Kampfblatt" der Politabteilung der Ost-Berliner Volkspolizei: „Westberlin, das Zentrum der gesamten Verschwörung gegen die DDR, ist gleichzeitig der Stützpunkt des Menschenhandels gegen das demokratische Berlin und die Bezirke der DDR. Mit diesem verbrecherischen Treiben der Militaristen von Berlin aus ist Schluß zu machen."

Ähnlich lasen sich die Verlautbarungen des DDR-Ministerrats und der Regierungen der übrigen Ostblockstaaten: Von „systematischer Bürgerkriegsvorbereitung durch die Adenauer-Regierung" und „regelrechtem Menschenhandel" war die Rede. Ulbricht flunkerte von „offenen militärischen Provokationen" und wollte gar von einem unmittelbar bevorstehenden „offenen Angriff" der Bundesrepublik auf die DDR wissen.



Mauerplaner Chruschtschow, Ulbricht*: „Dieses schreckliche Problem"

Entscheidend für den Verlauf der neuen Berlin-Krise waren jedoch Hinweise der Ostblockstaaten darauf, daß der freie Zugang von und nach West-Berlin nicht behindert würde. „Für ausländische Staatsangehörige gelten die bisherigen Bestimmungen", erklärte der DDR-Ministerrat: „Für Angehörige des Diplomatischen Korps und der westlichen Besatzungskräfte bleibt es bei der bisherigen Regelung."

Damit respektierte der Ostblock die sogenannten drei westlichen Essentials, die zu verteidigen die USA, wie US-Prä-

* Am 20. Mai 1960 auf dem Ost-Berliner Flughafen Schönefeld mit dem Vorsitzenden des Ministerrats Grotewohl (2. v. r.).

sident John F. Kennedy in einer dramatischen Fernsehansprache am 25. Juli 1961 gewarnt hatte, „aufs äußerste“ entschlossen seien:

▷ Anwesenheit der Westmächte in West-Berlin;

▷ freier Zugang nach West-Berlin;

▷ Sicherheit und Freiheit der West-Berliner.

Moskau verstand den Wink aus Washington und legte seine weitergehenden Deutschlandpläne erst einmal auf Eis. „Es gab nur zwei Arten von Gegenmaßnahmen“, räumte Nikita Chruschtschow später ein, „die Lufttransportsperre oder die Mauer. Die erstgenannte hätte uns in einen Konflikt mit den USA gebracht, der möglicherweise zum Krieg geführt hätte. Das konnte und wollte ich nicht riskieren. Also blieb nur die Mauer übrig.“

Der Kremlchef nannte auch die wahren Gründe für den Mauerbau. Noch 1961 steckte er dem Botschafter der Bundesrepublik in Moskau, Hans Kroll: „Was sollte ich denn tun? Mehr als 30 000 Menschen, und zwar mit die besten Menschen aus der DDR, verließen im Monat Juli das Land. Man kann sich unschwer ausrechnen, wann die ostdeutsche Wirtschaft zusammengebrochen wäre, wenn wir nicht alsbald etwas gegen die Massenflucht unternommen hätten.“

Von der Staatsgründung im September 1949 bis zum Mauerbau im August 1961 hatten 2 691 270 DDR-Bürger das Land verlassen, die Hälfte von ihnen unter 25 Jahre alt. 3371 Ärzte, 16 724 Lehrer, 17 082 Ingenieure hatten sich nach Westen abgesetzt.

Bereits seit 1958 beschäftigte sich eine Staatliche Planungskommission mit dem Projekt „Chinesische Mauer II“. Schon damals nannte Otto Grotewohl, der Vorsitzende des Ministerrats, die „anhaltende Flucht aus der Republik das Problem Nummer eins“; so könne es „nicht weitergehen“.

Auf einer Pressekonferenz mit SED-Chef Ulbricht fiel dann im Juni 1961, wenn auch in ein Dementi gekleidet, das Stichwort „Mauer“. Ulbricht sagte:

> Ich verstehe Ihre Frage so, daß es in Westdeutschland Menschen gibt, die wünschen, daß wir die Bauarbeiter der Hauptstadt der DDR dazu mobilisieren, eine Mauer aufzurichten. Mir ist nicht bekannt, daß eine solche Absicht besteht.

Dabei hatte Ulbricht die Regierungs- und Parteichefs der Staaten des Warschauer Paktes schon Ende März 1961 gedrängt, West-Berlin abzuriegeln. Dramatisch schilderte er die Massenflucht aus seinem Land: Wenn sie nicht umgehend gestoppt werde, könne die DDR ihre wirtschaftlichen Verpflichtungen gegenüber den sozialistischen Bruderstaaten nicht mehr erfüllen.

Die versammelten KP-Chefs waren entsetzt; plötzlich machten sie sich Sorgen um das längst ramponierte Ansehen der kommunistischen Regime. Der Pole Wladyslaw Gomulka warnte vor einem Eingreifen der Westalliierten; sie könnten sich doch keinen Zaun vor die Nase setzen lassen.

Auf Gomulkas Frage, wie die Massenflucht aufzuhalten sei, antwortete Ulbricht, „allein durch eine rigorose Abschnürung“ West-Berlins. Und wie solle die „Abschnürung“ aussehen, wollte der Tscheche Antonin Novotny wissen. Darauf der SED-Chef: „Wir müssen die Fluchtlöcher in West-Berlin verstopfen, mit Posten unserer Grenzorgane, mit Barrieren, vielleicht mit Stacheldrahtzäunen.“

Am Abend wurde abgestimmt. Nur Ulbricht war für die Absperrung, fünf KP-Chefs waren dagegen. Chruschtschow enthielt sich der Stimme, äußerte jedoch, ein radikales Vorgehen passe gegenwärtig nicht in sein außenpolitisches Konzept. Erst einmal wolle er herausfinden, woran er mit dem US-Präsidenten Kennedy sei, der erst im Januar sein Amt angetreten hatte.

Die beiden Staatsmänner trafen sich Anfang Juni auf einem Gipfel in Wien. Da erlebte der junge Präsident, der gerade in der Schweinebucht vor Kuba eine schwere Schlappe hatte einstecken müssen, „die härteste Sache“ und einen Chruschtschow, der „Amok lief“.

Ultimativ wiederholte der Kremlchef seine Deutschland-Forderungen und deren Konsequenzen. Kennedy fragte: „Bedeutet dies, daß der freie Zugang nach West-Berlin blockiert wird?“ Chruschtschow antwortete: „Genau das.“ Er wolle Frieden: „Aber wenn Sie einen Atomkrieg wollen, dann können Sie ihn haben.“ Der Präsident sah einen „kalten Winter“ kommen.

Nach dem beispiellosen Rencontre mit dem cholerischen Kremlchef schränkte Kennedy vor der Presse allerdings ein: „Wer so redet wie der und es wirklich auch so meint, der müßte verrückt sein; und ich bin sicher, der ist nicht verrückt.“

Doch vorübergehend schien Chruschtschow tatsächlich von Sinnen. In einem Gespräch mit Kennedy-Berater John McCloy auf seiner Datscha am Schwarzen Meer trieb er den Nervenkrieg zwischen den Supermächten auf die Spitze. Kennedys Fernsehansprache vom Vorabend bezeichnete er als „Vorstufe der Kriegserklärung“. Kennedy hatte gesagt: „Ich höre sagen, Berlin sei militärisch unhaltbar. Genauso war es mit Bastogne (*bei der deutschen Ardennenoffensive Ende 1944* –Red.) und genauso mit Stalingrad. Jede gefährliche Position kann gehalten werden, wenn Männer, tapfere Männer es nur wollen.“

Die Sowjetunion sei in der Lage, polterte Chruschtschow los, eine


Kontrahenten Chruschtschow, Kennedy*: „Den Atomkrieg können Sie haben“

* Am 3. Juni 1961 in Wien.



Mauerbauer Honecker, Sowjetgeneral Jakubowski*
Wer plaudert, wird standrechtlich erschossen

„100-Megatonnen-Bombe“ über Amerika zu zünden; sowjetische Wissenschaftler würden schon darauf brennen, das Superding auszuprobieren. Aber auch ohne das Eingreifen der USA könnte der Krieg jeden Augenblick ausbrechen, nämlich dann, wenn die Massenflucht Unruhen in der DDR auslöste wie am 17. Juni 1953 und die Westdeutschen dann die DDR überfielen.

Doch nun steckte Chruschtschow zurück. Die Westmächte würden doch wohl nicht wegen der Besatzungsrechte in West-Berlin in einen Krieg ziehen. Er halte eine Verständigung immer noch für möglich.

Kennedy war offenbar derselben Meinung. Er schien auch bereit, DDR-Kontrolleure an den Zugängen zu akzeptieren. „Auf zwei Dinge“ komme es an, erklärte er seinem Außenminister Dean Rusk, „daß wir in Berlin sind“ und „Zugang zur Stadt“ haben: „Es kommt mir besonders dumm vor“, meinte er gegenüber seinem Berater Kenneth P. O'Donnell, „das Leben einer Million Amerikaner aufs Spiel zu setzen, wenn es um das Recht geht, die Autobahn in der sowjetischen Zone Deutschlands zu benutzen.“

Bei den Verhandlungen des Warschauer Paktes am 3. August – trotz drakonischer Strafen gegen Republikflüchtlinge und „Kopfjägerei“ hatten im Juli wieder über 30 000 Bürger das Land verlassen – forderte Ulbricht, „jetzt und hier“ müßten die Verbündeten die Sperrung und Sicherung der Berliner Sektorengrenze beschließen. Zum erstenmal sprach er davon, vielleicht eine Mauer bauen zu müssen.

Diesmal stimmten die Verbündeten zu. Ulbricht dankte dem Genossen Chruschtschow: „Ohne Ihre Hilfe könnten wir dieses schreckliche Problem nicht lösen.“ Darauf Chruschtschow: „Ich bin einverstanden, aber keinen Millimeter weiter.“

DDR-Regierung und DDR-Volkskammer wurden beauftragt,

> an der West-Berliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühltätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet West-Berlins einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin eine verläßliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird.

Ost-Berliner SED-Genossen jubelten: „Der Gipsbrei für die Rattenlöcher in Berlin ist angerührt.“ Mit dem Bau der Mauer sollte allerdings noch gewartet werden, empfahl Chruschtschow. Der Ostblock müsse beweglich reagieren können, wenn der Westen wider Erwarten doch gegen die DDR vorgehen sollte.

Am dritten Konferenztag stellte der Kremlchef den Genossen Sowjetmarschall Iwan Konew, Eroberer von Prag, Miteroberer von Berlin, vor. Während der zu erwartenden Berlin-Krise sollte er den Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der DDR, Armeegeneral Iwan Jakubowski, ablösen. Konews Auftrag:

- ▷ die Grenzsperren in Berlin von Organen der DDR anlegen zu lassen;
- ▷ im Falle eines westlichen Angriffs die Sperren und die DDR-Sicherheitsorgane zweimal je 100 Meter nach Ost-Berlin zu verlegen;
- ▷ bei einem dritten Vorstoß sowjetische Truppen in Stellung zu bringen.

Konews Kommentar: „Eine Stadt ist wie der Zweig eines Baumes. Schneidet man die Zufahrtsstraßen ab, wird die Stadt fallen.“ Andererseits signalisierte er den westalliierten Stadtkommandanten, sie könnten „beruhigt“ sein: „Was immer in nächster Zukunft geschehen mag, Ihre Rechte werden unberührt bleiben, und nichts wird sich gegen West-Berlin richten.“

Nach seiner Rückkehr aus Moskau unterrichtete Ulbricht das Politbüro. In der Nacht zum Sonntag solle es losgehen, dann seien „putschistische Elemente“ und die westlichen Regierungen nicht handlungsfähig: „Genossen, an die Arbeit.“

Am Vorabend der Operation rief er ein paar Geheimnisträger „zur Einweisung in die vorgesehenen Maßnahmen“ zu sich auf seinen Landsitz in Dölln. Anwesend waren neben Gefolgsmännern aus der eigenen Partei wie dem stellvertretenden DDR-Ministerpräsidenten Willi Stoph und dem Ost-Berliner Oberbürgermeister Friedrich Ebert, Sohn des ersten Reichspräsidenten, auch die führenden „Blockflöten“: Gerald Götting von der Ost-CDU, Heinrich Homann (NDPD), Hans Rietz von der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands und



Fliehender NVA-Soldat Schumann im August 1961: „Schwankende Elemente“

* 1962 bei der Ost-Berliner Mai-Parade.

Manfred Gerlach von der LDPD (nach Honeckers Sturz vorübergehend Staatsratsvorsitzender).

Am 12. August 1961 verschickte Mauer-Organisator Honecker gleichlautende Mitteilungen („Geheime Verschlußsache“) an die ZK-Mitglieder, so zum Beispiel an Erich Mückenberger und Gerhard Grüneberg: „Ich bitte Dich, entsprechend den getroffenen Vereinbarungen am 13. August 1961, ab 01.30 Uhr die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen. Die Dir bekannten Dokumente werde ich Dir im Verlaufe der Nacht übermitteln.“

Der Oberstleutnant und Stabschef im Präsidium der Volkspolizei (PdVP), Albin Schneider, hatte seinen „Kalenderplan der Maßnahmen“ vorgelegt, der am 12. August, 19 Uhr, mit dem Punkt 1. „Leitung des PdVP verständigen, um 20.00 Uhr beim General zur Beratung“, beginnt und mit Punkt 11, „X+4 Tage, Abschluß der gesamten Pionierarbeiten in dem Abschnitt von 9,6 km“, endet.

DDR-Verteidigungsminister Hoffmann setzte vier Divisionen der NVA nach Berlin in Marsch. Private Busse wurden beschlagnahmt, Krankenhäuser requiriert, zu „Übungszwecken“. Der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, drohte: „Wer plaudert, wird standrechtlich erschossen.“

Im Politunterricht vor Potsdamer Bereitschaftspolizisten wurde von „erhöhter Kriegsgefahr“ geredet: „Die Lage ist doch so, daß wir in den nächsten Tagen durchaus in die Lage kommen können, die militaristischen und revanchistischen Unruheherde in West-Berlin ausräuchern zu müssen. Das kann bedeuten, daß wir sogar einen Stoßtrupp in das Schöneberger Rathaus schicken.“

Was in dieser Nacht – „als es dann plötzlich 13 schlug“ (Schlagzeile einer Ost-Berliner Zeitung) – wirklich passierte, ist akribisch in dem nun entdeckten „Journal der Gefechtshandlung“ verzeichnet, in dem die Ost-Berliner Vopo die laufend von den Kontrollposten (KP) an der Sektorengrenze eintreffenden Meldungen zusammenfaßte.

Der KP 65 – Rheinsberger Straße/Ecke Brunnenstraße – stellte um 3.45 Uhr eine „Ansammlung von 12 bis 15 Jugendlichen“ fest: „Maßnahmen sind eingeleitet worden.“ Wenig später versammelten sich am Bahnhof Friedrichstraße, „wie eine Überprüfung ergab“, 150 Personen: „Trotzdem herrscht Ruhe und Ordnung.“

Dabei blieb es im großen und ganzen, obgleich im Laufe der Nacht immer mehr Bürger aus beiden Teilen der Stadt, Schaulustige wie Demonstranten, den Tatort entlang der Sektorengrenze aufsuchten. Oft waren es weniger als 100, manchmal 2000 bis 4000.

Nennenswerte Störungen, die von den Spaltern nicht ausgeschlossen wor-



NVA-Bautrupp beim Beginn der Absperrung am Brandenburger Tor: „Der Schlag hat gesessen"

den waren, blieben aus. An keiner Stelle rissen etwa West-Berliner Polizisten oder gar alliierte Beschützer die Stacheldrahtverhaue ein. Und so hatte die DDR-Einsatzleitung keinerlei Veranlassung, sich vorsorglich zweimal je 100 Meter zurückzuziehen.

An der Leipziger Straße „provozierten" West-Berliner die Vopos „mit Schimpfworten wie zum Beispiel Offiziersschwein". Am KP 36 bewarfen sie die Posten, wie im „Journal der Gefechtshandlung" vermerkt wurde, „mit Geld unserer Währung". Die *Morgenpost* verteilte Extrablätter mit der Schlagzeile: „Westberlin mit Stacheldraht abgeriegelt".

Am Brandenburger Tor kam es „bereits zu Tätlichkeiten mit unseren Genossen wie zum Beispiel Anrempeln". Jugendliche skandierten: „Berlin wird niemals rot."

Am KP 34 nahmen „ca. 2000 Personen . . . bedrohliche Haltung . . . ein." Am Potsdamer Platz hatten sich, um 17 Uhr, „ca. 3000 Personen im Westsektor versammelt", einige „Radaubrüder beschimpften unsere Menschen mit ‚Bluthunde'". Als sich in der Köpenicker Straße „ca. 400 Jugendliche" am Stacheldraht zu schaffen machten, kamen „vier NK (*Nebelkerzen* –Red.), davon eine rot, zum Einsatz. Da die Provokation weiter anhielt, kamen zwei weitere NK gelb zum Einsatz".

In der Wollankstraße „brüllen" West-Berliner: „Habt ihr schon eine Karte fürs Walter-Ulbricht-Stadion? Dort wird das letzte Stück Butter gezeigt." Am KP 59 – Bouchéstraße – stimmten Ost-Berliner das Deutschlandlied an.



NEUES DEUTSCHLAND

Maßnahmen zum Schutze des Friedens und zur Sicherung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft

Berliner Zeitung

Berliner zu den Schutzmaßnahmen: Klar - Entschlossen - Goldrichtig

Sicherheit für uns alle

DDR-Presseberichte zum Mauerbau
„Genossen, an die Arbeit"

Gegen 13.50 Uhr war es am Brandenburger Tor zu einem ersten Höhepunkt und einem kleinen Zwischenfall gekommen, als West-Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt die „Sperrwand eines Konzentrationslagers" inspizierte. Über seine Stippvisite meldete der Kontrollposten:

Sein Erscheinen gab Anlaß zur Verstärkung der Provokationen. Diese Provokationen erreichten gegen 14.00 Uhr ihren Höhepunkt, indem die Provokateure an allen Stellen gegen die Absperrung der (West-Berliner) Polizei drückten, die Staatsgrenze verletzten, unsere Posten tätlich bedrohten, indem sie mit Steinen warfen usw.

Die Vopo verstärkte die „eingesetzten Kräfte", ließ fünf Wasserwerfer und vier Schützenpanzerwagen auffahren – „Schußrichtung Charlottenburger Chaussee".

„Ca. 200 Personen" nutzten „ein zeitweiliges Versagen der Pumpe" eines Wasserwagens, „um diesen von unseren Kräften abzuschneiden und aus dem Tiergarten heraus gegen unsere Postenkette zu drücken. In diesem Moment brachen aus der ca. 100 Mann starken Ansammlung eigener Bevölkerung . . . ungefähr 50 Personen nach Westberlin durch, indem sie den Maschendrahtzaun niederrissen".

Gegen Mitternacht meldete der KP 34 am Brandenburger Tor Entspannung. Er beobachtete, wie West-Berliner Polizisten „ca. 3000 Jugendliche . . . unter Einsatz von Polizeiknüppeln auseinandertrieben". Die Jugendlichen riefen: „Ihr schlagt gegen die falsche Seite."

Aufmerksam verfolgten die Späher an der Grenze auch das Auftreten alliierter Militärs. Aber da gab es nicht viel zu sehen und zu melden.

Um 6.50 Uhr wurde „ein britischer Lkw mit zwei Uniformierten" ausgemacht. Etwa zur gleichen Zeit flog „ein

West-Hubschrauber ... die Grenze ab". Um 9.15 Uhr sah sich „ein amerikanischer Offizier" die NVA-Panzer an, die in der Warschauer Straße aufgefahren waren. Gegen Abend tauchte ein Wagen der britischen Militärpolizei am Potsdamer Platz auf.

Auf der anderen Seite, in Ost-Berlin, kam es ebenfalls zu Aufläufen, nirgends jedoch zu dem befürchteten Aufruhr. Das „Journal der Gefechtshandlung" verzeichnete unter anderem:

- ▷ 9.20 Uhr: „In der Kremmener Straße versuchen Bürger, die Haustüren einzuschlagen, um in die Bernauer Straße zu gelangen."
- ▷ 10.40 Uhr: „Am KP Wollankstraße ca. 250 bis 300 Personen versammelt, die in Richtung West-Berlin drücken. Vom Stützpunkt Schönholz wurde ein Zug, von der Volkspolizei-Inspektion Pankow eine Gruppe zur Verstärkung eingesetzt."
- ▷ 11.30 Uhr, KP Sonnenallee: „Ca. 1500 Personen, die erkennen lassen, daß sie nach West-Berlin wollen ... Zwei Hundertschaften der Kampfgruppen eingesetzt."
- ▷ 15.30 Uhr, KP 22: „Ansammlung von ca. 1000 Personen im demokratischen Teil Berlins. Aufgrund der Festnahme einer weiblichen Person wegen Provokation. Bereitschaftspolizei in Stärke einer Kompanie befindet sich zur Bereinigung im Einsatz."
- ▷ 16.05 Uhr: „Ca. 300 Jugendliche haben die Drahtsperren in der Wolliner Straße durchbrochen. 7. Bataillon der Kampfgruppen wurde ... in Marsch gesetzt."
- ▷ 17.00 Uhr: „Durch Räumkette Unter den Linden wurden ca. 500 Personen bis Schadowstraße zurückgedrückt."

Einigen DDR-Bürgern gelang noch die Flucht in den Westen (bis zum 30. September waren es 361). Sie durchschwammen den Teltow-Kanal, sprangen aus Häusern in die Bernauer Straße oder durchbrachen in „Krawallfahrten" die Sperren.

Um 18.50 Uhr ging die Meldung ein, daß „zwischen KP 47 und KP 48 Engelbecken ... Bürger noch ungehindert nach Westberlin gelangen" können: „Mit eigenen Kräften ist der Zustand nicht zu verändern. Maßnahmen werden eingeleitet."

Vereinzelt fielen in dieser Nacht „Schüsse aus Richtung Übergänge". Wie sich um 4.47 Uhr herausstellte, hatte ein Förster sie abgegeben. Sogleich wurde „die Jagd nach Kaninchen" unterbunden. Beim Durchsuchen einer Ruine löste sich ein Schuß aus der Maschinenpistole eines Kampfgruppenkommandeurs; ein „Kämpfer" wurde an der Ferse verletzt.

Genossen von den SED-Politabteilungen bearbeiteten die Basis, griffen in Diskussionen Aufsässiger ein, entlarvten Miesmacher und Abweichler. „Die Hauptrichtung der Feindarbeit sind offene faschistische Provokationen in Versammlungen, Hetze, Schmierereien, Gerüchte und versuchte Streiks", hieß es in einem Informationsbericht über die „Stimmung in der Bevölkerung".

So wurde auf einer Baustelle in Brandenburg ein Parteisekretär „tätlich angegriffen". In einem Krankenhaus in Frankfurt/Oder lehnte eine Ärzte-Versammlung die Sperrmaßnahmen an der Sektorengrenze ab: „Wir sind gegen Stacheldraht, Armee und Panzer." Die Mediziner forderten: „Verhandlungen mit dem Westen", Aufstellung von Wahllisten auch mit „westdeutschen Politikern und dann abwarten, wie die Bevölkerung sich entscheidet".

Ein Arzt, SED-Mitglied, erklärte: „Ich bin für freie Wahlen" und wollte wissen: „Warum ist mein Bruder ein Verräter und Kriegsverbrecher? Nur weil er, um besser leben zu können, nach Westdeutschland ging? ... Der Stacheldraht wurde gezogen, weil wir am Ende sind."

In einer Zuckerfabrik im Kreis Halberstadt provozierte ein Arbeiter die Kollegen: „Was, ihr arbeitet noch? In Berlin wird gestreikt, stellt die Maschinen ab." Parteiagitatoren entdeckten „Hetzlosungen" wie „Kommunisten raus, Deutschland den Deutschen, SED-nee".

Aber auch einige SED-Funktionäre, selbst Stasi-Mitarbeiter diskutierten „politisch negativ" und „sogar staatsverleumderisch" – wie beispielsweise Hauptmann Willy Brüssel, SED-Mitglied seit 1946, Verwaltungsangestellter in Ost-Berlin. Er sagte, sein Bett im Westen sei schon gemacht: „Wir gehen sowieso alle Wasser saufen."

Hauptmann Götz, KPD-Mitglied seit 1929, seit zehn Jahren hauptamtlich bei der Stasi, hatte, wie jetzt herauskam, „intime Beziehungen" zu einer US-Soldatin. Stasi-Mitarbeiter Uwe Reinhard wurde erwischt, als er eine „rote Fahne herunterriß und verbrannte". Es stellte sich heraus, daß er bereits zwölfmal in West-Berlin gewesen war. In einer Köpenicker Stasi-Siedlung „gab es bei einem Teil der Frauen eine Angstpsychose".

Seit dem 13. August hätten die „Staatsverbrechen", „insbesondere staatsgefährdende Hetze und Propaganda sowie Staatsverleumdung", „erheblich" zugenommen, wurde in einem abschließenden Bericht an das DDR-Innenministerium konstatiert. 2665 DDR-Bürger wurden „zugeführt, 1085 Ermittlungsverfahren eingeleitet und 842 Personen verhaftet".

Es handelte sich um „Staatsverbrechen", die nur gegen einen Staat wie die

Fliehende Ost-Berlinerin*: „Gegen Stacheldraht und Panzer"

* Im August 1961 aus einem an der Sektorengrenze gelegenen Haus an der Bernauer Straße.

„Klein bis zur Unkenntlichkeit"

Die Reste der Mauer dienen als Baumaterial, als Mahnmal oder Lärmschutz


Berliner Mauerspechte im Januar 1990: „Die Mauer hat uns kleingemacht"

Zwischen den Bahngleisen auf einem Lagergelände im Ost-Berliner Bezirk Pankow heben Raupenbagger tonnenschwere Betonteile auf eine Transportrinne. Die drei Meter hohen Bau-Elemente, Schnittstücke der Berliner Mauer, verschwinden hinter Eisenketten in einem rechteckigen Gehäuse, einem Schredder, wie er sonst im Untertagebau verwendet wird.

Was folgt, dauert nicht mal 25 Sekunden: Ein Lärm wie ferner Geschützdonner, dann hüllt Staub den Steinbeißer ein. Zerkleinerte Brocken transportiert ein Band weiter zum „Nachbrecher". Am Ende des Vorgangs bleiben Granulat, Split und grauer Schotter, maximal 32 Millimeter stark und bestens geeignet zum Straßenbau.

Die Zerkrümelung auf dem Pankower „Schindanger" (*Tagesspiegel*), einem der Mauer-Müllplätze in Berlin und Umgebung, hat Symbolkraft. „So eine Arbeit", schwärmt Bauingenieur Karl-Heinz Goldschmidt, „gibt es ja nur einmal im Leben." Der Betriebsleiter der „Arge Recycling Grenzanlagen" empfindet beim Schreddern späte Genugtuung: „Die Mauer hat uns kleingemacht. Nun machen wir sie klein, klein bis zur Unkenntlichkeit – zu Asche."

An Nachschub mangelt es nicht: Mehr als 300 000 Tonnen Betonmasse des einst 166 Kilometer langen SED-Bauwerks wurden allein in den letzten Monaten von 300 Angehörigen der ehemaligen Grenztruppen der DDR und 600 Pionierkräften der Bundeswehr beseitigt – mit 65 Kränen, 90 Kippern, 175 Lastkraftwagen, 55 Baggern, 24 Schwenkladern und 13 Planierraupen.

Der letzte Weg des einstigen Monstrums durch den Schredder in die Fundamente der neuen ostdeutschen Straßen gleicht der Verwendung eines anderen legendären Zwingbaus. Revolutionäre Baumeister verwendeten Teile der vor rund 200 Jahren gestürmten und geschleiften Pariser Bastille für die damals entstehende Concorde-Brücke. Damit, so die Begründung, habe „das Volk Gelegenheit", die „Tyrannei tagtäglich mit Füßen zu treten".

Ohne historisches Vorbild ist die pietätlose Vermarktung einiger Kilometer des Berliner Schreckensbauwerks. Einzelstücke, bunt bemalt, stehen als Party-Gag nun weltweit herum. Vielen Erwerbern ging es ähnlich wie der französischen Cognac-Königin Ljiljiana Hennessy. Die Witwe stellte sich ein Stück Mauer für 170 000 Francs, Realwert: 1000 Ost-Mark, in ihren Park und bekam schon vom Anblick „eine Gänsehaut".

Der Run auf die Betonbrocken hatte in den ersten Monaten nach der Mauer-Öffnung bei Berlinern in Ost und West Goldgräberstimmung ausgelöst. Tausende von Mauerspechten pickelten mit Hammer und Meißel an der Staatsgrenze herum. Den Massenverkauf der bunten Mauerteile organisierte Ost-Berlins staatliches Handelsunternehmen VEB Limex und eine mit den Ostlern kooperierende „Lelé Berlin Wall Verkaufs GmbH".

Der Erlös summiert sich offiziell auf rund 2,1 Millionen Mark und befindet sich derzeit noch in der Bundeskasse. Erst am Donnerstag vergangener Woche trat die Bundesregierung diesen Betrag an ein vom Berliner Senat einzusetzendes Kuratorium ab, das sich um die Förderung von Gesundheitswesen und Denkmalschutz in den neuen Ländern bemühen soll.

Auf einen Teil der Summe wird das Kuratorium womöglich verzichten müssen. Unlängst bescheinigte das Landge-


Mauer-Recycling im Mai 1991
„Nun machen wir sie klein"

richt Berlin den Künstlern Kiddy Citny und Thierry Noir, zwei stadtbekannten Mauer-Malern, den Anspruch auf Rechnungslegung seitens der Firma Lelé. Die Verkäufer hätten Mauer-Werke der beiden bei einer Versteigerung in Monte Carlo veräußert und damit in das Urheberrecht der Sprayer eingegriffen.

Die Reste des Bauwerks – derzeit stehen noch rund zwölf Kilometer Mauer – sind längst in festen Händen. Seit der Einheit ist die Mauer „nach Art. 21 Abs. 1 des Einigungsvertrages in das Vermögen des Bundes übergegangen" – so klar ist laut Bundesfinanzminister Theo Waigel die Rechtslage. Nun schlägt die Bundeswehr die verkaufsfähigen Mauerteile für Waigels Kasse los.

Der „Zentrale Auflösungsstab ehemaliger Grenztruppen" im brandenburgischen Pätz hält zwar auch noch „künstlerisch wertvolle" Mauerstücke für um die 20 000 Mark feil. Das Gros des Angebots jedoch ist schlichten Zwecken vorbehalten: Einfache Mauerteile sollen etwa als „Stützelemente für Kohlebunker" zum Preis von 250 Mark verkauft werden.

Ein Stück aber soll stehen bleiben. Das jedenfalls ist der Wunsch des Berliner Kultursenators Ulrich Roloff-Momin. Ihm schwebt ein Mauer-Mahnmal als „Dokument der europäischen Geschichte des Kalten Krieges" vor. Pläne dafür hat das Deutsche Historische Museum (DHM) entworfen.

Hinter einem 200 Meter langen Mauerrest an der Bernauer Straße im Wedding möchte das DHM das einstige Mauer-Hinterland in seiner tödlichen Perfektion authentisch darstellen. Doch das Vorhaben hat viele Gegner. Kritiker aus dem Bezirk befürchten schon ein „Mauer-Disneyland".

Der Verkehrssenator reklamiert für das Gelände, was sonst, eine Straßentrasse. Die Anwohner eines benachbarten Kranken- und Diakonissenheims haben vom Mauerblick für alle Zeiten genug. Vertreter einer Kirchengemeinde verwahren sich dagegen, ihren durch den Mauerbau denaturierten Friedhof „ein zweites Mal schänden zu lassen".

Unumstritten ist das Mauer-Denkmal, das der Berliner Performance-Künstler Ben Wargin am Spreebogen gegenüber dem Reichstag errichtet hat: Aus 40 Mauer-Segmenten erbaute er eine „Denk-Stätte". Der Hain aus Beton-Stümpfen zwischen Bäumen ist für die Opfer von Krieg und Gewalt gedacht.

Die Bürger des Berliner Vorstadtfleckchens Weststaaken bei Spandau möchten ihr Stück Mauer dagegen am liebsten so behalten, wie es ist. Die zwei Kilometer lange Betonstrecke verläuft parallel zu den Bahngleisen.

Die Ossis schätzen das Bauwerk als Lärmschutzwall und Schulwegsicherung für ihre Kinder.

DDR begangen werden können. So hatte sich ein Tankwart in Grünau geweigert, die Kunden abzufertigen, und gesagt: „Hoffentlich bumst es bald."

Ein „selbständiger Bäckermeister aus dem Bezirk Prenzlauer Berg trat vor seinem Laden provozierend in Erscheinung. Er äußerte, daß er kein Brot mehr backen werde, wenn Volkspolizei und Kampfgruppen nicht sofort abziehen. Ferner brüstete er sich mit dem vielen Westgeld, was er hat. Der Betreffende wurde festgenommen".

In Bierlokalen kam es zu erhitzten Diskussionen, einmal zu einer Schlägerei mit Kampfgruppen-Angehörigen.



Mauerbesucher Brandt*: „Anschlag gegen unser Volk"

Den Einheiten der Volkspolizei und den Kampfgruppen wurde „unerschütterliche Treue zur Arbeiter-und-Bauern-Macht" bescheinigt: „Jeder Kämpfer war mit Begeisterung dabei." Aber es gab auch „schwankende Elemente". Sie wurden wegen „Feigheit, politischer Unzuverlässigkeit und parteifeindlichen Verhaltens parteimäßig wie dienstlich zur Verantwortung gezogen". 82 Vopos, darunter 7 Offiziere, wurden wegen Trunkenheit, unerlaubten Entfernens von der Truppe und „schlechter Dienstverrichtung" bestraft.

Mauerbauer Honecker legte sich gegen vier Uhr auf sein Feldbett, das er im Polizeipräsidium hatte aufschlagen lassen. Zwei Stunden später ließ er sich nach Hause fahren: „Jetzt können wir gehen."

„Die von der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik beschlossenen Maßnahmen kommen einem Treffer ins Schwarze gleich", hieß es anderntags in einem „Kampfblatt" der Ost-Berliner Vopo: „Der Gegner wurde so vollkommen überrascht, daß es ihm bisher nicht gelang, wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen."

Wie spätere Analysen des hochgerühmten Einsatzes allerdings zeigten, war es mit der Einsatzfreude der Kampfgruppen nicht weit her. Zwar wurden die „bewaffneten Kräfte" von Walter Ulbricht in einem Brief vom 31. August 1961 für „vorbildliches und exaktes Handeln" belobigt. Ulbricht: „Eure bewußte Disziplin gewährleistete die erfolgreiche Durchführung der Maßnahmen zum Schutze des Friedens."

Doch eine spätere Manöverkritik, die jetzt in den Dokumenten der Polizeiarchive gefunden wurde, enthüllt, daß es gerade an der Disziplin gewaltig haperte. Bei der Alarmierung der Kampfgruppen, heißt es in einem Papier, „traten erhebliche Mängel auf". In den ersten zwölf Stunden des Einsatzes sei „kein genauer Überblick der Kräfte vorhanden" gewesen, und „ein nicht unbeträchtlicher Teil der Kämpfer" sei „überhaupt nicht bzw. erst sehr spät" zu ihren Einheiten gekommen.

Bei der Volkspolizei sah es nicht viel besser aus, wie die nun aufgefundene „Vertrauliche Verschlußsache BV 20 – 43/61" des Vopo-Kommandeurs Generalmajor Fritz Eikemeier konstatiert:

> Die Zielstellung, in 90 Minuten 80 % der Iststärke in den Dienststellen zu haben, wurde nicht erreicht. 8 Stunden und 45 Minuten nach der Auslösung der Alarmstufe II standen erst 52,8 % der Kräfte der VP Berlin zur Verfügung.

Aus dem Debakel wurden Schlußfolgerungen gezogen. Das gesamte Alarmierungssystem müsse überprüft werden, und, wichtiger noch: „Es ist Sorge zu tragen, daß alle Angehörigen der Kampfgruppen mit festen Schnürschuhen oder Stiefeln ausgerüstet werden."

Noch während der Aktion wurden die Soldaten und Anführer immer wieder durch schriftlich ausgegebene Befehle

* Am 13. August 1961 zusammen mit den Senatsbeamten Rudolf Kettlein und Heinrich Albertz.



Mauerbesucher Adenauer*: Furcht vor Volksaufstand in Ost-Berlin

und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern".

Obgleich Parteifreunde ihn bedrängten, lehnte Adenauer es ab, sofort nach Berlin zu fliegen; er fürchtete einen „Volksaufstand" in Ost-Berlin, den er nicht schüren wolle. Als er sich am 22. August endlich aufraffte, wurde er kühl und kritisch empfangen; wahrscheinlich kostete ihn sein Zögern bei den Bundestagswahlen am 17. September die absolute Mehrheit.

Adenauer-Berater Wilhelm Grewe, damals Bonner Botschafter in Washington, urteilte später: „Mir scheint, daß dieses Kapitel in der Tat kein Meisterstück seiner Staatskunst gewesen ist."

Aber was viel anderes hätte Adenauer tun sollen ohne die Rückendeckung der Westalliierten, die das kommunistische Vorgehen an der Sektorengrenze von Anfang an – mit guten Gründen – als innere Block-Angelegenheit herunterspielten?

ermuntert: „Genossen Offiziere und Wachtmeister", hieß es da zum Beispiel, „der Schlag hat gesessen!" Und weiter: „Wir haben die westdeutschen Imperialisten an der empfindlichsten Stelle getroffen."

Berlins Regierender Bürgermeister Brandt hatte zwar mit einem „Anschlag" der Sowjetunion „gegen unser Volk" gerechnet: „Vielleicht bauen sie doch eine Mauer." Aber die Nachricht von der Absperrung der Sektorengrenze überrumpelte ihn dann doch.

Brandt befand sich gerade auf der Rückreise von einer SPD-Wahlveranstaltung in Nürnberg, als ihn gegen vier Uhr die erste Meldung von den Vorgängen in Berlin erreichte. In Hannover verließ er den Zug nach Kiel, flog nach Berlin und begab sich sofort zum Brandenburger Tor. „Schrecklich", murmelte er. Kampfgruppen standen ihm gegenüber, Spanische Reiter wurden in den Boden gerammt. Von den westlichen Alliierten war nichts zu sehen. Lediglich drei britische Militärpolizisten mit Pistolen und Gummiknüppeln waren zufällig vorbeigekommen.

„Sie haben sich heute nacht von Ulbricht in den Hintern treten lassen", fuhr Brandt später die westlichen Stadtkommandanten an; er verlangte: „Schicken Sie wenigstens jetzt gleich ein paar Patrouillen an die Sektorengrenze, um das Gefühl der Unsicherheit zu bekämpfen und den West-Berlinern zu zeigen, daß sie nicht in Gefahr sind."

20 Stunden vergingen, bis einzelne alliierte Soldaten an der Grenze erschienen, 40 Stunden dauerte es, bis die Westmächte beim sowjetischen Stadtkommandanten, 72 Stunden, bis sie – „feierlich" und abgewogen – in Moskau protestierten.

Vor dem Abgeordnetenhaus hatte Brandt am frühen Abend noch gefordert: „Die Westmächte müssen ... darauf bestehen, daß die rechtswidrigen Maßnahmen rückgängig gemacht werden und die Freizügigkeit wiederhergestellt wird." Und Bundeskanzler Konrad Adenauer kündigte schon die „erforderlichen Maßnahmen" an – „im Verein mit unseren Alliierten". Doch umgehend wurde Ruhe zur ersten Bürgerpflicht, als nämlich die Westalliierten zu verstehen gaben, daß sie untätig blieben, solange *West*-Berlin nicht bedroht sei.

Nun lautete die Bonner Parole: „Zu einer Panikstimmung besteht kein Anlaß", und keiner hielt sich so strikt daran wie Adenauer. Drei Tage nach dem Anschlag an der Sektorengrenze unterschrieb er gar ein Kommuniqué, das der sowjetische Botschafter in Bonn, Andrej Smirnow, vorformuliert hatte. Darin hieß es, die Bundesregierung werde „keine Schritte" unternehmen, „welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland

Präsident Kennedy unterbrach seinen Segelurlaub für ein paar Stunden und stach sogleich wieder in See. Der britische Premierminister Harold Macmillan war auf der Jagd in Schottland; er fürchtete, „daß beide Seiten emsig bluffen und die Katastrophe durch einen kleinen Fehler ausgelöst werden könnte". Der französische Staatspräsident Charles de Gaulle hüllte sich auf seinem Landsitz Colombey-Les-Deux-Églises in Schweigen.

Kennedy war schon seit Wochen „besorgt über die Situation in Osteuropa". Er sah den Kremlchef in einer „unerträglichen Situation": „Ostdeutschland blutet aus, und dann ist der ganze Ostblock gefährdet", äußerte er in Diskussionen mit seinen Beratern über die Massenflucht aus der DDR. Chruschtschow müsse „etwas unternehmen, um das zu unterbinden", meinte er: „Vielleicht durch eine Mauer."

Schon Anfang August hatte sich der Präsident festgelegt: „Ich kann die Nato mobilisieren, wenn Chruschtschow etwas mit *West*-Berlin anzustellen versucht, aber nicht, wenn er nur in *Ost*-Berlin etwas unternimmt."

Und so hatte Chruschtschow das sowjetische Risiko richtig kalkuliert, als er prophezeite: „Wir machen Berlin dicht. Wir werden Stacheldraht ausrollen, und die Westmächte werden dastehen wie dumme Schafe. Und während sie noch dastehen, bauen wir eine Mauer."

* Am 22. August 1961; links: Berlins Bürgermeister Franz Amrehn.



Irakische Flugzeuge im Iran

Iran behält Flugzeuge

Ungewollt hat Iraks Präsident Saddam Hussein dem Iran geholfen, die – nach Meinung von Experten der angesehenen britischen Fachzeitschrift *Jane's Defence Weekly* – nunmehr schlagkräftigste Luftwaffe in der Region aufzubauen. Während des Golfkriegs Anfang des Jahres hatte Saddam mehr als 100 Flugzeuge, darunter etliche hochmodern ausgerüstete MiG-29-Kampfjäger, in den Iran fliegen lassen, um sie vorübergehend vor amerikanischen Bombardierungen zu schützen. Aber die Maschinen, inzwischen mit iranischen Hoheitszeichen versehen, werden jetzt von in der Sowjetunion ausgebildeten Piloten der iranischen Revolutionsgarden und der Luftwaffe geflogen. Schon früher hatte der Iran mindestens 20 MiG-29 in Moskau gekauft. In Teheran heißt es, die Regierung beabsichtige nicht, die irakischen Flugzeuge an Saddam Hussein zurückzugeben, betrachte das Kriegsgerät vielmehr als Reparationszahlung für den iranisch-irakischen Krieg von 1980 bis 1988. „Vielleicht brauchen wir die Flugzeuge in der Zukunft, um uns gegen Saddam zu wehren", zitiert das Londoner Blatt *The Independent* einen hohen Beamten in Teheran.

Algenkrieg im Mittelmeer

Die neue Killeralge Caulerpa taxifolia, die sich mit bedrohlicher Geschwindigkeit an Italiens tyrrhenischer Küste bis nach Sizilien ausbreitet, hat einen Wissenschaftlerstreit zwischen Frankreich und Monaco entfacht. Alexandre Meinesz, Meeresökologe an der Universität Nizza, behauptet, die Alge sei dem Ozeanographischen Museum in Monte Carlo entkommen. Caulerpa taxifolia gehört zu einer exotischen Algenart, die normalerweise in den warmen Gewässern des Roten Meeres oder des Indischen Ozeans zu finden ist. Meinesz entsinnt sich, die ersten winzigen Vorkommen des toxischen Gewächses auf Felsen unterhalb des monegassischen Museums aufgespürt zu haben – in dessen Aquarien es auch gezüchtet worden sei. Der Direktor des Meeresmuseums hat die französischen Anwürfe zurückgewiesen. Seine Erklärung für das plötzliche Auftauchen der Alge, die Flora und Fauna des Meeresgrundes im westlichen Mittelmeer ernsthaft bedroht: Sie könnte wie viele andere Algen am Rumpf eines Schiffes über den Suezkanal an die Küste der Côte d'Azur gelangt sein.

Kokain für Japan

Lateinamerikanische Kokaindealer entdecken den japanischen Markt – und neue Geschäftsverbindungen zu den Gangstersyndikaten des ostasiatischen Inselreichs. Der wachsende Drogenmißbrauch in Japan gebe Anlaß zu „großer Sorge", schreibt das Nationale Polizeiamt in Tokio in dem jetzt vorgelegten Weißbuch 1991, und könne schon bald Ausmaße „wie in Europa oder den USA" annehmen. Bis vor drei Jahren galt etwa Kokain in Japan nicht als ernst zu nehmende Bedrohung, da die Rauschgiftdetektive jährlich nur etwa ein Kilo Schmuggelware abfangen konnten. Doch in den zwölf Monaten bis Juli dieses Jahres konfiszierte die Polizei 68,5 Kilo Kokain. 22 Lateinamerikaner wurden als Rauschgiftschmuggler festgenommen. In insgesamt 93 Kokainfällen 1990 waren 28mal japanische Syndikatgangster verwickelt.



Japanische Gangster

Polen: Balcerowicz am Ende?

Käuferschlangen gibt es in Polen nicht mehr, die Ladenregale sind voll – aber die Konsumenten haben kein Geld. Die Arbeitslosigkeit galoppiert, die Regierung spart an Schulen und Medikamenten. Privatfirmen erzielen 80 Prozent des Einzelhandelsumsatzes, aber die Privatisierung der unrentablen Staatsbetriebe in der Industrie – durch kostenlose Verteilung von Aktien – zieht sich hin. Die vierstellige Inflationsrate sank rapide auf 90 Prozent in diesem Jahr, der Zloty ist frei konvertierbar – doch die Produktion schrumpfte um 9 Prozent (1990: 24 Prozent). Der Westen will die rigide Wirtschaftspolitik mit Halbierung der polnischen Schulden honorieren – aber der Mann, der die Infrastruktur für die Marktwirtschaft in Polen geschaffen hat, soll nun nach dem Willen seiner innenpolitischen Gegner zurücktreten: Leszek Balcerowicz, 44, Finanzminister und Vizepremier. Kritiker werfen Balcerowicz vor, sein strikter Sparkurs habe „unser Land erstickt". Auch mit Präsident Walesa hat sich der Finanzminister angelegt: Arbeiterfreund Walesa scheut eine Entflechtung der Staatsbetriebe, weil er soziale Konflikte fürchtet. Balcerowicz jedoch weigert sich, die Schulden der Staatsunternehmen zu streichen: „Dieses Medikament ist schlimmer als die Krankheit, weil es die Unfähigkeit anerkennt." Im Oktober wird Polens Parlament erstmals völlig frei gewählt. Da muß zum Auftakt des Wahlkampfes ein Sündenbock für die Rezession her. Balcerowicz, ein Parteiloser ohne Sitz im Parlament, verfügt über keine Hausmacht. Der erfahrene Prognostiker gab vorigen Montag bekannt, er werde nicht für das Parlament kandidieren und sich „auch nicht um ein Amt in der nächsten Regierung bewerben", das habe er seiner Familie versprochen.



Balcerowicz

Die Geburt Groß-Serbiens

Woran die große EG scheiterte, das gelang vorige Woche dem schwachen jugoslawischen Staatspräsidium: bei den Kriegsparteien in Kroatien einen Waffenstillstand durchzusetzen. Doch die Ruhe ist trügerisch. Weder Serben noch Kroaten sind bereit, ihre eroberten Stellungen zu verlassen. Der Bruderkrieg geht weiter.

Slobodan Milošević, Präsident der Republik Serbien, war unauffindbar. Vergebens fahndete am vorletzten Sonntag die in Belgrad eingetroffene EG-Troika fünf Stunden lang telefonisch nach ihm. Boten, in seinen Amtssitz und in seine Privatvilla geschickt, standen vor verschlossenen Türen.

So wurde das EG-Dokument, das den mit Jugoslawiens Republik-Fürsten ausgehandelten Waffenstillstand besiegeln sollte, von den Serben als einzigen nicht unterschrieben. Die Mission war gescheitert.

Die EG-Troika reiste wütend und enttäuscht wieder ab. Aber Milošević schien am Ziel seiner ehrgeizigen Wünsche angelangt: Serbische Freischärler kontrollierten mehr als ein Viertel der verhaßten Nachbar-Republik Kroatien, und der vom Staatspräsidium tags darauf befohlene Waffenstillstand ließ die mit den Serben sympathisierende Bundesarmee in ihren Stellungen: Die Geburt Groß-Serbiens war greifbar nah.



Serben-Präsident Milošević
Blutiges Vabanquespiel

Nationalkommunist Milošević, der mit seiner großserbischen Propaganda das blutige Vabanquespiel um die Zukunft des jugoslawischen Vielvölkerstaats vor drei Jahren mit der Okkupation der autonomen Provinzen Kosovo und Vojvodina gestartet hatte, konnte zufrieden sein: Seine rigorose Rückeroberungspolitik hatte sich durchgesetzt – trotz nationaler Gegenwehr und internationaler Proteste.

Selbst seine innenpolitischen Gegner, in der nationalen Frage mindestens so radikal wie er, hatte der oberste Serben-Chauvi geschickt ausmanövriert. Vuk Drašković, dem antikommunistischen Führer der „Serbischen Erneuerungsbewegung", blieb nichts anderes übrig, als den Waffenstillstand gutzuheißen – wenn auch mit dem Einwand, „daß der Krieg den Regimen in Belgrad und Zagreb sehr gelegen kommt".

Auch Tschetnik-Führer Vojislav Šešelj, der mit seinen blutrünstigen Heckenschützen weite Teile des kroatischen Slawoniens besetzt hält, versprach, sich an die Befehle zur Feuereinstellung zu halten – jedenfalls „solange sich Kroatien mitsamt seinen darin wohnenden Serben nicht für selbständig erklärt".

Sogar Milan Babić, Präsident der „Serbischen Autonomen Region Krajina" in Kroatien, will die Waffen schweigen lassen. „Wir haben ohnehin unser Gebiet unter Kontrolle, und der Beschluß, Kroatien zu verlassen und uns mit Serbien zu vereinen, ist unwiderruflich."

So konnte denn Milošević, der sich seit dem Ausbruch der Kämpfe auffallend im Hintergrund hielt, in einem Interview großzügig verkünden: „Wir haben auch nichts gegen einen unabhängigen kroatischen Staat – solange er nicht einen Teil der serbischen Bevölkerung mitnehmen will. Das serbische Volk will Jugoslawien nicht verlassen."

Kroatische Flugabwehr in Kostajnica: Trügerische Waffenruhe

Die politische Lage im auseinanderberstenden Jugoslawien ist nach sechs Wochen Bürgerkrieg, der über tausend Tote und Verwundete forderte, auswegloser denn je. Für einen politischen Kompromiß gibt es keine Hoffnung, solange die Bundesarmee und mit ihr serbische Freischärler auf kroatischem Boden stehen, solange das Recht des Stärkeren das Geschehen diktieren kann.

Dieser Meinung ist wohl auch der Kroate Stipe Mesić, nominell Jugoslawiens Staatspräsident und Oberkommandierender der Armee. Als er am Dienstag abend, kurz nach der gescheiterten Mission der EG-Troika, in Belgrad das einstimmig angenommene Fünf-Punkte-Programm zum bedingungslosen Waffenstillstand verkündete, offenbarte er Sinn für schwarzen Humor: „Der Krieg findet fortan wieder im Saale statt", lautete die Antwort von Mesić auf die Frage nach seinen geringen Kompetenzen.



Kroatischer Gardist in Sarvas*
Blutrünstige Heckenschützen

Doch die befohlene Waffenruhe ist trügerisch, und sie ist auslegbar. Schon hat der Disput darüber begonnen, welche Einheiten sich zurückziehen müssen. Kroatien hat seine Streitkräfte weitgehend zur Polizei erklärt, „die selbstverständlich ihre Stellung halten muß". Die von serbischen Offizieren dominierte Bundesarmee, die das Auseinanderrücken der Kombattanten notfalls erzwingen soll, kommt in dem Waffenstillstandsplan überhaupt nicht vor. Andererseits sollen gemischte Kommissionen, die aus Soldaten der Bundesarmee, kroatischen Nationalgardisten und serbischen Milizangehörigen bestehen, das Einhalten der Waffenruhe kontrollieren. „Da setzen sich immer die Serben durch", befürchtet die Regierung in Zagreb.

Für die Serben besteht ohnehin kein Grund, sich dem lauen Befehl des Staatspräsidiums zu widersetzen. Denn ihr strategisches Kriegsziel, die Okkupation jenes Teils von Kroatien, in dem die kroatische und serbische Bevölkerung bislang ethnisch gemischt miteinander lebte, hat die größte Nation der Südslawen ohnehin nahezu erreicht.

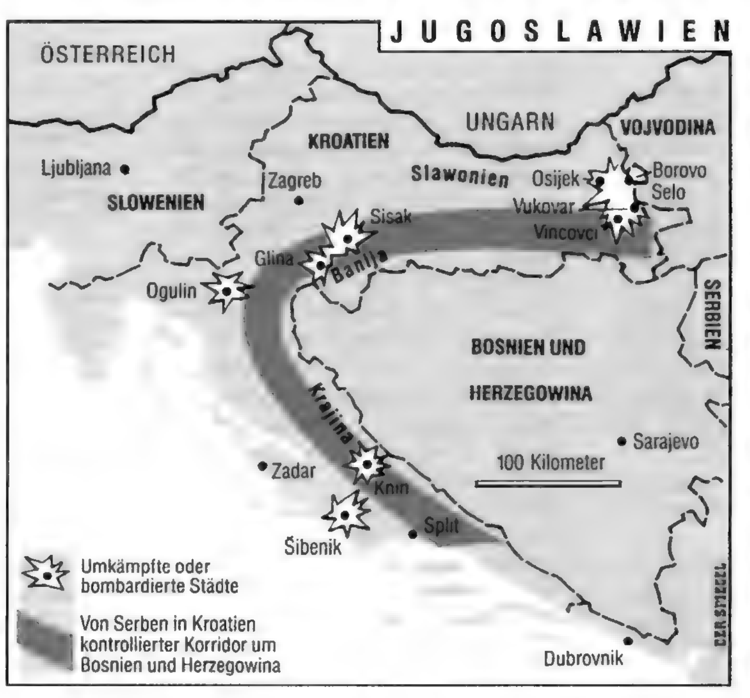
Von Ost-Slawonien, wo die Tschetniks die Stadt Osijek eingeschlossen haben, über die mittelkroatische Region Banija bis zur südkroatischen Region Krajina um die Stadt Knin stehen Trupps serbischer Freischärler, meist von Einheiten der Bundesarmee unterstützt. Nur an der dalmatinischen Küste, deren Erreichen nördlich von Šibenik gleichfalls zum Ziel der serbischen Besatzer gehört, haben sie noch nicht Fuß fassen können.

Damit ist nicht allein ein großes Stück der Republik Kroatien von Serben besetzt. Eine breite Zange entlang der Ländergrenze legt sich bedrohlich um die Republik Bosnien-Herzegowina. Wie in Kroatien wohnt auch dort eine starke serbische Minderheit, deren Mobilisierung wohl der nächste Akt in den Groß-Serbien-Plänen von Milošević ist. Dabei hat er erst vorige Woche den Republiken Bosnien-Herzegowina und Montenegro eine Union mit Serbien angeboten.

Um solche Großmacht-Ambitionen zu blockieren, war auf Bitten der slowenischen und kroatischen Sezessionisten die EG abermals zur diplomatischen Gavotte angetreten. Doch letzte Woche mußte sie kläglich das Scheitern ihrer Friedensbemühungen eingestehen.

„Es ist uns nicht gelungen, die Kriegsparteien zum Einstellen ihrer Kämpfe zu bewegen", gab Hollands Außenminister Hans van den Broek, Leiter der nach Jugoslawien entsandten Troika, enttäuscht zu Protokoll. Ganz undiplomatisch setzte van den Broek noch hinzu: „Die Schuld daran trifft Serbien."

In der Tat war zu dem EG-Treffen in Belgrad neben Milošević auch das serbische Mitglied im Staatspräsidium nicht erschienen: Borisav Jović, ergebener Gefolgsmann von Milošević in einer politischen Harlekinade. Fröhlich und scheinheilig kommentierte Jović tags darauf den ohne ausländischen Beistand ausgehandelten Waffenstillstand der südslawischen Brüder: „Wir sind alle des Krieges müde."



Die Ratlosigkeit in der Runde der zwölf EG-Außenminister, die sich dann bei ihrer Zusammenkunft in Den Haag mit der gescheiterten Balkan-Mission befaßten, war groß. Und die hektische Betriebsamkeit, wortreich neue Lösungsvorschläge für die jugoslawische Krise zu machen, wurde gar noch größer.

Die Deutschen mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher an der Spitze, Wendeexperte auch zum Thema Jugoslawien, würden am liebsten Serbien mit der völkerrechtlichen Anerkennung von Slowenien und Kroatien drohen.

Das mißfällt vor allem Briten und Holländern. Denn solch ein Schritt, erklärten die Briten, könnte

* Neben der Leiche einer von Serben erschossenen Frau.

„Den Vandalismus bändigen“

SPIEGEL-Interview mit Kroatiens Präsident Franjo Tudjman über den Waffenstillstand im Bruderkrieg

SPIEGEL: Nach dem vom jugoslawischen Staatspräsidium proklamierten Waffenstillstand stehen Teile des kroatischen Territoriums weiter unter serbischer Kontrolle. Werden die Serben diese Gebiete je freiwillig herausrücken?

TUDJMAN: Wenn Serbien die Souveränität der Republik Kroatien akzeptiert, kann es auch erreichen, daß die serbischen Terroristen ihre Pläne aufgeben und wir eine friedliche Lösung finden. Dazu aber wird Serbien nur bereit sein, wenn es dazu gebracht werden kann, die politische Entwicklung innerhalb Jugoslawiens und Europas zu akzeptieren.

SPIEGEL: Und wenn Serbien dies nicht tut?

TUDJMAN: Dann wird Kroatien seine Integrität verteidigen und Krieg führen, auch unter diesen für Kroatien so ungünstigen Bedingungen.

SPIEGEL: Staatspräsident Stipe Mesić hat die EG und die KSZE aufgefordert, sich intensiver als bisher für den Frieden in Jugoslawien einzusetzen. Sind auch Sie enttäuscht über die bisherigen EG-Bemühungen?

TUDJMAN: Nein. Früher gab es bei einigen Ländern der EG Fragen und Zweifel, doch jetzt hat sich überall die Ansicht durchgesetzt, daß wir es mit einer Aggression Serbiens zu tun haben. Ein weiteres Engagement der EG könnte helfen, den Krieg einzudämmen.

SPIEGEL: Können Sie sich auch den Einsatz ausländischer Friedenstruppen vorstellen?

TUDJMAN: Ja, aber nur, wenn diese Truppen die Grenzen zwischen Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina überwachen und verhindern, daß weitere Terroristen aus Serbien auf unser Territorium vordringen.

SPIEGEL: Was erwarten Sie von Deutschland?

TUDJMAN: Die kroatische Öffentlichkeit hat sich lange gefragt, weshalb sich Deutschland in dieser Krise so zurückhaltend verhielt. In jüngster Zeit hat Deutschland aber sehr klar Position bezogen.

SPIEGEL: Wäre Europa imstande, den serbischen Expansionismus zu stoppen?

TUDJMAN: Dies ist vor allem die Aufgabe der jugoslawischen Völker. Die Kroaten, Slowenen und Mazedonier haben sich bereits gegen diesen Expansionsdrang zur Wehr gesetzt. Doch weil die Serben die Bundesarmee kontrollieren, brauchen wir die Hilfe Europas, um diesen Expansionismus und Vandalismus der Serben zu bändigen. Die Verteidigung der Freiheit Kroatiens ist Sache ganz Europas.

SPIEGEL: Nicht nur aus Serbien, auch aus westlichen Ländern ist Kritik zu hören, daß in Kroatien Anhänger des alten faschistischen Ustascha-Regimes an Boden gewinnen.

TUDJMAN: Nein. Die serbische Propaganda behauptet unermüdlich, daß die in Kroatien lebenden Serben sich gegen ein brutales Ustascha-Regime zur Wehr setzen müssen. Das ist Unsinn. Es ist uns gelungen, eine geistige Einheit der Kroaten herzustellen. Extremistische Elemente, die in der Nähe einer Ustascha-Ideologie angesiedelt sind, haben keinen Zugang zur Macht.



Kroatischer Präsident Tudjman
„Wir würden siegen“

SPIEGEL: Es gibt in Zagreb viele Stimmen, die verlangen, jeden Kontakt mit den Serben abzubrechen.

TUDJMAN: Ich will weiterhin versuchen, die Krise auf friedlichem Weg, durch Gespräche, zu lösen und einen totalen Krieg mit vielen unnötigen Opfern zu vermeiden.

SPIEGEL: Ist Kroatien auf einen solchen Krieg denn vorbereitet?

TUDJMAN: Wir haben nicht genug Waffen. Doch wenn es notwendig sein sollte, die Unabhängigkeit zu verteidigen, wird sich das Volk auch mit bloßen Fäusten gegen die Panzer werfen.

SPIEGEL: Das wäre Selbstmord.

TUDJMAN: Nein. Natürlich würde es bei einem totalen Krieg große Opfer geben, doch am Ende würden wir siegen.

SPIEGEL: Sie haben einen Teil der kroatischen Opposition in Ihre Regierung geholt, nachdem es zuvor in Ihrer Partei einen Putschversuch gegen Sie gegeben haben soll. Was steckte dahinter?

TUDJMAN: Es ging nicht so sehr um einen Putsch, sondern um das Szenario der großserbischen Politik. Das zielt darauf ab, parallel zum Angriff der Armee die Falken innerhalb der Regierungspartei in Zagreb und die kroatische Opposition dafür zu gewinnen, die legitime Regierung zu stürzen. Doch die Herrschaften erlitten damit kläglich Schiffbruch.

SPIEGEL: Wäre es nicht besser gewesen, den in Kroatien lebenden Serben schon früher eine weitreichende Autonomie anzubieten?

TUDJMAN: Das haben wir ja versucht. Wir haben auch den extremen Serben vorgeschlagen, Gespräche mit uns zu führen. Aber das lehnten sie ab, weil sie aus Belgrad anderslautende Weisungen bekommen hatten. Wir garantieren allen Serben, die bereit sind, mit uns zusammenzuarbeiten, und das ist die Mehrheit, alle kulturellen und bürgerlichen Rechte und eine lokale Autonomie.

SPIEGEL: Kommt das nicht zu spät, und ist das nicht zuwenig?

TUDJMAN: Was heißt zuwenig? Wir können ihnen nicht mehr geben. In den Krisengebieten, von Knin bis Slawonien, leben 25 Prozent der hier beheimateten Serben. Die Mehrheit wohnt in den Städten. Es ist also keine Lösung, ihnen eine territoriale Autonomie anzubieten. Und eine Abtretung kroatischen Territoriums kommt schon gar nicht in Frage, aus geschichtlichen und geopolitischen Gründen.

SPIEGEL: Halten Sie eine Annäherung an Slowenien – Stichwort: „Krowenien“ – für denkbar?

TUDJMAN: Nein. Wir wollen keinen neuen utopischen Staat bilden. Es kann zu einem Bund kommen zwischen einem souveränen Kroatien und einem souveränen Slowenien nach dem Modell der europäischen Gemeinschaft – aber mehr nicht.

auf die restlichen jugoslawischen Teilrepubliken ansteckend wirken, ihre Sezessionsgelüste anstacheln. Der Vorschlag auf Anerkennung fand keinen Konsens.

Frankreich, repräsentiert durch Außenminister Roland Dumas, trat dafür ein, das Problem durch die „Westeuropäische Union" (WEU), das 1955 gegründete Verteidigungsbündnis, lösen zu lassen. Die WEU solle eine Friedenstruppe in das Krisengebiet entsenden. Präsident François Mitterrand schob noch die Forderung nach, es müsse einen international überwachten Volksentscheid aller Völker Jugoslawiens über ihr zukünftiges Staatsgebilde geben.



Kroatischer „Rambo" Dvorski: Kein Pardon

Nahezu einig war sich die Runde der EG-Minister, daß wegen ihrer Erfahrungen und Kompetenzen die Uno um Hilfe ersucht werden müsse. Frankreich und Großbritannien sollten als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates einen entsprechenden Antrag stellen. Nur die Briten bewiesen Realismus: Dieser Vorschlag werde schon an dem sicheren Veto der Sowjetunion scheitern.

So blieb zur gewünschten Internationalisierung der Jugoslawien-Krise nur der erst kürzlich geschaffene Krisenstab der KSZE übrig. Der tagte auf Einladung seines Vorsitzenden Genscher Ende voriger Woche in Prag. Beschlossen wurde nur, die Zahl der EG-Beobachter auf 500 zu erhöhen.

Erstmals meldete sich auch die Sowjetunion zum Jugoslawien-Problem zu Wort – massiv und überraschend aggressiv. Eine Regierungserklärung forderte die sofortige Einstellung der Kampfhandlungen: „Es gibt keine Situation und keinen Streit, der nicht durch Verhandlungen und gegenseitige Zugeständnisse lösbar wäre." Nachdrücklich warnten sodann die Moskowiter, Serbien traditionell in panslawischer Bruderschaft verbunden, den Westen vor einer „einseitigen Einmischung": Solch eine Intervention würde sich „zu einem gesamteuropäischen Konflikt ausweiten".

Dabei hat die Fehde der Serben und Kroaten schon längst ihre internationalen Implikationen. Sowohl die serbischen Freischärler wie ihre kroatischen Gegner – beide nicht bereit, Pardon zu geben – stehen unter der Führung ausländischer Söldner. Denen ist die Kriegsbeute wichtiger als eine politische Lösung.



Serben-Legionär „Kapetan Dragan"
Von der Polizei gesucht

Der inzwischen von den Kroaten besonders gefürchtete serbische „Kapetan Dragan", der die Region Banija bis zur bosnischen Grenze kontrolliert, wurde für einen Monatslohn von 10 000 Mark aus Australien angeheuert, um serbischen Bauernsöhnen militärischen Schliff beizubringen. Der selbsternannte Kapitän, der in Wirklichkeit Dragan Vasilković heißt, ist Sohn serbischer Einwanderer und hat in der australischen Armee gedient.

Von der Polizei in Melbourne wird dieser Landsknecht seit sieben Jahren gesucht, weil er ein Bordell unterhielt und dort neben Prostituierten auch Hehler an Kriminelle vermittelte. Dem „Kapetan Dragan" sollen zwei Iren assistieren, die als Spezialisten für den Guerillakampf von der Untergrundorganisation IRA ausgebildet wurden. Auch Rumänen, so behauptet Zagreb, hätten sich bei den Serben als Legionäre verdingt.

Das kroatische Pendant zum wilden Dragan ist Siniš Dvorski, der „kroatische Rambo". Wie sein filmisches Vorbild läßt sich der Nationalgardist am liebsten mit nacktem Oberkörper fotografieren. Der Haudegen, der sich bei der Wiedereroberung der kroatischen Stadt Kostajnica auszeichnete, hat in verschiedenen europäischen Armeen gedient. Zuletzt gehörte er zu einer Anti-Terror-Einheit in Südafrika.

In die Garden des kroatischen Präsidenten Franjo Tudjman reihten sich aber auch Freiwillige aus anderen jugoslawischen Republiken ein: vor allem Kosovo-Albaner, die ihre ganz persönliche Rechnung mit den großserbischen Unterdrükkern haben.

Ohne internationalen Beistand, das ist inzwischen auch Tudjman klar, ist für Kroatien eine militärische Auseinandersetzung nicht zu gewinnen. Auf knapp 200 000 Nationalgardisten, schlecht ausgerüstet und meist unerfahren, wird die kroatische Streitmacht geschätzt. Die Serben haben mindestens doppelt so viele Kämpfer unter Waffen.

Die Macht des Kroaten-Chefs ist seit der Umbildung der Regierung von vorletzter Woche empfindlich geschrumpft. In seinem Allparteien-Kabinett stellt Tudjmans nationalistische HDZ-Partei nur noch ein Drittel der Minister.

Eine neue Verfassung, von der bisherigen Opposition verlangt, soll die Kompetenzen des Präsidenten zusätzlich beschneiden. Auch sollen die Serben, als Minderheit ausdrücklich anerkannt, eine eigene Polizei und Verwaltung aufbauen dürfen. Als Ansatz zu einer friedlichen Lösung kommen solche Angebote wohl zu spät – dafür ist zuviel Blut im Konflikt zwischen Kroaten und Serben geflossen.

Um einer vergleichbaren Konfrontation rechtzeitig vorzubeugen, hat die Regierung der Republik Mazedonien – die Milošević ebenfalls seinem serbischen Großreich einverleiben möchte – beschlossen, nach kroatischem und slowenischem Vorbild Anfang September einen Volksentscheid über die Unabhängigkeit durchzuführen: Im Kunststaat Jugoslawien ist der nächste Krisenherd damit vorbestimmt.

„Grausamer als die Deutschen“

SPIEGEL-Reporter Erich Wiedemann über die Lage in der umkämpften serbischen Exklave Borovo Selo



Freischärler Tripunović
„Geschossen, bis wir keine Patronen mehr hatten“

Slobodan, wie viele Menschen hast du schon getötet?“ Slobodan Tripunović lächelt ein bißchen pubertär und wischt sich die schweißnassen Hände an den Bermudas ab. „Ich weiß nicht. Wir haben alle geschossen, bis wir keine Patronen mehr hatten.“ Wie soll er denn wissen, welche Kugeln welche Feinde getroffen haben?

Slobodan ist der jüngste der serbischen Freischärler in Borovo Selo. „Er ist ein Held“, sagt der alte Mann mit dem Hämatom am Hals. „Wenn Slobodan und seine Kameraden nicht gewesen wären, dann hätten uns die Kroaten die Hälse durchgeschnitten.“ Er faßt Slobodan mit beiden Händen an den Schultern und dreht ihn in Positur. „Lach doch mal, du wirst fotografiert.“

Slobodan ist kein besonders strahlender Held. Er knibbelt nervös mit dem Daumennagel an dem Tesafilm, mit dem das Reservemagazin an der Kalaschnikow festgemacht ist, und blinzelt dabei aus zusammengekniffenen Augen einer Ziege zu, die gegenüber auf der anderen Straßenseite eine Zeitung mit einer kyrillischen Schlagzeile frißt.

Slobodan ist 16. Er ist in Schongau in Bayern geboren, wo sein Vater ein paar Jahre als Handlanger arbeitete. Aber er spricht kein Deutsch mehr, weil die Familie nach Jugoslawien zog, bevor er ins Schulalter kam. Er sagt nur: „Dobro, dobro . . .“, alles in Ordnung, alles in Ordnung. Das klingt nicht überzeugend. Seine Mutter und seine Schwester sind drüben am anderen Donau-Ufer in Sicherheit. Slobodan sieht so aus, als wäre er auch lieber drüben.

Borovo Selo an der Donau-Grenze zwischen der kroatischen Region Slawonien und der serbischen Vojvodina ist der schwerstumkämpfte in einer Kette von serbischen Brückenköpfen auf kroatischem Terrain. Von den 9000 Einwohnern der Exklave sind drei Viertel evakuiert. Nur die Männer im wehrfähigen Alter sind geblieben, um die Heimat gegen den kroatischen Faschismus zu verteidigen, wie das hier heißt.

Verteidigung ist ein ziemlich euphemistischer Hilfsbegriff für die Schlächterei, mit der die Serben hier am 2. Mai den Bürgerkrieg gegen die Kroaten eröffneten. Nach Angaben der Regierung in Belgrad starben dabei in Borovo Selo zwölf kroatische Polizisten.

Lächerlich, sagt Vojo Nikić, Mitglied der provisorischen Stadtverwaltung von Borovo Selo. „Ich war dabei. Ich habe 119 Tote gezählt. 107 davon waren albanische Söldner. Und das will die Tudjman-Bande in Zagreb geheimhalten.“ In den Kornfeldern ringsum hätten weitere Leichen gelegen. Die seien aber nicht gezählt worden. Verbürgt ist nur, daß die Leichen fast alle verstümmelt waren. Einige hatten leere Augenhöhlen, einige durchschnittene Kehlen.

Der Mechanismus der Zwangsläufigkeiten, der die vier Millionen Kroaten und die 600 000 Serben in Kroatien immer tiefer in den Bürgerkrieg zieht, hat hier zu ticken begonnen. Borovo Selo ist eines der Epizentren des serbokroatischen Bebens.

Es begann damit, daß ein paar junge Leute die verhaßte Kroatenfahne mit dem Schachbrettmuster vom Rathaus holten und statt dessen das Serbenbanner hißten. Die kroatischen Rathaus-Beamten versuchten, den Flaggenwechsel rückgängig zu machen. Aber die Serben waren in der Übermacht. Sie sperrten die Beamten einfach in ihren Dienstzimmern ein.

Am Tag nach dem Flaggenstreit rückten aus Vukovar zwei Autobusse voll kroatischer Miliz zur Entsatzoperation an. Sie fuhren in eine mörderische Falle. Die Milizionäre wußten nicht, daß der ganze Ort voll Waffen war.

Vojo Nikić sagt, sie hätten sich am Ortseingang eingegraben, um die Kroaten zu überraschen. Das sei ihnen auch gelungen. Es sei aber ein fairer Kampf gewesen. Verwunderlich ist nur, daß der Kampf auf serbischer Seite kein einziges Opfer gefordert hat, mal abgesehen von einem Zeitungsverkäufer, der, weitab vom Schuß, von einem Querschläger getroffen wurde.



Serben-Funktionär Nikić
„Man kann dabei leicht verrückt werden“



Serbische Nationalisten in Borovo Selo: „Der Haß war immer da"

Die zwei Busse stehen jetzt mit platten Reifen am Flußufer, etwa 200 Meter von der Fähranlegestelle im seichten Brackwasser. Die Scheiben sind durchlöchert. Aber sie sind nicht zersiebt, wie es in den ersten Berichten hieß. Wenn die Busse in einen Feuersturm geraten wären, wie Vojo Nikić behauptet, dann wäre von den Scheiben wohl kaum was übriggeblieben.

Merkwürdig auch, daß fast das ganze Interieur herausgerissen ist, so, als habe man Spuren beseitigen wollen. Das spricht für die These, daß die Milizionäre zum Teil in ihren Sitzen mit MP-Garben oder mit gezielten Kopfschüssen liquidiert wurden. Erst ganz zum Schluß ging eine Armee-Einheit dazwischen. Vojo Nikić sagt: „Wenn die Soldaten ihnen nicht geholfen hätten, wäre keiner lebend davongekommen."

Sie hätten auch einige Freiwillige vom anderen Ufer in ihren Reihen, sagt Nikić. Aber er bestreitet ganz entschieden, daß in Borovo Selo Tschetniks mitkämpfen, jene paramilitärischen Brachialpatrioten unter dem Kommando des Belgrader Soziologen Vojislav Šešelj, der die Lösung der Kroatenfrage nach Herrenmenschenart betreibt (SPIEGEL 32/1991). Die Herkunft der Plakate mit den Durchhaltetiraden und den Šešelj-Fotos, die überall an den Wänden kleben, kann sich Nikić auch nicht erklären.

Borovo Selo ist eine schöne, kleine, ordentliche Stadt: sauber getünchte Häuser, baumbestandene Gassen, ringsum sattgelb wogende Kornfelder. Auf dem Fußballplatz mitten im Ort tummeln sich prachtvolle fette Mastsäue im dampfenden Modder.

Unten an der Donau sitzen angelnde Männer unter Pappeln und trinken Bier. Dazwischen laufen aufgeregt Enten und Hühner durcheinander. Oberhalb einer Landzunge liegen zwei Patrouillenflußboote der jugoslawischen Kriegsmarine. Sie sollen eingreifen, wenn die Lage außer Kontrolle zu geraten droht. Bisher gab es aber für sie keinen Grund zum Eingreifen. Als außer Kontrolle gilt die Lage immer nur dann, wenn es den Serben an den Kragen geht.

Sofern nicht geschossen wird, tuckert vier-, fünfmal täglich eine knorrige Motorfähre zwischen Borovo Selo und Vajska am vojvodinischen Ufer hin und her. Sie bringt Waffen, Munition und Bedarfsartikel aus der Vojvodina. Auf dem Rückweg nimmt sie Kornsäkke für den Silo in Vajska mit. Die Verteidiger lagern ihr Getreide am serbischen Flußufer, damit es nicht in falsche Hände fällt, wenn die Kroaten kommen.

Die Kroaten haben Borovo Selo Strom, Wasser und Telefonverbindungen gekappt. Aber solange die Fähre in Betrieb bleibt, läßt sich der Belagerungszustand aushalten. Die meisten der anderen fünf Dutzend Orte in der serbischen Diaspora Ostkroatiens sind viel schlechter dran.

Die kroatische Miliz hat sich auf dem Werksgelände der Reifen- und Schuhfabrik in Borovo Naselje verschanzt. An einigen Stellen liegen sich serbische und kroatische Scharfschützen auf einer Distanz von 50 Metern gegenüber.

Früher hatten neun von zehn Werktätigen aus Borovo Selo ihren Arbeitsplatz in Borovo Naselje. Jetzt ruht die Produktion. Das Volkseinkommen geht hier langsam gegen null. Die Stadt lebt nur noch von den Almosen, die die serbischen Genossen über den Fluß schikken. Soviel ist jetzt schon sicher: Die wirtschaftliche Katastrophe läßt sich hier nicht mehr abwenden.

Geschossen wird meistens bei Dunkelheit. In der Nacht zum Dienstag vergangener Woche haben sie hier 45 Granatabschüsse gezählt. Die meisten Schüsse gingen ins Leere. Man merkt, daß die kroatischen Milizen nicht viel Übung im Umgang mit schweren Waffen haben.

Die Kämpfe haben auf der Straße, die den Ort geradlinig durchschneidet, trotzdem deutliche Spuren hinterlassen. Am schwersten beschädigt sind die „San Marino Bar" und das Rathaus. In der Wohnung über der Bar hatte sich in den ersten Mai-Tagen eine Gruppe Kroaten verschanzt. „Sie sind tot", sagt Vojo Nikić. Angeblich von eigenen Landsleuten aus Versehen erschossen.

Im Rathaus und in einem Schuppen auf dem Rathausgelände sind gefangene Kroaten und Moslems untergebracht. Sie sollen bei Gelegenheit gegen gefangene Serben ausgetauscht werden. Auf der Treppe vor dem Rathaus sitzt eine Gruppe von muskulösen jungen Männern in durchgeschwitzten Unterhemden. An der Wand lehnt eine Maschinenpistole und ein Jagdgewehr.

Von innen hört man Geschrei. Ein Mann um die 50 erscheint in der Tür. Er ruft: „Mein Junge, mein Sohn!" Dabei haut er mit der Faust gegen den Türrahmen. Nikić ist das peinlich. Er sagt: „Diese Leute stehen unter einer großen Nervenbelastung. Man kann dabei leicht verrückt werden."

Aber der randalierende Mann ist nicht verrückt. Er will seinen Sohn sehen, der offenbar drinnen festgehalten wird. Einer der Wächter versucht, ihm in den Leib zu treten. Doch der Mann rennt fort und wirft sich in sein Auto, das gleich vor der Tür geparkt ist. Man kann sehen, daß er weint. Der Posten brüllt ihm einen Fluch nach und setzt sich dann wieder auf die Treppe.

Woher kommt plötzlich all der Haß? Die Serben und Kroaten haben doch fast ein halbes Jahrhundert friedlich zusammengelebt.

„Der Haß war immer da", sagt Stjepan Kovacs, Ökonomiestudent aus Osijek nahe der ungarischen Grenze. Und: „Die Kommunisten haben die Meinungsfreiheit unterdrückt, dafür haben wir sie gehaßt. Aber sie haben auch den wahnsinnigen Nationalismus unterdrückt. Dafür hätten wir ihnen dankbar

sein sollen." Stjepan Kovacs ist gebürtiger Ungar. Sein Vater wurde 1956 beim Budapester Aufstand verhaftet und starb später im Gefängnis. Stjepan hätte nie gedacht, daß er mal Anlaß haben würde, was Gutes über die Kommunisten zu sagen.

Haß fördert Angst, und Angst fördert Haß. Die Leute in Borovo Selo erzählen sich aberwitzige Geschichten von zwangskastrierten Männern, vergewaltigten Frauen und von abgeschnittenen Babyköpfen. Und gegen Barbareien helfen natürlich nur Barbareien.

„Sie werden uns alle töten", sagt der Rentner Dušan Pećar. „Sie sind noch grausamer als die Deutschen im Weltkrieg." Dušan Pećar und seine Frau Jovanka sind beide 66 Jahre alt. Sie haben Anfang der vierziger Jahre die deutsche Besatzungszeit und den Amoklauf der von den Nazis alimentierten kroatischen Ustascha erlebt, der Hunderttausende von Serben zum Opfer fielen. Sie glauben fest daran, daß man die Kroaten töten muß, damit sie keine Serben mehr töten können.



Kurdische Krieger im Irak: „Wir müssen kämpfen"



Kurden

Tod am Fluß

Die türkische Armee bombardierte Kurden-Dörfer im Irak. SPIEGEL-Redakteur Dieter Bednarz war Zeuge eines Angriffs.

Die Katastrophe brach über die 14 Familien des kleinen irakischen Dörfchens Cherasok, das zwischen felsigen Schluchten in einem abseitigen Winkel des weiten Kurdistan liegt, am frühen Mittwochmorgen herein.

Zwei junge Frauen traf der Tod am Fluß. Sie wollten gerade das Geschirr waschen. Drei Männer und ein Kind starben beim Frühstück vor ihren Hütten. Einen Bauern erwischte es an seinem Trecker. Die graue Pluderhose und das karierte Hemd sind von Splittern zerfetzt.

Tote Maulesel liegen auf dem Dorfplatz, Kuhkadaver versperren den Zugang zur Wasserstelle für das Vieh. Ein Kalb treibt leblos in dem von Asche geschwärzten Fluß. Hühner laufen aufgeschreckt durch die schwelenden Trümmer.

Von den Hütten ist nicht eine einzige unversehrt geblieben. Die Unterkünfte am Ufer, an dem kein Strauch mehr wächst, sind bis auf die Stümpfe ihrer Eckpfosten abgebrannt. Wellblechdächer liegen, wie von einem gewaltigen Windstoß weggeblasen, über das ganze Dorf verstreut. Der Boden ist übersät mit Hausrat. Kleidungsstücke hängen in den angekokelten Bäumen. Eine rote Mädchensandale schwimmt neben blauen Plastikstiefelchen in einer Pfütze.

Das sollen die Überreste eines Terroristenlagers sein?

Die türkische Luftwaffe jedenfalls hat die Siedlung an dem Flüßchen Cherasok, das an dieser Stelle in etwa den Verlauf der grünen Grenze zum Irak markiert, so wuchtig angegriffen, als gelte es, eine schwerbewaffnete Festung zu zerschlagen. Zuerst, berichten Dorfbewohner, die den Angriff überlebt haben, seien kurz nach acht Uhr zwei Jagdflugzeuge über den Bergen aufgetaucht, dann seien zwei Bomber hinterhergestoßen.

An Bord hatten sie einen Waffentyp, der zu den perfidesten Munitionsvarianten überhaupt gehört: große Splitterbomben. Wenn die Sprengsätze ihr Ziel treffen, verschleudern sie Zigtausende von scharfen Metallspänen.

Drei dieser Bomben warfen die türkischen Flieger auf Cherasok ab. Zwei trafen das Dorf punktgenau, sie töteten sechs Männer und sechs Frauen. Neun Menschen waren auf der Stelle tot, für drei Schwerverletzte kamen die Ärzte aus dem Hospital von Sadik zu spät. Da das Dorf nur über eine schlechte Schotterpiste zu erreichen ist, trafen die beiden Notarztwagen in Cherasok erst gegen Mittag ein.

Weitere 13 Dorfbewohner sind schwer verletzt, darunter 2 schwangere Frauen. Das jüngste Opfer ist 5 Jahre alt, das älteste über 70. Daß es nicht noch mehr Tote und Verletzte gab, ist einem technischen Versagen zu danken. Die dritte Bombe ist ein Blindgänger, wie eine mannsgroße Zigarre steckt sie im weichen Uferschlamm.

Der Luftangriff, so läßt die Regierung in Ankara hinterher verlautbaren, habe einem Stützpunkt der militanten Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gegolten, die seit 1984 den türkischen Staat mit Terroraktionen herausfordert.

Im Gegensatz zu den irakischen Kurdenführern Massud el-Barsani oder Dschalal Talabani will der PKK-Führer Abdullah Öcalan sich nicht mit einer begrenzten Autonomie zufriedengeben. Der „Apo" (Onkel) genannte Parteiführer, der seine Aktionen von der syrischen Hauptstadt Damaskus aus steuert, will mit aller Gewalt einen sozialistischen Kurdenstaat errichten, dem auch die Brüder und Schwestern in den Nachbarländern Syrien, Irak, Iran und Sowjetunion angehören sollen.

Zwar ist unbestritten, daß sich PKK-Kämpfer nach ihren Aktionen in der Türkei vor ihren Häschern in die unzugängliche Grenzregion zum Irak zurückziehen. Schon vor Jahren vereinbarten der Nato-Staat Türkei und der Diktator in Bagdad deshalb ein Verfolgungsrecht: Ihre Streitkräfte dürfen die Grenze des anderen Staats einige Kilometer weit überschreiten, um ihren Feinden nachzusetzen: Ankara den türkischen PKK-Aktivisten, Bagdad rebellierenden irakischen Kurden.

Doch Belege, daß ausgerechnet Cherasok ein PKK-Unterschlupf gewesen sein soll, sind nicht zu entdecken. Gewiß, das Dörfchen wäre ein idealer Ausgangspunkt für Stoßtrupps, denn die Grenze zur Türkei ist ganz nahe. Auch lassen tarnfarbene Holzkisten erahnen, daß in ihnen Waffen und Munition gelagert wurden.

Nur, welches Dorf im Nordirak, wo sich die Peschmerga, die kurdischen Krieger, in den letzten Monaten von Saddam Hussein ein Stück Autonomie erkämpft haben, strotzt nicht vor Waffen? Ein Kalaschnikow-Gewehr und eine Beretta-Pistole gehören zur Ausgehkluft auch der jüngsten Peschmerga.

Daß Cherasok ein Peschmerga-Dorf war, das gibt Sijad el-Barsani, 29, einer der jüngeren Brüder des Kurdenchefs Massud, sogar stolz zu. Als einer der ersten ist er aus dem nahe gelegenen Barsani-Quartier Sardau herbeigeeilt, um die „Schweinerei" der Türken in Augenschein zu nehmen. Die Anteilnahme Barsanis hat nicht allein damit zu tun, daß Cherasok in der sogenannten Barsani-Region liegt, wo der mächtige Familienclan das Sagen hat. Der Dorfälteste, der dem Türkenangriff entkommen konnte, ist zudem ein alter Weggefährte seines verstorbenen Vaters, des legendären Mustafa el-Barsani.

In der Geschichte des Dorfes, das trotz seiner gut bestellten Felder sowie der Gemüse- und Sonnenblumenanpflanzungen immer nur ein Dasein in Armut geführt hat, ist das türkische Bombardement nicht der erste Vernichtungsversuch. Schon 1975 hatte Saddam die kurdischen Einwohner in die Flucht getrieben oder in lagerähnliche Neuansiedlungen im Süden des Landes umquartiert. Wer dennoch wiederkam, verlor 1988 ein weiteres Mal Haus und Hof. In einer großen Vernichtungsaktion gegen Kurdendörfer, bei der Saddam auch Giftgas einsetzte, wurde Cherasok völlig zerstört.

Und nun sollen die im März erneut zurückgekehrten Einwohner durch eine Zusammenarbeit mit der PKK der türkischen Regierung den Vorwand zur dritten Zerstörung ihrer Siedlung gegeben haben? Der Barsani-Gefolgsmann Hoschjar Sebari stellt die Frage anklagend. Mit der „extremen Gewalt" der PKK, beteuert er, hätten Barsanis Anhänger „nichts zu tun".

Dennoch fürchten Kurden, die aus den Nachbardörfern herbeigeeilt sind, daß „uns nun die Türken töten", daß ihre Rettung vor der irakischen Gefahr durch die alliierte Expedition ihr Leiden nicht beendet hat. „Wir müssen kämpfen", fordern einige und wollen am liebsten gleich in die Schlacht ziehen.

Während in Cherasok alte Männer die Toten im Fluß waschen, Witwen und Waisen an den in weiße Leinentücher geschnürten Leichnamen wehklagen, künden dunkle Rauchwolken über den Bergen von vergleichbarem Unheil. Nur ein paar Flußbiegungen entfernt haben türkische Bomber auch das Dorf Kowna Gund verheert.

Flüchtlinge

Gefährlicher Sommer

Eine Welle albanischer Flüchtlinge erschreckt die Italiener in ihrem Ferienmonat – Menetekel auch für andere Staaten Europas?

Ein fetter schwarzer Pfeil zeigt, wo die „Vlora", nach ihrer Irrfahrt von Hafen zu Hafen, an der apulischen Küste ihre 10 000 elenden Passagiere in Bari an Land warf. In Brindisi, nächster Pfeil in der Zeitungsgrafik, lief der Kutter „Kallmi" mit 300 Flüchtlingen an Bord ein. Vier Pfeile schließen die Stadt Otranto ein, um die Ankunft von vier Schiffen mit über 2000 Albanern an Bord zu markieren.

Italien in Bedrängnis. Zum zweiten Mal seit dem Frühjahr ist das Land von einer Flüchtlingswelle aus Albanien überrascht worden. Und das geschah just in den Tagen vor Ferragosto, dem geheiligten Ferientag Italiens.

In dieser Zeit wünscht sich die Nation nichts anderes, als in wohliger Trägheit an Stränden und auf Bergwiesen zu ruhen. Doch Italien gleicht derzeit einem belagerten Land.

Apokalyptische Szenen erschrecken abends via TV die speisenden Familien an ihren wohlgedeckten Tischen: albanische Frauen, die ihre apathischen Babys vor die Kameras halten und um Wasser flehen; 10 000 Elende im ausgedienten Stadion della Vittoria zu Bari, die von kaum mehr als hundert Carabinieri mühsam in Schach gehalten werden wie wilde Tiere; oder die Treibjagd auf flüchtige Albaner in den Straßen der apulischen Hauptstadt.

In den chaotischen Märztagen der ersten albanischen Flüchtlingswelle wurde die Inkompetenz der staatlichen Stellen Italiens angeklagt, die in der Tat konfus und hilflos reagiert hatten. Die Bevölkerung Apuliens übernahm es damals, die Ankömmlinge zu nähren und zu kleiden und vielen eine vorläufige Unterkunft zu geben.

Doch inzwischen hat sich die Stimmung auch unter hilfsbereiten Italienern geändert. An die 20 000 Albaner sind aufgenommen, die Mehrzahl ist auf verschiedene Flüchtlingslager im ganzen Land verteilt worden. Jetzt erhöhen die meisten von ihnen die Zahl der Arbeitslosen. Es hat häßliche Zu-



Geflüchtete Albaner auf dem Weg ins Krankenhaus von Bari: Danteskes Inferno

sammenstöße zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Albanern gegeben.

Selbst die *Unità*, Parteizeitung der früheren Kommunisten, die sich heute Linksdemokraten nennen, zeigt daher Verständnis für die „verschlossenen Türen" italienischer Mitbürger, die heute Hilfe verweigern, die sie noch im Frühjahr „großzügig gewährten".

Offenkundig ist auch das Dilemma der Regierungspolitik geworden. Italien hat seit dem Frühjahr mehrere Abkommen mit den Herrschern von Tirana geschlossen, die dem ausgepowerten Land materielle Hilfe zusichern – im Austausch für einen Stopp des Flüchtlingsstroms.

Aber ein sich auflösendes Regime, das seine Bevölkerung kaum ernähren kann, ist schwerlich in der Lage, den Ausbruch der Hungrigen aufzuhalten. Und wie Italien mag es ähnlich bald auch anderen westeuropäischen Ländern ergehen. Keines von ihnen hat bisher eine Formel für das „Übel des Jahrhunderts" *(l'Unità)* gefunden und vorgemacht, wie dem Exodus aus armen Ländern sinnvoll begegnet werden könnte.



Flüchtlinge beim Entern des Frachters „Vlora"
„Übel des Jahrhunderts"

Nirgendwo anders kam es bislang zum „drohenden Einzelkampf Mann gegen Mann" (Innenminister Scotti) – zwischen rebellierenden Flüchtlingen und den Kräften der Polizei –, so wie es Ende vergangener Woche im „Stadion-Lager von Bari" *(la Repubblica)* geschah.

Mit Eisenstangen, die sie aus den Geländern gebrochen hatten, und Wurfgeschossen, die ihnen der bröckelnde Beton des Stadions lieferte, setzten sich die Verzweifelten in Bari gegen Polizisten zur Wehr, die sie am Ausbruch hindern wollten. In ihrer hilflosen Wut warfen die Internierten sogar den Ambulanzen Steine hinterher, die mit ununterbrochenem Sirenengeheul Hunderte von Verletzten abtransportieren. Sie wehrten sich gegen die drohende Abschiebung.

Beißender Gestank nach Urin und Schweiß. Eine brüllende Hitze. Handgemenge um die wenigen Zentimeter Schatten, Prügeleien um die Happen Brot, die gegen Abend aus Transportern unter die Menge geworfen wurden – ein Danteskes Inferno aus dem dunkelsten Mittelalter war über das schmucke Bari, den Stolz Apuliens, hereingebrochen.

Ein Mechaniker aus Tirana, den Tränen nahe, wollte nicht glauben, daß er wirklich zurückgeschickt werden sollte. Er hatte die höllische Italien-Reise schon einmal gemacht, im Frühjahr. Freiwillig ließ er sich damals zurücktransportieren, um seine Familie nachzuholen. Wie die anderen seiner Kumpane fiel er einem grausamen Irrtum zum Opfer: „Unsere Landsleute haben uns angerufen und gesagt, Italien schickt niemanden zurück."

Auch die wenig ermunternden Fernsehbilder aus den trostlosen Zeltstädten, in denen viele der im Frühjahr gekommenen Flüchtlinge jetzt hausen, transportierten in Tirana und Durres eine ganz andere Botschaft: Die haben zu essen. Die werden versorgt.

Dabei hatte die italienische Regierung einen klaren Termin gesetzt, den 31. Juli. Danach dürfe nur noch bleiben, wer eine Arbeit nachweisen könne. Die Albaner sollten genauso behandelt werden wie alle anderen Einwanderer, die zu Hunderttausenden die offenen Grenzen Italiens überrollen.

Das Datum hatte sich offenbar in den Köpfen derjenigen, die in Albanien geblieben waren, festgebrannt. Ihr Darben hatte das Ultimatum in eine Einladung verwandelt.

Seit Tagen wußten Albaner der ersten Woge, die inzwischen in Apulien leben, was sich in ihrer Heimat zusammenbraute. „Mein Vater hat mich angerufen", berichtet ein albanischer Pizzabäcker aus Bari, „er hat erzählt, daß mindestens 50 000 Menschen den Hafen von Durres belagern."

Warum sie gekommen sind, bringen in einem Krankenhaus der apulischen Hauptstadt zwei ausgemergelte Kinder auf den Punkt: „Bei uns nur Brot und Wasser", sagt ein Zehnjähriger. „Kein Obst", sagt sein Freund und hält stolz eine pralle Birne ins Blickfeld der Kamera, als hätte er sie im Paradies erobert.

Doch das Paradies will sie diesmal alle wieder ausspeien. Eine Armada von Fähren, Truppentransportern, Flugzeugen sammelte sich am Freitag in apulischen Häfen. Sie schaffen die Flüchtlinge in ihre Heimat zurück.

Manche von jenen, die im Frühjahr angelandet waren, hatten immerhin 300 000 Lire (410 Mark) Rückkehrprämie in der Tasche – westliches Geld, das ihnen in der Wirtschaftsmisere Albaniens kaum weiterhelfen wird.

Geiseln

Fleck muß weg

Die Freilassung des Briten McCarthy soll eine Serie von Geisel-Deals einleiten.

In der Kirche zur Heiligen Braut in der Londoner Fleet Street brannten an 1943 aufeinanderfolgenden Tagen Kerzen. Vor dem Foto eines jungen Mannes erinnerte ihr Lichtschein an einen Verschollenen: den Fernsehjournalisten John McCarthy, den Menschen-

räuber vor über fünf Jahren im Libanon entführt hatten.

Am vergangenen Donnerstag verkündete Glockengeläut eine frohe Botschaft. Die radikale Schiiten-Organisation Islamischer Dschihad hatte den inzwischen 34 Jahre alten Briten in Beirut auf freien Fuß gesetzt. McCarthy trug einen Brief seiner Entführer an Uno-Generalsekretär Javier Pérez de Cuéllar bei sich – einen Plan über die Modalitäten für die Entlassung der verbliebenen westlichen Geiseln im Libanon.

Der Uno-Chef schien über die Hintergründe der Geisel-Heimkehr bestens informiert zu sein. Sein Sonderbeauftragter Giandomenico Picco hatte auf einer Mission nach Damaskus McCarthys Freilassung mit inszeniert. Doch bis Freitag nacht hatten sich Pérez de Cuéllars Hoffnungen auf das Freikommen weiterer Geiseln nicht erfüllt.

Im Gegenteil. Aus Protest gegen den McCarthy-Deal kidnappte eine „Organisation für die Verteidigung der Rechte der Gefangenen“ in Beirut den Franzosen Jérôme Leraud, 26. Die Entführer drohten den Mitarbeiter der Hilfsorganisation „Ärzte der Welt“, der angeblich für den Geheimdienst arbeite, umzubringen, falls der Islamische Dschihad weitere Geiseln freigebe.

Nach dem Kampf gegen den teuflischen Westen nun arabische Zwietracht. Erschöpft von den ständig neuen Meldungen von der Geisel-Front stöhnte US-Präsident Bush: „Das Spiel geht weiter.“

Es ist ein neues Spiel. Und Insider sehen McCarthys Heimkehr – allen Rückschlägen zum Trotz – als Auftakt zu einer Serie von Geisel-Deals. „Die Frage ist nicht mehr, ob die Geiseln freigelassen werden“, weiß der syrische Geheimdienstchef im Libanon, Ghasi Kinaan, „sondern wann sie freigelassen werden.“ Denn seit dem Golfkrieg sind die politischen Karten im Nahen Osten neu gemischt worden.

Die „Operation Wüstensturm“ gegen Saddam Hussein machte die einst geschmähten Syrer zu Waffenbrüdern der Amerikaner. Die Iraner kämpften zwar nicht mit an der Anti-Saddam-Front. Doch statt ihre Revolution in die umliegende Region zu exportieren, wollen sie heute lieber westliche Hilfe für den Aufbau ihrer Wirtschaft. Da erweisen sich die früher als Tauschobjekte geschätzten Geiseln dann eher als Bürde.

Die Iraner wie auch die Syrer möchten die Geiselfrage möglichst vor Beginn der für Oktober geplanten Nahost-Friedenskonferenz gelöst haben. Deshalb beteiligten sie sich in Genf an Kontakten mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), die auch Israel und die Vereinigten Staaten wahrnahmen.

IKRK- und Uno-Experten diskutierten eine Paket-Lösung: Israel soll seine mehr als 300 gefangenen schiitischen Libanesen freilassen, allen voran den gekidnappten Scheich Ubeid; die Araber informieren dafür die Israelis über das Schicksal von sieben vermißten israelischen Soldaten und übergeben ihnen Lebende und Tote; alle westlichen Geiseln werden nach Hause geschickt; die USA sollen die eingefrorenen Guthaben der Iraner freigeben.

Schwer war es, einen solchen Handel in Gang zu bringen. US-Außenminister Baker diskutierte die Geiselfrage mit Syriens Staatschef Assad; Irans Außenminister Welajati sprach darüber mit der britischen Regierung und erfuhr, wie sehr die Geiseln die Beziehungen mit London belasten: Die Briten wollen Teheran erst dann Exportgarantien gewähren, wenn alle im Libanon entführten Staatsbürger heimgekehrt sind.

Die Iraner gelten als Hauptverantwortliche für die Libanon-Geiseln, weil sie unter Chomeini die „Hisb Allah“ aufgebaut hatten. Diese „Gottespartei“, so der syrische Geheimdienstmann Kinaan, „war der Joker, mit dem Teheran die Amerikaner, Israel und den gesamten Westen in Schach hielt“.

Nach Chomeinis Tod stritten ein radikaler Flügel unter dem Innenminister Mohtaschemi und Gemäßigte unter Haschemi Rafsandschani um die Vorherrschaft im Iran. Rafsandschani gewann die Oberhand. Seine vorsichtige Öffnung nach Westen wird von seinen Gegnern als „Verrat an der Revolution des Imam Chomeini“ verdammt. Anders als seine radikalen Widersacher ist Rafsandschani gegen Entführungen. Er besprach mit Syriens Präsident Assad die Notwendigkeit, die libanesische Hisb Allah von einer Kampforganisation in eine politische Kraft umzuformen.

Bei einer Geheimkonferenz der Hisb Allah in Baalbek wurde dann der als Mohtaschemis rechte Hand im Libanon geltende Generalsekretär Tufeili durch den Rafsandschani-Gefolgsmann Abbas el-Mussawi ersetzt. Der verkündete gleich eine neue Linie: „Die Geiselnahme Unschuldiger, der Schandfleck des Islam, muß entfernt werden.“

Den Syrern ist diese Politik nur recht. Seit sie, als Lohn für ihre Teilnahme an der Anti-Saddam-Allianz, freie Hand im Libanon haben, sind sie dort auch für Ruhe und Stabilität zuständig. Ihr Geheimdienstler Kinaan: „Wir wissen genau, wer in welchem Haus wohnt.“



Freigelassener Brite McCarthy
Heimkehr nach fünf Jahren

Auf Vorhaltungen, warum die Syrer dann nicht die Verstecke der Entführten stürmen, entgegnet Präsident Assad nicht gerade überzeugend: „Mit Gewalt kann man keine Geiseln befreien.“

Tatsächlich aber wird für die Entführer-Gruppen im Libanon der Manövrierraum immer enger, seit die Syrer und die von ihnen kontrollierte libanesische Armee fast alle Milizen entwaffnet haben. Die Geiselnehmer müssen selbst handeln, wollen sie für ihre Opfer noch etwas herausschlagen.

Der Aufruf des Islamischen Dschihad zur Freilassung von McCarthy klang jedenfalls weniger martialisch als frühere Erklärungen: „Das Geisel-Problem“, so die berüchtigten Kidnapper, „ist kompliziert geworden. Es hat seit vielen Jahren Haushalte und Entscheidungszentren rund um die Welt belastet.“ ◄

Gekidnappter Franzose Leyraud
„Das Spiel geht weiter“

„Der Weg führt zur Schlachtbank“

SPIEGEL-Interview mit Wohnungsbauminister Ariel Scharon über Israel und den Nahost-Friedensprozeß

Scharon, 63, umjubelter Kriegsheld und einer der umstrittensten Politiker Israels, ist im Kabinett Schamir der radikalste Gegner der amerikanischen Friedensinitiative.

SPIEGEL: Herr Scharon, Ihre Regierung will mit den arabischen Nachbarn über Frieden verhandeln – gegen Ihren erbitterten Widerstand. Was hält Sie eigentlich noch in dieser Regierung?

SCHARON: Ich bin weder gegen Frieden noch gegen eine Friedenskonferenz. Ich bin nur gegen die Art und Weise, wie diese Konferenz zustande kommen soll. Ich werde für die Anliegen, die mir wichtig sind, kämpfen, schließlich geht es für Israel um Leben oder Tod.



Wohnungsbauminister Scharon: „Ich klebe nicht an meinem Sessel“

SPIEGEL: Also bleiben Sie als Minister im Kabinett Schamir, obwohl Sie sich so deutlich distanzieren?

SCHARON: Über Ort, Zeit und Verfahren meines Handelns werde ich selber bestimmen.

SPIEGEL: Voriges Jahr haben Sie für kurze Zeit die Regierung verlassen, weil Sie mit dem Kurs Ihres Ministerpräsidenten nicht übereinstimmten. Ist es jetzt wieder soweit?

SCHARON: Ich klebe nicht an meinem Sessel. Aber im Moment ist es besser, innerhalb der Regierung für das Schicksal meines Landes zu kämpfen als von außen.

SPIEGEL: Was befürchten Sie eigentlich von der für Oktober geplanten Friedenskonferenz? Premier Jizchak Schamir hat doch unmißverständlich erklärt, daß er „keinen Zentimeter israelischen Bodens“ aufgeben werde.

SCHARON: Was mich stört: Die einzigen, die Vorbedingungen stellten, waren die Araber, und sie wurden ihnen sogar erfüllt. Wir wollten keine internationale Konferenz, keine Beteiligung der Vereinten Nationen, jetzt aber ist ein Uno-Beobachter dabei. Wir hatten gefordert, daß der Intifada-Terror aufhören muß, aber er geht unvermindert weiter. Wir waren gegen die EG als Konferenzteilnehmer, jetzt sind auch sie dabei. Wir wollten ein einmaliges Treffen, nun wird es möglicherweise mehrere geben . . .

SPIEGEL: . . . aber doch nur, wenn Israel vorher zustimmt.

SCHARON: Es ist doch so, daß wir – ohne unter Druck geraten zu sein – bereits aufgegeben haben, und das ohne Gegenleistung der anderen Seite.

SPIEGEL: Ganz so ist das nicht: Immerhin konnte Premier Schamir durchsetzen, daß keine Palästinenser aus Ost-Jerusalem an der Konferenz teilnehmen werden.

SCHARON: Das ist auch das einzige, was wir erreicht haben. Doch selbst da, fürchte ich, wird Israel umfallen.

SPIEGEL: Ihr Chef Schamir scheint mit dem Erreichten ganz zufrieden zu sein. Ist die israelische Regierung wirklich so schwach, wie Sie es uns darstellen?

SCHARON: Israel ist stark.

SPIEGEL: Und die Regierung?

SCHARON: Ich wiederhole: Israel ist stark, gerade deshalb sollte es auch seinen Willen durchsetzen können. Ich schlage schon seit Jahren vor, daß wir mit unseren Nachbarn statt über Formalitäten erst einmal über die Dinge reden sollten, die für uns am wichtigsten sind.

SPIEGEL: Zum Beispiel?

SCHARON: Zum Beispiel über Jerusalem. Es muß den Arabern klar werden, daß das geeinte Jerusalem für immer und ewig die Hauptstadt Israels bleiben wird. Darüber werden wir nicht verhandeln – selbst wenn dadurch der Friedensprozeß ein bißchen verzögert wird.

SPIEGEL: Damit wäre die Konferenz doch von vornherein zum Scheitern verurteilt.

SCHARON: Ich will den Frieden mit den Arabern und weiß, daß wir ihn erreichen können, auch wenn es sehr kompliziert ist. Aber man sollte der Gegenseite keine falschen Hoffnungen machen. Dies führt unweigerlich zu Enttäuschungen und neuem Blutvergießen.

SPIEGEL: Mit Ihrer pessimistischen Einschätzung stehen Sie selbst innerhalb Ihres regierenden Likud-Blocks ziemlich allein. Sind Sie ein General ohne Soldaten?

SCHARON: Ich bin optimistisch, ich fühle mich weder allein noch isoliert. Ich weiß, daß es in dieser Nation viele, viele Menschen gibt, die meine Sorgen und Ängste teilen. Sie sind meine natürlichen Verbündeten.

SPIEGEL: Aber im Ausland, vor allem in den Vereinigten Staaten, stößt Ihre Haltung auf wachsende Ablehnung. In Washington gelten Sie sogar als Haupthindernis für den Frieden.

SCHARON: Wir sind hier im Nahen Osten eine kleine, mutige Nation, umgeben von Haß und Gewalt. Bei allem Respekt für die amerikanische Führung – und ich betrachte mich als Freund der USA –, wir leben hier, und sie leben in

das Existenzrecht Israels. Nächstes Beispiel: Irak. Als Israel 1981 die Atomreaktoren bei Bagdad zerstörte, haben uns die USA verurteilt . . .

SPIEGEL: . . . nicht nur die USA . . .

SCHARON: . . . richtig, es war die ganze Welt. Dabei hatten wir damals nur den Atommeiler angegriffen, mit geringen Verlusten für die Bevölkerung. Als die Amerikaner Panama bombardierten, um ihren langjährigen Bundesgenossen General Noriega zu fassen, kamen Tausende unschuldiger Zivilisten ums Leben. Wer hat sich damals beschwert? Schließlich Libanon: 1982 zwangen uns die USA zum Abzug und schickten ihre Marines nach Beirut. Nach dem furchtbaren Terroranschlag, bei dem 251 US-Soldaten starben, zog Washington seine Truppen wieder ab und hinterließ dem Land einen grausamen Bürgerkrieg. Und 1990 gaben die USA den Libanon als Geschenk an Syrien für dessen Parteinahme im Golfkrieg.

SPIEGEL: Hat Amerika aus diesen Debakeln nichts gelernt?

SCHARON: Genau die gleichen Fehler, welche die USA mit Noriega gemacht hatten, wiederholten sie jetzt mit Saddam Hussein. Washington hat den iraki-



Israelische Siedlung im Westjordanland: „Strategisch wichtige Vorposten"

Washington. Wenn der Administration dort in ihrer Einschätzung von Israel und dem Nahen Osten immer wieder gravierende Fehler unterlaufen, dann ist es unser Recht und unsere Pflicht, die Freunde darauf aufmerksam zu machen, zumal wenn diese Fehler für Israels Existenz bedrohlich werden könnten.

SPIEGEL: Nennen Sie uns bitte die gröbsten Schnitzer der US-Administrationen.

SCHARON: Fangen wir bei Gamal Abd el-Nasser an. Die CIA versuchte die Freundschaft des ägyptischen Staatspräsidenten mit Geld zu erkaufen und erreichte das Gegenteil: Nasser öffnete den Sowjets das Tor zum Nahen Osten. 1956, als Großbritannien, Frankreich und Israel Ägypten militärisch angriffen, retteten die USA Nasser, einen Diktator so schlimm wie Saddam Hussein, vor der sicheren Niederlage. So konnte Nasser mit amerikanischer Hilfe noch 14 Jahre den Nahen Osten mit Krieg und Terror überziehen.

SPIEGEL: Das liegt aber schon sehr lange zurück.

SCHARON: Gut, ein aktuelleres Beispiel, nehmen wir den Iran. US-Präsident Jimmy Carter half mit, den Schah zu stürzen – im Namen der Menschenrechte. Und wer kam nach dem Schah? Ajatollah Chomeini, eine der übelsten Figuren. Sein Regime, das sämtliche Menschenrechte eliminierte, versucht jetzt eine Atombombe zu bauen. Und dieses Land bestreitet bis heute



US-Außenminister Baker, Israel-Premier Schamir: „Die Amerikaner begingen Fehler"

schen Diktator unterstützt und gefördert. Schon Mitte der achtziger Jahre haben wir die Amerikaner informiert, daß der Irak – auch mit deutscher Hilfe – chemische Massenvernichtungswaffen produziert. Das hat die USA aber nicht gestört, weil damit ja die Iraner und unschuldige Kurden umgebracht wurden. Bis zuletzt ließen die Vereinigten Staaten Saddam Hussein gewähren, was in dem furchtbaren Golfkrieg endete, bei dem Tausende starben. Und dieser Krieg ist noch nicht zu Ende.

SPIEGEL: Wollen Sie damit sagen, daß die USA an deren Tod schuld sind?

SCHARON: Ich sage nur, daß die Amerikaner bei der Abwägung und Beurteilung der politischen Situation im Nahen Osten tragische und eklatante Fehler begingen, die in den letzten 30 Jahren Zehntausende, vielleicht Hunderttausende Menschenleben gekostet haben. Und ich befürchte zutiefst, daß sie nichts aus ihren Fehlern gelernt haben.

SPIEGEL: Jetzt hat US-Präsident Bush einen neuen Verbündeten im Nahen Osten entdeckt: Syriens Staatschef Hafis el-Assad.

SCHARON: Was ist das für ein Mann? Ein Mörder. Als die Bevölkerung der Stadt Hama sich gegen ihn erhob, ließ er kurzerhand die ganze Stadt, eine der ältesten der Welt, zerstören. Dabei kamen 25 000 bis 30 000 Menschen ums Leben. Assad ist der Mann, der hinter den schlimmsten Terrororganisationen steckt, die, wie in Lockerbie, Flugzeuge vom Himmel schießen. Erst kürzlich hat Assad wieder für Milliardenbeträge Waffen eingekauft, darunter Scud-Raketen neuen Typs, mit denen er ganz Israel bedroht. Jemand, der Frieden will, macht so was nicht.

SPIEGEL: Ihr Premier ist da offensichtlich anderer Meinung. Schamir verglich Assad sogar mit dem ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat, der 1979 mit Israel Frieden geschlossen hatte.

SCHARON: Um zu verstehen, was für ein Mensch Assad ist, braucht man nur seine Taten zu betrachten und zu lesen, was über ihn geschrieben worden ist – von Feinden wie von Kritikern Israels.

SPIEGEL: Premier Schamir hat Assad jüngst bescheinigt, daß der sich gründlich geändert habe.

SCHARON: Sie können mir glauben, es gibt nicht einmal die geringsten Anzeichen für eine veränderte Denkweise von Assad. Er hat erklärt, daß Washington genau wie Syrien den Rückzug Israels auf die Grenzen von vor 1967 fordert. Also hat sich nicht Assads Denkweise geändert, sondern die der Amerikaner.

SPIEGEL: Sie sind im Kabinett für Israels umstrittene Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten verantwortlich, die vor allem von den USA kritisiert wird.

SCHARON: Es ist ein weitverbreiteter Irrtum zu glauben, daß ein Minister, egal wie stark er ist, über eine Siedlung in Judäa, Samaria oder Gaza bestimmen kann. Diese Entscheidungen werden stets von der gesamten Regierung getroffen.

SPIEGEL: Auch die unverhüllten Provokationen, neue Siedlungen immer dann einzuweihen, wenn US-Außenminister James Baker gerade in der Gegend weilt?

SCHARON: Das sind keine Provokationen. Wir haben uns niemals und niemandem gegenüber verpflichtet, auf den Bau oder die Erweiterung bestehender Siedlungen zu verzichten. Denn diese Siedlungen sind kein Hindernis für den Frieden, sondern im Gegenteil ein Hindernis für den Krieg.

SPIEGEL: Können Sie uns das erklären?

SCHARON: Siedlungen gehören seit hundert Jahren zu unserem Sicherheitskonzept, sind wichtiger Teil unseres nationalen Verteidigungssystems. Wir sind ein kleines Land mit einem kleinen stehenden Heer. Die Siedlungen sind strategisch wichtige Vorposten.

SPIEGEL: Israel braucht US-Bürgschaften in Höhe von zehn Milliarden Dollar für die Eingliederung Hunderttausender sowjetischer und äthiopischer Juden. Wollen Sie riskieren, daß die Vereinigten Staaten wegen der Siedlungspolitik ihre Finanzhilfe stoppen?

SCHARON: Diese Unterstützung ist für uns sehr wichtig. Wir leisten humanitäre Hilfe für all jene Hunderttausende Juden, die aus der UdSSR in ihre einzige Heimat, unser winziges Israel, fliehen, wo sie Schutz und Zuflucht finden. Ich muß Sie ja nicht daran erinnern, welchen Verfolgungen und Leiden die Juden in der jüngsten Geschichte ausgesetzt waren.

SPIEGEL: Die Amerikaner sind ja nicht gegen die Einwanderung von Juden, sondern kritisieren deren Ansiedlung innerhalb der besetzten Gebiete.

SCHARON: Dieser Vorwurf stimmt doch gar nicht. In den letzten zwei Jahren sind etwa 350 000 Juden in Israel eingewandert. Von ihnen haben sich nicht mehr als ein Prozent in den Gebieten niedergelassen. Wir schicken sie auch keineswegs nach Judäa, Samaria oder Gaza. Sie können siedeln, wo sie wollen, und die meisten ziehen Jerusalem, Tel Aviv und andere Plätze vor.

SPIEGEL: Im Herbst 1988 haben Sie im SPIEGEL erklärt, spätestens in vier Jahren als Premierminister kandidieren zu wollen. Im Frühjahr wird es in Israel wahrscheinlich vorgezogene Wahlen geben. Ist Ihr Ehrgeiz mittlerweile erlahmt?

SCHARON: Wenn ich das dem SPIEGEL damals so erzählt habe, dann stehe ich natürlich noch dazu. Aber glauben Sie mir: Es geht mir nicht um Ehrgeiz oder um einen Posten, sondern um viel Wichtigeres. Ich will verhindern, daß wir vor dieses internationale Standgericht gezerrt werden. Ich bin nicht gegen Frieden. Ich bin hier geboren, ich verstehe die Mentalität der Araber besser als andere, deshalb bin ich einer der wenigen, die dieser Region Frieden bringen könnten. Aber ich habe große Angst, daß Israel zu diesem Tribunal getrieben wird wie Vieh zur Schlachtbank. Und auf diesem Weg sind wir bereits.



US-Präsident Bush, Syrien-Präsident Assad: „Der Mann ist ein Mörder"



US-Geiseln in Teheran (1979): „Totale Niederlage für Carter"

„Alle haben riesige Angst"

Haben Ronald Reagans Helfer 1980 ein Abkommen mit den Iranern geschlossen, die US-Geiseln erst nach der Präsidentenwahl freizulassen? Wurde Jimmy Carter Opfer eines Komplotts? Neue Indizien könnten sich zu einem Skandal verdichten, der die Herrschaft der Republikaner über das Weiße Haus gefährdet.

Thomas Foley, als Sprecher des Repräsentantenhauses oberster Demokrat im amerikanischen Kongreß, stand das Unbehagen ins Gesicht geschrieben. Doch „die Schwere der Anschuldigungen" zwinge den Kongreß zu einer Untersuchung, befand der Demokrat vorige Woche.

Die Anschuldigungen, von denen Foley sprach, beschäftigen knapp fünf Monate vor Beginn des Wahljahres die Phantasie Washingtoner Politiker: Erhärtet sich der Verdacht oder läßt sich gar beweisen, daß Ronald Reagans Republikaner durch Geheimverhandlungen mit dem Iran die Freilassung der 52 damals in Teheran festgehaltenen US-Botschaftsangehörigen vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen im November 1980 verhinderten? Wenn ja, könnte das den Wahlausgang 1992 entscheiden – zum Schaden von George Bush.

Weil ihnen die Menge der Indizien „gewichtig" schien, wollten Foley und George Mitchell, der demokratische Mehrheitsführer im Senat, jetzt eine förmliche Untersuchung des Kongresses einleiten. Die politische Brisanz eines Skandals um die Teheraner Geiseln liegt auf der Hand: Hätten Republikaner 1980 insgeheim mit den radikalen Mullahs um Ajatollah Chomeini verhandelt, wäre die politische Legitimität der Reagan-Präsidentschaft angekratzt. Jimmy Carter dagegen stünde als Opfer eines atemraubenden Komplotts da, als ein Präsident, dem die Wiederwahl gestohlen wurde.

Bis zuletzt hatte der glücklose Carter gehofft, die seit November 1979 gefangenen Botschaftsangehörigen würden vor dem Ende seiner Amtszeit am 20. Januar 1981 in die Freiheit entlassen. Doch erst nachdem Ronald Reagan als 40. Präsident der Vereinigten Staaten vereidigt worden war, durfte die algerische Boeing 727 mit den Geiseln an Bord vom Teheraner Flughafen starten.

„Der Zeitpunkt der Freilassung war so exquisit, daß er als Triumph für Reagan und seine Anhänger aufgefaßt wurde und gleichzeitig Präsident Carters totale Niederlage noch einmal bestätigte", schrieb später der Reagan-Mitarbeiter Martin Anderson. Seit jenem Tag im Januar 1981 aber fragen sich Historiker und Journalisten, amerikanische Politiker und Bürger, ob damals alles mit rechten Dingen zugegangen war.

Hartnäckig blieb das Gerücht im Umlauf: Der Demokrat Jimmy Carter habe die Geiseln nicht befreien können, weil seine republikanischen Gegner insgeheim auf eigene Rechnung mit Teheran Verhandlungen aufgenommen und so die diplomatischen Bemühungen des Präsidenten hintertrieben hätten.

Über ein Jahrzehnt später fehlt noch immer der unanfechtbare Beweis für diesen dunklen Verdacht. Doch die Indizien häufen sich. Zeugen, zumeist Waffenhändler und Figuren aus der Geheimdienstszene, berichten von heimlichen Treffen zwischen Emissären der Reagan-Wahlkampfmannschaft, Israelis, iranischen Gottesmännern und Waffenbeschaffern in Europa.

Vergangenen April kam Jimmy Carters Mitarbeiter Gary Sick – 1980 diente er als Iran-Experte im Nationalen Sicherheitsrat – in einem aufsehenerregenden Artikel in der *New York Times* zu dem Schluß, diese „Wahlstory des Jahrzehnts" sei wahr.

Die Vorstellung, republikanische Unterhändler im Solde Ronald Reagans

COME TOGETHER

MODERN



LIGHTS

hätten mit solch einem schäbigen Manöver gleichsam Hochverrat begangen, hat die politische Landschaft in den USA erschüttert. „Alle haben sie riesige Angst vor dieser Sache, denn sogar Watergate würde sich daneben wie ein Teestündchen ausnehmen", beschrieb die demokratische Kongreßabgeordnete Pat Schroeder die Stimmungslage in der US-Hauptstadt.

Furios sind die Dementis jener, die eine solche Abmachung ausgehandelt haben könnten. „Krankhaft und obszön" seien Gary Sicks „Anschuldigungen", entrüstete sich Richard Allen, Reagans erster Sicherheitsberater. Als „schändlichen persönlichen Angriff" bezeichnete Präsident George Bush das Gerücht, er habe als Ronald Reagans Vizepräsidentschaftskandidat mit Iranern in der französischen Hauptstadt verhandelt: „War ich 1980 in Paris? Absolut, absolut nein."

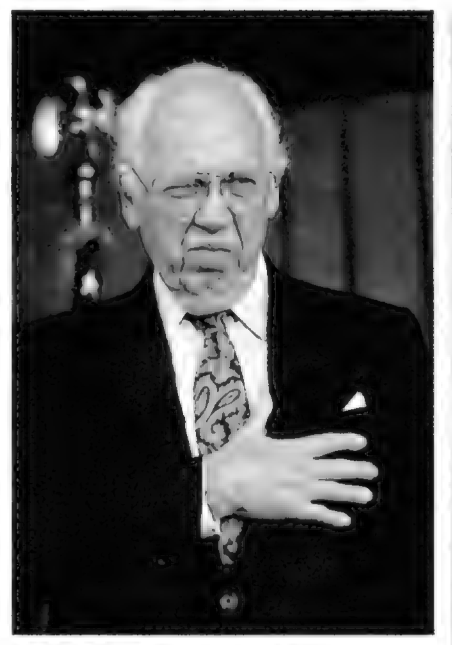
Hat Ronald Reagan damals Kontakt zu Teheran aufgenommen? „Nicht ich", lautete die Antwort des Alt-Präsidenten. Doch was seine Mitarbeiter betraf, wolle er nicht „ins Detail gehen", weil „einige dieser Sachen immer noch geheim sind". Wohl nicht mehr lange: Reagan hat die Unterlagen seiner Wahlkampforganisation zugänglich gemacht.

Sein Entgegenkommen bestärkt einige Beobachter in der Vermutung, Ziel der republikanischen Wahlkampfmannschaft könne es gewesen sein, die Geiseln mit Hilfe befreundeter Regierungen in Westeuropa und Nahost „herauszuholen". Ohne es zu ahnen, wäre Präsident Carter von seinen innenpolitischen Gegnern unterlaufen worden. Als „Anbieter" hätten die Mullahs dann den höchstmöglichen Preis für die Geiseln herausgeschlagen und obendrein dem verhaßten Jimmy Carter die Wiederwahl verbaut.

Wichtiger Zeuge im Geiselkomplott ist der iranische Waffenhändler Dschamschid Haschemi. Er behauptet, mit seinem 1986 unter mysteriösen Umständen in London verstorbenen Bruder Kyros von der ersten Stunde an dabeigewesen zu sein.

1979 hatte Dschamschid Haschemi im Auftrag der CIA Gelder an den iranischen Präsidentschaftskandidaten Admiral Ahmed Madani geschleust. Zwar unterlag Washingtons Kandidat im Januar 1980 gegen Abol Hassan Banisadr. Er verfügte aber fortan über gute Drähte zum US-Geheimdienst.

Auch sein Bruder Kyros konnte sich einschlägiger Verbindungen rühmen. Er war mit dem New Yorker Ölhändler John Shaheen befreundet, einem der engsten Vertrauten des späteren CIA-Chefs William Casey. Shaheen und Casey verband nicht nur ihr glühender



Ex-CIA-Chef Casey (1987)
Alptraum „Oktober-Überraschung"

Glaube an die Republikanische Partei. Beide waren überzeugte Antikommunisten, beide hielten nichts von Jimmy Carter. Ihre Beziehung reichte zurück in die Zeit des Zweiten Weltkriegs, als sie für den US-Geheimdienst OSS in Europa gegen die Nazis gearbeitet hatten.

Bereits im Frühjahr 1980 – Casey war gerade zum Wahlkampfmanager Ronald Reagans ernannt worden – warnte Shaheen, die Lösung der Geiselfrage könne den Ausgang der Präsidentschaftswahlen im November entscheiden. Der Ölkaufmann stand mit seiner Furcht nicht allein: Je näher der Wahltermin rückte, desto mehr plagte viele Reagan-Anhänger und vor allem Casey der Alptraum, Jimmy Carter werde als „Oktober-Überraschung" die Geiseln kurz vor den Wahlen befreien und hernach auf einer Welle des Patriotismus die Wahl für sich entscheiden können.

Um Einblick in die Pläne des Präsidenten zu gewinnen, begann das Reagan-Team einen in der amerikanischen Geschichte beispiellosen Spionageangriff gegen die eigene Regierung. So gelangten vertrauliche Wahlkampfunterlagen Carters auf dubiose Weise in die Hand der Republikaner.

Die Haschemi-Brüder waren dabei behilflich: Über den republikanischen New Yorker Anwalt Stan Pottinger, einen früheren Unterstaatssekretär in Richard Nixons Justizministerium, bot Kyros Haschemi dem Carter-Außenministerium seine Hilfe an. Nach regelmäßigen Telefonaten mit Gewährsleuten in Teheran übermittelte er Informationen, die Gary Sick zufolge „sehr hilfreich" für die Carter-Unterhändler waren.

Doch weder Sick noch der im Außenministerium zuständige Unterstaatssekretär Hal Saunders wußten, daß der Iraner gleichzeitig Kontakt zu John Shaheen unterhielt. Dschamschid Haschemi ist heute davon überzeugt, daß der New Yorker Ölhändler seinen Bruder Kyros in ein Doppelspiel hineingezogen hat. Am 4. Juli 1980 trafen sich Pottinger und Kyros Haschemi im Madrider Hotel Ritz, und dabei, so sein Bruder heute, sei es „auch um Waffen gegangen". Die Carter-Regierung, von Pottinger informiert, habe Teherans Waffenwünsche nicht erfüllen wollen. Am gleichen Tag befand sich William Casey



Rivalen Carter, Reagan*: Beispielloser Spionageangriff gegen die Regierung



* Nach einer Fernsehdebatte im Jahr 1980.


Ein Mehrventil-Motor von Mercedes-Benz.

Unsere modernste Technik ist 77 Jahre alt.

► Manche Automobilhersteller feiern Mehrventiltechnik gerne als „Spitzeninnovation“ oder „Durchbruch der High-Tech“. Wir können diese Euphorie gut verstehen, schließlich waren wir genauso stolz, als unsere ersten Mehrventilmotoren das Laufen lernten. Das war bei einem Autorennen, dem Großen Preis von Frankreich – 1914.

Eines hinderte uns seitdem allerdings, diese besonders wirtschaftliche Technik auch in unseren Serienfahrzeugen im großen Stil einzusetzen. Abseits der Rennstrecken war der Mehrventilmotor immer etwas durchzugsschwach: Denn besonders im unteren und mittleren Drehzahlbereich benachteiligte ihn seine Bauart ein wenig – so kräftig und schadstoffarm er insgesamt auch ist.

► Doch die Mercedes-Benz Ingenieure haben sich mit dieser Schwäche nicht abfinden mögen und sich an die Arbeit gemacht. Nach Art des Hauses gründlich. Herausgekommen sind dabei Motoren mit variablen Steuerzeiten – was nichts anderes bedeutet, als daß die Einlaßventile immer optimal öffnen und schließen. Dazu wird die Nockenwelle den jeweiligen Anforderungen entsprechend automatisch verstellt.

Wir ersparen Ihnen hier die genaue Darstellung des technischen Vorgangs und erklären Ihnen lieber gleich, was Sie von dieser Erfindung haben:

► 1. Ihr Mercedes wird von einem Motor angetrieben, der im Verhältnis zu seiner Leistung weniger Benzin braucht. Und dieses Benzin auch noch besonders schadstoffarm verbrennt.

► 2. Im Vergleich zu anderen Mehrventilmotoren ziehen Mercedes-Mehrventiler nicht nur im oberen Bereich geschmeidig und kraftvoll, sondern auch bei niedrigen Drehzahlen „wie ein Bulle am Pflug“ – so jedenfalls beschrieb es etwas grob ein ungenannter Fachmann. Dem haben wir eigentlich nichts hinzuzufügen.



Mercedes-Benz

Ihr guter Stern auf allen Straßen.

African Queen

Ein Bestseller warnt vor dem Zerfall der US-Gesellschaft

Der Glanz des Siegs im Golf ist schnell verblaßt. Seit sich herausgestellt hat, daß selbst die smartesten Waffen das alte Weltgefüge nicht beseitigen konnten, ist auch die Neue Weltordnung kein Thema mehr für die Amerikaner. Mißmutig beschäftigt sich das Land wieder mit sich selbst. Intoleranz breite sich aus, erkannte das britische Magazin *The Economist*.

Jede Gruppe will die Höhe ihrer Erkenntnis den noch nicht Erleuchteten möglichst mit Gesetzen und Vorschriften aufzwingen: Nichtraucher den Rauchern, Gesundheitsapostel den Cholesterinschlemmern.

Trefflich läßt sich das Wirken der militanten Rechthaber dort studieren, wo es um die Verbreitung von Erkenntnissen geht – an den Universitäten. Der Autor Dinesh D'Souza hat es getan, und sein Bestseller entfachte eine Debatte, die letztlich an das Selbstverständnis Amerikas rührt*.


Autor D'Souza
„Noble Lüge"

Trifft überhaupt noch das Bild vom Schmelztiegel USA zu, von einem Land, das aus den besten Eigenschaften seiner Bevölkerungsgruppen eine eigenständige Kultur geschaffen hat? Oder ist die Nation nicht längst zerfallen in tausend Gruppen ethnischer, sozialer, religiöser oder sexueller Definition, die sich im Kampf untereinander weitreichende Privilegien sichern wollen – the Disunited States?

Das Bild der US-Gesellschaft von morgen sieht D'Souza vorgezeichnet in den Hochschulen von heute. Er beschreibt den Zerfall der Studentenschaft in Splittergruppen, die einander um ihre Rechte befehden, bis sich weiße, schwarze, hispanische, feministische Studenten nichts mehr zu sagen haben. Rassischer Chauvinismus beherrsche die Stimmung auf dem Campus, behauptet D'Souza.

Der ursprünglich lobenswerte Versuch, im akademischen Rahmen bislang vernachlässigten Minderheiten gerechter zu werden, sei längst umgeschlagen in den Meinungsterror einer gewaltsam herbeigezwungenen multikulturellen Gesellschaft.

Beispiel Berkeley: Die Universität bei San Francisco entschied, die Zusammensetzung ihrer Studentenschaft solle der ethnischen Zusammensetzung Kaliforniens gleichen.

Bislang einheitliche Aufnahmekriterien wurden zugunsten von Minderheiten flexibler gehandhabt, der schwächere schwarze Student dem stärkeren asiatischen, der schwächere hispanische dem stärkeren weißen Studenten vorgezogen. Doch das Experiment mißlang. Weniger als 40 Prozent der schwarzen und weniger als 50 Prozent der hispanischen Berkeley-Studenten beenden ihr Studium.

Der Versuch, die Sprache an den Universitäten von rassistischen oder sexistischen Ausdrücken zu befreien, ist vielerorts umgeschlagen in massive Zensur. Auch liberale und linke Professoren beklagen sich bitter darüber, daß die Furcht, mit einem falschen Wort den Zorn von Minderheiten zu entzünden, zur „Paranoia" ausgewachsen sei und ein „Klima der Einschüchterung" geschaffen habe.

In den Fachbereichen Afrikanische Studien wird zuweilen schlichter Unsinn gelehrt, solange er politisch opportun und als „noble Lüge" zu rechtfertigen ist: Die ägyptische Königin Kleopatra aus der makedonischen Dynastie der Ptolemäer wird so zur schwarzen African Queen.

D'Souza ist kein unbeteiligter Chronist. Auf jeder Seite der umfangreichen Dokumentation wird seine Herkunft von der politischen Rechten deutlich. Nur die eigene Abstammung – D'Souza ist gebürtiger Inder – ersparte ihm bislang den Vorwurf, selbst ein Rassist zu sein.

Doch die generelle Häufung der Fälle von Indoktrination läßt sich nicht mehr mit einem Hinweis auf die Mitarbeit des Autors in Ronald Reagans Weißem Haus wegwischen. Seit Jahren steigt die Zahl rassisch bedingter Zwischenfälle an Amerikas Hochschulen. „Das Schlimmste", warnt D'Souza, „steht uns noch bevor."

* Dinesh D'Souza: „Illiberal Education". The Free Press, New York; 320 Seiten; 19,95 Dollar.

in Begleitung von Richard Allen, dem außenpolitischen Berater Ronald Reagans, in Paris, wo er mit dem französischen Geheimdienstchef Graf Alexandre de Marenches sprach. De Marenches hielt nichts von Jimmy Carter, den er als einen „Pfadfinder mit Puppengesicht" abtat. Der Franzose sollte Casey später noch von Nutzen sein.

Auch für Ronald Reagans rührigen Wahlkampfleiter hatten die Haschemi-Brüder inzwischen eine Verbindung nach Teheran hergestellt. Am 27. und 28. Juli 1980 kam es in Madrid zu einem folgenschweren Treffen – behauptet Dschamschid Haschemi. Aus dem Iran seien der Hodschatolislam Mahdi Karrubi und dessen Bruder Hassan angereist, um mit Casey und zwei weiteren Amerikanern über die Geiseln zu verhandeln.

Casey, berichtet Dschamschid Haschemi, verlangte, die Freilassung auf einen Zeitpunkt nach der Wahl zu verschieben. Im Gegenzug versprach er Waffenlieferungen. Doch Mahdi Karrubi wollte das Geschäft zunächst Ajatollah Chomeini vortragen. Vier Tage später verzeichnete John Shaheen in seinem Terminkalender: „Lunch mit Dr. Haschemi in New York".

Nach einer Aufforderung durch die Iraner soll Casey dann am 11. August wieder in Madrid eingetroffen sein. Wie beim ersten Treffen waren die Karrubi-Brüder und Dschamschid Haschemi im Hotel Plaza abgestiegen, während Bruder Kyros eine Suite im Ritz bewohnte. Casey und die amerikanische Delegation übernachteten an einem unbekannten Ort. Teheran, so soll der Ajatollah Mahdi Karrubi erklärt haben, sei mit Caseys Vorschlag einverstanden.

„Ich glaube, wir stehen am Beginn einer neuen Ära und haben es hier mit jemandem zu tun, der weiß, wie man Geschäfte macht", faßte Mahdi Karrubi – Haschemi zufolge – die Gespräche zusammen. Kyros Haschemi besorgte einen Frachter und lieferte, mit Hilfe eines von Casey empfohlenen Israelis, vier Schiffsladungen Waffen vom israelischen Eilat nach Bandar Abbas. Gesamtwert der Rüstungsgüter laut Dschamschid Haschemi: 150 Millionen Dollar.

Als das amerikanische TV-Magazin „ABC Nightline" die Aussagen des iranischen Waffenhändlers nachprüfte, fand es Belege für die Anwesenheit der Haschemi-Brüder zu den angegebenen Zeiten in Madrid.

Der Versuch, ebenfalls einen Beweis für die Anwesenheit Caseys zu beschaffen, blieb bislang erfolglos. Doch im Terminkalender des Wahlkampfmanagers klafft eine Lücke vom Abend des 26. Juli bis zum späten Nachmittag des 28. Juli, als Casey auf einer Histo-



Dschamschid Haschemi
Gute Drähte zur CIA

riker-Konferenz in London gesichtet wurde. Zeit genug hätte er gehabt, um zuvor in Madrid zu verhandeln.

Besonders merkwürdig fiel die Reaktion der iranischen Regierung auf den ABC-Bericht aus: Lapidar wurde in Teheran mitgeteilt, der Iran wolle sich nicht in die „innenpolitischen Auseinandersetzungen" der USA einmischen. Gary Sick will nicht ausschließen, daß Dschamschid Haschemis Aussagen mit Staatspräsident Rafsandschani abgesprochen wurden. Denn anders als über die Zusammenkünfte in Madrid läßt sich der redselige Waffenhändler über angebliche Folgetreffen in Paris nur höchst ungern aus.

Dort nämlich soll nach Angaben eines französischen Geheimdienstmannes, der direkt mit de Marenches zusammenarbeitete, ein iranischer Unterhändler aufgetaucht sein, mit dem Präsident Rafsandschani es sich auch heute noch nicht verderben kann: Ahmed Chomeini, Sohn des 1989 verstorbenen Ajatollahs. Gleich zweimal, so behaupten mehrere Informanten, seien die Verschwörer im September zusammengetroffen: zwischen dem 20. und 25. September in Paris und, nur Tage später, in Zürich.

Waffen, Munition und Ersatzteile für die mit amerikanischem Gerät ausgerüsteten iranischen Streitkräfte aufzutreiben war zu diesem Zeitpunkt für Teheran eine Überlebensfrage geworden. Am 22. September hatte Saddam Hussein den völlig unvorbereiteten Iran überfallen.

Da Lieferungen aus den USA wegen des von Jimmy Carter verhängten Embargos nicht möglich waren, schwärmten iranische Einkäufer in Europa aus, um zu überhöhten Preisen die wichtigsten Kriegsgüter einzukaufen. Einer der Händler war der junge Hamid Nagaschan, ein Logistik-Zauberer, der die ira-

Manchmal reißen wir ganz schön die Klappe



auf.


Zum Beispiel, wenn es darum geht, ein Schiff möglichst schnell zu be- oder entladen. Oder dafür zu sorgen, daß eine Fähre pünktlich wieder ablegt. Vom Kap der Guten Hoffnung bis zum Kattegat: Leistungsfähige Antriebstechnik klappt den Bug des Schiffes einfach nach oben weg, damit Fracht und Passagiere ungehindert passieren können.
Wo es wie hier auf zuverlässige Funktion und ein perfektes Zusammenspiel ankommt, werden SEW-Antriebe bevorzugt eingesetzt. Bei jedem Wind und Wetter und jedem Klima: Überall auf der Welt. Antriebstechnik von SEW. Mit Kurs auf Erfolg.
SEW-EURODRIVE GmbH & Co
Postfach 2340, D-7520 Bruchsal
SEW
EURODRIVE



Ajatollah-Sohn Ahmed Chomeini: Überlebensfrage für Teheran

nischen Revolutionswächter mit Waffen und Munition versorgen sollte.

Nagaschan, so einer der Informanten, sei Ende September in Zürich „mit Amerikanern und Israelis" zusammengetroffen. Stolz habe der Waffenbeschaffer nach der Rückkehr vom Flughafen Kloten erzählt, man habe über Waffen und Geiseln parliert.

Um Waffen und Geiseln soll es auch bei weiteren Zusammenkünften im Oktober in Paris gegangen sein. Am 15. Oktober, so der französische Geheimdienstmitarbeiter, hätten sich Israelis, Amerikaner und Iraner zu „vorbereitenden Gesprächen" getroffen, vier Tage später seien die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen worden. Mit dabei gewesen seien Ahmed Chomeini, Hamid Nagaschan, mehrere Amerikaner sowie der stellvertretende Mossad-Direktor Nahum Admoni.

Dschamschid Haschemi bestätigt, daß es in Paris im Oktober zwei Treffen gegeben habe. Ahmed Chomeini und Casey, so sagt er, hätten den Verhandlungsdelegationen angehört. Doch wie die anderen Informanten hat auch Haschemi bisher keine Beweise für diese Behauptungen vorgelegt. So läßt sich die Spur der Haschemis mit Sicherheit erst wieder vom 21. Oktober an verfolgen. An diesem Tag, nur 48 Stunden nach dem Ende der angeblichen Treffen in Paris, beginnt Kyros Haschemi in seinem New Yorker Büro mit der Planung illegaler Waffenlieferungen an den Iran. Am 22. Oktober speiste Haschemi – wieder mal – mit Caseys Freund John Shaheen. Jetzt soll der US-Kongreß klären, was im Herbst 1980 wirklich geschah. Ein Senatsunterausschuß unter Leitung des Demokraten Terry Sanford sowie eine vom demokratischen Abgeordneten Lee Hamilton geführte Arbeitsgruppe des Repräsentantenhauses will Licht in die Affäre bringen.

Daß sich die demokratische Führungsspitze nur ungern dem Untersuchungsgegenstand nähert, hat gute Gründe. Schon bei der Aufarbeitung des Iran-Contra-Skandals 1987, bei dem illegal Waffen an Reagans Favoriten-Truppe in Nicaragua verkauft worden waren, hatten die Demokraten keine gute Figur gemacht. „Die haben Angst, daß sie am Ende mit leeren Händen dastehen", meint ein Kongreßmitarbeiter.

USA

Weiße Kreuze

Ein Zaun soll den Zustrom illegaler Einwanderer aus Mexiko in die USA stoppen – doch erst einmal wächst die Gewalt an der Grenze.

Tag für Tag arbeiten sich US-Marinepioniere vom Pazifikstrand tiefer landeinwärts. Gut sechs Kilometer sind sie mit Hilfe schweren Militärgerätes in diesem Jahr bereits vorangekommen. Der drei Meter hohe Stahlgitterzaun, den sie aus Rollbahnplatten für mobile Militärflugplätze errichtet haben, soll den Ansturm illegaler Einwanderer in die USA abwehren.

Bis zum Jahresende werden in der Nähe des kalifornischen San Diego elf Kilometer Grenze mit überschüssigem Militärmaterial befestigt. „Hier müssen sie schon mit dem Lastwagen durchdonnern, wenn sie den Zaun durchbrechen wollen", meinte einer der Bausoldaten voll Zuversicht.

Es wäre indes nicht das erste Mal, daß illegale Eindringlinge Grenzhindernisse sogar mit schweren Lastwagen planieren. Wo immer entlang der gut 3000 Kilometer langen amerikanisch-mexikanischen Grenze Zäune den gesetzwidrigen Grenzübertritt erschweren sollten, zeugen Löcher, Leitern, Tunnel und Trampelpfade von dem vergeblichen Bemühen, den steten Zustrom unerwünschter Zuwanderer zu stoppen.

Erleichterung brachte vorübergehend das Einwanderungsgesetz von 1986:



US-Grenzpolizist, illegale Einwanderer aus Mexiko: Klima der Gewalt

Diese Anzeige kann die Zeit nicht zum Stillstand bringen. Aber Ihnen sagen, wie erste graue Haare verschwinden.



Wann Sie graue Haare bekommen, ist nur eine Frage der Zeit. Doch ab sofort haben Sie es in der Hand, die ersten grauen Haare einfach verschwinden zu lassen, ohne Ihre natürliche Haarfarbe zu verändern: mit Poly Man Color, dem ersten Tönungsshampoo speziell für den Mann. Unter 6 Naturnuancen finden auch Sie genau Ihren Ton.

Poly Man Color. Sie bleiben, wie Sie sind.

Rund zwei Millionen Illegale erhielten damals eine Aufenthaltserlaubnis. Zugleich wurden die US-Arbeitgeber verpflichtet, die Arbeitserlaubnis ihrer Beschäftigten zu überprüfen.

Die Zahl der illegalen Einwanderer sank um 50 Prozent. Doch was in Washington bereits als Erfolg gefeiert wurde, entpuppt sich nun als ein nur kurzfristiger Rückgang der Süd-Nord-Migration. In diesem Jahr stehen die USA vor einer Rekordflut von Immigranten.

Schon in der ersten Hälfte des seit Oktober laufenden Haushaltsjahres gerieten den Grenzhäschern fast so viele Eindringlinge in die Fänge wie im Rekordjahr 1985/86: Allein bei San Diego wurden fast 250 000 Illegale aufgegriffen und meist umgehend nach Mexiko abgeschoben. Doch das ist nur ein Bruchteil derer, die ohne Papiere Zugang zum gelobten nordamerikanischen Nachbarland gesucht und meist gefunden haben.

Border Patrol und örtliche Polizei sind angesichts dieses Ansturms völlig überfordert. Nur je sechs Beamte kontrollieren eine der beliebtesten Übergangszonen bei San Diego.

Zudem wird der Dienst immer gefährlicher: Wo früher fast ausschließlich Saisonarbeiter auf der Suche nach Erntejobs durchs Niemandsland drängten, haben längst Drogenschmuggler und Räuberbanden das Kommando übernommen.

Über die südliche Landesgrenze kommt rund ein Drittel des Drogennachschubs für die USA. Im texanischen Starr-County, einem der nominell ärmsten des Landes, „wohnen mehr arbeitslose Lastwagenfahrer in Luxusvillen, fahren Renommierautos und tragen Protzgeschmeide als sonst irgendwo in der Welt", berichtet ein frustrierter Lokalpolitiker über seine Wahlbürger, die nach Schätzungen der Behörden heute schon zu 75 Prozent direkt oder indirekt vom Drogengeschäft leben.

Jenseits der Grenze machen mexikanische Banden Jagd auf Übersiedler, die oft mit ihrer ganzen Familie den Weg nach Norden suchen. Raub, Vergewaltigung und Mord gehören in dieser Region mittlerweile zum Alltag.

Dem Klima der Gewalt können sich auch die Grenzbeamten nicht entziehen. Immer häufiger kommt es zu Schießereien mit besser bewaffneten Drogengangs, aber auch zum Waffeneinsatz gegen harmlose Grenzgänger. An der kalifornisch-mexikanischen Grenze erinnern weiße Kreuze an getötete Illegale.

Den Zorn der Zuwanderer bekommen die Cops der Border Patrol immer stärker zu spüren. Bei San Diego fahren die Grenzhüter deswegen in „Kampfwagen" Streife – in Kleinlastern, die mit Stahlplatten und schweren Eisengittern gegen die Angriffe frustrierter Grenzgänger gepanzert sind. ◀

CHARAKTER UND 16 VENTILE.
DIE REINE FORM-SACHE.

Mazda 121



Italien

Perverse Früchte

Staatspräsident Cossiga will den Gründer der Roten Brigaden, Renato Curcio, begnadigen. Die Öffentlichkeit macht nicht mit.

Der Gefangene wünscht sich die Freiheit. Aber er hat es immer abgelehnt, sie sich zu erkaufen, indem er Genossen denunziert oder seinen Idealen abschwört.

Renato Curcio, 49, Gründer der Roten Brigaden, sitzt seit fast 16 Jahren in Haft. Er ist einer der wenigen Terroristenführer, die noch italienische Hochsicherheitstrakte bewohnen.

Die meisten anderen nutzten die Sondergesetze, mit denen der italienische Staat den Terrorismus von innen aufgerollt hat: das Reue-Gesetz von 1982, das Terroristen massiven Strafnachlaß gewährte, „wenn sie zur Aufklärung anderer Straftaten wesentlich beitrugen“. Oder das Aussteiger-Gesetz von 1987, das diesen „dissociati“ milde Strafen versprach, wenn sie dem Terrorismus abschworen – auch ohne Genossen zu denunzieren.

Jetzt will Staatspräsident Cossiga dem prinzipientreuen Terroristen Curcio die Begnadigung schenken, um die jener nicht bitten mochte, notfalls sogar gegen dessen Willen und den seiner eigenen Regierung: Es gelte eine „historische Epoche abzuschließen“, verkündete Cossiga in der Wochenzeitschrift *L'Espresso*. Auch der sozialistische Justizminister Claudio Martelli gab zu erkennen, daß er bereit sei, ein Gnadengesuch zu unterzeichnen, das Curcios Mutter im vergangenen November eingereicht hat.

Doch die italienische Öffentlichkeit und viele wichtige Politiker sind noch nicht bereit, einen Schlußstrich unter die „bleierne Zeit“ zu setzen. So entflammte in Italien just zum Anbruch der großen Sommerpause eine leidenschaftliche Debatte über Schuld und Sühne, über Gerechtigkeit und Vergebung.

Verbittert ließ sich Ileana Leonardi vernehmen, die Witwe eines bei der Entführung des christdemokratischen Partei-Präsidenten Aldo Moro erschossenen Leibwächters: „Alle diese Leute sind umsonst gestorben. Ich fühle mich alleingelassen und enttäuscht über das, was gerade passiert.“

Desgleichen Ulderico Tobagi, Vater eines jungen Journalisten, der 1980 von einem Terroristen-Kommando erschossen wurde: „Wenn ihr diesen Verbrechern Begnadigung gebt, schlagt ihr euch auf deren Seite und werdet so auch noch das bißchen Glaubwürdigkeit verlieren, das ihr habt.“

Anders der Jesuit Adolfo Bachelet, Bruder des prominenten Richters Vittorio Bachelet, den die Roten Brigaden 1980 töteten. Der Geistliche plädierte für die Freilassung Curcios, weil „Strafe nicht die Rache des Staates sein“ dürfe. Die Wiederaufnahme von Gefangenen in die Gesellschaft sei kein Gnadenakt, „sondern ein Akt der Gerechtigkeit“.

Die meisten seiner Landsleute sehen das indes anders. In einer Umfrage sprachen sich über 60 Prozent der Befragten dafür aus, Curcio nicht freizulassen und statt Gnade Härte walten zu lassen – ein Votum, das der verantwortliche Meinungsforscher „selten eindeutig und unnachgiebig“ nannte.

Terrorist Curcio: Freiheit nicht erkaufen

Ganz in diesem Sinne hatte bereits Anfang Juli eine Appellationskammer in Cagliari einen Antrag Curcios abgelehnt, die Kontinuität seiner Vergehen anzuerkennen. Dann hätte der Ex-Chef der Roten Brigaden nur die höchste seiner Haftstrafen (15 Jahre) abzusitzen brauchen – und deshalb inzwischen freigelassen werden müssen.

Auch Ministerpräsident Andreotti teilte, wie schon öfter zuvor, die Meinung des Staatspräsidenten nicht. Er ließ verlauten, daß die Regierung keine Eile mit der Freilassung Curcios habe: „Der geistige Urheber ist genauso verantwortlich wie derjenige, der schießt.“

Francesco Cossiga mag für Curcio vorgeprescht sein, weil ihm daran liegt, auch andere dunkle Kapitel der jüngeren italienischen Geschichte abzuschließen. Denn nach Ansicht des Präsidenten haben die – von ihm mitgeschaffenen – Sondergesetze gegen den Terrorismus „perverse Früchte“ getragen.

Zwar hatte das Reue-Gesetz von 1982 die Macht des Linksterrorismus in Italien gebrochen – jedoch mit bedenklichen Methoden.

Ein Meister des Verrats war zum Beispiel Marco Barbone, der nach eigenem Eingeständnis den Journalisten Walter Tobagi erschoß. Dank seiner freimütigen Aussagen im Prozeß wurden 50 mutmaßliche Terroristen verhaftet, 11 Morde aufgeklärt.

Dementsprechend milde wurde Barbone verurteilt und noch im Gerichtssaal auf Bewährung freigelassen. „Jetzt hat sich der Rechtsstaat selbst erledigt“, rief ein empörter Prozeßbeobachter.

Nach dem Aussteiger-Gesetz von 1987 mußten Terroristen, die der ganzen Härte der Strafe entkommen wollten, nur noch sich selber verraten. Das fiel den meisten wesentlich leichter als die Denunziation der Genossen. Das Ergebnis blieb fragwürdig:

Die Tatmenschen des Terrorismus, die kaltblütig gemordet hatten, distanzierten sich mit frommen Gesichtern von ihren Untaten und wurden dafür belohnt. Theoretiker der Bewegung dagegen, die an Bluttaten selbst nicht beteiligt waren – wie Renato Curcio –, sitzen noch immer in den Gefängnissen.

Indem sie die geistigen Väter des Terrorismus weiterhin gefangen halte, bestätige die Gesellschaft, so meinen Kritiker, den Terroristen nachträglich auf verquere Weise die fortdauernde Brisanz ihrer Theorien.

Giorgio Bocca, ein prominenter Kommentator, empört sich denn auch im *Espresso*, daß der italienische Staat einzig an Curcio Unbeugsamkeit vorführen wolle und zählt in langer Litanei auf, wer alles nicht im Gefängnis sitze: die wichtigsten Mafiosi, die Rechtsterroristen, die Schuldigen der großen Korruptionsaffären, die Finanzschwindler. „Curcio jedoch bleibt im Kerker – Denkmal eines Menschen, der für alle bezahlt.“ ◀

EINE SORGE WENIGER, WENN IHNEN DIE KINDER AUFS DACH STEIGEN.



Der Herbst des Caudillo

SPIEGEL-Reporter Carlos Widmann über den kubanischen Diktator Fidel Castro

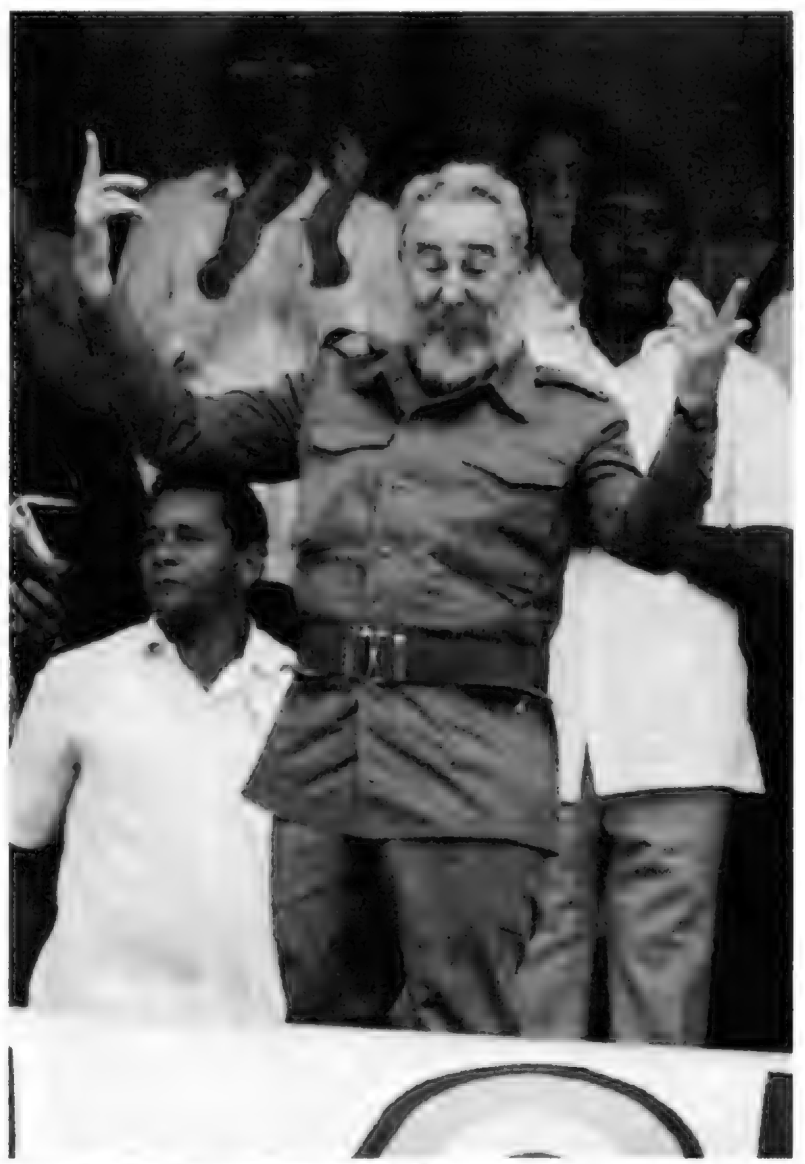
Als die kubanische Militärkapelle „The Star-Spangled Banner" anstimmte, nahm der ältere Herr im grünen Kampfanzug Haltung an. Was blieb ihm schon anderes übrig?

Soeben hatte er dem Amerikaner Mike Herbert, Sieger im Einer-Kajak über 1000 Meter, gravitätisch die Goldmedaille umgehängt – was insofern kaum vorgesehen war, als in dieser Disziplin ein kubanischer Landsmann als Favorit galt. Und dann hatte der Bärtige keine andere Wahl, als auch den Rest der Siegerehrung durchzustehen.

So kam es, daß der Erste Sekretär der Kommunistischen Partei Kubas, der Vorsitzende des Staatsrates, Präsident des Ministerrates und Oberkommandierende der Revolutionären Streitkräfte, der Máximo Líder Dr. Fidel Castro Ruz, sich letzte Woche wehrlos einer Darbietung der amerikanischen Nationalhymne sowie dem Hissen des Sternenbanners ausgesetzt sah. Fidel behielt die Nerven: In tadelloser Haltung entbot der Comandante en Jefe, der Oberkommandierende, dem „bluttriefenden Putzlappen des Yankee-Imperialismus" (eigene Rhetorik, derzeit außer Gebrauch) seinen militärischen Salut. Mitsingen wurde gottlob nicht verlangt.

Noch vor einem Jahr wäre eine solche Szene als politische Sensation empfunden worden. Heute registrieren die Zeitungen das Unerhörte im Sportteil – als Schmonzette vom Rand der Panamerikanischen Spiele. Daß das mehrwöchige Sportfest aller Länder der Hemisphäre erstmals auf Kuba stattfindet, war 1986 gegen massiven Widerstand der USA beschlossen worden, lange vor dem Kollaps des Sowjetimperiums. Weshalb Castro in den letzten Monaten nicht müde wurde zu beteuern, daß er sich unter „heutigen Umständen" – nach der drastischen Kürzung seiner Rationen aus Moskau – niemals zur Abhaltung eines solchen Mammutspektakels bereit gefunden hätte; doch es sei nun einmal Kubas „heilige Pflicht", das den Sportlern gegebene Ehrenwort zu erfüllen.

Was da beschworen wird, ist der Heroismus der revolutionären Frühzeit, die Romantik der Gewaltmärsche. Wie einst im „Jahr der entscheidenden Anstrengung" (1969) oder bei der „Ernte der zehn Millionen Tonnen" (Zucker) sollen letzte Reserven aufgeboten werden zu einer demonstrativen Hauruckleistung. Nur: Es gibt da leider keine Reserven mehr. Das Sportfestival, das für die Kubaner nichts produziert außer Medaillen, wird dem Volk buchstäblich vom Munde abgespart – und verbraucht das unmittelbar Lebensnotwendige in einem Land, das neuerdings Traktoren durch Ochsen und Omnibusse durch Fahrräder ersetzen will. Beobachter der Wirtschaftslage meinen gar, Kuba drohe ein „Steinzeit-Kommunismus" wie einst Kambodscha unter Pol Pot.



Castro bei den Panamerikanischen Spielen
Symbolischer Sieg über den Erzfeind USA

Wie der Zufall spielt, fällt der 65. Geburtstag des Máximo Líder mitten hinein in den kontinentalen Wettkampf, in dem die Athletenriege der Sportnation Kuba – gepäppelt und motiviert wie nie zuvor – letzte Woche drauf und dran war, erstmals sogar den Gringos aus den USA eine demütigende Niederlage zu bereiten. Viel dürfte Fidel von seinem Geburtstag trotzdem nicht hermachen wollen – signalisiert er doch nicht nur (im 33. Herrschaftsjahr) das Erreichen des Rentenalters; der 13. August 1991 fällt obendrein auf einen Dienstag, und „martes trece" gilt in der hispanischen Welt (mehr als anderswo Freitag, der 13.) als Unglückstag schlechthin.

Wären demnach die Panamerikanischen Spiele ein Geburtstagsgeschenk des Jubilars und letzten Caudillo von Lateinamerika an sich selber – der symbo-



Warteschlangen vor kubanischem Supermarkt: Droht ein „Steinzeit-Kommunismus"?

lische Sieg über den Erzfeind im Norden, der im übrigen ganz offenkundig dabei ist, seinen Dreißigjährigen Krieg gegen die kubanische Revolution zu gewinnen? Doch George Bush geht die Auszehrung der Gestrandeten von Havanna noch längst nicht rasch genug: Während seines Moskau-Besuchs Ende Juli ermahnte er seinen Gipfelpartner Michail Gorbatschow – in einer öffentlichen Rede im Kreml, die gegenüber dem Gastgeber als peinliche Anmaßung wirken mußte –, doch endlich vertragsbrüchig zu werden und den karibischen Bündnispartner ganz im Stich zu lassen.

Eine Art nostalgischer Trotz prägt den Karnevalsrummel, mit dem die Kubaner ihre sportlichen Siege über die Gringos feiern. Noch einmal und wie zum Abschied bietet das sozialistische Kuba dem „Koloß des Nordens" (wie der Unabhängigkeitsapostel José Martí die USA titulierte) die Stirn. Dabei stellt es keinen fundamentalen Widerspruch dar, daß Millionen von Kubanern, die über die Niederlagen der US-Athleten jubeln, gleichzeitig das Ende des kommunistischen Regimes und eine Aussöhnung mit Washington herbeisehnen. Der Politiker Fidel Castro ist ja selber ein Ergebnis der Haßliebe, die das Verhältnis der meisten Kubaner zu ihrem übermächtigen Nachbarn und einstigen Kolonialherrn bestimmt.

Angel Castro, der Vater, war ein Einwanderer aus dem spanischen Galicien, mittellos und ohne Schulbildung. In der wilden Ostprovinz Oriente fand er zunächst als Handlanger auf den Zuckerplantagen der berüchtigten United Fruit Company Arbeit. Der umtriebige Mann wurde Pächter, dann Plantagenbesitzer und ziemlich wohlhabend, bevor er in zweiter Ehe seine Köchin Lina Ruz heiratete – zu einer Zeit, als diese ihm längst drei Kinder geboren hatte, von denen eines den Namen Fidel erhielt.

Zumindest eine Zeitlang muß der spätere Revolutionär das Stigma des unehelichen Kindes getragen haben. Verbürgt ist, daß er gegen den gewalttätigen Vater rebellierte. Als er 1945 auf die Universität ging, um Jura zu studieren, schenkte der Alte ihm trotzdem ein Auto.

Fidels Einstieg ins politische Leben fand zu einer Zeit statt, die sich in die kubanischen Geschichtsbücher mit dem Namen „Gangsterismo" eingetragen hat: Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den studentischen Ablegern der verschiedenen bürgerlichen Parteien wurden vorwiegend mit Revolvern ausgetragen. Politische Gewalt gehörte auch in den kurzen Phasen der formalen Demokratie zum kubanischen Alltag.

Als der frühere Diktator Batista, ein treuer Freund der Amerikaner, sich 1952 an die Macht zurückputschte, wurde der junge Rechtsanwalt Fidel Castro einer seiner entschlossensten Gegner. Am 26. Juli 1953 versuchte Fidel mit 137 notdürftig bewaffneten Studenten, die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba zu stürmen. Der Überfall, der die Entfachung eines allgemeinen Aufstands gegen Batista zum Ziel hatte, mißlang. Viele von Fidels Freunden wurden zu Tode gefoltert, er selbst konnte entkommen und wurde erst später eingefangen und verurteilt.

„Die Geschichte wird mich freisprechen", des Rechtsanwalts Fidel Castro Selbstverteidigungsrede vor dem Schnellgericht von Santiago de Cuba vom 16. Oktober 1953 zeigte den Rebellen als einen bürgerlichen Nationalisten. Und sie offenbarte Vorstellungen von Wirtschaftslenkung, die dem Nachkriegsprogramm der britischen Labour Party entlehnt sein konnten.

Die Kommunistische Partei Kubas, einst mit Batista eng verbunden, geißelte Castro damals als „kleinbürgerlichen Putschisten". Den Guerillakrieg, den Fidel und der argentinische Arzt Che Guevara von 1956 an aus der Sierra Maestra gegen die Truppen Batistas führten, hat die KP boykottiert. Nach dem siegreichen Einmarsch in Havanna am 1. Januar 1959 bediente Castro sich der Kommunisten: Die Genossen hatten gegenüber dem Revolutionär ein schlechtes Gewissen, sie waren erpreßbar, und sie besaßen die einzige politische Organisation im Lande, die nicht am Parteienstaat und an baldigen freien Wahlen interessiert war.

Die Frage, wann Castro Kommunist wurde, ist von müßiger Spitzfindig-

keit. Mag er sich selber – wie gegenüber seinem amerikanischen Biographen Tad Szulc – als verkappten Marxisten darstellen, der seine bürgerlichen Mitstreiter und die übrige Welt jahrelang hinters Licht führte und von Anfang an dem sowjetischen Modell nacheiferte, so stellt dies eine rückwirkende Selbststilisierung dar. Der Psychiater Peter Bourne kommt in seinem Castro-Buch zum gegenteiligen Schluß: Fidel als machtverliebter Pragmatiker, der sich des kommunistischen Systems nur als Herrschaftsinstrument bediente.

Eins ist gewiß: Die Hinwendung des Comandante en Jefe zu Moskau und dem Sowjetkommunismus ist ohne die „Dialektik" seiner Auseinandersetzung mit den USA überhaupt nicht zu begreifen. In einem Holzhäuschen in den Bergen Orientes ist unter einer Glasplatte ein Zettel mit der Handschrift Fidels zu besichtigen. Er trägt das Datum des 5. Juni 1958 und ist an Celia Sánchez gerichtet, seine Freundin und Vertraute. Der Text lautet: „Celia, wenn dieser Krieg zu Ende ist, wird für mich ein viel größerer und längerer Krieg beginnen – der, den ich gegen sie führen muß. Ich beginne zu begreifen, daß dies mein eigentliches Schicksal sein wird. Fidel."

„Sie" – das waren natürlich die Yankees. „Sie" hatten damals die Luftwaffe Batistas insgeheim mit Bomben beliefert, obwohl die US-Militärhilfe für den Diktator wegen der Menschenrechtsverletzungen seines Regimes offiziell eingestellt worden war. Fidel schrieb den Zettel an Celia unter dem Eindruck von tödlichen Bombenangriffen auf Bauerndörfer im Mai und im Juni 1958.

Wahrscheinlich bedurfte es nicht einmal solcher Vorfälle, um Castro von der Niedertracht der Amerikaner zu überzeugen. Er war durchdrungen vom Antiamerikanismus seines Vorbilds José Martí (1853 bis 1895), der viele Jahre im New Yorker Exil gelebt und hinterher warnend geschrieben hatte: „Ich kenne das Ungeheuer, ich habe in seinen Eingeweiden gelebt." Es ist nicht ohne historischen Sarkasmus, daß der nach Kuba gerichtete US-Propagandasender in Miami „Radio Martí" benannt ist.

Heute, da der Bankrott des Sowjetreiches unweigerlich auch Kuba in den Abgrund reißen muß, wird erst so richtig deutlich, wie vollkommen die Insel drei Jahrzehnte lang beim Kreml am Tropf hing. Gewiß, das noch von Eisenhower in die Wege geleitete Handelsembargo trieb Kuba in diese Abhängigkeit förmlich hinein – aber es war Chruschtschows riskantes Raketenspiel, das die Insel erst zum entwicklungspolitischen Luxusobjekt erhob: Castro entwickelte, die Russen beglichen die Rechnung.

Das heutige Versorgungselend überschattet zwangsläufig die Errungenschaften, die das Land schon im ersten Revolutionsjahrzehnt weit über die meisten Staaten der Dritten Welt hinausgehoben haben – in der Beseitigung des Analphabetentums, der ärztlichen Versorgung für alle, der Abschaffung schlimmster sozialer Mißstände.

Kubas Funktionäre konnte man durch Vergleiche mit anderen Entwicklungsländern spätestens seit Mitte der siebziger Jahre nur langweilen – sie wollten an der Statistik der USA gemessen werden. Begreiflich: Kuba hat pro Kopf der Bevölkerung weniger „funktionelle Analphabeten" als die Vereinigten Staaten, und die Säuglingssterblichkeit ist in Havanna geringer als in Washington, D.C.

Vom weltpolitischen Gewicht erst gar nicht zu reden: Ohne die militärische Expedition, die Castro aus eigenem Antrieb in Schwarzafrika unternahm, wäre Angola zum Protektorat des Kapstädter Apartheid-Regimes geworden. 30 Jahre lang haben Lateinamerikas konservative Diktatoren und bürgerliche Demokraten vom drohenden Schatten des Caudillo in Havanna profitiert – ohne ihn keine „Allianz für den Fortschritt", keine US-Milliardenkredite, kein fabrikneuer Rüstungsschrott zur Befriedigung der Generäle.

Dabei ist die Gefährlichkeit des revolutionären Schrittmachers Kuba stets überschätzt worden: Nicaraguas Sandinisten, El Salvadors Befreiungsfront sind eigenständige Ergebnisse der politisch-sozialen Lage ihrer jeweiligen Länder – genau wie die (gescheiterten) Montoneros in Argentinien oder die (unentwegt gefährlichen) Senderistas in Peru, die auf ihrem bluttriefenden Leuchtenden Pfad voranschreiten. Die „objektiven Bedingungen" für eine Sozialrevolution verschwinden ja noch nicht deshalb, weil Kuba aufgehört hat, ein Vorbild zu sein.



Kampfgefährten Guevara, Castro: „Die Geschichte wird mich freisprechen"

Lenin und Stalin ist es erspart geblieben, den Untergang der eigenen Revolution zu erleben. Auch dem Feuerkopf Trotzki widerfuhr keine solche Schmach. Der Große Steuermann Mao konnte, wie auch Vietnams Onkel Ho, im friedlichen Bewußtsein verdämmern, dem eigenen Volk eine unumkehrbare Entwicklung beschert zu haben.

Mit Fidel Castro indessen springt die Geschichte weniger gnädig um: Er hat – die russische Revolution auf die eigene Person übertragen – sämtliche Protagonisten selber verkörpert, von Kerenski über Lenin und Stalin bis hin zu Breschnew. Nur einen Gorbatschow hat Fidel nie hingekriegt. Das wird ihn teuer zu stehen kommen: Passable Gesundheit vorausgesetzt, dürfte Dr. Fidel Castro den Untergang der kubanischen Revolution noch am eigenen Leib erleben. ◄

Mit dem Zweiten Erster sein.

"Uhren mit Ideen verlangen nach Medien, in denen man diese Ideen sichtbar werden lassen kann. Wir werben deshalb mit Funk- und Solaruhren im ZDF."

Wolfgang Fritz
Geschäftsführer Junghans Uhren GmbH.

JUNGHANS
Uhren mit Ideen.

Basis-Medium Nr. 1:
ZDF Werbefernsehen



Karibik

Wirksame Abschreckung

Auf Hunderte von Verurteilten wartet der Galgen. Noch verhindern internationale Proteste die Hinrichtungen.

Der Henker war bereits aus dem Nachbarstaat St. Vincent eingetroffen, der alte Galgen im Fort Richmond hoch über dem Hafen von St. George's gesäubert, die Falltür frisch geölt worden. Klammheimlich sollte in der Karibik-Republik Grenada das einzige Kapitel Weltgeschichte beendet werden, das je über die kleine Inselnation von 100 000 Einwohnern hereingebrochen war.

Für die Morde an Grenadas ehemaligem Premierminister Maurice Bishop und an 10 Mitstreitern wurden der damalige Bishop-Stellvertreter Bernard Coard und 13 weitere Angeklagte zum Tode verurteilt. Coards Putsch gegen seinen ehemaligen Schulfreund Bishop hatte 1983 den USA einen Vorwand zum ersten Militäreinsatz seit Vietnam gegeben.

In sechs Jahren verschlangen der Prozeß und die anschließenden Berufungsverhandlungen mindestens fünf Millionen Dollar, bevor alle Rechtsmittel der Putschisten erschöpft waren. Eine Gnadenkommission empfahl der Regierung Ende Juli die Hinrichtung von fünf der Verurteilten. Auch die Bevölkerung hatte mehrheitlich, zuweilen lautstark, nach dem Galgen für Coard und Komplizen gerufen.

„Die Gesellschaft muß von diesen Elementen gereinigt werden", forderte etwa Terry Maryshaw, Parteichef der kleinen Patriotischen Bewegung. „Solange die Verurteilten leben, haben die Menschen hier Angst, daß man die Verbrecher wieder befreien könnte."

Die Angst ist nicht unbegründet. Lautstarke Proteste von Amnesty International, von Juristen der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien und von Menschenrechtsgruppen in den USA haben den Plan des Premierministers Nicholas Braithwaite zunichte gemacht, die Strafe ohne internationales Aufsehen zu vollstrecken. In buchstäblich letzter Minute erhielten die Todeskandidaten vorläufigen Strafaufschub.

Nicht nur Grenada, auch andere Karibik-Inseln fühlen zunehmend Druck aus dem Ausland, die Todesstrafe endlich aufzugeben – und geraten in Widerspruch zum Wunsch ihrer eigenen Wähler, die im Gefolge der Drogenflut aus Südamerika zunehmend von Gewaltkriminalität heimgesucht werden.

Die jüngste Entscheidung Londons, in den britischen Karibik-Territorien Anguilla, Montserrat sowie auf den Jungfern-, den Cayman-, den Turks- und Caicos-Inseln die Galgen abzubauen, hat zu Protesten örtlicher Verwaltungen geführt. Die Todesstrafe, schrieb Lavity Stoutt, Chefminister der britischen Jungferninseln, sei das „wirksamste Abschreckungsmittel" gegen die Gewalt.

Seit 14 Jahren hat es auch auf den Bermudas keine Hinrichtungen mehr gegeben. Doch in einem Referendum im vergangenen Jahr sprach sich eine deutliche Mehrheit für die Todesstrafe aus.

In Kingston forderte der Polizeiminister die „schnellstmögliche Hinrichtung" aller, „die ihr Recht auf Leben verwirkt" hätten. Auf Jamaika gibt es bereits 260 Todeskandidaten.

In Trinidad warten 106 Verurteilte auf den Scharfrichter. Im Gefängnis sind neben gewöhnlichen Kriminellen auch 114 Moslems untergebracht, die sich nach einem Putschversuch im vergangenen Juli wegen Mordes und Hochverrats verantworten müssen – Delikte, für die in Trinidad die Todesstrafe obligatorisch ist.

Erschrocken über das Ausmaß der internationalen Proteste, wollte Grenadas Premier deshalb nicht der erste sein, der das Hinrichtungskarussell in Gang setzt – zumal das Verfahren gegen die Putschisten von 1983 stets als Fall von politischer Justiz gebrandmarkt worden war.



Grenada-Premier Bishop (1982)
Galgen für den Schulfreund?



Zum Tode verurteilter Putschist Coard: Nächtens die Internationale

So hatte etwa der zum militanten Pazifisten gewandelte ehemalige US-Justizminister Ramsey Clark auf einer Pressekonferenz in Washington schwere Vorwürfe gegen den Coard-Prozeß erhoben: Die Staatsanwälte hätten einen unangemessenen Einfluß auf die Wahl der Richter gehabt; die US-Regierung hätte die Ermittlungskosten gezahlt, um durch den Prozeß die Invasion im nachhinein zu rechtfertigen; die Angeklagten hätten sich nicht ausreichend verteidigen können.

Sollte Coard nun doch noch mit dem Leben davonkommen, so ist das womöglich gar nicht im Sinn der anderen Gefängnisinsassen. Der Altmarxist ist bekannt dafür, mit seiner ebenfalls zum Tode verurteilten Frau Phyllis nächtens – im Duett von Zelle zu Zelle – die Internationale zu singen. ◄

Der Mensch. Das Leben.



Die besten Chancen im Leben ergeben sich oft kurzfristig. Da müssen Sie schnell und flexibel reagieren, damit Sie die Gunst der Stunde nicht nur erkennen, sondern auch nutzen. Wir helfen Ihnen dabei. Ihr persönlicher Kundenberater in der BfG Bank AG hat die nötige Erfahrung dazu. Gemeinsam mit ihm können Sie alle Ihre finanziellen Freiräume optimal nutzen und alle kurzfristig anfallenden Finanzierungslücken schnell und unproblematisch schließen. Dem Weg zum Erfolg sind bei uns Tür und Tor geöffnet.



Der Mensch braucht Ideen. Und jemanden, der sie finanziert.

Denn Ihre Zufriedenheit ist unser Kapital. Messen Sie uns an dem,was wir für Sie leisten.

BfG·BankAG

Aachener und Münchener Gruppe

Der Pate vom Plattensee

Ein deutscher Kaufmann hat sich zum Präsidenten des ungarischen Erstligaklubs Bányász Siófok küren lassen. Mit Hilfe deutscher Sponsoren will er die Mannschaft in den internationalen Fußball führen. Die Entwicklungshilfe dient jedoch vor allem einem Zweck: Der Mäzen bringt in Ungarn seine privaten Geschäfte in Schwung.

Die Sommer am ungarischen Plattensee sind schwülwarm, im Vorstandszimmer steht die Luft. Der Geschäftsführer trägt kurze, rote Hosen, appliziert mit drei weißen Streifen. János Illés, 42, hat die wichtigen Leute des Fußballklubs Bányász Siófok um sich versammelt: den Schatzmeister, den Trainer, den Dolmetscher.

Andächtig blickt das schweigende Quartett zum Telefon. Um 17 Uhr sollte es läuten. Der erwartete Anrufer heißt André Ritter und ist der wichtigste Mann des Vereins. Im Februar dieses Jahres tauchte er auf, im April hat man ihn zum Präsidenten gekürt. Geld, neue Spieler und internationale Erfolge hat der Deutsche versprochen. Dafür möge man ihm bei seinen privaten Geschäften in Ungarn ein wenig behilflich sein.

Der Hoffnungsträger ist zwölf Minuten überfällig. Neue Instruktionen soll er geben, jede Gebühreneinheit eine Krume kapitalistischen Know-hows übertragen. Als das Klingeln des Fernsprechers die Godot-ähnliche Spannung im Raum löst, leben die Zuversicht und das Vertrauen in die neue Hoheit wieder auf: Jeder will mit dem „lieben André" sprechen, der Schatzmeister über die „westlichen Investoren", der Trainer über „den starken Abwehrspieler", den Ritter ihm noch kaufen soll.

Der vielgefragte Mann wird in Siófok als Missionar der freien Marktwirtschaft verehrt. Leichter Hand versprach er den Ungarn, „professionellen Fußball" deutschen Zuschnitts am Plattensee einzuführen, und konnte auch gleich mit dem Import von zwei deutschen Präsidiumsmitgliedern, zwei deutschen Fußballprofis sowie dem ehemaligen Trainer der DDR-Auswahl, Eduard Geyer, aufwarten. Als Clou kündigte Ritter, 31, Günter Netzers Mitwirken „als Berater" an. Bányász Siófok – ein ungarischer Klub in deutscher Hand.

Der Versicherungskaufmann, der Ende 1985 aus der DDR ausreisen durfte und sich in Hamburg niederließ, verfolgt an seinem bevorzugten Urlaubsort eine verblüffend einfache Strategie: Als Fußballpräsident lasse sich „alles etwas schneller" erreichen, „denn gute Kontakte", so weist ihm seine Lebenserfahrung, „beschleunigen die Geschäfte".

Daß Unternehmer zur Pflege ihrer Eitelkeit sich eines Sportvereins annehmen, ist ebenso eine Zeiterscheinung wie die Raubzüge von Geschäftemachern im Osten. Daß eine ungarische Provinzelf als Ausgangsbasis für Joint-ventures dienen soll, ist jedoch ohne Beispiel.

János Illés kommt das deutsche Protektorat in seinem Haus durchaus gelegen. Der ehemalige Mathematiklehrer, seit zehn Jahren in Diensten von Bányász, schätzt sich glücklich, daß es in diesen Zeiten des Umbruchs jemanden gibt, der die Verantwortung übernommen hat und den Weg in den Kapitalismus weist. Ritter befriedigt bei dem Fußballfunktionär das Anlehnungsbedürfnis vieler Ungarn, die die Demokratie gewonnen und die Orientierung verloren haben. Der Deutsche, so glaubt Illés, verkauft die Zukunft.

Darin hat Ritter beachtliche Routine, nicht zum ersten Mal nutzt er einen Fußballklub des Ostens als Anschubhilfe für private Geschäfte. Wenige Wochen nach der Maueröffnung bot der Versicherungsagent bei Dynamo Dresden seine Hilfe an und gelobte, von Sponsoren eine halbe Million Mark zu besorgen.

Prompt erhielt Ritter vom ehemaligen Stasi-Klub die Vollmacht, für den Vorstand tätig zu sein. Zwei Dresdner Auswahlspieler, Ulf Kirsten und Matthias Sammer, verkaufte der Neu-Manager in die Bundesliga – und behielt 625 000 Mark Vermittlungsprovision ein.

Ritters Visitenkarte, die ihn als Vorstandsmitglied auswies, half auch beim Abschluß von Lebens- und Sachversicherungen – langjährige Partnerunternehmen des Klubs unterschrieben ebenso wie der Dynamo-Platzwart. Mehr als eine Million Mark, so behauptet Dresdens neue Führung, habe Ritter in wenigen Monaten erlöst. Noch heute dient der Mann, der inzwischen beim sächsischen



Telefonkonferenz bei Bányász Siófok*: „Lieber André"

* Trainer Eduard Geyer, Geschäftsführer János Illés, Schatzmeister Lászlo Horvath, Dolmetscher Nándor Seer im Vorstandszimmer.

Bundesligisten Hausverbot hat, vier Dynamo-Spielern als Berater.

Rasch erkannte Ritter, in Dresden de facto gefeuert, in Ungarn ein neues Betätigungsfeld. Der Zustand des ungarischen Fußballs, der über 40 Jahre lang vom Staat und dessen Betrieben unterhalten wurde, spielt ihm in die Hände. Denn die neue Regierung, die es vorzieht, Krankenschwestern und Schulen statt Fußballer und Stadien zu subventionieren, entließ die Klubs in die Selbstverwaltung und damit in die Pleite.

Die großen Vereine sind überschuldet, unterklassige Mannschaften verzichten der wirtschaftlichen Not gehorchend auf den Aufstieg, andere haben sich aufgelöst. „Es ist zum Weinen", titelte das Fachblatt *Sport plusz*.

Auch in Siófok, dem größten Urlaubsort am Plattensee, „vegetierte der Klub am Existenzminimum" (Illés). Bis zu jenem Februartag, als sich Ritter durch Vermittlung eines ungarischen Freundes andiente. Der junge, dynamische, um die Hüften etwas füllige Deutsche berichtete von seinen DDR-Erfahrungen: Dort seien vielen Westfirmen dicke Gewinne entgangen, weil sie nicht „schnell und stark genug investiert" hätten.

Die DDR sei passé, Ungarn der Markt von morgen. Und weil „Sport ein idealer Werbeträger" sei, wolle er in Siófok „westliche Partner", den Fußballklub und sich selbst „vermarkten". Die Verheißung vom deutschen Musterbetrieb hatte Erfolg, Ritter durfte seine Exklave gründen.

Schnell war ein Vierjahresvertrag unterzeichnet, in dem Ritter zusagt, den Klub mit so viel Geld auszustatten, daß er den dritten Platz in der ungarischen Meisterschaft erreicht und sich mithin für den Uefa-Pokal qualifiziert – doch Zahlen spart der Kontrakt aus.

Deutlicher wird ein zweiter Vertrag, in dem Ritter mit 90 Prozent und Illés mit 10prozentiger Beteiligung die Risi-Sport-GmbH gründen, deren Geschäftszweck ein Sammelsurium verschiedener Tätigkeiten ist. Die Risi verpachtet auf dem Vereinsgelände Ladenlokale, will Importgeschäfte vermitteln, Versicherungen verkaufen sowie Grundstücke und Immobilien erwerben, um sie an Ritters Präsidiumskollegen, den Hamburger Immobilienmakler Heinz Eichler, weiterzuveräußern.



Trainer Geyer, Spieler: Gehälter in Devisen

„Überall in Ungarn", schwelgt Ritter, der seine Außenstelle „etwa zweimal im Monat" im dunkelgrauen Porsche 928 ansteuert, könne er westlichen Unternehmen Liegenschaften anbieten. Die Erlöse der bilateralen Verbindung, so die Vision, sollen zum Teil die Vereinskasse füllen – fürs erste Jahr kalkuliert er den Fußballetat auf 2,5 Millionen Mark.

Sieben neue Spieler, darunter Nationalkicker wie der Budapester Honvéd-Star Imre Fodor, 28, sind seit Ritters Amtsantritt in die Provinz gekommen. Der Grund: Siófok zahlt doppelt so hohe Prämien wie etwa der Meisterklub Honvéd, pro Sieg 50 000 Forint, umgerechnet 1150 Mark. Besonderen Gefallen finden die Spieler daran, daß Ritter über die Risi-Sport-GmbH einen Teil der Gehälter in Devisen auszahlt.



Präsident Ritter: Missionar der freien Marktwirtschaft

Auch Deutsche lockte Ritter ins Rimini für die Bürger der neuen Bundesländer. Vom FC St.Pauli machte sich Frank Wolf, 23, im Golf Diesel auf den weiten Weg. Vor Ort irritierte den Hanseaten zunächst einmal, daß er in einem ehemaligen Erholungsheim der Gewerkschaft statt wie versprochen in einem eigenen Haus untergebracht wurde.

Die Verhandlungen mit zwei weiteren St.Pauli-Profis scheiterten. So wunderte sich Klaus Ottens, daß der anfangs offerierte Nettolohn plötzlich doch zu versteuern war. Als der Stürmer um eine Bankbürgschaft für sein Jahreseinkommen bat, kühlte Ritters Interesse an Ottens rasch ab.

Denn so vollmundig der Heilsbringer aus dem Westen, der sein umständliches DDR-Bürokratendeutsch gern mit westlicher Semantik aufpeppt, über Firmen auch doziert, die „sponserieren" werden, da sein „Vermarktungskonzept" ja schließlich „kein Lustschloß" sei – der Überbau steht, allein an den Details hapert es noch ein wenig.

Zwar verschickt Ritter über Mittler eifrig Angebote, doch von westdeutschen Firmen kassiert er Absagen. Selbst der Sportartikelausrüster adidas will sich in Siófok nicht engagieren. Dabei hatte Ritter den Ausrüstervertrag im Jahrestat schon mit 100 000 Mark angesetzt – eine Summe, die in der Budapester adidas-Dependance als „Hirngespinst" bezeichnet wird.

Unverdrossen bildet sich Geschäftsführer Illés dennoch ein, „deutliche An-



Abb.: Pajero 3000 V6 GLS

Neue Ansichten eines Individualisten

Die Kenner von außergewöhnlichen Geländefahrzeugen sind schon lange vom Pajero begeistert. Nun wird der neue Pajero auch denjenigen ins Schwärmen bringen, der ein echtes Kraftpaket braucht und trotzdem gerne ein nobles Auto fährt.

Gar keine Frage, der Neue gehört zur Oberklasse der Geländewagen. Das sieht man zuerst an seiner äußeren Erscheinung, aber auch innen spart er weder an luxuriösem Ambiente, noch an ausgefallenen Details. Den Pajero gibt es als Dreitürer, als Fünftürer und als Cabrio (Dreitürer), mit individuellen Ausstattungen und zwei Motoren: dem 2,5 l Turbo Diesel (73 kW/99 PS) und dem 3,0 l V6 (110 kW/150 PS). Was Sie wählen können, ist ein Modell mit Zentralverriegelung und elektrischen Scheibenhebern oder eines mit elektrischem Glasschiebedach. Was Sie nicht wählen müssen, ist die Servolenkung und die **3-Jahres-Garantie bis 100.000 km** – bei allen Modellen Standard.

Womit Sie bei den GLS- und GLX-Versionen die allerbeste Bekanntschaft machen werden, ist das völlig neu konzipierte Antriebssystem. Super Select 4WD kombiniert den permanenten mit dem zuschaltbaren Allradantrieb; damit sowie mit den dreifach elektrisch einstellbaren Stoßdämpfern, behält der Pajero auch in sehr schwierigem Gelände stets die Beherrschung.

Die vielen anderen faszinierenden Einzelheiten, wie zum Beispiel das auf den Super Select 4WD abgestimmte ABS (GLS- und GLX-Modelle), schauen Sie sich am besten ganz aus der Nähe an. Der neue Pajero steht ab Ende Juli beim Mitsubishi Händler.

MMC Auto Deutschland GmbH · Hessenauer Straße 2 · 6097 Trebur 2



zeichen von Sponsoren" zu sehen. Vielleicht werde ja Günter Netzer helfen, schließlich sei der „berühmte Nationalspieler" Ritters „persönlicher Berater". Illés sagt dies mit einer Überzeugung, als erscheine der große Blonde jeden Moment im Türrahmen.

Ritters „exklusive Beratung durch Herrn Netzer" fußt auf einem Vertrag, der zur Zeit allerdings gegenstandslos ist. Siófoks Kontrakt mit Netzers Arbeitgeber, der Schweizer Vermarktungsfirma CWL, tritt erst in Kraft, wenn sich der Klub für den Europapokal qualifiziert hat und die Eidgenossen die Werberechte vermakeln. Nur in diesem Fall greift eine Klausel, die allen CWL-Kunden zugute kommt: Sie dürfen Netzer um Rat bitten. Mit Ritters Neigung zur kühnen Übertreibung, gesteht Netzer, „habe ich so meine Probleme".

Für Illés sind derlei Ungereimtheiten kein Grund zur Beunruhigung. Nicht einen Gedanken verschwendet der Ehrenmann an die Vorstellung, Ritters „Marketingkonzept" könne scheitern. Vielmehr treibt ihn die Sorge um, daß seine Mannschaft „den sportlichen Erwartungen" des westlichen Förderers „nicht gerecht" werde.

Nichts lassen die Ungarn deshalb unversucht, den Paten vom Plattensee gütig zu stimmen. Jeden Dienstag und Donnerstag müssen die Kicker eine Sonderschicht einlegen. Vor dem Morgentraining erteilt der Dolmetscher Deutschunterricht.

Schach

Preiswerte Profis

Russische Schachspieler haben deutsche Turniere als lukrative Devisenquellen entdeckt. Die einheimischen Profis sehen ihre Pfründe in Gefahr.

Es klingelte an der Tür, als Schachgroßmeister Artur Jussupow in seiner Moskauer Wohnung die Geldscheine durchzählte, die er bei einem Turnier in München als Preisgeld gewonnen hatte.

Junge Burschen standen draußen. Erst zeigten sie Polizeiausweise, dann zogen sie Messer und eine Pistole. An Jussupow vorbei stürmten sie in die Wohnung. Ein Schuß traf ihn.

Sie fesselten ihn, rafften das Geld zusammen und verschwanden mit zwei Computern, einem Kopiergerät und einem Plattenspieler. Den Schwerverletzten ließen sie liegen.

Daß die Räuber einen Komplizen im staatlichen Sportkomitee oder beim Zoll hatten, halten Jussupows Freunde für wahrscheinlich. Erst am Vorabend war der Schachprofi aus München zurückgekehrt, am Flughafen hatte er seine Devisen vorzeigen müssen, und noch am selben Tag wollte er pflichtgemäß die Hälfte beim Sportkomitee abliefern und die andere Hälfte auf sein Konto einzahlen. Seine Freunde scherzten bitter: „Sie kommen schon ins Haus, um sich das Geld zu holen."

Die Täter wurden nicht ermittelt. Jussupow: „Vielleicht wollte man sie nicht finden." Nach dem Überfall entschloß sich der frühere Jugendweltmeister und dreifache WM-Kandidat, der unter den Top Ten der Weltrangliste rangiert, nach Deutschland überzusiedeln: „Dort fühle ich mich sicher, und das ist das Wichtigste."



Großmeister Jussupow, Ehefrau: Unerschöpfliches Reservoir

Jussupow, 31, der mit seiner Frau Nadja ins bayerische Bad Wiessee gezogen ist und seit vergangenem Sonntag in Brüssel das Viertelfinale der Weltmeisterschaft bestreitet, ist der beste einer russischen Legionärsschar, die von Oktober an in der deutschen Schachbundesliga spielt. Von 38 Ausländern stammen 21 aus der Sowjetunion – ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vorjahr verdreifacht.

Mehrere Schachklubs haben für ihr erstes Brett einen Russen aufgeboten, die Spitzenduelle machen die Gastspieler somit oft unter sich aus – etwa wenn der von Frankfurt engagierte Alexander Chalifman auf die Koblenzer Nummer eins Michail Gurewitsch trifft.

Der Kölner Immobilienmakler und Schachmäzen Wilfried Hilgert hat für den Porzer Schach-Klub gleich zwei Sowjetprofis engagiert: Rafael Waganjan, der die vorletzte Meisterschaft der Sowjetunion gewann, und Michail Tal, einen früheren Schachweltmeister. Nur noch gelegentlich kehrt der mit Frau und Tochter inzwischen am Rhein ansässige Tal nach Riga zurück.

Auch Klubs niedrigerer Klassen lassen Russen spielen. Der Lübecker Schach-Verein (zweite Bundesliga) kann sich den Spitzenspieler Oleg Romanischin leisten, die drittklassigen Hamburger Schachfreunde Sasel gönnen sich sogar drei Russen.

Das Reservoir ist schier unerschöpflich. 50 der 100 weltbesten Spieler leben in der Sowjetunion, nur 4 Deutsche zählen zu dieser Elite. Von den weltweit 250 Aktiven, die sich aufgrund ihrer Erfolge mit dem Titel eines Großmeisters schmücken dürfen, haben mehr als ein Drittel einen sowjetischen Paß.

Das Überangebot an Spitzenspielern – allein Schachförderer Hilgert mußte zwei Dutzend sowjetischen Bewerbern absagen – drückt auf die Preise: So billig wie sowjetische Spieler, von denen viele nur 600 bis 800 Mark für ein Bundesligawochenende bekommen, sind andere Profis nicht zu haben. Die meisten Russen reisen etwa einmal pro Monat zum Bundesligatermin an. Allen wird freie Unterkunft an den Spieltagen gewährt, Reisekosten müssen viele jedoch selbst tragen. Das schaffen sie nur, weil sie die Tickets mit Rubel bezahlen können. Sie kommen mit Aeroflot oder auch mit der Bahn: dann sind sie länger auf Achse als am Spielort.

Da jeder Bundesligaklub nur drei Ausländer verpflichten und zwei einsetzen darf, haben sich devisenhungrige Sowjetprofis auf sogenannte Offene Turniere spezialisiert, an denen jedermann teilnehmen kann, vom patzenden Amateur

bis zum weltweit bekannten Meister. Diese Turniere sind vielen westlichen Spielern wegen der vergleichsweise niedrigen Geldpreise (100 bis 5000 Mark) nicht lukrativ genug.

Die Russen rechnen anders. Jussupow: „In Moskau werden auf dem Schwarzmarkt für eine Mark 20 Rubel gezahlt. Der Durchschnittslohn liegt bei 300 Rubel im Monat. Mit 1000 Mark Preisgeld aus einem Offenen Turnier hat man deshalb für lange Zeit ausgesorgt.“

Zu den Turnieren melden sich um die 20, gelegentlich 50 oder sogar noch mehr sowjetische Spieler an. Jüngst reisten Georgier 3000 Kilometer weit von Tiflis nach Baden-Baden und gewannen dort die ersten fünf Preise.

Die Russen-Flut stoppte den Trend der Veranstalter, die Gewinne zu erhöhen, um starke Spieler anzulocken. Startgelder werden kaum noch geboten. Unter den Deutschen wächst deshalb der Unmut. Einige Schachfunktionäre erwägen eine Art Quotenregelung für die russischen Teilnehmer.

Manche Russen nehmen sogar Geld dafür, daß sie ihren Gegner gewinnen lassen. Dazu der Frankfurter Großmeister Eric Lobron: „Die Hemmschwelle, für 200 Mark eine Partie zu schieben, ist niedriger als bei westlichen Spielern.“

Jede Mark ist willkommen, denn längst leben Schachspieler in der Sowjetunion nicht mehr so privilegiert wie früher. Ihr Staatsgehalt ist kaum noch höher als das Durchschnittseinkommen, zusätzliche Einnahmen, etwa bei Turnieren im eigenen Land, sind spärlich.

Viele scheuen derzeit noch den Wechsel in den Westen, weil sie in der Sowjetunion billiger leben können. Sogar die Geldanlage ist rentabler. Jussupow: „Für 10 000 Dollar kann man sich in Moskau eine vorzügliche Wohnung kaufen, die in Deutschland zehnmal soviel kosten würde.“ Aber in der sowjetischen Metropole und andernorts ist es gefährlich geworden, als Privilegierter aufzufallen. Jussupow: „Die Bandenkriminalität ist ein großes Problem.“

Zudem hat sich die Versorgung derart verschlechtert, daß es sich auch mit Deviseneinnahmen beschwerlich lebt. Jussupow rechnet deshalb mit einem weiteren Zustrom von Ost nach West: „Wer eine Chance sieht, wird sie nutzen.“

Städte

Einfach unbezahlbar

Für die Stadt Stuttgart gerät die Radweltmeisterschaft zur teuren Prestige-Veranstaltung. Eine Clique schwäbischer Kaufleute streicht dicke Gewinne ein.

Vom Sport versteht der Stuttgarter Oberbürgermeister nicht viel. Manfred Rommel hat mit der Abseitsregel arge Probleme, und als Nachweis für Leibesübungen kann er lediglich seine Einsätze auf dem Hometrainer und einen Fahrtenschwimmerschein vorweisen.



Bürgermeister Rommel, Tennispromoter Tiriac: „Typisch schwäbisch“

Doch seit sich die Weltelite zu Tennis, Golf, Springreiten, Turnen, Ringen und Tanzen in Stuttgart trifft, ist Rommel zum Sportfan konvertiert. Zur Imagepflege für die an Attraktionen arme Schwabenstadt, glaubt der OB, sind Großveranstaltungen, die in den letzten Jahren dutzendweise im Ländle stattfanden, „einfach unbezahlbar“.

Die Aussicht des Würdenträgers, an der Seite der Spitzensportler kurzfristig im internationalen Rampenlicht zu stehen, kommt die öffentliche Hand teuer zu stehen. Geblendet von der „neureichen Glitzerwelt des Spitzensports“, so Rezzo Schlauch, Fraktionschef der Grünen im Stuttgarter Landtag, hätten Rommel und die Seinen jedes Maß verloren.

Mit zwei Millionen Mark subventioniert die Stadt die am Dienstag beginnenden Radweltmeisterschaften; für die Leichtathletik-WM, die 1993 voraussichtlich in Stuttgarts smoggefülltem Talkessel stattfindet, will die Kommune, in der Kleintheater wegen Geldmangels vor der Schließung stehen, gar 3,6 Millionen Mark ausgeben.

Sollten Etatlücken auftreten, werden sie unbürokratisch geschlossen. So gab die Stadt den Leichtathletik-Veranstaltern in einem internen Papier die Garantie, daß „gegebenenfalls geringere Einnahmen“ – veranschlagt sind 22 Millionen Mark – durch einen städtischen Zuschuß abgedeckt werden. Kritik an dieser Großzügigkeit weist Weltmann Rommel als „typisch schwäbisch“ zurück.

Die Imagekorrektur, aus der prosperierenden Industriemetropole die „Sportstadt Europas“ zu machen, startete Rommel Mitte der achtziger Jahre. Zur selben Zeit übergab die Stadt ihre chronisch defizitäre Hanns-Martin-Schleyer-Halle der Stuttgarter Messe-und Kongreß GmbH (SMK). Seitdem ist SMK-Geschäftsführer Rainer Vögele der Mann, der Rommels Wünsche wahrmacht. Vögeles Credo: „Weltklasse soll's scho sei.“

Die Kalkulation der Stadtväter, daß sich die Schleyer-Halle, der einzige überdachte Ort für Großveranstaltungen im Raum Stuttgart, unter der SMK-Leitung zum profitablen Unternehmen mausern würde, schlug fehl. Zwar rühmt sich Vögele, „Deutschlands einzige Halle“ zu leiten, die „schwarze Zahlen“ schreibe, doch das ist nur möglich, weil die Bilanzen mit städtischer Hilfe kräftig geschönt werden.

So weist Stuttgarts Haushaltsplan für 1991 einen „Zuschußbedarf“ der Schleyer-Halle von 7 904 800 Mark aus, plus weitere 1,9 Millionen Mark zur „Förderung“ von Sportveranstaltungen, des Übungsbetriebs und der Rad-WM. Dagegen lieferte die SMK an Einnahmen aus der Halle 1989 nur rund 50 000 Mark ab.

Das ist um so unbegreiflicher, als Veranstalter, die sich für Stuttgart entscheiden, das 11 000 Zuschauer fassende Rund zu stolzen Preisen buchen müssen. Vom Organisationskomitee der Rad-WM forderte die SMK für zwei Wochen 1,1 Millionen Mark Hallenmiete. Die Stadt wiederum verlangt von



Messechef Vögele
„Weltklasse soll's scho sei"

Vögele für das ganze Jahr lediglich 250 000 Mark.

Diese für die Stadtkasse ruinöse Rechnung hat freilich einen einfachen Grund: Gewinnmöglichkeiten, die sich Sportveranstaltern heutzutage durch den Verkauf von Fernseh- und Werberechten bieten, schustert Vögele einer privaten Agentur zu.

Denn wer die Halle mieten will, kommt nur schwer umhin, die Stuttgarter Firma JBW (Jakob und Bauer-Werbung) mit der Vermarktung zu beauftragen. Hätte sich der Bund Deutscher Radfahrer (BDR) geweigert, sämtliche Rechte inklusive der weltweiten Fernsehübertragung für 2,4 Millionen Mark an JBW abzutreten, „wäre die Halle", vermutet ein Beteiligter, „vielleicht nicht mehr frei gewesen".

Die schwäbische „Sport-Mafia" (*Stuttgarter Zeitung*) floriert, an Vögeles Seite wuchs JBW zu einem stattlichen Betrieb mit 35 Mitarbeitern. Laut hausinterner Anweisung müssen Mitarbeiter ihren besten Klienten stets mit „Doktor Vögele" ansprechen. Die Kundenpflege lohnt sich, denn mit den günstig erworbenen Vermarktungsrechten können die JBW-Geschäftsführer Hans-Peter Bauer und Hans-Peter Jakob bei jeder Großveranstaltung satte Gewinne erzielen.

So verkaufte JBW die Rechte an der Rad-WM ohne erkennbaren Aufwand gleich weiter: Die Werberechte erhielt eine Schweizer Agentur, die TV-Rechte gingen an eine Tochtergesellschaft des Süddeutschen Rundfunks (SDR), die Firma Maran – zu einem, wie Insider wissen, „deutlich überhöhten Preis" von rund sechs Millionen Mark.

Damit begann für die Übertragungslizenz eine abenteuerliche Odyssee. Die teuer erworbenen Rechte wollte die Maran teuer weiterverkaufen. Weil die Eurovision, der Zusammenschluß von Europas öffentlich-rechtlichen TV-Anstalten, es ablehnte, die „astronomische Summe" zu zahlen, veräußerte Maran kurzerhand an den französischen Privatsender La Cinq. Dort mußten die Eurovisionsanstalten jene Rechte nun einzeln erwerben, die vorher schon einmal im Besitz der ARD-Anstalt SDR und damit der Eurovision gewesen waren.

Auch bei der Werbung für die Rad-WM hätte JBW gern mitgearbeitet. Als die Stuttgarter Agentur vom Organisationskomitee für die PR-Kampagne jedoch über eine Million Mark verlangte, verzichteten die Veranstalter, denen die Kosten zunehmend Sorgen bereiten. Allein für die Absperrgitter des gefährlichen Stadtkurses müssen 250 000 Mark aufgewendet werden. Sogar um die Finanzierung der mobilen Toilettenhäuschen entbrannte zwischen Stadt und Organisation ein heftiger Disput.

Die Hilflosigkeit der WM-Manager kommt dem Karrieremenschen Vögele („Neid muß man sich erarbeiten") gerade recht, demonstriert sie doch scheinbar die Notwendigkeit professioneller Abwicklung – natürlich durch Vögele. So will die SMK künftig Veranstaltungen allein organisieren, ohne die dilettantische Mitarbeit der Verbände.

Schon im übernächsten Jahr kann es soweit sein. In einem vertraulichen Kooperationsvertrag für die Leichtathletik-WM 1993 versichert Rommel, daß „die gesamte Vorbereitung" allein die „Sache der SMK" sei. Der Leichtathletik-Verband verkaufte der SMK die nationalen Werberechte bereits für fünf Millionen Mark.

Um das Millionengeschäft mit Rechten und Reklame in Zukunft noch flexibler zu handhaben, wurde die Firma International Events Marketing (IEM) gegründet, an der zu je einem Viertel SMK, SDR, JBW und Debis, das Dienstleistungsunternehmen der Daimler-Benz-Holding, beteiligt sind. Das Schwaben-Kartell wird sich, keine Frage, auch um die Vermarktung des neuen Kultur- und Kongreßzentrums kümmern, das zu Vögeles SMK-Reich gehört.

Indes regen sich unter den Sportverbänden erste Zweifel an den Praktiken des Stuttgarter Kommandomarketings: Der Abschlußbericht der Kunstturnweltmeisterschaften 1989 monierte „unbefriedigende Leistungen" bei der Vermarktung; das „Abtreten sämtlicher Rechte" habe sich zudem als „nachteilig erwiesen". Eine komplette Vergabe aller Rechte, so schließt der Bericht, sei in Zukunft keinesfalls mehr „zu empfehlen". ◄


Wieder ein zufrie
Freunden des gehobenen Lebensstils bietet Sixt nicht nur günstige Miet-Mercedes oder Porsche Cabrios.
Sondern auch jede Menge Harleys. Die Modelle: Low Rider Custom, Heritage Softail Classic und Electra



HARLEY-DAVIDSON

Glide Classic. Ab DM 77,- pro Tag, inkl. 70 km (Mehr-km: DM 0,77). Buchen Sie unter 0 89/6 14 14 - 480.

Sixt Aktiengesellschaft

Budget rent a car ®

JUNG v. MATT

„Die Schwelle zur Zivilisation"

„Überragende Bedeutung" messen Altertumsforscher Nevali Çori zu, einer Siedlung aus der Jungsteinzeit im Südosten der Türkei. Archäologen aus Heidelberg fanden dort den frühesten, mehr als 9000 Jahre alten Tempel der Welt. In einer Nische stand die erste Skulptur eines Gottes – ein Skinhead mit Schlangenhaar-Relief am Hinterkopf.

Eine Stille, die sich hier länger ausdehnt als anderswo. Eine Welt, die urzeitlich und endzeitlich zugleich erscheint, in der nichts wächst und nichts sich bewegt.

In dem einsamen Seitental des Euphrat ist nur der Wind eine verläßliche Größe. Seit Jahrtausenden kommt er von den Abhängen des Taurusgebirges herab, berührt den Strom und stemmt sich dann der kleinen Schlucht entgegen, in der Professor Harald Hauptmann am Rand eines Baches sitzt.

Hauptmann, 55, ist Archäologe an der Universität Heidelberg. Aber auch sein Amt als Dekan und Ordinarius für Ur- und Frühgeschichte kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß er sich in Heidelberg eher als eine Art seßhaft gewordener Nomade fühlt.

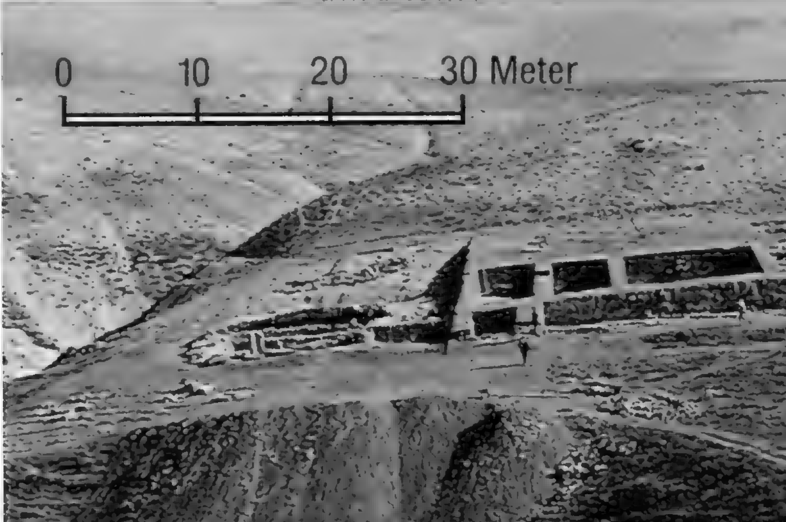
Die große Landmasse von Anatolien, wo er hauptsächlich gegraben hat, ist wild und hart. An diesem Tag blickt der Archäologe auf eine Szenerie wie aus einer fremden Welt.

Oberhalb des Baches, der Kantara heißt, erstreckt sich ein Hang und in diesem eine Terrasse, über welcher sich der Rücken einer Bergkuppe abhebt. Die Terrasse birgt einen geheimnisvollen



Kultstätte mit Stele, Grabungsplatz Nevali Çori (u.), Skinhead-Gott aus der Opfernische: Kampf der Geschlechter





Ort. Er trägt den kurdischen Flurnamen Nevali Çori. Seit seiner fast vollständigen Freilegung durch Hauptmanns Ausgräber im Herbst letzten Jahres gibt die Siedlung eines der phantastischsten Menschheitsrätsel auf.

Nevali Çori ist einer der ältesten Orte, die bisher auf der Welt gefunden wurden. Er stammt aus dem achten Jahrtausend vor Christus, einer Epoche, in der die letzte Eiszeit noch nicht sehr weit zurücklag.

Hauptmann hat hier eine Art Bewußtseinsinsel vorgefunden, gegründet vor dem Anfang der geschriebenen Geschichte – lange vor den Hochkulturen Mesopotamiens oder am Indus, 5000 Jahre älter als die Anfänge des pharaonischen Zeitalters in Ägypten.

Zu den Entdeckungen auf der Hangterrasse gehört ein Tempel, aufgeschichtet aus Steinblöcken, die mit Abstand früheste Kultstätte, die bisher auf der Welt gefunden wurde. Sie ist dreimal so alt wie die von Stonehenge im Süden Englands, und selbst der Tempelbau von Eridu im südlichen Irak, dessen Urformen auf 5000 vor Christus datiert sind und der bislang als der älteste galt, wird durch Nevali Çori nochmals um Jahrtausende an Alter übertroffen.

Nevali Çori stellt die Frage nach dem ersten göttlichen Wesen, das Menschen sich erwählt und personifiziert haben. In einer Art Kult- oder Opfernische stand eine überlebensgroße Skulptur, aus hellem Kalkstein modelliert. Es handelt sich bei ihr – eine Sensation, welche die Religionswissenschaftler alarmiert hat – um die erste Darstellung einer Gottheit.

Hauptmann und seine Kollegen haben Vergleichbares noch nie gesehen: Der Schädel aus der Opfernische ist kahlrasiert, hat abstehende Ohren und ein Schlangenhaar-Relief am Hinterkopf. Der Welt erster Gott sieht aus wie ein Skinhead.

Der deutsche Religionsforscher Hubertus Mynarek vermutet, daß in Nevali Çori ein steinzeitlicher Geschlechterkampf entschieden wurde: Bis dahin habe die weibliche Erbfolge gegolten und damit das Matriarchat, die Vorrangstellung der Frau. In Nevali Çori dagegen herrschten die Männer. Mynarek: „Das zeigt der gestalthafte Gott – ein Mann. Es ist die gesellschaftliche Struktur, die sich die Götter schafft."

Hauptmann nimmt an, Nevali Çori sei das Zentrum einer größeren Stammesgruppe gewesen und von einer elitären Gruppe, einer Art höheren Priesterschaft, regiert worden. Ihr heiligster Bezirk, der Tempel, habe vom Volk nicht betreten werden dürfen. Hauptmann: „Es konnte sich womöglich draußen aufstellen und mußte warten." Aber worauf?

In Nevali Çori wurde eine Vielzahl großer Skulpturen aus Kalkstein gefunden, die ältesten auch sie. Ebenso verblüffend war die architektonische Anlage des Ortes: massive, völlig gerade und rechtwinklig erstellte Bauten, frei nebeneinanderstehend wie Vorort-Villen oder Bungalows.

Auch die Größe der Häuser, eines ist 16 Meter lang und 7 Meter breit, hat die Forscher überrascht. Desgleichen die primitive Klimaanlage, die es in jedem der Gebäude gab. Sie bestand aus Zwischenräumen unter den Fußböden, durch die Wasser aus dem Kantarabach geleitet werden konnte.

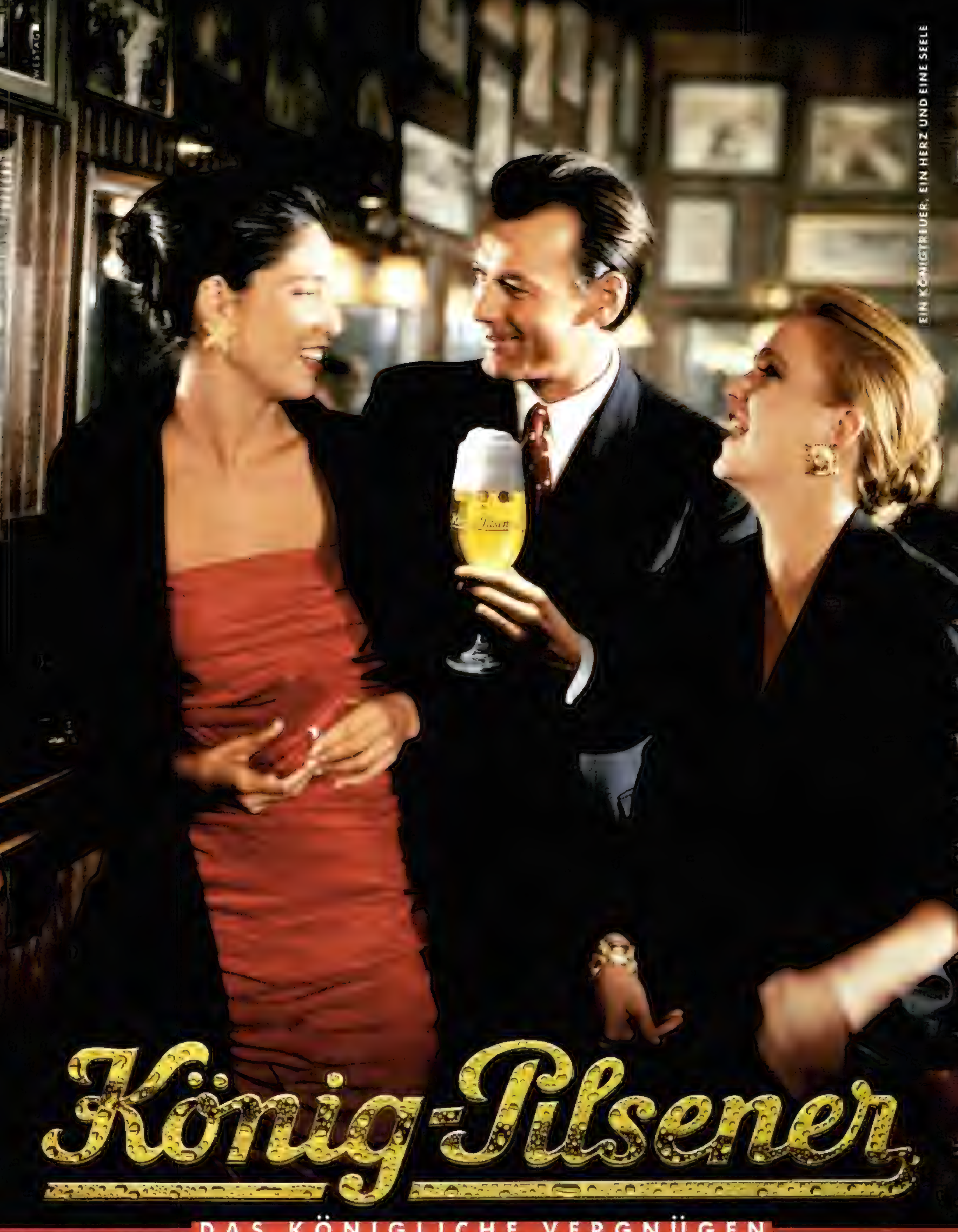
Im Lauf der Jahrtausende hat sich der Wasserlauf einen Cañon ausgehobelt. Die Wildheit verstärkt nur die mythische Würde, die von dem Fundplatz auf der schützenden Terrasse ausgeht. Auch das Dröhnen eines amerikanischen Panzerflugzeugs vom Typ A-10 „Thunderbolt", das den Norden des Irak anfliegt, kann hier nicht stören.

Hauptmann ist zurückgekommen, um in Nevali Çori nach dem Rechten zu sehen. Ende dieses Monats, wenn die schlimmste Sommerhitze abgeklungen ist, soll mit den Grabungsarbeiten wieder begonnen werden. Im letzten November hatte Hauptmann den Ort mit Unmengen von Erdreich und Geröll zuschütten lassen, um ihn vor den Härten des anatolischen Winters und vor Plünderern zu schützen.

Aus der Nähe erscheint der Tempel wie die Vergrößerung einer fotografischen Kopie, die nicht in den Bilderrahmen paßt. Eine Außenmauer umgibt ihn. Die Steinplatten dienten offenbar als Sitzbänke. Zwischen den Platten ragen senkrecht stehende, nach oben auskragende Pfeiler hoch, ein Teil von ihnen geformt als menschliche Figuren.

Im Innern des Tempels bildet ein Freiraum ein perfektes Quadrat. Sein

in einem Trockental am Euphrat entschieden?


EIN KÖNIGTREUER. EIN HERZ UND EINE SEELE
König-Pilsener
DAS KÖNIGLICHE VERGNÜGEN



Archäologe Hauptmann in Nevali Çori: Spurenleser am Ende des 20. Jahrhunderts

Untergrund hat Äonen überstanden: ein noch immer glasharter Terrazzoboden aus Kalksteinsplitt. Die Baumeister von Nevali Çori, frühzeitliche Perfektionisten, haben die Steinkörner mit Mörtel vermischt und die Oberfläche dann sorgfältig abgeschliffen.

„Zum erstenmal wurde versucht, hier etwas zu formen, zu gestalten", sinniert Hauptmann im Schatten eines Nußbaums, des einzigen weit und breit. „Die Menschen von Nevali Çori wollten schöpferische Kraft zum Ausdruck bringen, sich und andere mit neuen Formen unterhalten."

Hauptmann und seine Ausgräber fanden die Reste eines Ateliers, dazu plastisch ausgeformte, groß- und kleinformatige Figuren. Die Skulptur eines Kopfes mit stark aufgeworfenen Lippen ist eine fast naturalistisch und modern wirkende Arbeit. Ein anderer Kopf sieht, mit zugespitztem Mund, wie ein pausbäckiger Bläser aus. Der Rücken eines 40 Zentimeter hohen Torsos wirkt wegen der markanten Rückgratlinie ausgeformt wie eine Muskellandschaft.

Die Figuren und Skulpturen werden zwei Autostunden südlich von Nevali Çori im Museum der chaotischen Provinzhauptstadt Urfa nahe der türkisch-syrischen Grenze aufbewahrt. Im Keller versperren schwere Stahlgittertüren den Zugang zu Regalen mit dem Skinhead-Gott, einer stromlinienförmigen Vogel-Skulptur und der Büste einer jungen Frau mit Ponyhaarschnitt.

Andere Fundstücke aus Nevali Çori liegen draußen im Hof, umwickelt mit grauen Kunststoffbahnen und wie Rollbraten eingeschnürt. Es handelt sich um zwei Pfeiler, die im Freiraum des Tempels standen – die außergewöhnlichsten und gleich wieder rätselhaftesten Objekte, mit denen Hauptmann zu tun hat.

Einer der Pfeiler war noch „in situ" verankert, genau an jenem Platz, wo er vor über 9000 Jahren aufgerichtet wurde. Der andere war von einem Grabräuber umgestürzt worden und dabei in drei Teile zerbrochen.

Die schlanken Monolithen waren jeweils drei Meter hoch und trugen eine Decke, die den Innenhof des Tempels überspannte. Sie bestehen aus stilisierten menschlichen Figuren. Ein Relief menschlicher Arme, das am oberen Rand der Schmalseite beginnt, führt an den breiten Seiten weiter und mündet auf der Vorderseite in die Gestalt von klar ausgeformten Händen, die sich begegnen.

Was war die Bedeutung dieser Stelen, welches ihre Funktion? Nur tastend wagt sich der Heidelberger Archäologe an Interpretationen seiner Entdeckung: „Wir können die Stelen und den Tempel mit unserem Wissen der Welt nicht erklären." Er hält für möglich, daß im Dämmerlicht unter der Tempeldecke und vor der Nische mit dem Gott womöglich schreckliche Dinge geschahen.

Seine Arbeit als archäologischer Spurenleser am Euphrat begann Hauptmann Ende der siebziger Jahre, als das Generaldirektorat für Altertümer in Ankara Institute in aller Welt bat, an dem Fluß sogenannte Rettungsgrabungen zu starten: Riesenhafte Staudämme bedrohen das Erbe der Vergangenheit.

Vogel-Skulptur aus Nevali Çori: Steinzeitliches Atelier

In der südöstlichen Türkei entsteht ein künstliches, 500 Kilometer langes Meer, unter dem Städte und Dörfer, aber auch die archäologischen Reichtümer der Region verschwinden. Ein halbes Dutzend Staudämme blockieren die Wasserfracht von Euphrat und Tigris schon, darunter der Wall des Atatürk-Damms, mit 169 Metern Höhe der größte von allen.

Hauptmann hat nahe der Stadt Samsat einen Siedlungshügel namens Lidar untersucht, der 1989 von den Wassermassen überschwemmt wurde. Er enthielt den Kulturschutt von viereinhalb Jahrtausenden, darunter eine Festungsanlage, die vom Ende des hethitischen Großreichs und dessen Nachfolgestaaten in Nordsyrien und der südöstlichen Türkei kündete.

Von Lidar aus machte Hauptmann Begehungen in die baumlosen Trockentäler, vor allem in solche, in denen sich Bäche tief in die verkarsteten Hügel eingegraben haben – irgendwann im Halbdunkel der Frühgeschichte, so die Überlegung, hätten hier Menschen hausen können.

Auf Nevali Çori wiesen der Kantarabach und seine Cañons. Hinzu kam, daß kurdische Bauern im Grabungscamp von Lidar jungsteinzeitliche Pfeilspitzen vorzeigten, als deren Fundort sie die Hangterrasse angaben.

Als Hauptmann die Terrasse von Nevali Çori zum erstenmal betrat, ahnte er sogleich, daß eine Siedlung aus der Frühgeschichte unter seinen Füßen lag. Er fing einfach dort zu graben an, wo die meisten Pfeilspitzen herumlagen.

Hauptmann: „Es ist noch immer kaum zu glauben, aber in wenigen Tagen waren wir in der frühesten Jungsteinzeit angekommen. Es war wie der direkte Einstieg in eine Zeitmaschine."

Zweifel blieben aber doch, auch nach dem ersten Durchstich auf das Mauerwerk eines Gebäudes. Ringsum greifen die Trockentäler ineinander, nirgendwo Anzeichen menschlichen Lebens, nur

gelegentlich ein Stein, der dunkel herumliegt.

Doch bald stellte sich heraus, daß die Begründer von Nevali Çori den Standort der Siedlung mit Bedacht gewählt hatten. Er befindet sich 490 Meter über dem Meer, 70 Meter über der Talsohle des Euphrat. Nevali Çori war damit sicher vor Überschwemmungen, für die Vorderasiens längster Fluß berüchtigt ist.

Geschichte, das hat Hauptmann in den Trümmern der Jahrtausende gelernt, mißachtet jeden, der ihre Geheimnisse im Eiltempo entschleiern will. „Wer das tut, wird scheitern", doziert er, „es muß ruhig laufen, damit man besser beobachten kann."

In den ersten zwei Jahren nach Grabungsbeginn steckten Vermessungsingenieure der Universität Karlsruhe die Grabungsfläche ab und teilten sie in Planquadrate ein. Im äußersten Westen des Plateaus markierten die Landvermesser einen verwitterten, 1,50 Meter langen Stein als Meßpunkt. Es dauerte lange, ehe Hauptmann die Bedeutung des Quaders erkannte. Heute nennt er ihn, wie das Zentrum einer atomaren Explosion, „ground zero" – der Stein wies den Weg hinab zum Tempel. Er war, wie sich herausstellte, der oberste Teil jenes Pfeilers, der weiter unten im Terrazzoboden stand.

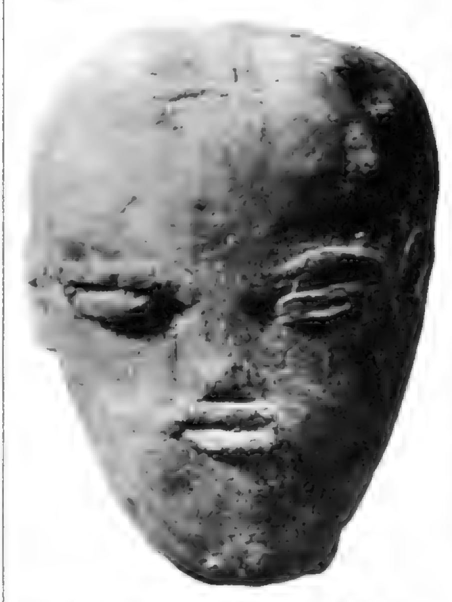
Dieser Teil des Puzzles fing erst in den letzten beiden Jahren an, ins Bild zu passen. Langsam hatten sich die Ausgräber auf dem Plateau von Ost nach West gewühlt, Schicht um Schicht, Haus um Haus freigelegt. Am Kantarabach hatten sie einen Damm mit zwei Rohrleitungen gelegt, um nach Art von Goldgräbern Siedlungsschutt und -erde durch Siebe zu rütteln. Die erbarmungslose Systematik dieses Berufs verlangt nicht nur große Funde. Auch kleinste Dinge sind gefragt: Feuersteingeräte, Pflanzenreste, Perlen, Knochensplitter.

„Erste Teile eines Gebäudes von fast monumentaler Größe", schrieb Hauptmann in das Grabungstagebuch, als er auf den Tempel stieß, „Grundriß unterscheidet sich von allen anderen in Nevali Çori und Cayönü."

Cayönü ist eine Siedlung aus der Jungsteinzeit, die von dem amerikanischen Archäologen Robert Braidwood an einem Nebenfluß des Tigris nördlich von Diyarbakir entdeckt wurde. Zusammen mit den Fundamenten und Gemäuern, die im Untergrund des biblischen Jericho gefunden wurden, bildeten diese Orte die bis dahin ältesten der Welt.

Aber nirgendwo, auch nicht in Cayönü, wo Braidwood ein Schädelhaus, gefüllt mit Totenköpfen, entdeckte, gab es eine Anlage wie die am Westrand von Nevali Çori. An der Talseite des Tempels führt eine Treppe auf den Terrazzoboden hinab. Und genau gegenüber, zwischen den Stelen, befindet sich die Nische. In ihr stand, eingemauert, die Büste des Gottes.

Weil die Ausgrabungen noch andauern, hat Hauptmann lange gewartet, ehe er die Existenz des Tempels publik machte, und auch das nur gegenüber Fachleuten, die sich Ende Mai in Canakkale bei Izmir auf dem 13. Türkischen Ausgräberkongreß versammelten.



Schädel-Skulptur aus Nevali Çori
„Mit neuen Formen unterhalten"

Für Professor Olivier Aurenche vom Zentrum für die Erforschung des Nahen Ostens in Lyon, wo alle archäologischen Daten aus der Region gespeichert und analysiert werden, hat die Ausgrabung „überragende Bedeutung". Aurenche: „Es ist etwas ganz Neues, das hier ans Licht kommt."

Der Amerikaner Robert Braidwood nennt Nevali Çori „den Hintergrund, ja, die Schwelle zur Zivilisation". Braidwood: „Mich wundert in der Archäologie nun gar nichts mehr."

Hauptmann interessiert sich jetzt vor allem dafür, wer in Nevali Çori gelebt hat und warum. Er hat das Wasser des Kantarabachs chemisch analysieren lassen. Sein Anteil an Spurenelementen entspricht dem von Mineralwasser. Der Professor beschwört die Vorstellung vom Paradies, wie es im Alten Testament beschrieben wird. „Vielleicht hat die Bibel nur eine Welt gezeichnet, wie sie damals hier bestanden hat", sagt er, „eine Zeit, in welcher der Mensch mit seiner Umwelt im reinen war und dynamisch und schöpferisch nicht gegen sie, sondern mit ihr gearbeitet hat."

Damals müssen die Lebensbedingungen am Oberlauf des Euphrat ideal gewesen sein. Wildgräser, die Vorläufer von Gerste und Weizen, gibt es vereinzelt noch heute in der Gegend, sie lassen sich sogar zu Mehl verarbeiten. Es gab lockere Mischwälder mit Eichen, Ulmen und Pistazienbäumen, Herden von Wildschafen, Wildrindern, Wildschweinen, Wildziegen und Gazellen.

In einem der Gebäude Nevali Çoris wurden menschliche Schädel gefunden. Sie waren unter dem Fußboden in einer Grube niedergelegt worden. Der Göttinger Anatom Michael Schultz hat die Schädel untersucht. Er fand heraus, daß sie eine „extreme Verdikkung" des Schädeldachs aufwiesen, vermutlich aufgrund stark Vitamin-A-haltiger Nahrung wie zum Beispiel Wildtierleber, die auf Feuerstellen aus Euphrat-Kieseln gebraten wurde.

Der Skinhead-Kopf scheint Schultz recht zu geben. Die Skulptur hat den Abschluß der Tempelwand beherrscht, doch sie war nicht allein. Neben ihr fand sich im Schutt der große Torso. Und nicht weit davon entdeckten die Archäologen ein Relief, auf dem ein tanzendes Paar und eine Schildkröte zu



Tempelanlage in Nevali Çori: Ahnung von schrecklichen

sehen sind – das Symbol für Fruchtbarkeit.

Eine italienische Archäologin, die Nevali Çori besucht hat, sieht in dem Tempel das Zentrum eines Fruchtbarkeitsritus. Ihr fiel auf, daß sich die Hände an den Vorderseiten der Stelen unter einer gedachten Mitte des Bauchs treffen, was sie als Haltung einer Schwangeren interpretiert, die ihr ungeborenes Kind spüren und schützen will.

Hauptmann glaubt, daß sich die Gesellschaft von Nevali Çori, mehr als vielleicht jede andere nach ihr, der Muße verschrieb. Seine Leute fanden in den Häusern Steinplatten mit Vertiefungen, die aussehen wie Steckschachspiele. Die Menschen konnten sich sogar abends ihrem Brettspiel widmen, denn auch Steinlampen, mit tierischen Fetten als Brennstoff, gab es in Nevali Çori schon.

Doch niemand weiß, was sich in der Halbdämmerung des Tempels zutrug. Hauptmann fand in der Kultanlage keine Schädel oder Knochen. Blutige Rituale scheinen nicht in sein Bild von der friedvollen, künstlerisch ambitionierten Kolonie zu passen.

Er geht davon aus, daß dem Gott vor der Nische Tiere geopfert wurden, meint dann aber auch: „Vielleicht wurden nicht nur die geschlachtet."

Daß es in Nevali Çori Menschenopfer gab, mutmaßt auch Robert Braidwood. Er hat in Cayönü Messerklingen aus vulkanischem Glas auf Blutspuren untersuchen lassen. Mit Hilfe von Chemikalien ließen sich an den Klingen Kristalle des Blutfarbstoffs Hämoglobin ermitteln. Braidwood: „Die Methode ist so exakt, daß klar unterschieden werden kann, ob das Blut von einer Kuh, von einer Ziege, oder von Menschen stammte – und diese Blutspuren stammten von Menschen."

Braidwood macht „jede Wette", daß auch auf den Klingen von Nevali Çori Reste von Blut kleben. Aber die wurden, falls es sie gab, ein Opfer deutscher Gründlichkeit.



Archäologe Schmidt (r.) in Urfa: „Glanz auf der Schneide"

Gleich gegenüber dem Museum in Urfa hat Hauptmann ein Depot eingerichtet. In der alten Karawanserei ordnen seine Assistenten Tonnen von Fundstücken aus Nevali Çori.

Im schummrigen Licht eines Gewölbes säubert einer von ihnen, Klaus Schmidt, Klingen aus Feuerstein. Um den Kalk von ihnen abzulösen, wirft er die Klingen in einen Behälter mit Salzsäure. Dann gießt er den Inhalt samt den Klingen in einen größeren Bottich, der mit frischem Wasser gefüllt ist, greift mit bloßen Händen hinein und holt die Klingen heraus. Schmidt ist zufrieden: „Diese Technik ist so wirkungsvoll, daß sogar der Glanz auf der Schneide erkennbar wird."

Der 37jährige gilt als Experte für Steingeräte aus der Vorzeit. Wegen verschiedener Merkmale von Stößeln und Schalen datiert Schmidt Nevali Çori sogar noch weiter zurück, als dies Hauptmann und die Kollegen am Forschungszentrum in Lyon getan haben.

Die nächste Grabung könnte Gewißheit bringen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Tempel von Nevali Çori nicht der einzige an diesem Ort ist, daß es einen noch älteren gibt, der sich genau unter dem jetzigen befindet.

Ein Teil der Ummauerung ist jetzt schon zu sehen. Sie schließt den Tempel aus dem achten vorchristlichen Jahrtausend auf der Hangseite ab und wurde von den Baumeistern einer nachfolgenden Generation als stützender Wall, etwa gegen Erdrutsche, an Ort und Stelle belassen. „Sie waren sehr auf festen Untergrund bedacht", meint Hauptmann, „es war eine geniale Sache, den neuen Tempel einfach ins Mauerwerk des alten zu setzen."

Vom kahlen Rücken einer Schlucht, in die der Atatürk-Staudamm gebaut wurde, blickt Hauptmann hinab auf den See. Das Wasser steigt, bald wird es das Einlaßtor erreicht haben, von dem mächtige Rohre hinabführen ins Kraftwerk des Staudamms.

Das Wasser an der Basaltmauer des Staudamms steht 470 Meter über dem Meer, Anfang nächsten Jahres wird es auch Nevali Çori erreicht haben. Die Stiftung des World Monuments Fund in New York hat bei Hauptmann angefragt, ob sie bei einer Rettung von Nevali Çori helfen könne, etwa durch den Bau eines zweiten Damms, der das Kantara-Tal vom Stausee abriegeln würde.

Das aber ist illusorisch. Der neue Damm müßte seinerseits die Höhe des Atatürk-Bollwerks erreichen – und der ist höher als der Kölner Dom.

Auch eine Rettung wie jene der riesigen Sitzfiguren des Tempels von Abu Simbel in Ägypten ist unmöglich. Die wurden zersägt und hydraulisch angehoben, um sie vor den Fluten des Nasser-Sees am Assuan-Damm zu bewahren. Das fragile Mauerwerk Nevali Çoris würde beim Abtragen unweigerlich zerbröckeln.

Hauptmann will Nevali Çori lieber noch einmal mit Sand und Geröll bedekken – Material, das den empfindlichen Kalkstein des Ortes auch schon vor den Ölregen aus Kuweit geschützt hat, die bisher fünfmal in der Gegend niedergingen.

In zwei bis drei Generationen, so schätzt der Archäologe, werde auch der Staudamm wieder aufgegeben, wenn die Kräfte der Erosion ihr zerstörerisches Werk an dem Fortschrittsmonument verrichtet haben. „Dann", so Hauptmann, „kann eine neue Generation von Archäologen in Nevali Çori weitergraben." ◀

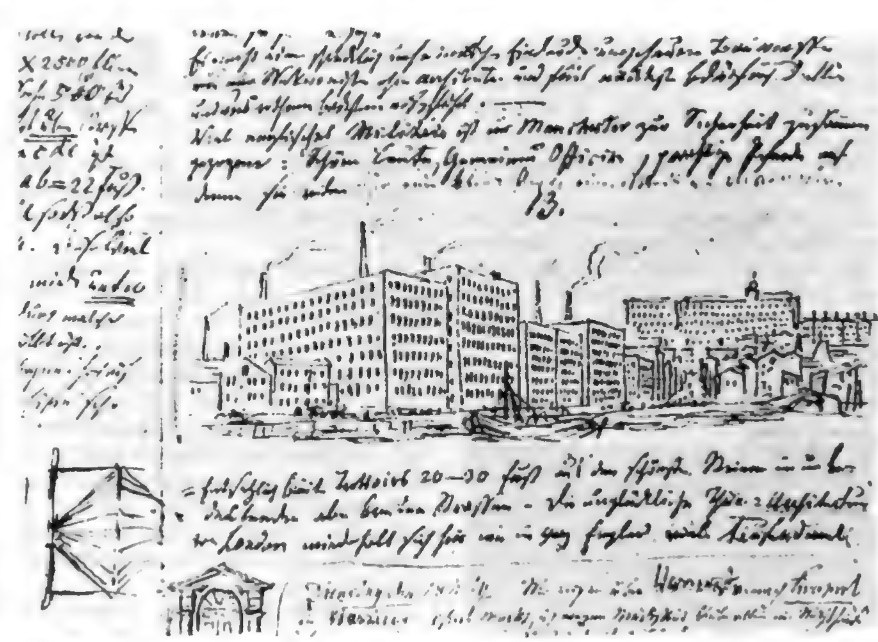


Geschehnissen



Schinkel-Werk Gärtnerhaus – Römische Bäder in Potsdam (1829/30): Ungehobene Schätze des Nachlasses





Architekt Schinkel, Schinkel-Skizze einer Fabrik in Manchester: Überraschende Mißachtung englischer Säulenmeister

Architektur

Karl Friedrich Who?

Großbritannien entdeckt den preußischen Groß-Baumeister Karl Friedrich Schinkel – 150 Jahre nach seinem Tod.

Im Theater erlebte der deutsche Gast eine Schlacht mit „Festungsstürmung". Höhepunkt: „12 Pferde galoppieren die steilsten Berge hinauf und hinab, 4 Elefanten, die schwarzen von den großen Londoner Pferden formiert, sehr täuschend." Am späten Abend dann: „Im Kaffeehaus viel Ginger-Bier, auf dem Rückwege viel Gesindel auf den Gassen." Die Tagebuchnotizen, die der deutsche Architekt, Maler und Designer Karl Friedrich Schinkel (1781 bis 1841) auf seiner Englandreise im Sommer 1826 gemacht hat, sind wertvolle Dokumente der Alltagsgeschichte.

Außerdem belegen sie: Der preußische Oberbaurat und Klassizist bewunderte in Britannien vor allem Dampfmaschinen, Drehbänke, hydraulische Pressen, Fabrikgebäude, Tunnelbauten und Eisenbrücken, sogar die „Londoner Trottoirs mit eiserner Abflußrinne, die eingelegt ist" – weit mehr als die säulenbewehrte Tempel-Würde seiner klassizistischen Baumeisterkollegen Soane (Bank of England) oder Smirke (British Museum). Von ihnen hatte er sich Anregungen für sein Altes Museum erhofft.

Fast so überraschend wie Schinkels Verhältnis zu England ist das Nicht-Verhältnis der Angelsachsen zu dem bedeutendsten deutschen Architekten des 19. Jahrhunderts: Die einzige englischsprachige Schinkel-Monographie überhaupt ist ein neuer Bild- und Textband, der zugleich als Katalog einer Schinkel-Schau im Londoner Victoria and Albert Museum dient*. Auch diese Schau stellt eine angelsächsische Premiere dar, was kurz nach ihrer Eröffnung Ende Juli nicht nur der *Independent* „rather strange" fand: ziemlich seltsam.

Alle großen Londoner Blätter haben die überwiegend vom Auswärtigen Amt in Bonn getragene, mit 100 000 Mark von BMW zusätzlich geförderte Ausstellung besprochen – „splendid", glänzend, hieß es gleichlautend in drei Gazetten. Die Engländer entdecken Schinkel, 150 Jahre nach seinem Tod. Warum erst jetzt? Liegt es daran, daß die Engländer nach wie vor „erschütternd insu-

* Bis zum 27. Oktober. Katalog Michael Snodin (Hrsg.): „Karl Friedrich Schinkel: A Universal Man". Yale University Press, New Haven/London; 232 Seiten; Paperback; 16,95 Pfund.

lar" denken, wie der deutsche Schinkelkenner Otto von Simson vermutet?

Unbekannt war der märkische Pastorensohn, der neben repräsentativen Landhäusern, Kirchen, Denkmälern, Theater- und Museumsbauten auch Servietten und Fußbänke, Bühnenbilder und Bilderrahmen entwarf, der angelsächsischen Fachwelt vorher durchaus nicht. Das beweist eine kontinuierliche Folge von Schinkel-Aufsätzen, die nach einer ersten Würdigung in der *Architectural Review* (1912) publiziert wurden. Aber diese Spezialuntersuchungen änderten nichts an dem, was der *Guardian* jetzt selbstironisch in die verlegene Frage faßte: „Karl Friedrich Who?"

Der Autor dieses Artikels erklärt das Rätsel so: Allzu viele Schinkel-Bauten seien in diesem Jahrhundert zerbombt oder einfach abgerissen worden – die DDR sprengte 1962 die berühmte Berliner Bau-Akademie in die Luft, einen strengen Backstein-Kubus, englischer Fabrik-Architektur nachempfunden. Allein die Stadt Berlin hat so 33 Schinkel-Bauten verloren.

Zudem hätten zwei Weltkriege die angelsächsisch-deutschen Kulturbeziehungen „zerhackt"; die beiden Länder hätten mehr Interesse daran gezeigt, die Bauten des jeweils anderen Landes zu bombardieren, als sie zu bewundern. Und was die Architektur betreffe, so habe auch Hitlers „obsessive" Neigung zu dieser Kunst, speziell zu Schinkel, die Engländer verschreckt.

Als hartes Symbol dieser Beziehungsstörungen taucht dann – auch in anderen Blättern – Schinkels Entwurf für das Eiserne Kreuz auf. Daß nicht Hitler es in Auftrag gegeben hat, sondern der Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. – 1813 als Orden für Tapferkeit in den Befreiungskriegen gegen Napoleon –, wird immerhin knapp erwähnt.

Dennoch erscheint es angesichts solcher Vorbehalte als ein kleines Wunder, daß die englische Königin dem dubiosen Unternehmen eine Leihgabe zur Verfügung stellte: eine prächtige Vase mit Panorama-Seestück aus der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin.

Die übrigen 159 ausgestellten Gemälde, Zeichnungen, Tagebuchskizzen, Möbel, Schalen, Pokale, Kerzenständer und Textilien stammen aus den öffentlichen Sammlungen in Berlin und Potsdam. Darunter sind auch Blätter aus dem einst in Ost-Berlin eifrig gehüteten Löwenanteil des Nachlasses, zu dem unter anderem 3000 Zeichnungen Schinkels gehören. Die historisch-kritische, auf 22 Bände angelegte Edition von Schinkels „Lebenswerk" begann im Jahr 1939. Sie ist immer noch nicht abgeschlossen.

„Wie ein Mann eine Teilung überbrückte", titelte eine Zeitung. Die britische Presse feiert in Schinkel ausdrücklich auch die neu erlangte deutsche Einheit – als glückliche Wiedervereinigung („re-unification") von Deutschland, der Hauptstadt Berlin und Schinkels Gesamtwerk. Und dies, obwohl die Deutschen so unvorsichtig waren, das Unternehmen ausdrücklich als „die erste Ausstellung ihrer Art aus dem ungeteilten Deutschland" zu plakatieren. Vergessen sind anscheinend die ersten Zweifel von 1990 gegenüber „Großdeutschland".

Gemessen an ihrer kulturpolitischen Bedeutung ist die Schau recht bescheiden ausgefallen. Untergebracht wurde sie in einem Teil des Henry Cole Wing, sozusagen im Hinterhaus des Victoria and Albert Museum. Im Foyer hinter dem Haupteingang findet sich nicht einmal ein Hinweisschild.

Die Erklärung für den etwas linkischen Schinkel-Auftritt der wiedervereinigten Deutschen: Geplant wurde Ende der achtziger Jahre lediglich eine Ausstellung mit Schinkels Aquarellen – von der damaligen DDR-Regierung.

Während der Vorbereitung der Ausstellung starb den Briten der Staat weg, mit dem sie alles verabredet hatten. Bonn übernahm dann nach dem 3. Oktober 1990 alle Zusagen, ohne selbst bessere Bedingungen auszuhandeln. Unglücklicherweise wurde in Düsseldorf fast gleichzeitig eine andere Schinkel-Ausstellung vorbereitet: „Schinkel im Rheinland". Und das Londoner Goethe-Institut schob hastig einen Bilderbogen zu Schinkels Englandreise nach. Ein verwirrendes Schinkel-Gestückel. Vielleicht glückt demnächst eine großzügigere Huldigung an ein anderes Baugenie: etwa an Gottfried Semper.

Kino

Hexenjagd

„Schuldig bei Verdacht". Spielfilm von Irwin Winkler. USA 1991. 105 Minuten; Farbe.

Zeiten vaterländischen Hochgefühls sind Zeiten der Selbstgerechtigkeit und der eifernden Intoleranz: Die neue amerikanische Siegerstimmung zeigt, in der Diffamierung von Pazifisten, Züge davon. Kein schlechter Zufall also, daß eben jetzt ein Film dem nationalen Stolz die Erinnerung an nationale Verfinsterungen entgegenhält, die Erinnerung an Gesinnungsschnüffelei, Denunziation und Verketzerung im Kalten Krieg, als der populistische Senator McCarthy und das Komitee gegen unamerikanische Umtriebe zur Hatz auf Kommunisten und Sympathisanten aufriefen.

Hollywood war damals ein prominentes Ziel dieser Verleumdungskampagnen mit antisemitischem Beigeschmack: Zehn Filmleute, die sich dem Druck nicht beugen wollten, kamen ins Gefängnis und dann auf Boykottlisten, Hunderte von Existenzen wurden gebrochen, Regisseure wie Chaplin, Losey, Dassin oder Polonsky entzogen sich durch Emigration den unamerikanischen Umtrieben des McCarthyismus.

Weil zu viele zu unrühmlich bei den Anschwärzungs- und Ausgrenzungsritualen mitgemacht hatten, erinnert sich Hollywood ungern daran. Filme zum Thema sind rar. Für „Schuldig bei Verdacht" spricht die Redlichkeit der Absichten und Mittel: Der Erfolgsproduzent Irwin Winkler hat sich der ungeliebten Geschichte so entschlossen angenom-



„Schuldig bei Verdacht"-Star De Niro: Denunziation als Bürgerpflicht

men, daß, nach einigen Umwegen, das Debüt des Sechzigjährigen als Autor und Regisseur daraus wurde.

Am Anfang stand ein autobiographisches Drehbuch des Ex-Kommunisten und Hexenjagd-Opfers Abraham Polonsky, bei dem der Franzose Bertrand Tavernier Regie führen sollte; doch als Winkler das Projekt übernahm, veränderte er es so wesentlich, daß Polonsky nicht mehr als Urheber genannt sein wollte: Winklers Kinoheld ist durch und durch unpolitisch.

Mit guten Gründen hatten viele amerikanische Künstler und Intellektuelle zur Zeit des spanischen Bürgerkriegs oder der amerikanisch-sowjetischen Waffenbrüderschaft mit linken Ideen sympathisiert und linke Organisationen unterstützt – daß sie nach dem Krieg für ihren Antifaschismus als Staatsfeinde kriminalisiert wurden, war die Niedertracht der McCarthy-Strategie.

Der Held von „Schuldig bei Verdacht“ jedoch, ein berühmter Hollywood-Regisseur (Robert De Niro), war offenbar nie von den Kämpfen jener Zeit berührt. Aus dem puren Anstand des Unbetroffenen lehnt er es ab, sich als guter Amerikaner zu beweisen, indem er ein paar Bekannte als Kommunisten denunziert. Daß er dafür bestraft wird, verkleinert die Inquisition zum Justizirrtum.

Winklers Film ist ehrgeizig, eindringlich in Details, bewegend durch De Niros Kraft der Empörung und steht doch ganz in der Tradition der Schlappheit des liberalen Hollywood-Gesinnungskinos: Er präpariert sich einen moralisch lupenreinen Modellfall, der es erlaubt, mit großem rhetorischen Schwung offene Türen einzurennen.



„Father“-Stars Sprinkle, Edel
Nur die Hülle für die Seele

Hans in New York

„My Father is Coming“. Spielfilm von Monika Treut. USA/Deutschland 1991. 82 Minuten; Farbe.

Der Mann ist klein, dick und Bayer. Doch der Mann ist lernfähig. Und so kommt es, daß dieser deutsche Hans, der, im Gepäck die Weißwürste und einen batteriebetriebenen Handstaubsauger, in New York nur sein ehrgeiziges Töchterlein Vicky besuchen wollte, schon bald nicht nur in einem Werbespot mitwirkt, sondern sich aufs schönste umspielen läßt von den natürlichen Wundern einer New-Age-Sex-Göttin: ein Hans im Glück.

Wie der Vater, so die Tochter. Denn Vicky, die ausgezogen war, in New York die Schauspielerei zu erlernen, hat es satt, sich stets nur von Hoffnungen und einem Job als Kellnerin zu nähren, und sehnt sich nach fleischlicheren Genüssen. Die findet sie bei einer puertoricanischen Köchin sowie einem gutaussehenden Joe mit nicht ganz klaren Geschlechtseigenschaften. Trotzköpfchen mausert sich zum Vamp, und Vater Hans setzt zum guten Ende eine Baseballkappe aufs reichlich schüttere Haar.

Regie geführt bei dieser zweifachen Entdeckungsreise hat die in New York lebende Hamburger Filmemacherin Monika Treut, die schon in der „Jungfrauenmaschine“ von einem erotischen Aufbruch nach Amerika erzählte. „My Father is Coming“ ist ein Porträt des East Village, von Künstlern und Lebenskünstlern, liebevoll-ironisch gezeichnet und, nicht zuletzt dank Elfi Mikeschs Kameraführung, ganz unverstellt von irgendwelchen Kultgebärden.

Shelley Kästner ist eine etwas verhuschte Hauptdarstellerin und in ihren Jungmädchentraum aufrichtig verliebt; Alfred Edel hingegen, der Altkauz des jungen deutschen Films, hat seine Ambitionen derart gebändigt, daß er sogar dem ganzen Gewicht der Ex-Porno-Darstellerin und durch ihre spiritistischen Gebärmutter-Shows auch hierzulande bekannt gewordenen Performance-Artistin Annie Sprinkle gelassen nachgeben kann.

„The body is just the envelope for the soul“ – „der Körper ist nur die Hülle für die Seele“ –, sagt Joe, der früher Joan hieß. Und da wird Monika Treuts kleine Komödie schon fast zu einem Essay über den alten Traum, die Geschlechterrolle einfach zu wechseln, über sexuelle Identität und den Zwang zur Eindeutigkeit. Im Zweifelsfalle aber ist, in diesem Film, die Lady ein Kerl oder umgekehrt. Der Körper muß kein Schicksal sein.

Wallraff

Weicher Kern

Günter Wallraffs verdeckte *Bild*-Aktion wurde jetzt in internationaler Koproduktion als Thriller verfilmt. Doch in deutschen Kinos ist der Krimi nicht zu sehen.

Viele ahnen es, doch keiner kann es beweisen: Die Mächtigen des Millionenblatts spielen mit Geheimdienst, Politik und Wirtschaftsführern ihr Spiel um Macht und Korruption; betrogen wird der Leser, der den Schlagzeilen glaubt. Bis der Held, halb Bluthund, halb Eulenspiegel, sich in die Wortfabrik wagt und sie alle mit ihren eigenen Mitteln aufs Kreuz legt. Im öffentlichen Showdown entlarvt der Robin Hood der Feder die ganze Revolverblatt-Mafia als Lügenbande.

Ein Stoff wie erfunden, doch die Vorlage für diesen Thriller stammt aus der bundesdeutschen Wirklichkeit. 14 Jahre ist es her, daß Günter Wallraff im *Bild*-Büro Hannover als selbsternannter V-Mann im Dienste der Aufklärung krumme Touren und schmutzige Praktiken des Boulevard-Blattes erlebt und zu dem Bestseller „Der Aufmacher“ verarbeitet hat. Erst jetzt gibt es den Film zum Buch.

So lange hat der amerikanische Regisseur Bobby Roth („Heartbreakers“) in Holland, Frankreich und den USA Geld gesammelt, um „die faszinierende, wahre Geschichte des Günter Wallraff“ *(The New York Times)* doch noch auf die Leinwand zu bringen.

Zwei internationale Stars, Jürgen Prochnow und Nathalie Baye, spielen den Reporter und seine schöne Geliebte. Mitterrands Kulturminister Jack Lang wertete die Vorpremiere durch seine Schirmherrschaft zum Medienereignis auf. Der Film kassierte Vorschußlorbeeren, weil der deutsche Wühljournalist in Frankreich populärer

ist als zu Hause: Wallraffs Gastarbeiter-Report „Ganz unten" gehört zu den Prüfungstexten für französische Abiturienten und wurde dort allein 170 000mal verkauft.

In Deutschland, wo der Medien-Politkrimi um die *Bild*-Zeitung spielt, kommt der Film gar nicht erst in die Kinos. Es fand sich kein Verleih. Nur eine Videokassette ist unter dem Titel „The man inside" im Handel.

Solches Desinteresse legt Boykottvermutungen nahe. Es gibt keine Beweise, daß etwa Springer den Filmstart verhindert hat. In der Vergangenheit jedoch hat der Verlag Bücher des Kölner Autors über seine Erfahrungen bei *Bild* mit Prozessen überzogen. Mitglieder eines Videoverbandes warnten ihre Kollegen denn auch durch einen „vertraulichen Leserbrief" im Fachdienst *IVD-News* vor der Wallraff-Kassette: Ein „Angriff gegen den Springer-Konzern" könne „der Videobranche mit Sicherheit große Nachteile" einbringen.

Womöglich gäbe es für aufklärerische Absichten, wie sie in den siebziger Jahren en vogue waren, im gesamtdeutschen Harmonisierungskampf auch gar keinen Bedarf mehr. Schade ist nur, daß die Betroffenheitsschnulze, die Regisseur Roth aus dem Thriller gemacht hat, ungefähr so aufklärend ist, wie es ein Kolle-Werk heute wäre. Der Film reflektiert nicht die Stimmung in der Bundesrepublik nach der Studentenrevolte, während der Terroristenpanik und der Berufsverbote. „Schrill, reißerisch und doch auf seltsame Weise bieder" (*Süddeutsche Zeitung*), inszenierte der Amerikaner ein deutsches Märtyrer-Melodram, das als Symbol antiemanzipatorischer Umtriebe nicht taugt.

Auch wenn Wallraff nicht Woodward und die *Bild*-Redaktion in Hannover nicht das Weiße Haus ist: Etwas weniger deutsche Bedeutsamkeit, etwas mehr Watergate-Flair, kühl inszenierte Spannung statt hektischer Räuber-und-Gendarm-Dramatik, und es hätte – wie die Pariser *Libération* meinte – „ein echter Film werden können".

Obwohl der Abspann betont, daß Ähnlichkeiten mit Wallraff und seiner Geschichte rein zufällig seien, hält sich die Zelluloid-Fassung weitgehend an die historischen Fakten. „Der Mann, der bei *Bild* Hans Esser war" stellt sich im Film in der Redaktion des *Standard* als Franz Messer vor.

Jürgen Prochnows Narbengesicht verleiht der blassen Zerquältheit des Märtyrer-Originals immerhin etwas attraktiv Zerfurchtes; doch es fehlt dem Darsteller die Distanz zur Figur. Im Ton dramatischer Entschlossenheit tremolierte Sätze wie „Die Wahrheit ist das einzige, an das ich glaube" klingen wie die aufdringlich moralische Einstimmung auf eine Wallraff-Lesung. Lächerlich wirkt so ein Anspruch für ein Publikum, dem bekannt ist, wie wenig der Autor selbst verfaßt und wieviel andere für ihn geschrieben haben.

Roth hat seinen Film aus Zeichen zusammengesetzt, die so übertrieben eindeutig sind, daß sie aus dem Fundus der Stummfilmzeit stammen könnten; die Bilder sind mit Dialogen, gestanzt wie Untertitel, versehen.

Da ist Action angesagt, sobald Autos rasen. „Wir sind hier nicht im Kindergarten", bringt ein menschenverachtender Kollege den ängstlichen Reporter W. bei der ersten Dienstfahrt im reifenquietschenden Porsche gleich auf *Standard*-Kurs. Später am Abend erweist sich dann, daß der hartgesottene, versoffene Zyniker im Grunde ein armes, weil im weichen Kern schwules Schwein ist – wie hartgesottene, versoffene Zyniker eben so sind.

„Wirklich realistisch getroffen" habe Roth „die Blutsauger in der *Bild*-Redaktion", lobt Wallraff, dem das Werk gewidmet ist. Vermutlich stimmt das – doch gerade damit beweist der Wallraff-Film, daß die unbearbeitete Wirklichkeit ziemlich übertrieben und eher unrealistisch wirkt. Selbst wer Boulevard-Journalisten Chauvinismus, Gewissenlosigkeit und Fälscherlust zutraut, kann sich über die Karikaturen im Film bestenfalls belustigen.

Der Chefredakteur kann seine KZ-Aufseher-Allüren auch nicht mit italienischen Designer-Anzügen mildern. Dieter Laser, mit eisgrauem Stoppelkopf und brutaler Unterkieferpartie die Idealbesetzung des widerwärtigen Deutschen, muß Sätze brüllen, die nach Knallcharge klingen: „In Ordnung, Arsch", muntert er Mitarbeiter auf und schwärmt den getarnten Reporter an: „Das liebe ich an Ihnen, Sie riechen das Blut und haben den Killerinstinkt."

Der Vergleich mit der Wirklichkeit, den der Film heraufbeschwört, zerstört ohnehin alle Wunschträume eines Kinogängers vom siegreichen Don Quichotte. Im Impressum der *Bild*-Zeitung heute firmiert Lothar Schindlbeck, der von Wallraff bloßgestellte Redaktionsleiter in Hannover, als Politikchef des Blattes in der Zentrale. ◀



Wallraff-Darsteller Prochnow, Film-Redaktion: „Seltsam bieder"



***Bild*-Redakteur Wallraff**
Selbsternannter V-Mann

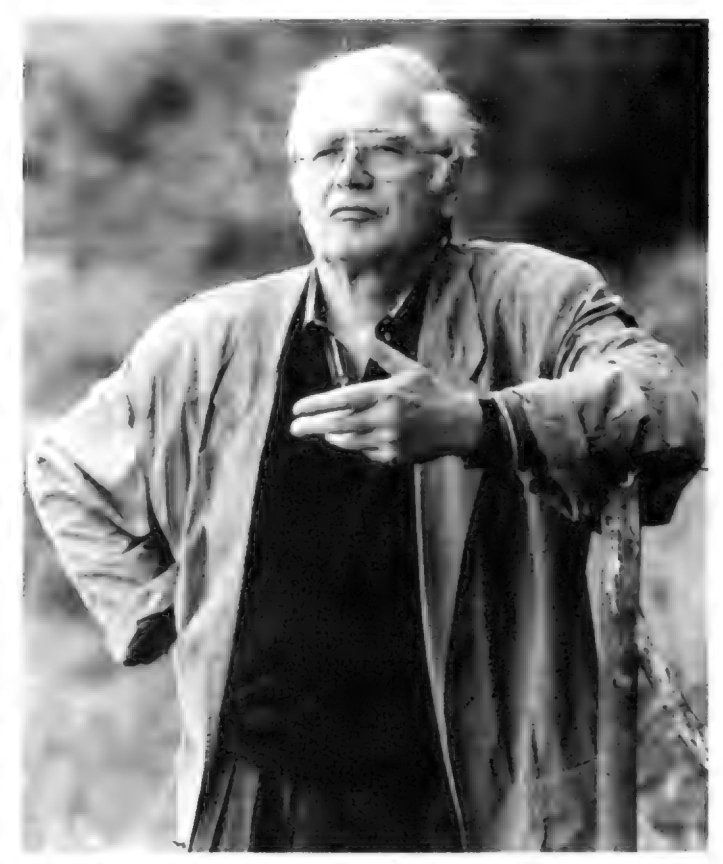
Ein deutsches Muttersöhnchen

Joseph von Westphalen über Martin Walsers neuen Roman „Die Verteidigung der Kindheit"

Der Schriftsteller und Essayist Westphalen, 46, hat unter anderem einen deutsch-deutschen Briefwechsel mit Monika Maron und zuletzt den Roman „Im diplomatischen Dienst" veröffentlicht.

Einen Lebenslauf für die Bewerbungsunterlagen zu schreiben kann lästig sein. Das kennt man. Das will manchmal nicht so recht von der Hand. Auch Martin Walsers neuer Held Alfred Dorn hat da seine Schwierigkeiten. Aber dann gelingt es doch*:

„Am 9. September 1929 wurde ich als Sohn des Dentisten Gustav Dorn und seiner Ehefrau Martha geb. Leißring in Dresden geboren. Von 1936 bis 1940 besuchte ich die 24. Volksschule, von 1940 bis 1948 das humanistische Kreuzgymnasium in Dresden, wo ich im selben Jahr das Abitur mit der Note ‚sehr gut' ablegte. Von 1948 bis 1952 studierte ich an der Universität Leipzig Rechtswissenschaften, konnte aber dort infolge meiner politischen Einstellung das Studium nicht erfolgreich abschließen. Von 1953 bis 1955 schloß ich an der Freien Universität Berlin ein Nachstudium an und legte am 11. Juli 1956 vor dem Justizprüfungsamt Berlin das erste juristische Staatsexamen mit der Note ‚voll befriedigend' ab."



Autor Walser: In ein fremdes Leben hineingewühlt

Zu diesem Zeitpunkt kennen wir Alfred Dorn schon fast 200 Seiten lang, sollten uns also nicht mehr über seine Macken wundern, sind aber doch etwas überrascht, wenn uns verraten wird: „Allein dieser Lebenslauf kostete ihn Nächte . . . Zehnmal, zwanzigmal schrieb er sein *Leben* hin und verwarf es wieder, weil immer noch eine Wendung zu steif oder zu banal war. Als die Frist zum Abliefern zwang, mußte er einen Lebenslauf aus der Hand geben, der ihm nicht gefiel."

Wieder einmal haben wir eine der vielen überempfindlichen Walser-Gestalten vor uns, denen das Leben ganz und gar nicht leichtfällt, denen so vieles mißlingt und die deswegen komisch sind.

Der Roman setzt 1953 mit dem Weggang Alfred Dorns aus dem heimatlichen Sachsen ein. Es ist keine Flucht. Sooft er kann, unterbricht er sein Studium in West-Berlin, um in seinem geliebten Dresden bei seiner geliebten Mutter zu sein.

Das Studium erweist sich als eine einzige Katastrophe. Er ist begabt, aber alles wird ihm zuviel. Ständig fühlt er sich ausgelacht. Ein mißtrauischer Patron. Kein Alkohol, keine Frauen. Nur Selbstbefriedigung, in den fünfziger Jahren noch unter dem Druck der Legende, daß einen das zerrüttet. Die Wirklichkeit erscheint ihm als „Folge minimaler Gemeinheiten". Er mag sich selbst nicht. „Im Spiegel sah er jeden Morgen, daß sein Gesicht so schief und zerdrückt aussah, als sei er nachts mißhandelt worden. Mit viel kaltem Wasser versuchte er, es in eine weniger peinliche Form zu bringen."

Selten war Walser komischer als in diesem Roman. Der trockene Witz macht die dargestellte Pein erträglich. Immer wieder schiebt Alfred Dorn den Prüfungstermin auf. Er will nicht erwachsen werden. Die Welt der Erwachsenen erscheint ihm feindlich, also will er ein Kind bleiben. Es gelingt Martin Walser immer wieder mühelos, die Verweigerung seiner Figur plausibel zu machen.

Sein Held Alfred Dorn ist eine armselige, rührende Erscheinung, eine unausstehliche Mimose, ein Muttersöhnchen, ein Hysteriker. Und doch nimmt man an seinem Schicksal fast ohne Unterlaß mitleidend teil. So fremd einem dieser Neurotiker sein mag, seine überempfindlichen Beobachtungen bieten doch immer wieder Züge an, in denen sich viele wiedererkennen können:

„Wieso mußte denn jeder ein Mann werden? Wo stand das?" Mit solchen Tröstungen hält sich Alfred über Wasser. Wenn es zu dick kommt, verkriecht er sich in die Kinoerzeugnisse der Traumfabriken Hollywoods, die die Westwelt für die Erniedrigten und Beleidigten bereithält. Dazwischen die Zusammenkünfte mit der Mutter, die ebenfalls völlig hysterisch verlaufen: „Der Empfang war immer atemlos, schrill und verlegen zugleich; er konnte nicht gelingen. Beide waren selig, sie konnten es nur nicht ausdrücken. Sie flüchteten lieber ins Gegenteil, in Spott, Schmähung und Schimpf. Also diese Frisur! Seine. Aber ihre auch!"

Eng, klebrig, stickig geht es da zu. Ich habe anfangs einen Widerstand gegen diese Welt gespürt, gegen dieses klammeraffenartige Mutter-Sohn-Verhältnis, gegen dieses Sächsisch, gegen dieses ungelüftete spießige Milieu. Ich habe einige Dutzend Seiten gebraucht, bis ich mich diesem muffigen Bildungsbürgerkosmos vorurteilsfrei und lustvoll ausliefern konnte.

Dabei zeigt Walser von Anfang an, was er kann, und besticht mit seinen un-

* Martin Walser: „Die Verteidigung der Kindheit". Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main; 520 Seiten; 45 Mark.

nachahmlichen, knappen Beobachtungen. Wenn die Mutter schon auf der zweiten Seite „die Hand nachformend oder genießerisch über Alfreds sich weit ausrundenden Hinterkopf gleiten" läßt und dabei stolz bemerkt, daß sein mit ihr in Scheidung lebender Vater darunter leide, keinen solchen Hinterkopf zu haben, dann ist mit wenigen köstlichen Zeilen eine Fülle über Konstellation und Naturell der Figuren ausgesagt und das Klima angedeutet.

Und wer die fünfziger Jahre erlebt hat, wird sich kaum den Reizen des Alltagspanoramas entziehen können, das Walser ganz beiläufig entfaltet: von der Kaloderma-Rasierseife bis zu den Kräuselkreppsocken, von den Sarotti-Bonbons bis zur „Ach, Egon, Egon"-Schnulze, die ständig aus den Radios der teuflischen und brikettstehlenden Vermieter erklingt und den hochmusikalischen Alfred martert.

Übrigens kann Alfred gelegentlich durchaus keck und spritzig werden. Als die Mutter einmal die Melodie von „Oh mein Papa" summt, sagt er ihr, „an diesem Tag habe er ein Anrecht auf bessere Musik".

Walser beschreibt das verdrehte, wachsame Gemüt seines eigentümlichen Versagers in immer neuen Facetten. Einmal, als Alfred einem Kommilitonen gegenüber von seiner Mutter spricht, fällt ihm selbst auf: „Er war bei dieser Mitteilung in einen Ton geraten, der für das Mitgeteilte viel zu groß war." Ich kenne keinen zeitgenössischen deutschsprachigen Autor neben Walser, der derart lapidar und scheinbar kunstlos Alltagsbeobachtungen zu einer Erkenntnis bündeln kann.

Auch die deutsche Besonderheit behandelt Walser so, daß man begreift, wie die Deutschen mit ihrer Teilung lebten. Alfred, Pendler zwischen Ost und West, nimmt bis zum Mauerbau die immer gemeiner werdenden Bedingungen des Pendelns wie eine unverrückbare Größe hin. Nicht die Schikane zählt, sondern daß man sie überwindet. „Als die Kontrolleure mit ihrer Beute abgezogen waren, sagte keiner der Reisenden etwas über diese Kontrolle. Das war das bedrückendste. Wahrscheinlich kannte keiner das Gesetz. Keiner fragte nach dem Gesetz. Jeder wußte, hier geht alles nach Gesetz. Das deutsche Laster."

Kaum ist Alfred Referendar, gibt es neue Katastrophen. Manchmal lehnt er sich auf, vor allem, wenn es um die Mutter geht, um Einreiseerlaubnisse, um den Vorwurf der Republikflucht. Dann entwickelt Alfred ungeahnte Kräfte. Er kämpft und siegt sogar manchmal.

Die Psychoanalyse hat er schon immer gehaßt, weil er geahnt hat, daß sie irgendwelche unangenehmen Erklärungen für seine Mutterbindung bereithält. Nun entwickelt er nicht etwa die Angst, homosexuell zu sein, sondern die, von Kollegen für homosexuell gehalten zu werden. Gleichzeitig verdächtigt er andere Männer der Homosexualität. Dieses Trauma wird ihn zeit seines Lebens nicht mehr loslassen. Und schuld ist Freud. „Ihm kam diese Lehre vor wie ein Baukasten aus Wörtern. Man kann damit spielen. Aber innen in einem geht

Bestseller

BELLETRISTIK

1	**Pilcher: September** Wunderlich; 42 Mark	(1)
2	**Pilcher: Die Muschelsucher** Wunderlich; 42 Mark	(2)
3	**Groult: Salz auf unserer Haut** Droemer; 36 Mark	(3)
4	**Auel: Ayla und das Tal der Großen Mutter** Hoffmann und Campe; 48 Mark	(4)
5	**Demirkan: Schwarzer Tee mit drei Stück Zucker** Kiepenheuer & Witsch; 26 Mark	(5)
6	**Forsyth: McCready's Doppelspiel** Piper; 44 Mark	(6)
7	**le Carré: Der heimliche Gefährte** Kiepenheuer & Witsch; 39,80 Mark	(8)
8	**Rinser: Abaelards Liebe** S. Fischer; 34 Mark	(7)
9	**Follett: Die Säulen der Erde** Lübbe; 48 Mark	(9)
10	**Dunkel: Der Fisch ohne Fahrrad** Droemer; 34 Mark	(14)
11	**Janosch: Polski Blues** Goldmann; 24,80 Mark	(11)
12	**Süskind: Das Parfum** Diogenes; 29,80 Mark	(10)
13	**D'Orta (Hrsg.): In Afrika ist immer August** Diogenes; 19,80 Mark	(15)
14	**King: Nachts** Heyne; 24,80 Mark	(12)
15	**Fruttero & Lucentini: Die Wahrheit über den Fall D.** Piper; 45 Mark	(13)

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich

es weniger hell und viereckig zu.“ Eine erfrischendere und komprimiertere Kritik an Freud wird man so schnell nicht finden.

Dann, in den sechziger Jahren, kommen die fortschrittlichen Kräfte und versuchen, Freud mit Marx zu verbinden, jenen Abgott, den der DDR-Geschädigte noch weniger ausstehen kann. So muß Alfred zwangsläufig zum Reaktionär werden. Er mag das alles nicht.

SACHBÜCHER

1	**Tannen: Du kannst mich einfach nicht verstehen** Kabel; 29,80 Mark	(1)
2	**Ostrovsky/Hoy: Der Mossad** Hoffmann und Campe; 39,80 Mark	(2)
3	**Konzelmann: Der Golf** Hoffmann und Campe; 48 Mark	(7)
4	**Scholl-Latour: Das Schwert des Islam** Heyne; 36 Mark	(3)
5	**Schäuble: Der Vertrag** DVA; 38 Mark	(5)
6	**Carnegie: Sorge dich nicht, lebe!** Scherz; 39,80 Mark	(4)
7	**Przybylski: Tatort Politbüro** Rowohlt Berlin; 29,80 Mark	(6)
8	**Schewardnadse: Die Zukunft gehört der Freiheit** Rowohlt; 42 Mark	(9)
9	**Magnani: Eine italienische Familie** Kiepenheuer & Witsch; 38 Mark	(8)
10	**Apel: Die deformierte Demokratie** DVA; 36 Mark	(12)
11	**Corazza u. a.: Kursbuch Gesundheit** Kiepenheuer & Witsch; 58 Mark	(10)
12	**Fischer-Fabian: Um Gott und Gold** Lübbe; 38 Mark	(13)
13	**Mahmoody/Hoffer: Nicht ohne meine Tochter** Schweizer Verlagshaus; 44 Mark	(11)
14	**Albertz: Der Wind hat sich gedreht** Kindler; 24 Mark	
15	**von Däniken: Die Steinzeit war ganz anders** C. Bertelsmann; 39,80 Mark	

ermittelt vom Fachmagazin *Buchreport*

Auch die Hessischen Rahmenrichtlinien hält er für blödes Zeug.

Es muß für Walser, der in den sechziger Jahren für die Kräfte des Fortschritts Partei ergriffen hatte, ein Vergnügen gewesen sein, eine Figur zu beschreiben, die diese Zeit stockkonservativ erlebt und die sich im nachhinein als die Klügere erweist. Von heute aus gesehen ist viel dran am Kopfschütteln über den blinden Eifer der fanatischen Linken.

Mittlerweile ist Alfreds Mutter gestorben, zwei Jahre oder 100 Seiten lang hat er sie schließlich in West-Berlin zu Tode gepflegt. Viele rührende und schreckliche Details werden berichtet. Die Referendarausbildung leidet unter der inbrünstigen Pflege der immer wirrer werdenden Mutter. Als sie schließlich stirbt, ist klar, daß Alfred auch jetzt nicht erwachsen werden will, daß weder mit seiner gepriesenen Musikalität noch mit dem Jurastudium etwas Bedeutendes zu machen ist. Er wird Beamter und verkriecht sich da, wo er hingehört: in der Verwaltung, erst in West-Berlin, dann in Wiesbaden. Nun, da die Mutter nicht mehr da ist, widmet er sich obsessiv und systematisch der Erinnerung und Rekonstruktion seiner Kindheit.

„Die Verteidigung der Kindheit“ – der Titel läßt fälschlich an einen spröden Romanessay denken. Ein besserer Titel für dieses Buch wäre der leider schon von Proust besetzte „Auf der Suche nach der verlorenen Zeit“. Besessen trägt Alfred alle Spuren seiner Kindheit, deren er habhaft werden kann, zusammen. Berge von Fotos, Briefe, bis hin zu Kämmen der Mutter. Auch dies ein rührendes und noch in seinem Wahn ehrenwertes Bemühen in einer Zeit, in der längst die Wegwerfgesellschaft triumphiert.

„Ohne seine Vergangenheit war er nichts.“ Man müßte diesen Roman den Hier-und-jetzt-Leuten zu lesen geben. Die manische Beschäftigung fördert aber nicht nur Schrott, sondern auch Schlüssel zu Tage. Die Bombardierung Dresdens im Februar 1945, die Alfred als 15jähriger erlebt, war der große Schock. Die Bomben haben nicht nur eine Stadt, sondern eine Seele zerstört. Seitdem ist Alfreds Charakter gezeichnet von einer ständigen Angst vor Verlust.

Eine andere Erinnerung kommt immer dann in ihm hoch, wenn er Juden begegnet. In einem kleinen Erzählfragment steckt ein wichtiger Hinweis auf die Entstehung des Faschismus. Als Kind war Alfred in Dresden an einer Gruppe von jüdischen Zwangsarbeitern vorbeigegangen. Einer ruhte sich gerade auf seiner Schaufel aus, und in dieser Situation „sagte Alfred unwillkürlich: He, Jude! Der Angesprochene

fing sofort heftig zu schaufeln an. Das hatte Alfred nicht gewollt. Er rannte weg ... Er hatte den nicht antreiben wollen, rascher zu arbeiten. Er war übermütig gewesen. Noch ganz aufgekratzt von der Klavierstunde ... In dieser Sekunde war die Propaganda des Nationalsozialismus in ihm Herr geworden. In dieser Sekunde ist er ein Nazi gewesen. Nie davor und nie mehr danach".

Die Nachkriegszeit, so ließen die Deuter der deutschen Paarung verlauten, sei mit der vollzogenen Vereinigung endgültig vorbei. Prompt und folgsam erklärte der *FAZ*-Yuppie Frank Schirrmacher die Nachkriegsliteratur für passé in jeder Hinsicht. Wie erheiternd, daß der erste große Roman nach dem lauthals proklamierten Ende der Nachkriegsliteratur – ein wichtiges Stück Nachkriegsliteratur ist.

Man sollte aber „Die Verteidigung der Kindheit" nicht ausschließlich als einen deutschen Roman lesen. Angeschmierte, Durchfaller, Angsthasen, Klammeraffen, Archivarsgemüter, geschlechtslose Käuze, Duckmäuser, Rechthaber, kleinlaute Großmäuler dieser Art, verkorkste und dennoch rührende Gestalten, Sammler, die nicht groß werden wollen, werden nicht nur von der deutschen Geschichte produziert. Streicht man alles Deutsche weg, ist ein ähnlicher Lebensweg auch im englischen Industriegebiet, in der französischen Provinz, vielleicht auch in Südafrika vorstellbar.

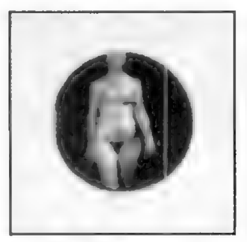
Alfred Dorn ist ein Sichselbstwasvormacher wie fast alle Walserfiguren, wie etwa der Studienrat Halm in dem Roman „Brandung" (1985). Aber ganz so verkorkst wie Alfred Dorn war bisher noch keine Figur, und noch keinmal hat Walser eine Verkorkstheit so gründlich hergeleitet. Wie kommt man auf so eine verschrobene Lebensgeschichte?

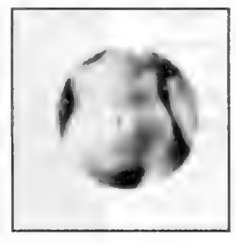
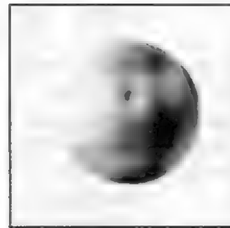
Die Nachforschung ergibt, daß 1988 zwei Damen an Martin Walsers Tür klopften. Sie waren mit dem Zug angereist und hatten vier Kartons mit Schriftstücken bei sich. Es handelt sich um den Nachlaß einer unlängst verstorbenen Person. Wohin damit? Eine der Damen ist übrigens von der Telefonseelsorge. Lauter Briefe und Karten und Fotos und Aufzeichnungen. Vielleicht interessiert sich der Schriftsteller Herr Walser dafür?

Ein Jahr lang wühlte sich Walser in die Zeugnisse dieses vergangenen, fremden Lebens hinein. „Ein Jahr nur rezeptiv", sagt er heute, „das ist schlimmer als Militär!" Er wird wohl kaum, wie unlängst Walter Kempowski, von einer Illustrierten des Plagiats bezichtigt werden. Er nämlich hat sich seine Figur restlos angeeignet und ein starkes und gewitztes, heiteres und weises Buch gegen das Vergessen geschrieben.

Erregung um Washingtoner Nabel-Schau

Diesmal waren es nicht rechte Mucker, es war eine um die Würde ihres Geschlechts besorgte Frau, die das Thema Kunstfreiheit in die Diskussion und eine Ausstellung an den Rand des Scheiterns brachte. Elizabeth Broun, Direktorin des National Museum of American Art in Washington, wollte aus der Schau „Eadweard Muybridge und die zeitgenössische amerikanische Fotografie“ ein „entwürdigendes“ Werk von Sol LeWitt entfernen. Muybridge (1830 bis 1904) war ein Lichtbild-Pionier, der die Bewegung von Mensch und Tier in Serien von Phasenaufnahmen festhielt. LeWitt, eher durch geometrische Minimal-Konstruktionen bekannt, hatte ihm 1964 mit einer Art Camera obscura gehuldigt, durch deren zehn Gucklöcher man einen Frauenakt aus immer größerer Nähe sieht, bis sich der Bildausschnitt auf die Nabelgegend beschränkt. Nicht nur der Künstler selber war „absolut platt“, daß seine Arbeit um „Geburt“ und „Wiedergeburt“ als Peep-Show eingestuft wurde. Broun-Kollege Jock Reynolds in Andover (Massachusetts), der die Ausstellung mitkonzipiert hatte, verlangte ihre Schließung, LeWitt-Zunftgenossen drohten mit Rückzug ihrer Werke. So nahm die attakkierte Direktorin LeWitts Guckkasten wieder auf, damit das Publikum die aufgeworfene Problematik diskutieren könne. Die Schau läuft in Washington, mit verstärkter Publicity, bis zum 8. September.



LeWitt-Motive



Sawallisch

Mozart-Narretei in Nippon

Bislang galt der Kapellmeister Wolfgang Sawallisch, 67, als anständiger Musiker. Doch just zum Mozart-Jahr hat sich der bayerische Generalmusikdirektor zum fernöstlichen Dirigier-Hansel gewendet: Als „General Director“ serviert er für den japanischen Verlagsgiganten Nikkei an drei September-Tagen eine „World of Mozart“, geschnetzelte Klassik mit Szene-Kitsch – zweifellos ein grauslicher Höhepunkt in der globalen Vermarktung des Salzburger Jubel-Compositeurs. Dreimal 8000 Mozartianer werden im Arenenrund der Tokioter Budokan-Halle vor Kolossal-Kulissen sitzen. Inmitten monströser Vergrößerungen alter Stiche, Porträts und Stilleben, neben, unter und auf Gemälden von Parks, Reliefs, französischen Gärten, weiblichen Akten, Kandelabern, Putten und Engeln mit Mozart-Amuletten wird, nach den Drohungen des Veranstalters, „eine kostümierte Prozession durch eine Kathedrale“ ziehen, „die erfüllt ist mit dem Geruch der Feierlichkeit“, Schauspieler müssen „Hofnarren nachahmen“, und „die Bewegungen der Statisten überfluten die Bühne“. Im Stil platter Wunschkonzerte und Digest-Opern tingelt Sawallisch dazu Ouvertüren, Arien und Ensembles hintereinander runter – ein, laut Nikkei, „szenisches Mix“ in „angenehmem Tempo“, das eine „Dramaturgie auf komische Art“ entwickelt. Die drei bunten Abende mit dem Komiker Sawallisch läßt sich Nikkei rund neun Millionen Mark kosten.

Ungewohnter Habermas

Nicht nur durch seine gelehrten, vom emphatischen Geist der Aufklärung inspirierten Bücher, sondern auch durch seine zeitkritischen Essays ist der Frankfurter Soziologe und Philosoph Jürgen Habermas seit Jahrzehnten eine Säule des bundesrepublikanischen Linksliberalismus. Den Lesern allerdings hat er es mit seiner Neigung zum Schachtelsatz und einer manchmal arg akademischen Diktion nicht immer leichtgemacht. Von einer anderen, außerordentlich persönlichen und gut zugänglichen Seite zeigt er sich nun in einem umfangreichen Interview, das der Publizist Michael Haller schriftlich mit ihm geführt und als Taschenbuch veröffentlicht hat (Jürgen Habermas: „Vergangenheit als Zukunft“. Pendo Verlag, Zürich; 160 Seiten; 19,80 Mark). Vom Golfkrieg über die deutsche Vereinigung bis zur Rolle der Intellektuellen in einer von Utopien enttäuschten Zeit reichen die Themen dieses Bändchens, dem als Motto eine Einsicht der französischen Aufklärung vorangestellt sein könnte: „Die Folianten bilden Gelehrte, die Broschüren aber Menschen.“



Habermas

Frankfurter Glücksbringer

An der Sandsteinfassade des Frankfurter Museums für Moderne Kunst prangt seit kurzem ein von unbekannter Hand appliziertes Relief: ein von Ölbaumzweigen umrankter „Phallus erectus“, der den innehaltenden Betrachter mit einem freundlichen lateinischen „Salve“ begrüßt. In römischer Zeit waren derartige Reliefs in Villen und Landgütern nichts Ungewöhnliches. Museumsdirektor Jean-Christophe Ammann hat die Kunst am Bau heiter aufgenommen: „Ich denke nicht im Traum daran, das Werk zu entfernen. Für mich ist es wie ein Glücksbringer.“



„Phallus erectus“

Astronomie

Licht in der Zone

Quasare, die es eigentlich nicht geben dürfte; die Geburt einer nie gesehenen Galaxie – etliche neue Rätsel verwirren die Astronomen-Zunft.

Nicht im Traum", witzelte der Astronom John Learned von der University of Hawaii, habe er je daran gedacht, sich in seiner Wissenschaft einmal „mit Haien herumschlagen" zu müssen. Nun hat Learned dieses Problem.

Um die Räuber mit dem Kettensägen-Gebiß nicht anzulocken, so rieten Hai-Kenner dem Sternenforscher, solle ein westlich von Hawaii geplantes Astro-Experiment unbedingt mit Gleichstrom betrieben werden: Pulsierender Wechselstrom, warnten die Experten, reize Haie zu kurzschlußträchtigem Kabelverbiß.

Die Ödnis von Wüsten und die Gipfel von Bergen haben Astronomen und Kosmologen für ihre Teleskope erschlossen; auch in der Erdumlaufbahn fühlen sich die Himmelsforscher heimisch. Nun gründeln die Sternengucker 5000 Meter tief auf dem Boden des Pazifik: Von 1993 an wird mit „Dumand" („Deep Underwater Muon and Neutrino Detector") das denkbar bizarrste Instrument der Astrowissenschaften in Betrieb genommen werden.

Die gewaltigen Wassermassen über dem Detektor sollen Dumand wie ein Schild vor störender Weltraumstrahlung schützen. Weil das aber noch nicht ausreicht, um die flüchtigen Geisterteilchen („Neutrinos") zu erhaschen, nach denen Dumand fahndet, bedurfte es eines weiteren Tricks: Das Tiefsee-Teleskop blickt nicht durchs Wasser nach oben, sondern gegen den Meeresgrund; die gesamte Erde, erläutert Projektleiter Learned, werde „auf diese Weise zu einem Fischaugenobjektiv", das die Strahlung von seltenen Himmelserscheinungen wie Schwarzen Löchern und Quasaren nach Art einer Linse sammelt.



Astrophysiker Rowan-Robinson
Geburt einer nie gesehenen Galaxie?

Es sind außergewöhnliche Zeiten, die solch ungewöhnliche Instrumente erfordern. „In den kommenden zwei, drei Jahren", glaubt der britische Astronom Richard McMahon von der Cambridge University, werde die Astrowissenschaft durch neue Instrumente und Forschungstechniken „einen ungeheuren Boom erleben".

McMahon gehört zu einer Gruppe von Wissenschaftlern, deren aufsehenerregende Entdeckungen derzeit an den Grundfesten gängiger kosmologischer Erklärungsmodelle rütteln:

▷ Vor wenigen Wochen filterte das Cambridge-Team um McMahon aus Teleskop-Aufnahmen von 20 Millionen Sternen und Galaxien 20 Quasare, deren Licht vom äußersten Rand des Kosmos zur Erde dringt – aus einer Region, in der es nach dem bisherigen Verständnis der Astrophysik derartige Objekte eigentlich gar nicht geben dürfte.

▷ Etwa zur selben Zeit entdeckte eine britisch-amerikanische Gruppe um den Astrophysiker Michael Rowan-Robinson beim Durchforsten Hunderttausender von Aufnahmen des Infrarot-Satelliten „Iras" ein Objekt, das mit der Energie von 30 000 Milchstraßen strahlt: Zeugt das Energiewunder von einer nie gesehenen Galaxien-Geburt, oder foppt ein Monstrum von einem Quasar die Himmelszunft?



Astronom McMahon: Leuchtfeuer am Rande des Kosmos

Das Rätsel der Quasare treibt die Astrophysiker um, seit 1963 eine Strahlenquelle mit dem Sternen-Code 3C 273 die Neugier des amerikanischen Astronomen Maarten Schmidt erregte. Wie ein Leuchtfeuer über dem Meer glühte 3C 273 am kosmischen Horizont: ein nur eben sternengroß erscheinendes – „quasistellares" – Objekt, das die Leuchtkraft vieler Galaxien mit jeweils 100 Milliarden Sternen in sich vereint.

Seither entdeckten Astronomen Hunderte solcher rätselhaften Strahler. Deren größtes Geheimnis blieb ungelöst: Welcher Prozeß mag ein Feuer speisen, das aus einem für kosmische Dimensionen punktförmigen Himmelsobjekt (etwa von den Ausmaßen unseres Sonnensystems) eine Strahlenquelle mit der Energie von Hunderten von Galaxien macht?

Schwarze Löcher, so die neueste Hypothese der Astrophysiker, wachsen in den Quasaren wie galaktische Geschwüre. Entsteht im Zentrum einer jungen Galaxie ein Schwarzes Loch, kommt es

zum großen Fressen: Wenn der Galaxienkern genügend Materie birgt, bläht sich der Schwarze Gnom im Verlauf von einigen hundert Millionen Jahren zu einem Giganten von einer Milliarde Sonnenmassen auf – nur solch ein kosmischer Blähbauch könne die ungeheuren, punktförmig aufflackernden Energieausbrüche von Quasaren erklären.

Obwohl Quasare dank ihrer phänomenalen Leuchtkraft auch noch aus den fernsten Tiefen des Alls zur Erde strahlen können, muß es nach dem gängigen Kosmos-Verständnis doch Grenzen geben, jenseits derer keine quasaren Feuer mehr leuchten dürften. Aus diesem Grund gilt Experten der Quasar-Nachweis der Cambridge-Gruppe als Sensation: Das Team um McMahon entdeckte Licht in der verbotenen Zone.

Nach dem Urknall-Modell ist das Universum etwa 15 Milliarden Jahre alt. Anfangs kristallisierten sich aus dem kosmischen Feuerball die Bausteine der Materie; später dann Atome, aus denen der Staub hervorging, der im jungen Kosmos zu Sternen und Galaxien verklumpte. Beobachten Astronomen nun Licht, das Milliarden von Jahren benötigte, um von fernen Galaxien zur Erde zu gelangen, so kommt das einer Zeitreise in die Kinderstube des Kosmos gleich.

Ein solcher Blick zurück gelang dem Cambridge-Team bei seiner Rasterfahndung nach Quasaren. McMahon fand kosmische Leuchtfeuer, die etwa eine Milliarde Jahre nach dem mutmaßlichen Urknall gezündet wurden – zu einer Zeit also, als es nach dem Big-Bang-Modell noch gar keine Gebilde wie Quasare hätte geben dürfen. „Die Kosmologen", erläuterte McMahon seine Entdeckung, „werden nun viele ihrer Thesen zu überprüfen haben."

Verwirrend erscheint zudem, daß die Quasare „zu Gruppen zusammenballen" (McMahon). Auch diese Beobachtung widerspricht der Big-Bang-These, derzufolge Galaxien einst gleichförmig im Raum verteilt entstanden.

Neue Instrumente, so glaubt McMahon, werden der Himmelsforschung schon bald „weitere harte Nüsse zu knacken" geben. Der Detektor Dumand etwa wird es erlauben, Schwarze Löcher aufzuspüren – zu diesem Zweck wird der Detektor nach Neutrinos forschen, jenen geistergleichen Teilchen, die als Sendboten von galaktischen Katastrophen künden und nahezu ungehindert durch den Kosmos flitzen können.

„Die Neutrino-Kamera mit der gesamten Erde als Filter", hofft Dumand-Projektleiter Learned, „könnte uns zu wirklich großen Durchbrüchen in der Kosmologie verhelfen." ◀

Krebs

Knoten im Schlund

Krebserkrankungen in Mund und Rachen nehmen dramatisch zu – häufig verursacht durch Alkohol und Rauchen.

Wenn Peter Volling, Oberarzt an der HNO-Universitätsklinik Köln, morgens um 7.30 Uhr auf die Abteilung kommt, weiß er, was der Arbeitstag ihm bringen wird – mindestens einen neuen Patienten mit Kopf- oder Halskrebs.

Das Bild ist immer wieder gleich: Kranke mit grauem Hautkolorit, vorwiegend Männer in den sogenannten besten Jahren, sitzen im Warteraum mit geschwollenen Wangen, die Schlimmes verbergen: offene, mit Bakterien besiedelte Krebsgeschwüre, die oftmals schon den Mundboden durchbrochen haben. Zunge, Rachen oder Kehlkopf sind von den Wucherungen häufig irreparabel zerstört.

Eine „dramatische Entwicklung“ beobachten Volling und seine Kollegen bei den Krebserkrankungen der oberen Luft- und Speisewege. Die HNO-Tumoren haben so drastisch zugenommen, daß sie, laut Volling, „bei Männern sogar die Häufigkeit des Hauptkillers Lungenkrebs erreichen“.

Weit über 8000 Menschen erkranken nach Schätzungen der Spezialisten jährlich in Deutschland an diesen Schleimhaut-Karzinomen. Den „wenig bekannten Krebsformen“ (Volling) fallen mittlerweile doppelt so viele unter 65jährige zum Opfer wie noch 1970, bei den 50jährigen hat sich die Sterblichkeit sogar vervierfacht – Steigerungsraten, die keine andere Tumorart erreicht.

Auch die Prognose ist düster: Während sich bei zahlreichen anderen Tumoren die Heilungsaussichten gebessert haben, überleben nur 25 Prozent der von Rachen-, Hals- oder Mundkrebs Befallenen die magische Fünf-Jahres-Grenze.

Im Gegensatz zur meist rätselhaften Zunahme verschiedener anderer Krebsarten ist die Ursache für den Zuwachs im HNO-Bereich bekannt: „Diesen Krebs trinken sich die Patienten eindeutig mit Alkohol an“, meint Professor Eberhard Stennert, Chef der Kölner Klinik. Chronischer Zigarettenkonsum treibe das Risiko zusätzlich in die Höhe.

In der Öffentlichkeit, klagt Stennert, werde die alarmierende Tendenz bislang „kaum beachtet“, es gebe „keine Lobby“ für die Patienten, denen die Volksmeinung nachsage, sie seien aufgrund ihres Lebenswandels an ihrer Krankheit „selbst schuld“.

Nur vorübergehend gerieten die bösartigen Kopf-Hals-Tumoren ins Blickfeld, als 1988 die Leidensgeschichte eines Betroffenen gedruckt und verfilmt wurde: Leonhard Lentz, ein vom Kehlkopfkrebs befallener Kaufmann aus Wedel, hatte zehn Jahre Tagebuch über seinen Leidensweg geführt. Als „Indianer“, mit roten Markierungen für die Bestrahlung auf den Wangen, erschütterte Lentz die Fernsehzuschauer.

Dasselbe Leiden hatte, ein Jahrhundert früher, Geschichte gemacht: Am 99. Tag seiner Herrschaft starb 1888 Kaiser Friedrich III., nachdem sich die behandelnden Ärzte mit widersprüchlichen Diagnosen und Therapien ein Jahr lang über die Krebsgeschwulst im Hals des Hohenzollern gestritten hatten.

Rachenkrebs-Operation in Köln
Nach dem Eingriff oft entstellt

Opfer eines HNO-Karzinoms wurde auch der zeitlebens mit Drogen experimentierende Schriftsteller Aldous Huxley, ebenso Sigmund Freud, der sich mit 66 Jahren einen Tumor in der Mundhöhle angeraucht hatte. Nach der Entfernung größerer Partien des Kieferknochens sowie des Gaumens und der Zungenschleimhaut mußte sich der Ur-Analytiker mit einer sperrigen Kieferprothese herumquälen.

Mit Heiserkeit, Schluckbeschwerden, Ohrenschmerzen oder auch geröteten oder weißlichen Stellen auf der Schleimhaut beginnt das fatale Zellwachstum, das auch von den Ärzten oftmals falsch gedeutet wird.

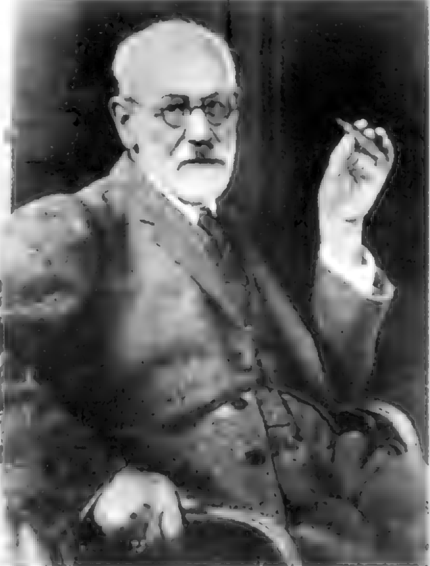
Der Hausarzt blickt zwar in den Mund, entdeckt aber wenig. Denn krebsige Knoten oder ihre Vorformen im Zungengrund oder im Schlund, wo zwei Drittel der Patienten erkranken, sind nur mit dem Spiegel des HNO-Arztes oder mit dem Endoskop zu erkennen. Das dann häufig verschriebene Antibiotikum kann nichts bewirken. Volling: „Da gehen Wochen, wenn nicht Monate durch die erste Behandlung verloren.“

Viel zu spät, oft schon mit aufgetriebenem Gesicht, kommen die Patienten in die HNO-Abteilungen der Universitätskliniken, in denen längst nicht mehr vorwiegend Mandeln oder Polypen, sondern bösartige Tumoren wegoperiert werden: Am stärksten, bis um das Siebenfache, ist seit 1970 die Zahl der Patienten mit Tumoren im Mundboden und im unteren Schlundbereich gestiegen. Verdreifacht haben sich die Karzinome der Zunge, eine Verdopplung registrierten die Ärzte im Rachenring. Die Zahl der Kehlkopfkrebse stieg um 25 Prozent.

Immer größer wird der Anteil der Mittdreißiger bis Fünfziger unter den Krebsfällen – ein Phänomen, das die Ärzte auf den steigenden Konsum von Alkohol und Zigaretten zurückführen, der häufig bereits in der Schulzeit beginnt. So liegen die klassischen europäischen Weinländer, wie internationale Statistiken zeigen, mit den HNO-Tumoren an der Spitze, allen voran Frankreich; Deutschland nimmt die sechste Stelle ein.

Dabei ist der biochemische Mechanismus, der die Schleimhautzellen entarten läßt, immer noch nicht gänzlich geklärt. Alkohol zerstört offenbar den schützenden Schleimhautfilm im Mund und kann in konzentrierter Form bereits allein Krebs verursachen; zudem könnte Alkohol als Lösungsmittel für die krebserregenden Substanzen des Zigarettenrauches wirken.


Friedrich III.


Freud


Huxley

Prominente Rachenkrebs-Opfer: Das fatale Zellwachstum im Schlund falsch gedeutet

Den Versuch, das Risiko exakter zu beziffern, unternahmen im vergangenen Jahr HNO-Ärzte der Uniklinik Heidelberg mit einer Befragung unter Männern zwischen 31 und 93 Jahren. Bei den Tumorpatienten, so zeigte sich, lag der Alkohol- und Zigarettenverbrauch doppelt so hoch wie bei den tumorfreien Vergleichspersonen. Wer täglich 100 Gramm Alkohol, also etwa einen Liter Wein, zu sich nahm, hatte ein 21fach erhöhtes Krebsrisiko. Wurden beide Genußmittel reichlich konsumiert (20 Zigaretten täglich und mehr als 75 Gramm Alkohol), stieg das Risiko, an Mund- oder Rachenkrebs zu erkranken, auf das 46fache.

„Wie immer", schränkt Professor Stennert ein, „spielt die Biologie des einzelnen eine große Rolle." Doch den „absolut kritischen Oberwert" des Alkoholkonsums setzt der Kölner HNO-Tumorspezialist mit einer „Tagesdosis von 60 Gramm für Männer" fest, was einer Flasche Wein, vier kleinen Whiskys oder sechs Glas Kölsch entspricht. Für Frauen, die mit den Erkrankungsarten in jüngster Zeit „deutlich aufholen" (Stennert), liege die Schwelle noch niedriger.

Die betroffenen Patienten, oftmals Arbeiter wie etwa Maurer, zunehmend aber auch Angehörige gehobener Berufe, müssen sich, sofern sie überhaupt noch operiert werden können, langwierigen Eingriffen unterziehen. Die Folgen der Operationen auf engem, von wichtigen Gefäßen und Nerven durchzogenem Raum im Kopf-Hals-Bereich sind schwerwiegend. Viele Patienten sind entstellt, andere verlieren die Sprache oder den Geschmackssinn, können nicht mehr schlucken und leiden an Mundtrockenheit.

Mit verfeinerten Therapiemethoden versuchen die Ärzte, den Kranken ihr Schicksal zu erleichtern. So arbeiten mehrere OP-Teams von Bauch-, Gefäß- und HNO-Chirurgie zusammen, um herausgeschnittenes Tumorgewebe durch Teile aus dem Dünndarm des Patienten zu ersetzen: Die hochelastische, Sekrete produzierende Darmschleimhaut paßt sich dem Rachengewebe besser an als die früher von Armen, Beinen oder Gesicht überpflanzten Hautlappen.

Wenn eine Operation, wie in 50 Prozent aller Fälle, wegen des zu weit fortgeschrittenen Tumorwachstums sinnlos ist, wird die Erkrankung mit einer Kombination von Chemotherapie und zusätzlicher Bestrahlung behandelt. So versuchen es beispielsweise die Kölner HNO-Ärzte mit dem Zytostatikum Carboplatin, das mit einer täglich zweimal verabreichten, „fraktionierten" Strahlendosis kombiniert wird.


Kehlkopfkrebs-Patient Lentz
Leidensweg als „Indianer"

Die Lebensqualität der Patienten habe sich bei diesem Verfahren „unstrittig verbessert", meint Volling, gelegentlich gebe es „ganz erstaunliche Rückbildungen". Doch diese Besserungsphasen sind nur kurz: „Wir verlängern vielleicht Leben – aber die Heilungsrate liegt nicht höher als zuvor."

Schiffahrt

Als erster von Bord

Die Havarie der „Oceanos" offenbarte: Unter Schiffsführern wird Heldentum rar.

Der letzte Mann an Bord war ein Komiker. Robin Boltman, 42, bärtiger Entertainer aus Kapstadt, half den Passagieren des griechischen Kreuzfahrtschiffes „Oceanos" in die Tragegurte der Rettungshubschrauber, bevor es am vorvergangenen Sonntag gurgelnd im aufgewühlten Meer vor der Ostküste Südafrikas versank. Boltman munterte die Verzweifelten mit Witzchen auf. Sogar drei Kanarienvögel und den Hund des Kapitäns rettete er noch, ehe er sich schließlich selbst in einen Helikopter hieven ließ.

Der Kommandostand des sinkenden Schiffes, so Boltman, war unterdessen „gespenstisch ruhig und stockfinster" – der griechische Kapitän Jannis Avranas, 51, und seine Mannschaft hatten sich davongemacht, während 170 Männer, Frauen und Kinder an Bord noch um ihr Leben bangten. Etwa 400 Personen hatten in Rettungsbooten fliehen können oder waren ins Meer gesprungen. Sie

Ich bin das meistgekaufte Cassettendeck Deutschland's in der 1.000 Mark-Klasse. Dank Super GX-Kopf mit unbegrenzter Garantie.

Mehr darüber bei Ihrem AKAI-Fachhändler oder
bei AKAI Deutschland GmbH, D-6073 Egelsbach



VIEL VERGNÜGEN.



wurden von herbeigeeilten Frachtschiffen aufgenommen.

„Ich setzte gerade eine alte Dame in die Rettungsschaukel, als der Kapitän kam und forderte, daß er als nächster in den Hubschrauber gezogen werden müsse", schilderte Marinetaucher Paul Whiley in den *Daily News* von Durban das Verhalten des Schiffsführers. „Während ich mich auf die Suche nach einem weiteren alten Passagier machte, saß der Kapitän bereits im Rettungsgurt und wurde nach oben gezogen."

Auch die Crew des 39 Jahre alten Seelenverkäufers türmte Hals über Kopf, als das Schiff, vermutlich wegen eines geplatzten Kolbens, leckschlug. Die Mannschaftsmitglieder stürmten an Deck, rempelten die verstörten Urlauber, zumeist alte Leute, beiseite und sprangen in die Rettungsboote – das entspreche den Vorschriften, verkündete die Reederei Epirotiki, der die „Oceanos" gehört. Schließlich müßten die Boote von erfahrenen Seeleuten bedient werden.

Er habe die Rettungsaktion nach dem Verlassen des Schiffes besser dirigieren können, rechtfertigte sich auch Kapitän Avranas im südafrikanischen Fernsehen. Die Rettung sei schließlich „perfekt" verlaufen, alle Passagiere seien in Sicherheit gebracht worden.

Doch es gelang ihm nicht, seine erbosten Passagiere zu besänftigen – im Zufluchtsort Coffee Bay drohten sie, ihn zu verprügeln. Aus Angst vor Lynchjustiz versteckt der Kapitän sich seither in einem bewachten Hotel. Denn Avranas hat eine jahrhundertealte Seemannsregel gebrochen: Der Kapitän geht bei einem Schiffsunglück grundsätzlich als letzter von Bord.

Zwar ist dieser Brauch nirgendwo als Gesetz festgeschrieben und schon gar nicht einklagbar. Dem Kapitän wird allgemein die Fürsorgepflicht für Passagiere, Mannschaft und Schiff übertragen. Ob er sie vom Schiff oder einem anderen Ort aus wahrnimmt, muß er im Ernstfall selbst entscheiden.

„Wenn ein Kapitän von seinem im Sturm sinkenden Schiff mit einem Tau in haiverseuchtes Wasser springt, um es an einen rettenden Schlepper anzukoppeln, würde man ihm hinterher wohl kaum Vorwürfe machen, seine Schutzbefohlenen im Stich gelassen zu haben", spottet Kapitän Uwe Vogt, Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Kapitäne und Schiffsoffiziere in Hamburg.

Doch von diesem hypothetischen Fall abgesehen, sei eine Situation, in der ein Kapitän zur Rettung der ihm anvertrauten Menschen sein Schiff verlassen muß, nur „schwer vorstellbar".

Schon aus Versicherungsgründen: Ein von Kapitän und Mannschaft verlassenes Schiff in Seenot gehört demjenigen, der es birgt. So harrte der Kapitän des Frachters „Flying Enterprise", der 1951 im Ärmelkanal in Seenot geraten war, tagelang auf seinem Schiff aus, um es als Eigentum der Reederei zu sichern – er hatte geglaubt, daß es sinken würde, aber es konnte rechtzeitig geborgen werden.

Seegerichte entscheiden im Konfliktfall über die Verantwortung des Kapitäns. Auch die südafrikanische Regierung hat bereits eine Untersuchung und Seeamtsverhandlung des „Oceanos"-Unglücks angekündigt. Sollte dabei ein Fehlverhalten des Kapitäns festgestellt werden, droht der Entzug des Patentes.



Kapitän Avranas
Angst vor Lynchjustiz

Bislang hat denn auch selten ein Schiffsführer gewagt, sein sinkendes Schiff zu verlassen, bevor nicht alle Schutzbefohlenen von Bord waren. So wuchs über die Jahrhunderte der Mythos vom selbstlosen Kapitän.

Dabei fällt den Kapitänen ihr Heldenmut immer schwerer: Um im Wettbewerb mithalten zu können, überfordern die Reeder sie mit zusätzlichen Aufgaben – „300 bis 400 Arbeitsstunden im Monat sind keine Ausnahme", so Kapitän Vogt. Nur die wenigsten Länder fordern außerdem einen psychologischen Eignungstest, bevor sie ein Kapitänspatent erteilen.

Schlecht ausgebildete Besatzungsmitglieder aus Drittweltstaaten, die zumeist zu Billiglöhnen angeheuert werden, können sich im Ernstfall kaum untereinander verständigen – auch die Mannschaft der „Oceanos" war aus sechs Nationalitäten zusammengewürfelt. Der Kontakt zwischen Kapitän, Mannschaft und Passagieren ist oft schlecht. Immer mehr Schiffsführer sehen ihren Beruf zu einem reinen Chauffeursjob verkommen.

Bereits im vergangenen Jahr hatte ein Kapitän bei einer spektakulären Havarie Passagiere und Schiff im Stich gelassen, um seine eigene Haut zu retten: „Warum sollte ich auf der Brücke bleiben und sterben?" fragte Hugo Larsen, Kapitän der dänischen Fähre „Scandinavian Star". Er verließ das brennende Schiff auf dem Weg von Oslo nach Frederikshavn, bevor alle Überlebenden gerettet waren. 161 Menschen kamen in den Flammen um, schlampige Sicher-



Havariertes Kreuzfahrtschiff „Oceanos": Drittes Unglück in drei Jahren

heitsvorkehrungen und eine schlecht ausgebildete Mannschaft hatten die Katastrophe im April 1990 mit verursacht.

Daß bei dem Untergang der „Oceanos" vor Südafrika alle 567 Menschen an Bord gerettet wurden, ist wohl vor allem den wagemutigen südafrikanischen Hubschrauberpiloten und den Besatzungsmitgliedern der Frachtschiffe zu verdanken, die trotz acht Meter hoher Wellen alle Verunglückten auffischten.

Für die griechische Reederei Epirotiki, die neun Schiffe besitzt, ist es bereits das dritte Unglück innerhalb von drei Jahren: 1988 havarierte ihre „Jupiter" vor Piräus und sank, im vergangenen Jahr fing die „Pegasus" vor Venedig Feuer.

Ein Passagier des Kreuzfahrtschiffes „Hermes", des 1947 gebauten, ältesten Schiffs der Flotte, erinnert sich, daß dessen Kapitän während einer Kreuzfahrt stolz ein Fotoalbum mit Bildern seiner früheren Schiffe zu zeigen pflegte – sie waren allesamt gesunken. „Wir fragen uns, was eigentlich los ist, daß wir so vom Pech verfolgt sind", bekannte ein Mitglied der Familie Potamianos, der die Epirotiki-Reederei mehrheitlich gehört.

Kapitän Avranas schien das Ungemach zu ahnen. Noch bevor er mit der „Oceanos" zur Unglücksfahrt aufbrach, hatte er der Zeitschrift *Travel Times* seinen Plan für den Fall einer Havarie erläutert: „Ich werde auf dem ersten Boot sein, welches das Schiff verläßt."



Rettung der „Oceanos"-Verunglückten
„Der Kapitän saß bereits im Rettungsgurt"

Speicher

Licht im Nadelöhr

Superschnelle optische Massenspeicher, in denen die Daten als Kleinst-Hologramme abgelagert werden, könnten die Computerwelt verändern.

Seine Gäste, vornehmlich amerikanische und japanische High-Tech-Manager, geleitet der US-Computerwissenschaftler Stephen Redfield zuerst in die „Katzenkammer". In dem engen Raum im Obergeschoß, mit Elektronik vollgestopft bis unter die Decke, können sie dann einen Blick auf das „Kätzchen" werfen.

„Kitten", vorgeführt im Forschungszentrum „Microelectronics and Computer Technology Corporation" (MCC) in Austin (US-Staat Texas), sieht einer Katze so ähnlich wie ein Computer einem Känguruh. Das „Kätzchen" erweist sich als komplexe Anordnung aus Linsen, Spiegeln, Filtern und einem Mini-Laser. Als Katzentisch dient eine schwingungsgedämpfte „optische Werkbank".

Zu sehen ist das Versuchsmodell eines holographischen Datenspeichers („Holographic Storage"). „Kitten" (einer der beteiligten Techniker ist Katzenliebhaber) heißt das Modell, seit das MCC-Team durch seine jüngsten Erfolge bei der Entwicklung der sogenannten Holostore-Technologie unter erhöhten Zeitdruck geriet. „Das Kind", erläutert Projektleiter Redfield, „brauchte schnell irgendeinen Namen."

Bislang galt die Datenspeicherung mittels dreidimensionaler Lichtmuster in der Branche als eher exotisches Forschungsgebiet. Jetzt sind die Vertreter der Computerindustrie häufig zu Gast in dem texanischen Labor. Ein Syndikat von einem Dutzend führender Hardware-Hersteller hat sich bereits formiert, um den Holo-Speicher von MCC zur Marktreife weiterzuentwickeln.

Der Hauptvorteil des neuen Verfahrens: Computerdaten können sehr viel schneller als bisher abgespeichert und wieder ausgegeben werden. Holostore, urteilte etwa das US-Fachblatt *Computerworld*, könnte „die herkömmlichen Festplatten-Speicher einfach wegfegen".



MCC-Forscher Redfield, Holostore
„Karten neu gemischt"

Der unbewegliche Speicherblock des Holostore-Prototyps ist nicht größer als eine Briefmarke und nur einen halben Zentimeter dick. Bewegliche Teile wie beispielsweise die Schreib-Lese-Köpfe, die sich bei herkömmlichen Anlagen ruckartig knapp über der Oberfläche von rotierenden Speicherplatten bewegen, werden nicht mehr benötigt. Datenverluste durch Überhitzung oder Erschütterung sollen so kaum noch vorkommen.

Der holographische Massenspeicher kann Informationen buchstäblich mit Lichtgeschwindigkeit aufzeichnen und wiedergeben. In einer einzigen Sekunde, so das Ziel der MCC-Entwickler, soll das System bald eine Datenmenge bewältigen, mit der heutige Massenspeicher fünf Stunden beschäftigt wären. Das soll mit Hilfe eines einzigen Laserstrahls bewerkstelligt werden, der auf eine Speichereinheit aus lichtempfindlichen Kristallstäbchen gerichtet ist.

Hauptunterschied zu den gängigen magnetischen und optischen Plattenspeichern: Im Holostore werden die Daten nicht mehr nacheinander Bit für Bit (also in den kleinsten Informationseinheiten 0 und 1) geschrieben oder ausgelesen, sondern quasi Lichtbild für Lichtbild, wobei jedes der Bilder gleich mehrere Millionen Bits repräsentiert.

So bestehen die Hologramme in den Speicherkristallen aus einer Reihe von Bildschichten ähnlich wie das holographische Beethoven-Konterfei auf der Vorderseite von Euroscheckkarten, das sich dem Betrachter nur aus bestimmten Blickwinkeln erschließt.

Beim Holostore hingegen kommt es auf den Einfallswinkel des Laserstrahls

an, der mit Hilfe einer Steuereinheit fortwährend variiert wird. Anders als herkömmliche Hologramme können die dreidimensionalen Datenbilder beliebig gelöscht und neue wieder mit hoher Geschwindigkeit scheibchenweise abgespeichert werden.

Als Lichtquelle dient dabei ein 80-Milliwatt-Laser, dessen grüner Strahl von einer Steueroptik auf die verschiedenen Kristallstäbchen des Speicherblocks ausgerichtet wird. Auf dem Weg dorthin verzweigt ein sogenannter Strahlteiler das Laserlicht in den eigentlichen Datenstrahl und einen Bezugsstrahl (siehe Grafik).

Der Hauptstrahl wird anschließend durch einen optoelektronischen Lichtmodulator geschickt, der die von außen hereinkommenden Daten in binäre Muster aus lichtundurchlässigen und transparenten Flächen verwandelt. Der Laserstrahl projiziert nun, wie bei einem Lichtbildgerät, diese blitzschnell wechselnden Daten-Dias (sie ähneln leeren Kreuzworträtseln) direkt in das angepeilte Speicherstäbchen.

In dem winzigen Zapfen aus Strontium-Barium-Niobat (auch andere kristalline Materialien wie beispielsweise Lithium-Niobat wurden bereits erfolgreich erprobt) trifft der Bezugsstrahl wieder auf den Datenstrahl. An der Schnittstelle entsteht dann in dem lichtempfindlichen Kristall eine holographische Bildschicht, genannt „Seite".

Um die nächstfolgende Seite zu speichern, wird der Einfallswinkel des Bezugsstrahls minimal verändert. So lassen sich in einem einzigen Kristall ganze sogenannte Stapel von bereits 50 Seiten unterbringen, bald sollen sogar 100 Seiten pro Stäbchen gestapelt werden.

Zum Auslesen der Daten wiederum wird der Datenstrahl gesperrt, allein der Bezugsstrahl bohrt sich dann in die Speicherstäbchen. Datenseite für Datenseite wird dabei ausgeleuchtet und, wiederum nach dem Lichtbild-Prinzip, auf einen sogenannten CCD-Detektor projiziert, der die Hell-Dunkel-Muster für den Computer in elektronische Signale zurückverwandelt.

Der holographische Speicher, der sich flexibel an gängige Computer-Betriebssysteme (auch für Personalcomputer) anpassen ließe, soll der Computerindustrie aus einer Klemme helfen: Konventionelle Speicher erweisen sich zunehmend als die „Bremser" der modernen EDV.

Das Problem, in der Fachwelt als „I/O-Nadelöhr" (Input/Output) bekannt: Herkömmliche Plattenlaufwerke arbeiten, verglichen sogar mit der Rechengeschwindigkeit von herkömmlichen PC-Chips, viel zu langsam. So stieg in den vergangenen zehn Jahren die Leistung der Mikro-Prozessoren etwa um das Tausendfache, Plattenlaufwerke sind im selben Zeitraum nur dreimal schneller geworden.

Während etwa die Leseköpfe eines herkömmlichen Plattenlaufwerks mühsam die Bits einzeln von der rotierenden Scheibe klauben, ist die Zentraleinheit meist zu müßigem Warten verurteilt. Noch länger dauert es, wenn Daten in den Festspeicher geschrieben werden.

Weil beim Holostore die Bits seitenweise ein- und ausgegeben, zudem mit Lichtgeschwindigkeit gespeichert und gelöscht werden, könnte die neue Speichertechnologie besonders bei der Verarbeitung von bewegten Bildern von Nutzen sein. Dabei müssen blitzschnell immense Datenmassen zwischen Prozessoren, Arbeits- und Massenspeicher transferiert werden.

So bewältigen selbst die besten Plattenlaufwerke derzeit keine größeren Mengen als 8 Megabyte (64 Millionen Bits) pro Sekunde. Um beispielsweise Videobilder in Echtzeit zu verarbeiten, müßten es mindestens 20 Megabyte sein. Das Holostore-System könnte, wie MCC bereits demonstriert hat, sogar auf 800 Megabyte pro Sekunde kommen.

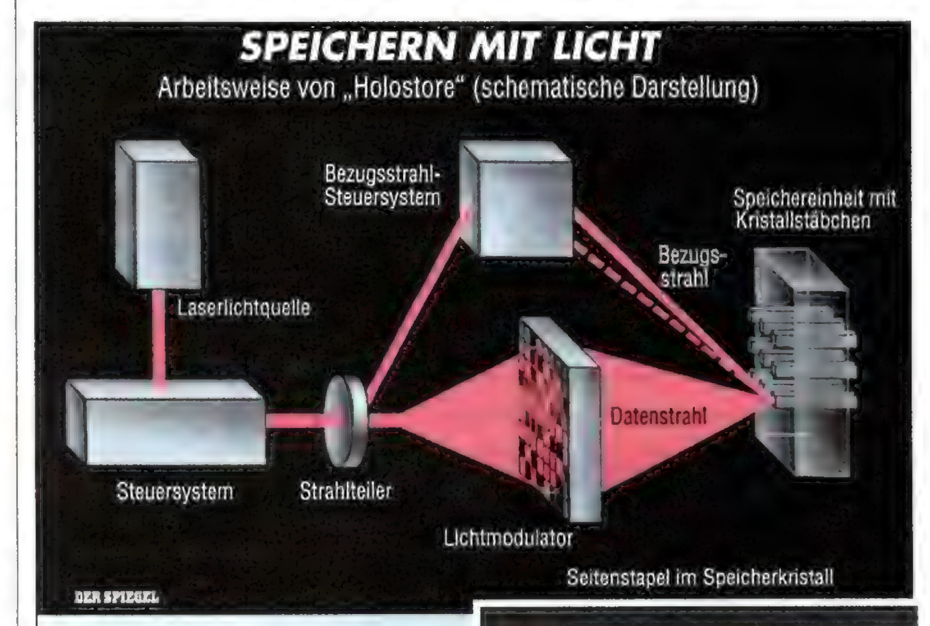
Holostore, betont Entwickler Stephen Redfield, sei „nicht an den Computer gebunden". Er könne sich solche Speicher beispielsweise auch als „eine Art neue Video-Kassette" vorstellen.

1995, so die Zeitplanung des Holostore-Syndikats, soll der holographische Speicher für den PC zu haben sein. Geplant ist, ihn als Einsteckmodul auf den Markt zu bringen, das in die standardisierten Festplatten-Schächte von Personalcomputern eingeschoben wird.

Doch erst „zum Ende des Jahrzehnts", meint Redfield, werde der Holostore-Preis so weit gesunken sein, daß der neue Speicher eine Alternative zu herkömmlichen Festplatten wird.

Die Großen der Branche haben bereits vorgebaut. Dem Syndikat, das sich der neuen Speichertechnologie verschrieben hat, gehören nicht nur führende Computerhersteller an wie etwa Apple oder Sun Microsystems. Auch die wichtigsten Festplatten-Produzenten, beispielsweise die Firmen Seagate und Conner, sind mit von der Partie.

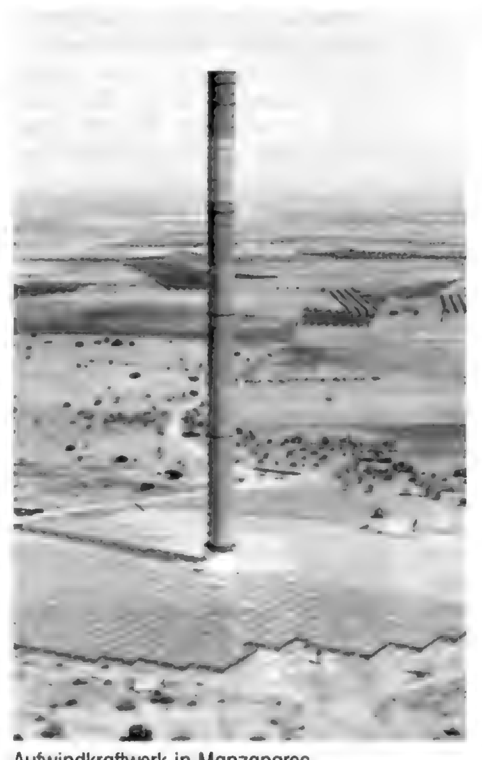
So könnte ab Mitte der neunziger Jahre der Lichtspeicher die Computerleistung, beim Superrechner ebenso wie beim Schreibtisch-PC, ähnlich entscheidend steigern wie vordem nur die jeweils neueste Chip-Generation. „Mit Holostore", erklärt MCC-Forscher Redfield selbstbewußt, „haben wir die Karten völlig neu gemischt." ◀



Über ein Steuersystem wird ein Laserstrahl jeweils auf die verschiedenen Kristallstäbchen der Speichereinheit ausgerichtet. Ein Strahlteiler verzweigt das Laserlicht in den eigentlichen Datenstrahl und einen Bezugsstrahl. Der Hauptstrahl wird anschließend durch einen Lichtmodulator geschickt, der die zu speichernden Daten, nach Art eines leeren Kreuzworträtsels, als Lichtmuster zeigt. Trifft das Abbild dieses „Daten-Dias" in der Speichereinheit mit dem Bezugsstrahl zusammen, entsteht jeweils in dem lichtempfindlichen Kristall eine holographische Bildschicht. Zum Auslesen der Daten leuchtet der Bezugsstrahl die einzelnen „Datenseiten" im Speicherkristall aus. Die herausprojizierten Hell-Dunkel-Muster werden für den Computer wieder in elektronische Signale zurückverwandelt.

Plädoyer für die Sonne

Er hat, im westfälischen Hamm-Uentrop, mit dem ersten über hundert Meter hohen Trockenkühlturm ein Symbol des Atomzeitalters entworfen und gebaut. Aber seither hat sich der Stuttgarter Bauingenieur Jörg Schlaich, 56, konsequent umweltfreundlichen Energieformen verschrieben. Er baute das erste Aufwindkraftwerk, das die Wärmeenergie der Sonne indirekt nutzt, im spanischen Manzanares. Nun hat der Professor mit seiner Tochter Sibylle, 27, ein Vademekum der alternativen Energien verfaßt („Erneuerbare Energien nutzen"; Werner-Verlag GmbH, Düsseldorf; 144 Seiten; 68 Mark). In gedrängter Form geben die beiden Schlaichs einen Überblick zu den Themen Umweltzerstörung, Erschöpfung der fossilen Energiereserven und Potential der Sonnenenergie. Ausführlich befassen sie sich mit der Energieversorgung der Dritten Welt. Dort, so meinen die Autoren, können sich die Anlagen zur Nutzung der erneuerbaren Energien leichter ausbreiten, „weil sie mit bestehenden Strukturen und Traditionen verträglicher sind als Kernkraftwerke".


Aufwindkraftwerk in Manzanares


Schleppgerät zur Ortung von Schiffswracks

Detektor für Schiffswracks

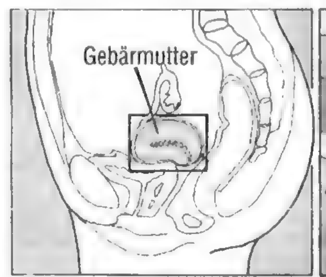
Allein im Bereich der Hoheitsgewässer vor der deutschen Nord- und Ostseeküste liegen mehr als tausend Wracks und andere Hindernisse auf dem Meeresgrund. Viele von ihnen stellen, vor allem wenn sie durch Unterwasserströmungen wieder freigespült werden, eine beträchtliche Gefahr für Schiffahrt und Umwelt dar. Nun haben Forscher der Universitäten Kiel und Rostock zusammen mit Technikern des Bundesamts für Seeschiffahrt und Hydrographie in Hamburg ein neues Verfahren zum Aufspüren solcher Wracks entwickelt. Das Schleppgerät kombiniert magnetische mit seismischen Methoden der Ortung und wurde nun erstmals erfolgreich auf dem Forschungsschiff „Atair" des Bundesamts getestet. Der Vorteil gegenüber anderen bislang üblichen Suchverfahren besteht darin, daß nicht nur die aus dem Meeresboden ragenden Teile eines Schiffswracks, sondern auch jene Teile, die vom Sand verschüttet sind, geortet werden können.

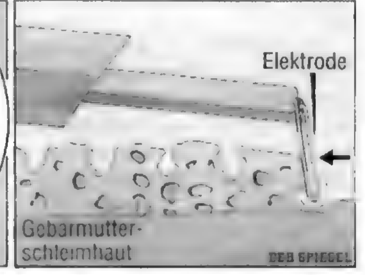
Leichtgewichtiger Pen-PC

Einen vergleichsweise leichten, tastenlosen Mobil-Computer mit berührungsempfindlichem Bildschirm, der mit einem Stift bedient werden kann, hat die kleine Münchner High-Tech-Firma „Andromeda" vorgestellt. Das taschenbuchgroße Gerät, genannt „AndroCom", wiegt nur 750 Gramm (mit Batterie) und gilt damit als „Federgewicht" auf dem noch jungen Markt der sogenannten „pen-based" (stift-gestützten) Personalcomputer. Sein handliches Format verdankt der „intelligente Schreibblock" (Firmenwerbung) einem originellen Konzept: Der Flachcomputer ist nur ein tragbares Terminal, ein eingebautes Infrarot-Modem für drahtlose Datenübertragung (Reichweite: 15 Meter) verbindet ihn mit einem leistungsstarken Standard-PC als Zentralstation. So kommt das Stift-Gerät ohne Disketten-Laufwerk oder Festplatten-Massenspeicher aus, auch die Hauptlast der Datenverarbeitung bleibt dem Mutter-PC überlassen. Bildschirm-Menüs oder Daten-Eingabemasken für das Mobilterminal können mit der dazugehörigen Software maßgeschneidert werden.

Unblutige Alternative

Bei Frauen, die unter starken Gebärmutter-Blutungen leiden und auf hormonelle Therapie nicht ansprechen, hatten Mediziner bislang nur die Möglichkeit, die Gebärmutter operativ zu entfernen. Mit Hilfe moderner Endoskope sollen, wie amerikanische und britische Gynäkologen hoffen, viele dieser Operationen überflüssig werden. Die Mediziner haben eine Technik entwickelt und erprobt, die es erlaubt, die entzündete und verdickte Schleimhaut der Gebärmutter – häufig Ursache der starken und unregelmäßigen Blutungen – mit einer Elektrode oder einem Laserstrahl zu zerstören. Die Behandlung kann ambulant vorgenommen werden. In den USA unterziehen sich zunehmend auch Frauen, die keine weiteren Kinder mehr haben wollen, freiwillig diesem Eingriff. Eine hundertprozentige Sterilisationsmethode ist das neue Verfahren allerdings nicht – bei einem Teil der Frauen regeneriert sich die Gebärmutterschleimhaut aus bislang noch ungeklärten Gründen.





Homosexuelle

Absolutes Jammertal

Pentagon-Sprecher Williams gab zu, daß er schwul ist – ein neuer Anstoß für die Debatte um „Outing", das Enttarnen prominenter Schwuler.

Einer wurde indiskret. Eigens für die eine Frage war der Washington-Korrespondent der *taz*, Rolf Paasch, letzten Dienstag zur routinemäßigen Pressekonferenz ins US-Verteidigungsministerium gekommen. „Können Sie bestätigen," wollte Paasch von Pentagon-Sprecher Pete Williams wissen, „daß . . .?" Betretenes Schweigen unter den Kollegen.

Williams bestätigte: Ja, er habe davon gehört, daß einige Schwulengruppen und die dazugehörigen Publikationen behaupten, er sei schwul. „Aber", Williams blieb souverän, „ich bin nicht beim Verteidigungsministerium angestellt, um über mein Privatleben zu reden."

Das hatte vorab das in Los Angeles erscheinende Schwulenmagazin *The Advocate* getan; zwei Ex-Lover von Williams wurden als Zeugen vorgeführt. Unmittelbar vor der Pressekonferenz im Pentagon war den zur Arbeit eilenden Journalisten ein Flugblatt mit derselben Nachricht in die Hand gedrückt worden: „Pete Williams – Absolutely Queer".

Der Verfasser des Flugblatts, Michael Petrelis von „Queer Nation", „Amerikas wütendster und nervigster Schwulengruppe" *(Newsweek)*, wußte noch mehr. Er hatte „Pete" des öfteren im „JR's" getroffen, einer Schwulenbar in Washingtons 17. Straße. Auch der Williams-Chef, Verteidigungsminister Dick Cheney, schien vorab schon von dem Gerede gehört zu haben. Noch am Sonntag zuvor hatte er in einer TV-Talkshow erklärt, daß er keinen Beamten seines Hauses entlassen würde, wenn er von dessen Homosexualität erführe: „Auf keinen Fall."





Homosexuelle Sedlmayr, Schwarzkopf: „Die Vorurteile sind unter uns"

Pentagon-Sprecher Williams gehört, so das Urteil von *Advocate* und von „Queer Nation", zu den bösen Schwulen. Als ranghoher Beamter im Verteidigungsministerium sei er mit verantwortlich für die diskriminierende Behandlung von Lesben und Schwulen in der US-Armee.

Mit der Enttarnung von Williams geben die Radikalen in der US-amerikanischen „gay community" der Debatte um das Für und Wider von Outing als Mittel im Kampf um mehr Gleichberechtigung neuen Auftrieb. Im letzten Jahr war die Diskussion um das Öffentlichmachen („outing") der Homosexualität von Prominenten hitzig geführt worden.

Gerade war jetzt in den Medien darüber Ruhe eingekehrt, abgesehen von den Nachrichten über die Schadenersatzklagen von TV-Star Tom Selleck und dem (an Gehirnkrebs erkrankten) Ex-Footballspieler der Los Angeles Raiders, Lyle Alzado. Die hatten wenige Wochen zuvor je 20 Millionen Dollar von der Boulevardzeitung *Globe* verlangt für die Übernahme und millionenfache Verbreitung ihrer pikanten Geschichten aus der Schwulenszene.



Pentagon-Sprecher Williams
„Ja, ich habe davon gehört"

Outing bleibt in der Diskussion. Ganz britisch trug Ende Juli die schwule Gemeinde Großbritanniens ihren Teil dazu bei. Mehr als 200 Namen von Prominenten, darunter ein Mitglied des Königshauses, hätten sie auf ihrer Liste, lockte eine unbekannte Gruppe namens „Frocs" („Faggots rooting out closed sexuality") die Zeitungsredaktionen.

Zur verabredeten Pressekonferenz kamen die Journalisten in Scharen, um die Enthüllungen zu hören. Doch die Vorfreude war umsonst. „Frocs"-Mitglied Shane Broomhall verriet nichts und rieb den Medienvertretern ihre „Heuchelei" unter die Nase: Gegen Homosexuelle gerichtete Gewalt und Diskriminierung habe kaum Bedeutung in ihrer Berichterstattung, aber für Geschichten über das Privatleben von Homosexuellen seien sie jederzeit bereit.

Das gilt mehr oder minder auch für die deutsche Medienszene. Spätestens seit der Ermordung des Schauspielers Walter Sedlmayr greift die Boulevardpresse das Stichwort Outing gern auf, um ihre Storys zu fertigen.

Bei den Lesben und Schwulen im Lande hingegen herrscht Ruhe. „Mit solchen Geschichten wollen wir nicht unseren guten Ruf ruinieren", erklärt ein Aktivist einer Berliner Schwulengruppe. Klaus Lucas, Redakteur des Schwulenmagazins *Magnus*, ist nicht ganz so zögerlich: „Wir behalten uns vor, in Zukunft zu outen, wenn es angebracht ist." Das könnte schon bald der Fall sein. Lucas: „Die Auseinandersetzung um den Paragraphen 175, die uns im Herbst erneut ins Haus steht, könnte für uns ein Anlaß sein, mißliebige Politiker beim Namen zu nennen." Gar nichts davon wissen will

Volker Beck, Sprecher des Schwulenverbands in Deutschland: „Langfristig wollen wir als schwule Bürgerrechtsbewegung für veränderte Bedingungen streiten, die es jeder Lesbe und jedem Schwulen ermöglichen, offen schwul zu leben."

Dem kann sogar die *Bild*-Zeitung folgen. Ende Juni nahmen *Bild*-Redakteure den angeblichen Aids-Tod des Schauspielers Klaus Schwarzkopf zum Anlaß, die lesbisch/schwule Prominenz zum öffentlichen Coming out aufzufordern. Das könne zur Entdiskriminierung beitragen, denn: „Die Vorurteile sind unter uns – noch immer."

Was damit gemeint ist, bewies die Sonntagszeitung aus dem gleichen Verlagshaus vier Wochen später: „Die Beichte des Jürgen Marcus", titelte *Bild am Sonntag* und entwarf ein Horrorszenario über das Leben des einstigen Schlagerstars. Mit Verführung, Erpressung und Alkohol, mit Depression und Aids-Angst – kurzum: ein schwules Leben als absolutes Jammertal.

Politiker

Mutter der Erfindung

Pop-Veteran Frank Zappa plant ein Comeback: Er will Präsident der USA werden.

Seine Augen glühten böse unter dunklen, dicken Brauen, seine Finger würgten lustvoll den Gitarrenhals. Und seine grabestiefe Stimme sang vom Sex mit Hexen, von stinkenden Füßen und anderen schlimmen Schweinereien: Wenn Frank Zappa früher auf der Bühne stand, dann sah er wie der Teufel aus – und genauso wurde er behandelt.

Das war der Mann, vor dem besorgte Eltern ihre Kinder warnten. Das war Musik, die kaum ein Radiosender zu spielen wagte. Das waren Sätze, so gemein, wie sie Amerika von seinen Entertainern sonst selten zu hören bekam.

„Kein Akkord ist häßlich genug, um all die Scheußlichkeiten zu kommentieren, die von der Regierung in unserem Namen begangen werden." Also sprach Zappa in den späten Sechzigern, und was damals nur wie eine Provokation klang, wie altkluges, pubertäres Geschwätz – das entpuppt sich heute, mehr als 20 Jahre später, als politisches Programm.

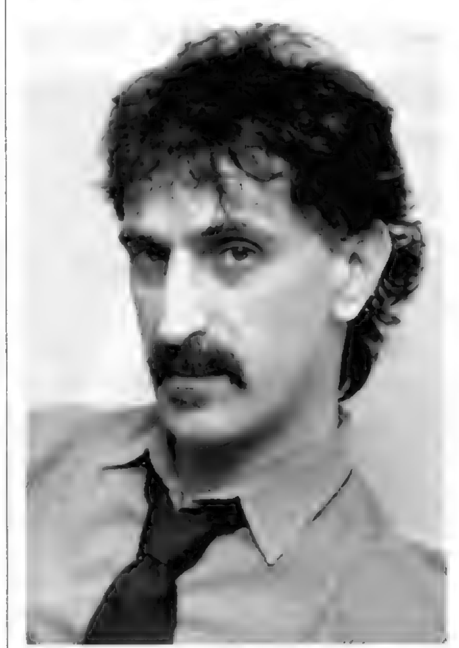
Francis Vincent Zappa, 50 und ein Veteran der Popgeschichte, hat das Provozieren und das Protestieren satt. Er will künftig konstruktiv werden und Verantwortung tragen – und deshalb hat er nun verkündet, daß er bereit sei, im nächsten Jahr fürs Amt des amerikanischen Präsidenten zu kandidieren.

Zur Zeit, sagt Zappa, prüfe er noch die Chancen und Bedingungen für unabhängige Bewerber, er denke über Strategie und Logistik nach – und wenn er mit dem Nachdenken fertig sei, werde seine Entscheidung offiziell bekanntgegeben.

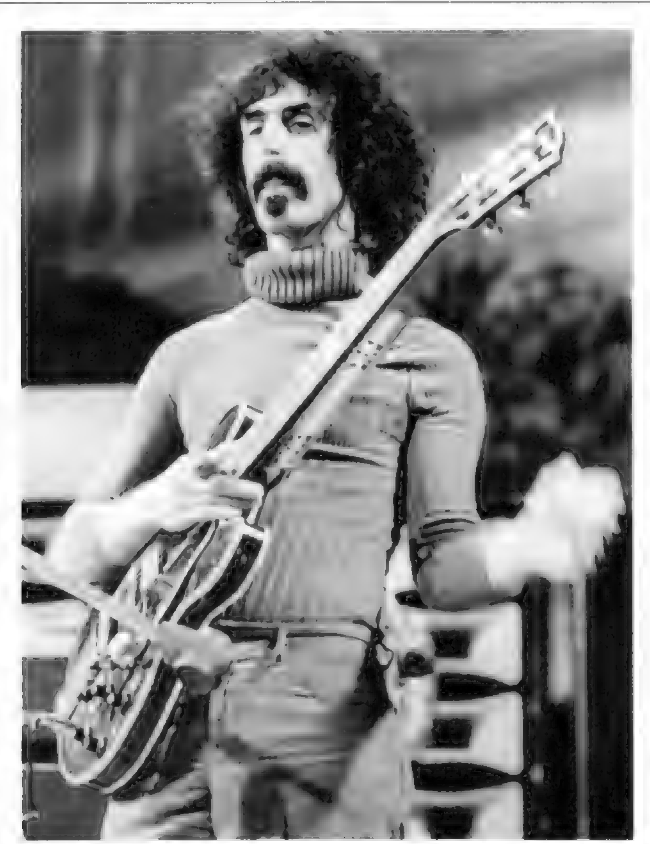
Wer Frank Zappa kennt und das Milieu, aus dem der Meister kommt, dem drängt sich natürlich der Verdacht auf, daß es sich hier um eine radikale Satire handeln muß: Schon 1968 nominierten revoltierende Studenten das Ferkel Pigasus zu ihrem Präsidentschaftskandidaten; das Schwein durfte seine Meinungen zu allen wichtigen politischen Fragen in die Mikrofone grunzen, und der Wahlslogan der Studenten forderte die historische Versöhnung von Kannibalismus und Kapitalismus: „Wir verschlingen unseren Kandidaten, bevor er uns verschlingt."

Frank Zappa aber ist, so scheint es, wirklich seriös geworden: Er hat die langen, wilden Haare abgeschnitten, hat keine Angst vor Anzügen mehr und trägt gelegentlich Krawatten. Er äußert sich ernst zu den drängenden Fragen der Zeit, und sein arrogantes Lachen ist ihm völlig vergangen – aus gutem Grund: Der Mann, dessen Name einst ein Synonym für Avantgarde und Innovation in der Rockmusik war, hinkt heute den musikalischen Entwicklungen nur noch hinterher.

Er war 22, als das amerikanische Fernsehen ihn als hoffnungsvollen Jungkomponisten vorstellte: Zappa spielte ein Konzert für Fahrradspeichen, Pedale und Gummireifen.



Krawattenträger Zappa (1988)
Denken über Strategie und Logistik



Rocker Zappa (1971)
Frei von aller Flower-Power-Harmonie

Er war 24, als er die originellste Band der amerikanischen Westküste gründete – die Mothers of Invention, deren erste LP „Freak Out!" hieß und auch so klang: sehr laut, vulgär und frech und frei von aller Flower-Power-Harmonie.

Während einer Europatournee, 1971 in London, stieß der eifersüchtige Ehemann eines weiblichen Fans den verhaßten Star von der Bühne. Zappa wurde schwer verletzt, er mußte pausieren und saß ein Jahr lang im Rollstuhl – doch als er zurückkam, war er besser denn je.

Er heuerte virtuose Jazz-Rocker an, den Pianisten George Duke beispielsweise und den Geiger Jean-Luc Ponty; er schrieb Songtexte voll von schmutziger Poesie und absurdem Humor; und selbst seine sperrigen, vertrackten Gitarrensoli bewegten sich damals auf der Höhe ihrer Zeit: „Overnite Sensation" (1973), „Apostrophe" (1974) und „One Size Fits All" (1975) hießen die LPs – das war Zappa, das Genie aus Kalifornien, in seiner mittleren Schaffensperiode, der fruchtbarsten von allen.

In den späten Siebzigern aber kam der Punk, auf den Zappa nicht gefaßt war, und dem New Wave hatte er nichts entgegenzusetzen. Und all die Rapper, Rastas, Schwermetaller, die dann den Pop der achtziger Jahre spielten, konnten Zappa weder als Vorbild noch als Feindbild gebrauchen.

Der alternde Avantgardist begann aus dem Underground heraus und nach Höherem zu streben. Er wandte sich ab von Pop und Rock, eiferte lieber Alban Berg, Igor Strawinski und Edgar Varèse nach, spielte eine LP mit dem London Symphony Orchestra ein und ließ seine Komposition „The Perfect Stranger" von Pierre Boulez dirigieren – was die Kritiker nicht sonderlich aufregend fanden und die Popgemeinde überhaupt nicht interessierte.

Zum Glück für Zappa gibt es alte Fans, die den Ex-Rebellen nicht vergessen haben: Václav Havel beispielsweise bot seinem einstigen Idol einen Job als Kulturattaché der Tschechoslowakei an, was Zappa dankend annahm. Der Fernsehsender Financial News Network hält den Musiker seither für einen Experten in allen osteuropäischen Angelegenheiten, und nun darf Zappa im Abendprogramm seine Ansichten über den Moskauer Immobilienmarkt, die Produktivkraft der sowjetischen Landwirtschaft und die potentiellen Gewinnchancen westlicher Innovatoren verbreiten.

Auch zum Krieg am Golf hat Zappa eine klare Meinung: Wenn er Präsident gewesen wäre, so verriet der Gründer der „Mütter der Erfindung" einem Interviewer, dann hätte er Saddam Hussein schon rechtzeitig vor der Invasion Kuweits gewarnt.

So wurde aus der Mutter aller Schlachten der Vater eines Gedankens: Zappa träumt von einem besseren Amerika wie alle anderen Kandidaten auch. Zappa hat Millionen, die braucht er auch als Kandidat. Und Zappa hat eine gewisse Vorstellung davon, daß das Fernsehen dumm mache, die Zensur schädlich sei und der Mensch ein Recht habe auf privates Eigentum. Das reicht fast schon – ein präziseres Programm würde potentielle Wähler nur verwirren.

Sollte er die Wahl verlieren, muß es mit seiner neuen Karriere trotzdem nicht am Ende sein. Als Bewohner von Los Angeles kann er sich erst einmal um den Gouverneursposten von Kalifornien bewerben. Der ist ja, wie Ronald Reagan bewies, ein gutes Sprungbrett für Präsidentschaftskandidaten aus dem Show-Business. ◄



WEIL
MAN NIE WEISS,
WIE DER TAG
ENDET.



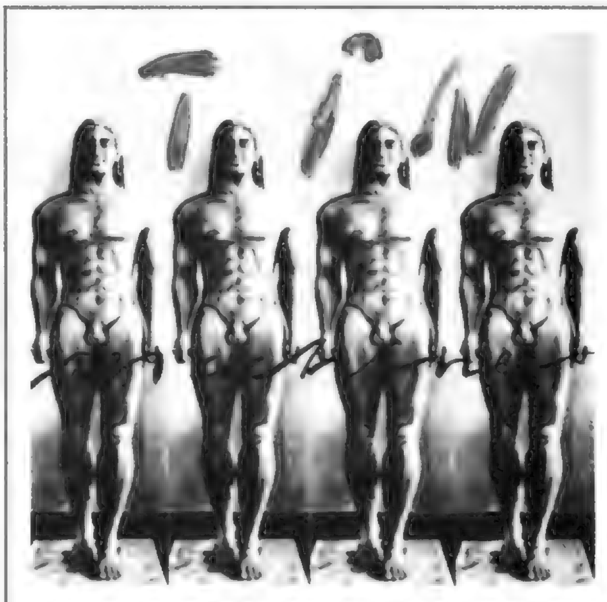
Hans Eichel, 49, zur Sparsamkeit neigender Ministerpräsident von Hessen, kann seit vergangener Woche einer Länderneugliederung positive Seiten abgewinnen. Zur Fahrt zum Gipfeltreffen der SPD-Regierungschefs von Rheinland-Pfalz, Saarland und Hessen in Saarbrücken hatte Eichel aus Ersparnisgründen auch seinen Staatssekretär Jochen Suchan und Regierungssprecher Erich Stather in seinen Dienst-Opel geladen. Gleich hinter der saarländischen Landesgrenze wurden die drei Hessen von Abgesandten der Saarbrücker Staatskanzlei mit vier Luxuslimousinen erwartet. Überrascht beobachteten die Sendboten von Oskar Lafontaines Protokoll, daß die hessischen Notabeln aus nur einem Auto kletterten und es dann auch noch ablehnten, in die bequemeren Saar-Limousinen aus der BMW-7er-Reihe umzusteigen. Nach soviel automobilem Gepränge propagiert Eichel jetzt als ersten Schritt zur Länder-Neugliederung im Südwesten die Zusammenlegung der Fuhrparks: „Da können wir was sparen."



Michel Gillibert, 46, Staatssekretär für Behinderte in Frankreich und selbst an den Rollstuhl gebunden, reagierte pikiert auf eine private Werbe-Kampagne zu Gunsten Behinderter. Auf Plakaten, die seit Tagen in Paris und anderen französischen Großstädten aushängen, ist das Porträt eines behinderten Mädchens zu sehen, darüber die Zeile: „Manchmal wäre man lieber ein Seehundbaby" (Foto). Er sei von der Art der Kampagne „schockiert", die außerdem die Glaubwürdigkeit seiner Arbeit in Frage stelle, klagte der Staatssekretär in einer Erklärung. Der Initiator der hintersinnigen Werbung, der Schauspieler **Michel Creton,** 49 (Foto), versteht indes seine Plakate als Protest dagegen, daß in Frankreich „Tierschutzaktionen", etwa die seiner Ex-Kollegin Brigitte Bardot, „eher Unterstützung erhalten als Behinderten-Projekte". Creton hatte in den Vogesen ein Zentrum für 40 Mehrfachbehinderte errichten wollen. Doch das Pariser Sozialministerium hatte abgelehnt: „zu ehrgeizig".

Klaus Bresser, 55, Chefredakteur des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF), gewährte dem Informationsblatt des konservativen „Arbeitskreises Christlicher Publizisten" dieser Tage Einblick in seine Berufsauffassung. Demnach hält der Fernsehmann die „Sendungen zur deutschen Einheit, vor allem unser Sechsstunden-Programm am 2. Oktober 1990 aus Berlin, aus dem Reichstag" für seinen größten journalistischen Erfolg. Sein größter „Reinfall" sei gewesen: „meine Beteiligung an dem Beschluß, Wimbledon 1989 nicht in ZDF und ARD zu übertragen – nicht einmal abends in der Zusammenfassung". Die Ursache für sein nicht immer segensreiches Wirken verschwieg ZDF-Journalist Bresser den frommen Kollegen nicht: „Jesus Christus war mir Orientierung."

Edith Cresson, 57, sozialistische Premierministerin in Frankreich mit ausgeprägtem Hang zu freimütigen Reden („Japaner sind wie Ameisen", „25 Prozent der Engländer sind schwul"), erhält ein neues Outfit als Fernseh-Puppe. In der bei den Franzosen beliebten TV-Satire-Sendung „Bébête-Show" wird die Politikerin nach der Sommerpause nicht mehr als unterwürfige, der Kermitterrand-Puppe hörige Pantherfrau (SPIEGEL 23/1991) auftreten. Nach ihren heftigen Protesten gegen die „sexistische" Darstellung, die der Cresson ursprünglich ausgesprochen behagt hatte, wird sie, erklärte jetzt Bébête-Show-Produzent Stéphane Collaro, künftig so präsentiert werden, wie es ihrer „wahren Natur" entspreche: als „autoritäre, keifende Kneifzange".



ORIGINAL "TIN MACHINE II" COVER ARTWORK

David Bowie, 44, Bandleader des Rockquartetts Tin Machine, beugt sich der Prüderie amerikanischer Kleinbürger. Rund 60 Prozent der US-Plattenläden hatten sich geweigert, die neue Platte „Tin Machine II", die im September zum Verkauf kommen soll, in ihr Sortiment aufzunehmen. Grund: die unverhüllte Männlichkeit der auf der Plattenhülle abgebildeten vier griechischen Jünglings-Statuen aus dem sechsten Jahrhundert vor Christus (Foto). Selbst der Kompromißvorschlag der Plattenfirma, die Nuditäten mit einem um die Hülle gelegten Papierstreifen zu verdekken, konnte die Händler nicht umstimmen. Dem Absatz zuliebe werden die Genitalien auf dem Plattencover nun übermalt. Während sich Bowie an die Inquisition erinnert fühlt, ist sein Musik-Manager pragmatischer: „Es ist Quatsch, tolle Musik zu machen, die sich nicht verkaufen läßt."

Rob Mulholland, 30, britischer Unternehmer und Inhaber einer Recycling-Firma, wurde für den Umweltschutz zum Künstler. Aus mehr als 300 000 gebrauchten Getränkedosen gestaltete er auf dem Rasen von Glasgow Green, einem Park in der größten schottischen Industriestadt, eine etwa 100 Meter lange Figur, den Tin Man (Foto). Der Blech-Mensch stellt einen Jugendlichen dar, der eine Dose wegwirft, und ist Symbol für die Recycling-Idee. Doch die Existenz des Tin Man ist von kurzer Dauer. Die von Kindern gesammelten Blechbüchsen sollen schon in allernächster Zeit in den Schmelzofen wandern. Der Verkaufserlös kommt einem Kinderkrankenhaus zugute.



Hans-Jürgen Beerfeltz, 40, Abteilungsleiter Politik in der Bonner FDP-Zentrale, sieht liberale Grundsätze



durch einen historischen Fund bestätigt: Beerfeltz ist Hüter eines Scherbenhaufens aus der Zeit römischer Besatzung, der beim Bau der neuen Parteizentrale ausgegraben wurde. Eingeweihte zeigen besonderes Interesse am Bruchstück eines Kruges. Darauf ist ein Liebespaar in einer Haltung abgebildet (Foto), die von Beerfeltz eindeutig als „a tergo“ identifiziert wurde. Für den Freidemokraten ist speziell dieses Fundstück „ein Glücksfall“: „Was anderes hätten wir gar nicht finden können, es bekräftigt meine Partei in ihrer lustbetonten Politik.“ Die erotische Darstellung weckte auch bei der liberalen Prominenz starke Anteilnahme. FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff habe sogar schon aus seinem Urlaub in der Eifel „Neugier bekundet“.

Rudi Gutendorf, 64, Ex-Bundesligatrainer und derzeit Gast-Coach der chinesischen Olympia-Mannschaft, riskierte bei einem Empfang zu seinen Ehren harsche Kritik. Der als „Riegel-Rudi“ berühmte Fußballstratege erklärte seinen betretenen Pekinger Gastgebern „ein bißchen scharf“, warum die chinesischen Kicker erfolglos seien: Die Spieler würden „nicht mit der Sprache der Jugend“, sondern im „Feldwebelton“ angeleitet. „Mit Soldaten-Menschen“ aber, so Gutendorf, „kann man heutzutage keinen großen Wettbewerb mehr gewinnen“. Außerdem fehle den chinesischen Fußballern die Motivation: „Ohne vernünftige Siegprämien geht es auch im Sozialismus nicht.“ Dennoch glaubt der Trainer an ein erfolgreiches Schaffen im Reich der Mitte. Im Frühjahr habe er noch Spieler gehabt, die „nicht mal geradeaus pinkeln, geschweige denn einen geraden Paß schlagen konnten“. Diese Kunst, so Gutendorf vor der Abreise zum Olympia-Qualifikationsspiel diese Woche in Nordkorea, beherrschten die Chinesen jetzt.

GESTORBEN

Richard Löwenthal, 83. Der Berliner Publizist, Wissenschaftler und SPD-Parteivordenker hatte sich früh daran gewöhnt, stets das zu sagen, was er für das Richtige hielt. Diese Neigung des Professors für Politikwissenschaft am Berliner Otto-Suhr-Institut (1961 bis 1974) paarte sich mit analytischer Schärfe, der pedantisches Gelehrtengetue zuwider war. Löwenthal war ein öffentlicher Mensch, der als akademischer Lehrer wirken wollte, doch aus dem Elfenbeinturm immer wieder auszog, um in Fernsehen und Presse die aktuellen Ereignisse zu kommentieren.



Das wissenschaftliche Magnum Opus blieb so zwar aus, dafür schrieb er zahlreiche Aufsätze und hielt immer wieder leidenschaftlich Reden. Neben der Außenpolitik und dem Ost-West-Konflikt interessierte den Berliner Politologen vor allem die Zukunft der SPD. Zu Beginn der achtziger Jahre versuchte Löwenthal Einfluß auf den Kurs der SPD zu nehmen, was ihm den Ruf eines rechten Parteiideologen eintrug. Der Sozialdemokrat hatte gegen „Integrationsapostel“ gewettert, die der SPD das grüne und friedensbewegte Wählerpotential sichern wollten, und statt dessen ein „konkretes einleuchtendes Programm der wirtschaftlichen Wiederbelebung, der Überwindung der Massenarbeitslosigkeit und der sozialen Konsolidierung“ empfohlen. Richard Löwenthal starb am vergangenen Freitag in Berlin.

◆

Schapur Bachtiar, 75. Nur 37 Tage lang war er Premierminister des iranischen Schahs. Als die Mullahs nicht mehr den Kaiser, sondern nur noch Allah wollten, erinnerte sich Resa Pahlewi an Schapur Bachtiar, damals 63, und ernannte ihn zum Regierungschef. Ein Günstling des Schahs war er nicht – im Gegenteil: Unter dem Nationalisten Mossadegh, der 1953 die Monarchie abschaffen wollte, amtierte er als Minister, sein Vater wurde wegen seiner Opposition gegen die Gekrönten hingerichtet. Vergebens versuchte der in Frankreich erzogene Patriot die Rückkehr des Ajatollah Chomeini nach Teheran zu verhindern, sogar den Flugplatz wollte er mit Panzern sperren, denn die religiösen Eiferer schienen ihm nicht die angemessene Alternative zum Schah zu sein, der noch vor ihm die Heimat verlassen hatte. Letztlich blieb auch Bachtiar nur noch das Exil, zumal ein Revolutionsgericht ihn in Abwesenheit zum Tode verurteilt hatte. Spätestens seit einem Anschlag, den ein Killer-Kommando 1980 im Pariser Vorort Neuilly auf ihn verübte (dem der Oppositionelle entkam, weil die Terroristen an der falschen Tür geklingelt hatten), wußte Bachtiar, daß sein Leben ständig in Gefahr war. Für die etwa drei Millionen iranischen Flüchtlinge war der Ex-Premier „wohl die letzte Hoffnung“, wie der iranische Journalist Freidoune Sahebjam meinte, jemals mit einem Politiker aus der bürgerlichen Bewegung in die Heimat zurückkehren zu können.



Und er war der glaubwürdigste Führer der diversen Widerstandsgruppen. Erst in den letzten Monaten war es Bachtiar gelungen, die miteinander konkurrierenden Monarchisten und Republikaner auszusöhnen, um sie auf einen gemeinsamen Oppositionskurs einzuschwören. Am vergangenen Donnerstag wurde Schapur Bachtiar in seiner bewachten Villa im Pariser Vorort Suresnes mit durchschnittener Kehle aufgefunden.

◆

Soichiro Honda, 84. Als er im Alter von acht Jahren das erste Auto sah, ein Ford ratterte durch das Dorf, war der Junge begeistert: „Öl tropfte heraus, als es anhielt. Mit der Nase auf dem Erdboden schnüffelte ich daran wie ein Hund. Ich schmierte mir die Hände mit dem Öl ein und inhalierte den Geruch.“ Motoren und Autos faszinierten Honda sein Leben lang. Nach dem zweiten Weltkrieg begann Honda, Fahrräder mit kleinen Motoren auszurüsten. Der Motorrad-Hersteller setzte sich weltweit schnell gegenüber den Konkurrenten durch. Als Honda Anfang der sechziger Jahre auch Autos bauen wollte, versuchte das japanische Industrieministerium Miti ihn daran zu hindern. Nach Ansicht der Bürokraten gab es schon genug japanische Autohersteller.



Doch Honda war keiner, der sich schnell beugt: Er begann 1963 mit der Automobil-Produktion. Unter den Automanagern seines Landes, die dieses Geschäft schon seit Jahrzehnten betrieben, war er erst einmal ein Außenseiter. Nachdem Honda als erster Japaner eine Autofabrik in den USA aufbaute, die sehr erfolgreich ist, folgten die Konkurrenten seinem Beispiel aber schnell. Soichiro Honda starb am vergangenen Montag.

Vor kurzem hatte ich noch keinen Recaro.

Aber ständig Kreuzschmerzen.

Jetzt ist es umgekehrt.

Die meisten Vielfahrer haben Probleme mit ihrem Rücken. Dabei könnte dieses Dilemma ganz schnell behoben sein. Denn was meistens fehlt, ist die richtige Einstellung – wie mit dem Recaro C-CLASSIC: drei einzeln regulierbare Luftkissen im Lendenbereich. Die, genauso einfach wie die Rückenlehne, auf Knopfdruck eingestellt werden können. Außerdem manuell einstellbare Schulterunterstützung, Seitenführung und Sitzflächenverlängerung. Auf Wunsch auch Sitzheizung. So kommt man durch individuelles Sitzen vollkommen entspannt und völlig ausgeruht ans Ziel. Und das ist in jedem Fall besser als umgekehrt! Gerne senden wir Ihnen Informationsmaterial zu – ein Anruf zum Nulltarif genügt:

01 30/38 39





Was wir machen... sitzt!

MONTAG

20.15 – 21.44 Uhr. ARD.

Der Etappenhase

Er gibt die Löffel einfach nicht ab: 1953 übertrug der damalige NWDR den Etappenhasen-Auftritt Willy Millowitschs als erstes Theaterstück in Deutschland. Jetzt ist das schlitzohrige Langohr-Spiel als 100. Aufzeichnung



Millowitsch

aus dem Hause Millowitsch zu sehen, und immer noch hoppelt der jecke Willy – inzwischen 82 – als Soldat Anton samt Hasen über die Bretter.

20.15 – 21.50 Uhr. Eins Plus.

Tatort: Zahn um Zahn

Auch dieser Hasenbraten hat zwar Hautgout, ist aber immer noch bekömmlich. Götz George hechtet, sprintet und flankt bösen Grundstücksspekulanten hinterher, erobert und verliert eine schöne Journalistin (Renan Demirkan). An den Kinokassen war der Actionkrimi (Deutschland 1985, Regie: Hajo Gies) ausgesprochen erfolgreich.

23.30 – 1.15 Uhr. ARD.

Das Lächeln einer Sommernacht

Wenn ein Rechtsanwalt seine Frau unberührt läßt, weil er es lieber mit seiner Geliebten, einer Schauspielerin, treibt, wenn sein Sohn aus erster Ehe, der das Priesterexamen gemacht hat, Selbstmord begehen will, dann aber doch lieber mit der Stiefmutter durchbrennt, und wenn auch die Dienerschaft ein Lotterleben wie die Herrschaft führt, dann konnte Pastorensohn Ingmar Bergman so richtig im existentialistischen Pathos schwelgen und dem harmoniebedürftigen Publikum der fünfziger Jahre verkünden: Alle menschlichen Beziehungen sind brüchig (Schweden 1955).

DIENSTAG

21.00 – 21.45 Uhr. ARD.

Monitor

Themen: Betrüger und Berater – Neues zur Treuhand; nichts dazugelernt – die deutsche Justiz und Ossietzky; Preußen ohne Glanz und Gloria – die Legende vom Alten Fritz; wird die Bundeswehr privatisiert?

22.00 – 23.00 Uhr. RTL plus.

Anpfiff

Bericht vom dritten Spieltag der Fußballbundesliga. Auch am **Mittwoch, 22.00 Uhr**, berichtet der Kölner Sender exklusiv von den restlichen Spielen.

22.10 – 23.40 Uhr. ZDF.

Theaterwerkstatt

Der interessante Film von Susanne Müller-Hanpft und Martin Bosboom beschäftigt sich mit Franz Grillparzer. Unter anderem gibt es Ausschnitte von drei Stücken des Dichters: „König Ottokars Glück und Ende“ (Burgtheater Wien, Regie: Wolfgang Engel, 1991), „Die Jüdin von Toledo“ (Salzburg, Thomas Langhoff, 1990) und „Libussa“ (Volkstheater Wien, K. J. Schildknecht, 1990).

23.00 – 23.50 Uhr. RTL plus.

Explosiv

Themen: Captain Dragan – unterwegs mit dem Chef der serbischen Freischärler; Mallorca-Muff – Prügel, Suff und heiße Nächte; Wohnungsnot – und trotzdem 20 000 Leerstände in Berlin; Tod im Urlaub – deutsches Pärchen bei St. Tropez erschossen.

23.00 – 23.30 Uhr. Sat 1.

SPIEGEL TV Reportage

Zwischen Hunger und Goldrausch – Goldgräber in Westafrika.

MITTWOCH

20.00 – 21.45 Uhr. DFF.

Vanek-Trilogie

Drei Episoden um den Schriftsteller Vanek (Peter Reusse), die den stalinistischen Überwachungsstaat in der ČSSR zeigen. Von Václav Havel.

20.15 – 21.00 Uhr. ZDF.

Kennzeichen D

Themen: Der Spion, der in die Kälte ging – Markus Wolf in seinem Moskauer Exil; vergoldet oder abgewickelt – über die frühpensionierten deutschen Offiziere; Spätheimkehrer – Deportierte besiedeln das DDR-Grenzgebiet neu.

22.45 – 0.45 Uhr. West III.

Das Appartement

Wie der karrieregeile kleine Versicherungsangestellte (Jack Lemmon) seinen



MacLaine, Lemmon

geilen Vorgesetzten sein günstig gelegenes Appartement für amouröse Abenteuer ausleiht, gehört zu den trotz vieler Wiederholungen unverwüstlichen Hollywood-Komödien. Billy Wilders Film (USA 1959) erhielt fünf Oscars.

Mauertrauma im TV

Als Material für Abräumbagger ist die Berliner Mauer verschwunden, als historisches Trauma aber ist sie präsent wie eh und je. In zahlreichen Sendungen erinnert das Fernsehen an die 30jährige Geschichte des Monsterbauwerks. Am **Montag** unternehmen Günter Kunert und Marina Bartsch-Rüdiger in einem Filmessay (**ARD, 23.00 Uhr**) den Versuch, „das Verschwinden dieses ungeheuerlichen Gebildes in Beziehung zu setzen zu unserem Gedächtnis“ (Kunert). Der Mainzer Satellitensender 3Sat widmet sein ganzes **Dienstagsprogramm** der Mauer. Um **17.20 Uhr** zeigt **3Sat** Billy Wilders Komödie „Eins, zwei, drei“. Von **19.22 Uhr** an ist ein DDR-Propagandafilm zu sehen, den der Historiker Michael Stürmer kommentiert. Es folgt um **20.45 Uhr** Hans-Dieter Grabes Dokumentarfilm „Bernauer Straße 1-50 oder Als uns die Haustür zugenagelt wurde“. Um **22.25 Uhr** gibt es eine Diskussion in 3Sat. Teilnehmer: Egon Bahr, Freya Klier, Angela Merkel, Brigitte Seebacher-Brandt, Wolfgang Schäuble und andere. Den Mauerabend beschließt die Wiederholung des Rockspektakels „The Wall“. Das **ZDF** zeigt um **19.30 Uhr** Erinnerungen an die Mauer von Werner Doyé, der **DFF** bringt um **21.40 Uhr** „Tunnelgeschichten“, einen Film über das Schicksal von Ost-Berlinern, die per Fluchttunnel in den Westen gelangten. In **West III** um **22.30 Uhr** läuft „Grenzzwischenfälle“, eine Dokumentation über Maueropfer.

WIE WÄR'S MIT EINEM MARKTBUMMEL?

SOMMER 91

Agadir/Marokko
Alicante/Spanien
Almeria/Spanien
Antalya/Türkei
Arrecife/Lanzarote
Athen
Bangkok
Barcelona/Venezuela
Cancun/Mexiko
Catania/Sizilien
Colombo/Sri Lanka
Corfu
Dalaman/Türkei
Djerba/Tunesien
Faro/Portugal
Fuerteventura
Funchal/Madeira
Havanna/Kuba
Heraklion/Kreta
Holguin/Kuba
Ibiza
Isla Margarita
Istanbul
Izmir/Türkei
Karpathos
Kavalla/Griechenland
Kos
Larnaca/Zypern
Las Palmas
Lesbos
Los Angeles
Luxor/Ägypten
Mahon/Menorca
Malaga
Male/Malediven
Malta
Miami
Mombasa/Kenia
Monastir/Tunesien
Montego Bay/Jamaika
Neapel
New York
Palma d. M.
Puerto Plata/Dom. Republik
Punta Cana/Dom. Republik
Recife/Brasilien
Rhodos
Samos
San Francisco
Sta. Cruz/La Palma
Santo Domingo/Dom. Republik
Teneriffa
Thessaloniki
Zakynthos

UROCOM

Tauschen Sie doch einfach triste Einkaufszentren gegen exotische Marktplätze und Bilderbuchstrände ein. Mit LTU erleben Sie kulinarische und kulturelle Genüsse des Fernen Ostens, die Ihnen schmecken werden.



Urlaub auf der ganzen Linie.

0.05 – 1.40 Uhr. ZDF.

Barbarische Hochzeit

Wie ein Ausgestoßener wächst Ludo (Thierry Frémont, als Kind: Yves Cotton) auf, weil er der Sproß einer Verge-



Cotton

waltigung ist, ein Schandfleck, den die Mutter (Marianne Basler) verbergen möchte. Später flüchtet Ludo aus einem Heim, von Sehnsucht nach der Mutter getrieben. Wie ein Dieb erschleicht er sich ihre Zuwendung. Die belgische Regisseurin Marion Hänsel schildert mit beunruhigend surrealen Bildern die Horrorgeschichte eines Wolfsjungen, der nur in einer tödlichen Aktion seine Sehnsucht erfüllen kann.

DONNERSTAG

20.15 – 21.50 Uhr. Pro 7.

Supergirl

Kara (Helen Slater) ist Supermans Cousine, flugtauglich wie der Vetter, gleich ihm im blauen Trikot mit rotem Cape, immer fürs Gute unterwegs. Doch in Jeannot Szwarcs Fantasyfilm (USA 1984) kurvt die Superman-Base flügellahm durch die Lüfte, die Handlung ist zu einfältig: Kara verliert eine magische Kugel und holt sie von der bösen Hexe (Faye Dunaway) wieder zurück.

21.00 – 23.10 Uhr. Sat 1.

Ein Offizier und Gentleman

Wie ein weißer Engel schreitet der frischgebackene Navy-Offizier an Arbeiterinnen in der Papierfabrik vorbei, bis er ein ölverschmiertes Aschenputtel (Debra Winger) in die Arme nimmt. Die Szene ist Höhepunkt eines verlogenen US-Ertüchtigungsfilms (1981, Regie: Taylor Hackford), der die Welt nach den Klischees des sauberen Amerika aufteilt: hie geile Frauen und Proletariat, das an seinem Schicksal selber schuld ist – dort die verzichtende Geliebte und spätere Mutti, genau das Rechte für den Mann, der durch die homoerotische Drillschule der Militärs gegangen ist.

FREITAG

22.00 – 24.00 Uhr. Nord III.

NDR Talk Show

Da rieselt der Talk-Kalk. Eingeladen: Uwe Ochsenknecht, Götz George, Hanns Joachim Friedrichs, Wilhelm Wieben, Hanne Haller.

22.10 – 22.50 Uhr. ZDF.

Aspekte

Vorgesehen: Gespräch mit Martin Walser über seinen neuen Roman „Die Verteidigung der Kindheit"; vorgestellt wird Robert Blys Buch „Eisenhans", die Anleitung für Männer, Männer zu werden.

0.30 – 1.55 Uhr. RTL plus.

Der zweite Frühling

Bertoluccis butterweicher Weltschmerz-Film vom abgelebten Lebemann, „Der letzte Tango", hatte gerade die Kassen gefüllt, da wollte auch der deutsche Film auf der morbiden Sex-Kino-Welle reiten. So heuerte Regisseur Ulli Lommel für sein Erotikon (Deutschland/Italien 1975) Curd Jürgens an. Der mimt mit teutonischem Hundeblick einen römischen Edelschriftsteller, den seine junge Frau



Jürgens, Schönberg

(Irmgard Schönberg) in eine Schaffenskrise stürzt. Jürgens läuft, wenn er nicht nackt ist, mit Kreuz auf der Brust durch den Film, spricht mit Ennui vom „Ficken" und zeigt in einer Porno-Sauna sein Hinterteil. Als ihm seine Frau und ein Rocker etwas Ordinäres vorführen, erliegt er einem Herzanfall. Zum Schluß singt Eddie Constantine als verkrachter Entertainer ein melancholisches Lied – soviel Altherren-Exhibitionismus hat irgendwie auch Größe.

SAMSTAG

20.15 – 22.40 Uhr. RTL plus.

Avanti, Avanti

Genauso flott, wie es der Titel verspricht, geht es in Billy Wilders Komödie von 1972 zu. Der amerikanische Fabrikant Wendell Armbruster Jr. (Jack Lemmon) kommt auf die italienische Insel Ischia, um die Leiche seines verunglückten Vaters in die Heimat zu holen. Entrüstet stellt er fest, daß sein alter Herr dort ein ausgelassenes Leben mit einer Geliebten führte.

20.15 – 22.00 Uhr. Pro 7.

Der Mackintosh-Mann



Newman

Der scheinbar anständige britische Politiker Sir George Wheeler (James Mason) ist die Schlüsselfigur eines Agentenrings. Um ihn zu entlarven, setzt Mackintosh (Harry Andrews), Chef der Londoner Spionageabwehr, alles auf eine Karte. Sein As in dem gefährlichen Spiel: Agent Rearden (Paul Newman). Die Gefahr spitzt sich zu, als Rearden Zuflucht bei Mackintoshs Tochter (Dominique Sanda) sucht. John Huston inszenierte 1973 den spannenden Thriller.

21.15 – 22.25 Uhr. Eins Plus.

Besuch aus der Zone

In diesem Sommer tritt der schreibende Chef der Hauptabteilung Fernsehspiel beim NDR, Dieter Meichsner, in den Ruhestand. Eins Plus zeigt 18 Fernsehspiele, die Meichsner zwischen 1958 und 1984 geschrieben hat. „Besuch aus der Zone" von 1958 trug ihm den Tadel der damaligen Politiker ein, weil er sich nicht der herrschenden Schwarzweiß-Lesart verschrieb.

SONNTAG

21.45 – 22.15 Uhr. RTL plus.

SPIEGEL TV Magazin

Thema: Die Heimkehr der Preußenkönige – Beobachtungen bei einem deutschen Spektakel.

22.40 – 23.25 Uhr. ARD.

Von Siegelring und Zackenkrone

Tilman Jens machte Beobachtungen beim deutschen Adel und interessiert sich in seinem Bericht für das „merkwürdige Wechselverhältnis Adel – Bürger".


MÄNNER. MODE.
pierre laffitte®
menswear styled by Bleimund

HOHLSPIEGEL

Aus *Auto, Motor und Sport*: „Deshalb schmerzen Schicksalsschläge immer, und immer hinterlassen sie häßliche Male. Wie bei Hans L. Er hat viel verloren in den mehr als sieben Jahrzehnten seines Lebens: die Familie damals auf der Flucht und ein Bein in Stalingrad."

◆

Aufmerksame Zeuginnen wurden jetzt belohnt

Gefaßter Mörder erhängte sich vor Prozeßbeginn

Aus dem *Boten vom Untermain*

◆

Aus dem Beipackzettel des Medikamentes „Panzytrat^R 20.000": „Panzytrat^R 20.000 bringt die gestörte Verdauung wieder in Ordnung und lindert ihre Beschwerden . . . Auch moslemische Patienten dürfen Panzytrat^R 20.000 nehmen, das geht aus dem 174. Vers der 2. Sure des Korans eindeutig hervor. Türkisch: . . . Deutsch: Euch ist nur verboten: das, was verendet ist, und Blut und Schweinefleisch, und was nicht im Namen Allahs geschlachtet (oder Götzen geopfert) ist."

◆

Aus der *Ostthüringer Zeitung*: „Vermutlich werden hier nur gut betuchte Gäste absteigen, aber vielleicht ist da mal eine schwangere Dame dabei – oder sie wird es wenigstens nach einer Nacht im schönen Hotel ‚Villa Altenberg'."

◆

Wohnungsmarkt

Angebot

— 040 —

Wohnung (Zi., Wohnkü., Bad, Balkon), ca. 50 m², Zentralheizung, ab sofort an Maler und Verputzer, die in unserer Firma arbeiten werden, zu vermieten. Taubenhaltung sofort möglich, Taubenschlag inkl. Brieftauben können sofort kostenlos übernommen werden.

Horst Zeller, Baudekoration GmbH, Carl-Benz-Straße 2, W-8755 Alzenau, Telefon (06023) 1607, Telefax (06023) 1657

Aus der Verbandszeitschrift Deutscher Brieftaubenliebhaber *Die Brieftaube*

◆

Aus der *Niederelbe-Zeitung*: „Das drei Monate alte Känguruh-Baby Charly wird von Tierpfleger Volker Friedrich im Hamburger Tierpark Hagenbeck gesäugt, da es vor zwei Wochen seine Mutter verloren hat. In einem mit wärmenden Handtüchern gepolsterten Beutel nimmt Friedrich das Jungtier abends mit nach Hause, da Charly alle zwei Stunden seine Milch braucht."

◆

Aus einer dpa-Meldung: „USA und UdSSR vereinbaren Zusammenarbeit bei Flugzeugentführungen."

RÜCKSPIEGEL

Zitate

Die *Tageszeitung* zum SPIEGEL-Titel „Der Tod aus Ingelheim – Akte Boehringer: Wie Dioxin zur Waffe wurde" (Nr. 31/1991):

Die deutschen Journalisten haben sich verschworen: Zwar ist das innenpolitische Sommerloch diesmal schier unerträglich, dennoch bricht ein spezifischer deutscher Sommer aus – das kollektive, auf stiller Übereinkunft beruhende Schweigen zu einem Thema von Rang. Ein Thema, über das die Vierte Gewalt zu schreiben und zu sprechen hätte. Wo bleibt das sarkastische „Streiflicht" der *Süddeutschen*, die dröge Nachfrage des immer noch nicht zwangspensionierten Ernst-Dieter Lueg, wo bleibt das moralingesäuerte Kopfwackeln des Klaus Bednarz? Selbst *Bild* titelte haarscharf an der eigentlichen Nachricht vorbei – „Krebs! Starb er an seinem Dioxin? Boehringer-Chef tot". Den entscheidenden Namen unterschlug die Zeitung. Im neuen Deutschland lassen sich nicht nur Artikel der *taz* wegschweigen, sondern auch Titelgeschichten des SPIEGEL. Der Inlandschef der Deutschen Presse-Agentur bemerkte kurz und knapp: „Die Sache ist doch reichlich obskur." Eine Meldung wurde nicht geschrieben. Der Opportunismus ist ungeheuer.

◆

Die *Welt* über den früheren DDR-Innenminister Peter-Michael Diestel und dessen 1990 erworbenes Grundstück am Zeuthener See (SPIEGEL Nr. 11/1991, „Immobilien – Wie in Nord-Palermo"):

Nach Auffassung der Bundesregierung hat der frühere DDR-Innenminister und jetzige Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Brandenburg, Peter-Michael Diestel, ein Grundstück am Zeuthener See unrechtmäßig erworben. Nach Informationen der *Welt* handelt es sich dabei um das Grundstück „Seestraße 84", das vor der politischen Wende zu den „Beständen" des damaligen Innenministeriums der DDR gehörte. Das Bundesinnenministerium in Bonn ist der Auffassung, daß Diestels Erwerb rechtsunwirksam ist. Vor allem habe bei dem Kauf – neben formalen Fehlern – das Preis-Leistungs-Verhältnis nicht gestimmt. Diestel habe für das Grundstück rund 193 000 Mark bezahlt. Tatsächlich aber sei es 1,3 Millionen Mark wert. Außerdem, so hieß es, unterliege das auf dem Grundstück stehende Haus der Restitution, da ein Alteigentümer Besitzansprüche angemeldet habe. Zwischen Diestel und diesem Alteigentümer gebe es bereits rechtliche Auseinandersetzungen.


Bitburger
Premium Pils
BITBURGER PRIVATBRAUEREI TH. SIMON
BITBURG/EIFEL
BRAUEREIABFÜLLUNG
Bitburger Pils
Bitte ein Bit
Bitburger
EIN BESONDERES UNTER DEN BESTEN.